

Wiener Stadt-Bibliothek

57291 F



Montag, 1. Dezember 1958

Blatt 2399

Die "Neue Wiener Wohnbauaktion"

Erweiterung des Wiener Bauvolumens

1. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 30. November, über die "Neue Wiener Wohnbauaktion".

Der Bürgermeister führte aus: "Der Wiener Gemeinderat hat in der vergangenen Woche eine neue Wohnbauförderungsaktion beschlossen. Sie ist wichtig genug, um in meiner Sendereihe besprochen zu werden, umso mehr, als einige Klarstellungen hiezu zweckmäßig sind. Ich will auch die Vorgeschichte dieser "Neuen Wiener Wohnbauaktion", wie sie offiziell heißt, berichten. Als am 30. Juni dieses Jahres das Neuvermietungsgesetz ablief, war ersichtlich, daß sich damit für die Wohnungssuchenden die Aussichten sehr verschlechtern werden. Sie erinnern sich, daß ich vor den bösen Folgen warnte, die sich bei Wegfall der gesetzlichen Regelung ergeben werden, weil erfahrungsgemäß der Wucher mit freien Wohnungen neuen Auftrieb erhalten wird. Ich habe damals namens der Gemeinde Wien die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Wohnraumversorgung ablehnen müssen, da die Gemeinde an diesem Zustand schuldlos war. Es war von vornherein ersichtlich, daß die Gemeinde unter den neuen Verhältnissen noch schwerer im Stande sein wird, die Wünsche der Wohnungssuchenden zu erfüllen. Ich teilte damals auch mit, daß die Gemeinde ihr soziales Wohnbauprogramm fortsetzt, um vor allem die sozial bedürftigsten Fälle zu lösen und die Nöte der jungen Ehepaare zu berücksichtigen. Die Gemeinde werde außerdem bemüht sein, den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen mit Darlehen zu fördern.

Seit dem Ablaufen des Neuvermietungs-gesetzes sind jetzt fünf Monate vergangen. Meine seinerzeitigen Befürchtungen sind leider wahr geworden. Die Organisation der Hausbesitzer unternahm einen sehr untauglichen und fragwürdigen Versuch, mit den Folgen des gesetzlosen Zustandes fertig zu werden. Sie appellierte an ihre Mitglieder, alle Wohnungen ausschließlich an solche Wohnungssuchende zu geben, die ihrer wirklich bedürftig sind und dafür keine Ablösen zu nehmen. Nichts davon ist wahr geworden, der Appell blieb wirkungslos. Nicht wer bedürftig ist, sondern wer die horrenden Ablöseforderungen zahlen kann, darf in die freigewordene Wohnung einziehen. Damit ist eindringlich erwiesen, daß es ohne gesetzliche Regelung nicht geht. Die Wohnungsbedürftigen sollen nicht Opfer der Spekulation werden, der Staat muß sie durch ein Wohnraumversorgungsgesetz davor beschützen. Aber die Bautätigkeit muß auch gesteigert werden, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Wie Sie wissen, gibt es jetzt drei verschiedene öffentliche Fonds, die von Bauwilligen in Anspruch genommen werden können. Da ist einmal der Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds, der aber nur für den Wiederaufbau kriegszerstörter Häuser zinsenlose Kredite gibt. Für die Förderung aller anderen privaten Wohnungsbauten können Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Anspruch genommen werden. Zu diesen beiden Förderungsmaßnahmen trägt aber auch die Gemeinde Wien mit ihren Darlehen bei. Der Bauwerber selbst hat den Baugrund beizustellen und zehn Prozent der Baukosten. Von den weiteren 90 Prozent der Bausumme werden 60 Prozent vom Bund und 30 Prozent von der Gemeinde in Form von langfristigen und billigen Krediten zur Verfügung gestellt.

Die Anforderungen an diese drei Wohnbauförderungsfonds sind in den vergangenen Jahren außerordentlich stark gestiegen. Beim Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds sind aus Wien noch Ansuchen im Betrage von 3.75 Milliarden Schilling angemeldet; im Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds liegen Darlehensgesuche für den Betrag von 400 Millionen Schilling vor und nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 sind schon Gesuche mit einem Betrag von 800 Millionen Schilling angemeldet. Diese Kreditansuchen sind so zahlreich, daß die Bewerber jetzt schon eine mehrjährige Wartefrist in Kauf nehmen müssen. Von dieser Seite kann also eine beschleunigte Behebung

der Wohnungsnot nicht erwartet werden. Und deshalb ist es notwendig, den Bauwillen der Bevölkerung durch eine zusätzliche Aktion zu stärken. Seit dem Ablauf des Neuvermietungsgesetzes sind deshalb im Rathaus Überlegungen angestellt worden, ob die Gemeinde in der Lage ist, zu den bisherigen Darlehen noch neue Leistungen auf sich zu nehmen. Die jetzt beschlossene "Neue Wiener Wohnbauaktion" ist das Ergebnis der Bemühungen. Diese "Neue Wiener Wohnbauaktion" soll für 10.000 Wohnungen gelten und sieht vor, daß der Bauwillige den Baugrund und 20 Prozent der Baukosten selbst beibringt, doch kann dieser Prozentsatz bei größeren Familien auf 15 oder gar 10 Prozent herabgesetzt werden. Für den größeren Teil der Baukosten, also 80 bis 90 Prozent, nimmt der Bewerber ein 25jähriges Darlehen bei einem privaten Kreditinstitut auf. Die Gemeinde Wien übernimmt die Bürgschaft für solche Darlehen, soweit sie über das zulässige Ausmaß hinausgehen, das für mündelsichere Darlehen vorgesehen ist. Die Gemeinde Wien leistet außerdem einen so großen Zuschuß zum Zinsen- und Tilgungsdienst des Darlehens, daß der Bewerber praktisch nur für die Kapitalrückzahlung zu sorgen hat.

Diese Methode hat den Vorteil, daß für den zusätzlichen Bau von genossenschaftlichen Häusern und Eigenheimen privates Eigenkapital und privates Leihkapital mobilisiert werden können. Die Rückzahlungsfrist von 25 Jahren ist wohl wesentlich kürzer als bei den anderen Wohnaufonds, aber die langjährige gute Wirtschaftslage berechtigt zu der Annahme, daß es genug Bauwillige gibt, die den Kredit in 25 Jahren zurückzahlen können. Sie sind dann die unbestrittenen Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung. Es ist auch anzunehmen, daß ein Teil jener Ansuchen, die schon seit längerer Zeit bei den alten Wohnaufonds angemeldet sind und noch einige Jahre warten müssen, von dort zurückgezogen und bei der neuen Wiener Aktion angemeldet werden. Auf diese Weise würde auch eine gewisse Entlastung bei den anderen Fonds eintreten.

Mit dieser neuen Aktion will die Gemeinde Wien erreichen, daß im Verlaufe einiger Jahre 10.000 Wohnungen zusätzlich mehr gebaut werden. Ein eventueller Vorwurf, daß die Gemeinde ihr eigenes Wohnbauprogramm verschlechtere oder einschränke, wäre absolut unzutreffend. Im Gegenteil! Die neue Aktion bedeutet eine Erweiterung und Vermehrung des Wohnungsbaues in Wien. Es wird nur der Versuch gemacht, die Finanzierung dieser Aktion auf den privaten Sektor zu verlagern, wobei aber die Gemeinde Wien Begünstigungen gewährt.

Ich bin optimistisch genug zu glauben, daß diese "Neue Wiener Wohnbauaktion" den Sparwillen, vor allem der jungen Ehepaare, auf ein gesundes Ziel lenkt, nämlich auf die baldige Erreichung eines eigenen Heimes.

Ich habe den Magistrat angewiesen, möglichst rasch die Richtlinien für diese Aktion festzulegen, damit die Bewerber ihr Ansuchen bald abgeben können. Je rascher die Ansuchen erledigt werden können, umso besser für alle Beteiligten.

So wie bei anderen Anlässen will ich neuerlich darauf hinweisen, daß mit der Verstärkung der Bautätigkeit wieder ein wertvoller Beitrag für die Sicherung der Vollbeschäftigung geleistet wird. Zehntausend Wohnungen bedeuten wieder viele Arbeitsplätze im Baugewerbe und in den Baunebengewerben.

Ich will die Gelegenheit gleich benützen und Sie auch über die Beiträge informieren, die die Gemeinde Wien zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und zur Wohnbauförderung leistet. Beide Fonds geben Darlehen für genossenschaftliche Bauten und für Eigenheime. Für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wurde bisher ein Darlehenszuschuß von 302 Millionen, und für die Wohnbauförderung 337 Millionen Schilling gewährt. Davon sind 100 Millionen Schilling schon ein Vorgriff auf das Jahr 1959, damit möglichst viele Bewerbungen bald durchgeführt werden können.

Ich darf aber in Erinnerung rufen, daß dies nicht die einzigen Aktionen sind, die die Gemeinde zur Besserung der Wohnungsverhältnisse durchführt. Schon seit dem Jahre 1954 gibt die Gemeinde zinsfreie Instandhaltungsdarlehen für private Wohnhäuser. Die Mieter haben dadurch den Vorteil, eine geringere Belastung für Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten auf sich nehmen zu müssen. Bisher wurden für diesen Zweck von der Gemeinde 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde dieser Betrag auf 250 Millionen Schilling erhöht.

#### Das 14. Monatsgehalt

Und nun zu etwas anderem: Der Herr Bundeskanzler hat in seiner letzten Radiosendung über die Forderung der öffentlich Angestellten nach dem 14. Monatsgehalt gesprochen. Er hat dabei im kritischen Tone darüber gesprochen, daß die Gemeinde Wien sich bereit erklärt habe, einen Teil der Gehaltsforderungen ihrer

Bediensteten zu erfüllen. Durch diese Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers könnte die Meinung entstehen, die Gemeinde wäre bei der Behandlung der Gehaltsforderungen leichtfertig gewesen. Ich will deshalb vor allem feststellen, daß die Gemeinde Wien nicht der alleinige Verhandlungspartner der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist, sondern da ist noch der Österreichische Städtebund als Zusammenfassung der großen Gemeinden. Der Personalausschuß des Städtebundes hat beschlossen, ein Verhandlungskomitee einzusetzen, das mit der Gewerkschaft die Beratungen aufzunehmen habe. Einen Bericht über diese Verhandlungen hat dann der Hauptausschuß des Städtebundes zur Kenntnis genommen.

Es ist auch für die Gemeinde Wien gewiß nicht leicht, für die Gehälter ihrer Bediensteten zusätzliche Beträge aufzubringen, denn ihr stehen keine anderen Einnahmequellen zur Verfügung als dem Bund, nämlich die Steuerkraft der Bevölkerung. Wenn die Gemeinde trotzdem mit der Gewerkschaft jetzt eine Vereinbarung trifft, so tut sie das im Bestreben, mit ihren Mitarbeitern eine Lösung zu finden, die auch unter den gegenwärtigen Umständen als recht und billig bezeichnet werden kann. Es wurde - wie fast immer in solchen Fällen - ein Kompromiß geschlossen: die Weihnachtsgeldzahlung, die bereits im vergangenen Jahre an das städtische Personal gegeben wurde, wird heuer erhöht, ein Jahr später soll dann ein halbes 14. Monatsgehalt und zwei Jahre später, also zu Weihnachten 1960, soll ein ganzes 14. Monatsgehalt an die Bediensteten ausbezahlt werden. Mit dieser Regelung hat die Gemeinde ihrem Personal gezeigt, daß sie den guten Willen hat, im Rahmen des Möglichen für die Verbesserung der Gehälter einzutreten. Und die Gewerkschaft hat gezeigt, daß sie sich der finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde bewußt ist und ihre anderen ebenso wichtigen Aufgaben anerkennt. Ich bin der Meinung, daß die von der Gemeinde Wien mit der Gewerkschaft vereinbarte Lösung ein Beweis für das Verantwortungsbewußtsein auf beiden Seiten ist. Zu dieser Feststellung berechtigt mich noch ein anderer Umstand. Der Herr Bundeskanzler hat in der gleichen Rede mitgeteilt, er wäre durchaus einverstanden, die Ersparungen, die durch eine Verwaltungsreform erzielt würden, für die Verbesserung der Beamtenbezüge zu verwenden. Gerade diese Methode wenden wir schon lange an. In der Wiener Gemeindeverwaltung wird von der Verwaltungsreform nicht viel gesprochen, es wird aber ununterbrochen daran

gearbeitet. Wenn man Verwaltungsreform machen will, dann darf man nicht glauben, mit einer einzigen Maßnahme wesentliche Fortschritte erzielen zu können. Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, daß man auch viele kleine Maßnahmen treffen muß, damit es zu einer Verbilligung der Verwaltung kommt. Dazu zählt die Einstellung von arbeitssparenden Maschinen, die Vereinfachung des Verwaltungsdienstes und der zweckmäßige Einsatz des Personals. Darfich hiezu einige wenige Zahlen sagen: Im Jahre 1947 umfaßte das Personal der Hoheitsverwaltung 36.600 Personen. Im Vorjahr waren es nur mehr 32.500 Angestellte, also um 4.100 weniger, obwohl eine Vermehrung des Personals in den Kindergärten, vor allem aber in den Spitälern und Heil- und Pflegeanstalten eingetreten ist. In den Städtischen Unternehmungen waren im Jahre 1947 noch 22.400 Bedienstete und im Jahre 1957 nur noch 18.500, so daß auch hier der Personalstand um 3.900 gesunken ist. Das war möglich, weil durch Rationalisierungsmaßnahmen und zweckmäßigere Organisation die Voraussetzungen hierfür geschaffen wurden. Wenn also das Personal trotz großer Schwierigkeiten eine neuerliche Verbesserung seiner Bezüge erhalten kann, so ist das der vorsorglichen Finanzpolitik der Gemeinde und ihrer zähen und ununterbrochenen Kleinarbeit bei der Verwaltungsreform zu danken. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinde in diesen Bemühungen fortfahren muß. Das ist sie der Bevölkerung schuldig, deren Steuergelder allein den behördlichen Apparat erhalten!"

- - -

#### 85. Geburtstag von Rudolf Marschall

=====

1. Dezember (RK) Am 3. Dezember vollendet der Altmeister der österreichischen Medailleurkunst Hofrat Rudolf Marschall das 85. Lebensjahr.

In Wien geboren, studierte er an der Akademie der bildenden Künste bei Tautenhayn, dessen Nachfolger er wurde. 1903 erfolgte seine Ernennung zum Kammermedailleur. 1904 wurde er Professor an der Akademie, deren Meisterschule für Medailleure er bis 1938 leitete. Von ihm stammen fast ausschließlich Proträtmedaillen, die

./.

in erster Linie hervorragende Persönlichkeiten Österreichs darstellen. Viele seiner Arbeiten sind im Besitz öffentlicher und privater Sammlungen des In- und Auslandes. Dem verdienten Künstler wurde im Jahre 1953 die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien verliehen.

- - -

#### Neue Werbung auf der Straßenbahn

=====

1. Dezember (RK) Seit langem bedient sich die Werbung in großem Umfang der Einrichtungen der Wiener Verkehrsbetriebe, um ihre Ankündigungen in breiteste Bevölkerungskreise zu tragen. In Straßenbahn- und Stadtbahnwagen, in Autobussen und Warteräumen findet man Werbeplakate, und millionenfach werben die Aufschriften auf der Rückseite der Wochenkarten.

Die großen Erfolge dieser Reklame und die Beliebtheit, bei der Geschäftswelt hat nun das Städtische Ankündigungsunternehmen "Gewista"; das solche Aufträge zur Durchführung übernimmt, im Einvernehmen mit den Wiener Verkehrsbetrieben veranlaßt, ihren Kunden zusätzliche Reklameflächen zu erschließen. Als besonders wirksamer Blickfang werden Tafeln an den Außenwänden der Straßenbahnwagen dicht vor dem vorderen Einstieg angebracht. Diese für Wien neuartige Reklame, die für 800 Wagen vorgesehen ist, wird erstmalig Mittwoch, den 3. Dezember, im Linienverkehr auf den Zügen der Linien H<sub>2</sub> und 43 zu sehen sein.

- - -

#### Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, den 2. Dezember, die Eröffnung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" stattfindet. Eine Stunde vorher, um 15 Uhr, findet eine Presseführung durch die Ausstellung statt.

- - -

Förderungspreise der Stadt Wien 1958  
=====

1. Dezember (RK) Seit 1951 vergibt die Stadt Wien Förderungspreise an begabte Wissenschaftler und Künstler, deren bisherige Leistungen eine erfolgreiche Weiterentwicklung erwarten lassen. Sie will damit zeigen, daß sie die auf kulturellem Gebiet vorhandenen fruchtbaren Ansätze überblickt und ihr Wachsen und Ausreifen ermutigt.

Die alljährliche Verleihung findet heuer zum achten Mal seit Bestehen dieser bewährten Einrichtung zur Förderung unserer Nachwuchskräfte statt. Es wurde beschlossen, im Jahre 1958 vier Wissenschaftlern sowie zwei Schriftstellern, zwei Komponisten und einem bildenden Künstler Preise in der Höhe von je 5000.- Schilling (im Vorjahr 4000.- S) zuzuerkennen.

Stadtrat Mandl hat die Preisträger heute im Kulturamt empfangen und ihnen die Geldbeträge überreicht. Es handelt sich um folgende Personen:

Literatur

Dr. Wieland Schmied, am 5. Februar 1929 in Frankfurt a.M. geboren, studierte an der Wiener Universität Kunstgeschichte und Rechtswissenschaften und ist hauptsächlich als freier Schriftsteller tätig. Seine Gedichte sind in zahlreichen Anthologien und Zeitschriften veröffentlicht. 1957 erschien der erste Sammelband unter dem Titel "Landkarte des Windes". Die reimlosen Verse haben die Form freier Rhythmen. Sie entspringen einem von konfessionellen Bindungen freien, tief erlebten Christentum. Sehr bekannt wurde Dr. Schmied durch geistvolle, formvollendete Artikel und Kritiken, die sich zur modernen Gegenwartskunst bekennen. Auch zwei interessante Hörspiele stammen von ihm. 1953 erhielt er einen Förderungspreis des Unterrichtsministeriums, 1955 den Deutschen Lyrikerpreis.

Ida Thomas, am 25. Juli 1908 in Wien geboren, ist seit 1928 vielseitig schriftstellerisch, vor allem als Lyrikerin, tätig. Ihre Gedichte zeigen ein hoch entwickeltes Formgefühl, warmes soziales Empfinden, Gedanken- und Gefühlstiefe. Trotz schwerster persönlicher Schicksalsschläge hat sie sich ihre idealistische Lebensauffassung und ihre positive Einstellung zur Gemeinschaft

bewahrt. Ida Thomas schreibt auch wertvolle Kindergedichte, Kasperlspiele und Märchen, die gleichfalls liebevolle, menschliche Güte, Verstehen und Verbundenheit mit den Schwachen ausdrücken. Verschiedene Beiträge dieser Art wurden in das Hauptschullesebuch aufgenommen. Bei dem internationalen Preisausschreiben der Olympiade London 1948 erhielt sie als einzige Österreicherin für ihr Gedicht "Der Speer" die Olympia-Medaille in Bronze.

### Musik

Rudolf Weishappel, am 25. März 1921 in Graz geboren, studierte Germanistik, Musikwissenschaft, Anglistik und Philosophie. Von 1946 bis 1952 wirkte er als Musikkritiker in seiner Heimatstadt und komponierte daneben Hörspiele und Schauspielmusiken für die städtischen Bühnen. Seit 1954 betätigt er sich als Musikkritiker des Neuen Kurier in Wien. Weishappel schuf bisher 2 Klaviersonaten, eine Violinsonate, Streichquartette, die Kantate "Von der ungeordneten Verlassenschaft", Klavier- und Orchesterlieder-Zyklen, zwei Symphonien, "Serenata", das Ballett "Die sieben Todsünden", die Opern "Elga" nach dem Drama von Gerhart Hauptmann und "So ist das Leben" nach Frank Wedekinds Schauspiel "König Nikolo", zahlreiche Hörspiel- und Schauspielmusiken. Fast alle seiner Werke wurden schon aufgeführt.

Helmuth Froschauer, am 22. September 1933 in Wiener-Neustadt geboren, kam zu den Wiener Sängerknaben und wurde 1947 Schüler der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst, wo er Klavier, Waldhorn, Musiktheorie, Komposition und Kapellmeisterschule studierte. 1947 wurde er Kapellmeister der Sängerknaben, mit denen er Reisen durch Europa, Nord- und Südamerika unternahm. Seine Kompositionen umfassen Orchester-, Chor- und Kammermusik, Märchenspiele, Klavierstücke und geschmackvolle Bearbeitungen von Volks- und Kinderliedern. Froschauer, der seinen Lebensunterhalt als Korrepetitor verdient, beschäftigt sich auch mit der Erschließung unbekannter Mozartmusik. Er hat drei Opernfragmente des Meisters, deren Gesangsstimmen teilweise ausgeführt, deren Orchesterstimmen aber nur angedeutet waren, stilgemäß ergänzt und ihnen ein neues Libretto unterlegt. Als Dirigent zeigt er gleichfalls großes Geschick.

Bildende Kunst

Akad.Maler Wolfgang Hutter, am 13. Dezember 1928 in Wien geboren, absolvierte die Akademie der bildenden Künste und erhielt den Meisterschulpreis 1948. Als Mitglied des Art-Club beteiligte er sich an dessen Ausstellungen im In- und Ausland, ferner bei den Biennalen in Venedig, wo ihm eine Prämie der UNESCO verliehen wurde, in Sao Paolo, im Carnegie Institut Pittsbourgh, in Montevideo, bei der Triennale Mailand u.a. Hutter, einer der wenigen Vertreter des reinen Surrealismus in Österreich, malt hauptsächlich Ölbilder, die sich durch genaue Durchbildung und hohe künstlerische Qualität auszeichnen. Er entwirft aber auch Gobelins, Bühnenbilder und Kostüme. Für eine Wohnhausanlage der Gemeinde Wien im X. Bezirk schuf er ein Mosaik. Werke von ihm wurden von öffentlichen und privaten Sammlungen angekauft.

Wissenschaften

Dr. Walter Dostal, am 15. Mai 1928 in Grulich geboren, studierte an der Wiener Universität, wo er 1952 promovierte, Völkerkunde und Arabistik. 1953 trat er in den wissenschaftlichen Dienst des Museums für Völkerkunde. Ein amerikanisches Stipendium ermöglichte ihm den Studienaufenthalt am Päpstlichen Bibelinstitut in Rom. Sein spezielles Arbeitsgebiet ist der vorderasiatische Raum, insbesondere die systematische Erforschung der in Arabien lebenden Paria-Stämme, die auf einer primitiven wirtschaftlichen und sozialen Stufe stehen. Mit den in Österreich, Ungarn und Frankreich hausenden Zigeunern hat er sich gleichfalls eingehend befaßt. Dr. Dostal, der noch heuer eine Expedition nach Südarabien unternimmt, um seine für die Aufhellung der Kulturgeschichte Vorderasiens wichtigen Forschungen fortzusetzen, hat bisher 11 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht und betätigt sich auch als Volksbildner.

Hochschuldozent Dipl.Ing.DDr. Herbert Grubinger wurde am 11. September 1922 in Wien geboren und absolvierte als Werkstudent die Hochschule für Bodenkultur, kulturtechnische Abteilung. Anschließend arbeitete er praktisch bei der Wildbachverbauung sowie im Siedlungswasserbau und seit 1949 im Institut

für landwirtschaftliches Ingenieurwesen. Nach abgeschlossenem Geologiestudium an der Universität wurde ihm 1955 die Lehrbefugnis für kulturtechnischen Wasserbau erteilt. Seine eigenen Forschungen erstrecken sich hauptsächlich auf das Grenzgebiet zwischen Kulturtechnik und Geologie (Grundwasserkunde, Hydrogeologie, Technische Bodenkunde, Auswirkungen auf den Siedlungswasserbau), auf landwirtschaftlichen Wasserbau, Wasserwirtschaft und Raumplanung. Dr. Grubinger, der Redaktionsmitglied der Österreichischen Wasserwirtschaft ist, hat 12 Publikationen und 6 populärwissenschaftliche Arbeiten verfaßt.

Hochschulassistent Dr. Walter Jaksch, am 28. Februar 1927 in Wien geboren, absolvierte die Tierärztliche Hochschule, war aber schon in der Studienzeit als Volontär und als wissenschaftliche Hilfskraft am Pharmakologischen Institut, später an der Medizinischen Klinik beschäftigt, deren Assistent er 1954 wurde. Zur weiteren Berufsausbildung bereiste er Deutschland, Holland, Belgien, England, Frankreich und Jugoslawien. Derzeit leitet er die Pferdeabteilung und das mykologische Laboratorium der medizinischen Klinik an der Tierärztlichen Hochschule. Wissenschaftlich arbeitet er vor allem auf dem Gebiet der experimentell-klinischen Anwendung der Antibiotica in der Veterinärmedizin. In diesem Zusammenhang wurden Versuche an nahezu 700 Haustieren der verschiedenen Gattungen vorgenommen, 13.000 Blutproben ausgewertet. Mehr als die Hälfte davon wurde von ihm allein, der Rest unter seiner Aufsicht durchgeführt. In den letzten Jahren wandte er sich auch mykologischen Untersuchungen zu. Von ihm stammen 17 wissenschaftliche Arbeiten.

Univ.Dozent Dr. Konrad Wiche, am 2. Dezember 1913 in Wien geboren, studierte zunächst Latein und philosophische Propädeutik, dann Geographie und Geschichte. Sein Hauptinteresse betraf die physische Geographie. 1939 wurde er Assistent am Geographischen Institut und arbeitete sich in die Klimakunde ein. 1950 erfolgte seine Habilitierung in dem Gesamtfach der Geographie. In der Folge wurde er Mitglied der Bundeshöhlenkommission, Vorstandsmitglied und Generalsekretär der Geographischen Gesellschaft in Wien, korrespondierendes Mitglied der Periglazial-Kommission der Union Geographique International.

Dr. Wiche, der mehrere Forschungsreisen unternommen hat, ist Schriftleiter der Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft, deren Festschrift zur Hundertjahrfeier von ihm besorgt wurde. 29 wissenschaftliche Publikationen liegen bis jetzt von ihm vor. 1956 wurde ihm der Titel eines a.o. Universitätsprofessors verliehen.

- - -

Feierstunde der "Lebensschulen"

=====

1. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Zechner, Präsident des Verbandes der Wiener Volksbildung, eröffnete am Samstag eine Feierstunde der Wiener Lebensschulleitenden. In seiner Ansprache wies Präsident Dr. Zechner darauf hin, daß die neue Einrichtung der Wiener Volksbildung sehr zu begrüßen sei und daß ihre Erfolge tief beeindruckend sind.

Die Lebensschulen sind in ständiger Aufwärtsentwicklung begriffen, derzeit nehmen bereits 426 Frauen und Männer an den 16 Lebensschulen in allen Wiener Bezirken teil.

Vor der Feierstunde hielt der aus 30 Personen bestehende Lehrkörper der Wiener Lebensschulen unter der Leitung von Bezirksschulinspektor Anton Kriegler eine seiner regelmäßigen Konferenzen ab, in der Erfahrungen mit der Lebensschularbeit ausgetauscht wurden. Besonders auffällig ist die starke Teilnahme junger Menschen an dieser Bildungseinrichtung. Alle Teilnehmer schätzen die lebenspraktische Vervollkommnung der Allgemeinbildung, die Möglichkeit des Besuches von Führungen, Konzert- und Theaterveranstaltungen und vor allem die freundliche Gemeinschaft, die zwischen den Lebensschülern zustande gekommen ist. Viele Absolventen schließen sich zu "Lebensschulklubs" zusammen, andere besuchen in der Folgezeit wissenschaftliche Kurse.

- - -

Neue Werbung auf fast allen Straßenbahnlinien  
=====

1. Dezember (RK) In Ergänzung unserer heutigen Meldung über neue Werbung auf der Straßenbahn können wir mitteilen, daß noch im Laufe dieser Woche die neuartige Reklame auf folgenden Linien zu sehen sein wird: A, B, D, E<sub>2</sub>, F, J, T, 6, 9, 11, 13, 16, 18, 24, 25, 36, 38, 40, 41, 65, 66, 67, 71, 72, 74, 75, 78, 100, 106, 165 und 167.

- - -

- - -

Abschied von Primarius Dr. Königswieser  
=====

1. Dezember (RK) Heute nachmittag fand im Hietzinger Friedhof das Leichenbegängnis des langjährigen Leiters der Fürsorgestelle für Körperbehinderte im Gesundheitsamt der Stadt Wien, Primarius Dr. Alfons Königswieser, statt. Namens der Stadt Wien hielt der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, dem beliebten und weithin bekannten Arzt einen tief empfundenen Nachruf, in dem er das Leben und die Verdienste des Verstorbenen würdigte. Er sprach auch der Witwe die Anteilnahme der Stadt Wien aus.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 1. Dezember  
=====

1. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 4 Ochsen, 3 Stiere, 36 Kühe, Summe 43. Neuzufuhren Inland: 196 Ochsen, 141 Stiere, 902 Kühe, 137 Kalbinnen, Summe 1376; Ungarn: 15 Stiere, 62 Kühe, Summe 77; Polen: 16 Stiere, 10 Kühe, Summe 26. Gesamtauftrieb: 200 Ochsen, 175 Stiere, 1010 Kühe, 137 Kalbinnen, Summe 1522. Es wurde alles verkauft.

Preise: Ochsen 9.80 bis 11.80 S, extrem 11.90 bis 12.20 S; Stiere 10.50 bis 12.10 S, extrem 12.20 bis 12.50 S; Kühe 7.- bis 10.- S, extrem 10.20 bis 10.40 S; Kalbinnen 10.50 bis 12.- S, extrem 12.10 bis 12.70 S; Beinlvieh Kühe 6.- bis 7.70 S, Ochsen

./.

und Kalbinnen 9.- bis 10.- S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich für Ochsen um 16 Groschen und erhöhte sich für Stiere um 15 Groschen, für Kühe um 5 Groschen und Kalbinnen um 51 Groschen. Er beträgt: Ochsen 10.52 S, Stiere 11.43 S, Kühe 8.28 S, Kalbinnen 10.78 S, Beinlvieh notierte behauptet. Ungarische Stiere notierten von 11.20 bis 12.40 S, ungarische Kühe von 8.80 bis 10.20 S, polnische Stiere mit 11.50 S und polnische Kühe mit 8.20 S.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 2. Dezember 1958

Blatt 2413

## Dolfi sucht Eltern!

=====

2. Dezember (RK) Das Pflegestellenreferat der Kinderübernahme- und -erziehungsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien sucht dringend ein kinderliebendes Pflegeelternpaar. Es wäre ein 5 1/2 jähriger Knabe unterzubringen, der nicht bei seinen Eltern bleiben konnte.

Laut psychologischem Gutachten hat das Kind durch die äußerst ungünstigen häuslichen Verhältnisse schweren Schaden an seiner Persönlichkeitsentwicklung genommen. Es ist nervös, überängstlich, hochgradig gehemmt, unkonzentriert, lust- und teilnahmslos und schließt sich aus der Gemeinschaft aus.

Dolfi ist ein hübscher Bub mit schwarzen Haaren und dunklen Augen und bedarf dringend einer lieben, verständnisvollen Mutter, sowie eines aufgeschlossenen, jedoch konsequenten Vaters. Die Pflegeeltern müßten fähig sein, den durch seine frühkindlichen Erlebnisse vollkommen irritierten Buben die Sicherheit und Geborgenheit in der Familie erleben zu lassen, die jedes Kind zu seiner geistig und seelisch gesunden Entwicklung nötig hat, für Dolfi aber die einzige Chance bildet, sich später im Leben zurechtzufinden.

Nur Pflegeeltern, die bereit sind, sich dieser schweren Aufgabe mit Verständnis, Geduld und Liebe zu widmen, mögen sich um nähere Auskünfte an das Pflegestellenreferat der Kinderübernahme- und -erziehungsstelle, Wien 9, Lustkandlgasse 50, Telefon 32 76 71, wenden.

- - -

Lustiger Nachmittag in Lainz  
=====

2. Dezember (RK) Heute, Dienstag, um 14.30 Uhr, findet im Altersheim Lainz ein lustiger Nachmittag für die Pfleglinge statt. Mitwirkende: Maxi Böhm, Cissy Craner und Hugo Wiener, Ernst Arnold, Walter Morath und Voli Geiler und Borra, der König der Taschendiebe.

- - -

Am Samstag Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Johann Böhm  
=====

2. Dezember (RK) Am Samstag, dem 6. Dezember, um 11.30 Uhr, wird Bürgermeister Jonas im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an den Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und 2. Präsidenten des Nationalrates Johann Böhm die Ehrenbürgerurkunde feierlich überreichen.

- - -

Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke wurden eingebracht  
=====

2. Dezember (RK). In einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß hat heute der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1959 eingebracht. In der Vorschau auf das Budget der Bundeshauptstadt Wien 1959, die am Freitag dieser Woche der Amtsführende Stadtrat für Finanzen Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger im Presseclub Concordia geben, werden auch die heute eingebrachten Wirtschaftspläne behandelt.

- - -

200. Geburtstag von Joseph Gelinek  
=====

2. Dezember (RK) Auf den 3. Dezember fällt der 200. Geburtstag des Komponisten Abbé Joseph Gelinek.

Aus dem böhmischen Dorf Selcz bei Beran stammend, besuchte er das Jesuitenkollegium in Pribram und die Universität in Prag. 1786 wurde er zum Priester geweiht. Auf Empfehlung Mozarts, der ihn sehr schätzte, kam er als Hauskaplan und Klaviermeister zum Grafen Kinsky und zog mit ihm 1795 nach Wien. Später wurde er Hauspianist des Fürsten Esterhazy und erfreute sich auch bei Hof, in den Adelshäusern und bürgerlichen Salons großer Beliebtheit. Joseph Gelinek, der am 13. April 1825 in Wien starb, schuf Kammermusik- und Klavierwerke und war ein Meister im Variieren und Bearbeiten fremder Kompositionen. Auch als Klaviervirtuose leistete er Beachtliches.

- - -

Anton Webern zum Gedenken  
=====

2. Dezember (RK) Am 3. Dezember wäre der Komponist Dr. Anton Webern 75 Jahre alt geworden.

Ein gebürtiger Wiener, studierte er Musikwissenschaft und begann die Kapellmeisterlaufbahn. 1918 ließ er sich in Mödling nieder und schaltete sich sehr aktiv ins Wiener Konzertleben ein. Zunächst als Mitarbeiter Arnold Schönbergs, als Dirigent des Schubertbundes und als Chormeister tätig, übernahm er die Leitung der Wiener Arbeitersymphoniekonzerte und des Wiener Arbeitersingvereines. Gleichzeitig dirigierte er in Deutschland, in der Schweiz, in England und Spanien und wirkte ständig im Österreichischen Rundfunk. 1924 und 1932 wurden ihm Musikpreise der Stadt Wien verliehen. Die Ächtung seiner Werke durch den Nationalsozialismus bewog ihn, sich völlig zurückzuziehen und nach Mittersill zu übersiedeln, wo ihn am 15. September 1945 die verirrte Kugel eines amerikanischen Soldaten tödlich traf. Sein eigenes Schaffen, das bis zu Opus 31 gediehen ist, wandelt die Zwölftonmusik in höchst persönlicher Weise ab. Es umfaßt Lieder, Gesänge und Instrumentalstücke. Anton Webern war einer der geistreichsten und konsequentesten Komponisten der modernen Richtung, die bestrebt ist, der Tonkunst durch die Sprengung herkömmlicher Formen neue Ausdruckswerke zu erschließen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 2..Dezember  
=====

2. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche keine. Neuzufuhren: Inland 5.657; Ausland, Bulgarien 332, Jugoslawien 589, Polen 1.412, Ungarn 1.305. Gesamtauftrieb: 9.295. Verkauft alle.

Preise: Extrem 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 12.80 bis 13.50 S, 3. Qualität 12 bis 12.80 S, Zuchten 12 bis 12.50, Altschneider 10 bis 11. Ausländische Schweine notierten: Bulgarien 12.50 bis 13 S, Jugoslawien 12.50 bis 12.70 S, Polen 12.80 bis 13.70 S, Ungarn 12.60 bis 13.30 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt 13.12 S je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 5 Groschen je Kilogramm und beträgt 12.80 S je Kilogramm.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnet "Das gute Bild für jeden"  
=====

2. Dezember (RK) In der Wiener Secession eröffnete heute nachmittag Bürgermeister Jonas die alljährlich zur Weihnachtszeit stattfindende Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Die Ausstellung wird vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden veranstaltet. Sie bringt heuer wie jedes Jahr Aquarelle zum Höchstpreis von 500 Schilling, Graphiken zum Höchstpreis von 400 Schilling und Keramiken zum Höchstpreis von 300 Schilling. Die Ausstellung ist vom 2. bis 31. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Die diesjährige Verkaufsschau hat auch mit einigen Neuigkeiten aufzuwarten: jeder 50. Käufer erhält die Möglichkeit, sich von einem der Künstler, deren Namen auf einer Liste in der Ausstellung verzeichnet sind, kostenlos eine Porträtskizze anfertigen zu lassen. Man hat sich ferner auch dazu entschlossen, die zu den Bildern dazupassenden Rahmen gleich mit zu verkaufen.

An der feierlichen Eröffnung nahmen Sozialminister Proksch, Bürgermeister Jonas, die Stadträte Heller und Mandl, Landtagspräsident Marek und Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teil sowie viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens unserer Stadt. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Wiener Secession, Prof. Pregartbauer, sprach Bürgermeister Jonas. Er wies darauf hin, daß die Ausstellung heuer zum neunten Male veranstaltet wird. Nicht weniger als zehn Wiener Künstlerverbände nehmen daran teil. Er freue sich, daß die Künstlervereinigungen einmal im Jahr unter einem Dach zusammenfinden und untereinander in Konkurrenz treten. In den letzten drei Jahren wurden in den Verkaufsausstellungen jedesmal um mehr als 100.000 Schilling Bilder verkauft und jedesmal waren mehr als 30.000 Besucher zu verzeichnen. Ich glaube, sagte Bürgermeister Jonas, daß die Zahl außerordentlich erfreulich ist und jede Behauptung widerlegt, daß die Wiener Bevölkerung für Kunst kein Interesse hätte. Es mag für den einen oder anderen der ausstellenden Künstler der Verkauf

eines Bildes auch eine materielle Frage bedeuten, fuhr der Bürgermeister fort, aber ich glaube, daß heute, im Jahre 1958, wichtiger als der Verkauf die damit verbundene Anerkennung für den Künstler zu werten ist. Abschließend sprach Bürgermeister Jonas die Hoffnung aus, daß bei Schluß der Ausstellung zum Jahresende die Wiener Künstler wieder auf eine reiche Ernte zurückblicken könnten und erklärte "Das gute Bild für jeden" für eröffnet.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 3. Dezember 1958

Blatt 2419

## Journalistenrendezvous im Wiener Rathaus

=====

3. Dezember (RK) Die Eröffnung des "Presseclub Concordia" gab die seltene Gelegenheit, die Journalisten Wiens im Wiener Rathaus versammelt zu sehen. Die Vorstandsmitglieder des "Presseclub Concordia", die Vorstandsmitglieder des Verbandes der Auslandspresse, die Mitglieder der Präsidien der Journalistengewerkschaft und des Zeitungsherausgeberverbandes, die Chefredakteure der Wiener Zeitungen und die Kommunalberichterstatter waren einer Einladung von Bürgermeister Jonas zu dem Empfang gefolgt, der gestern abend im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses stattfand. Mit dem Bürgermeister waren Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger sowie die Stadträte Afritsch, <sup>Bauer</sup>/Glaserer, Heller, Lakowitsch, Mandl, Dkfm. Natschläger und Slavik sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner erschienen.

In seiner Begrüßungsansprache wies Bürgermeister Jonas darauf hin, daß er die Gründung des "Presseclub Concordia" dazu benützen wollte, um ein kleines Journalistentreffen im Wiener Rathaus zu veranstalten, und zwar deswegen, weil damit Gelegenheit gegeben sei, den Wiener Journalisten dafür zu danken, daß sie in den letzten Jahren in steigendem Maße den kommunalen Problemen ihr Interesse zugewendet haben. Er könne mit Vergnügen feststellen, daß das Wiener Rathaus und die Absichten der Gemeindeverwaltung nun ein wesentlich besseres Echo finden als in früheren Jahren. Er hoffe, daß dies in Zukunft sogar noch besser sein werde, schon deswegen, weil die Stadtverwaltung vor immer größeren und interessanteren Aufgaben stehe. Der Bürgermeister hob auch hervor, daß außerordentlich viel Fachkenntnis dazu-

./.

gehört, um die Probleme einer Großstadt zu erfassen und darüber zu berichten. Wenn jedoch auf beiden Seiten guter Wille und Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist, dann wird auch bei eventuellen Schwierigkeiten eine Lösung zu finden sein. Für die Zukunft erbat sich der Bürgermeister von den Wiener Journalisten wie bisher ihr Verständnis und ihre Hilfe. Dem "Presseclub Concordia" wünschte er viel Erfolg und gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit seiner Gründung eine neue Blütezeit der Wiener Journalistik anbrechen werde.

Der Präsident des "Presseclub Concordia", Chefredakteur Dr. Kalmar, dankte für den Empfang im Wiener Rathaus und hob hervor, daß dies der erste Empfang sei, an dem österreichische Journalisten aus einem rein journalistischen Anlaß teilnehmen dürfen. Die "Concordia" blicke auf eine sehr große Tradition zurück. Für ihre Wiedererweckung nach dem Krieg gebühre das größte Verdienst den Ehrenpräsidenten der neuen Vereinigung, Hofrat Prof. Holzer, den er bei dieser Gelegenheit nochmals danken wolle. Die neue Vereinigung "Presseclub Concordia" hat die Absicht, in ihrem neuen Haus zu einem Zentrum journalistischer Aktivität zu werden. Mit Freude habe man gehört, daß die erste Pressekonferenz eine des Wiener Rathauses sein wird. In diesem Zusammenhang würdigte Dr. Kalmar die Verdienste von Chefredakteur Adametz, der sich schon im alten Presseklub sehr für dessen Interessen eingesetzt hat.

Nach dem Empfang im Wiener Rathaus benützten einige Stadtväter auf Einladung des Präsidenten Dr. Kalmar die Gelegenheit zu einer kleinen inoffiziellen Besichtigung der neuen Räume des "Presseclub Concordia" in der Bankgasse.

"Freude an seltenen Büchern"

=====

3. Dezember (RK) Im Rahmen der ständigen Kleinausstellungen im Lesesaal veranstaltet die Wiener Stadtbibliothek im Dezember eine Ausstellung unter dem Titel "Freude an seltenen und schönen Buch zur Weihnachtszeit". Die Vitrinenbilder zeigen die bibliophile Handschrift mit Wiener Seltenheiten, Stammbücher, Rezeptiersammlungen, Tagebücher etc., ferner seltene Druckwerke, vorwiegend Viennensia von der Türkenzeit bis zur Gegenwart, weiters das schön ausgestattete Buch mit Prunkeinbänden und kunstvollen Illustrationen und schließlich eine Sammlung der Jahresgaben der Wiener Bibliophilen-Gesellschaft.

Die Ausstellung ist bis 31. Dezember im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek (Wien 1, Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock) von Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 8.30 bis 11.30 Uhr, frei zugänglich.

- - -

### Das erste Porträt aus der Secession

=====

3. Dezember (RK) In der vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden in der Secession veranstalteten Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" wurden bereits am ersten Tag 1.143 Besucher gezählt. Es wurden 68 Aquarelle, Graphiken und Keramiken um 28.355 Schilling verkauft. Somit konnte gleich am ersten Ausstellungstag der 50. Käufer ermittelt werden. Als Prämie wird er porträtiert. Der erste Glückspilz, ein Ingenieur aus dem 3. Bezirk, wünschte sich eine Porträtsskizze von Prof. Josef Dobrowsky.

### Die Ehrenbürger von Wien

=====

3. Dezember (RK) Seit dem Jahre 1801, in dem unter Bürgermeister Josef Georg Hörl das Goldene Buch der Stadt Wien angelegt worden ist, sind 102 verdiente Persönlichkeiten zu Ehrenbürgern der Stadt Wien ernannt worden. Dieser Tage wurde in den mit gotischen Ornamenten geschmückten Einband der Name des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und 2. Präsidenten des Nationalrates Johann Böhm eingetragen, den der Wiener Gemeinderat am 21. November dieses Jahres in Würdigung seiner Verdienste um die Republik einstimmig zum Ehrenbürger ernannt hat.

Die Ehrenbürgerschaft der Stadt ist die höchste Auszeichnung, die Wien vergeben kann. Im Laufe des vorigen Jahrhunderts erhielten sie fast ausnahmslos Angehörige des Adelsstandes. Franz Grillparzer, Dr. Josef Hyrtl, Friedrich Schmidt, Dr. Karl Lueger gehören zu den wenigen Ausnahmen. Als letzter Ehrenbürger des kaiserlichen Wien wurde am 2. Mai 1918 der damalige Außenminister Ottokar Graf Czernin eingetragen; der erste vor nun 157 Jahren ernannte Ehrenbürger war der hohe Hofbeamte Graf Mittrowsky.

Johann Böhm, der am Samstag im Stadtsenatsitzungssaal des Wiener Rathauses die Urkunde zur Ehrenbürgerschaft aus der

Hand des Bürgermeisters entgegennehmen wird, stammt aus einer Kleinhäuslerfamilie aus Niederösterreich, von wo er in seiner Jugend als Maurergeselle nach Wien kam. Er ist nach Reumann und Kunschak der dritte Ehrenbürger, der aus dem Arbeiterstand kommt.

In den vierzig Jahren seit der Gründung der Republik Österreich ist man mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft sehr sparsam umgegangen: Johann Böhm ist erst der neunte in der Galerie der Ehrenbürger nach 1918. Der erste Ehrenbürger der Bundeshauptstadt wurde Bürgermeister Jakob Reumann, dem diese Auszeichnung 1923 verliehen worden ist. Ein Jahr später folgte ihm der Rechtswissenschaftler und Schöpfer der Österreichischen Zivilordnung, Minister a.D. Dr. Franz Klein, und wieder ein Jahr später der Komponist Dr. Richard Strauss. 1929 wurde Bürgermeister Karl Seitz zum Ehrenbürger ernannt.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde in das Goldene Buch als erster der Präsident des Nationalrates Leopold Kunschak eingetragen. Im Jahre 1948 wurden der damalige Bürgermeister Dr.h.c. Körner und Bundespräsident Dr. Karl Renner mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft geehrt. Die einzigen lebenden Ehrenbürger sind Bundespräsident Dr. Adolf Schärf, der seit drei Jahren Träger dieser hohen Auszeichnung ist, und der nun zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannte Johann Böhm.

Das Goldene Buch der Stadt Wien, ein besonders schönes Stück des heimischen Buchbindergewerbes, wurde erst 38 Jahre nach der Ernennung des ersten Ehrenbürgers angelegt. Die textlichen Eintragungen, die außer dem Namen auch die Verdienste des Ehrenbürgers verewigen, sind gleichfalls graphische Meisterwerke. Zur Zeit der Ernennungen der ersten Ehrenbürger waren die Eintragungen sehr umfangreich. Oft füllte die Aufzählung aller Aufzeichnungen und Ehrentitel der adeligen Ehrenbürger ganze Seiten des Buches.

Einer alten Tradition gerecht, werden mit der Anfertigung der Urkunde der Ehrenbürgerschaft jeweils namhafte zeitgenössische Künstler betraut. Die von Bürgermeister Jonas und den beiden Vizebürgermeistern Horay und Weinberger unterfertigte Urkunde ist ein Werk des akademischen Malers Prof. Willi Bahner. Die Urkundenmappe aus rotem und weißem Saffianleder sowie die Klappkassette aus Schweinsleder wurden von der Kunstgewerblerin Ursula Kröber ausgeführt.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 4. Dezember 1958

Blatt 2424

Am Samstag beginnt der Christbaummarkt  
=====

4. Dezember (RK) Vor dem Rathaus und auf vielen anderen Plätzen Wiens leuchten seit einigen Tagen die ersten Weihnachtsbäume, durch die die Stadtverwaltung wie alljährlich der Wiener Bevölkerung ihre Feiertagsgrüße übermittelt.

Aus den waldreichen Gebieten der benachbarten Bundesländer, vor allem aus Niederösterreich, sind per Auto und Bahn große Mengen Tannen und Fichten aller Größen nach Wien transportiert worden. Der Großhandel hat bereits mit der Belieferung der Kleinhändler begonnen.

Der Detailverkauf beginnt diesen Samstag. Die Verkaufsplätze auf Straßen- oder Marktgrund werden wie in den vergangenen Jahren durch die örtlich zustehenden Marktamtsabteilungen vergeben, wobei die Bewerber, falls sie schon im vergangenen Jahr einen Platz hatten, die letzte Standplatzbewilligung (Juxte) zusammen mit ihrer Gewerbeberechtigung vorweisen müssen.

Die Christbaumverkäufer, die Produzenten und die Händler, werden bei der Einhaltung des Platzausmaßes, des Standortes, der Gewerbeberechtigung und der Preisauszeichnung überwacht werden. Das Marktamt macht besonders auf die Preisauszeichnungspflicht aufmerksam. Die Verkäufer haben die Preise (Preisspannen) gesondert für Fichten und Tannen sowie unterteilt nach den einzelnen Größenklassen, und zwar bis  $\frac{1}{2}$  m, bis 1 m, bis  $1\frac{1}{2}$  m, usw., unbedingt detailliert und deutlich sichtbar auszuschreiben.

Unbefugten Betrieben, Verpachtungen und sonstigen Platzüberlassungen an Unbefugte sowie ungenügender Preisauszeichnung oder Preisexzessen wird seitens der Marktamtsorgane besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Die Christbaumverkaufsplätze müssen spätestens bis 30. Dezember wieder geräumt sein.

- - -

## Musikveranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. Dezember

=====

## 4. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 8. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Sängerschaft "Waltharia": Chor-Orchesterkonzert, Dirigent Bruno Wind
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartetts der GdM (Haydn, Beethoven, Schosta- kowitsch)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: 3. Konzert im Kantatenzyklus X; Chor und Orchester der Bach- gemeinde, Dirigent Julius Peter (Bach: Weihnachtsoratorium)
Dienstag 9. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wiener Lehrer - a cappella-Chor: Chorkonzert; Josef Nebois (Orgel), Knabenchor des BRG XXI, Dirigent Alois Apfelaer (Bach, Brahms, Bruckner, Schubert, Kodaly, Wagner-Schönkirch, Bauernfeind, Gillesberger, Skorzeny, Hasen- öhrl, Tittel u.a.)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartetts der GdM (Haydn, Beethoven, Schostakowitsch)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzerthausquartett, Hans Berger/Horn, Otto Nitsch/Horn, Josef Hermann/Kontrabaß; (Haydn, Mozart, Beethoven)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K: Gastvortrag Dr. Oswald Jonas "Aus der Werkstatt von Johannes Brahms (2. Teil)
Mittwoch 10. Dez.	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Fragmentenabend der Opernklasse, Leitung Dr. Otto Fritz
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde 3. Konzert des Musikvereins- quartetts (Haydn, Beethoven, Schostakowitsch)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch: 10. Dez.	Gr. K. H. Saal 19.30	Klavierabend Friedrich Gulda (Beethoven, Chopin); Wiederholung vom 23. Nov.
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Liederabend Emmy Loose, am Flügel Erik Werba (Hugo Wolf- Lieder)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u. d. K.: Gastvortrag Dr. W. H. Balekjian "Die Geschichte der armenischen Musik" (mit Musikbeispielen)
Donnerstag 11. Dez.	Gr. M. V. Saal 19.30	Wolfgang von Karajan-Ensemble: Bach, "Die Kunst der Fuge"
	Gr. K. H. Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus I der KHG; Dirigent Heinrich Hollreiser
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: 3. Konzert im Kantatenzyklus X, Wiederholung vom 8. Dez. (Bach, "Weihnachts-Oratorium")
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	IGNM - Musikakademie: Kompositionsabend; Friedrich Cerha (Violine), Werner Tripp (Flöte), Kurt Schwertsik (Horn), Ivan Eröd, Erich Urbanner u. Otto Zykan (Klavier) spielen Kammermusik von Jelinek, Schollum, Schiske, Zykan, Zelenka, Eröd und Urbanner
Freitag 12. Dez.	Gr. M. V. Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Klavierabend Paul Badura-Skoda (Mozart, Beethoven, Brahms, Bar- tok)
	Gr. K. H. Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus I der KHG; Dirigent Heinrich Hollreiser
	Schubertsaal (KH) 19.30	Violinabend Igor Ozim (Beethoven, Bartok, Debussy, Szymanowski)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u. d. K.: "Musik um das Cembalo", Klasse Eta Harich-Schneider

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 12. Dez.	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Vortragsabend der Klasse Christl Mardayn
Samstag 13. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 5. Konzertes des n.ö. Tonkünstlerorchesters, Dirigent Dr. Volkmar Andreae
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus I; Wr. Symphoniker, Jacques Klein (Klavier), Dirigent Heinrich Hollreiser (Prokofieff: Klassi- sche Symphonie; Brahms: Klavier- konzert d-moll; Beethoven: 5. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Konzert der Zweigschulen
	Schubertsaal (KH) 19.30	Hernalser MGV Biedersinn - Gaudenzdorfer Männerchor Einigkeit - MGV Kernstockbund: Chorkonzert
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Wladyslaw Kedra (Bach, Mozart, Schumann, Chopin, Liszt, Prokofieff)
Sonntag 14. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert, Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Schubert: 8. Symphonie; Bruckner: 6. Symphonie)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Dady Mehta (Bach, Beethoven, Chopin, Ravel, Prokofieff)
	Mozartsaal (KH) 11.00	Madrigalchor St. Veit: Chorkonzert

## Pferdemarkt vom 2. Dezember

=====

4. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 316 Pferde, davon 23 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 310, als Nutztiere 3 verkauft, unverkauft blieben 3 Stück.

Preise: Fohlen 11.50 bis 12.80 S, Extremware 7.70 bis 9.40 S, 1. Qualität 6.60 bis 7.50 S, 2. Qualität 6.10 bis 6.50 S, 3. Qualität 5.50 bis 6.- S.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 132, Oberösterreich 67, Burgenland 53, Steiermark 17, Kärnten 32, Tirol 5, Salzburg 8.

Auslandsschlachthof: 33 Stück aus Bulgarien, Preis 6.- bis 6.70 S, 30 Stück aus Rumänien, Preis 6.- bis 6.10 S, 31 Stück aus Ungarn, Preis 6.- S, 30 Stück aus der C.S.R., Preis 6.20 bis 6.30.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Pferde um 8 g je Kilogramm, Fohlen um 40 g, je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.48 S, Schlachtfohlen 12.47.

- - -

Antrittsbesuch bei Bürgermeister Jonas  
=====

4. Dezember (RK) Der britische Botschafter Sir Reginald James Bowker stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

Ein Cebotariweg in Nußdorf  
=====

4. Dezember (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung hat zur Erinnerung an die vor neun Jahren verstorbene Kammersängerin der Wiener Staatsoper Maria Cebotari einer neuen vom Dennweg zur Kahlenberger Straße führenden Verkehrsfläche die Bezeichnung Cebotariweg gegeben.

- - -

Schweinenachmarkt vom 4. Dezember  
=====

4. Dezember (RK) Neuzufuhren: Inland 1, Polen 30, Gesamtauftrieb: 31, Verkauft alle. Marktverkehr sehr ruhig.

Polnische Schweine notierten: 13.- S je kg.

- - -

Rindernachmarkt vom 4. Dezember  
=====

4. Dezember (RK) Neuzufuhren: Inland 1 Stier und 53 Kühe, Summe 54. Gesamtauftrieb: 54. Verkauft: 1 Stier und 18 Kühe, Summe 19. Unverkauft: 35 Kühe. Marktverkehr sehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 5. Dezember 1958

Blatt 2430

Geehrte Redaktion!

=====

5. Dezember (RK) Das Museum der Stadt Wien übersiedelt gegenwärtig in das neue Haus auf dem Karlsplatz. Die Einrichtung eines Museums ist eine sehr interessante Sache, und wir möchten gerne den Journalisten Gelegenheit geben, im jetzigen Stadium einen "Blick hinter die Kulissen" zu machen.

Sie sind daher herzlich eingeladen, Mittwoch, den 10. Dezember, um 10 Uhr, in das neue Museum der Stadt Wien auf den Karlsplatz zu kommen. Stadtrat Mandl wird Sie begrüßen und gemeinsam mit Dr. Glück, dem Direktor der Museen der Stadt Wien, durch das Haus führen.

- - -

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien für 1959  
=====

5. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger legten heute im Presseclub Concordia den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, bzw. die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1959 vor.

5.279,450.200 S Einnahmen - 5.445,944.400 S Ausgaben

Der Voranschlag (Hoheitsverwaltung = Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1959 rechnet mit ordentlichen Einnahmen von 5.279,450.200 S (1958: 4.217,032.400 S) und ordentlichen Ausgaben von 5.445,944.400 S (1958: 4.400,512.400 S), es ist somit ein Abgang von 166,494.200 S (1958: 183,480.000 S) zu erwarten, der, soweit er nicht durch Einnahmenerhöhung oder Ausgabenverminderung ausgeglichen werden kann, durch Heranziehung der Allgemeinen Rücklage zu bedecken sein wird.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 25.2 Prozent, die Ausgaben um 23.6 Prozent höher angenommen; der veranschlagte Abgang beträgt 3 Prozent (1958: 4.2 Prozent der Ausgaben).

Die Einnahmen

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind nach den Angaben des Bundesfinanzgesetzes veranschlagt. Von der Bruttoeinnahme mit 1.622 Millionen Schilling wurde das Bundespräzipium mit 212 Millionen Schilling abgezogen und der Nettoansatz mit 1.410 Millionen Schilling, also um 58 Millionen Schilling höher als im Jahre 1958, angenommen. Der Anteil an den Gesamteinnahmen ist (von 32.1 Prozent im Jahre 1958) auf 26.7 Prozent gesunken.

Die weiterhin günstige wirtschaftliche Konjunktur läßt bei den städtischen Steuern und Abgaben eine um 172 Millionen Schilling höhere Annahme zu. Der Anteil an den Gesamteinnahmen ist (von 29.4 Prozent im Jahre 1958) auf 26.7 Prozent zurückgegangen.

Es werden erwartet an Gewerbesteuer 820 Millionen Schilling, Lohnsummensteuer 225 Millionen Schilling, Grundsteuer 124 Millionen

Schilling, Vergnügungssteuer 80 Millionen Schilling, Getränkesteuer 105 Millionen Schilling, Anzeigenabgabe 25 Millionen Schilling. Die Hundeabgabe mit 4,5 Millionen Schilling und das Erträgnis des Sportgroschens mit 1,5 Millionen Schilling bleiben gegenüber dem Ansatz 1958 unverändert. Dem heurigen Ergebnis entsprechend konnte die Ankündigungsabgabe mit 5,5 Millionen Schilling, die Gefrorenessteuer mit 2,5 Millionen Schilling, die Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh mit 1,8 Millionen Schilling, die Ausgleichsabgabe auf Frischfleisch mit 4,3 Millionen Schilling und die Ortstaxe mit 5,5 Millionen Schilling veranschlagt werden.

Die Einnahmen an Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Gebühren für die Benützung der städtischen Einrichtungen und Betriebsentgelte sind an den Gesamteinnahmen mit 10.9 Prozent (1958: 13.2 Prozent) beteiligt.

Auf Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Amtstaxen entfallen 12 Millionen Schilling, auf Gebrauchsgebühren 54 Millionen Schilling, auf Gebühren der Verwaltungsgruppe III 2,489.500 S, auf die Verwaltungsgruppe IV unter Einschluß der Pflegegebühren in den Erziehungs- und Altersheimen 33,211.000 S, auf die Geschäftsgruppe V 261,140.300 S. In den Geschäftsgruppen VI und VII sind an Gebühren 67,234.700 S veranschlagt. Die Öffentlichen Einrichtungen rechnen mit Gebühren von 209,964.300 S, die Geschäftsgruppen IX und XI mit 45,929.100 S.

Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds werden mit 25,836.000 S erwartet, für vorfinanzierte Bauvorhaben sollen 9,196.000 S zugezählt werden.

Zur Weitergabe an die Wiener Stadtwerke wird ein Darlehen von 270 Millionen Schilling aufgenommen werden. Da für den beschleunigten Ausbau der Schnellbahnstrecke Floridsdorf - Meidling im Jahre 1958 bereits 65 Millionen Schilling aus eigenen Kassenmitteln bevorschusst wurden, ist das zur Weitergabe an die Bundesbahnen zu erwartende Darlehen mit 310 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Verschiedenen Einnahmen, die mit 773,696.800 S, das sind 14.6 Prozent der gesamten Einnahmen, angenommen sind, setzen sich folgendermaßen zusammen: Kulturgroschen und Finanzzuweisungen 16 Millionen Schilling, Beiträge und Ersätze 321,501.700 S,

Einnahmen aus dem Immobilienbesitz 177,751.600 S, Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen 207,187.800 S, Erlöse 17,698.500 S, Strafen, Zwangsverfahrensgebühren, Säumniszuschläge 5,271.100 S, Verwaltungskostenbeiträge sonstiger Stellen 5,345.500 S, Verschiedene Einnahmen 3,130.700 S, Einmalige Einnahmen 19,809.900 S.

#### Die Ausgaben

In der folgenden Übersicht sind die Ausgaben nach den wichtigsten Aufwandgruppen aufgegliedert. Wegen der besseren Vergleichsmöglichkeit mit den Vorjahrsansätzen sind die weitergegebenen Darlehen separat ausgewiesen.

	Voranschlag 1958 S	Anteil %	Voranschlag 1959 S	Anteil %
Personalaufwand .....	1.457,687.200	33.1	1.496,967.800	30.4
Sachaufwand .....	1.504,776.500	34.2	1.851,147.300	37.5
Investitionen .....	1.150,048.700	26.1	1.210,129.300	24.5
Darlehen .....	288,000.000	6.6	372,700.000	7.6
Zwischensumme	4.400,512.400	100.0	4.930,944.400	100.0
Weitergegebene Darlehen	-		515,000.000	
Gesamtsumme	4.400,512.400		5.445,944.400	

#### Das Personal

Der Personalstand wird gegenüber dem Voranschlag 1958 von 33.264 auf 33.662 aktive Angestellte steigen. Der Stand der Pensionisten wird mit 14.800 (1958: 14.766) angenommen. Der Gesamtpersonalaufwand wird 1.496,967.800 S betragen. Obwohl er höher ist als im Vorjahr, beträgt er nur mehr 30.4 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr: 33.1 Prozent).

#### Finanzwesen

Die Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, zeigt ein starkes Ansteigen der Ausgaben, was auf die bereits angeführten zu gewährenden Darlehen von 515 Millionen Schilling zurückzuführen ist. Dazu kommen 50 Millionen Schilling für weitere Darlehen

und Betriebskredite und 50 Millionen Schilling für zinsfreie Instandsetzungsdarlehen. Für Darlehen und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 sind 136,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Ferner sind Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues mit 136 Millionen Schilling veranschlagt. Nach dem Stand der beim Sozialministerium, Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds, von Gemeinnützigen Bauvereinigungen eingebrachten Anträge auf Gewährung von Darlehen wird angenommen, daß im Jahre 1959 Zuteilungen in der Höhe von 160 Millionen Schilling erfolgen, weshalb für die Zusatzdarlehen 80 Millionen Schilling vorgesehen wurden. Da die Mittel aus dem Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds rund 60 Prozent der Bausumme, die Zusatzdarlehen rund 30 Prozent und die Eigenmittel des Bauwerbers mindestens zehn Prozent der Bausumme betragen, wird damit ein Baukapital von etwa 266 Millionen Schilling (160 + 80 + 26) für ungefähr 2.400 geförderte Wohnungen zur Verfügung stehen. Die im Ansatz noch verbleibenden 56 Millionen Schilling sind für Annuitätenzuschüsse ("Neue Wiener Wohnbauaktion") bestimmt.

Erstmalig ist der Gewerbesteuer Spitzenausgleich mit 50 Millionen Schilling und der sechsprozentige Beitrag aus der Gewerbesteuer nach dem GSPVG mit 49,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Ansatz für den Ankauf von Wertpapieren wurde mit fünf Millionen Schilling angenommen.

Der Schuldendienst ist mit 52,713.100 S veranschlagt. Es entfallen auf Tilgung von Hypothekarkrediten 695.500 S, auf Tilgung von Wohnhauswiederaufbaufondsdarlehen 3,406.300 S, auf Tilgung und Verzinsung der für die Wiener Stadtwerke aufgenommenen Darlehen 32,150.000 S, auf die Verzinsung der für die Österreichischen Bundesbahnen aufgenommenen Darlehen 16,3 Millionen Schilling und auf Verzinsung von Hypothekarkrediten 161.200 S.

Die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben beträgt 80 Millionen Schilling. Für Subventionen sind vier Millionen Schilling bereitgestellt, wovon 1,5 Millionen Schilling für die Aktion "Jugend am Werk" und eine Million für die "Stiftung Genesungsheim" zur Errichtung eines Heimes zur Unterbringung Alkoholkranker bestimmt sind.

Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, werden von 305,865.500 S im Jahre 1958 auf 334,876.100 S steigen, Davon entfallen unter anderem auf Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport 8,9 Millionen (1958: 7 Millionen). Für die Wiener Festwochen sind 2 Millionen, für Fremdenverkehrsförderung 6,150.000 S vorgesehen. Für Förderungsbeiträge aus dem Kultur Groschen sind 10 Millionen Schilling, ferner aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer aus kulturell hochwertigen Veranstaltungen weitere 2,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Weitere interessante Posten sind: 1,320.000 S für die Denkmalpflege, wovon 300.000 S als sechster Beitrag der Gemeinde Wien für die Instandsetzung des Stephansdomes und 500.000 S für die Bauhütte St. Stephan bestimmt sind. Für die Museen 9,978.700 S, zweite Baurate für ein Zentralarchiv in der Kandlgasse 3,5 Millionen Schilling, Fortsetzung der Aufstockung des Stadions und Ausbau der Einfriedung 12 Millionen Schilling.

Von den Ausgaben für Schulen entfallen auf den Personalaufwand 62,762.300 S, auf den laufenden Sachaufwand 70,421.400 S und auf die einmaligen baulichen Herstellungen und Inventaranschaffungen 48,257.000 S. Für die Fertigstellung der Körperbehindertenschule im ehemaligen Czartoryskischlüssel sind 20 Millionen, für die Schule 2, Max Winter-Platz, weitere 2,150.000 S, für die Schule in Hadersdorf-Weidlingau als vierte Baurate fünf Millionen, ferner für die Schulen in Stammersdorf 1,5 Millionen und 21, Franklinstraße, zwei Millionen veranschlagt. Begonnen werden Schulneubauten in der Abelegasse in Ottakring sowie in Strebersdorf und in Mauer.

Neue Kindergärten - Ausgleichszulagen für Rentner

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, werden 389,289.100 S (1958: 382.494.000 S) betragen. Für das Jugendamt sind 44,952.600 S vorgesehen. Für Stipendien für 120 Gastärzte werden 2,448.000 S und für 16.000 Säuglingswäschepakete 3,2 Millionen Schilling gebraucht werden.

Für die Kindergärten sind 81,7 Millionen (1958: 79,8 Millionen) voranschlagt. Mit einem Aufwand von 12 Millionen wird, neben

verschiedenen baulichen Herstellungen, der Neubau von zehn Kindergärten und zwei Tageserholungsstätten fortgesetzt und der Neubau von sechs Kindergärten begonnen werden.

Die Ausgaben für Erwachsenenfürsorge werden mit 138,348.200 S (1958: 124,593.000) angenommen. Die größeren Ausgaben sind durch die Ausgleichszulagen für Rentner nach dem ASVG und dem GSPVG mit 55 Millionen (1958: 35 Millionen) und die Blindenbeihilfen verursacht. Der Betrieb der 71 Tagesheimstätten für alte Leute wird 1,6 Millionen Schilling beanspruchen. Für Unterbringung der Fürsorgefälle in den stadteigenen Anstalten werden 54,798.300 S erstattet werden.

#### 30 Millionen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses

Den Ausgaben für die in der Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, geführten Wohlfahrtsanstalten von 953.846.100 S stehen Einnahmen von 479.083.300 S gegenüber. Werden die Ersätze des Fürsorgeverbandes Wien, die mit 88,296.600 S in Einnahmen veranschlagt sind, von den Gesamteinnahmen abgerechnet, ergibt sich - trotz des mit 28,429.900 S veranschlagten Bundesbeitrages nach dem Krankenanstaltengesetz - ein Nettzuschuß der Stadt in der Höhe von 563.059.400 S. Die Erhöhung der Verköstigungsquoten in den Krankenhäusern für Erwachsene um täglich 1,50 S bringt eine zusätzliche Ausgabe von 5,7 Millionen Schilling.

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind für das kommende Jahr 30 Millionen Schilling bereitgestellt.

#### 1,6 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, werden mit 893,7 Millionen (1958: 850,3 Millionen) angenommen.

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezogen, ergibt sich eine Summe von 1,626,575.500 S; das ist um 108,679.000 S mehr als im Jahre 1958. Dieser Betrag setzt sich folgendermaßen zusammen: Darlehen und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 136,7 Millionen, sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Wohnbauförderung 136 Millionen, Zinsfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen, Wohnhausbau und sonstige einmalige Bauvorhaben

1.070,990.000 S, laufende Erhaltung und Instandsetzung  
232,885.500 S.

Aus den Mitteln der Wohnbauförderung (136,7 Millionen Schilling plus eigene Mittel) werden voraussichtlich 1.000 Wohnungen gebaut werden, mit Darlehen des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds und den Zusatzdarlehen der Stadt Wien (Bausummen: 80 Millionen Schilling, plus 160 Millionen, plus 26 Millionen = 266 Millionen Schilling) dürften zirka 2.400 Wohnungen gebaut werden. Dazu kommen Wohnungsbauten mit Annuitätenzuschüssen, wobei anzunehmen ist, daß etwa 1.000 Wohnungen auf diese Art gebaut werden. Da außerdem im Rahmen des eigenen Wohnbauprogrammes mit einem Ansatz von 493,7 Millionen Schilling 4.000 Wohnungen gebaut werden, sind im Budget 1959 Mittel für insgesamt 8.400 Wohnungen gesichert.

Dem Straßenbau werden 140 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Die größten Bauverhaben sind: Südtiroler Platz und Umgebung, Zimmermannplatz mit innerem und äußerem Hernalser Gürtel, Triester Straße (Anteil der Stadt Wien 1,5 Millionen), Thaliastraße, Hernalser Hauptstraße, Heiligenstädter Straße und Floridsdorfer Hauptstraße - Schöpfleuthengasse. Als Beitrag für Straßenbauten an die Verkehrsbetriebe sind 3,2 Millionen vorgesehen.

Für bauliche Herstellungen im Brücken- und Wasserbau werden 76 Millionen (1958: 64,8 Millionen) zur Verfügung gestellt.

Für die Gärten und Parkanlagen wird die Gemeinde Wien im nächsten Jahr 24,440.000 S ausgeben.

#### Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, erhöhen sich auf 112,981.400 S (1958: 58,401.900 S).

Der Betrieb und die Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung wird 35,4 Millionen kosten.

Der Neubau und der Ausbau der Verkehrsanlagen und der Verkehrslichtsignalanlagen wird sechs Millionen erfordern, davon sind 2,2 Millionen für die Gürtelkreuzungen bestimmt.

Vorarbeiten für die neue Müllverbrennungsanlage

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, werden auf 515,335.700 S (1958: 449.374.400 S) steigen.

Für die Kanalisierung städtischer Wohnhausbauten sind acht Millionen, für den Ausbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammlers zwei Millionen und für sonstige Kanalneubauten sieben Millionen vorgesehen.

30 Millionen wird die Erhaltung der baulichen Anlagen der Wasserwerke kosten. Die Wasserwerke erhalten außerdem für bauliche Herstellungen und Inventaranschaffungen 40 Millionen und für Grunderwerbungen 2,3 Millionen Schilling. Der Ausbau des Rohrnetzes wird 11 Millionen, die Verbesserung der Wientalwasserleitung durch Neubau eines Vorfilters 2,9 Millionen, der Neubau eines Grundwasserwerkes beim Freudenaueer Hafen 6,9 Millionen und der weitere Ausbau der Grundwasser- und Spitzendeckungswerke zwei Millionen Schilling erfordern.

Zum Betrieb der Bäder wird die Gemeinde im nächsten Jahr 45,9 Millionen zuschießen. Das neue Sommerbad auf dem Laaer Berg wird im kommenden Jahr den Betrieb bereits aufnehmen. Als dritte Baurate sind dafür 20 Millionen und für das Inventar 2,270.000 S vorgesehen. Drei Kinderfreibäder werden neu gebaut. Die Volksbäder in der Vereinsgasse und in der Gschwandnergasse werden mit einem Aufwand von 1,8 Millionen modernisiert.

Für die Stadtreinigung sind 137,234.100 S (1958: 122,852.900 S) vorgesehen. Für Schneearbeiterlöhne werden 2,5 Millionen bereitgestellt. Der Beitrag an die Verkehrsbetriebe für die Straßenbetreuung im Winter erfordert drei Millionen Schilling.

Für Projektskosten und Vorarbeiten für eine große, moderne Müllverbrennungsanlage scheinen im Voranschlag 1,450.000 S auf.

Für die Anschaffung von Kehrichttonnen, Straßenpflegegeräten und Maschinen sind 4,5 Millionen angesetzt.

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

Die in der Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, veranschlagten städtischen Wohnhäuser rechnen mit Ausgaben von 199,212.800 S und Einnahmen von 149,260.900 S. Werden die Ausgabensätze für Wertabschreibungen und Investitionen

abgezogen, ist, falls keine zusätzlichen Ausgaben für Erhaltungsarbeiten erwachsen, mit einem Überschuß von 7,452.100 S zu rechnen. Dieser soll zur Deckung der Betriebsabgänge, die aus den Jahren 1954 bis 1957 48,230.425 S betragen, verwendet werden.

Für die Anschaffung und den Einbau von Waschmaschinen und -geräten in Kleinwaschküchen sind 7,5 Millionen angesetzt. Für die Abbrüche von Althäusern im Zuge der Assanierung werden sechs Millionen Schilling veranschlagt.

#### Wirtschaftsangelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, werden mit 133,001.700 S (1958: 115,743.800 S) angenommen. Für die Neuausstattung von Mutterberatungsstellen und für den Austausch veralteter Büromaschinen und Büromöbel sind 2,6 Millionen ausgewiesen. Neues Inventar soll um 1,3 Millionen beschafft werden. Die städtische Bäckerei wird für die Aufstellung von sechs neuen Gasbacköfen 650.000 S ausgeben.

Die Märkte veranschlagen für die baulichen Herstellungen 3,350.000 S. Davon entfallen auf die öffentlichen Märkte 550.000 S, auf die Großmarkthalle 800.000 S und auf den Zentralviehmarkt zwei Millionen Schilling. Für bauliche Herstellungen im Rinderschlachthof sind 240.000 S, im Schweineschlachthof 960.000 S und im Auslandsschlachthof 1,1 Millionen Schilling vorgesehen.

#### Große Grundkäufe für Wohnbauprogramm und Assanierungen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, werden mit 187,466.600 S, das ist um 25,205.300 S höher als im Vorjahr, angenommen.

Die Feuerwehr wird für bauliche Herstellungen 4,110.000 S und für Inventaranschaffungen 2,1 Millionen ausgeben. Der Wiederaufbau der Feuerwache Döbling wird beendet werden. Der Ausbau der Feuerwache Weidlingau wird fortgesetzt und der Bau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt auf den Gründen des ehemaligen Reservegartens wird begonnen werden. Neben den Instandsetzungen verschiedener Feuerwachen wird die Kabellegung für die Feuerwache

Liesing und der Anschluß an das Fernmeldenetz der Feuerwehr 600.000 S erfordern. Für Kraftfahrzeuge, Maschinen und Geräte sind 1,3 Millionen und für den Ausbau der Nachrichtenanlagen 610.000 S vorgesehen.

Der Ansatz für Grunderwerbung ist mit 70 Millionen Schilling festgesetzt. Die Durchführung des Wohnbauprogrammes und die Assanierungen erfordern eine Vermehrung des Grundbesitzes.

Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei ist unverändert mit 32,323.000 S angenommen. Für die Kosten der Führung der Stimmlisten sind 1,8 Millionen veranschlagt. Die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen werden voraussichtlich drei Millionen Schilling erfordern.

- - -

Die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1959

Bei der Aufstellung der Voranschläge der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1959 waren vor allem folgende Fragen mitbestimmend:

- 1.) Wie wirken sich die im Jahre 1958 vorgenommenen Tarifregulierungen aus?
- 2.) Welche Möglichkeiten ergeben sich im allgemeinen für die Wiener Verkehrsbetriebe aus einer Verbesserung der Gesamtsituation der Stadtwerke?
- 3.) Wie kann durch eine entsprechende Verlagerung der Mittel innerhalb der Stadtwerke auch das zusätzliche Erneuerungsprogramm gemäß Straßenbahnverordnung (Schienenbremsen) mit einem Aufwand pro 1959 von 124,2 Millionen Schilling gedeckt werden?

Was die Verbesserung der Einnahmenseite anbelangt, so schätzen die Elektrizitätswerke aus einem Mehrabsatz von Strom in Verbindung mit der Tarifregulierung einen Mehrerlös von 166 Millionen Schilling, die Gaswerke beim Stadtgas aus den gleichen Gründen wie bei den Elektrizitätswerken einen Mehrerlös von 33,3 Millionen Schilling, hingegen infolge eines Koksminderabsatzes bei gleichzeitiger Preisreduzierung eine Erlösminderung um 64 Millionen Schilling, somit per Saldo aus diesen beiden Komponenten eine Erlösminderung von 30,7 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe nehmen bei gleichbleibender Frequenz und in Auswirkung der Tarifregulierung einen um 84,7 Millionen Schilling höheren Erlös an, während die Städtische Bestattung um 1,55 Millionen Schilling an Mehreinnahmen verzeichnen wird.

Mit den übrigen erlössteigernden Posten ergeben sich bei den Wiener Stadtwerken insgesamt Mehrerlöse gegenüber 1958 von 277,6 Millionen Schilling, denen allerdings ein Mehraufwand in der Höhe von 170 Millionen gegenübersteht. Die Verbesserung beträgt demnach 107,6 Millionen Schilling, von denen 77,5 Millionen für eine Erhöhung der Subventionen an die Verkehrsbetriebe und der Rest für Erhöhungen der Investitionen bei den Elektrizitäts- und Gaswerken verwendet werden soll.

Die Subventionen der Elektrizitäts- und Gaswerke sowie der Bestattung an die Verkehrsbetriebe werden sich im Jahre 1959 auf insgesamt 180,5 Millionen Schilling gegenüber 103 Millionen im heurigen Jahr belaufen. Im einzelnen weisen die Elektrizitätswerke

einen Verlust von 75,5 Millionen Schilling, die Gaswerke von 32,9 Millionen, die Verkehrsbetriebe von 98,6 Millionen (Vorjahr - 173,9 Millionen) und die Bestattung einen Gewinn von 300.000 S aus. Die Wiener Stadtwerke zusammen kommen zu einem Abgang von 206,7 Millionen Schilling gegenüber 314,3 Millionen pro 1958. Das Brauhaus budgetiert mit einem Überschuß von 260.000 S und die Gewista mit einem solchen von 199.000 S.

Sämtliche Unternehmungen verzeichnen an Aufwendungen 3,215 Millionen Schilling und an Erträgen 3,009 Millionen; gegenüber dem Jahre 1958 ist der Aufwand um 8.3 Prozent und der Ertrag um 13.3 Prozent gestiegen.

#### Produktions- und Leistungsannahmen

Bei den Elektrizitätswerken wird mit einer Steigerung des Stromverkaufes von 1.420 Millionen kWh auf 1.521 kWh im Jahre 1959 gerechnet, das sind um 99 Millionen kWh oder sieben Prozent mehr. Die Gaswerke haben die Verkaufsmenge mit 512,1 Millionen Kubikmeter angenommen, das sind um 38 Millionen Kubikmeter oder um acht Prozent mehr als pro 1958. Die Veränderung des Heizwertes erscheint hiebei bereits berücksichtigt. Bei den Verkehrsbetrieben wird angenommen, daß die vorgenommene Tarifregulierung nach den Erfahrungen der verflossenen Monate zu keinem Rückgang in der Frequenz führen wird. Es werden daher die gleichen Ansätze für die beförderten Personen angenommen wie pro 1958, das sind 472 Millionen Fahrgäste auf Straßenbahn und Stadtbahn, 31,2 Millionen beim Kraftverkehr und 2,6 Millionen beim Obus.

#### Weitere Reduzierung der Personalstände

Die Wiener Stadtwerke rechnen pro 1959 mit einem Personalstand von insgesamt 19.052 Bediensteten gegen 19.577 Bediensteten im Jahre 1958, somit ergibt sich eine Reduktion um 525 Bedienstete, wobei auf die Gaswerke 154 und auf die Verkehrsbetriebe 286 Bedienstete entfallen. Hingegen wird sich die Anzahl der Pensionsparteien auch im kommenden Jahr noch leicht erhöhen, und zwar von 19.288 auf 19.344 (+ 56) Parteien. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird im kommenden Jahr um 469 (Vorjahr -240) niedriger sein als 1958. Insgesamt beschäftigen die Wiener Stadtwerke sowie das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista 19.524 aktive Bedienstete, während sie für 19.580 Pensionsparteien zu sorgen haben.

In den Personalständen sind 68 Jugendliche enthalten. Das Verhältnis von Aktiven zu Pensionsparteien hat sich auf 103,9 Prozent (Vorjahr 100,6 Prozent) verschlechtert, wobei bei den Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive bereits 114 (Vorjahr 110) Pensionsparteien entfallen.

### Investitionen

Unter Berücksichtigung der Zuführung von 229 Millionen Schilling aus der zweiten Rate des Fünfjahresplanes sowie von 20 Millionen Schilling, die seitens der Städtischen Versicherung kreditiert werden, ergibt sich für das Jahr 1959 für die Stadtwerke ein Investitionsvolumen von insgesamt 701,2 Millionen Schilling. Gegenüber dem Jahre 1958, in welchem Investitionen im Ausmaße von 554,9 Millionen Schilling (hievon 250 Millionen aus Fünfjahresplan, 20 Millionen von der Städtischen Versicherung) finanziert werden konnten, bedeutet dies eine Steigerung um 146,3 Millionen Schilling. Im einzelnen investieren die Elektrizitätswerke 263,8 Millionen Schilling, die Gaswerke 110,4 Millionen, die Verkehrsbetriebe 322,9 Millionen und die Bestattung 4,1 Millionen Schilling. Im Vergleich zum heurigen Wirtschaftsjahr ermäßigen sich die Investitionen der Elektrizitätswerke um 13,8 Millionen Schilling, die der Gaswerke um 11,5 Millionen, dagegen steigen die der Verkehrsbetriebe um 171,4 Millionen Schilling.

Die Elektrizitätswerke investieren unter anderem für

Umspann- und Unterwerke (ohne Bahnwerke) . . . . .	80,189.000
Unterwerke für Straßenbahn und Stadtbahn . . . . .	5,500.000
Leitungsnetze ohne Bahnversorgung . . . . .	66,650.000
Leitungsnetze für Bahnversorgung . . . . .	5,550.000
Kundendienst (Messceinrichtungen, Zähler etc.) . . .	13,020.000
60 MW-Anlage (Fünfjahresplan) . . . . .	58,000.000

Der Bau von Umspannwerken wird besonders forciert. So wird die Errichtung der Umspannwerke in Heiligenstadt, Leopoldau, Leopoldstadt und Traiskirchen fortgesetzt, ferner werden drei Unterwerke, und zwar in der Kendlerstraße, in Penzing und in Stadlau, begonnen. Für Umschaltungen sind im Wirtschaftsplan 5,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Gaswerke verwenden die ihnen zur Verfügung stehenden Investitionsbeträge unter anderem für:

Rohrleitungen für Wohnhausbauten . . . . .	3,000.000 S
Rohrleitungen für Siedlungen und Randgebiete . . .	3,500.000 S
Rohrleitungen wegen Straßenbauten . . . . .	4,000.000 S
Rohrauswechslungen . . . . .	19,000.000 S
eine 700 mm Rohrleitung von Floridsdorf über die Nordbahnbrücke nach Brigittenau . . . . .	7,000.000 S
Gasmesser und Gasmesserverbindungen . . . . .	14,500.000 S
ferner im Rahmen des Fünfjahresplanes für Methanspaltanlagen in Simmering . . . . .	3,500.000 S
Erdgasspaltanlagen mit intermittierendem Betrieb in Simmering . . . . .	3,500.000 S
Errichtung des 300.000 Kubikmeter Gasbehälters auf dem Wienerberg . . . . .	18,000.000 S
in Leopoldau für Methanspaltanlage in der Wassergasanlage . . . . .	9,000.000 S
Rohrleitungen in Wohngebieten . . . . .	3,000.000 S
Rohrleitungen für die Erdgasversorgung . . . . .	3,000.000 S

Die Verkehrsbetriebe, auf die pro 1959, und wahrscheinlich auch für die folgenden Jahre, der größte Teil der Investitionen der Wiener Stadtwerke entfallen wird, investieren von den zur Verfügung stehenden 322,939.000 S

für die Straßenbahn . . . . .	236,119.000 S
für die Stadtbahn . . . . .	51,043.000 S
und für den Autobus . . . . .	35,777.000 S

Für die Erneuerung des Fahrparks werden insgesamt 275,035.000 S zur Verfügung gestellt, wovon auf

die Straßenbahn . . . . .	204,535.000 S
die Stadtbahn . . . . .	43,800.000 S
und den Autobusbetrieb . . . . .	26,800.000 S

entfallen.

Unter der Voraussetzung, daß die österreichische Waggonbauindustrie leistungsfähig genug ist, um dieses Programm durchzuführen, könnten im Jahre 1959 169 Trieb- und Beiwagen der Großraumtypen, bzw. in Form von Gelenkwagen (sechs- bzw. vierachsig), 72 Trieb- und Beiwagen für die Stadtbahn neu gebaut und 20 Trieb- und Beiwagen generalinstandgesetzt werden. Für den Autobusbetrieb ist der Umbau von 16 Autobussen mit Mitteleinstieg auf moderne Großraumautobusse, ferner die Anschaffung von 34 neuen Autobussen geplant. Für den Bau einer neuen Großgarage im 10. Bezirk mit

einem Fassungsraum von 100 Autobussen sind zunächst acht Millionen Schilling vorgesehen. Von Bedeutung ist ferner noch für die Verkehrsbetriebe, daß mit den Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für eine neue Zentralwerkstätte begonnen werden kann.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß durch die unbedingt notwendig gewordene Dotierung des Erneuerungsprogrammes bei den Verkehrsbetrieben aus dem Titel der Straßenbahnverordnung in der Höhe von 124,250.000 S eine Reihe von erforderlichen Investitionen bei den Elektrizitäts- und Gaswerken zurückgestellt werden mußte.

Ebenso muß klargestellt werden, daß in den Wirtschaftsplänen der Unternehmungen keinerlei Vorsorge für die Auszahlung eines halben 14. Monatsgehaltes im Jahre 1959 getroffen werden konnte, da die Voranschläge bereits fertig waren, als die Neuregelung bekannt wurde. Wenn es nicht gelingen sollte, den Mehraufwand von ungefähr 25 bis 30 Millionen Schilling durch Einsparungen zu decken, wird eine Kürzung von Investitionen unausbleiblich sein.

- - -

Bürgermeister Jonas empfang "Miß Europa"  
=====

5. Dezember (RK) Einen netten Beitrag zu Europa hat Wien in den angenehmen Formen von Hanni Ehrenstraßer geleistet, die bekanntlich im Juni in Istanbul zur "Miß Europa" gewählt wurde. Bürgermeister Jonas hatte der hübschen Ottakringerin damals ein Glückwunschtelegramm geschickt. Nun, nach vielen Reisen, kam Hanni, begleitet von ihrer Mutter in das Wiener Rathaus, um sich für die Gratulation zu bedanken. Bürgermeister Jonas empfing seinen Gast im Arbeitszimmer. Fräulein Hanni berichtete, daß sie bald wieder nach Paris reisen werde, um bei der Wahl der "Miß France" dabei zu sein. Damit sie ihre Heimatstadt nicht vergesse und zur Erinnerung an den Besuch im Rathaus überreichte der Bürgermeister "Miß Europa" das große Wien-Buch.

- - -

Ehe- und Familienberatung  
=====

5. Dezember (RK) Die Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23 hält zwischen 24. Dezember und 6. Jänner keine Beratungsstunden. Letzte Beratung in diesem Jahr ist Dienstag, den 23. Dezember, erste Beratung im neuen Jahr am Freitag, dem 9. Jänner.

- - -

Am 8. und am 26. Dezember Milchverkauf  
=====

5. Dezember (RK) Am 8. und am 26. Dezember ist in Wien der Milchverkauf zwischen 7 und 8.30 Uhr gestattet. Diese Anordnung ist im Einvernehmen mit den Vertretern der in den Milchgeschäften Beschäftigten getroffen worden.

- - -

Der "Kerzenschein in Favoriten"

=====

E-Werk längst zu Verhandlungen bereit, aber Siedler können sich nicht einigen

5. Dezember (RK) Zwei Wiener Zeitungen haben sich vor kurzem mit der Tatsache beschäftigt, daß in Favoriten in der Siedlung "Am Wasserturm" Schwierigkeiten in der Stromversorgung bestehen. Dabei wurde der Sachverhalt so dargestellt, als ob die E-Werke an diesem bedauerlichen Zustand schuld oder zumindest mitschuldig wären. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger teilt der "Rathaus-Korrespondenz" dazu mit, daß er und die Direktion der E-Werke jederzeit bereit sind, mit den Siedlern zu verhandeln, doch haben sich bisher nicht alle Siedler auf einen verhandlungsberechtigten Vertreter einigen können. Die wiederholten Versuche der E-Werke, Verhandlungen anzubahnen, mußten daher erfolglos bleiben.

Sollten sich die Siedler einig werden, so versichert Stadtrat Dkfm. Nathschläger, wird bestimmt auch ein gangbarer Weg für die Finanzierung der Instandsetzung und Verstärkung der privaten Leitungsanlage gefunden werden können. Auch über die Kosten für einen weiteren Kabelanschluß wird man sich einigen können. Die E-Werke sind bereit, in solchen Fällen Kredite einzuräumen.

- - -

3.374 Besucher in drei Tagen  
=====

5. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Kunstlerverbänden in der Secession veranstaltete Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" wurde in den ersten drei Tagen von 3.374 Personen besucht. Mehr als 100 Bilder, Graphiken und Keramiken sind verkauft worden. Der 100. Käufer, ein Ingenieur der Wiener Gaswerke, wurde von der Ausstellungsleitung eingeladen, sich von einem Wiener Künstler gratis porträtieren zu lassen. Seine Wahl fiel auf Prof. Dobrowsky.

- - -

Entfallende Sprechstunden  
=====

5. Dezember (RK) Donnerstag, den 11. Dezember, und Donnerstag, den 18. Dezember, entfallen aus dienstlichen Gründen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Richard Nathschläger.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 6. Dezember 1958

Blatt 2449

## E-Werke-Netztransformatoren: eine Million Kilovoltampere

6. Dezember (RK) Mit der Inbetriebnahme des in der kürzlich fertiggestellten Netzstation Columbusgasse 28/34 in Favoriten installierten 500 kVA-Transformators hat die Gesamtleistung der Netztransformatoren im Wiener Stromversorgungsbereich die beachtliche Höhe von einer Million kVA erreicht. Als "Netztransformatoren" bezeichnet man jene Umspanner, die als letzte Übertragungsglieder der Stromleitung vom Kraftwerk zum Verbraucher zwischen die Hochspannungsverteilstellen und die Niederspannungsnetze (380/220 Volt) eingeschaltet sind, aus denen in begrenzten örtlichen Bereichen die Konsumenten in Haushalt, Gewerbe usw. unmittelbar versorgt werden. Größere Industriebetriebe werden gesondert über Stationen ähnlicher Art versorgt. Diese Netzstationen enthalten nebst dem Transformator (oder "Umspanner") die Netzanschluß- und Schalteinrichtungen.

Um die Bedeutung dieser nunmehr erreichten Leistungssumme der Netztransformatoren von einer Million kVA zu veranschaulichen: sie entspricht dem Strombedarf von 25 Millionen 40-Watt-Lampen, sie ist aber auch, wenn sie zur Gänze zur Gewinnung mechanischer Antriebsleistung verwendet werden würde, ausreichend, um Elektromotoren mit einer Gesamtleistung von rund 1,2 Millionen PS zu betreiben. Im Versorgungsbereich der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke gibt es gegenwärtig, dem örtlichen Bedarf entsprechend verteilt, mehr als 4.000 solcher Netztransformatorenstationen, in denen insgesamt etwa 4.700 Transformatoren aufgestellt sind. Unter den Begriff der Netztransformatoren fallen nicht die in den Kraft- und Umspannwerken befindlichen "Betriebstransformatoren", die, im

./.

Zuge der Übertragung der elektrischen Energie auf größere Entfernungen, die Spannung des elektrischen Stromes auf die hiezu jeweils wirtschaftlichsten Werte erhöhen oder erniedrigen.

Im Jahre 1946 betrug die Gesamtleistung der Wiener Netztransformatoren etwas mehr als 400.000 kVA; erst 1950 ist sie auf eine halbe Million kVA, also 50 Prozent der heutigen Summe, gestiegen. Der weiteren Steigerung des Energiebedarfes entsprechend, wurde Anfang 1956 der Wert von dreiviertel Millionen kVA überschritten; für die Zunahme auf die heutige volle Million kVA Netztransformatorenleistung war nur mehr die halbe Zeitspanne erforderlich. Diese Entwicklung läßt auf einen auch weiterhin anhaltenden Strombedarfsanstieg schließen; der künftigen Energiebedarfsdeckung gerecht zu werden, wird somit von den Stromversorgungsunternehmen größte Anstrengungen erfordern.

- - -

#### Stellenausschreibung

=====

6. Dezember (RK) Im Allgemeinen Krankenhaus gelangt die Stelle des Leiters der Anstaltsapotheke I zur Besetzung.

Bewerbungsgesuche um diese Stelle müssen bis spätestens 31. Dezember bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

- - -

#### Wiener Budget zur öffentlichen Einsicht aufgelegt

=====

6. Dezember (RK) Der Voranschlagsentwurf der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 ist ab heute bis einschließlich Freitag, den 12. Dezember, im Rathaus, 2. Stock, Tür 451, innerhalb der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

- - -

## Einheitliche Blaue Zone in allen Städten

=====

6. Dezember (RK) Im kommenden Jahr soll in zahlreichen österreichischen Städten die Organisation des ruhenden Verkehrs in hierfür geeigneten Bereichen nach dem System der Pariser, bzw. der Salzburger Blauen Zone erfolgen. Für Österreich als Fremdenverkehrsland wäre es nun besonders wichtig, daß nicht in den einzelnen Städten jeweils unterschiedliche Regelungen mit nur örtlich gültigen Parkkontrollscheiben eingeführt werden, weil sonst der Kraftfahrer bei einer Fahrt durch Österreich in einigen Jahren vielleicht gezwungen wäre, eine kleine Bibliothek verschiedener Parkkontrollscheiben mitzuführen. Eine Vereinheitlichung der von den einzelnen Städten verfügbaren Vorschriften über die Blaue Zone und möglichst auch eine in der Anwendung, der äußeren Form und den zeitlichen Festlegungen in allen Städten Österreichs geltende Parkkontrollscheibe wäre daher notwendig.

Der Fachausschuß für Verkehrsfragen im Österreichischen Städtebund hat sich gestern auf einer Tagung in Salzburg unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Donnenberg mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und, unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten, Empfehlungen über die einheitliche Festlegung der für die Einrichtung einer Blauen Zone erforderlichen behördlichen Kundmachungen sowie einen Entwurf für eine einheitlich in ganz Österreich zu verwendende Parkkontrollscheibe ausgearbeitet. Diese Entwürfe werden nun den zuständigen Bundesministerien, den Landesregierungen und den Kraftfahrorganisationen zur Stellungnahme übermittelt werden.

- - -

Ein neues Tanzspiel für die Wiener Schüler  
=====

6. Dezember (RK) Im Großen Konzerthausaal hat soeben eine Veranstaltungsreihe für Schüler der zweiten Haupt- und Mittelschulklassen begonnen, deren Kernstück Ilka Peters neues Tanzspiel "Christine und der Wanderzirkus" mit Musik von Augustin Kubizek ist. Die insgesamt 11 Aufführungen werden im Rahmen der Musikerziehung der Wiener Schuljugend vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet und finden während der Unterrichtszeit statt.

Das Tanzspiel, das wiederum mit heller Freude von jungen Publikum aufgenommen wird, zeigt das hohe Können des Kindertanzkreises des Konservatoriums der Stadt Wien unter der Leitung von Ilka Peter. Im erster Teil der Veranstaltung spielt das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester unter Karl Hudez Mozarts Ouverture zur Oper "Die Entführung aus dem Serail" und Schuberts "Deutsche Tänze". Als sehr instruktiv erweist sich eine den Musikstücken vorangestellte kurze Erklärung der einzelnen Instrumente des Orchesters.

- - -

Johann Böhm - Ehrenbürger von Wien  
=====

Feierliche Überreichung der Urkunde im Rathaus - Bgm. Jonas:  
"Höchste Auszeichnung für den Pionier des sozialen Aufstieges!"

6. Dezember (RK) Im festlich geschmückten Stadtsenats-  
sitzungssaal des Wiener Rathauses fand heute mittag im Beisein  
des Staatsoberhauptes, des Nationalratspräsidenten, der Regierung,  
des Wiener Stadtsenates sowie zahlreicher Persönlichkeiten des  
öffentlichen Lebens die feierliche Überreichung der Urkunde zur  
Ehrenbürgerschaft an den Präsidenten des Österreichischen Gewerk-  
schaftsbundes Johann Böhm statt.

Dem feierlichen Akt, der von Bürgermeister Jonas vorgenommen  
wurde, wohnten Bundespräsident Dr. Schärf, Nationalratspräsident  
Dr. Hurdes, die Bundesminister Helmer, Proksch und Dipl.-Ing.  
Waldbrunner sowie Staatssekretär Dr. Stefani bei. Die Stadt Wien  
war durch Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger,  
die Stadträte Afritsch, Bauer, Glaserer, Heller, Koci, Lakowitsch,  
Mandl, Dkfm. Nathschlager, Riemer, Slavik sowie Stadtschulrats-  
präsident Dr. Zechner vertreten. Unter den Ehrengästen sah man  
zahlreiche Nationalräte, Bundesräte, Gemeinderäte und Bezirks-  
vorsteher.

Um 11.30 Uhr betraten Bundespräsident Dr. Schärf und der  
jüngste Ehrenbürger der Stadt Wien, Präsident Johann Böhm,  
begleitet von Bürgermeister Jonas unter den Klängen der vom  
Wiener Kammerorchester intonierten Bundeshymne den Stadt-  
senatssitzungssaal. Das Kammerorchester unter Leitung von Paul  
Angerer spielte einleitend den 1. Satz aus Franz Schuberts  
5. Symphonie B-Dur. Bürgermeister Jonas würdigte dann die  
Verdienste des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschafts-  
bundes und Zweiten Präsidenten des Nationalrates Johann Böhm  
um die Republik Österreich und ihre Bundeshauptstadt.

./.

Bürgermeister Jonas führte aus: "Wir haben uns heute zu einer Feier versammelt, die eine besonders würdige Note durch die Anwesenheit unseres hochverehrten Staatsoberhauptes erhält. Ich heiße unseren Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf, der auch selbst Ehrenbürger der Bundeshauptstadt ist, herzlich willkommen. Mit ebensolcher Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Johann Böhm, den der Gemeinderat der Stadt Wien in seiner Sitzung vom 21. November durch die einstimmige Verleihung des Ehrenbürgerrechtes ausgezeichnet hat.

Johann Böhm, der einfache Maurer von einst, hat sich durch ungewöhnlich harte Arbeit an sich selbst, deren Triebfeder die Liebe zu den Entrechteten war, durch viele Opfer und Mühsale emporgerungen zum hohen Rang jener Männer, deren Namen mit dem sozialen Aufstieg der Arbeiter und Angestellten, aber auch mit der Wohlfahrt des gesamten österreichischen Volkes für immer verbunden sind.

Johann Böhm hat sich schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als noch wenig Verständnis für die Nöte des arbeitenden Volkes vorhanden war, und auch später in der Ersten Republik, manches Verdienst erworben. Über allem aber stehen jene Verdienste, die er sich seit der Wiedererrichtung der demokratischen Republik nicht nur um die Arbeiter- und Angestelltenschaft, sondern um das Wohl des gesamten Volkes erworben hat. Sein schlichter Name und sein vorbildliches Wirken verdienen es, in der Geschichte der Republik Österreich, die heuer auf 40 Jahre ihres Bestehens zurückblicken konnte, hervorgehoben zu werden.

Verdienste um die Republik Österreich sind gleicherweise auch solche für die Stadt Wien, und so darf ich es im Namen des Wiener Gemeinderates als eine verdiente Anerkennung bezeichnen, daß Johann Böhm, nach Jakob Reumann, Franz Klein, Richard Strauß, Karl Seitz, Leopold Kunschak, Karl Renner, Theodor Körner und Adolf Schärf, nunmehr der neunte jener Männer ist, die seit der Gründung der Republik zu Ehrenbürgern der österreichischen Bundeshauptstadt erhoben wurden.

Das höchste Lob, das sich ein Mitbürger erwerben kann, besteht in der öffentlichen Anerkennung, daß er den Inhalt seines Lebens in der selbstlosen Arbeit für die Gemeinschaft suchte und gefunden hat. Mag sich ein Einzelner noch so wichtig und tüchtig

fühlen, es wird sein Wirken doch ins Leere gehen und verblassen, wenn es nicht bleibende Spuren in der sozialen Ordnung und im sozialen Leben seines Volkes hinterläßt. Erst die Verbundenheit mit allen Mitbürgern, besonders aber mit den schwächeren, ermöglicht die höchste Entfaltung seiner Kräfte zu Taten, die beispielgebend sind und wertvolle Früchte tragen.

Johann Böhm, die Seele und der Kopf des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, war zum Arbeiterführer geboren. Eine harte Kindheit und Jugendzeit waren seine Lehrmeister. Am eigenen Leibe hat er die Leiden eines Standes gespürt, dem selbst anzugehören sein Stolz ist. Im Denken des Sozialismus geistig mündig geworden, erkannte er schon frühzeitig den Weg und das Ziel, die vor ihm lagen. Durch persönliche Erfahrungen gereift, schloß er sich jener Bewegung an, deren Programm die Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse erstrebt. Er wurde einer ihrer Bannerträger, ein Vorkämpfer für den sozialen Fortschritt. In der Erkenntnis, daß einer allein nicht viel ausrichtet, setzte er seine ganze Kraft dafür ein, den Zusammenschluß der werktätigen Bevölkerung zu erreichen. Er wußte, daß nur auf diese Weise ihre Interessen wirksam vertreten und ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden können. Daß der Kampf, den er führte, gut, gerecht und erfolgreich war, beweist der heutige Festakt, in dessen Mittelpunkt Johann Böhm steht.

Wir wollen uns noch einmal das Wichtigste aus diesem reichen Leben vergegenwärtigen.

Am 26. Jänner 1886 als Sohn eines Waldviertler Kleinhäuslers in Stögersbach geboren, wuchs er in einem Bauerndörfchen auf und erlernte das Maurerhandwerk. Nach Beendigung der Lehrzeit übersiedelte er bald nach Wien, wo er sofort zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratischen Partei fand. 1903 trat er der Maurerorganisation, der späteren Baugewerkschaft, bei. 1904 war er bereits Schriftführer der Ortsgruppe Währung, ein Jahr darauf ihr Obmann, 1912 Obmann der Vereinigung der Ortsgruppen Wiens. Nach Beendigung des Krieges wurde Johann Böhm Geschäftsführer des neu geschaffenen Arbeitsamtes für Baugewerbe in Wien, 1921 hauptamtlicher Leiter der Wiener Ortsgruppen der Baugewerkschaft, in weiterer Folge Vorstandmitglied der Wiener Bezirkskrankenkasse und Vorsitzender der Industriellen Bezirkskommission in Wien, 1926

wurde er Mitglied des Wiener Gemeinderates und Vorsitzender der Baugewerkschaft. 1930 erfolgte seine Wahl in den Nationalrat, in dem seine Sachlichkeit und sein politischer Weitblick auch die Gegner beeindruckten.

Die Ereignisse des Februar 1934 unterbrachen seine gewerkschaftliche und politische Tätigkeit für elf Jahre. Er verlor alle seine Funktionen, arbeitete aber illegal weiter. Die Folge davon waren Verfolgungen, Untersuchungshaft und Freiheitsstrafen. Doch konnte selbst der stärkste Terror seine Gesinnung nicht verändern.

Die Wiedergeburt Österreichs war auch für ihn der Beginn einer neuen Phase und brachte ihm die Verwirklichung alles dessen, wonach er von Anfang an gestrebt hatte. Als in Wien noch gekämpft wurde, legte er den Grundstein zum Bau eines einheitlichen, überparteilichen Gewerkschaftsbundes, zur Zentralisation aller gewerkschaftlichen Kräfte in Österreich, jener Idee, die der Leitstern seines Schaffens geworden war. Auf dieser festen und verlässlichen Basis konnte die Sozialpolitik der Zweiten Republik aufgebaut werden. Johann Böhm wurde provisorischer Vorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und bekleidete die Funktion eines Staatssekretärs für soziale Verwaltung in der provisorischen Regierung Renner. Nach der Wahl des Nationalrates wurde er dessen zweiter Präsident, 1947 öffentlicher Verwalter des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und dessen Präsident. 1948 wurde er zum Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Der Gewerkschaftsbund ist unter der klugen Leitung Johann Böhms ein Faktor ersten Ranges im öffentlichen Leben Österreichs geworden. Nicht zuletzt war es ja der Stärke und dem moralischen Einfluß der Gewerkschaften zu danken, daß die verwüsteten und demontierten Betriebe allmählich wieder instandgesetzt wurden, der Arbeitsfrieden gesichert und mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft eine gesunde innenpolitische Entwicklung ermöglicht worden ist. Dieses Verdienst des Gewerkschaftsbundes um die Wiederauferstehung und Freiheit Österreichs kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Dem gleichen moralischen Einfluß der Gewerkschaften war es zuzuschreiben, daß in den unheilswangeren Zeiten der Be-

satzungszeit ein Abschlittern Österreichs in das Lager einer neuerlichen Despotie verhindert werden konnte.

Heute haben alle manuell und geistig Schaffenden Rechte in ihrem Besitz, von denen sie vor 50 Jahren nicht einmal zu träumen wagten. Dabei ist aber der Österreichische Gewerkschaftsbund längst schon mehr geworden, als ein nur auf materielle Ziele gerichteter Interessenverband von Lohnempfängern. Er umfaßt entscheidende Teile des gesamten Volkes, schützt den einzelnen ebenso wie die Gemeinschaft, und sorgt dafür, daß neben den wirtschaftlichen und sozialen auch die kulturellen Bedürfnisse in steigendem Maße befriedigt werden. Er ist ein Grundpfeiler des öffentlichen Lebens geworden, ein Garant der sozialen Ruhe und Sicherheit, da er dazu beiträgt, manche soziale Spannung zu beseitigen oder wenigstens zu mildern.

Johann Böhm's Unsicht und Tatkraft haben dieser erfreulichen Entwicklung viele Impulse gegeben. Aber vielleicht noch mehr haben wir an ihm zu würdigen, daß er in besonders kritischen Tagen nicht zögerte, mit seiner ganzen Person für Maßnahmen einzutreten, die zwar nicht populär aber dafür richtig waren. In diesem Sinne ist er ein wahrer Lehrer und Wegweiser für Millionen Österreicher geworden. Und darin liegt sein historisches Verdienst um die Republik Österreich und ihre Bundeshauptstadt Wien. Daran müssen wir denken, um den Beschluß des Wiener Gemeinderates richtig zu verstehen, durch welchen Johann Böhm die höchste Auszeichnung unserer Stadt verliehen wurde.

So bleibt mir zum Abschluß nur zu sagen, daß wir Wiener stolz sind auf unseren jüngsten Ehrenbürger. Mit den herzlichsten Glückwünschen überreiche ich unserem Johann Böhm die Urkunde seiner Wiener Ehrenbürgerschaft. Dabei kann ich nur wünschen, daß sein Lebenswerk auch weiterhin in voller Kraft erhalten bleibe und der Österreichische Gewerkschaftsbund wie bisher als Pionier des sozialen Aufstieges unseres Volkes wirke!"

Nachdem der Bürgermeister seine Rede beendet hatte, überreichte er Johann Böhm unter brausendem Beifall aller Anwesenden die Ehrenurkunde, worauf der Geehrte tief bewegt für die ihm zuteil gewordene Auszeichnung dankte. "Ich nehme diese Urkunde im Bewußtsein entgegen", sagte er, "daß ich diese Ehrung nur zum

geringeren Teil als eigenes Verdienst betrachten darf. Der größere Teil gebührt der Arbeiterbewegung, die mich zu dem gemacht hat, was ich bin, der Bewegung, der ich mit Stolz und mit Freude angehöre." Johann Böhm schilderte dann mit schlichten Worten seine Jugenderlebnisse, seine Sehnsucht nach einer besseren Welt und seine ersten Beziehungen zur Gewerkschaft der Wiener Bauarbeiter. "Als armer Bub", sagte er, "hätte ich mir niemals träumen lassen, daß ich einmal in diesem Hause eine Rede halten werde und noch dazu als Ehrenbürger der Stadt. Ich werde mich bemühen, dieser Ehrung würdig zu sein."

Zum Abschluß der Feier brachte das Kammerorchester das Menuett aus der Symphonie Nr. 85, B-Dur, von Joseph Haydn zu Gehör.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 9. Dezember 1958

Blatt 2459

Geehrte Redaktion!

=====

9. Dezember (RK) Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 10. Dezember, um 10 Uhr, eine Führung durch das neue Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz stattfindet, das gegenwärtig eingerichtet wird. Stadtrat Mandl wird Sie begrüßen und gemeinsam mit Dr. Glück, dem Direktor der Museen der Stadt Wien, durch das Haus führen.

- - -

Neuer Stellvertreter des Bezirksvorstehers in Penzing

=====

9. Dezember (RK) Heute früh hat Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Stadtrat Afritsch und des Bezirksvorstehers von Penzing Figl den von der Bezirksvertretung des 14. Bezirkes neugewählten Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Mitritsch angelobt. Nach einer Ansprache des Bürgermeisters verlas Senatsrat Dr. Hanisch die Gelöbnisformel. Der neugewählte Bezirksvorsteher-Stellvertreter legte hierauf das Gelöbnis in die Hand des Bürgermeisters ab.

- - -

Die Wiener und die letzte Straßenbahn-Tarifregulierung  
=====

9. Dezember (RK) Die letzte Tarifregulierung ist bekanntlich heuer am 15. Mai in Kraft getreten. Dieser Monat und der folgende Juni ließen, wie der Amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, noch keinerlei Rückschlüsse zu, wie die Wiener Bevölkerung auf die neuen Tarife reagieren würde. Auch die Urlaubsmonate Juli und August scheiden für Vergleichszwecke aus. Dagegen können die Monate September und Oktober bereits als Normalmonate angesprochen werden; die dort erreichten Ziffern lassen einen berechtigten Schluß über die künftige Entwicklung zu. Im folgenden sollen bei den wichtigsten Fahrscheinkategorien die Annahmen, die auf Schätzungen beruhten, den in der Praxis tatsächlich erreichten Ziffern gegenübergestellt werden.

Kleinzonenfahrschein zu S 1.-:

Für einen Durchschnittsmonat wurden angenommen, daß ca. 4,6 Millionen Fahrgäste diesen Fahrschein benützen werden. In Wirklichkeit waren es im Juni nur 929.000, im September 942.000 und im Monat Oktober 1,092.000 Fahrgäste. Es wurde also nicht einmal ein Viertel der Annahme erreicht.

Teilstreckenfahrschein zu S 1.80:

Angenommene Fahrtenanzahl pro Monat 2,320.000. Tatsächlich wurden erreicht im Juni 735.000, im September 858.000 und im Oktober 922.000, das ist etwa ein Drittel der Vorausschätzung.

Beide Fahrscheinkategorien werden also bei weitem nicht in dem Maße in Anspruch genommen wie es den Annahmen der Verkehrsbetriebe entsprochen hätte. Ein leichtes Ansteigen der Monatsziffern läßt jedoch immerhin erkennen, daß sich die Bevölkerung in zunehmendem Maße mit dem Kleinzonen- bzw. Teilstreckenfahrschein vertraut macht. Ob allerdings die Schätzwerte in Zukunft erreicht werden, muß mehr als bezweifelt werden.

Tagesfahrtschein zu S 2.20:

Hier lautete die Annahme der Verkehrsbetriebe auf einen Monatsdurchschnitt von 4,253.000 Fahrten. Tatsächlich wurden erreicht im Juni 9,261.000, im September 10,078.000 und im Oktober 9,780.000, somit mehr als das Doppelte der ursprünglichen Annahme.

Vorverkaufsfahrtschein zu S 2.-:

Hiefür schätzten die Verkehrsfachleute einen Monatsdurchschnitt von 4,252.000, effektiv benützten diesen Vorverkaufsfahrtschein im Juni 4,899.000, im September 5,429.000 und im Oktober 6,044.000 Fahrgäste. Die Inanspruchnahme dieses Fahrtscheines ist somit gegenüber der Schätzung um ungefähr 50 Prozent gestiegen. Die Steigerung des Fahrkartenabsatzes bei den Normalfahrtscheinen gegenüber der Annahme hängt in erster Linie damit zusammen, daß die Kleinzonen- und Kurzstreckenfahrtscheine bei weitem nicht den Zuspruch des Publikums erfuhren, der erwartet wurde.

Hin- und Rückfahrtschein zu S 3.50 an Wochentagen:

Bei dieser Fahrtscheinkategorie nahmen die Verkehrsbetriebe an, daß im Monatsdurchschnitt 2,580.000 Fahrten absolviert würden. Tatsächlich waren es aber im Juni nur 421.000, im September 385.000 und im Oktober 378.000 Fahrten. Dieser Fahrtschein wurde zusätzlich eingeführt, u.zw. ohne Zeitbeschränkung, um vor allem jenen Fahrgästen, die die Wochenkarte nicht benutzen können, noch die Möglichkeit einer verbilligten Fahrt zu geben. Die Inanspruchnahme beträgt aber lediglich nur ein Sechstel der Annahme.

Wochenkarten für 6 Tage à S 13.20:

Annahme für den Monatsdurchschnitt 4,860.000 Fahrten, erreicht im Juni 3,251.000, im September 3,589.000 und im Oktober 3,711.000.

Wochenkarten für 5 Tage à S 11.-:

Schätzung für einen Monat 4,050.000 Fahrten, tatsächlich verfahren im Juni 5,511.000, im September 6,105.000 und im Oktober 7,712.000.

Für beide Wochenkartenkategorien kann festgestellt werden, daß der Absatz im Verhältnis zur Annahme wohl bei den 6-Tagewochenkarten zurückgegangen, dafür aber bei den 5-Tagewochenkarten im verstärkten Ausmaße gestiegen ist, sodaß insgesamt der Verkauf in beiden Kategorien höher ausfällt als die Annahme. (5- und 6-Tagewochenkartenfahrten-Annahme 8,950.000, im Oktober erreicht 11,423.000).

Zeitungebundene Wochenkarten für 6 Tage à S 17.50 und für 5 Tage à S 14.60:

Diese beiden Kategorien wurden geschaffen, um jenen Wochenkartenfahrern, die mit der zeitgebundenen Wochenkarte nicht durchkommen können, ihre Berufsfahrten doch noch mit einer zwar etwas höher tarifierten, aber zeitungebundenen Wochenkarte zu ermöglichen. Die Inanspruchnahme durch das Publikum ist aber verhältnismäßig gering; sie bewegt sich bei den 6-Tagewochenkarten um etwa 500.000 Fahrten pro Monat und bei den 5-Tagewochenkarten um etwa 300.000 bis 400.000 Fahrten im Monat.

Von besonderem Interesse erscheint auch die Änderung im Verhältnis der im Vorverkauf gelösten Karten zu jenen, die am Wagen vom Schaffner gekauft werden. Waren es im April (vor der Tarifregulierung) noch 37.5 Prozent aller Fahrten, die im Vorverkauf bezahlt wurden, sind es im Monat Oktober rund 50 Prozent gewesen. Beim Schaffner sank hingegen der Prozentsatz von 43.3 Prozent auf 30.6 Prozent.

Trotz einer ziemlich weitgehenden Umschichtung einerseits durch die Einführung neuer Fahrscheinkategorien (Kleinzonen- und Teilstreckenfahrtscheine sowie Hin- und Rückfahrtscheine an Wochentagen) sowie durch eine in vieler Hinsicht geänderte Tarifierung ist die Zahl der absolvierten Fahrten, soweit das bisher überblickt werden kann, ungefähr gleich geblieben. Waren es in den Monaten Juni bis Oktober 1957 rund 187 Millionen Fahrten, so wurden im gleichen Zeitraum des heurigen Jahres rund 191 Millionen Fahrten absolviert.

#### Autobus:

Bei den innerstädtischen Autobuslinien ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, da eine Reihe von Fahrgästen, die früher mit dem Autobus gefahren sind, jetzt den 1 Schilling-Tarif der Straßenbahn benützen. Hingegen konnte bei den peripheren Autobuslinien eine leichte Steigerung konstatiert werden. Die Vergleichsziffern für die Monate Juni bis Oktober ergeben für das Jahr 1957 12,200.000 Fahrten und für das heurige Jahr rund 11,800.000 Fahrten.

Zusammenfassend kann zu der Gesamtfrequenz gesagt werden, daß sie sich in den Grenzen der Frequenzziffern des vergangenen Jahres hält. Somit ist also der von den Verkehrsbetrieben befürchtete Frequenzabfall in der Höhe von fünf Prozent nicht eingetreten.

- - -

#### Überreichung der Ehrenmedaille an 12 Fürsorgefunktionäre

9. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat vor kurzem einstimmig beschlossen, 12 Fürsorgeräten und Fürsorgeamtsfunktionären "in Würdigung ihrer 25jährigen hingebungsvollen und aufopferungsvollen Tätigkeit auf sozialem Gebiet" die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen. Die feierliche Überreichung der hohen Auszeichnung findet nun Freitag, den 12. Dezember, um 17.30 Uhr, im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. Dabei werden der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen Vizebürgermeister Honay und Bürgermeister Jonas sprechen, der auch die Ehrenmedaille überreichen wird. Die Ehrung erhalten. Karl Krajic aus dem 7. Bezirk, Franz Daim, Adolf Handlos, Josef Kauzner, Leopoldine Linhart, Johann Linhart, Friedrich Mählich, Karoline Müller, Wilhelm Rössler, Karl Tauschek, Karl Walz und Heinrich Wodwarka aus dem 16. Bezirk.

Polnische Lehrer im Wiener Rathaus  
=====

9. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay empfing heute vormittag im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger und Stadtschulratspräsident Dr. Zechner eine polnische Lehrerdelegation, die zu einem Gegenbesuch österreichischer Lehrer zu einem 14-tägigen Studienaufenthalt nach Wien gekommen ist. Die Gäste wurden durch Ministerialrat Dr. Wolf vom Unterrichtsministerium und Landesschulinspektor Hofrat Dr. Kraßnig vorgestellt.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung. Auch Wien, sagte er, mußte, wenn auch nicht in einem so großen Ausmaß wie der Großteil der polnischen Städte, sein Schulwesen nach dem Kriege wieder aufbauen. Dank der beträchtlichen von der Stadtverwaltung bereitgestellten finanziellen Mittel und den Anstrengungen unserer Lehrerschaft konnte der Schulbetrieb in Wien rasch normalisiert werden.

Im Namen der Polen dankte ihr Delegationschef Balicki für die freundliche Aufnahme in Wien. Die Glöckel'sche Schulreform nach dem ersten Weltkrieg, sagte er, hat auch in Polen große Beachtung gefunden und manche Impulse dem dortigen Unterricht gegeben. Zum Dank für die Wiener Gastfreundschaft überreichte er Vizebürgermeister Honay ein Buch über polnische Architektur.

- - -

Am Montag Wiener Landtag und Gemeinderat

=====

9. Dezember (RK) Für Montag, den 15. Dezember, 11 Uhr, ist der Wiener Landtag von seinem Präsidenten Marek einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen drei Gesetzesvorlagen, und zwar das Opferfürsorgeabgabegesetz (Berichterstatter Stadtrat Slavik), das Wiener Kleingartengesetz (Berichterstatter Stadtrat Glaserer) und die 14. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien (Berichterstatter Stadtrat Riemer).

Im Anschluß an die Landtagssitzung wird sich der Wiener Gemeinderat mit dem Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt für das Jahr 1957 und dem sich darauf beziehenden Bericht des Kontrollamtes sowie mit den Bilanzen der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1957 beschäftigen. Die genannten Geschäftsstücke sind heute mit Referaten von Stadtrat Slavik und Dkfm. Nathschläger in der Sitzung des Wiener Stadtsenates behandelt worden. Dem Kontrollamt der Stadt Wien wurde bei diesem Anlaß für seine gewissenhafte, der Stadtverwaltung sehr zum Nutzen gereichende Arbeit der Dank des Stadtsenates ausgesprochen.

In der Gemeinderatssitzung am Montag wird der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten Riemer auch über die einmalige außerordentliche Zuwendung für die städtischen Bediensteten und Pensionisten referieren.

Dienstag, den 16. Dezember, um 9 Uhr, beginnen die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1959 mit dem Referat des Finanzreferenten Stadtrat Slavik und der darauffolgenden General- und Spezialdebatte. Auch an den darauffolgenden Tagen werden die Budgetsitzungen immer um 9 Uhr früh beginnen und ohne Unterbrechung bis etwa 19 Uhr dauern.

- - -

## Rinderhauptmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 35 Kühe.  
Neuzufuhren: Inland 216 Ochsen, 154 Stiere, 919 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1.431; Ausland, Ungarn 18 Stiere, 30 Kühe, Summe 48; Polen 24 Stiere, Summe 24. Gesamtauftrieb: 216 Ochsen, 196 Stiere, 984 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1.538. Verkauft: 200 Ochsen, 195 Stiere, 983 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1.520. Unverkauft: 16 Ochsen, 1 Stier, 1 Kuh, Summe 18.

Preise: Ochsen 9.70 bis 11.80 S, Extremware 12 bis 12.40 S (18 Stück), Stiere 10.50 bis 12 S, Extremware 12.10 bis 12.50 S (28 Stück), Kühe 7 bis 10 S, Extremware 10.20 bis 10.40 S (8 Stück), Kalbinnen 10.40 bis 12 S, Extremware 12.20 bis 12.50 S (7 Stück), Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 10 S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um 6 Groschen, Stieren und Kalbinnen um 8 Groschen. Kühe . . . notierten unverändert. Der Durchschnittspreis beträgt: Ochsen 10.46 S, Stiere 11.35 S, Kühe 8.28 S, Kalbinnen 10.69 S je Kilogramm. Beinlvieh notierte behauptet. Ausländische Rinder notierten: Ungarn, Stiere 11.30 bis 12.50 S, Kühe 9 bis 10.40 S, Polen, Stiere 11.20 bis 11.50 S.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 10./Dezember 1958

Blatt 2467

Geehrte Redaktion!

=====

10. Dezember (RK) Am Samstag, dem 13. Dezember, wird Bürgermeister Jonas die neue 350 Meter lange Straßenbrücke, die über den Freudenauer Hafen und über den Donaukanal führt, eröffnen. Den Pressevertretern wird Gelegenheit geboten, nach der kurzen Eröffnungsfeier das interessante Bauwerk zu besichtigen. Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller und seine technischen Mitarbeiter werden Ihnen mit Auskünften zur Verfügung stehen.

Treffpunkt: Samstag, den 13. Dezember, um 10 Uhr, beim Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse. Abfahrt mit Autobus. Rückkehr zwischen 12.30 und 13 Uhr.

Sie sind herzlich eingeladen, zu dieser Fahrt einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

+

Die Gemeinde Wien hat diese große Spannbetonbrücke im Hinblick auf den beabsichtigten Ausbau der Wiener Hafenanlagen errichtet. Damit wird der Hafen Freudenau und die Donaulände mit dem Hafen Albern verbunden. Derzeit muß noch ein 14 Kilometer langer Umweg über die Stadionbrücke gemacht werden. Die neue Brücke wird auch mit einer Umfahrungsstraße wesentlich zur Entlastung des zentralen Straßennetzes beitragen.

- - -

Ein Rekordsommer im Wiener Fremdenverkehr  
=====

210 Beherbergungsbetriebe mit 11.851 Betten

10. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr für das Sommerhalbjahr 1958. Demnach wurden von den Wiener Beherbergungsbetrieben in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober insgesamt 462.673 Fremde gemeldet, darunter 332.487 Gäste aus dem Ausland. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen in Hotels, Jugendherbergen und Campinglagern betrug 1,386.772. Im Vergleich mit dem Vorjahr sind um rund 45.000 Ausländer mehr nach Wien gekommen. Im Jahre 1937 wurden in Wien nur 289.698 ausländische Gäste gezählt. Die Zahl der Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1958 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 114.000, erreichte aber dennoch nicht die Vergleichszahl mit dem Jahr 1937. Damals wurden bei einer geringeren Besucherzahl um rund 427.000 Übernachtungen mehr registriert.

Die meisten ausländischen Gäste kamen auch im Sommerhalbjahr aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 77.305. Aus den Vereinigten Staaten sind 59.081, aus Italien 27.196, aus Großbritannien 21.842, aus Frankreich 16.834, aus der Schweiz 16.536, aus Schweden 9.807, aus Holland 8.137, aus Belgien und Luxemburg 6.912 und aus Griechenland 6.220 Gäste nach Wien gekommen. Der Gästezustrom aus der Deutschen Bundesrepublik, aus den Vereinigten Staaten, aus Italien und aus Großbritannien war heuer größer als im Vorjahr.

In den Jugendherbergen waren 29.389 Jugendliche einquartiert, darunter 19.328 Ausländer. Die Campingplätze wurden von 13.443 Personen benützt.

Dem Bericht ist ferner zu entnehmen, daß insgesamt 210 Beherbergungsbetriebe mit 11.851 Betten zur Unterbringung der Fremden zur Verfügung standen. Im Sommerhalbjahr wurden zwei viertrangige Hotels und zwei Pensionen aufgelassen. Ein erst-rangiges und ein zweitrangiges Hotel wurden eröffnet. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Kapazität der Wiener Hotellerie um 500 Betten erhöht.

Auszeichnung von verdienten Kleingärtnern  
=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas wird Freitag, den 12. Dezember, um 11 Uhr, im Roten Salon des Wiener Rathauses vier verdiente Kleingärtner durch die Verleihung der Goldenen Ehrenplakette auszeichnen. Es handelt sich dabei um den Wiener Landesverbandsobmann a.D. Anton Hofstetter, den Obmann der Bezirksorganisation für den 22. Bezirk Dipl.-Ing. Roman Sarek, den Landesfachberater für Obstbau Paul Erfurth und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Obmannes der Bezirksorganisation Ottakring Johann Böck.

- - -

Neuer Kindergarten und Mutterberatungsstelle in Margareten  
=====

10. Dezember (RK) Samstag, den 13. Dezember, um 9 Uhr, wird Bürgermeister Jonas den neuen Kindergarten und die Mutterberatungsstelle der Stadt Wien in der städtischen Wohnhausanlage beim Matzleinsdorfer Platz im 5. Bezirk, Reinprechtsdorfer Straße 1 c eröffnen. Zufahrt: Straßenbahnlinien 6, 62, 65, 118.

- - -

Wiener Landesregierung fördert Expeditionsfilm  
=====

10. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Mandl hat die Wiener Landesregierung beschlossen, dem Ethnologen Dr. Walter Dostal für die Herstellung eines Expeditionsfilmes über unbekannte Stämme Südarabiens 20.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Diese Bewilligung wird an die Bedingung geknüpft, daß eine Kopie des Filmes für Zwecke der Wiener Volksbildung gegen Ersatz der Herstellungskosten überlassen wird. Dr. Dostal wird die Forschungsreise unternehmen, um die Lebensweise und Gebräuche südarabischer Stämme durch Filmaufnahmen dokumentarisch festzuhalten. Aus dem Aufnahmematerial soll ein populär-wissenschaftlicher Film mit etwa einer Stunde Spieldauer hergestellt werden.

- - -

Bürgermeister Jonas ehrte Dienstjubilare der Stadtverwaltung  
=====

10. Dezember (RK) Heute vormittag wurden im Stadtsenats-sitzungssaal des Wiener Rathauses 13 Bedienstete des Magistrates, 22 Lehrpersonen und 30 Bedienstete der Städtischen Unternehmungen zur Vollendung ihres 40. Dienstjahres durch Bürgermeister Jonas beglückwünscht. Zur Feier hatten sich Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer, Dkfm. Nathschläger und Riemer, Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Stadtschulratspräsident Dr. Zechner sowie Mitglieder des Personalausschusses eingefunden. Unter den Ehrengästen sah man die Direktoren der Wiener Stadtwerke mit Dr. Ing. Horak an der Spitze, die Dienststellenleiter sowie Vertreter der Gewerkschaft.

Nach Ansprachen der Amtsführenden Stadträte Riemer und Dkfm. Nathschläger beglückwünschte Stadtschulratspräsident Dr. Zechner die Jubilare zu ihrem Ehrentag. Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Gewerkschaftssektion der Pflichtschullehrer gratulierten Sekretär Prischl und Direktor Schaffner.

Bürgermeister Jonas nahm dann die Überreichung der Dekrete vor. Er übermittelte den Jubilaren den Dank der Stadtverwaltung für alles, was sie in den vier Jahrzehnten im Dienst der Gemeinschaft geleistet haben. "In unserer Stadt", sagte er, "wurde seit Ende des Krieges außerordentlich viel geleistet. Wir wollen nicht selbstgefällig sein, aber wenn dieses Lob von Unbeteiligten ausgesprochen wird, dann dürfen wir es mit Genugtuung registrieren. Die Jubilare von heute haben das Recht, einen großen Teil der Erfolge unseres Wiederaufbaues für sich in Anspruch zu nehmen."

Im Namen der Jubilare dankte Senatsrat Dr. Dipl.-Ing. Sulke von den E-Werken der Stadtverwaltung für die ehrenvolle Würdigung ihrer Leistungen.

Im künstlerischen Teil der Feier wirkte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

Der Orthocid-Kongreß im Wiener Rathaus  
=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing gestern abend im Beisein von Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger sowie der Stadträte Bauer und Slavik die Delegierten des VI. Internationalen Orthocid-Kongresses, zu dem Fachleute für Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft aus 20 Staaten aller Kontinente nach Wien gekommen sind.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Delegierten im Namen der Stadtverwaltung und wünschte ihren Fachberatungen die besten Erfolge. Als Sprecher der Delegierten dankte der Kongreßpräsident Van Buren, Paris, für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Zur Erinnerung an Hermynia zur Mühlen  
=====

10. Dezember (RK) Am 12. Dezember wäre die Schriftstellerin Hermynia zur Mühlen 75 Jahre alt geworden.

Als Tochter eines österreichischen Diplomaten in Wien geboren, erwarb sie sich große Menschenkenntnis und rang sich zu einer geistigen Haltung durch, die in krassem Gegensatz zu ihrem aristokratischen Herkommen stand. Sie bekannte sich schon frühzeitig zur sozialistischen Idee und trat selbst aktiv für die Frauenbewegung ein. Seit 1917 lebte sie als freie Schriftstellerin. 1938 mußte sie ihre Heimat verlassen und ließ sich schließlich in London nieder, wo sie am 19. März 1951 starb. Hermynia zur Mühlen schrieb zahlreiche Bücher, in denen sie auch zu politischen Fragen Stellung nahm. Weiters verfaßte sie wertvolle Kindergeschichten und Märchen, die außerordentlich plastisch und farbig erzählt sind. Auch als Übersetzerin hat sie Bedeutendes geleistet.

- - -

Das Historische Museum der Stadt Wien übersiedelt  
=====

Die Presse machte einen "Blick hinter die Kulissen"

10. Dezember (RK) Die Vertreter der in- und ausländischen Presse hatten heute Gelegenheit, das neue Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz zu besichtigen, das soeben eingerichtet wird. Stadtrat Mandl und der Direktor der Museen der Stadt Wien Dr. Glück, führten die Journalisten durch die Räume des neuen Hauses. Gerade im jetzigen Stadium hatten die Besucher die einmalige Gelegenheit, einen "Blick hinter die Kulissen" bei der Besiedlung eines großen Museums zu machen. Man gewann einen Einblick in die Schwierigkeiten und in die Arbeitsfülle, die die Aufstellung eines jeden Museums, ganz besonders aber eines kulturwissenschaftlichen, ergibt.

Es ist ein begreiflicher Wunsch der Bevölkerung, die das neue Haus fertig vor sich stehen sieht - und zwar gefühlsmäßig schon lange, obwohl es innen erst vor ganz kurzem für den Einzug der empfindlichen Kunstwerke halbwegs fertig geworden ist -, dieses Gebäude betreten zu dürfen, und darin zu finden, was man ihr versprochen hat.

Die Stadt Wien hat beschlossen, am 86. Geburtstag des verewigten Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner das Museum zu eröffnen. Es ist dies der 24. April 1959. Es wurde ein Plan ausgearbeitet, um an diesem Tag möglichst eindrucksvoll zu zeigen, welchen Sinn das Bestehen eines Historischen Museums und die Errichtung eines neuen Gebäudes für dieses hat. Im Parterre und im ersten Stock des Gebäudes soll bis dahin die Daueraufstellung annähernd vollendet sein, sodaß man von der vorgeschichtlichen Zeit bis etwa 1780 durch die Geschichte Wiens wandern kann. Das oberste Stockwerk, in dem später das 19. und 20. Jahrhundert angeschlossen werden soll, dient bei der Eröffnung einem besonderen Zweck. Es wird dort in einer Sonderausstellung von Neuerwerbungen ein kennzeichnender Teil dessen gezeigt, was in den letzten zehn Jahren (1949 - 1959) zur Abrundung des Bestandes oder weil es abzuwandern drohte, dem alten Bestand hinzugefügt wurde. Es ist eine Art Rechenschaftsbericht über die Verwendung

der Budgetbeträge, und die Leitung des Museums hofft, daß man ihre Absichten gutheißen und das Zielbewußte dieser Art Erwerbungen erkennen wird.

Neben dieser besonderen wird noch die erste reguläre Sonderausstellung des Museums miteröffnet, die dem Wiener Kupferstecher, Zeichner und Verleger Hieronymus Löschenkohl gewidmet ist. Löschenkohl hat zwischen 1781 und 1806 weit über das vor ihm übliche Maß hinaus so gut wie jedes aktuelle Ereignis im Stich festgehalten, und zwar in einer Art, die vielfach modernes propagandistisches Denken vorwegnimmt. Das hinterlassene umfangreiche Werk zeigt eine ausgeprägte künstlerische Persönlichkeit. Die Stadt Wien besitzt die größte Sammlung seiner Werke, die für die Ausstellung durch Leihgaben aus der Albertina, aus dem Heeresmuseum, aus dem Kriegsarchiv und von anderen Stellen ergänzt wird. Ein Gesamtkatalog des Löschenkohlschen Werks konnte aufgestellt werden. Diese Sonderausstellung wird ebenso wie die der Neuerwerbungen einen wissenschaftlichen Katalog mit Abbildungen erhalten. Für die Grundaufstellung des Museums wird ein Führer ausgearbeitet. Daneben aber werden alle Gegenstände eine kurze Beschriftung erhalten, so daß nicht jeder Besucher die Kataloge kaufen muß.

Heute wird unter anderem an Hand der Maßnahmen für die Aufstellung des großen Schatzes an Figuren vom Stephansdom, der umfangreichsten und schönsten Sammlung gotischer Plastiken in Österreich, gezeigt, was alles notwendig ist, um ohne Gefährdung für die Figuren und für das Publikum deren Aufstellung vorzunehmen. Andererseits ergibt ein Einblick in die Restaurierwerkstätte, was es zum Beispiel für eine Arbeitsleistung bedeutet, die Holzplastiken vom Hernalser Kalvarienberg von ihrer vielfach siebenschichtigen Übermalung zu befreien und den Grundbestand von 1710 wieder zu gewinnen. Nicht anders sieht es bei Bildern und Graphiken aus, deren Schäden und Übermalungen zu beseitigen das Museum seit acht Jahren bemüht ist. Es darf nichts ausgestellt werden, was nicht wirklich den zeitgemäßen Ansprüchen an die Ausstellungsfähigkeit der Objekte genügt. Da die vergangenen Jahrzehnte weit mehr Gefährdung als Konservierung für die Objekte bedeuteten, ist diese Aufgabe von immenser Größe. Eine

solche Art der Pflege wird auch allen vielfältigen kulturgeschichtlichen Objekten zuteil.

Erwähnt muß auch die Übersiedlung selbst werden, die einen ganz anderen Charakter hat, wie die von Gegenständen des Haushalts. Kunstwerke und kulturgeschichtliche Denkmäler sind wegen ihres Alters zumeist von einer Empfindlichkeit, die die größten Vorsichtsmaßnahmen bei ihrem Transport und bei ihrer Unterbringung erforderlich machen. Frost zum Beispiel verhindert den Transport aller Bilder und vielfach auch den von Holz- und Steinbildwerken.

Die Umordnung der Zentraldepots muß mit der Einrichtung des Museums Hand in Hand gehen. Es ist der Bevölkerung, die ein Museum besucht, meist nicht klar, wenn sie das gelungene Werk sieht, was für eine Vorbereitung erforderlich war, um den täuschenden Eindruck unbeschwerter Selbstverständlichkeit zu erreichen.

Dabei hat das neue Haus, das mit allen modernen Mitteln ausgestattet wurde, natürlich noch Kinderkrankheiten. Es funktioniert nicht gleich alles, wenn es in Gebrauch genommen wird. Das bedeutet handwerkliche Arbeiten an allen Ecken und Enden und damit Bewachung und Sorgfalt für den Museumsbestand.

Schubert-Aquarell von W.A. Rieder von 1825 wurde erworben

Im Verlaufe der Presseführung konnte Direktor Dr. Glück die erfreuliche Mitteilung machen, daß das Historische Museum der Stadt Wien soeben eine außergewöhnliche Erwerbung gemacht hat.

Es ist gelungen, das berühmteste authentische Bildnis Franz Schuberts zu erwerben, das sich seit 1881 in Wiener Privatbesitz befunden hat. Dieses Porträt wird später natürlich im Schubert-Museum in Schuberts Geburtshaus Wien 9, Nußdorfer Straße 54, zu sehen sein, zunächst aber bei der großen Ausstellung von Neuerwerbungen im Historischen Museum der Stadt Wien einen besonderen Platz erhalten. Dauernd können solche Aquarelle ja nicht dem Publikum zugänglich gemacht werden, da sie in wenigen Jahren durch den Einfluß des Lichtes zerstört werden. Es wird aber in jedem Jahr eine Zeit lang die Besichtigung möglich gemacht werden.

Bei der Fülle von falschen oder verfälschten Bildnissen Schuberts wird es den meisten kaum bewußt sein, daß es überhaupt nur ganz wenige historische Bildnisse Franz Schuberts gibt. Der berühmte Schubert-Forscher Prof. Otto Erich Deutsch hat 1922 in einer Mappe "Die historischen Bildnisse Franz Schuberts in getreuen Abbildungen" herausgegeben. Die Anzahl der Blätter dieser Mappe wird man kaum erraten. Es sind neun, und von diesen neun ist ein Blatt eine ziemlich bedeutungslose Karikatur, ein Bildnis ist eine Lithographie, deren Vorzeichnung nicht erhalten zu sein scheint. Drei Blätter zeigen ganze Szenen, und auch hier ist eines eine Radierung, nämlich das "Ballspiel in Atzenbrugg", die beiden anderen sind Aquarelle von Schuberts Freund Leopold Kupelwieser und befinden sich im Schubert-Museum, und zwar die "Landpartie der Schubertianer nach Atzenbrugg" und das "Gesellschaftsspiel der Schubertianer". Alle diese Blätter enthalten neben der Figur Schuberts auch noch viele andere. Über den Verbleib der Porträtzeichnung Leopold Kupelwiesers vom 10. Juli 1821 wissen wir heute ebenso wenig wie über das Schicksal der schönen Farbstiftzeichnung von Joaef Teltscher, die nebst Schuberts Kopf auch den Kopf seiner Freunde Jenger und Hüttenbrenner zeigt. Aus dieser Aufstellung geht hervor, welche Bedeutung das Aquarell W.A. Rieders hat, das mit Mai 1825 datiert ist und auf der rechten Seite Schuberts eigenhändige Unterschrift trägt. Otto Erich Deutsch hat schon im Text seiner Mappe dieses Blatt als das "berühmteste Bildnis" bezeichnet. Nach einer Erzählung ist es durch einen Zufall entstanden: Der Maler (geboren 1796, gestorben 1880) hatte sich vor einem Regen zu seinem Freund Schubert geflüchtet und bei dieser Gelegenheit eine Bleistift-Porträtskizze angefertigt. Schubert saß dem Freunde dann einige Male, und so wurde das Aquarell vollendet. Rieder besaß es durch sein ganzes Leben hindurch, es kam erst 1881 bei der Versteigerung von Rieders Nachlaß durch die Firma C.J. Mawra im Wiener Künstlerhaus zum Verkauf. Damals wurde es um den Betrag von 1.205 Gulden von dem Wiener Advokaten Dr. Georg Granitsch erworben und hat sich bis vor wenigen Tagen im Besitz der Familie Granitsch befunden. Es gibt darnach eine Anzahl von alten Kopien, darunter auch eine von dem bekannten Wiener Maler Michael Stohl, das sich Schuberts und Schwinds Freund

Josef von Spaun hatte machen lassen und das heute von der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien bewahrt wird. Das Bildnis wurde noch zu Schuberts Lebzeiten durch Johann Passini gestochen. Dieser Stich erschien beim Verlag Cappi und Co. und kostete damals drei Gulden Wiener Währung. In verschiedenen anderen Verlagen wurde dann dieser Stich neu aufgelegt. Überdies hat Rieder selbst eine Lithographie nach seinem Aquarell hergestellt, die bei Artaria und Co. erschien. Die zahllosen posthumen Porträte Schuberts können fast durchwegs von diesen graphischen Wiedergaben des Aquarelles abgeleitet werden. Ihr Wert ist natürlich gering und nicht zu vergleichen mit dem unschätzbaren Wert, den Rieders Aquarell besitzt, das vor der Natur entstanden ist und Schubert zeigt, wie er wirklich ausgesehen und wie ihn ein Freund, der ihn kannte und liebte, festgehalten hat. Wilhelm August Rieder ist ein begabter Maler gewesen und manche seiner anderen Bildnisse sind gute künstlerische Leistungen, die in Museen bewahrt werden. Sie halten gelegentlich auch Persönlichkeiten fest, die wir froh sind, so lebendig vor uns sehen zu können. Was sind aber alle seine Arbeiten gegenüber diesem Aquarell, das nicht groß ist und aus dem doch wahre Größe zu uns spricht, aus dem Bildnis eines Genies, das unser Vaterland Österreich hervorgebracht hat, des großen Meisters der Musik, der nicht mehr nur uns, sondern seit langem schon der ganzen Welt gehört.

Die Gemeinde Wien hat das Schubert-Aquarell von W.A. Rieder aus dem Jahre 1825 um 65.000 Schilling erworben.

- - -

#### Beim Abspringen tödlich verunglückt

=====

10. Dezember (RK) Heute, um 7.50 Uhr, ist am Parkring, etwa zehn Meter nach der Haltestelle Weiskirchnerstraße, der 65jährige Dr. Karl Lepuschitz, 19, Döblinger Gürtel 12, beim Versuch, auf einen Beiwagen eines "Ak"-Wagens aufzuspringen, gestürzt. Er erlitt einen Schädelgrundbruch und schwere innere Verletzungen. Vom Arzt des Städtischen Rettungsdienstes konnte nur mehr der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

- - -

Konstituierung der Stadtplanungskommission  
=====

10. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas ist heute nachmittag im Wiener Rathaus auf Grund eines Beschlusses des Stadtsenates die Konstituierung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission vorgenommen worden. Nach den ebenfalls vom Wiener Stadtsenat im November beschlossenen Grundsätzen für die Errichtung und die Zusammensetzung der Stadtplanungskommission handelt es sich dabei um eine beratende Körperschaft mit dem Zweck, die allgemeinen Richtlinien für die Durchführung der dem Stadtplaner übertragenen Aufgaben zu erlassen. Diese vorberatende Körperschaft besteht aus dem Bürgermeister, den Amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen II (Finanzen), VI (Bauangelegenheiten), VII (Baubehördliche Angelegenheiten), XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) und XII (Städtische Unternehmungen) sowie aus sechs Gemeinderäten, die der Stadtsenat auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates bereits bestellt hat, aus dem Magistratsdirektor, dem Stadtbaudirektor, dem Stadtplaner und dem Leiter der Magistratsabteilung 18.

Der Bürgermeister ist Vorsitzender der Kommission. Er kann fallweise auch andere Amtsführende Stadträte, Gemeinderäte und städtische Bedienstete sowie private Fachleute beiziehen. Der Bürgermeister kann zu seinem Stellvertreter im Vorsitz den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VI, in dessen Verhinderung den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII bestimmen.

Die Sitzungen der Kommission sind vertraulich.

- - -

## Schweinehauptmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Neuzufuhren: Inland 5.238, Jugoslawien 400, Polen 1.008, Ungarn 1.877. Gesamtauftrieb: 8.523. Verkauft alles.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12.50 bis 13 S, Zuchten 12 bis 12.80 S, Altschneider 10 bis 11 S. Ausländische Schweine notierten: Jugoslawien 12.70 bis 12.80 S, Polen 13 bis 13.60, Ungarn 12.60 bis 13.50 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 16 Groschen und beträgt 13.28 S je Kilogramm; der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 15 Groschen und beträgt 13.03 S je Kilogramm.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 11. Dezember 1958

Blatt 2479

## Empfang im Rathaus

=====

11. Dezember (RK) Anlässlich der Internationalen Gewerkschaftlichen Studientagung über Produktivität, die am Dienstag in Wien eröffnet wurde, gab Bürgermeister Jonas gestern abend einen Empfang im Roten Salon des Wiener Rathauses. Der Bürgermeister begrüßte im Beisein von Vizebürgermeister Honay und der Stadträte Koci und Slavik die in- und ausländischen Delegierten der Tagung. Er wies darauf hin, daß Wien eine sehr gewerkschaftfreundliche Stadt ist und hieß sie im Namen der Bevölkerung herzlich willkommen.

- - -

## Wiener Mädchen bringt Grüße aus Kalifornien

=====

11. Dezember (RK) Ein ganzes Jahr lang war die Schülerin der achten Klasse des Bundesrealgymnasiums in der Rahlgasse, Elfriede Reischitz, in den USA. Sie hatte Gelegenheit, in Culver City in Kalifornien die Schule zu besuchen. Bei ihrem Abschied von Amerika übergab der Bürgermeister von Culver City, Mrs. Louise Richardson, der kleinen Wienerin eine Grußbotschaft an den Wiener Bürgermeister. Bürgermeister Jonas empfing heute früh die Gymnasiastin im Wiener Rathaus und nahm mit Dank die Urkunde entgegen.

- - -

Verordnung über das Halten von Wachthunden  
=====Geflügelschoppen verboten

11. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung genehmigte auf Antrag von Stadtrat Bauer eine Verordnung, durch die das Halten von Hunden für Wachtzwecke geregelt wird. Dabei konnte den Wünschen des Wiener Tierschutzvereines weitgehend entsprochen werden. In der Verordnung wird den Hundehaltern ausdrücklich auferlegt, die Tiere ausreichend zu füttern und stets reines Trinkwasser bereitzustellen. Die Laufkette, an die die im Freien gehaltenen Wachthunde gelegt werden müssen, muß wenigstens so lang sein, daß der Hund seine Hütte leicht aufsuchen kann. Ferner wird vorgeschrieben, daß wenigstens einmal täglich dem Tier die Möglichkeit gegeben werden muß, sich ohne Kette zu bewegen. In der Verordnung wird auch das Schoppen von Geflügel generell verboten.

- - -

250 gute Bilder verkauft  
=====

11. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" wurde bisher von 16.000 Personen besucht. 250 künstlerische Arbeiten konnten bereits um einen Gesamtbetrag von 91.362 Schilling verkauft werden. Bekanntlich kann sich jeder 50. Käufer eine Porträtskizze kostenlos anfertigen lassen. Fünf Aufträge sind nun eingelaufen, von denen drei Prof. Josef Dobrowsky und je einen Prof. Hans Robert Pipal und Prof. Oskar Schmal ausführten.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

11. Dezember (RK) Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Schulpsychologischen Beratungsstellen des Stadtschulrates für Wien findet am Montag, dem 15. Dezember, im Stadtschulratsgebäude eine Veranstaltung statt, bei der Stadtschulratspräsident Dr. Zechner, Univ.-Prof. Dr. Hoff und die Leiter der Beratungsstellen sprechen werden. Zu dieser interessanten Veranstaltung sind auch die Vertreter der Presse eingeladen. Sie haben dabei Gelegenheit, einen Einblick in die Tätigkeit der Schulpsychologischen Beratungsstellen zu gewinnen, die sich bisher für Kinder, Eltern und Lehrer segensreich ausgewirkt hat.

Treffpunkt: Montag, 15. Dezember, 10 Uhr, Stadtschulratsgebäude, 1. Dr. Karl Renner-Ring 1, Großer Sitzungssaal.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

## Musikveranstaltungen in der Woche vom 15. bis 21. Dezember

=====

## 11. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mortag 15. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Elli Lewinsky (Cello), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Beethoven, Dvorak, Weber, Prokofieff, Rimsky-Korssakow).
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 5. Abonnement- konzertes des n.ö. Tonkünstler- orchesters, Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Schubert: 8. Symphonie, Bruckner: 6. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Violinabend Ronald Stoffel, am Flügel Peter Ronnefeld (Bach, Mozart, Schubert, Ravel, Webern)
	Musikakademie Vortragssaal 18.15	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Wladyslaw Kedra (Bach, Mozart, Schumann, Chopin, Liszt, Prokofieff)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Vortragsabend der Bläserklassen Josef Ortner und Camillo Wanausek
Dienstag 16. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen (Wiederholung vom 15. Dez.)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Chopin-Klavierabend Alexander Jenner
	Brahmssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Josef Dichler (Beethoven, Schumann, Chopin, Hindemith)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: 1.) Öffentl. Violinreifeprüfung Ismini Chrysochou; 2.) Vortrags- abend der Kammermusikklasse Ernst Morawec

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 17. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen (Wiederholung vom 15. Dez.)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Orchester der Musikalischen Jugend, Dianko Iliew (Klavier), Dirigent Borislav Pascan (Beethoven: Leonorenouverture Nr. 3, Klavierkonzert Nr. 3, Tschaikowsky: 4. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Kammerkonzert; "I Musicidi Roma" (Corelli, Vivaldi, Boccherini, Mozart)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Austauschkonzert der Musikschule Beograd
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusikabend der Zweigschule Innere Stadt (Gestaltung Stefanie Regler)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 19.30	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Chor von Radio Wien, Gr. Wr. Rundfunkorchester, Paul Badura-Skoda (Klavier), Diri- gent Miltiades Caridis (Boccherini: Ouverture D-dur; Mozart: Klavier- konzert KV 466; Dallapiccola: Sechs Michelangelo-Chöre)
	Albertina 19.30	2. Abonnementkonzert: Barockmusik, Leitung Paul Angerer (Buxtehude, Fux, Telemann u.a.)
Donnerstag 18. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Walter Berry, am Flügel Erik Werba
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Aufführung des Tanzspiels "Christine und der Wanderzirkus" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Öffentl. Klavierreifeprüfung Florelia Perezache (Bach, Beethoven, Ravel, Prokofieff, Chopin)

11. Dezember 1958

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2484

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Donnerstag 18. Dez.	Amerikahaus 19.30	Musikabend "Meister der leichten Muse": Arthur Fiedler, Marton Gould, André Kostelanetz
Freitag 19. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	ÖVP-Frauenbewegung: Konzert
	Brahmssaal (MV) 19.30	Österr.-Polnische Gesellschaft: Violinabend Wanda Wilkomirsky (Mozart, Beethoven, Hindemith, Prokofieff)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus V; Kammer- orchester der KHG, Margrit Weber (Klavier), Hilde Rössel-Majdan (Alt), Dirigent Paul Angerer (Albicastro: Concerto; Honegger: Concertino; de Falla: Liebes- zauber, Sept Chansons; Ravel: Le Tombeau de Couperin)
Sonntag 21. Dez.	Gr.K.H.Saal 16.00	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Sonntagsakademie; Philharmonia Hungarica, Walter Klien (Klavier), Dirigent Heinrich Hollreiser (Beethoven: Leonorenouverture Nr.3, Klavierkonzert Es-dur, 7. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Knabenhauptschule XVII: Weihnachts-Chorkonzert
	Radio Wien Gr.Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Chor von Radio Wien, n.ö. Tonkünstler- orchester, Maria Teresa Escribano (Sopran), Sonja Draksler (Alt), Hans Braun (Bariton), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Reger: Sinfo- nietta; Genzmer: Drei Hymnen)

- - -

Vorbildlicher Pavillon im Altersheim Lainz  
=====

11. Dezember (RK) Der Pavillon IX im Altersheim Lainz wurde vor kurzem völlig neu adaptiert und mit den modernsten Einrichtungen versehen. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger besichtigte gestern den Pavillon, wobei er vom Direktor des Altersheimes Dr. Zigmund geführt wurde. Vizebürgermeister Weinberger unterhielt sich auch mit den Pfleglingen und kontrollierte die Verköstigung. Nach dem Rundgang konnte er feststellen, daß der neuadaptierte Pavillon jeden Vergleich mit modernen Altersheimen aushält. Die Einrichtung des Pavillons und die Betreuung der alten Leute seien vorbildlich.

- - -

Die "Garage" spielte für körperbehinderte Kinder  
=====

11. Dezember (RK) Dienstag fand in dem städtischen Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun die Aufführung eines Weihnachtsspielles statt, das von der Hamburger Studentenbühne "Garage" geboten wurde. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger wohnte der Aufführung bei. Er dankte den jungen Künstlern für ihre Darbietungen, mit denen sie den Wiener Kindern große Freude bereitet haben.

- - -

Verein für Geschichte der Stadt Wien  
=====

11. Dezember (RK) Der Verein für Geschichte der Stadt Wien veranstaltet morgen, Freitag, den 12. Dezember, eine Führung durch den neueröffneten Teil der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums. Es führt Direktor Dr. Erwin Auer.  
Treffpunkt: Kunsthistorisches Museum vor dem Museumseingang, um 20 Uhr.

- - -

Pferdemarkt vom 10. Dezember  
=====

11. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 350 Pferde, davon 35 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 339, als Nutztiere 6, Preis 6 bis 7 S, verkauft, unverkauft blieben 5 Stück.

Preise: (Schlachtperde) Fohlen 10.50 bis 13.- S (35 Stück), Extremware 7.80 bis 9.90 S (7 Stück), 1. Qualität 6.50 bis 7.50 S (84 Stück), 2. Qualität 6.10 bis 6.40 S (184 Stück), 3. Qualität 5.50 bis 6.- S (29 Stück).

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 172, Oberösterreich 56, Burgenland 53, Steiermark 28, Kärnten 35, Tirol 5, Salzburg 1.

Auslandsschlachthof: 22 Stück aus Bulgarien, Preis 6.10 bis 6.20 S, 30 Stück aus Ungarn, Preis 6.- bis 6.50 S, 10 Stück aus der C.S.R., Preis 6.30 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlachtpferde um 5 Groschen je Kilogramm, für Schlachtfohlen um 21 Groschen je Kilogramm. Durchschnittspreise: Schlachtpferde 6.43 S, Schlachtfohlen 12.26, Nutzpferde 6.63 S je Kilogramm.

- - -

Rindernachmarkt vom 11. Dezember

=====

11. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche 16 Ochsen, ein Stier, eine Kuh, Summe 18. Neuzufuhren: Inland 2 Stiere, 25 Kühe, Summe 27. Gesamtauftrieb: 16 Ochsen, 3 Stiere, 26 Kühe, Summe 45. Verkauft wurden 2 Stiere, 10 Kühe, Summe 12. Unverkauft blieben 16 Ochsen, 1 Stier, 16 Kühe, Summe 33. Marktverkehr sehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 11. Dezember

=====

11. Dezember (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Wiens Anziehungskraft hat zugenommen  
=====Stadtrat Mandl über die Situation im Wiener Fremdenverkehr

11. Dezember (RK) Stadtrat Mandl eröffnete heute früh die vom Wiener Fremdenverkehrsverband in die Albertina einberufene IV. Wiener Fremdenverkehrskonferenz mit einem ausführlichen Bericht über die diesjährige Fremdenverkehrssaison. Unwidersprochen von allen Konferenzteilnehmern konnte er feststellen, daß die diesjährige Saison alle befriedigen konnte, und daß sie die beste und erfolgreichste seit dem Kriegsende war.

Vom 1. November 1957 bis 31. Oktober 1958 haben rund 733.000 Gäste Wien besucht. Die Zahl der Übernachtungen hat zum erstenmal die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Im Fremdenverkehrsjahr 1936-1937 waren es 480.000 Fremde und 2,9 Millionen Übernachtungen. Wien weist also, ähnlich wie alle Städte mit großem Fremdenverkehr, bei verstärktem Touristenzustrom weniger Übernachtungen aus.

Stadtrat Mandl verwies ferner auf eine weitere Diskrepanz im Vergleich zu der Vorkriegszeit. Im Jahre 1937 betrug der Anteil Wiens am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr noch 40 Prozent, im abgelaufenen Jahr nur mehr 7,8 Prozent. Er beschäftigte sich dann mit einer Reihe den Fremdenverkehr fördernden Maßnahmen und verwies vor allem auf die Notwendigkeit der Intensivierung im Ausbau des Wiener Flughafens, die baldige Fertigstellung der Autobahn Salzburg-Wien und eine noch bessere Ausgestaltung der Unterbringungsmöglichkeiten. Wien muß bemüht sein, für den Fremden noch attraktiver zu werden. Die Stadtverwaltung, sagte er, hat in den letzten Monaten mit der Eröffnung der Wiener Stadthalle und des zweiten Jugendgästehauses ein gutes Beispiel gegeben. Auch die Wiener Fremdenverkehrswerbung hat in der letzten Zeit gute Arbeit geleistet, indem sie das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in die Vereinigten Staaten verlegt hatte, die gegenwärtig in der Wiener Ausländerstatistik an zweiter Stelle stehen. Demnächst wird dieser Werbefeldzug in den größten amerikanischen Städten mit eindrucksvollen Farbfilmen begleitet werden.

In Wien selbst fanden die Bemühungen der Fremdenverkehrswerbung eine praktische und begrüßungswerte Unterstützung durch den "Fachausschuß für die Kategorisierung der Beherbergungsbetriebe", der im Verlauf des heurigen Jahres 71 Wiener Hotels besichtigt und 21 umgestuft hat. Stadtrat Mandl schloß seinen Bericht mit dem Dank an alle Interessentengruppen, die zum Erfolg der diesjährigen Saison beigetragen haben.

Nach den Ausführungen von Stadtrat Mandl gab Dozent Dr. Bernecker einen Überblick über die Leistung und Preisbildung in der Hotellerie vom Standpunkt der modernen Fremdenverkehrswirtschaft.

Generalsekretär Professor Minarz berichtete dann über das Ergebnis der in diesem Sommer vom Forschungsinstitut für Fremdenverkehr an der Hochschule für Welthandel durchgeführten Meinungsforschung. Zum ersten Mal wurde den ausländischen Besuchern die Frage gestellt: "Was fällt Ihnen sofort ein, wenn Sie das "Wien" hören?" 51,6 Prozent aller Amerikaner und 48,8 Prozent aller Engländer haben Wien mit Musik verbunden. Den Begriffen von Musik folgten bekannte Assoziationen wie Donau, Stephansdom, Schönbrunn, Grinzing usw. Für 35,1 Prozent der Befragten war Wien das Hauptziel ihrer Reise, während sich die übrigen auf Durchreise befanden. Rund ein Viertel der Befragten hatte eine Veranstaltung des Wiener Sommerprogrammes besucht. Am besten schneiden die Aufführungen im Redoutensaal und die Arkadenhofkonzerte ab. Auf die Frage nach den Erfahrungen hinsichtlich des Verhaltens der Wiener Bevölkerung gegenüber Gästen waren, die Antworten auch diesmal sehr schmeichelhaft. 95,4 Prozent antworteten positiv, nur 0,2 Prozent führten Klagen über Autofahrer oder mangelnde Fremdsprachenkenntnisse. Auch die Beurteilung der Restaurants, der Hotels und der Verpflegung war im Vergleich zu den vergangenen Jahren günstiger.

Anschließend an die Berichte diskutierten die Konferenzteilnehmer über aktuelle Fragen des Wiener Fremdenverkehrs, die eine Fülle von Anregungen für das kommende Jahr brachte. Zum Schluß wurden zwei Werbefilme "Die festliche Stadt" und "Das Uhrenmuseum der Stadt Wien" sowie Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm über die Bundeshauptstadt vorgeführt, der im Auftrag der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien von dem amerikanischen Regisseur Andre Dellaware hergestellt worden ist.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 12./Dezember 1958

Blatt 2490

Geehrte Redaktion!

=====  
12. Dezember (RK) Wir erinnern daran, daß morgen, Samstag,  
den 13. Dezember, die Eröffnung der neuen Freudenauer Hafenbrücke  
stattfindet. Im Anschluß an die kurze Zeremonie wird Stadtrat  
Heller die Journalisten über das Bauwerk informieren. Abfahrt  
mit Autobus um 10 Uhr vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse.

- - -

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag

=====

12. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 14. Dezember  
und am Goldenen Sonntag, dem 21. Dezember werden in der Zeit  
von 8.30 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben:

4 Westbahnhof - Stephansplatz - Praterstern, 5 Stephans-  
platz - Floridsdorf Am Spitz, 7 Südbahnhof - Stephansplatz -  
Franz Josefs-Bahnhof, 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz -  
Sechskrügelgasse (Rochuskirche).

- - -

Schwedische Lichtkönigin unterwegs nach Wien  
=====

12. Dezember (RK) Wien wird in der kommenden Woche zum ersten Male eine schwedische Lichtkönigin begrüßen können. Die "Lucia" kommt als Abgesandte der nordschwedischen Hafenstadt Lulea und wird Mittwoch, den 17. Dezember, im Wiener Rathaus die Weihnachtsgrüße ihrer Landsleute aussprechen. "Lucia", eine 18jährige Studentin, befindet sich mit ihrem Gefolge bereits unterwegs nach Wien. Nach dem Empfang im Rathaus wird die Lichtkönigin einen städtischen Kindergarten und einige Heime der Stadtverwaltung besuchen. Die Gäste vom Bottnischen Busen werden in der Bundeshauptstadt von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien betreut werden.

- - -

Ein Weihnachtsgeschenk für die Blutspende-Zentrale  
=====

12. Dezember (RK) Das Wiener Jugend-Rotkreuz hat der Blutspende-Zentrale des Roten Kreuzes einen Betrag von 35.000 Schilling zum Ankauf von Laborgeräten gespendet. Die Vertreter der Wiener Volks-, Haupt- und Mittelschulen sowie der Lehramtszöglinge werden ihr Weihnachtsgeschenk Dienstag, den 16. Dezember, um 11 Uhr, in der Blutspende-Zentrale 9, Peregringasse 2, überreichen.

- - -

Ehrung verdienter Kleingärtner  
=====

12. Dezember (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses fand heute die Überreichung der Goldenen Ehrenplakette für verdienstvolle Leistungen auf dem Gebiete des Wiener Kleingartenwesens an vier Kleingartenfunktionäre statt. Bürgermeister Jonas überreichte die Auszeichnung im Beisein der Stadträte Glaserer und Heller an Anton Hofstetter, Paul Erfurth, Johann Böck und Dipl.Ing. Roman Sarek.

Stadtrat Heller, der die Verdienste der vier Funktionäre würdigte, wies vorher darauf hin, daß die Wiener Stadtverwaltung und mit ihr die Wiener Bauverwaltung ehrliche Freunde der Wiener Kleingartenbewegung sind. Sie begrüße den gesunden Gedanken und hat in den letzten Jahren durch Bereitstellung und Widmung von geeigneten Grundflächen immer wieder ihre positive Einstellung zur Kleingartenbewegung unter Beweis gestellt.

Anton Hofstetter, der im 70. Lebensjahr steht, war durch mehr als 30 Jahre Kleingartenfunktionär in Meidling und ist derzeit noch aktiver Obmann des Dauerkleingartenvereines Sagedergasse. Paul Erfurth, im 78. Lebensjahr, kann als Nestor der Kleingärtnerfachberatung betrachtet werden. Er ist heute noch aktiv tätig. Johann Böck, der ebenfalls bereits 70 Jahre erreicht hat, war in der Bezirksvertretung Ottakring tätig. Er ist heute noch aktiver Obmann der Bezirksorganisation Ottakring der Kleingärtner. Dipl.-Ing. Roman Sarek, ebenfalls ein Siebziger, hat sich besonders als Obmann der Bezirksorganisation Donaustadt der Kleingärtner während der Zeit der Besetzung ausgezeichnet.

Bürgermeister Jonas, der die Plaketten überreichte, führte aus, daß es nun schon fast zur Tradition gehört, daß in der Vorweihnachtszeit verdiente Kleingärtner durch die Stadtverwaltung ausgezeichnet werden. Es ist etwas Wunderschönes um die Kleingartenbewegung, die bei den Großstadtmenschen die Liebe zur Natur weckt und viel dazu beiträgt, das Leben zu verschönern. Bürgermeister Jonas gratulierte den verdienten Funktionären und überreichte die Auszeichnungen mit der Bitte, sie mögen den Geist der Zusammenarbeit und der Liebe zur Natur, der sie auszeichnet, auch an ihre jüngeren Gesinnungsfreunde weitergeben.

Im Namen der Geehrten dankte Herr Hofstetter für die Auszeichnung.

Diplomfeier in der Rudolfstiftung  
=====

12. Dezember (RK) Im Rahmen einer Feierstunde erhielten heute vormittag 47 Absolventinnen der dreijährigen städtischen Krankenpflegeschule der Krankenanstalt Rudolfstiftung ihre Schwesterndiplome. Nach einer Ansprache des städtischen Personalreferenten Stadtrat Riemer, der die Schwestern im Namen des Bürgermeisters zum erfolgreichen Abschluß des Studiums beglückwünschte, nahm Vizebürgermeister Weinberger die Überreichung der Diplome und Schwesternbroschen vor. Der Leiter der Krankenpflegeschule Prof. Zimmermann-Meinzingen konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß 15 Absolventinnen die Prüfungen mit Auszeichnung bestanden hatten. Zum Abschluß der Feier, der auch einige Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Gesundheitswesen und Bezirksvorsteher Pfeifer beiwohnten, sprach die Schuloberin Strobl. Im künstlerischen Teil wirkte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

- - -

Bürgermeister überreicht Ehrenmedaille an Fürsorgefunktionäre  
=====

12. Dezember (RK) Im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses überreichte heute abend Bürgermeister Jonas die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien an 12 verdiente Fürsorgefunktionäre. Die Ausgezeichneten sind: Karl Krajic aus dem 7. Bezirk, Franz Daim, Adolf Handlos, Josef Kauzner, Leopoldine Linhart, Johann Linhart, Friedrich Mählich, Karoline Müller, Wilhelm Rössler, Karl Tauschek, Karl Walz und Heinrich Wodwarka aus dem 16. Bezirk.

An der Feier nahmen die Stadträte Afritsch, Bauer, Glaserer, Koci und Riemer, mehrere Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Fürsorgeamtsvorstände teil. Das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Friedrich Smetana.

In Vertretung des Amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen Vizebürgermeister Honay würdigte Stadtrat Afritsch die Verdienste der ehrenamtlichen Fürsorgefunktionäre. Er wies darauf hin, daß der Wiener Gemeinderat am 24. Oktober einstimmig den Beschluß gefaßt hat, die Ehrenmedaillen zu verleihen. Die ehrenamtlichen Fürsorgeräte haben wesentlich dazu beigetragen, die Fürsorge der Gemeinde Wien auf eine beachtliche Höhe zu bringen. Allein in diesem Jahr betrug der städtische Fürsorgeaufwand 109 Millionen Schilling. Dabei gibt es neben den gesetzlichen Fürsorgeleistungen auch zusätzliche Leistungen, wie Urlaubsaktionen, die Tagesheimstätten, Theatervorstellungen und Duttertagsfeiern. Bei all diesen Aktionen wirkten die Fürsorgeräte in vorbildlicher Weise mit. Sie sind die Berater und Helfer der Befürsorgten in den verschiedensten Fragen des täglichen Lebens. Für ihre aufopferungsvolle Arbeit gebührt ihnen wohl der Dank der Gemeindeverwaltung.

Bürgermeister Jonas überreichte die Medaillen. Zu den Fürsorgefunktionären sagte er, daß sie jene vielen Männer und Frauen repräsentieren, die gleich ihnen im Fürsorgewesen der Stadt Wien tätig sind. Durch ihre Arbeit haben sie viel geholfen, das soziale Leben unserer Stadt reibungsloser zu gestalten. Noch nie haben wir in Wien eine so gute soziale Lage der Bevölkerung erreicht wie eben jetzt. Trotzdem gibt es noch Menschen in unserer Stadt, die vom

Strom der Konjunktur nicht mitgenommen wurden. Sie bleiben oft der Fürsorgeverwaltung unbekannt. Aufgabe der ehrenamtlichen Fürsorgeräte ist es dann, solche Fälle zu finden. Es sind vor allem alte Menschen heutzutage, die befürsorgt werden müssen. Für sie genügt nicht die materielle Hilfe, sie müssen auch vor dem größten Übel der alten Menschen, der Vereinsamung, bewahrt werden.

Abschließend dankte der Bürgermeister den Fürsorgeräten für ihre langjährige Tätigkeit, die so viel Geduld und Opfermut erfordert hat und bat sie, auch weiterhin bei ihrer Arbeit nicht zu erlahmen. Sie haben einen wertvollen Beitrag für das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt geleistet und mitgeholfen, menschliche Not und Elend zu lindern. In diesem Sinne mögen sie die Auszeichnung entgegennehmen.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 13. Dezember 1958

Blatt 2496

## Die "Wiener Nobelpreisträger"

=====

### Renner-Preise 1958 für vorbildliches soziales Verhalten

13. Dezember (RK) Im Mittelpunkt des Festaktes, der Mitte Jänner anlässlich der Übergabe der Diplome an die diesjährigen Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung im Rathaus stattfinden wird, werden vier Personen und drei Personengemeinschaften stehen. Jede von ihnen erfüllt die im Statut der Stiftung festgelegten Bestimmungen und trägt maßgeblich dazu bei, den kulturellen und sozialen Fortschritt zu heben, durch beispielgebende Leistungen das Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der demokratischen Gemeinschaft zu vertiefen.

Die Dr. Karl Renner-Stiftung ist eine einmalige Ehrung von besonderer Eigenart und dürfte in der ganzen Welt kaum eine Parallele haben. In ihrem Rahmen kann der höchstgestellte Würdenträger und öffentliche Funktionär, in dessen Händen Aufgaben von größter Tragweite und Verantwortung liegen, ebensogut den Preis erhalten, wie der unbekannte Held des Alltags, der in Erfüllung seiner Berufs- und Menschenpflicht über sich hinauswächst und im Augenblick der Gefahr nicht an sich denkt, sondern an den Nächsten und an das allgemeine Wohl.

Die Stiftung wurde zum 80. Geburtstag des österreichischen Staatsmannes und Bundespräsidenten Dr. Karl Renner errichtet, dessen Geist und Werk sie lebendig erhalten soll. Die Preise wurden seither alljährlich verliehen und gelangen heuer zum achten Mal zur Vergebung. Sie sind in der Bevölkerung, die ihren Sinn begreift und gutheißt, bereits so populär geworden, daß sie im Volksmund "Wiener Nobelpreise" heißen. Ihre Träger, bei deren

Auswahl kein Unterschied in der Bewertung der Person, des Standes, des Ranges, der Weltanschauung oder politischen Überzeugung gemacht wird, ergeben zusammen einen eindrucksvollen Querschnitt durch die Struktur unseres gesamten Volkskörpers. Die Preisträger des Jahres 1958 gingen und gehen selbstlos den Weg der Menschlichkeit und sind damit Vorbild für die andern.

#### Die Personen:

Primarius Dr. Andreas Rett, am 2. Jänner 1924 in Fürth geboren, studierte in Innsbruck Medizin, übersiedelte 1950 nach Wien und trat als Gastarzt in das Preyersche Kinderspital ein. In der Folge bildete er sich zum Facharzt für Kinderheilkunde aus und wurde 1956 Leiter der Kinderabteilung des Lainzer Krankenhauses. Seine hauptsächlichen Schaffensgebiete sind die Epilepsie im Kindesalter, der Mongolismus, die angeborene Gehirnschädigung und das Abortusproblem. Von ihm stammen 32 wissenschaftliche Arbeiten und zwei wissenschaftliche Forschungsfilme. Primarius Dr. Rett hat sich darauf spezialisiert, gehirngeschädigte Kinder aus ihrem hilflosen Zustand zu befreien. Er sammelte viele solcher Fälle, die in den Wiener Spitalern, in Altersheimen und auf dem Steinhof untergebracht waren, wo sie nur versorgt wurden und brachte dank großzügiger Unterstützung der maßgebenden Stellen und durch seine persönliche Tatkraft die Mittel für die Errichtung einer eigenen Station auf, in der die Kinder einer umfassenden heilpädagogischen und medizinischen Behandlung unterzogen werden. Er gelangt dabei zu bemerkenswerten, auch international anerkannten Ergebnissen. Mehr als 20 Prozent der früher als hoffnungslos aufgegebenen kleinen Patienten werden nach längerer Therapie, zu der auch die Schaffung einer entsprechenden, das Familienmilieu ersetzenden Umwelt und richtiges psychologisches Verhalten des Pflegepersonals gehören, dauernd gebessert und soweit hergestellt, daß sie der Gesellschaft nicht verloren gehen, eine enorme menschliche, soziale und fachliche Leistung. Für den Aufbau und die Organisation der Anstalt gab es kein Vorbild.

Der städtische Facharbeiter Friedrich Weinhofer, am 27. Jänner 1923 in Wien geboren, der als Schlosser und Schweißer beschäftigt wird, hat zweimal unter Lebensgefahr größten Schaden verhütet. 1951 fing in der Heizwerkstätte Malfattigasse eine

Dissousgasflasche aus unbekanntem Ursachen zu brennen an. Da es dem Schweißer nicht gelang, das Feuer zu löschen, löste Weinhofer, der zufällig in der Nähe stand, den 80 kg schweren brennenden Gasbehälter von der Wandbefestigung und trug ihn ins Freie, wo die Flammen gelöscht wurden. Durch sein geistesgegenwärtiges und mutiges Eingreifen konnte eine Explosion der Gasflasche und der in unmittelbarer Nähe stehenden Sauerstoffflaschen verhindert werden. Im August 1958 geschah etwas Ähnliches. Weinhofer arbeitete im Keller des Amtshauses Brigittenau auf einem Gerüst stehend, um eine beschädigte Rohrleitung zu schweißen. Durch Flammenrückschlag platzte der Gaszuleitungsschlauch zu dem Schweißgerät. Weinhofer war sofort in Flammen gehüllt und erlitt schwerste Brandwunden, ehe er sich von dem um seinen Körper geschlungenen Schlauch befreien konnte. Trotz furchtbaren Schmerzen eilte er zu den Gasflaschen und schloß die Absperrventile. Auch in diesem Fall hätte das Weitergreifen des Brandes eine Explosion größten Ausmaßes verursacht und Menschenleben gefährdet, da im gleichen Raum noch drei Arbeitskameraden beschäftigt waren. Der Retter mußte sofort in das Allgemeine Krankenhaus gebracht werden. Weinhofer dachte nicht an seine eigene Sicherheit, sondern nur daran, ein drohendes Unglück aufzuhalten. Sein Verhalten ist von beispielgebender Bedeutung.

Zwei Wiener Arbeiter, der 52jährige Chauffeur Georg Piller und der 21jährige Mechaniker Gottfried Reisinger beteiligten sich an der Verfolgung eines flüchtenden unter Mordverdacht stehenden Räubers, der eben einen neuerlichen Raubüberfall unternommen hatte und mit seiner Beute das Weite suchte. Mit ihrer Hilfe gelang es, den Täter festzunehmen. Beide wurden dabei durch die von diesem abgegebenen Schüsse schwer verletzt. Piller erlitt einen Durchschuß des rechten Unterarmes mit Knochenzertrümmerung und einen Steckschuß in die Hüfte. Reisinger, ein junger Ehemann, der gerade seine Frau im Spital besuchen wollte, die am Tage vorher ein Kind geboren hatte, erhielt einen Schuß in den Rücken, der einen Nervenstrang durchtrennte und den Zwölffingerdarm durchlöcherte. Er schwebt noch immer in Lebensgefahr, und es ist zu fürchten, daß sein rechtes Bein dauernd gelähmt bleibt. Die Handlungsweise dieser Männer entsprang keiner zufälligen Reaktion, sondern ist bewußt erfolgt. Sie unternahmen die Verfolgung auf eigenes Risiko und stellten sich einem gefährlichen Verbrecher, der von der

Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch machte, in den Weg, um ihn unschädlich zu machen. Auch sie verhielten sich selbstlos und dachten nicht an die Folgen, sondern nahmen zum Schutz der Öffentlichkeit Opfer auf sich, an denen sie schwer, vielleicht sogar zeitlebens, zu tragen haben werden.

#### Die Personengemeinschaften:

Das Krankenpflegeheim "Haus der Barmherzigkeit" wurde am 23. Juli 1875 eröffnet. In ihm werden schwer oder unheilbar kranke, alte und mittellose Menschen, für welche die Behandlung in einem Spital nicht mehr in Betracht kommt, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses in der Regel auf Lebensdauer unentgeltlich gepflegt. 1892 wurde das Heim, eine Gründung der Bruderschaft der Allerheiligsten Dreifaltigkeit, in eine Stiftung umgewandelt. Diese stand unter der Verwaltung der jeweiligen Oberin der im Hause verwendeten Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Vinzenz von Paul sowie eines Kuratoriums. An dessen Spitze steht der Erzbischof von Wien, der ein Mitglied des Domkapitels zum geistlichen Rektor und Obmann ernannt. Die Anstalt wurde durch die Hilfe vieler Wohltäter so ausgebaut, daß sie mit ihren Filialen in Weidlingau und Kirchstetten eine Belagsmöglichkeit von 500 Betten bot. 1938 wurde die Stiftung aufgelöst, ein Jahr später ging der gesamte Besitz in das Eigentum der Gemeinde über. 1945 zerstörte eine Kettenbombe den mittleren Trakt. Dabei kamen 27 Kranke, fünf Schwestern und eine Angestellte ums Leben. 1953 wurde das Haus der Barmherzigkeit wieder der Kirche zurückgestellt. Seither besteht es als selbständiges Institut und wird durch eine Prokuratur verwaltet. Die Zweckbestimmung ist dieselbe geblieben. Noch immer werden hier unheilbar kranke alte Menschen wegen völliger Armut bis an ihr Lebensende unentgeltlich gepflegt, eine karitative Leistung, die volle Anerkennung verdient.

Die Wiener Berufsschulgemeinde wurde am 3. November 1946 als Selbsthilfeaktion im Dienste der berufstätigen Jugend Wiens gegründet. Lehrlinge und Lehrer bilden eine echte Gemeinschaft, in der diese ihre Interessen selbst vertreten, jene ihnen dabei beratend zur Seite stehen. Die Ziele sind die Erziehung zur Demokratie, in die die jungen Menschen als ihre künftigen Träger hineinwachsen sollen, die Bereitschaft zu sozialem Denken und Handeln sowie

eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die im Zeitalter der Automation und des steigenden Lebensstandards notwendig ist. Den Fachunterricht ergänzt ein umfangreiches Kurswesen, das alle Wünsche nach geistiger Betätigung erfüllt. Auf dem Programm stehen kulturelle und sportliche Veranstaltungen, Theater-, Konzert- und Kinobesuche, Führungen, Vorträge und Diskussionen, Ausflüge und Wanderungen, alles, was das Verlangen nach Wissen befriedigt und das Verständnis für den Wert der Bildung vertieft. Die Burschen und Mädchen werden bei ihrem Eintritt in die Berufsschule Angehörige der Schulgemeinde und wirken durch gewählte Klassenvertreter an der Schulverwaltung mit. Zumeist aus bescheidenen Verhältnissen kommend und nur über geringe finanzielle Mittel verfügend, sammeln sie untereinander Geld und geben es für gute Zwecke aus. In freiwilligen sich Jahr für Jahr wiederholenden Sozialaktionen schafften sie u. a. eiserne Lungen, Rettungswagen, Fahrstühle, Hörapparate, eine Rundfunkanlage für das Altersheim Lainz und Kinderspielzeug an. Sie haben schon viel Gutes getan, vielen Menschen wirksam geholfen oder ihnen eine Freude gemacht. Auf diese Weise bereitet sich unsere Jugend vor, vollwertige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden und sich im Leben zu bewähren.

Der Verband Wiener Volksbildung wurde am 1. März 1950 gegründet. Aus einer losen Vereinigung aller Obmänner der Wiener Volkshochschulvereine hervorgegangen, die sich schon im Rahmen der Gesellschaft der Bildungsfreunde um die Koordinierung der einzelnen Vereine bemüht hat, vermochte er in fast zehnjähriger Aufbauarbeit die Formung einer einheitlichen Wiener Volksbildung zu erreichen. Diese steht im bewußten Gegensatz zur Situation der Vorkriegszeit, in der die Interessen der einzelnen Institute oft weit auseinander strebten, und sichert die Neutralität der Wiener Erwachsenenbildungsarbeit. Der Verband, dem es allein gelungen ist, zu verhindern, daß die Stammhäuser eigene Wege gingen, zeigt heute regste Wirksamkeit. Ein Netz von 70 Nebenstellen, die von 13 Vereinen geleitet werden, dient dem Bemühen der Wiener Bevölkerung um Selbstbildung und ist aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken. An neuen Einrichtungen und Aktionen wurden u. a. ein wissenschaftlicher Beirat, eine pädagogische Studienstelle und Studienbücherei, regelmäßige Wochenend- und

Internatsseminare, eine Filmstelle, die "Volksbildung auf Rädern", die Lehrgänge der Lebensschulen, die Buchstudienkreise, das Forum der Wiener Volksbildung aufgebaut. Der Verband Wiener Volksbildung genießt hohes internationales Ansehen und ist für viele österreichische und ausländische Bildungsinstitute beispielgebend. Seine Ehrung bedeutet sowohl die Anerkennung des jahrzehntelangen Bemühens der traditionellen Wiener Volkshochschulen, von denen der Volksbildungsverein seit 71 Jahren, die Uranie seit 61 Jahren und das Volksheim Ottakring seit 57 Jahren besteht, als auch der nach 1945 hinzugekommenen Neugründungen, die mit größter Ambition und Opferbereitschaft Pionierarbeit leisten und zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Wiener Volksbildung beitragen.

+

Mit der Verleihung des Renner-Preises sind für die Preisträger Geldbeträge in der Höhe von je 10.000 Schilling verbunden; die drei Personengemeinschaften erhalten je 20.000 Schilling.

- - -

#### Leopold Dubois zum Gedenken

=====

13. Dezember (RK) Am 15. Dezember sind zehn Jahre vergangen, daß der Ballettmeister und Tanzschulbesitzer Professor Leopold Dubois in seiner Heimatstadt Wien gestorben ist.

Am 10. Mai 1876 geboren, wurde er schon als Kind in der Ballettschule der Wiener Hofoper ausgebildet, debütierte 1902 und wurde Partner der Primaballerina Sironi. In den Jahren bis 1920 gab es kaum eine Ballettpremiere, bei der er nicht einen führenden Part tanzte. Auch auf zahlreichen Auslandsgastspielen repräsentierte er die Tanzkunst der Wiener Oper. Dubois erlangte aber auch durch seine Lehrtätigkeit für die Kulturgeschichte Wiens Bedeutung. Seine Tanzschule hat ganze Generationen junger Wiener im Gesellschaftstanz unterrichtet und bei repräsentativen Bällen das Arrangement geleitet. Leo Dubois wirkte ferner als Lehrer an der Ballettschule der Oper und als Professor an der Akademie für Musik und darstellende Kunst.

- - -

Acht Tonnen Geld rollten durch Wien  
=====

13. Dezember (RK) 125 Millionen Schilling hatte die Zentralsparkasse heuer auf 200.000 Sparvereinsmitglieder zu verteilen. Wie alljährlich haben die Angestellten des größten österreichischen Sparinstitutes zu dieser Zeit Hochbetrieb.

Sie haben dafür zu sorgen, daß die 1.800 Wiener Sparvereine, die ihr Geld bei der Zentralsparkasse einlegen, zeitgerecht ihre Sparbeträge erhalten. Um die Wünsche jedes einzelnen Kleinsparers erfüllen zu können, waren 2.700 Säcke Kleingeld mit einem Gewicht von 7.670 kg und 650.000 Stück Banknoten mit einem Gewicht von 700 kg zu besorgen. Vier bewachte Wagen pendelten mehrere Tage lang mit ihrer kostbaren Fracht zwischen der Zentrale in der Wipplingerstraße und den Zweiganstalten.

Die Einlagen waren um eine Million höher als im Vorjahr. Einmal mehr waren die fleißigsten Kleinsparer in Favoriten zu Hause. In 181 Sparvereinen des 10. Bezirkes wurden 14,4 Millionen Schilling gespart. Die Ottakringer haben in 159 Sparvereinen 11,1 Millionen gespart, die Fünfhauser 9,5 Millionen, die Meidlinger 9 Millionen. Aber auch Hernals und Landstraße stehen mit 8,3, bzw. 8,2 Millionen nicht viel nach.

- - -

Anerkennung für den jungen Lebensretter  
=====

13. Dezember (RK) Der Lehrling Franz Lipphard, der vor kurzem einem Buben, der im Eis eingebrochen war, das Leben rettete, wurde heute früh im Wiener Rathaus von Bürgermeister Jonas empfangen. Der Bub, der mit seinem Vater erschienen war, konnte von Wiens Stadtoberhaupt mündlich und schriftlich Anerkennung für seine mutige Tat einheimsen. Als persönliches Geschenk überreichte ihm der Bürgermeister eine Armbanduhr - wasserdicht für alle Fälle. Die Zentralsparkasse spendete für Franzl ein Sparbuch mit einer Einlage von 500 Schilling.

- - -

Kinderlähmungsimpfungen nur noch nächste Woche!  
=====

13. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien macht darauf aufmerksam, daß die dritten Teilimpfungen gegen Kinderlähmung nur mehr in der kommenden Woche (bis einschließlich 19. Dezember) durchgeführt werden können. Die Eltern jener Kinder, die im Frühjahr dieses Jahres zweimal geimpft worden sind, werden dringend ersucht, die dritte Impfung noch durchführen zu lassen. Die Wirksamkeit der beiden ersten Teilimpfungen wird nämlich bald erloschen sein. Geimpft wird noch von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 11 Uhr und 14 bis 15 Uhr.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnete den 167. städtischen Kindergarten  
=====

13. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete heute früh in der Wohnhausanlage auf dem ehemaligen Heu- und Strohmart einen von der Stadtverwaltung errichteten Kindergarten und eine Mutterberatungsstelle. Die Stadt Wien war bei der Eröffnungsfeier durch die Stadträte Bauer, Glaserer, Heller und Mandl, Stadtbau- direktor Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Pecht sowie den Leiter des Jugendamtes, Senatsrat Prof. Tesarek vertreten. Bezirksvorsteher Grubeck, der der Stadtverwaltung den Dank der Margaretnr Bevölkerung für die Schaffung der beiden sozialen Einrichtungen übermittelte, konnte unter den zahlreich erschienenen Ehrengästen auch viele Mandatare von Margareten und den benachbarten Bezirken begrüßen.

Stadtrat Mandl gab einleitend in Vertretung des Amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen einen Überblick über die Entwicklung der städtischen Kindergärten. Die Gemeinde Wien, sagte er, führt gegenwärtig in ihrem umfangreichen Arbeitsbereich 167 Kindergärten. Der neue Kindergarten in Margareten wurde von Architekt Dipl.-Ing. Goder entworfen und seine Ausführung kostete drei Millionen Schilling. Im 5. Gemeindebezirk hat sich mit der Inbetriebnahme dieses Objektes die Zahl der Kindergartenplätze für die Kleinsten bis zum 6. Lebensjahr von rund 400 auf 500 erhöht. Im ganzen Stadtgebiet kann gegenwärtig mehr als ein Fünftel aller Wiener Kinder in städtischen Kindergärten untergebracht werden.

Bürgermeister Jonas gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Wiener Bevölkerung ohne Ausnahme kinderliebend ist und alle fürsorgerischen Bestrebungen der Stadtverwaltung begrüßt, die dem Kinde zugute kommen. Sie beweist damit, daß sie sich genau bewußt ist, was es bedeutet, wenn in Wien eine gesunde Generation heranwächst. Die Ausstattung des Kindergartens inmitten der großen städtischen Anlage liefert uns wieder einen Beweis dafür, wie sehr die Pädagogen und die Baufachleute bemüht sind, für die Kinder das Beste zu schaffen.

Wir müssen aber, führte der Bürgermeister weiter aus, den Müttern eines in Erinnerung bringen: so sehr die städtischen Kindergärten imstande sind, ihnen die Sorge um das Kind abzunehmen, und so sehr sie auch wertvolle pädagogische Arbeit leisten, sie können die Mutter nicht ersetzen. Er richtete an die Mütter die Bitte, ihre vollen persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und den Kindern die ganze mütterliche Liebe zu geben. Dank der guten, vorbildlichen Schulung unserer Kindergärtnerinnen wissen wir die Kinder in bester Obhut. Ihnen gebührt für ihre liebevolle Arbeit unser Dank.

Das ebenerdige Objekt des Kindergartens enthält drei Gruppeneinheiten mit den dazugehörigen Nebenräumen. Den Kindern stehen ein großer Spielsaal, eine Terrasse und im Sommer ein Spielplatz mit Planschbecken und Bogenbrausen zur Verfügung. Der Mutterberatungsstelle ist auch ein Bestrahlungsraum angeschlossen. Die Beheizung des Objektes besorgt das Kesselhaus des benachbarten Hochhauses.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnet Hafenbrücke Freudenau15 Kilometer Umweg erspart - 28 Millionen Schilling Baukosten

13. Dezember (RK) Heute vormittag fand die Eröffnung der neuen Hafenbrücke Freudenau statt, die den Donaukanal und den Winterhafen überbrückt, Simmering und die Leopoldstadt verbindend. Die neue Straßenbrücke, mit deren Bau im Oktober 1956 begonnen werden konnte, stellt die kürzeste Verbindung zwischen den beiden Hafenanlagen Freudenau und Albern her. Bis heute war ein Umweg von ungefähr 15 Kilometer über die Stadionbrücke unvermeidlich. Die neue Brücke soll jedoch auch dem Durchzugsverkehr vom südöstlichsten Raum Wiens zum Norden und Nordosten dienen. In Zukunft wird die Brücke ferner dadurch an Bedeutung gewinnen, daß auf der gleichen Höhe das Donaukraftwerk Wien errichtet werden soll, wodurch dort eine direkte Straßenverbindung mit dem linken Ufer des Donaustromes möglich sein wird.

Zu Beginn der feierlichen Eröffnung, die auf der Simmeringer Seite stattfand, begrüßte Bezirksvorsteher Haas Bürgermeister Jonas mit den Stadträten Bauer, Heller und Koci sowie mehrere öffentliche Mandatäre und die höchsten Beamten des Stadtbauamtes mit Stadtbaudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Pecht an der Spitze. Dann sprach Stadtrat Heller, der unter anderem folgendes ausführte: "Die in zweijähriger Bauzeit fertiggestellte Hafenbrücke hat neben ihrer verkehrsmäßigen Bedeutung auch eine eminente wirtschaftliche. Sie verbindet nämlich nicht nur die südöstlichen Gebiete unserer Stadt auf kürzestem Wege mit den nördlichen Gebieten und entlastet damit einige stark beanspruchte Verkehrsflächen und Knotenpunkte in der Stadt selbst, sondern sie schafft auch eine kurze, derzeit verkehrsmäßig noch nicht beanspruchte Verbindung zwischen einigen bedeutsamen Wirtschafts- und Industriegebieten. Ihre augenfälligste Aufgabe ist die Landverbindung zwischen dem Alberner und Freudenauer Hafengebiet.

Wir hoffen, daß die Brücke darüberhinaus auch ein Ansporn für die beabsichtigte künftige Ansiedlung der wassergebundenen Industrie in diesem Gebiete sein wird, für die hier ideales Gelände mit weitgehenden Expansionsmöglichkeiten zur Verfügung steht.

Daß die Brücke auch vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkt von Bedeutung ist, wird durch die Anwesenheit der Herren Professoren der Technischen Hochschule Wien Dr. Grzywieski und Dr. Czitery sowie einer Anzahl von Hörern der Fakultät für das Bauingenieurwesen, denen ich für ihr Erscheinen herzlich danke, besonders unterstrichen.

Da die Verbundgesellschaft und die Donaukraftwerke die Absicht haben, die geplante Donau-Staustufe Wien ungefähr in der Verlängerung der Achse dieser Brücke über die Donau zu bauen, wird die verkehrsmäßige Bedeutung auch dieser Brücke in Zukunft noch größer werden. Der Brücke ist jedenfalls in dem bereits fertiggestellten Entwurf eines Wiener Autobahn-Expresstraßensystems eine besondere Aufgabe zugeordnet.

Die Pläne zu dieser Brücke wurden auf Grund einer öffentlichen Anbotsausschreibung, an der sich neun Anbotsteller mit insgesamt 24 Entwürfen beteiligt haben, erstellt. Die Entscheidung, welches dieser 24 Projekte ausgeführt werden sollte, war nicht leicht. Sie ist nach reiflicher Überlegung zu Gunsten des, wie wir glauben, technisch und wirtschaftlich günstigsten Entwurfes, den Sie nunmehr hier ausgeführt vor sich sehen, gefallen. Der Entwurf stammt von der Baugesellschaft Mayreder, Kraus & Co.

Die Simmeringer Lände und ein dort verlaufendes Eisenbahngleis sowie die Zufahrtsstraße nach dem Hafen Albern wird mit einer durchlaufenden Balkenbrücke über vier Öffnungen von je 26.50 m Stützweite überbrückt. Die Balkenbrücke ist in der normalen bisher üblichen Art mit schlaffbewehrtem Stahlbeton ausgeführt. Dann schließt sich ein vorgespanntes Stahlbetontragwerk mit drei Feldern an, das in der Mitte der Hauptöffnung ein Querkraftgelenk aufweist. Dieses Stahlbetontragwerk wurde im freien Vorbau errichtet. Wer während des Baues hier vorbeikam, war immer sehr verwundert, daß eine Brücke praktisch ohne jede Gerüstung und wie von Zauberhänden gezogen Meter um Meter wächst. Das Haupttragwerk überbrückt den Donaukanal und die Einfahrt in den Freudenaue Innenhafen. An das Haupttragwerk schließt abermals ein Brückenfeld von 35.3 m Stützweite an, das ebenfalls aus vorgespanntem Stahlbeton besteht.

Die Brücke ist insgesamt 352 m lang; sie wird am Simmeringer Ufer über eine 230 m lange Rampe und am Leopoldauer Ufer über eine 300 m lange Rampe erreicht. Natürlich ist für einen späteren Anschluß an eine Brücke über die Staustufe vorgesorgt.

Die Fahrbahn der Brücke ist 12 m breit und vierspurig. Die Durchfahrtshöhe beträgt sowohl für die Hafeneinfahrt als auch den Donaukanal auch bei höchstem noch schiffbaren Wasserstand  $7\frac{1}{2}$  m.

Sie kann von Fahrzeugen bis zu 60 Tonnen Gewicht befahren werden. Die Gehwege vertragen eine Belastung bis zu 500 kg pro Quadratmeter.

Die Baukosten betragen einschließlich der Kosten für die beiden Straßenanschlüsse rund 28 Millionen Schilling.

Stadtrat Heller sprach dann über die gewaltigen Leistungen, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Brückenbaues in Wien erbracht wurden. Die neue Wiener Stadtverwaltung hat im Jahre 1945 916 Brücken und Stege übernommen, davon hatten 136 schwerste Schäden erlitten. Von den 136 schwerst beschädigten Brücken liegen 83 in jenen Gebieten, die nach dem Gebietsänderungsgesetz im Jahre 1954 von Wien abgetrennt wurden und nunmehr wieder im Lande Niederösterreich liegen. 81 dieser 83 Brücken hat die Stadt Wien bis zum Zeitpunkt der Ausgemeindung bereits wieder hergestellt, davon 69 endgültig und 12 provisorisch.

Nunmehr hat die Stadt Wien 323 Brücken und Stege zu betreuen, wovon die bedeutendsten natürlich jene über die Donau, den Donaukanal und den Wienfluß sind. Von den bei der Stadt Wien verbliebenen 53 kriegsbeschädigten Brücken sind 50 bereits wiederhergestellt und zwar 45 endgültig und 5 provisorisch. Die Salztorbrücke wurde vorläufig durch einen Steg ersetzt und an der Nordbahnbrücke steht ein drei Meter breiter Fußgängersteg knapp vor der Vollendung.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, daß die Gemeinde Wien seit dem Jahre 1945 für den Wiederaufbau und den Neubau von Brücken und für die laufende Brückenerhaltung einen Betrag von 170 Millionen Schilling ausgegeben hat, das heißt mit anderen Worten, daß jeder Wiener seit dem Jahre 1945 ungefähr 100 Schilling für den Brückenbau leisten mußte. Dabei wird es in Zukunft auch auf dem Gebiete des Brückenbaues

noch sehr viel in unserer Stadt zu tun geben. Drei bereits früher bestandene Donaukanalbrücken sind noch zu bauen; die Stadionbrücke, die Salztorbrücke und die Heiligenstädter Brücke. Mit dem Bau der Stadionbrücke wollen wir bereits im nächsten Jahr beginnen. Außerdem werden wir noch eine Brücke im Zuge der Adalbert Stifter-Straße brauchen, die den Gürtel über den Donaukanal nach der Brigittenau und Floridsdorf verlängern soll. Auch im Zuge der Schnellbahntrasse und an einigen anderen Punkten der Stadt sind neue Brückenbauten erforderlich."

Bürgermeister Jonas wies auf die Besonderheit der Konstruktion des neuen Brückenbaues hin. Die neue Brücke verrät dem Beschauer gar nicht, wie interessant der Bau war und wie schwierig seine Durchführung. Er sei froh, daß die Stadt Wien den Männern des Stadtbauamtes so große und dankbare Aufgaben stellen könne. Vor allem die jungen Ingenieure haben hier die Möglichkeit, ihr Wissen zu erweitern und wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen. Der Bürgermeister dankte den am Bau beteiligten Firmen und Abteilungen des Wiener Magistrates für die gute Arbeit.

Während des Krieges sind neue Hafenanlagen geschaffen worden. Im Zuge des Ausbaues hat sich ergeben, daß auch der bisher nur als Schutzhafen dienende Freudenufer Hafen für den Güterumschlag ausgebaut wird. Die Stadt Wien geht nun daran, das Gebiet am Rande der Stadt zu einem Platz von großer wirtschaftlicher Bedeutung zu machen. Er hoffe dabei, daß die Entwicklung nun schneller vor sich gehen könne, als in den letzten Jahren, in denen die Donau ein toter Strom gewesen ist. Die Donau solle wieder ihre völkerverbindende Mission aufnehmen und den Austausch von Gütern zwischen den am Strom lebenden Völkern möglich machen. Abschließend sagte der Bürgermeister, er freue sich, daß er die neue Brücke heute eröffnen könne und er hoffe dabei, daß sie den vor uns liegenden großen wirtschaftlichen Aufgaben dienen und den friedlichen Verkehr, der friedlichen Arbeit und der größeren Zukunft unserer Stadt gerecht werde. Mit diesem Wunsche wolle er die Brücke ihrer Bestimmung übergeben.

Nun schritt Bürgermeister Jonas in Begleitung der Stadträte und der vielen Festgäste zur Mitte der Brücke, wo er das dort gespannte rot-weiße Band durchschnitt. Auf der Seite der Leopoldstadt hieß Bezirksvorsteher Hladej den Bürgermeister willkommen dankte der Stadt Wien für den Bau der neuen Brücke. Mit einer neuen "Flottenparade" im Donaukanal, an der mehrere städtische Schiffe mit Sirenengeheul teilnahmen, fand die Eröffnungszeremonie ihren Abschluß.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 15. Dezember 1958

Blatt 2509

## Planung ist billiger

=====

15. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 14. Dezember, über vernünftige Planung beim Eigenheimbau und über das bevorstehende Weihnachtsfest.

Der Bürgermeister führte aus: "Obwohl ich erst vor zwei Wochen über die neue Wiener Wohnbauaktion gesprochen habe, will ich heute neuerlich darauf zurückkommen, wenn auch aus einem ganz anderen Grunde. Erinnern Sie sich, wie oft wir Anlaß haben, über das "wilde Bauen" und über die "wilden Siedlungen" zu klagen? Wie oft haben wir festgestellt, daß die besten Absichten und die fleißigste Arbeit der Siedler zu einem unerwünschten Ergebnis führten, weil die Siedlungshäuser an schlecht gewählten Stellen planlos und zusammenhanglos entstanden. Nicht selten hat der niedrige Preis einer weitentlegenen Bauparzelle zur Ansiedlung verleitet, obwohl weder die Verkehrsmittel, noch Gas, Wasser und Elektrizität vorhanden waren. Nach den kurzen Anfangsfreuden des neuen Grundbesitzes stellte sich bald die Ernüchterung ein, weil der Verzicht auf die technischen Einrichtungen der Großstadt und die langen Wege zur Arbeitsstätte ein dauerndes lebenslanges Opfer verlangen.

Jetzt will die Gemeinde durch eine großzügige Kreditaktion den Bau von zehntausend Wohnungen auf privater Grundlage ermöglichen. Drängt sich da nicht von selbst der Gedanke auf, daß man alles versuchen müßte, diese zusätzlichen Wohnungen und Häuser nach den besten Überlegungen zu bauen? Natürlich kann die neue Wohnbauaktion auch von jenen in Anspruch genommen werden, die auf ihrer Einzelparzelle, die als Bauland gewidmet ist, ihr Ein- oder

./.

Mehrfamilienhaus bauen wollen. Aber in allen anderen Fällen sollten die Bewerber um diese Baukredite sich freiwillig dazu verstehen, ihre Bauabsichten in den Rahmen eines großen Konzeptes einzuordnen. Keine Angst! Die Eigenart der Bodenbesitzverhältnisse in Wien macht es von vornherein unmöglich, zehntausende Wohnungen an einer einzigen Stelle zu bauen. Ob wir wollen oder nicht, werden die neuen Wohnungen, auch wenn sie in größeren Anlagen gebaut werden, doch auf verschiedene Bezirke Wiens aufgeteilt sein müssen. Aber wenigstens diese Teile sollen nach einem gut überlegten Plan errichtet werden, damit aus den vorhandenen Möglichkeiten die wirtschaftlichste Art herausgeholt wird. Auf diese Weise ist auch die beste Gewähr gegeben, daß den Wünschen der einzelnen Bewerber am ehesten Rechnung getragen werden kann.

Die erste Überlegung muß schon beim Kauf des Baugrundes angestellt werden. Niemand soll ohne Beratung einen Baugrund kaufen, damit er den richtigen Grund zum richtigen Preis erhält. Bei der Auswahl des Baugrundes soll auch auf die Entfernung zur Arbeitsstätte Rücksicht genommen werden. Die Baugenossenschaften und Siedlungsgenossenschaften sind sicher gerne bereit, jedem Ratsuchenden behilflich zu sein. Soweit es der Gemeinde möglich ist, wird sie nichts unversucht lassen, bei der Beschaffung von Baugründen mitzuwirken. Wer sich dazu entschließt, seine Bauwünsche im Rahmen eines größeren Konzeptes zu verwirklichen, der kann von vornherein damit rechnen, daß seine Wünsche nach Kanalanschluß, Wasser-, Gas- und Stromversorgung, nach Straßenbau und Straßenbeleuchtung viel eher verwirklicht werden können, als wenn er allein irgendwo zu bauen anfängt. Die verschiedenen Geschäfte, in denen die Hausfrauen einzukaufen wünschen, die Kindergärten und die Schulen für die Kinder, werden in einer geplanten und großzügigen Anlage viel leichter zu schaffen sein, als bei zufälligen und zusammenhanglosen kleinen Objekten. Auf lange Sicht gesehen ist das wilde und planlose Siedeln das teuerste und unbequemste Wohnen. Wer es möglichst billig und angenehm haben will, wird sich in jeder Hinsicht beraten lassen, einen Architekten heranziehen und das Beispiel erfahrener Baugenossenschaften befolgen. Die Gemeinde muß sich auf jeden Fall dagegen schützen, daß ihre städtebaulichen Absichten und Pläne durch eine falsche Verwendung ihrer eigenen Kreditaktion gestört werden.

./.

Gedanken zum Weihnachtsfest

Und nun wollen wir uns dem kommenden Weihnachtsfest zuwenden. Jeder von uns, auch wenn er noch so sehr von Tages-sorgen belastet ist, denkt an das bevorstehende Fest. Es will doch jeder seinen Lieben eine Freude bereiten. Die Kinder erwarten sich begreiflicherweise etwas Besonderes vom Weihnachtsmann und die Eltern haben es manchmal schwer, ihre Wünsche mit den Möglichkeiten der Geldbörse in Einklang zu bringen. Gewiß, wenn man die fast unbegrenzte Auswahl an Weihnachtswaren und Geschenkartikeln sieht, dann kann man schon verstehen, daß es nicht immer leicht ist, die richtige Auswahl zu treffen. Als ich diese Woche den Christkindlmarkt aufsuchte und die fröhlichen, gut gekleideten Kinder und Erwachsenen inmitten der Fülle der dargebotenen Geschenkartikel sah, drängte sich mir die Erinnerung an Weihnachtstage der vergangenen Zeit auf. Ich will nicht viel über die Weihnachtsstimmung der Jahre 1945 und 1946 reden. Würde man nur nach der armseligen Kleidung, der kalten Wohnung oder gar nach den Hungerrationen der Lebensmittelaufrufe urteilen und sich an die Drangsalierungen der damaligen Besatzung erinnern, dann müßte man sagen, daß es die traurigsten Weihnachten waren, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Wenn es noch so armselige Weihnachten waren, so waren es doch Weihnachten des Friedens. Es gab keine Bomben-angriffe und keine weiteren Zerstörungen mehr. Viele Kriegs-gefangene waren doch schon wieder bei ihren Familien zuhause und wir durften die Hoffnung haben, daß wir uns aus der furchtbaren Not wieder emporarbeiten können. Viele Freunde im Auslande zeigten uns ihre Sympathie. Private und öffentliche Hilfsaktionen versuchten wenigstens die allergrößte Not bei Kindern, Kranken und Alten zu lindern. An diese Zeit sollen wir denken, um einen richtigen Maßstab zu haben für unsere Lebenshaltung von heute. Ich will Ihnen mit solchen Gedanken auf keinen Fall die Festesfreude verkleinern oder verderben, sondern nur zeigen, wie weit

./.

wir uns schon von den Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit entfernt haben. Selbst wenn wir hie und da Ursache haben, mit irgendetwas unzufrieden zu sein, so sollten wir doch alles schätzen lernen, was wir uns seit den unvergeßlich traurigen Tagen des Krieges erarbeitet haben. Ich glaube, die Eltern sollten auch ihre Kinder mit den bösen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegsjahre vertraut machen, damit sie erfahren, daß es nicht ganz so selbstverständlich ist, wenn sie heute wieder viele ihrer Wünsche erfüllen können.

Natürlich ist man versucht, an die Weihnachtsfeiern der eigenen Kinderjahre zurückzudenken. Abgesehen davon, daß die damalige Technik gar nicht in der Lage war, jene Fülle von Spielzeug und Sportartikeln herzustellen, die den Kindern von heute zur Verfügung stehen, waren auch ansonst die Lebensverhältnisse der breitesten Bevölkerungskreise überhaupt nicht dazu angetan, den Kindern einen großen Gabentisch zu bereiten. Der "Brettelhupfer" unserer Kinderzeit existiert nicht mehr, es gibt nur mehr Rodeln und Schlitten. Das "Fetzenlaberl" scheint auch ausgestorben zu sein, es gibt nur Gummi-, Leder- und Plastikbälle. Eine Ski-Ausrüstung gab es damals überhaupt nicht, weder für Erwachsene noch für Kinder. Und so könnte ich Ihnen noch viele Beispiele anführen, aus denen man den großen Wandel innerhalb unserer Generation zeigen könnte.

Aber ungeachtet aller Veränderungen, die vor sich gegangen sind, stehen die Eltern auch heute noch bei der Vorbereitung des Gabentisches vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. So wie in den vergangenen Jahren bitte ich heuer wieder die Eltern, ihren Kindern auf keinen Fall Kriegsspielzeug in die Hand zu geben. Alles was mit Waffen und Krieg zusammenhängt, ist viel zu ernst, als daß es Gegenstand eines kindlichen Spieles sein könnte. Es gibt genug andere, viel vernünftiger und fröhlichere Möglichkeiten, den Spieltrieb der Kinder zu befriedigen. Die Eltern sollten deshalb dafür sorgen, daß ihre Kinder nur pädagogisch richtiges Spielzeug in die Hand bekommen, das ihre Phantasie beschäftigt und ihre Intelligenz stärkt, dem Forschungsdrang, dem Formungs- und Gestaltungstrieb der Kinder entgegenkommt.

Solche Spielwaren müssen gar nicht immer technisch hochentwickelte Maschinen oder andere Apparate sein, manchmal erfüllen auch einfache Zusammenlegspiele und Baukästen ihren Zweck. Ich glaube, wir denken viel zu wenig daran, daß das Spielzeug für das gesund denkende Kind in Wirklichkeit ein richtiges Handwerkzeug ist, mit dem es auf seine Art arbeiten kann.

Die gleichen Überlegungen sollten vorherrschen, wenn für den Gabentisch auch Bücher vorbereitet werden. Der Lesestoff soll nicht dem Zufall überlassen sein, die Kinder sollen gelenkt werden, aber sie sollen nicht den Eindruck haben, daß man sie zensuriert. Weil die Gedanken- und Gefühlswelt der Kinder so unerhört stark von Büchern beeinflusst werden kann, ist es selbstverständlich, daß man ihnen nur das Beste in die Hand gibt. Wir müssen ohnedies feststellen, daß die Kinder, besonders in der Großstadt, durch Schundliteratur und durch Filme viel ungesunden Einflüssen ausgesetzt sind. Wir müssen die Kinder an gute Literatur gewöhnen, wobei ich nicht nur an den guten Inhalt, sondern auch an den guten Druck, an das gute Papier, an gute Illustrationen denke. Damit machen wir sie immun gegen die Verlockungen der reißerisch aufgemachten Schundliteratur. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß viele Schriftsteller und Buchverlage es sich zur Ehre anrechnen, nur sehr gute Bücher für die Jugend zu schaffen. Diese Bestrebungen sollten von den Eltern anerkannt und gefördert werden. Denn selbst der idealste Schriftsteller und der gewissenhafteste Verleger könnten nicht existieren, würden ihre guten Jugendbücher nicht gekauft. Es ist also eine Ermunterung für Schriftsteller und Verleger, wenn möglichst viele gute Bücher an die Jugend vermittelt werden. Das hätte übrigens auch den Vorteil, daß die Kinder sich an das gute Buch gewöhnen und in ihrem späteren Leben wirkliche Bücherfreunde werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang erinnern, daß die Eltern bei der Buchauswahl nicht ohne Rat bleiben müssen. Der verdienstvolle Buchklub der Jugend, der in den Wiener Schulen viele hunderte Mitarbeiter hat, ist gerne bereit, die Eltern bei der Auswahl der Bücher zu informieren. Das Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien veranstalten jedes Jahr einen Wettbewerb für das gute Jugendbuch, und die Autoren und die Verleger der besten Bücher erhalten den Österreichischen Staatspreis für die Kinder- und Jugendliteratur, bzw. den Jugendbuchpreis der Stadt Wien. Die ausge-

zeichneten Bücher dürfen für den Verkauf mit Schleifen versehen werden, die auf die Zuerkennung des Preises aufmerksam machen. Aber auch sonst gibt es sehr verdienstvolle Verlagsanstalten, die Jahr für Jahr ausgezeichnete Literatur für unsere Jugend hervorbringen.

Ich habe heute eine Ausnahme gemacht und wenig von Wiener Problemen gesprochen. Ich glaube, daß ich vor dem Weihnachtsfest die rein behördlichen Angelegenheiten einmal beiseite lassen und von Mensch zu Mensch sprechen kann. Mit Freude stelle ich fest, daß die verhältnismäßig gute Beschäftigungslage den meisten unserer Mitbürger die Möglichkeit gibt, für den Weihnachtstisch vorzusorgen und mit der Familie einige unbeschwerte und geruhsame Festtage zu verbringen. Ich bitte Sie aber nicht zu vergessen, daß es trotz allem in unserer Stadt auch Menschen gibt, auf die kein fröhliches Weihnachtsfest wartet. Es sind die Kranken zu Hause und in den Spitälern, die einsamen Menschen, die allein im Leben stehen, und alle jene, die unverschuldet in Not geraten sind und schwer zu kämpfen haben, um wieder emporzukommen. Dieser Mitbürger, die vom Schicksal benachteiligt sind, sollten wir uns alle erinnern und uns bemühen, ihnen gerade während der Weihnachtsfeiertage in rücksichtsvoller Weise zu helfen. Sie sollen das Gefühl haben, nicht eine Wohltat, sondern eine selbstverständliche brüderliche Hilfe zu erhalten.

Für das kommende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen das Glück, viel Freude bereiten und viel Freude empfangen zu können. Meine herzlichsten Weihnachtswünsche gelten auch allen Kindern in Wien. Besonders gedenke ich aber unserer Kranken und wünsche ihnen baldige und möglichst vollständige Genesung. Aber auch allen Mitbürgern, die ihren Lebensabend in unseren Alters- und Pflegeheimen verbringen, wünsche ich ein glückliches und frohes Weihnachtsfest. Sie alle mögen überzeugt sein, daß die große Familie der Wiener gerade an diesen Tagen ihrer gedenkt."

- - -

Unsere Bewerbung um die Sommer-Olympiade 1964  
=====Mohammed Taher: "Wien hat gute Aussichten"

15. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer das leitende Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, Mohammed Taher. Dieses ist zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Wien gekommen, um sich über den Zustand der für die Abhaltung der Olympischen Sommerspiele 1964 in Frage kommenden Anlagen persönlich zu informieren. Der Bürgermeister begrüßte den Gast im Beisein von Stadtrat Mandl und Dr. Fried, dem Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Komitees.

Mohammed Taher zeigte sich bereits bei der ersten Fühlungnahme mit Wien über alle Gebiete des kulturellen Lebens der Bundeshauptstadt ausgezeichnet orientiert. Was die Aussichten Wiens bei der Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1964 anlangt, führte er eine Reihe von wichtigen Gründen auf, die die Bewerbung Wiens aussichtsreich hervorheben. Wiens Anziehungskraft und seine günstige geographische Lage, meint er, dürfte für viele Mitgliedstaaten ausschlaggebend sein. Für Wien spricht auch die Grundidee der olympischen Bewegung, deren Schwergewicht unumstritten in Europa liegt, wo schließlich auch der größte Teil des an den Wettkämpfen interessierten Publikums zu Hause ist. Außer Wien bewerben sich noch Brüssel, Detroit und Tokio. Die Entscheidung liegt bei den 64 Delegierten des Internationalen Olympischen Komitees, die im Mai kommenden Jahres in einer Vollversammlung in München abstimmen werden.

Bürgermeister Jonas wünschte dem Abgesandten aus Lausanne einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt und überreichte ihm das große Wien-Buch.

- - -

Der Parteienverkehr bei den Stadtkassen  
=====

15. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten in der Zeit vom 18. bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden ist vorgesorgt, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

75. Geburtstag von Felix Rosché  
=====

15. Dezember (RK) Am 17. Dezember vollendet der Schriftsteller Amtsrat i.R. Prof. Felix Rosché das 75. Lebensjahr.

In Wien geboren, trat er nach der Mittelschule in den städtischen Dienst, in dem er bis zu seiner Pensionierung verblieb. Seine literarische Laufbahn begann er mit Novellen, die große Begabung zeigten, fand aber erst in der jahrzehntelang mit aller Sorgfalt gepflegten Naturschilderung das ihm gemäße Genre. Er spezialisierte sich auf systematische Freiland-Tierbeobachtungen und auf die Gestaltung seines persönlichen Naturerlebens. Seit 1931 erschienen seine Tierfeuilletons in Zeitungen und Zeitschriften und wurden in einer ganzen Reihe von Bänden gesammelt. Sie beschäftigen sich liebevoll mit den Geschöpfen des heimischen Waldes, der Donauauen und der österreichischen Alpen und gehen bis in das kleinste Detail. Felix Rosché hat auch eine fruchtbare volksbildnerische Tätigkeit entfaltet. Bereits vor dem ersten Weltkrieg hielt er als junger Magistratsbeamter seine ersten Vorträge im Arbeiterbildungsverein Gumpendorf und setzte sie in Volksbildungshäusern, im Rundfunk sowie in Touristenorganisationen fort. Desgleichen verfaßte er naturwissenschaftlich interessante und ansprechende Hörspiele. Seine Bücher enthalten wertvolle pädagogische und volksbildnerische Elemente und finden in der Bevölkerung, vor

allem bei der Jugend, ein starkes Echo. Prof. Felix Rosché, dem im Jahr 1956 der Volksbildungspreis der Stadt Wien verliehen wurde, hat seine Lebensaufgabe erreicht, Wissen zu verbreiten und bei den Menschen die Liebe zur Natur zu vertiefen.

- - -

#### Freie Arztstellen

=====

15. Dezember (RK) In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind wieder freie Arztstellen ausgeschrieben, und zwar in der Krankenanstalt Rudolfsstiftung der Stadt Wien zwei Assistentenstellen an der I. chirurgischen Abteilung, im Wilhelminenspital der Stadt Wien eine Assistentenstelle im Röntgeninstitut.

Bewerbungsgesuche müssen bis spätestens 15. Jänner bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

- - -

## Wiener Landtag

=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen. An Anfragen lagen zwei von den Abgeordneten der ÖVP vor.

Das Opferfürsorgeabgabegesetz

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, eine Gesetzesvorlage über Einhebung einer Abgabe zum Zwecke der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, für Opfer politischer Verfolgung und des Kampfes für ein freies demokratisches Österreich sowie für Zivilinvaliden, das sogenannte Opferfürsorgeabgabegesetz, referierte Stadtrat Slavik (SPÖ). Nach dem Inkrafttreten des Entwurfes unterliegt in Hinkunft der entgeltliche Besuch von Filmvorführungen einer Fürsorgeabgabe. Diese beträgt, sofern der Preis für die Eintrittskarte zu einer Filmvorführung abzüglich des Kulturgroshens und der Opferfürsorgeabgabe zehn Schilling nicht übersteigt, 10 Groschen, sonst 20 Groschen. Abgabepflichtig sind die Unternehmer der Filmvorführungen für jede verkaufte Eintrittskarte, sie sind jedoch berechtigt, diese Abgabe auf die Besucher der Filmvorführungen zu überwälzen. Eine ähnliche Abgabe - vielfach entscheidend höher - wird bereits in mehreren Bundesländern eingehoben. In dem Entwurf sind bereits verschiedene Wünsche anderer Körperschaften berücksichtigt worden. Die Abgabe wird jährlich einen Erlös von zirka 4,5 bis 5 Millionen Schilling bringen. Von diesem Betrag sollen 80 Prozent für die Kriegsinvaliden, 12 Prozent für die Opfer des Faschismus und acht Prozent für die Zivilinvaliden verwendet werden. Die Stadt Wien hat dadurch keinerlei Einnahmen. Die Abgabe wird eine wesentliche Unterstützung für die betroffenen Personengruppen sein.

Abg. Frieda Nödl (SPÖ) begrüßt die Gesetzesvorlage, durch die zusätzliche Mittel für die Befürsorgung der Kriegsinvaliden, der Opfer des Faschismus und der Zivilinvaliden aufgebracht werden sollen. Sie verweist darauf, daß erst in der vergangenen Woche im Parlament darüber gesprochen wurde, daß die derzeitigen Renten, die an die genannten Personengruppen gezahlt werden, keineswegs der Kaufkraft entsprechen, die sie früher einmal hatten. Es er-

scheine ihr daher ganz unverständlich, daß von Seiten der Körperschaften, denen der Entwurf des Gesetzes zur Begutachtung vorgelegt wurde, gegen die Einhebung der Abgabe, die ausschließlich den Kriegsinvaliden, den Opfern des Faschismus und den Zivilinvaliden zugute kommt, so viele Einwände erhoben wurden. Es werden zwar derzeit Verhandlungen mit Deutschland wegen einer Wiedergutmachung geführt, doch haben sie noch kein Ergebnis gezeitigt. Aus diesem Grunde müssen auf andere Weise Mittel aufgebracht werden, um jenen zu helfen, die für uns alle Opfer gebracht haben, die in der Diktatur nicht leben konnten und wollten und die für die Demokratie gekämpft haben. Gleich nach dem Jahre 1945 gab es wohl eine Zeit, in der es für jeden eine Selbstverständlichkeit war, den Opfern des Krieges und des Faschismus zu helfen. Nun wäre es aber die Sache des Bundes, eine Ehrenpflicht des Staates, diese Opfer nicht Not leiden zu lassen. Die Rednerin stellt fest, daß sich ihre Fraktion freue, daß das Land Wien nun endlich auch diese Abgabe zur Gewährung einer zusätzlichen Fürsorge beschließt.

Stadtrat Slavik stellt abschließend fest, daß wohl von verschiedenen Körperschaften einige Bedenken gegen die Vorlage geäußert worden sind, aber keine grundsätzlichen Einwände erhoben wurden.

Bei der Abstimmung wurde die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Eine Verbesserung des Dienstrechtes

Stadtrat Riemer (SPÖ) referierte über die 14. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien. Wenn manchmal spöttische Stimmen laut werden, die darauf hinweisen, daß ein Gesetz vom Jahre 1951 schon so oft abgeändert wurde, sagte der Referent, so möchte er darauf hinweisen, daß jede Novelle eine Verbesserung des Gesetzes mitsichgebracht hat. Auch der vorliegende Gesetzentwurf bringt wieder Vorteile für die städtischen Bediensteten. Bisher mußten Pensionen städtischer Angestellter stillgelegt werden, wenn der Betreffende einen zweiten Bezug aus öffentlichen Mitteln erhielt. Dies wird nach den neuen Bestimmungen nicht mehr der Fall sein.

Im anderen Teil der Vorlage werden die Mindestpensionen der städtischen Bediensteten in Angleichung an die Mindestsätze des

ASVG festgesetzt.

Bei der Abstimmung wird die 14. Novelle ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Marek schließt die Sitzung.

- - -

Wiener Gemeinderat  
=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Zunächst wurden die sechs Schriftführer des Gemeinderates neu gewählt, deren Funktionsdauer in Kürze abläuft. Die Schriftführer sind: Maria Hirschler, Maria Jacobi, Fritz Konir und Leopold Mistingner (alle SPÖ); Markus Bittner und Franz Walzer (beide ÖVP).

Außerordentliche Zuwendung vor Weihnachten

Stadtrat Riemer (SPÖ) referierte über eine außerordentliche Zuwendung, die am 17. Dezember für die städtischen Bediensteten und Pensionisten ausbezahlt werden soll. Wie der Referent ausführt, hat die Gemeinde ihren Bediensteten in den letzten zwei Jahren jeweils vor Weihnachten eine kleine außerordentliche Zuwendung gegeben und damit eine Abschlagszahlung auf die Forderung nach Wiedereinführung des 14. Monatsgehaltes geleistet. Diese Forderung stammt ja nicht von gestern; sie wurde schon 1955 auf einem Gewerkschaftstag einstimmig beschlossen. Bisher konnte darüber jedoch nicht verhandelt werden. Die Stadt Wien mußte sich damit begnügen, dem Personal eine kleine bescheidene Zuwendung vor Weihnachten zu geben, die allerdings jedes Jahr etwas höher ausgefallen ist, so auch heuer. Es sollen also ausbezahlt werden: An die aktiven Bediensteten mit einem Gehalt bis zu 1.600 Schilling 350 Schilling, bis 2.500 Schilling 420 Schilling und bei mehr als 2.500 Schilling 490 Schilling. Dazu kommen noch 50 Prozent der Familienzulage. Für die Pensionisten wurde eine analoge Regelung vereinbart. Bis zu 1.300 Schilling Pension erhalten sie 210 Schilling, bis 2.000 Schilling 280 Schilling und über 2.000 Schilling 350 Schilling. Auch hier wird die Hälfte der Familienzulage dazugegeben.

Selbstverständlich wurden auch die nicht vollbeschäftigten Bediensteten, Saisonarbeiter usw., berücksichtigt.

Die Kosten betragen insgesamt 35 Millionen Schilling. Die Gewerkschaft hat bei den Verhandlungen den größten Wert darauf gelegt, die grundsätzliche Entscheidung der Verwaltung zu erhalten, wie und wann der volle 14. Monatsbezug gewährt werden soll. Es wurde zugesagt, daß 1959 der halbe "Vierzehnte" flüssig gemacht werden und 1960 der volle Bezug ausgezahlt werden soll.

Die Belastung beträgt für 1959 ungefähr 70 bis 80 Millionen Schilling, wobei 40 bis 50 Millionen auf die Hoheitsverwaltung entfallen. 1960 wird die Belastung dann ungefähr doppelt so hoch sein. Abschließend verweist der Referent noch darauf, daß die kassenmäßige Bedeckung wohl beim Magistrat, nicht aber bei den Stadtwerken gegeben sei, doch könne man die Bediensteten der Stadtwerke aus der Regelung nicht ausnehmen, umso mehr, als die Unternehmungen in den letzten Jahren eine durchaus sparsame Personalwirtschaft betrieben haben.

GR. Maller (VO) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie mit dem Verhandlungsergebnis nicht zufrieden sein könne, weil es nicht den Wünschen und Interessen der Gemeindebediensteten entspreche. Die Gemeinde Wien will die Bezahlung des 14. Monatsbezuges soweit als möglich hinausschieben. Es sei den Kommunisten unverständlich, warum sich die Gemeinde Wien nicht herbeiläßt, in diesem Jahr den halben Vierzehnten auszubezahlen. Hätte die Gemeinde Wien heuer zumindestens den halben vierzehnten Monatsbezug ausbezahlt, dann hätte sie gleichzeitig den Bundesbediensteten eine große Hilfe geleistet. Der heutige Stadtrat Slavik habe im Jahre 1955 den sozialistischen Mitgliedern des Straßenbahner-Streikkomitees versprochen, daß im Jahre 1956 der volle Vierzehnte ausbezahlt wird. (Stadtrat Slavik: Das ist reine Phantasie!) Es sei für die Gemeindebediensteten kein voller Erfolg, wenn sie jetzt diese außerordentliche Zahlung bekommen, denn sie hätten mehr verdient und auch mehr erreichen können, wenn ihre Interessen besser gewahrt worden wären und wenn die Vertreter der Gemeinde Wien mehr Verständnis für das Personal gezeigt hätten. Über die Frage des 14. Monatsbezuges und des Termines, wann er endgültig in vollem Ausmaß ausbezahlt werden soll, dürfe das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sein. Wenn die VO heute dennoch die Zustimmung gibt, so deshalb, weil die städtischen Bediensteten und die Pensionisten wenigstens diese außerordentliche Zulage bekommen sollen, um sich und ihren Familien das Weihnachtsfest angenehmer gestalten zu können, soweit man mit diesen Beträgen überhaupt größere Sprünge machen kann.

GR. Walzer (ÖVP) erklärte, daß sich seine Fraktion positiv zu allen Maßnahmen stelle, die den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung erhöhen und gewährleisten. Aus diesem Titel dürfe aber die Stabilität nicht gefährdet werden und keine Erhöhung von Steuern, Abgaben bzw. Tarife eintreten. Der Stadtrat für das Personalwesen habe dieses Versprechen gegeben, und die ÖVP möchte wünschen, daß dieses Versprechen heute vor dem Forum des Wiener Gemeinderates wiederholt wird. Dann geben wir vom Herzen gern unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Schiller (SPÖ) stellte fest, daß die Vorlage bei den Gemeindebediensteten Beruhigung und Freude auslöst. Der Nachteil liegt nur darin, daß es diesmal nicht gelungen ist, die Bundesangestellten, die Eisenbahner und Postler in diese Aktion einzubeziehen, obwohl die Forderung nach dem 14. Monatsbezug drei Jahre alt ist.

Der Herr Bundeskanzler hat diesmal erstmalig mit uns nicht verhandelt. Erst daraufhin haben wir uns entschlossen, unseren Weg getrennt zu gehen. Damit wurde dem Gedanken der Solidarität der Gewerkschaft Abbruch getan, und dieser Bruch der gemeinsamen Linie wird sich später sehr nachteilig für die öffentlichen Körperschaften auswirken. Auch als wir seinerzeit die letzte Etappe des Gehaltsgesetzes 1956 um neun Monate vorziehen konnten, hat man in der Öffentlichkeit genau mit denselben Argumenten, der Schilling sei gefährdet, versucht, gegen die öffentlich Angestellten Stimmung zu erzeugen. Der Schilling war damals so wenig gefährdet wie heute. Tatsächlich ist es möglich, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Denn es ist möglich, aus den 2 1/2 bis 3 Milliarden Steuerrückständen einen Teil hereinzutreiben, um diese Forderung zu erfüllen, ohne den Schilling zu gefährden. (Beifall bei der SPÖ). Wir glauben ferner, daß man bei der Stützung der Milch- und Butterwirtschaft heute einen Weg beschreitet, der nicht mehr ganz vertretbar ist. Komischerweise hat man nur unseren Vorschlag zur Tarifpolitik in den Vordergrund gestellt, nicht aber diese beiden anderen Vorschläge. Bei vielen Posten gibt es aber geradezu lächerliche Tarife.

Deswegen sind wir der Auffassung, daß es durchaus möglich ist, unsere Forderung zu erfüllen, ohne an der Stabilität unserer Währung zu rütteln.

Es ist die Tragik im öffentlichen Dienst, daß Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten als Politikum mißbraucht werden. Wozu diese gehässige Stimmungsmache gegen den öffentlichen Dienst? Wir bemühen uns seit drei Jahren, diese Frage zu lösen. Das hat also nichts, wie es von einer Zeitung dargestellt wurde, mit Wahldemagogie zu tun.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Gemeindeverwaltung von Wien bemühen sich seit mehr als einem Jahrzehnt, die Verwaltung zu vereinfachen, sie zu rationalisieren. Wir haben dadurch erreicht, daß der Personalaufwand prozentuell sogar gesunken ist. Gerade in Anerkennung dessen, daß die Gemeinde Wien die Forderung der Gewerkschaft anerkannt hat, wird sich die Gewerkschaft als Gegenleistung verpflichtet fühlen, weiterhin an dieser Reorganisation mitzuarbeiten. Der Gewerkschaftsbund hat schon vor ungefähr acht Jahren auch der Industrie das Angebot gestellt, gemeinsam an der Rationalisierung zu arbeiten.

Wir haben keine Absicht, an der Stabilität des Schillings zu rütteln. Man sollte sich hüten, bei einer Forderung, die für das nächste Jahr rund 400 Millionen Schilling ausmacht, von einer Gefährdung zu reden, wenn auf der anderen Seite Defizite vorhanden sind, die rund das Zehnfache ausmachen.

Wir danken der Gemeinde Wien, daß sie nicht nur an Festtagen die Leistungen der Angestellten anerkennt, sondern daß sie auch im Alltag den Gemeindebediensteten das gibt, was ihnen gebührt.  
(Beifall bei der SPÖ.)

GR. Mühlhauser (ÖVP) stellt fest, daß seine Fraktion bereits ihre Freude darüber ausgedrückt hat, daß es möglich ist, für die Bediensteten der Stadt Wien ohne Belastung der Bevölkerung ein Mehreinkommen zu schaffen und ihren sozialen Lebensstandard zu heben. Seine Fraktion habe auch alle Erklärungen zur Kenntnis genommen, in denen festgestellt wurde, daß diese Sonderzahlung durch Verwaltungsvereinfachungen usw. möglich gemacht wurde. Er müsse es jedoch zurückweisen, daß GR. Schiller so tue, als ob der Finanzminister und der Bundeskanzler aus reiner Bosheit den Bundesbediensteten nicht die gleiche Sonderzahlung gewährt. Seine

Partei will es vermeiden, den Angestellten irgendwelche Erhöhungen zu geben, die in einigen Monaten keine wirklichen Erhöhungen mehr sind, weil sie durch Preissteigerungen wettgemacht werden. Es haben sich jedoch nicht nur der Bundeskanzler und der Finanzminister, sondern auch einzelne Redner im Städtebund gegen die Auszahlung dieser Sonderzahlung ausgesprochen, so u.a. auch der sozialistische Bürgermeister von St. Pölten. Der Redner verweist darauf, daß es auch für den Bundeskanzler und den Finanzminister nicht schwer wäre, ohne Rücksicht auf die Bedeckung die Sonderzahlung zu bewilligen. Österreich braucht aber Politiker, die auch den Mut haben, einmal nein zu sagen, wenn sie wissen, daß sie sonst eine zehnjährige Bautätigkeit gefährden und Österreich damit auf einen Weg führen, den wir alle nicht wollen. (Beifall bei der ÖVP).

Stadtrat Slavik stellt zu den Ausführungen seines Vorredners fest, daß der Schilling in Österreich zu einer Zeit gesichert wurde, in der weder Raab Bundeskanzler noch Kamitz Finanzminister war. (Beifall bei der SPÖ). Wenn wir heute auf eine gesicherte Währung und auf einen gesicherten Schilling stolz sein können, ist das kein Verdienst von Raab und Kamitz, sondern ein Verdienst des disziplinierten österreichischen Volkes. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ). Wenn die österreichische Bevölkerung auf das ewige Unken im Rundfunk und in den bürgerlichen Zeitungen gehört und die Konsequenzen daraus gezogen hätte, würde sich das bei den Sparkassen durch ein Sinken der Spargelder bemerkbar gemacht haben. Das österreichische Volk hat aber zu seiner eigenen Stärke mehr Vertrauen als zu Bundeskanzler, Finanzminister und bürgerlicher Presse. Er sei der gleichen Meinung, wie GR. Schiller, daß es auch beim Bund die Möglichkeit gegeben hätte, eine Bedeckung für die Sonderzahlung zu finden. Man brauche nur an die ungeheuren Gewerbesteuerückstände denken. Es sind nicht die kleinen Gewerbetreibenden die nicht bezahlen, sondern die großen Kapitalunternehmungen. Wenn die Österreichische Volkspartei so großen Wert darauf lege, daß die Preise stabil bleiben, dann müßte sie sich auch die Bilanzen der großen Kapitalgesellschaften ansehen. Dann werde sie zugeben müssen, daß heute Gewinne erzielt werden, die volkswirtschaftlich nicht vertretbar sind.

Ein Appell der ÖVP wäre daher an die Unternehmer zu richten, damit diese das Preisgefüge nicht gefährden.

Die Lösung, die von der Gemeinde Wien für die Erfüllung der Sonderzahlung und die spätere Erfüllung des 14. Monatsgehaltes gefunden wurde, sei eine gute. Hier wurde nicht viel von Verwaltungsreform gesprochen, dafür wird sie aber ständig durchgeführt und das mit Hilfe der Gemeindebediensteten, die immer bemüht sind, die Verwaltungskosten zu senken.

Zu den Ausführungen des GR. Maller stellt Stadtrat Slavik fest, daß es sich bei den seinerzeitigen Verhandlungen mit den Straßenbahnern nicht um den 14. Monatsbezug gehandelt hat, sondern um die Einstufung. Alle die damaligen Lohnverhandlungen haben dazu geführt, daß die Gemeindebediensteten nun ein gutes Gehaltsgesetz haben und den 14. Monatsbezug dazu bekommen. Der Redner stellt abschließend fest, daß es in den letzten Jahren bei der Gemeindeverwaltung eine **wirkliche** Verwaltungsvereinfachung gab und auch echte Personaleinsparungen. Er könne sich daher auch als Finanzreferent, der Mehrausgaben im allgemeinen nicht gerne begrüßt, nur positiv zum Antrag des Referenten stellen. Die Gemeindeangestellten werden bestimmt durch weitere Einsparungen und Vereinfachungen diese Ausgaben wettmachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Riemer stellt fest, daß er es erwartet habe, daß GR. Maller und seine Fraktion mit diesem Abschluß nicht zufrieden sind. Er glaube jedoch, daß auch bei Gewährung des ganzen 14. Monatsbezuges im heurigen Jahr von den Kommunisten, die ja immer lizitieren, eben ein 15. Monatsbezug verlangt worden wäre. Die von GR. Maller genannten Zahlen über die österreichischen Gemeinden, die bereits einen 14. Monatsbezug bezahlen, stimmen nicht. Nach einer Erhebung des Österreichischen Städtebundes haben nur 14 von den 180 Mitgliedsgemeinden im vorigen Jahr einen 14. Monatsbezug ausgezahlt.

Die ÖVP-Gemeinderäte Walzer und Mühlhauser haben, stellte Stadtrat Riemer fest, von ihm eine Erklärung verlangt, daß durch die außerordentliche Zuwendung und allenfalls durch die spätere Auszahlung des 14. Monatsgehaltes keine Tariferhöhungen erfolgen werden. Diese Erklärung haben Stadtrat Slavik und er bereits im Stadtsenat gegeben; er könne sie heute daher nur wiederholen.

Zu den Ausführungen des GR. Mühlhauser über die Rede des

St. Pöltner Bürgermeisters beim Städtetag ist zu sagen, daß Bürgermeister Dr. Steingötter sich in seiner Rede nicht gegen die Sonderzahlung, sondern gegen andere überspitzte Forderungen einzelner Gruppen gestellt habe. St. Pölten habe jedoch, wie auch andere niederösterreichische Städte, eine besonders schlechte und schwierige Finanzlage. Haben doch diese Stadtverwaltungen durch Jahre hindurch von den großen USIA-Betrieben keinerlei Steuern bekommen. Auch von anderen Gebietskörperschaften werden sie oft übergangen. Es wird sich jedoch auch für St. Pölten ein Weg finden, eine außerordentliche Zuwendung zu leisten.

Zur Warnung des GR. Mühlhauser, nicht den gleichen Weg mit den Kommunisten zu gehen, ist zu sagen, daß diese Warnung völlig überflüssig ist. Die Sozialisten seien seit 1918 nicht in die Versuchung gekommen, den Wünschen der Kommunisten nachzugeben. Wäre es jedoch der Fall gewesen, dann würde GR. Mühlhauser heute kaum mehr in diesem Hause sitzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend stellt Stadtrat Riemer fest, er wie auch GR. Schiller bedauern, daß in diesem Falle die gemeinsame Personalpolitik mit dem Bund durchbrochen wurde. Die Gemeindeverwaltung habe es nicht gerne getan und bekenne sich weiterhin zum Grundsatz der gemeinsamen Personalpolitik mit dem Bund und mit den anderen Gebietskörperschaften. In diesem Falle konnte sich die Gemeindeverwaltung jedoch nicht daran halten. Das Personal der Gemeinde kann mit gutem Recht darauf hinweisen, daß es sich nur um die Wiedereinführung eines früheren Zustandes handle. Die Gemeinde Wien hat darüber hinaus mit Hilfe der Bediensteten eine Verwaltungsreform durchgeführt. Er glaube, die Vorlage ist genügend gerechtfertigt und begründet.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

#### Rechnungsabschluß der Stadt Wien 1957

Stadtrat Slavik (SPÖ) berichtete nun über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1957. Der Abschluß wurde vom Magistrat fristgerecht im Oktober fertiggestellt und dem Stadtsenat vorgelegt. Der Rechnungshof hatte schon vorher mitgeteilt, daß er nicht beabsichtigt, die Gebarung 1957 hauer zu überprüfen. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Jahresrechnung dem Gemeinderat ungeprüft zugeleitet wird.

Während der öffentlichen Auflage des Rechnungsabschlusses haben sieben Gemeindemitglieder von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht. Eine Erinnerung wurde zu Protokoll gegeben.

Die Einnahmen des Rechnungsabschlusses 1957 sind gegenüber dem Voranschlag um 10,4 Prozent etwas mehr gestiegen als die Ausgaben, die sich um 8,3 Prozent gegenüber dem Voranschlag erhöhten. Der Abgang betrug trotzdem 116,4 Millionen Schilling, die zum Ausgleich der Jahresrechnung der allgemeinen Rücklage entnommen werden mußten.

Im Laufe des Jahres wurden 551 Zuschußkreditanträge und sechs neue Ausgabeposten genehmigt. Es handelte sich jedoch zum größten Teil um wertvermehrende Ausgaben oder um Darlehen, die wieder zurückfließen und die Gebarung der folgenden Jahre günstig gestalten werden.

Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 4.320 Millionen Schilling entfallen auf die Ertragsanteile 32 Prozent, auf die eigenen Steuern 30,9 Prozent und auf Gebühren und sonstige Einnahmen 37,1 Prozent. Die Ertragsanteile stiegen um 76,3 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag. Die Landes- und Gemeindeabgaben brachten 211,1 Millionen mehr. Im einzelnen stiegen die Gewerbesteuer um 139 Millionen, die Lohnsummensteuer um 25,6 Millionen, die Vergnügungssteuer um 24,2 Millionen, die Getränkesteuer um 16 Millionen und die Anzeigenabgabe um 3,5 Millionen. Die Grundsteuer blieb um 2,4 Millionen unter dem Voranschlag.

Von den Ausgaben entfallen 32,5 Prozent auf den Personalaufwand, 40,2 Prozent auf den laufenden Sachaufwand und 27,3 Prozent auf den einmaligen Aufwand. Der Personalstand ist von 31.774 Angestellten auf 32.745, das sind um 971 mehr, gestiegen. Dabei sind allerdings die Saisonarbeiter inbegriffen, und die Zunahme in den Krankenanstalten allein betrug 876 Bedienstete. Außerdem wurden 71 Jugendliche eingestellt. Die Zahl der Pensionisten ist von 14.284 auf 14.566 gestiegen. Der Sachaufwand ist gegenüber dem Voranschlag um 10,7 Prozent höher als angenommen.

Die größte Post des einmaligen Aufwandes entfällt auf den Wohnhausbau, für den 576,5 Millionen ausgegeben wurden, um

20,1 Prozent mehr als vorgesehen.

Von den größten Investitionen nannte Stadtrat Slavik den Weiterbau des Museums mit 9,9 Millionen, der Stadthalle mit 54,9 Millionen, den Ausbau des Stadions und der Nachtbeleuchtung mit 10,6 Millionen, die Verbesserungsarbeiten an Krankenhäusern und anderen Anstalten mit 62,9 Millionen und Straßenbauten mit 109 Millionen. Die Behebung der Kriegsschäden erforderte 37,1 Millionen, gegenüber veranschlagten 45,9 Millionen.

Der Schuldenstand ist von 499,8 Millionen auf 564 Millionen gestiegen. Dabei entfallen auf Anleihen 223,5 Millionen, auf Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds 171,1 Millionen und nach dem Wohnbauförderungsgesetz 143,9 Millionen. Sonstige Darlehen sind mit 25,5 Millionen verzeichnet.

Im folgenden besprach der Referent die einzelnen Verwaltungsgruppen. In der Gruppe Finanzwesen wurden aus den Mitteln der Wohnbauförderung unter Vorgriff auf die Mittel künftiger Jahre Darlehen und Zuschüsse von 111,8 Millionen Schilling gegeben. Dadurch wurde der Bau von 794 Wohnungen gefördert.

In der Verwaltungsgruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wurden 10,5 Millionen Förderungsbeiträge für kulturelle Zwecke gegeben. Die Ausgaben der Schulen machten 160 Millionen Schilling aus. An 118 Schulen wurden größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Die Gruppe Wohlfahrtswesen konnten 13.495 Säuglingswäschepakete ausgeben, eine erfreuliche Steigerung gegenüber 1956. Damals wurden 11.975 Pakete verteilt.

Die Ausgaben in der Gesundheitsverwaltung betragen 869 Millionen Schilling. Bei Einnahmen von nur 333,1 Millionen betrug somit der Abgang 535,9 Millionen.

Für die Beschäftigung des Baugewerbes haben wir 1555,3 Millionen Schilling, 35 Prozent der gesamten Ausgaben, verwendet. 6079 Wohnungen konnten bezugsreif fertiggestellt werden, an 4.975 begonnenen Wohnungen wurde weitergearbeitet und mit dem Bau von 5.106 Wohnungen wurde neu begonnen.

Für die Kanalisation wurden 20,4 Millionen aufgewendet, bei den Wasserwerken für die Arbeiten am Spreicher in Neusiedl 13,8 Millionen. Beim Fuhrpark wurden 12,5 Millionen für die Anschaffung von Fahrzeugen ausgegeben.

Die städtischen Wohnhäuser hatten Einnahmen von 120,9 Millionen und Ausgaben von 129,9 Millionen zu verzeichnen. Für die Behebung von Kriegsschäden wurden 21 Millionen aufgewendet. Die städtische Wohnhäuserverwaltung verwaltete Ende 1957 insgesamt 118.537 Wohnungen (davon 27.852 mit Badeeinrichtung) und 5.459 Lokale.

Waren im Werte von 106,5 Millionen Schilling hat das Beschaffungssamt im Laufe des Jahres an die Dienststellen ausgegeben. Die Märkte und Schlachthöfe hatten Einnahmen von 29,8 Millionen und Ausgaben von 60,6 Millionen Schilling.

In der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten waren die Ausgaben für die Feuerwehr um 2,2 Millionen Schilling höher als veranschlagt. Für Grunderwerbungen, Assanierungen aber auch für andere öffentliche Ausgaben wurden 29,2 Millionen Schilling ausgegeben.

Das dem Rechnungsabschluß angegliederte Geld- und Mengeninventar verzeichnet ein Gesamtvermögen der Stadt Wien von 4,6 Milliarden Schilling.

Zum Abschluß seiner Ausführungen stelle Stadtrat Slavik die formellen Anträge zur Erledigung des Rechnungsabschlusses.

#### Der Bericht des Kontrollamtes

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit dem Bericht des Kontrollamtes für das Geschäftsjahr 1957. Er verwies dabei darauf, daß das Kontrollamt sich selbstverständlich vor allem damit beschäftigt, Anregungen zu geben und Kritik zu üben. Die positiven Dinge scheinen also in dem Bericht nicht auf. In seinem Bericht weist das Kontrollamt unter anderem auch darauf hin, daß die gegenwärtigen Tarife und Gebührensätze vielfach mit den gestiegenen Ausgaben nicht mehr Schritt halten konnten. Die unzulänglichen Tarife und Gebühren führen auch zu einer Hinausschiebung dringender Erhaltungsarbeiten. Das Kontrollamt setzt sich daher für eine allmähliche Nachziehung der Tarife und Gebühren ein.

./.

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben nach Personalaufwand und Sachaufwand beweist deutlich, daß die volle Auswirkung der letzten allgemeinen Bezugsregelung zu keiner Einschränkung des Sachaufwandes führte. Der Bericht geht auch näher auf die starke Belastung der Gemeindefinanzen durch den Betrieb der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ein. 19,6 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes entfallen allein auf die Anstalten.

Im übrigen vermerkt der Bericht des Kontrollamtes bei den einzelnen Dienststellen die festgestellten Mängel, Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten in gebarungstechnischer Hinsicht. In wirtschaftlicher Hinsicht werden vor allem die Aufwendungen für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen eingehender behandelt. In einer Besprechung der Bauwirtschaftsprüfung wird auf die Anregungen verwiesen, die dazu beitragen sollen, eine Verminderung der Baukosten zu erzielen. Weiter zeigt das Kontrollamt die langen Bauzeiten auf. Alle Bestrebungen für Verkürzung der Bauzeiten, so betonte Stadtrat Slavik, müssen unterstützt werden.

Die Prüfung der Städtischen Unternehmungen wurde vom Kontrollamt nach den gleichen Grundsätzen vorgenommen wie im Bereich der Hoheitsverwaltung und führte gleichfalls zu einer Reihe von Anregungen. Nach den Ausführungen des Kontrollamtes haben sowohl die Magistratischen Dienststellen als auch die Direktionen der Städtischen Unternehmungen den erfolgten Bemängelungen durchwegs verständnisvolle Beachtung geschenkt und waren in ihrem Wirkungskreis bemüht, durch geeignete Maßnahmen den angestrebten Erfolg zu erzielen. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) erklärte: Es ist nachträglich wieder festzustellen, daß der Wirtschaftskurs Raab - Kamitz trotz aller Kritik und aller damaligen Störungsversuche realistisch gewesen ist und auch unsere Wiener Gemeindeverwaltung an diesem Wirtschaftskurs profitierte. Aus dem Bericht geht hervor, daß wir es mit einer echten Zunahme an Beschäftigungen in Wien zu tun haben. Demzufolge stiegen auch die Gewerbesteuer und die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer. Wir haben damit einen Gradmesser für eine echte Belebung der Wirtschaft, für einen Erfolg des wirtschaftlichen Kurses, der für unser Land auf den Grundlagen der Stabilität beruht. (Beifall bei der ÖVP.) Dies ist schon deswegen von besonderer

Bedeutung, weil man heute den Produktivitätsfortschritt dieser Wirtschaftspolitik teils aus Unkenntnis der wirtschaftspolitischen Steigerungsmöglichkeiten überfordern möchte. Der durch Jahrzehnte gemessene mögliche Produktivitätsfortschritt in den meisten Ländern der Erde beträgt zwei bis drei Prozent pro Jahr. Was darüber hinaus entweder an Arbeitszeitverkürzungen oder an Lohnerhöhungen verlangt wird, kann nur zu Lasten der Preise und Tarife gehen. Das ist nicht zuletzt eine Benachteiligung der wirtschaftlich Schwächsten, der Rentner und Gehaltsempfänger.

Der Redner wandte sich hierauf Detailfragen zu und kam auch auf das Defizit zu sprechen, das den Trägern der Krankenanstalten aufgelastet ist, wobei er darauf hinwies, daß für die krankenversicherten Patienten, die 85 Prozent des Belages ausmachen, von den Sozialinstituten nur 45.16 Prozent des tatsächlichen Durchschnittsaufwandes pro Patient und Tag bezahlt werden.

Eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Frage, ob tatsächlich durch Zentralisierung eine größere Wirtschaftlichkeit erzielt werden könnte, was besonders im Hinblick darauf von Interesse sei, da diejenigen, an welche Aufträge gehen, zugleich die Steuerquellen unserer Stadt sind. Dabei wäre ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gegenüber privaten Betrieben von ausschlaggebender Bedeutung. Der Faktor Zeitmangel ist die Ursache vieler unüberlegter und unwirtschaftlicher Gebarungen. Man muß sich fragen, ob dieser Zeitmangel nicht durch ein Zuviel an Zentralisierungen hervorgerufen war. Sollten wir uns nicht auf eine Steigerung der Verantwortungsfreudigkeit, auf eine Steigerung des Leistungswillens und auf alle jene Dinge konzentrieren, die man nicht mit einer Zentralisierung, nicht mit einer Bürokratisierung, wohl aber mit einer Auflockerung und nicht zuletzt Vermenschlichung der Aufgaben erreichen kann?

Die Einführung der Ö-Norm 2050 bei öffentlichen Ausschreibungen, auf die wir wiederholt gedrängt haben, müßte es mit sich bringen, daß nicht starr davon ausgegangen wird, daß das niedrigste Angebot auch das vorteilhafteste für die Gemeinde sein muß.

Der Redner besprach noch einige Detailfragen und erklärte abschließend: Nicht Zentralisierung um jeden Preis, sondern Auswahl der führenden Aufgaben, die in Wirklichkeit für eine Gebietskörperschaft von Bedeutung sind, das ist unsere Pflicht. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schreiner (SPÖ) verwies darauf, daß der im Vergleich zum Voranschlag geringere Gebarungsausgang im Ausmaß von 116 Millionen seine Bedeckung in den Rücklagen fand und erklärte: So bedauerlich es ist, wenn die Stadt gezwungen ist, zur Aufrechterhaltung ihres Arbeitsprogrammes, zur Erhaltung der Vollbeschäftigung auf ihre Rücklagen zurückzugreifen, so erfreulich ist es, daß durch eine prophylaktische Maßnahme des Finanzreferenten in den Jahren einer stürmischen Wirtschaftsentwicklung Rücklagen angelegt werden konnten, die es ermöglichen, in Zeiten, in denen die Wirtschaft sich nicht mehr in dem Tempo entwickelt, die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern. (Beifall bei den Sozialisten.)

Auch die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen unserer Stadt im Vergleich mit der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen beweist die günstige Entwicklung. Dieses erfreuliche Bild ist zweifellos kein Zufall oder allein das Ergebnis der Kamitz'schen Finanzpolitik. Es ist vor allem die Investitionstätigkeit dieser Stadt, die den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst. Und bei einem Vergleich mit den anderen Bundesländern schneiden Stadt und Land Wien gut ab. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Wirtschaft unserer Stadt von der als Rezession verschämt umschriebenen krisenhaften Erscheinung fast zur Gänze verschont geblieben ist. 35 Prozent der Gesamtausgaben, ein Betrag von mehr als 1,5 Millionen Schilling, sind allein in das Bau- und Baunebengewerbe geflossen und haben so die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt an einem entscheidenden Sektor günstig beeinflusst. Das erfreuliche wirtschaftliche Ergebnis unserer Stadt ist das Ergebnis einer Finanzpolitik, die es unter Verzicht auf jede Popularitätshascherei verstanden hat, die Steuerkraft der Bevölkerung zu nützen und der Wirtschaft diese Beträge wieder zurückzuführen.

Der Redner plädierte dann dafür, der Bevölkerung auf wirkungsvolle Weise vor Augen zu führen, wie die Gelder der Bevölkerung zu deren Wohl und Glück verwendet werden. Als Beispiel dafür, wie die Gemeinde günstige kommerzielle Abmachungen zu treffen imstande ist, führte er an, daß der Gemeinde beim Kauf der Wiental-Wasserleitung ein Betrag von rund 76 Millionen Schilling erspart wurde. Im Zusammenhang mit den Grundstückankäufen begrüßte er, daß viele

Menschen bereit sind, selber finanziell dazu beizutragen, daß sie schöner, moderner und gesünder wohnen können.

Nicht nur die ordentliche Gebarung bestimmt die Fraktion der SPÖ, dem Rechnungsabschluß zuzustimmen, sondern der Geist, der aus diesen Zahlen spricht. Im Rechnungsabschluß 1957 drückt sich die Gesinnung einer Stadtverwaltung aus, die es versteht, die steuerliche Leistung ihrer Mitbürger zum Wohle auch des letzten und schwächsten Mitgliedes ihrer Gemeinschaft zu verwenden. Es ist das Streben nach Menschlichkeit und praktischem Mitfühlen, das sich in den fürsorgerischen Leistungen zeigt, es ist die Anerkennung des Menschen auf sein Recht auf Fortbildung und Wissen, es ist die Solidarität der Gesunden, was sich in den Ausgaben für die Krankenfürsorge dokumentiert. Weil der Rechnungsabschluß einen fortschrittlichen, einen humanen, ja einen sozialistischen Charakter trägt, deshalb geben wir ihm seine Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Stadtrates Slavik, in dem er darauf verwies, daß nach den Berichten des Jahres 1957 ein erfolgreiches Jahr für die Stadt Wien und deren Bevölkerung war, wurde der Rechnungsabschluß einstimmig genehmigt und der Bericht des Kontrollamtes gleichfalls einhellig zur Kenntnis genommen.

#### Die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista für 1957

Der Referent, Stadtrat Dkfm. Nathschlager (ÖVP), stellt einleitend fest, daß die Vorausschätzungen für das Jahr 1957 zu optimistisch waren. Die E-Werke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1957 einen Abgang von rund 67 Millionen, erlitten aber tatsächlich einen Verlust von 84,2 Millionen Schilling. Die Gaswerke veranschlagten einen Abgang von 54,4 Millionen Schilling, der Verlust beläuft sich jedoch auf 97,4 Millionen. Die Verkehrsbetriebe wiesen im Voranschlag einen Abgang von 193,6 Millionen aus, dem ein tatsächlicher Abgang von 243,2 Millionen Schilling gegenübersteht. Bei der Städtischen Bestattung rechnete man mit einem Überschuß von 332.000 Schilling, sie erzielte jedoch tatsächlich einen solchen von 689.700 Schilling. Beim Brauhaus und bei der Gewista war der Überschuß geringer als angenommen. Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke ist gegenüber dem Voranschlag

um 133,3 Millionen gestiegen, die Ertragssteigerung betrug jedoch nur 23,9 Millionen Schilling. Von der Aufwandsteigerung entfallen acht Millionen auf eine Erhöhung der Subventionen, 7,2 auf Abschreibungen und rund 116 Millionen auf einen Mehraufwand beim Personal. Die Erträge beim Strom verminderten sich um 11,8 Millionen Schilling, für Gas um 26,5 Millionen, für Teer um 4,1 Millionen, für beförderte Personen um 299.000 Schilling, für befördertes Gepäck um 458.000 Schilling. Die Einnahmen aus dem Koksgeschäft haben sich infolge einer Steigerung des Durchschnittserlöses um 137.000 Schilling erhöht. Bei sonstigen Leistungen der Verkehrsbetriebe ergab sich eine Steigerung um 185.000 Schilling, bei den Erträgen der Bestattung eine solche um 14,4 Millionen Schilling. Beim Personalaufwand ist eine Zunahme um fast 116 Millionen festzustellen, der lediglich durch die Zuführung der Bruttoprämien zur Rückstellung für Versorgungsverpflichtungen höhere Beträge erfordert. Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß das um rund 110 Millionen Schilling schlechtere Ergebnis der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag zum überwiegenden Teil auf die Erhöhung der Bruttoprämien für Versorgungsverpflichtungen zurückzuführen ist. Diese Erhöhung ist eine Folge der letzten Verbesserungen des Pensionsstatutes. Es wurden nämlich im Jahre 1956, bzw. 1957, die Bezüge, bzw. die Bemessungsgrundlagen, um 15 Prozent erhöht, das Bezugschema um etliche Stufen erweitert, bisher nicht berücksichtigte Zulagen (Fahrerzulagen) in die Bemessungsgrundlage einbezogen und Vordienstzeiten aus seinerzeitigen privatrechtlichen Dienstverhältnissen angerechnet. Diese außergewöhnliche Steigerung der Bemessungsgrundlage konnte in den Vorkalkulationen für 1957 nicht berücksichtigt werden, weil sie damals noch nicht bekannt war. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß sich die ausbezahlten Bezüge für die aktiven Bediensteten von 1955 auf 1957 um 19,3 Prozent erhöhten, während die ausbezahlten Pensionen eine Steigerung um 37,8 Prozent erfuhren.

Der Referent kommt nun auf die Produktions- bzw. leistungsmäßige Erfüllung der Voranschläge für die drei großen Monopolbetriebe zu sprechen. Er stellt fest, daß er in seinem Bericht zum Voranschlag 1957 darauf verwies, daß es speziell bei den Verkehrsbetrieben die Aufgabe des Unternehmens sein müsse, geeignete Vorschläge zu präsentieren, wie die Abgänge reduziert und die Gebarung verbessert werden könnten. Eine Reihe der damals schlagwortartig angeführten Vorschläge wurde in der Zwischenzeit entweder realisiert oder doch mit einem Teilergebnis weiterverfolgt. So wurde zum Beispiel die Werkstättenarbeit sowie der Wagenrevisions-Aufsichts- und Bahnerhaltungsdienst weitgehend rationalisiert. Auch bezüglich der baulichen Veränderungen an Straßen und Brücken wurde ein Abkommen mit der Hoheitsverwaltung getroffen, das die Teilung der Kosten im Verhältnis 1 : 1 vorsieht. Auch die Kosten der Schneesäuberung werden in diesem Verhältnis aufgeteilt. Die Belastung der Verkehrsbetriebe aus den Altpensionen wird durch eine Kreditgewährung seitens der Städtischen Versicherung gemildert und die außertariflichen Begünstigungen für Gemeindefunktionäre und Fürsorgegeräte von der Hoheitsverwaltung übernommen. Das Tarifsystern wurde geändert und gleichzeitig den Wünschen der Bevölkerung angepaßt. Auch in der Frage der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb wurde eine einvernehmliche Lösung erzielt. Zwei Projekte für eine Verlängerung der Gürtellinie nach dem Süden zur Herstellung einer Verbindung mit der Schnellbahn werden ausgearbeitet.

Wenn nicht die Bilanz der Verkehrsbetriebe durch eine höhere Dotierung der Bruttoprämien für Versorgungsverpflichtungen und für die Verzinsung des Deckungskapitals mit insgesamt 84,7 Millionen Schilling zusätzlich in Anspruch genommen worden wäre, dann hätte sich der Abgang als Folge verschiedener Einsparungsmaßnahmen und des Wegfalles der Wegebenutzungsgebühr (ca. 15 Millionen Schilling) um ca. 35,1 auf rund 158,5 Millionen Schilling gegenüber einer Annahme von 193,7 Millionen Schilling reduziert. Ein wesentlicher Teil der Einsparungen ist übrigens auch auf die Anpassung des Verkehrsangebotes an die jeweilige Verkehrsnachfrage zurückzuführen.

Auf dem Gebiete der Stromversorgung hat sich die verkaufte Strommenge gegenüber 1956 um 7,98 Prozent erhöht. Der Gasverkauf stieg um 1,29 Prozent. Die Fahrgastfrequenz bei den Verkehrsbetrieben ist fast gleich geblieben.

Die Gesamtaufwendungen der Wiener Stadtwerke haben im Jahre 1957 rund 2.952 Millionen Schilling ausgemacht und sind gegenüber dem Voranschlag um 4,7 Prozent gestiegen. Die Erträge sind mit 2.527 Millionen um 0,9 Prozent höher als im Voranschlag. An Subventionen wurden im Wirtschaftsplan 100 Millionen Schilling (+ 3 Millionen Schilling der Bestattung im Finanzplan) ausgewiesen, während tatsächlich 108 Millionen gewährt wurden. Ohne Subventionen hätten die Elektrizitätswerke mit einem Verlust von rund 15,2 Millionen, die Gaswerke mit einem Verlust von rund 58,5 Millionen, die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 351,2 Millionen und die Bestattung mit einem Gewinn von rund 0,7 Millionen Schilling abgeschlossen. Was das Anlagevermögen betrifft, so konnten bei den Elektrizitätswerken Investitionen für rund 183,9 Millionen, bei den Gaswerken für 74 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben für 119,3 Millionen und bei der Städtischen Bestattung für rund 3,6 Millionen getätigt werden. Gegenüber dem Präliminare von 297,3 Millionen Schilling ergibt sich unter Berücksichtigung des 100 Millionen-Kredites an die Verkehrsbetriebe bei den Stadtwerken eine Mehrinvestition von 83,5 Millionen Schilling.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger spricht sodann über die größeren Investitionen, die die Wiener Stadtwerke durchführen konnten. So wurde im Umspannwerk West mit der Aufstellung des dritten 32.000 kVA-Wander-Regelumspanners die volle Leistungsfähigkeit erreicht. Im Umspannwerk Neubad wurde die Gruppe I der 30 kV und 5 kV-Anlagen sowie die Ortssteuerwarte in Betrieb genommen. Im Umspannwerk und Unterwerk Kaunitzgasse wurden die Arbeiten zur Errichtung des Umspannwerkes fortgesetzt. Auch in den Werken Schmelz, Winkelackerstraße und in der Gleichrichterstation in Essling wurden verschiedene Investitionen durchgeführt. Im Zuge der Umschaltung der bisher mit Gleichstrom, bzw. 110 V-Wechselstrom versorgten Konsumentenanlagen auf Drehstromanspeisung wurden 2196 weitere Anschlüsse umgeschaltet. Zum Jahresende waren 80.157 Lampen in Betrieb. Die Gesamtanzahl der Zähler stieg auf 907.613. Es waren Ende 1957 26.231 Heißwasserspeicher, 8.670 Speicheröfen und 29.982 Elektroherde in Betrieb. Durch die Elektrogeräteaktion wurden 4.159 Geräte mit einem Bestellwert von 12,5 Millionen Schilling in Auftrag gegeben.

Im Berichtsjahr erfolgte in Simmering die Errichtung der Erdgas-Wasserdampfspaltanlage mit der Aufstellung von vier Spaltöfen samt Gebläsen, Kühlern und Rohrleitungen. Im Gaswerk Leopoldau erfolgte unter anderem die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Rohkoks-Förderanlage, ferner wurde unter anderem an der Errichtung der Erdgasspaltanlage nach amerikanischer Lizenz im Gebäude der Wassergasanlage gearbeitet. Die Planungsarbeiten für die Aufstellung eines Gasfördergebläses für 85.000 Kubikmeter je Stunde wurden beendet. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes zur Gasversorgung wurde weiter verlängert. Die Planungs- und Vermessungsarbeiten für die Aufstellung eines 300.000 Kubikmeter Gasbehälters auf dem Wienerberg wurden abgeschlossen. Die Anzahl der in Verwendung stehenden Gasmesser hat sich um 12.843 erhöht. In Waschküchen in Gemeinde- und Privathäusern wurden 308 Münzgaszähler aufgestellt. Durch die Gasgeräteaktion wurden im Berichtsjahr 15.937 Geräte und 2.426 Installationen mit einem Wert von 35,650.000 Schilling in Auftrag gegeben. In der Badezimmeraktion wurden 4.430 Badezimmer und Installationen mit einem Wert von rund 35 Millionen Schilling bestellt. In der Aktion bis zu 60 Monatsraten wurden 35 Geräte mit einem Wert von 79.000 Schilling bestellt.

Die Verkehrsbetriebe führten verschiedene Umbauten an Gleisanlagen durch, besonders zu erwähnen sind der Umbau auf dem Franz Josefs-Kai sowie der Neubaugürtel im Bereiche des Urban Loritz-Platzes. Auf der Stadtbahn wurde unter anderem erstmalig mit der durchgehenden Verschweissung der Gleise, und zwar vorläufig nur in den Tunnelstrecken, begonnen. Der Stand an betriebstauglichen Wagen hat sich bei der Straßenbahn um 21 Trieb- und 7 Beiwagen erhöht, bei der Stadtbahn um 3 Triebwagen vermindert und um 11 Beiwagen erhöht. Aus zwei Beiwagen der leichteren Stadtbahntypen wurde ein Probe-Gelenktriebwagen der Type D von der Firma Gräf & Stift gebaut. Er wurde auf der Linie 71 eingesetzt. Auch verschiedene Wagenbestellungen wurden wieder vorgenommen.

Die Unfälle auf der Straßenbahn senkten sich gegenüber dem Jahre 1937 um zirka 8.06 Prozent. Die Zahl der Verletzten stieg jedoch um 76.6 Prozent.

Der Referent verglich dann die Bilanzen der Jahre 1956 und 1957. Der Verlust der E-Werke ist 1957 gegenüber 1956 um 34 Millio-

nen Schilling gesunken. Dies ist jedoch zum Großteil darauf zurückzuführen, daß die E-Werke den Verkehrsbetrieben um 76,7 Millionen weniger Subventionen leisteten.

Die Bilanz der Gaswerke weist einen Verlust von 97,4 Millionen auf, um 35,7 Millionen höher, als im Vorjahr.

Der Bilanzverlust der Verkehrsbetriebe ist um 186,8 Millionen höher als im Jahre 1956. Er betrug 243,2 Millionen.

Die Bestattung weist für 1957 einen Überschuß von 689.000 Schilling auf, gegenüber einem Verlust von ungefähr drei Millionen im Jahre 1956.

Das Kontrollamt kommt in seinem Bilanzbericht zu dem Ergebnis, daß eine dauernde wirtschaftliche Gesundung der Stadtwerke kaum ohne umfassende Tarifregulierung möglich sein dürfte. Auch das Sanierungsprogramm, das heuer beschlossen wurde, hat keine wirklich durchgreifende Besserung der ungünstigen finanziellen Lage gebracht.

Über das Personal teilte der Referent mit, daß mit Ende 1957 der Stand 18.976 aktive Bedienstete betrug, während es Ende 1956 noch 19.542 Bedienstete waren. Bei den Pensionisten ist eine Steigerung von 18.781 auf 18.966 eingetreten.

Dann gab Stadtrat Dkfm. Nathschläger einige Hinweise auf verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen, die im Rahmen der Generaldirektion durchgeführt wurden. Abschließend dankte er dem Personal und allen Mitarbeitern in den Unternehmungen für ihre Leistungen und betonte dabei, daß es nicht Schuld der Unternehmungen gewesen sei, wenn die Leistung des Jahres 1957 nicht in Übereinstimmung mit dem Voranschlag zu bringen war. Die Gründe dafür habe er im Laufe seines Referates dargelegt.

Hierauf stellte der Referent die formellen Anträge zur Annahme der Bilanzen der Stadtwerke und der übrigen Unternehmungen.

GR. Sigmund (SPÖ) führt aus, er habe kaum jemals einen wirtschaftlich schlechteren Vortrag gehört, als den, den der Referent heute vorzutragen gezwungen war. Wenn er die finanzielle Gebarung der Stadtwerke betrachte, so müsse er sagen, daß hier systematisch ungeheure Werte vernichtet worden sind, die der Wiener Bevölkerung gehören. Als er 1955 die Tarifierhöhung im Wiener Gemeinderat vertreten habe, sei er in häßlicher Weise an-

gegriffen worden. Die Ereignisse nachher hätten aber gezeigt, daß die Tarifierhöhung weit unter dem geblieben ist, was die Stadtwerke gebraucht hätten. Sogar das Kontrollamt stellte fest, daß die Gesundung der Werke auch nach den letzten Maßnahmen nicht gegeben ist.

Zur ÖVP gewendet fragt der Redner, was sie und seine Partei eigentlich trenne, um die Werke gesund und lebensfähig zu halten? Könne man sich denn bei der ÖVP vorstellen, daß wir die E-Werke, die Gaswerke und die Straßenbahn verkaufen, um einem Privaten die Möglichkeit der Entfaltung seiner Initiative zu geben? Wir wissen alle, daß die Straßenbahn seit 1955 ein totkrankes Unternehmen ist. Wir haben es glücklich erreicht, daß seither zuerst das Gaswerk illiquid geworden ist und dann auch das E-Werk. Dies sollte Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob die bisherige Methode richtig war. Die Stadtwerke haben auf jeden Gewinn verzichtet, aber sie können nicht darauf verzichten, jene Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der Werke notwendig sind. Jahrzehntlang haben wir davon gelebt, daß zum Beispiel seinerzeit die Dimensionierung der Versorgungsleitungen so groß vorgenommen wurde, daß die Zunahme des Verbrauches gedeckt werden konnte. Aber einmal hört auch das auf, wird das beste Material schlecht und muß ausgewechselt werden.

Als ich dafür eingetreten bin, fuhr der Redner fort, daß man den Betrieben gibt was sie zur Erhaltung brauchen, war damals die Meinung vertreten, man könne das nicht machen. Es war nicht zu verkennen, daß politische Gründe dahinterstanden. Aber die Verkehrsbetriebe, die E-Werke und die Gaswerke sind keine Fürsorgeeinrichtungen, sondern notwendige Einrichtungen zur Deckung des Bedarfes unserer Bevölkerung! Wer ihre Leistungen in Anspruch nimmt, soll auch die entsprechenden Gegenleistung bezahlen, wobei ich durchaus der Meinung bin, daß die Stadtwerke auf Gewinn verzichten sollen.

Abschließend sagte GR. Sigmund, man sollte aufhören, unsere städtischen Betriebe durch die politische Brille zu sehen und sich endlich entschließen, die Stadtwerke gesund zu machen und gesund zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) meint in seinem Schlußwort, es sei richtig, daß der Bericht, den er für 1957 gegeben habe, nicht günstig ist. Er müsse jedoch daran erinnern, daß man schon bei Verabschiedung des Voranschlages für 1957 gewußt habe, wie dieses Jahr aussehen wird. In den Verhandlungen mit Stadtrat Resch wurde damals festgestellt, daß das Budget nur eine Übergangslösung darstellen könne und die Fraktionen sich zusammensetzen müßten, um eine Sanierung der Stadtwerke in Angriff zu nehmen. Mit diesen Verhandlungen wurde im Juni 1957 begonnen, sie konnten knapp vor Einbringung des Budgets für 1958 beendet werden. Dabei wurde eine Reihe von Entlastungen für die Verkehrsbetriebe bzw. die Stadtwerke erreicht. Man hat sich auch im Zusammenhang mit den Sanierungsverhandlungen darüber geeinigt, daß 1958 Tarifregulierungen durchgeführt werden. Daraus könne man wohl ersehen, daß es beiden Parteien ernst gewesen ist, die Situation bei den Stadtwerken zu verbessern. Der Stadtrat machte jedoch auch darauf aufmerksam, daß die Vorsorge für die Pensionisten die Stadtwerke gerade im ungünstigsten Zeitpunkt am schwersten belastete. Wäre die Pensionskasse in Ordnung übergeben worden, so wäre die Situation günstiger gewesen.

Bei der Abstimmung werden die Bilanzen der Stadtwerke und der übrigen Städtischen Unternehmungen für 1957 einstimmig angenommen.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, fortgesetzt. Stadtrat Slavik (SPÖ) wird über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 berichten. Daran schließen sich General- und Spezialdebatte.

- - -

10 Jahre Schulpsychologischer Dienst des Stadtschulrates für Wien  
=====

15. Dezember (RK) Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Schulpsychologischen Dienstes in Wien fand heute vormittag im Großen Sitzungssaal des Stadtschulrates eine festliche Veranstaltung statt, bei der Stadtschulratspräsident Dr. Zechner zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse begrüßen konnte. Er führte nach Worten des Dankes an die Leiter und Mitarbeiter der Beratungsstellen und für die materielle Unterstützung durch Gemeinde Wien und Bund u.a. aus:

"Der Schulpsychologische Dienst des Stadtschulrates umfaßt die Beratungsstellen für Pflicht-, Mittel- und Berufsschulen. Eine Koordination besteht in der Person des Referenten für den Schulpsychologischen Dienst des Stadtschulrates Prof. Dr. Wolfgang Strobach. Die Schulpsychologie nimmt eine vermittelnde Rolle im "Kräfteparallelogramm" der Schule und der Eltern "schwieriger" Kinder ein, doch soll der Lehrer keinesfalls veranlaßt werden, in jedem einigermaßen "schwierigen" Schüler einen Fall psychischer Abnormalität zu sehen. Daher muß die Schulpsychologie den Begriff des "Noch-Normalen" möglichst weit stecken. Die Erkenntnisse der Psychologie sind heute eine unentbehrliche Hilfe für die Schule, doch wird auch die Schule der Psychologie als Wissenschaft fruchtbare Probleme stellen und sie davor bewahren, sich in ihren Deduktionen von der Wirklichkeit zu entfernen."

Frau Dr. Schenk-Danzinger berichtet, daß in der Beratungsstelle für Pflichtschulen seit ihrem Bestehen 9.950 Kinder untersucht wurden. Durch Rückfragen in den Schulen konnte festgestellt werden, daß sich etwa 70 Prozent der Fälle in der Folge günstig entwickelt haben. Mit dem Namen der Leiterin der Beratungsstelle für Pflichtschulen ist auch die erfolgreiche Behandlung von linkshändigen Kindern mit Lese-Rechtschreib-Störungen verbunden.

Dozent Dr. Bolterauer, Leiter der Beratungsstelle für Mittelschulen, bezeichnet die Überprüfung der Mittelschulbefähigung und die psychodiagnostische und psychotherapeutische Betreuung "schwieriger" Schüler als die Hauptaufgaben seiner Beratungsstelle, die de jure noch eine Institution der Wiener Aichhorn-Gesellschaft

ist.

Frau Dr. Schöler-Güttl berichtet über die Aufgabe der Beratungsstelle für Berufsschulen und besonders über die "Lebensberatung für Lehrlinge". An jedem Schultag steht in der Berufsschule Mollardgasse ein Jugendberater ratsuchenden Lehrlingen zur Verfügung.

"Die Anforderungen und Reibungen innerhalb der modernen Gesellschaft fördern dem Menschen heute das Äußerste an Nervenkraft ab", erklärt Prof. Dr. Hoff in seinem Schlußreferat. Der Schulpsychologische Dienst ist daher von größter Bedeutung für eine rechtzeitige Erfassung aller "Problem-Kinder", die in ihrem späteren Leben einmal Anpassungsschwierigkeiten haben könnten. Prof. Hoff forderte die Errichtung therapeutischer Institutionen, die den derzeitigen Institutionen des Schulpsychologischen Dienstes an die Seite gestellt werden sollen.

- - -

#### Rinderhauptmarkt vom 15. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 16 Ochsen, 1 Stier, 16 Kühe, Summe 33. Neuzufuhren: Inland 245 Ochsen, 181 Stiere, 1.015 Kühe, 131 Kalbinnen, Summe 1.572. Gesamtauftrieb: 261 Ochsen, 182 Stiere, 1.031 Kühe, 131 Kalbinnen, Summe 1.605. Verkauft: 256 Ochsen, 182 Stiere, 1.030 Kühe, 130 Kalbinnen, Summe 1.598. Unverkauft: 5 Ochsen, 1 Kuh, 1 Kalbin, Summe 7.

Preise: Ochsen 9.50 bis 11.70 S, Extremware 11.80 bis 12.40 S, Stiere 10.60 bis 12.20 S, Extremware 12.30 bis 15.50 S, Kühe 7 bis 9.90, Extremware 10 bis 10.50 S, Kalbinnen 10.50 bis 12 S, Extremware 12.10 bis 12.50 S. Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 10 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Stiere und Kalbinnen um 15 Groschen und ermäßigte sich für Ochsen um 18 Groschen und Kühe um einen Groschen. Er beträgt: Ochsen 10.29 S, Stiere 11.50 S, Kühe 8.26 S, Kalbinnen 10.84 S, Beinlvieh notierte schwach behauptet.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 16. Dezember 1958

Blatt 2544

## Ehrenmedaille für den Physiker Karl Przibram

=====

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig dem Physiker Univ.Prof.i.R. Dr. Karl Przibram in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf wissenschaftlichem Gebiet anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien verliehen.

Karl Przibram wurde am 21. Dezember 1878 in Wien geboren. Er studierte an den Universitäten Wien und Graz, promovierte 1901 in Graz zum Doktor phil., arbeitete 1902 bis 1903 in Cambridge, habilitierte sich 1905 als Privatdozent für Physik an der Universität Wien, wurde 1916 Titular-a.o.Professor, 1920 Assistent am Radiumforschungsinstitut und 1927 a.o.Professor. Im Jahre 1938 wurde er außer Dienst gestellt und emigrierte 1940 nach Brüssel, von wo er 1946 nach Wien zurückkehrte und 1947 ordentlicher Professor für Physik und Vorstand des II. Physikalischen Institutes wurde. Seit 1947 ist er auch wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Im Jahre 1951 ging er wegen Erreichung der Altersgrenze in Pension.

Die speziellen Arbeitsgebiete Dr. Przibrans sind Kernphysik und die Lumineszenz. Er beschäftigt sich ferner mit den elektrischen Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten und mit allen Fragen, welche die Ionen betreffen. So arbeitete er über die Ionenbeweglichkeit in Dämpfen, Kondensation von Dämpfen an Ionen, über die Braun'sche Molekularbewegung nicht kugelförmiger Teilchen, wie über die Fragen der Mineralfärbungen.

Seine publizistische Tätigkeit ist sehr reichhaltig, vor allem sind in den "Sitzungsberichten" der Österreichischen

Akademie der Wissenschaften zahlreiche Arbeiten von ihm erschienen. Von den selbständigen Publikationen sind besonders hervorzuheben: "Radioaktivität", "Die kinetische Theorie der Gase und Dämpfe", "Die elektrischen Figuren", "Die Ionen in Gasen".

Univ.Prof.i.R. Dr. Karl Przibram gehört zu den bedeutendsten österreichischen Physikern und ist sowohl als Lehrer als auch als Forscher einer der geachtetsten Persönlichkeiten unter den österreichischen Wissenschaftlern.

- - -

#### Personalnachrichten

=====

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig dem Obersenatsrat Dr. Franz Binder für sein ausgezeichnetes und langjähriges Wirken in der städtischen Finanzverwaltung und dem Obersenatsrat Dr. Josef Schwarzl für seine außerordentlichen Verdienste um die Führung der städtischen Wohlfahrts- und Krankenanstalten den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen. Die beiden hervorragenden Beamten der Stadt Wien treten mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand.

- - -

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1959Gemeinderat hat mit den Budgetverhandlungen begonnen

16. Dezember (RK) Heute vormittag, um 9 Uhr, trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen. Vor Beratung des Voranschlages wurden mehrere Tagesordnungspunkte, die sich mit verschiedenen Grundtransaktionen, Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen usw. beschäftigten, ohne Debatte angenommen.

Über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 referiert sodann Stadtrat Slavik (SPÖ). Vor Besprechung des Voranschlages nimmt er noch zu verschiedenen Beschlüssen, die im Jahre 1958 gefaßt wurden, und die sich auf das Budget 1959 auswirken werden, Stellung. Er verweist auf die Tarifregelung für die Wiener Stadtwerke, die am Anfang des Jahres 1958 beschlossen worden ist. Damit ist ein großes und schwieriges Problem gelöst worden. Es war wohl allen bewußt, daß damit eine Belastung der Wiener Bevölkerung verbunden ist. Aber man war sich auch darüber im klaren, daß diese Tarifregelung eine wesentliche Voraussetzung für die Erstellung des Voranschlages der Stadtwerke war. Es wurden dadurch auch bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für die Betriebe geschaffen und die Möglichkeit gegeben, auch bei den Wiener Stadtwerken großzügige Investitionen durchzuführen. Ein weiterer großer Beschluß des Wiener Gemeinderates war die Sicherstellung der Vorfinanzierung für den Bau der Schnellbahn. Es hat sich hier um einen verhältnismäßig großen Betrag von 650 Millionen Schilling gehandelt. Es ist zu hoffen, daß im kommenden Berichtsjahr die ersten Schnellbahnzüge von Floridsdorf bis zum Hauptzollamt verkehren werden und der Weiterbau der Schnellbahn im gleichen Tempo vor sich gehen wird. Auch auf dem Gebiete der Finanzierung des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses konnte mit dem Finanzministerium eine Einigung erzielt werden, und zwar sollen die Kosten 50 : 50 geteilt werden. Man nimmt vorläufige Gesamtbaukosten von 700 Millionen Schilling an. Es ist mit einer Bauzeit von ungefähr sechs bis sieben Jahren zu rechnen. In ver-

hältnismäßig kurzer Zeit wurde eine neue Wiener Wohnbauaktion beschlossen, die außer dem kommunalen Wohnungsbau den Bau von zusätzlich zehntausend Wohnungen mit Hilfe von Annuitätenzuschüssen ermöglichen wird. Die "Neue Wiener Wohnbauaktion" wird in kurzer Zeit anlaufen.

Mit dem Finanzministerium werden seit sieben oder acht Monaten Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich geführt. Dieser Finanzausgleich soll auf fünf Jahre abgeschlossen werden und dadurch alle Körperschaften krisenfester und sicherer machen. Auch die Planungsmöglichkeiten der einzelnen Städte und Gemeinden würden dadurch wesentlich verbessert werden.

In Wien werden auch im kommenden Jahr wieder große Probleme zu lösen sein. Es ist mit neuen Verkehrsbauten zu rechnen. Vom Stadtplaner bereits ausgearbeitete Projekte werden viele hunderte Millionen Schilling kosten. Vorerst muß allerdings das Problem des Autobahnbaues gelöst werden. Durch die Stadt Wien wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der derzeit im Handelsministerium liegt. Es ist zu hoffen, daß man zu einer einheitlichen Auffassung kommt, damit der Bau der Autobahn nicht nur in den Bundesländern, sondern auch in Wien durchgeführt werden kann. Für die Stadt Wien ergibt sich das Problem der Schaffung entsprechender Zubringerstraßen.

Stadtrat Slavik kommt sodann auf die günstige Auswirkung der Tätigkeit der Stadt Wien auf die Gesamtentwicklung der österreichischen Wirtschaft zu sprechen, die sich auch in der Zahl der Beschäftigten bemerkbar macht. Im Jahre 1952 hatten wir in Wien 629.719 Beschäftigte, im Jahre 1957 waren es bereits 725.660. Es ist zu hoffen, daß diese Steigerung weiter anhält. Mit Stolz dürfe auch auf die steigende Geburtenziffer verwiesen werden. Auch die Zuwanderungen nehmen ständig zu. Diese Tatsachen freuen die Stadtverwaltung außerordentlich, wenn sie auch überzeugt ist, daß ihr dadurch schwierige Probleme erwachsen. Mit Freude kann auch die steigende Zahl der Fremden, die Wien besuchen, begrüßt werden. Die Ausländer bewundern immer wieder, in welcher schöner Form unsere Stadt nach den schweren Zerstörungen des Krieges wiedererstanden ist.

Was die Wirtschaftspolitik der Stadt anbelangt, darf darauf verwiesen werden, daß die Verwaltung dieser Stadt ständig bemüht ist, wirtschaftlich und sparsam zu sein.

Diese Politik des Verantwortungsbewußtseins, der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit hat dazu geführt, daß die Stadt in den vergangenen Jahren Rücklagen ansammeln konnte, die heute eine wesentliche Stütze unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden sind. Wohl haben die Rücklagen in den letzten drei Jahren eine Verringerung erfahren; immerhin betragen sie aber noch 634 Millionen Schilling. Man wird sich auch im kommenden Jahr bemühen, diese Rücklagen zu hüten und zu wahren, weil sie eine Voraussetzung für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik sind und der Stadt Wien eine wirtschaftliche Kraft geben, die es ermöglicht, große Probleme erfolgreich zu lösen.

Großen Wert hat die Stadtverwaltung auch auf die Erhaltung des Arbeitsfriedens bei den Gemeindeangestellten gelegt. Durch die Lösung des Problems des 14. Monatsgehaltes wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung dieses Arbeitsfriedens bei der Hoheitsverwaltung und in den Unternehmungen geschaffen. Die Stadtverwaltung hofft, daß auch in Zukunft weitere Versuche der Verwaltungsvereinfachung und Rationalisierung erfolgreich durchgeführt werden können und der Verwaltungsaufwand nicht steigt.

Bei der Erstellung des Budgets für 1959 galt wieder als oberster Grundsatz, alles zu tun, um die Vollbeschäftigung in unserer Stadt aufrechtzuerhalten und damit einen wesentlichen Beitrag für die Vollbeschäftigung in ganz Österreich zu leisten. Wenn die Auftraggebung der Stadt Wien auch die Wiener Betriebe bevorzugt, wirkt sie sich trotzdem auch auf die Bundesländer sehr günstig aus. Die große Investitionstätigkeit der Bundeshauptstadt kommt auch der Republik zugute. Durch die Investitionstätigkeit der Stadt Wien werden der Wirtschaft im kommenden Jahr rund 3 Milliarden Schilling zufließen. (Beifall bei der SPÖ). Beträchtliche Mittel konnten auch wieder für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Es liegen hierfür 750 Millionen Schilling bereit. Mit diesem Betrag können zirka 8.500 Wohnungen gebaut werden. (Beifall bei der SPÖ). Es muß alles darangesetzt werden, über den kommunalen Wohnungsbau hinaus, auch den genossenschaftlichen und den Eigenheimbau zu fördern, damit bald alle Wiener schöne und gesunde Wohnungen haben.

Weitere Probleme der Stadtverwaltung sind die soziale Betreuung der Bevölkerung, angefangen vom Kindergarten bis zum Altersheim, die Linderung jeder Notlage und schließlich auch die Lösung des Verkehrsproblems.

Stadtrat Slavik verweist darauf, daß auch heuer nur ein ordentliches Budget erstellt wurde. Die Beseitigung der Kriegsschäden hat starke Fortschritte gemacht, sodaß ein außerordentliches Budget nicht mehr notwendig ist.

Es ist nicht daran gedacht ein Zusatzprogramm zu machen. Die Stadt Wien muß außerordentlich sparsam wirtschaften. Der erste Budgetentwurf, der vorgelegt wurde, hat einen Abgang von 1.013,000.000 Schilling vorgesehen. Es war daher notwendig, vorerst Korrekturen vorzunehmen. Es wurden vor allem jene Projekte aus dem Budget gestrichen, die 1959 nicht tatsächlich ausgeführt werden können. Sollten Projekte im Verlaufe des Jahres zur Ausführung reif werden, werden sie sofort dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Hier ist vor allem an den Umbau des Karlsplatzes und der Schottentor-Kreuzung gedacht. Eine einzige Ausnahme wurde beim Allgemeinen Krankenhaus gemacht. Hier sind im Budget bereits 30 Millionen Schilling eingesetzt, obwohl man annehmen muß, daß dieser Betrag heuer noch nicht verwendet werden kann. Kommt man im Verlaufe des Jahres darauf, daß diese 30 Millionen noch nicht für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses verbraucht werden können, werden sie anderweitig verwendet.

In langen Verhandlungen ist es uns gelungen, so fuhr Stadtrat Slavik fort, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Ich möchte nicht versäumen, allen Beamten, die Wochen hindurch schwere Verhandlungen geführt haben, zu danken, aber auch allen Amtsführenden Stadträten, weil sie mitgeholfen haben, zu diesem ausgeglichenen Budget zu kommen.

Die Gesamteinnahmen betragen 5.279,4 Millionen Schilling, die Ausgaben 5.445,9 Millionen Schilling, sodaß sich ein Abgang von 166,5 Millionen Schilling ergibt, das sind 3,06 Prozent der Ausgaben. Allerdings konnte diesmal die Belastung durch die Sonderzahlung für heuer mit 18 Millionen und für das nächste Jahr mit 50 Millionen im Budget noch nicht vorgesehen werden.

Die Steigerung beim Budget um rund eine Milliarde könnte dazu verleiten anzunehmen, daß Einnahmen und Ausgaben um fast 25 Prozent gestiegen sind; das trifft deshalb nicht zu, weil Durchlauferposten in das Budget aufgenommen wurden - Kreditaktionen für die Stadtwerke, die bei den Kreditinstituten nicht als Kreditnehmer auftreten, und für die Bundesbahnen zum Ausbau der Schnellbahn -, die in Wirklichkeit keine echte Ausdehnung des Budgets bedeuten. Läßt man diese Kreditaktionen außer Betracht, dann steigen die Ausgaben gegenüber den Ansätzen 1958 um 12 Prozent und die Einnahmen um 11,4 Prozent.

Die wichtigsten Gemeindeabgaben sind die Gewerbesteuer, aus der 820 Millionen Schilling erwartet werden, die Lohnsummensteuer mit 225 Millionen, die Grundsteuer mit 124 Millionen, die Vergnügungssteuer mit 80 Millionen, die Getränkesteuer mit 105 Millionen und die Anzeigenabgabe mit 25 Millionen Schilling. Von den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten werden 479 Millionen erwartet.

Die Ausgaben gliedern sich in den Personalaufwand mit 1.497 Millionen, den Sachaufwand mit 1.851,1 Millionen, den Investitionsaufwand mit 1.210,1 Millionen und Darlehen, einschließlich der Durchlauferposten mit 887,7 Millionen. Beim Vergleich mit dem laufenden Jahr ergibt sich bei Ausscheiden der Durchlauferposten eine Senkung des Personalaufwandes von 33,1 Prozent auf 32,8 Prozent. Es ist zu hoffen, daß auch dieser Prozentsatz weiter zurückgehen wird, weil anzunehmen ist, daß man auf verschiedenen Gebieten noch zu höheren Leistungen kommen kann. Der Sachaufwand macht 40,6 Prozent aus, der Investitionsaufwand 26,6 Prozent.

Der Personalstand weist eine Steigerung um 398 Posten auf. Die Vermehrung ist hauptsächlich auf den Bedarf der Anstalten, vor allem der Spitäler zurückzuführen. 280 Posten sind für Stationsgehilfinnen vorgesehen, was eine Erleichterung für die diplomierten Schwestern bringen soll. Der Aktivstand wird mit 33.662, der Stand der Pensionisten mit 14.900 angenommen.

./.

Der Referent bespricht hierauf die einzelnen Verwaltungsgruppen, wobei er sich bei der Gruppe Finanzen mit dem Problem des Finanzausgleichs beschäftigte und auf den Versuch zu sprechen kam, nunmehr im Verhandlungswege einen Finanzausgleich für fünf Jahre abzuschließen. Das würde alle Gebietskörperschaften krisenfester machen und sich auf die Budgets vor allem der Gemeinden und Länder, aber auch des Bundes vorteilhafter auswirken, weil sie im vorhinein wüßten, wie sich das Ergebnis der gemeinschaftlichen Abgaben entwickeln wird. Der Wunsch der Gemeinden und Länder ging dahin, jährlich etwa 300 Millionen Schilling mehr zu bekommen. Bei den bisherigen Verhandlungen konnte nicht erreicht werden, daß den Gemeinden und Ländern dieser Betrag sofort zur Verfügung stehen wird, sondern für 1959 wäre ein Mehr von zirka 152 Millionen vorgesehen, das sich im Verlaufe von vier Jahren auf insgesamt 310 Millionen erhöhen würde. Es bleibt noch das große Problem der Unterverteilung offen. Es ist aber zu hoffen, daß auch dabei eine Einigung erzielt werden kann, weil dann der neue Finanzausgleich, der grundlegende Veränderungen bringt, am Beginn des kommenden Jahres in Kraft gesetzt werden könnte.

Bei der Gruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung ist ebenfalls eine Erhöhung des Betrages um 14 Millionen Schilling vorgesehen. Von den Gesamtausgaben von 334 Millionen entfallen 302 Millionen auf Schulen und 32 Millionen auf kulturelle Angelegenheiten. Bei der Post von 58 Millionen für die Stadthalle geht es nicht um einen neuen Betrag, sondern um die kassenmäßige Sicherstellung der bereits geschlossenen Beträge.

Beim Kapitel Wohlfahrtswesen, für das Ausgaben von 389 Millionen, somit um sieben Millionen mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen sind, gab Stadtrat Slavik die Versicherung, daß alle Fürsorgeleistungen fortgesetzt werden. Die Post Ausgleichszulagen nach dem ASVG, für die 1959 55 Millionen vorgesehen sind, würde, falls der neue Finanzausgleich wirksam wird, künftig die Gemeinden nicht mehr belasten, weil die Ausgleichszulage dann vom Bund geleistet wird.

Stadtrat Slavik machte neuerlich auf die Diskrepanz zwischen Spitalskosten und den Beiträgen der Privatpatienten, bzw. der Kassen aufmerksam und vertrat die Meinung, daß es nicht nur Auf-

gabe der Krankenversicherung sein kann, für die notwendigen Beträge aufzukommen, sondern daß dies eine Aufgabe der gesamten Bevölkerung ist und daher der Staat dafür zu sorgen hätte.

Bei der Besprechung des Bauwesens hob der Referent vor allem den Wohnhausbau hervor, der mit 1.071 Millionen Schilling eingesetzt ist. Die Stadt Wien wird auch dafür sorgen, daß der Straßenbau im kommenden Jahr entsprechend fortgesetzt werden kann. 149 Millionen sind dafür wieder eingesetzt. Für den Brücken- und Wasserbau sind 89 Millionen vorgesehen, für die Gärten 71 Millionen, für die öffentliche Beleuchtung 51 Millionen. Das sind um 27 Millionen mehr als heuer. Wir haben uns ein Vierjahresprogramm zurechtgelegt, um die Gasbeleuchtung systematisch auf elektrische Beleuchtung umzustellen. Man muß bedenken, daß die Erhaltung einer elektrischen Lampe jährlich 120 Schilling kostet, eine Gaslaterne jedoch 960 Schilling. Dabei, so betonte der Redner, habe er Verständnis dafür, daß viele junge Menschen in den Parkanlagen lieber die Gasbeleuchtung haben. (Vizebürgermeister Weinberger: Er hat Verständnis, er ist ja noch sehr jung!)

Bei der Gruppe Öffentliche Einrichtungen rechnet man mit Ausgaben von 515 Millionen; um 66 Millionen mehr. Bei den Wasserwerken bemerkte der Referent, daß die Stadt Wien jede Quelle, die irgendwo käuflich ist, erwirbt. Trotzdem gibt es noch zu wenig Wasser, weil die Wiener immer mehr verbrauchen. Das ist an und für sich kein Nachteil, aber leider könne die Stadtverwaltung nicht genug Wasserrechte erwerben.

Für die Müllverbrennungsanlage sind 1,5 Millionen Schilling eingesetzt. An dem Projekt wird derzeit gearbeitet. Die gesamte Anlage wird voraussichtlich 170 Millionen Schilling kosten.

Die Wohnhäuserverwaltung ist zum ersten Male mit einem Überschuß von 7,4 Millionen aktiv.

Die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten rechnet mit einem Gesamtaufwand von 133 Millionen. In diese Gruppe gehört auch das Problem der Verlegung des Naschmarktes. Der Referent sagte, er hoffe, daß man in absehbarer Zeit zu einer Lösung kommen werde.

In der Allgemeinen Verwaltung beträgt der Aufwand 187 Millionen, davon entfallen auf die Feuerwehr 74 Millionen. Für Grunderwerbungen sind 70 Millionen, um 20 Millionen mehr, vorgesehen. Wir wissen jedoch schon jetzt, daß diese 70 Millionen kaum aus-

reichen werden. Mit dem Geld sollen vor allem Gründe zur Ausführung des Wohnbauprogrammes sichergestellt werden.

Zum Abschluß führte Stadtrat Slavik aus, er glaube sagen zu können, daß man sich auch diesmal bemüht habe, ein Budget zu erstellen, das allen wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Stadt gerecht wird. Wir werden uns auch im Jahre 1959 bemühen, all das zu erfüllen, was wir der Wiener Bevölkerung versprochen haben. Wir wollen den Armen helfen und dem Volke dienen! Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Existenz möglichst vieler Menschen in unserer Stadt zu sichern und unsere Stadt immer schöner zu machen! Wir sehen unsere Aufgabe ferner darin, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Bevölkerung immer mehr am kulturellen Aufstieg teilnehmen kann, daß der soziale Fortschritt in unserer Stadt gesichert ist! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Slavik stellte hierauf die formellen Anträge zur Annahme des Voranschlagsentwurfes für 1959. Er glaube, daß der Gemeinderat den Voranschlag mit ruhigem Gewissen seine Zustimmung geben könne. Die Wiener Bevölkerung aber solle die Tätigkeit des Gemeinderates prüfen und sie dann beurteilen. Er sei überzeugt, daß das Urteil gut für den Wiener Gemeinderat ausfallen wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

#### Die Debatte

Als erster Debattenredner spricht GR. Lauscher (VO). Das Budget, so meint er, vernachlässigt entscheidende Bedürfnisse und Wünsche der arbeitenden Bevölkerung Wiens. Die Verwaltung der Gemeinde hat weitgehenden Einfluß auf das Leben der arbeitenden Menschen dieser Stadt. Wenn aber heute behauptet wird, daß das Leben in Wien schöner geworden ist, so wird verschwiegen, daß die Arbeitskraft durch die steigende Arbeitsintensität und die geleisteten Überstunden einer raschen Abnützung unterworfen ist. Die Gemeinde Wien hat daher die Aufgabe, den arbeitenden Menschen das Leben zu erleichtern. Eine der entscheidenden Grundlagen hierfür ist die Wohnung. Der Redner wendet sich daher gegen die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und polemisiert gegen die Hausherrn und gegen die ÖVP, die deren Interessen vertritt. Es sei eine wahre Schande, was sich auf diesem Gebiet in Wien tue. Aber auch die

Gemeinde Wien arbeitet für die Hausherren, wenn sie für die besser ausgestatteten Gemeindewohnungen höhere Zinse verlangt. Sie verläßt damit den Weg des sozialen Wohnungsbaues. Der Redner kritisiert auch, daß im kommenden Jahr um tausend Gemeindewohnungen weniger gebaut werden sollen. Er fordert eine geeignete Wohnraumbewirtschaftung und objektive Verteilung, wirksame Maßnahmen gegen den Wohnungswucher und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungssituation, wie langfristige Kredite zu niedrigem Zinsfuß für den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen. (Stadtrat Heller (SPÖ): Ohnehin nur zwei Prozent auf 80 Jahre!)

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Verkehrssituation und wirft der Gemeindeverwaltung vor, die städtischen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig modernisiert zu haben. Überhaupt seien die Fußgänger Stiefkinder der Gemeindeverwaltung. Der Schutz der Passanten auf Zebrastreifen müsse gesetzlich verankert werden. Die Tarife müßten nach sozialen Grundsätzen erstellt werden. Überhaupt sei ein Generalverkehrsplan zur Koordinierung aller Erfordernisse auf diesem wichtigen Gebiet notwendig. Der Redner bezeichnet die Fürsorgeeinrichtungen und den Gesundheitsdienst als ungenügend, urgiert den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und die Errichtung eines Altersspitales.

Im folgenden beschäftigt sich GR. Lauscher mit der Benachteiligung Wiens durch den Finanzminister. Kamitz habe es ausgezeichnet verstanden, Aufgaben des Bundes auf das Land Wien abzuwälzen. Wien ist sozusagen die Melkkuh des Finanzministers. Auch im neuen Finanzausgleich dürfte Wien weiter schwer benachteiligt bleiben.

GR. Lauscher kritisiert sodann das Fernbleiben der ÖVP bei der Republikfeier und ihre Unterhandlungen mit Otto Habsburg. Er erachtet es als Aufgabe der Mitglieder des Wiener Gemeinderates, die Rückkehr Otto Habsburgs zu verhindern und stellt namens seiner Fraktion einen diesbezüglichen Resolutionsantrag. Wien habe auf Grund seiner geographischen Lage Mittlerin zwischen West und Ost zu sein. Unter dem Schlagwort von der sogenannten europäischen Mission Wiens verberge sich jedoch die Auffassung, daß unsere Stadt in der vordersten Reihe im Kampfe gegen die sozialistischen Nachbarländer und der Sowjet-Union stehen muß.

Die gewählten Vertreter unserer Stadt seien nach der Verfassung verpflichtet, die Interessen der Gemeinde allseitig zu wahren und für ihre Befriedigung durch gesetzliche Mittel zu sorgen. Zur Wahrung dieser Interessen gehöre auch der Kampf um ein Verbot aller Kernwaffen und Atombomben. Wien brauche eine Politik, die entschlossen die Interessen der arbeitenden Menschen dieser Stadt vertritt. Wien brauche eine grundlegende Änderung in der Finanzpolitik und den Kampf gegen die Benachteiligung durch den Finanzminister. Die Wiener Wohnungssuchenden und jungen Ehepaare wünschen ein energisches Vorgehen gegen den Wohnungswucher und eine rasche Beseitigung der Wohnungsnot. Die Arbeiter und Angestellten brauchen einen gesicherten Arbeitsplatz. Die Eltern müssen in ihrem Bestreben, die Kinder vor Schmutz und Schund zu bewahren, von der Stadtverwaltung ausreichend unterstützt werden.

GR. Dr. Dkfm. Fiedler (ÖVP) kritisiert, daß der Voranschlag wie in allen vergangenen Jahren auch heuer ohne die Mitarbeit der gewählten Vertreter des Gemeinderates erstellt wurde. Es ist wieder ein Routinebudget der Büros und der Amtsführenden Stadträte. Der Redner erhebt namens seiner Fraktion die Forderung nach Schaffung eines Budgetausschusses, ähnlich wie er bereits im Parlament besteht. Er erklärt, der gesamte finanzielle Machtapparat der Stadt Wien sei darauf ausgerichtet, nur die Leistungen der Mehrheit dieses Hauses herauszustreichen. Die Sozialisten forderten wiederholt eine öffentliche Ausschreibung der Stellen. Er vermisse jedoch, daß die Mehrheit dieses Hauses in der Wiener Gemeindeverwaltung in Durchführung ihrer eigenen Vorschläge ein System zur objektiven Untersuchung der Eignung bei Stellenvergaben erstellt hätte. Auch für Wohnungszuweisungen gebe es kein Gremium; es entscheide allein der Amtsführende Stadtrat.

Der Redner kommt sodann auf wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Er stellt fest, daß sich seine Fraktion durch Jahre hindurch gegen die völlig unwirtschaftliche und unrichtige Finanzpolitik der Sozialisten gewendet habe. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, daß es unmöglich sei, alle Aufgaben einer so großen Stadt aus den Steuermitteln einer einzigen Generation finanzieren zu wollen. Erfreulicherweise habe der neue Finanzreferent bei den gemeinsam ausgearbeiteten Tarifregulierungen verschiedenen Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei Rechnung getragen.

Seine Fraktion habe bereits im Mai 1954 dem Gemeinderat einen wohlbegründeten Antrag, betreffend Aufnahme von Anleihen und Durchführung von Kreditoperationen, vorgelegt. Stadtrat Nathschläger habe 1956 ein sehr überlegtes und gut ausgearbeitetes Investitionsprogramm für die Stadtwerke mit einem Ausmaß von 2,2 Milliarden ausgearbeitet, dem ein solches mit 350 Millionen im Jahre 1957 folgte. Im Frühjahr dieses Jahres wurde schließlich ein neues in einer Höhe von 1.250 Millionen Schilling vorgelegt, das im Juni als Fünf-Jahres-Investitionsprogramm vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde. Damit wurde zum ersten Mal der Standpunkt seiner Fraktion, für größere einmalige Investitionen die auch künftigen Generationen von Nutzen sein werden, langfristige Kredite aufzunehmen, Rechnung getragen. Zum Unterschied zur ersten Tarifregulierung, die der Redner als nicht gerechtfertigt bezeichnet, und gegen die sich seine Fraktion entschieden stellte, konnte sie der zweiten Tarifregulierung, wenn auch nicht leichten Herzens, ihre Zustimmung geben. Sie erhob jedoch die Forderung nach Tarifgerechtigkeit, also Kurzstreckentarif usw. Erst als alle grundsätzlichen und auch viele praktische Forderungen anerkannt und erfüllt werden konnten, gab seine Fraktion die Zustimmung.

In einem Interview mit dem Neuen Kurier habe Stadtrat Slavik erklärt, daß in den nächsten fünf Jahren mit einem Investitionsbedarf für die Stadt Wien von acht bis zehn Milliarden gerechnet wird. Bezüglich der finanziellen Bedeckung heißt es, daß daran gedacht wird, hierfür Auslandsanleihen aufzunehmen. Hiedurch wurde ein weiterer Beweis geliefert, daß man gewillt ist, auf dem neuen Geleise der Wiener Finanzpolitik weiterzufahren.

Man kann mit Berechtigung von einem Rekord-Budget sprechen. Der Umstand, daß das Budget für 1959 auf durchaus optimistischen Annahmen beruht, berechtigt wohl zu der Feststellung, daß hierin ein klarer und eindeutiger Ausdruck der Auswirkung der erfolgreichen Finanzpolitik des Finanzministers Dr. Kamitz zu sehen ist. (Beifall bei der ÖVP - Zwischenrufe bei der SPÖ).

Das Anhalten der Wirtschaftskonjunktur konnte nicht einmal der Redner der kommunistischen Fraktion in Abrede stellen. Die Finanzverwaltung der Stadt anerkennt also die Auswirkungen der erfolgreichen Wirtschaftspolitik Raab-Kamitz. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP - Heiterkeit bei SPÖ).

Der Redner nahm sodann zur Frage der Gewerbesteuer Stellung und führte an Hand umfangreichen Zahlenmaterials aus: Die enorme Steigerung des Gewerbesteueraufkommens veranlaßt mich, neuerdings auf die schwere, drückende Belastung der Klein- und Kleinstgewerbetreibenden durch diese Steuer hinzuweisen. Die wiederholte Senkung der Einkommensteuer führte dazu, daß die Klein- und Kleinstgewerbetreibenden wesentlich mehr Gewerbesteuer als Einkommensteuer zu zahlen haben. Es ist nun wirklich höchste Zeit, zu einer Gewerbesteuerreform zu gelangen. (Beifall bei der ÖVP). Auch ein Vertreter des freien Wirtschaftsverbandes, Gemeinderat Jodlbauer, sah sich veranlaßt, eine gleiche Forderung zu erheben. In dieser verspäteten Erkenntnis ist sicherlich auch eine Auswirkung des New look der Wiener Finanzpolitik der Mehrheitspartei zu sehen. Man kann dies mit den Worten quittieren: Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Fiedler kam dann auf die Verpflichtung Wiens als Kulturstadt zu sprechen, welchen Ruf die Stadt nicht auf Grund einer Kollektivleistung, sondern auf Grund der Werke jener Menschen erreichte, die in echt österreichischem Geist ihr Wissen und Können in den Dienst wahrer Kultur stellten. Diese Stellung unserer Stadt verpflichtet, aber das Budget der Stadt trägt dem nur in bescheidenem Maße Rechnung. So hat die Musik- und Theaterstadt Wien noch immer kein eigenes Stadtorchester. Das Stadttheater dient anderen Zwecken. Auch die Wiener Festwochen könnten ohne die tatkräftige und materielle Hilfe des Bundes ihr Auslangen nicht finden. Ebenso läßt die Heranbildung des Musiknachwuchses viele Wünsche offen. Die Kulturleistung des Kulturamtes der Stadt Wien sollte einen besseren Eindruck auf die Jugend machen.

Die Budgetmittel sollten für wirkliche kulturelle Werte und nicht zur Schaffung von Kulturfassaden ausgegeben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Weiter verweist der Redner auf die hohen Zuschüsse der Gemeinde für die Spitäler und erklärt: Die Gemeinde Wien trägt zu den Leistungen der Krankenkassen in erheblichem Maße bei. Es erhebt sich die Frage, ob es nicht die erste Pflicht der Krankenkassen wäre, ihre Mitglieder im Falle einer Krankheit voll zu versorgen und für die Kosten, die diese Krankheit verursacht, ganz aufzukommen. Wann sollten denn die Krankenkassen für ihre Mitglieder aufkommen, wenn nicht im Falle einer schweren Erkrankung, die einen Krankenhausaufenthalt notwendig macht? Es ist doch sicherlich wichtiger für die Gesundheit der kranken Menschen vorzusorgen, als Verwaltungspaläste und Ambulatorien zu erbauen, die dann nicht einmal ausgenützt werden. (Beifall bei der ÖVP - Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Auch bei der Stadtplanung und bei der Wohnbaupolitik wurde der Versuch unternommen, neue Wege zu beschreiten. Im Sommer trat der neue Stadtplaner Prof. Rainer sein Amt an. Bedauerlicherweise gehören er und seine Mitarbeiter nicht zur Verwaltungsgruppe VII, worin meine Fraktion keine zweckmäßige Entscheidung sieht. Es wäre sicher besser, wenn man die Planung und Baudurchführung zwei getrennten Ressorts überließe, um auf diese Weise einer möglichen Betriebsblindheit vorzubeugen. (Stadtrat Afritsch (SPÖ): Zuerst waren Sie gegen Rainer, jetzt wollen Sie ihn wieder haben; man kennt sich bei Ihnen wirklich schwer aus! - Heiterkeit.) Man muß sich den Tatsachen anschließen, Herr Stadtrat, und immer im Interesse der Gesamtheit das Wesentliche sehen und daraus die Folgerungen ziehen. Prof. Rainer hatte zweifellos recht, wenn er in der Öffentlichkeit auf gemachte Fehler bei der Wohnbaufinanzierung hinwies und die verfahrenere Situation klar aufzeigte. In erster Linie wird der neue Stadtplaner ein großes Konzept für die Ausbreitung der Stadt mit den neuzuschaffenden Wohnbauvierteln zu erstellen haben. Dabei sollte der Norden jenseits der Donau nicht überschen werden, wo sicher genügend Bauland zur Verfügung steht und wodurch einmal die Donau mehr in die Mitte der Stadt rücken würde. Der Schutz des Wald- und Wiesengürtels wird den Stadtplaner ebenso zu befassen haben wie notwendige und vielfach

anerkannte Reformen des städtischen Baustils. Meine Fraktion hat auch seit langem die Forderung erhoben, daß aus den Mitteln der Stadt nicht nur gemeindeeigene, sondern auch Wohnungseigentums- und Genossenschaftsbauten gefördert werden sollen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Neue Wiener Wohnbauaktion zeigt eine weitgehende Berücksichtigung unserer Forderung. Auch hier werden vom neuen Finanzreferenten neue Finanzierungswege beschritten, die unter seinem Vorgänger unseres Erachtens unmöglich gewesen wären. Der seinerzeit vielfach als Schwindel bezeichnete Wohnungseigentumsbau hat sich jetzt endgültig durchgesetzt. (Beifall bei der ÖVP.) Die Neue Wiener Wohnbauaktion hat klar gezeigt, daß jetzt die Mehrheit des Wiener Gemeinderates erkannt hat, daß sie sich diesen sozial-fortschrittlichen Wohnungsbau nicht länger verschließen darf.

Auch in der städtischen Mietzinspolitik brachte das Jahr 1958 eine Wandlung. Freilich getraute sich die SPÖ die Nachricht von der Mietzinserhöhung bei besser ausgestatteten Wohnungen ihren Anhängern und Wählern in der Arbeiter-Zeitung nur auf Seite 4 vorzulegen.

Eine zweite wichtige Aufgabe des Stadtplaners bestehe in der Mitwirkung an der Erstellung eines Generalverkehrsplanes. Man hat damit begonnen, eine Reihe von Straßenzügen und Plätzen in verkehrsmäßiger Beziehung zu verbessern; die Straßenbahn wurde als traditionelles Wiener Verkehrsmittel in einer Reihe von Straßenzügen in die Mitte verlegt. Aber solche Maßnahmen schufen nur eine verhältnismäßig kurze Atempause. (Bürgermeister Jonas: Herr Gemeinderat, ich habe ein besseres Gedächtnis als Sie: Als wir mit dem Umbau der Mariahilfer Straße begonnen haben, war es gegen den Widerstand der Österreichischen Volkspartei!) Leider werden die 120 Millionen für den Umbau der Mariahilfer Straße in wenigen Jahren vertan sein, weil wir nicht umhin können, die Straßenbahn in eine andere Ebene zu verlegen. (Bürgermeister Jonas: Beides stimmt nicht, weder der Betrag noch die Zahl der Jahre ist richtig.) Wir haben immer erklärt, daß man gleich von vornherein überlegen soll, ob es nicht vernünftiger wäre, definitive Lösungen zu finden. Weil derartige Lösungen nicht improvisiert werden können, forderte meine Fraktion einen Generalverkehrsplan. Bedauerlicherweise ist es bisher noch nicht dazu gekommen. Es werden  
./.

daher noch verschiedene künftige Lösungen den Charakter des Improvisierten tragen. Hierbei wollen wir hoffen, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit die Konsequenzen zieht. Wir haben den Eindruck, daß nunmehr auch die Mehrheit einsieht, daß die Straßenbahn in Zukunft den kürzeren ziehen wird. Die Volkspartei ist mit Recht darauf stolz, daß es ihrem konsequenten Drängen gelungen ist, in dieser Beziehung einen sichtbaren Wandel zu schaffen.

Die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene mußte heuer erstmals von der Sozialistischen Partei anerkannt werden. Es ist um jeden Tag schade, der verloren geht. Die Erfordernisse der Zeit bringen es mit sich, daß sich hier die Gesamtheit der gewählten Vertreter der Wiener Bevölkerung zu einer klaren, großzügigen und richtigen Lösung des Verkehrsproblems bekennt: zur zweiten Verkehrsebene! (Beifall bei der ÖVP). Steigen Sie doch endlich um in die zweite Ebene! (Stadtrat Slavik: Wir bleiben an der frischen Luft!)

Der Redner vergleicht dann das Projekt einer U-Bahn mit dem Projekt der Autobahn. Damals hatte man den Autobahnbau als einen Aprilscherz der ÖVP bezeichnet. Heute ist ein beachtlicher Teil Wirklichkeit geworden. (Stadtrat Heller: Es ist ja auch ein Aprilscherz! Lebhaftes Gegenrufe bei der ÖVP. Vizebürgermeister Weinberger: Es ist eine Schande, daß der Stadtrat für Bauwesen von Aprilscherz spricht! Stadtrat Heller antwortet durch Gesten, mit denen er den stückweisen Ausbau der Autobahn andeutet und wiederholt: das ist ein Aprilscherz! GR. Mühlhauser: Sie haben hier gar keine Zwischenrufe zu machen, Sie sind kein gewählter Mandatar! Gegenrufe bei der SPÖ: Jetzt werden sie Demokraten!)

Der Vorsitzende GR. Ing. Arch. Lust betätigt wiederholt die Glocke und ersucht, den Redner nicht immer zu unterbrechen. GR. Dr. Fiedler fährt hierauf in seinen Ausführungen fort und meint, wenn West-Berlin eine neue Trasse errichten konnte, so sollte in Wien doch endlich mit der ersten Trasse begonnen werden. (Erneut heftige Zwischenrufe bei der SPÖ: Wer bezahlt es denn in Berlin? Der Bund bezahlt es!) Der Redner hält den Zwischenrufern entgegen, daß der Vergleich völlig danebengehe, weil die Verwaltung in Berlin anders organisiert sei. (Stadtrat Afritsch: Von den Finanzen West-Berlins haben Sie gar keine Ahnung! GR. Mühlhauser: Afritsch, das große Finanzgenie der Stadt Wien! Bürgermeister Jonas: Die Berliner Arbeit steht im Bundesbudget, nicht im Gemeindebudget!) ./.

Der Redner vertritt im weiteren die Forderung auf Errichtung von Schnell- und Expresstraßen, besonders im Hinblick darauf, daß sich Wien für die Olympiade und die Weltausstellung bewerben will. Brüssel könne hier als Vorbild gelten. Auch mit dem ruhenden Verkehr muß sich der Generalverkehrsplan befassen. Das entscheidende Problem ist die Schaffung von Parkraum in der Inneren Stadt.

Eine Stadt wie Wien kann sich in ihrem Budget nicht nur auf die Verwaltung, auf Kultur-, Bau- und Verkehrsprobleme beschränken. Ihr stehen auch andere Aufgaben zu. Eine Gemeinde umfaßt den ganzen Menschen und nicht nur seine materiellen Erfordernisse. Aber wie der Staat, so darf auch die Stadt nach Auffassung seiner Partei nicht Herrscher und Beherrscher, sondern muß Helfer und Freund sein. Für die ÖVP ist Wien mehr als irgend eine Stadt. Für sie war und ist sie ein lobendiger, seit Jahrhunderten gewachsener Organismus. (Zwischenrufe bei SPÖ: Phrasendrescherei!) Wie sehr seine Überlegungen berechtigt seien, meint der Redner, zeigen die Erfahrungen auf dem Wohlfahrtssektor. Bei aller Bejahung der städtischen Fürsorge bleibe Grundsatz bei der ÖVP, daß Vorsorgen besser ist. Außerdem tritt er in der Fürsorge für die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen ein.

Abschließend sagte GR. Dr. Fiedler, die ÖVP sei bereit, an einer großzügigen Lösung aller die Stadtverwaltung betreffenden Probleme aktiv mitzuarbeiten. Die Mehrheitsfraktion des Hauses werde eine Reihe von Grundsätzen über Bord werfen müssen, die ÖVP alles daransetzen, um auch weiterhin im Auftrag ihrer Wähler an der Entwicklung und Verwaltung Wiens Anteil zu nehmen. Diese Mitarbeit wird nicht nur materieller und wirtschaftlicher Natur sein, sondern auch geistig-seelische Gebiete einbeziehen. Besonders Wien ist als geistige Metropole eine Stadt von Weltgeltung. Wir alle wollen im Geiste österreichischer Humanität an dem Aufbau dieser Geltung weiter arbeiten, um so unser Vaterland Österreich und unsere Heimatstadt Wien in eine glückliche Zukunft zu geleiten. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Bock (SPÖ) spricht zunächst über den Unterschied zwischen dem Bundesbudget und dem Budget der Gemeinde Wien. Man sagt von beiden Budgets, daß sie "Wahlbudgets" wären. Das hohe Defizit im

Bundesbudget ist ein willkommener Anlaß, im Wahljahr ständig auf das Gespenst der Inflation hinzuweisen. Hier wird ein gefährliches Spiel mit der Angst getrieben! Es ist auch interessant, daß nur dann der Schilling gefährdet sein soll, wenn die Arbeiterschaft eine Forderung erhebt. Wenn es jedoch einen Kreis gibt, der an der Stabilität des Schillings interessiert ist, dann sind es vor allem die Arbeiter und die Lohnempfänger. (Beifall bei der SPÖ.) Man sollte daher mit der Methode "Haltet den Dieb!" Schluß machen. Das viele Reden über die Inflation ist viel gefährlicher, als es die Forderungen der Arbeiter sind.

Das Wiener Budget könne sich sicher in der Öffentlichkeit sehen lassen. Wenn man es ebenfalls als "Wahlbudget" bezeichnet, so wolle er, sagte der Redner, an das Wahlprogramm seiner Partei erinnern, das 1954 den Wählern vorgelegt wurde. Für seine Partei war dieses Programm kein Stück Papier, sondern richtungweisend für die kommenden fünf Jahre. Heute ist vielleicht Anlaß dazu, eine Zwischenbilanz über die bisherigen Leistungen zu geben. Wir haben heute schon nach vier Jahren das seinerzeit aufgestellte Programm restlos, teilweise sogar übererfüllt. (Beifall bei der SPÖ.) Der Redner führte dafür einige Beispiele an. Im Wahlprogramm wurde der Bau von 20.000 Wohnungen versprochen, tatsächlich sind 29.280 Wohnungen fertiggestellt worden. Dabei wurden die Wohnungsgrößen von durchschnittlich 48.9 auf 54.2 Quadratmeter erhöht. Versprochen wurden Kredite für den Bau von 10.000 genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen. 15.254 solcher Wohnungen konnten tatsächlich gebaut werden. GR. Bock führte dann noch andere Beispiele an, wie die Schaffung von Kindergärten, die Modernisierung von Spitälern, die Verschönerung von Gartenanlagen, Verkehrssanierungen, die Verbesserung der Straßen und der Beleuchtung und die Modernisierung des Jagenparkes der Verkehrsbetriebe. GR. Bock erwähnte außerdem die Modernisierung und den Neubau von Schulen. Auch der Bau einer großen Körperbehindertenschule wurde in Angriff genommen. Das versprochene städtische Museum konnte fertiggestellt werden. Dies zeigt, daß nicht nur das Jahr 1959 ein Jahr der Leistungen sein wird, sondern daß es auch alle die Jahre vorher waren. Was die Sozialisten im Jahre 1954 versprochen haben, werden sie halten, bzw. haben sie bereits

gehalten. Ein Jahr der Höchstleistungen auf kommunalem Gebiet war das Jahr 1958. Man denke an die Erstellung des Investitionsplanes, die Schnellbahn, Stadthalle, Museum, Jugendgästehaus, Körperbehindertenschule, und die verschiedenen Kreditaktionen, die erweitert werden konnten. Großes Augenmerk wurde auch dem sozialen Wohnungsbau zugewandt. Es wurde die Neue Wiener Wohnbauaktion geschaffen, Verkehrsregelungen, die Ringturmkreuzung und Südtiroler Platz, vollzogen, die Verhandlungen über den Bau des Allgemeinen Krankenhauses abgeschlossen, die Freudenaue Hafensbrücke eröffnet. Wien hat sich schließlich auch um die Abhaltung der Olympischen Spiele beworben. Kürzlich hat Wien auch den Europapreis erhalten. Sehr zu begrüßen ist auch die Bestellung eines neuen Stadtplaners sowie die Schaffung einer Planungskommission und eines Fachausschusses. Man müßte sie für Wien planen lassen und nicht immer versuchen, in jede Planung politische Tendenzen hineinzutragen. Eine besondere Aufgabe der Presse wäre es, die Dinge nicht entstellt und verpolitisiert darzustellen.

Zur immer wiederholten Forderung nach dem Bau einer U-Bahn sei zu sagen, daß es sich hier ja nicht um die Frage handelt, ob wir eine U-Bahn brauchen oder nicht, sondern lediglich darum, wie die Mittel für den Bau aufgebracht werden könnten. Die Sozialisten wissen sehr genau, was es noch alles in unserer Stadt zu tun gibt. Die Stadtverwaltung könne jedoch nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein Projekt nach dem anderen in Angriff nehmen.

GR. Bock kommt sodann auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr zu sprechen. Er bedauert die Zusammenlegung der Nationalrats- mit den Gemeinderatswahlen, hofft aber, daß eine solche Zusammenlegung nicht auf die Dauer sein wird. Vom Standpunkt des Kommunalpolitikers muß die Koppelung von Kommunalwahlen mit Bundeswahlen abgelehnt werden. Er könne für seine Fraktion versichern, daß die Sozialisten den Wahlkampf in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und Fairness führen werden. Die Sozialisten haben ihr Wahlprogramm erfüllt, sehr zum Unterschied von der Bundesregierung, die die Versprechen ihrer Regierungserklärung noch nicht eingelöst hat. Die Sozialisten können auch in Zukunft den Wienern versprechen, daß sie alles tun werden, um Wien zu einer wirklichen Heimat der

Wiener zu machen, zu einer Weltstadt der Freuden. Sie werden ihre Arbeit und ihre Ziele einer Kritik unterziehen, aber gegen Unsachlichkeit und gegen Gehässigkeit werden sie sich im Interesse der Wiener Bevölkerung zu wehren wissen. Die Sozialisten wollen der Wiener Bevölkerung dienen und ihren Bedürfnis nach Nahrung, Wohnung und Bildung gerecht werden. Diesen Wünschen trägt auch das Budget 1959 der Bundeshauptstadt Wien Rechnung. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Slavik teilt in seinem Schlußwort mit, daß 33 Gemeindeglieder in den öffentlich aufgelegten Voranschlag Einsicht genommen und 25 Erinnerungen abgegeben haben, die alle Verwaltungsgruppen betreffen und diesen auch zugewiesen wurden. Soweit sie seine Gruppe betreffen, ist zu sagen, daß über die Ertragsanteile heute noch nicht berichtet werden kann, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Eine Erinnerung, die sich mit der Aufwertung von Altkronen beschäftigt, war in einer derart beleidigenden Form gehalten, daß sie heuer nicht neuerlich beantwortet wurde, weil dies ohnehin in den vergangenen Jahren geschehen ist.

Die Ausführungen des Gd.Lauscher in der Debatte beschäftigten sich hauptsächlich mit Bundesangelegenheiten und nur nebensächlich mit dem Wiener Voranschlag für 1959. Zur Frage des Mieterschutzes habe er, stellt Stadtrat Slavik fest, erst in der letzten Sitzung gesprochen. Es gibt kaum ein Land der Welt, das einen so ausgeprägten Mieterschutz wie Österreich hat. Die Sozialisten haben immer dafür gesorgt, daß die Interessen der Mieter geschützt werden. Zur Frage der Mietzinse für die besser ausgestatteten Wohnungen und daß damit den Hausbesitzern die Handhabe für die Einhebung von hohen Mieten gegeben sei, ist zu sagen, daß für Neubauwohnungen derzeit überhaupt keine Mietzinsbeschränkung besteht. Wenn die Stadt Wien den Mietzins mit zwei Prozent der Baukosten festgesetzt hat, so ist sie von der Überlegung ausgegangen, daß es zweckmäßig erscheint, die Wohnungen so auszustatten, daß sie auch noch in zehn oder zwanzig Jahren den Anforderungen entsprechen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die heute geltenden Mietzinse im kommunalen Wohnungsbau noch nicht die gleiche Höhe haben wie in der Ersten Republik, obwohl die heutigen Wohnungen viel besser ausgestattet sind.

Was den Umfang des Wohnungsbaues anbelangt, würde ich Gemeinderat Lauscher bitten, sich die Zahlen aus den verschiedensten Städten der Welt geben lassen, dann würde er sehen, daß Wien, was den sozialen Wohnungsbau betrifft, an erster Stelle steht.

Seine Ansicht über die kurzfristigen Kredite ist falsch. Es gibt bei den Genossenschaften keine 25-jährigen, sondern 67-jährige Kredite.

Wir könnten natürlich rascher zu neuen Waggonen kommen, aber wir glauben, daß es im Interesse Österreichs und der Wiener Bevölkerung ist, wenn wir die Aufträge nach Möglichkeit österreichischen und im besonderen Wiener Firmen zukommen lassen.

Die Sicherheitsvorkehrungen auf den Straßen sind Gegenstand des Straßenpolizeigesetzes und damit wieder eines Bundesgesetzes.

Von einer Irreführung hinsichtlich des Baues des Allgemeinen Krankenhauses kann wohl nicht gesprochen werden, wenn diese Post von 30 Millionen so offen erläutert wird.

Über den Umbau des Rochusspitals in ein Altersspital laufen Verhandlungen, wir würden wünschen, daß es gelingen wird.

Beim Finanzausgleich handelt es sich nicht um ein Geschenk oder um das Wohlwollen des Finanzministers oder des Finanzministeriums, sondern es geht darum, daß festgelegt wird, wie die Gebietskörperschaften an den sogenannten gemeinschaftlichen Bundesabgaben beteiligt sind. (GR. Lauscher: In der Ersten Republik haben wir doch einen höheren Prozentsatz gehabt als jetzt!) Heute ist alles völlig anders. Ich würde Ihnen empfehlen, auch die Steuergesetze aus der Ersten Republik herzunehmen. Die Autonomie ist weitgehend ausgedehnt worden; es sind Steuern hinzugekommen, die nur den Gemeinden gehören, usw.

Wenn GR. Lauscher meint, daß die Mehrheit in diesem Haus die Interessen des arbeitenden Wien der Koalition opfert, dann glaube ich, daß sich die Mehrheit in diesem Haus nicht dem Urteil der Kommunistischen Partei zu unterwerfen hat. Bei uns ist Gepflogenheit, daß wir uns dem Urteil der Wähler unterwerfen und nicht dem des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs. Die Resolution gehört weder in den Gemeinderat noch zum Budget.

./.

GR. Lauscher hat vom Antikommunismus und vom sozialistischen Nachbarn gesprochen. Wir schätzen die Kommunistische Partei gar nicht so ein, daß wir so viel Antikommunismus betreiben müssen. Die Bevölkerung hat ein so eindeutiges Urteil über die Kommunistische Partei - wozu sollen wir uns noch anstrengen? Was aber die sozialistischen Nachbarn anbelangt, möchte ich sagen: Bolschewistische Staaten haben mit Sozialismus schon gar nichts zu tun. Die Bezeichnung unserer Nachbarstaaten als sozialistische Staaten könnte höchstens den Begriff Sozialismus diskriminieren. In Moskau wird unsere Haltung und Einstellung geachtet. Man muß gar nicht so ängstlich sein wie die Kommunistische Partei. (Heiterkeit bei der SPÖ). Ich glaube, daß wir unsere Aufgabe als Mittler zwischen Ost und West viel besser erfüllen, wenn wir unseren Weg gehen und nicht den, den uns die Kommunistische Partei empfiehlt.

Hierauf beschäftigte sich Stadtrat Slavik mit den Ausführungen des ÖVP-Gemeinderates Dr. Fiedler. Zu dem Vorhalt der ÖVP, daß ihre Mitarbeit zu wenig zum Ausdruck komme, erklärte er, daß dies nicht auf die Art der Verwaltung, sondern auf die Persönlichkeit ankomme. Je mehr jemand arbeitet, umso mehr muß seine Arbeit zum Ausdruck kommen (Beifall bei den Sozialisten - Zwischenrufe bei der ÖVP). Zu der weiteren Kritik sagte er, daß die Beamten der Gemeindeverwaltung auf objektive Weise ausgesucht und die Verantwortlichen sich dabei weitgehend von den leitenden Beamten beraten lassen, und daß die Wohnungsvergabe sehr gerecht vorgenommen wurde.

Was soll der Hinweis auf die Kommission beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds? Sie hat doch nicht die Aufgabe, zu bestimmen, welche Mieter in ein Haus kommen, sondern die Mittel zu bewilligen und die Baukosten zu überprüfen. Im übrigen hat die ÖVP noch gar nicht existiert, als die Gemeindeverwaltung den Eigenheimbau und den genossenschaftlichen Bau in der Ersten Republik bereits forderte. Wogegen wir uns bei Prinke wenden, ist, daß diese Aktion für die Ausgebombten geschaffen wurde und den Ausgebombten die Wohnungen entzogen und denen gegeben werden, die es sich leisten können. (Zustimmung bei den Sozialisten).

./.

Wenn wir im Zeitpunkt der Integration mit den anderen Ländern Schritt halten wollen, dann ist die Voraussetzung eine zweckmäßige Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mit einem sozialen Krieg können wir den Anschluß nicht finden, sondern nur im sozialen Frieden. Deshalb haben wir uns auch bei der Lösung der Probleme der Gemeindeangestellten so bemüht!

Wenn man über den Bau der Untergrundbahn eine Volksabstimmung abhalten wollte, dann müßte man der Bevölkerung auch sagen, daß die 43 km, die in Wien geplant waren, jede Wiener Familie 17.000 Schilling kosten würden. (GR. Dr. Fiedler: Es werden nicht in einem Jahr 43 km gebaut!) Wenn die Volkspartei mithelfen könnte, beim Bund zu erreichen, daß er uns zusätzlich jene, etwa 500 bis 600 Millionen gibt, so verspreche ich Ihnen, wird unsere Fraktion dafür sein, diese Gelder nur für die U-Bahn zu verwenden.

Die ÖVP scheint weder den Rechnungsabschluß noch den Voranschlag gelesen zu haben, sonst würde sie nicht auf die Idee kommen daß wir jetzt bei der Stadt Wien große Kreditaktionen durchführen, vor allem würde sie nicht zu der Auffassung kommen, daß die lebende Generation das nicht zu tragen hat. Ein 25jähriger Kredit muß in seiner vollen Höhe in zwölf Jahren zurückgezahlt werden, in den nächsten dreizehn Jahren werden nur mehr die Zinsen gezahlt (GR. Mühlhauser: Aber es zahlt schon die zweite Generation mit!) Die zweite Generation zahlt nur mehr die Zinsen. Deshalb stehe ich genau so wie Stadtrat Resch auf dem Standpunkt, daß Kredite nur aufgenommen werden können, wenn die Zinsen und Rückzahlungen durch die Investitionen verdient werden. Es ist nicht daran gedacht, für die Stadt Wien Anleihen aufzunehmen.

Die Volkspartei hat 1955 die Tarifregelung abgelehnt. Diese hat aber den Verkehrsbetrieben 150 Millionen Schilling gebracht. (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Da sind Sie zu wenig informiert, sie haben weit weniger bekommen!) Ich möchte Sie bitten, den Rechnungsabschluß nachzulesen! (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Sie können nicht Ziffern bringen, die nicht richtig sind!)

Sie haben behauptet, daß die Tarifregelung 1955 mit dem 1.90 Schilling-Fahrschein nicht notwendig gewesen ist. Heute aber anerkennen Sie den 2.20 Schilling-Fahrschein. (Stadtrat Dkfn.

Nathschläger: In der Zwischenzeit sind 300 Millionen Personalmehrkosten entstanden!) Aber da haben Sie noch immer zu wenig, fährt Stadtrat Slavik zu Nathschläger gewendet fort. Seien Sie doch froh, daß Sie heute das Geld haben und die Stadtwerke modernisieren können, auch wenn Sie damals dagegen waren!

(Heiterkeit bei der SPÖ.) Es wurde auch behauptet, daß bei den Verhandlungen ein viel höherer Tarif von der SPÖ gefordert worden ist. Es wurde jedoch nie von einem anderen Tarif gesprochen, als er dann beschlossen wurde. Der Vorschlag: 2.20 S und 2 S in Vorverkauf war von mir, betont der Referent, und der Kurzstreckenvorschlag war ebenfalls eine Forderung von mir. (GR. Mühlhauser: Den habe ich in Gemeinderat eingebracht, da waren Sie noch gar nicht da!) Der Referent hält den Zwischenrufer entgegen, daß Stadtrat Nathschläger einen Kurzstreckentarif von 1.50 S verlangt hat. (Stadtrat Dkfn. Nathschläger: Das stimmt nicht!

GR. Schwaiger: Nicht die Russen, der Slavik hat alles erfunden!)

Was die zweite Verkehrsebene betrifft, sollten wir erst einmal das Urteil der Experten anhören, bevor wir Beschlüsse fassen. Die U-Bahn würde jedoch eine ungeheure Belastung für die Bevölkerung bringen. Außerdem gibt es auch Vorschläge für eine zweite Verkehrsebene über der ersten.

Der Referent warnte dann davor, sich von Auto versklaven zu lassen. Er glaube vielmehr, daß man das Augenmerk auf die Fußgänger richten müsse. (Beifall bei der SPÖ.) Er sei auch der Meinung, daß man alles gar nicht so aufgeregt sehen solle. Wenn man jedoch nicht zu einer Ordnung mit den parkenden Wagen kommen könne, sei die Schneesäuberung überflüssig. Man soll überhaupt nicht so tun, als ob im Ausland alles so herrlich wäre. Wenn man den Redner der ÖVP gehört hat, so scheint es überall schöner in der Welt zu sein als in Wien. In Wirklichkeit aber freut sich jeder Wiener wenn er wieder zurückkommt. In Paris gibt es die breitesten Straßen der Welt und trotzdem kommt man damit nicht mehr aus; oder denken Sie nur an Zürich, dort mußten Gartenanlagen verschwinden, um Parkmöglichkeiten für die Autos zu

schaffen. Ich weiß nicht, meinte Stadtrat Slavik, ob die Wiener mit solchen Maßnahmen einverstanden wären. Wenn man sich überlegt, daß der große Parkplatz beim Stadion 2.500 Wagen faßt, aber schon derzeit täglich 8.000 Wagen in der Inneren Stadt parken, so würden wir jetzt schon drei solche riesige Parkplätze brauchen. In fünf Jahren wären aber vielleicht schon fünf oder sechs solcher Parkplätze notwendig.

Stadtrat Slavik weist dann darauf hin, daß die Aufgaben der nächsten Jahre 8 bis 10 Milliarden Schilling erfordern werden, und zwar vier Milliarden für den Wohnungsbau, mehr als eine Milliarde für den Straßenbau und eine halbe Milliarde für das Allgemeine Krankenhaus, um nur einiges zu nennen.

Der Referent beschäftigt sich dann weiter mit den Ausführungen des ÖVP-Redners, die ihn an den alten Witz von dem Ausländer erinnern (die Nationalität wolle er verschweigen), der von einem Fiaker durch Wien geführt wird und beim Rathaus fragt, wie lange an dieses Bauwerk gebaut wurde. Auf die Antwort des Fickers: 20 Jahre, meint der Ausländer, bei ihm wäre das in fünf Jahren gebaut worden. Beim Parlament, dessen Bauzeit der Fiaker mit 15 Jahren beziffert, sagt er, bei ihm hätte man nur drei Jahre gebraucht. Bis schließlich bei der Frage nach der Bauzeit des Stephansturmes der Fiaker zur Antwort gibt, der Turm sei gestern noch gar nicht dagestanden. Auch der Redner der ÖVP tue so, als ob man alles über Nacht machen könnte. Es mag richtig sein, daß organisatorische Fehler geschehen, aber nicht die Stadtverwaltung baut, sondern die Baufirmen, und wenn da eine zu spät kommt, werden alle Pläne über den Haufen geworfen. Abschließend führt Stadtrat Slavik aus, wenn gesagt wurde, daß Wien Weltgeltung habe, so freue er sich darüber. Er müsse aber sagen, daß dieses Wien mit Ausnahme von elf Jahren von Sozialisten geleitet wurde. (Beifall bei der SPÖ.) Wir dürfen nur hoffen, daß der Vorschlag für das Jahr 1959 ein weiterer Schritt in eine glücklichere Zukunft ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung über die Ansätze des zweiten Hauptstückes, Finanzwesen, wird das Budget dieser Geschäftsgruppe gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Resolutionsantrag von GR.Lauscher (VO) wird gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

179 Jubelpaare im Wiener Rathaus  
 =====

11.000 Ehejubilare seit 1945 - Eine Mutter und Großmutter  
 von 66 Kindern

16. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas beglückwünschte heute nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses zwei Diamantene und 58 Goldene Hochzeiter zu ihrem Ehejubiläum. Er wünschte ihnen für die kommenden Jahre alles Gute und viel Glück in Kreise ihrer Familien. Zur Erinnerung an die Ehrung durch die Stadtverwaltung überreichte er jedem Paar ein Diplom. Die Ehrengabe der Stadt, eine Kasette mit Silbermünzen, ist den Jubilaren schon durch die Bezirksvorsteher in den Wohnungen überreicht worden. An der Feier im Rathaus nahmen mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer und Koci, die Bezirksvorsteher und die Familienangehörigen teil.

Unter den 60 Jubelpaaren, die heute im Rathaus geehrt wurden, befand sich auch das Diamantene Ehepaar Franz und Leopoldine Stubianek aus dem 7. Bezirk. Franz Stubianek war bis 1934 Wiener Gemeinderat und ist heute noch als Bezirksrat und Vorstand-Stellvertreter des Fürsorgeamtes auf dem Neubau unermüdlich tätig. Das zweite Diamantene Paar, Johann und Amalie Leitner, kam aus Favoriten.

Der 10. Bezirk war mit 17 "Goldenen" wie immer sehr ehrenvoll vertreten. Unter seinen Ehejubilaren befand sich die wahrscheinlich kinderreichste Familie Wiens. Wenzel und Rosalia Krakowitsch aus der Siedlung Wienerfeld-West haben 16 Kindern das Leben gegeben, mit denen im Haushalt des E-Werks-Angestellten noch elf Pflegekinder aufgewachsen sind. Die jetzt 67 Jahre alte Frau Rosalia ist Großmutter von 25 Kindern und hat auch schon elf Urenkel. Die älteste Pflege-tochter ist auch schon Mutter von drei Kindern. Summa summarum: 66 Kinder, Pflegekinder und Kindes-kinder in einer Wiener Familie.

Für Mittwoch und Donnerstag sind weitere fünf Diamantene und 114 Goldene Ehepaare ins Rathaus eingeladen. Morgen, Mittwoch, werden als das 11.000. Wiener Jubelpaar seit 1945 der Straßenbahner Josef Salcher und seine Frau Anna aus Hietzing geehrt.

Auszeichnung verdienter Lehrpersonen  
=====

16. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Zechner überreichte heute 40 verdienten Lehrpersonen eine ihnen vom Bundesminister für Unterricht verliehene Auszeichnung. Dr. Zechner würdigte in seiner Ansprache den Idealismus dieser Lehrpersonen, mit dem sie ihre beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen hervorragend erfüllen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 16. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche keine. Neuzufuhren: Inland 5.970, Bulgarien 799, Jugoslawien 150, Polen 1.634, Ungarn 132. Gesamtauftrieb: 8.685. Verkauft alles.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.70 bis 14 S, 2. Qualität 13.30 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.60 bis 13.30 S, Zuchten 12 bis 13 S, Altschneider 10.50 bis 12.20 S. Bulgarische Schweine 13 bis 13.20 S, jugoslawische 13 bis 13.30 S, polnische 13 bis 13.80 S, ungarische 13 bis 13.80 S. Der Durchschnittspreis für Inlandsschweine erhöhte sich um 26 Groschen und beträgt 13.54 S, der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 27 Groschen und beträgt 13.30 S je Kilogramm.

- - -

Fortsetzung des Berichtes über die Budgetverhandlungen:Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und  
=====  
Betriebsreform  
=====

16. Dezember (RK) Über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, referierte Stadtrat Rioner (SPÖ). Er stellt fest, daß das Personalreferat in diesem Jahre im Zeichen der Arbeitszeitverkürzung stand. Ab Mai 1957 wurde die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich verkürzt, mit Jahresbeginn 1958 dann für den gleichen Bedienstetenkreis auf wöchentlich 45 Stunden herabgesetzt. Diese Maßnahme erfolgte nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten unter der Voraussetzung, daß die Verkürzung keine Mehrkosten und keine Personalvermehrung verursachen dürfe. Eine Reihe von Dienststellen konnte damals in diese allgemeine Regelung nicht einbezogen werden. Für diese wurden Sonderregelungen getroffen, so zum Beispiel für die Standesämter, das Marktamt, die Städtischen Büchereien, einen Teil der Kindergärten, die Bäder, die Stadtreinigung und die Müllabfuhr. Im Mai dieses Jahres konnte auch in den Wiener Stadtwerken die Arbeitszeit teilweise gekürzt werden. Für den Bürodienst wurde die Regelung des Magistrates eingeführt. Für den Betriebs- und Werkstättendienst in Gas-, E-Werk und bei der Bestattung mußten Sonderregelungen getroffen werden. In den großen Werkstätten, Magazinen und ähnlichen Dienststellen wurde, nicht zuletzt über Wunsch des Personals, die reine 5-Tage-Woche eingeführt. Auch diese Sonderregelungen, die vielfach eine Neuordnung des Schichtendienstes erforderten, konnten ohne Mehrkosten erzielt werden. Nur für das Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe, das rund 9.000 Bedienstete umfaßt, konnte bisher noch keine tragbare Lösung gefunden werden. Die generelle Einführung der 45-Stunden-Woche für diese Gruppe würde die Vermehrung des Personals um 520 Personen erfordern und damit Mehrkosten von 20 Millionen Schilling jährlich verursachen. Gemäß dem mit der Gewerkschaft für die Arbeitszeitverkürzung vereinbarten Grundsatz, daß damit keine Vermehrung

des Personalaufwandes verbunden sein darf, ist man bemüht, alle Möglichkeiten für Ersparnisse bei den Verkehrsbetrieben zu eruieren und zur Bedeckung des allfälligen Mehraufwandes heranzuziehen. So konnten unter anderem Ersparnisse durch Verlängerung der Tragdauer der Dienstkleider, durch Verkürzung der Fahrzeit bei Straßenbahn und Autobus in frequenzschwachen Zeiten usw. erzielt werden. Verschiedene Reorganisationsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben sollen gleichfalls zur Bedeckung des durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden erhöhten Personalaufwandes herangezogen werden. Es ist zu hoffen, daß es in nächster Zeit gelingen wird, auch beim Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe die Voraussetzungen für die Einführung der 45-Stundenwoche zu schaffen.

Die zweite große Gruppe städtischer Bediensteter, bei der die Verkürzung der Arbeitszeit mit ganz besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, sind die rund 10.000 Bediensteten der städtischen Kranken-, Wohlfahrts- und Erziehungsanstalten. Im Vordergrund des Interesses stehen dabei in erster Linie die 6.000 Krankenschwestern. Wohl sind für diesen Zweig im ablaufenden Jahr viele Verbesserungen erzielt worden: bestehende Nebengebühren und Zulagen wurden erhöht, neue Zulagen wurden geschaffen; eine Vermehrung der Dienstposten des Pflegepersonals ist eingetreten und zur Entlastung der Krankenschwestern wurde die Einführung von Stationsgehilfinnen auf allen besonders belasteten Stationen zugesagt. Seit August wird dieser neue Dienstzweig in zwei Krankenanstalten erprobt. Die Versuche haben durchwegs ein positives Resultat ergeben, sodaß mit der Verwirklichung dieser Zusage ab Jänner 1959 gerechnet werden kann. Neben diesen Verbesserungen und Erleichterungen für das Pflegepersonal muß auch für diese Gruppe eine günstigere Arbeitszeit angestrebt werden. Es ist dies eine Aufgabe von besonderer Kompliziertheit, die große Sorgen bereitet.

Weitgehende Verbesserungen für das städtische Personal hat die 13. Novelle zum Dienstrecht gebracht, die der Wiener Landtag im Juni dieses Jahres beschlossen hat. Die Novelle hat die Möglichkeiten der Anrechnung von Verdienstzeiten und von Behinderungszeiten weitgehend verbessert. Bis jetzt wurden mehr als 23.000

solche Ansuchen gestellt. Eine weitere Neueinführung, die mit ziemlichen Mehrkosten verbunden ist, ist die Jubiläumsgabe, die bei Erreichung von 25 Dienstjahren 50 Prozent, bei Erreichung von 40 Dienstjahren 100 Prozent eines Monatsbezuges beträgt. Es wurde der Gewerkschaft zugestanden, daß die Jubiläumsgabe im Ausmaß eines vollen Monatsbezuges schon ausbezahlt wird, wenn der Bedienstete nach Vollendung des 35. Dienstjahres in den Ruhestand tritt. Bis 30. November dieses Jahres haben beim Magistrat 1.461, bei den Stadtwerken 2.384 Bedienstete die Jubiläumsgabe erhalten. Es wurden hierfür 12 Millionen Schilling aufgewendet. In Laufe des Jahres wurden auch Verbesserungen der Entlohnungsverhältnisse der nach Kollektivvertrag entlohten Bediensteten durchgeführt. So zum Beispiel für die landwirtschaftlichen Arbeiter, für die Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes und die Tagelöhner der Ökonomie der Erziehungsanstalt Eggenburg. Die Schichtlöhne der städtischen Forstarbeiter wurden um 4.8 Prozent, die Akkordlöhne um 1.5 Prozent, der Urlaubszuschuß um vier Stundenlöhne je Urlaubsstaffel erhöht. Der Kollektivvertrag der Arbeiter der Gewista hat eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 Prozent erfahren. Für die Lastwagenfahrer wurde eine Leistungszulage von 210 Schilling, für die Mitfahrer und Springer eine solche von 85 Schilling monatlich eingeführt. Auch das Problem der Überstundenleistung konnte gelöst werden.

Die Lehrkräfte des Konservatoriums und der Musikschulen der Stadt Wien werden nach einem eigenen Schema entlohnt. Dieses wurde völlig umgebaut und bringt den Lehrkräften mit längerer Dienstzeit eine Höherreihung. Das bisher gezahlte Weihnachtsgeld an die Arbeiter der städtischen Bäckerei wurde in Kollektivvertrag verankert. Neu eingeführt wurde die Leistung von Jubiläumsgaben in selbem Ausmaß wie beim Magistrat.

In Frühjahr dieses Jahres wurden Verhandlungen mit den Spitalsärzten geführt. In den Argumentationen und der Propaganda der Arztforderungen erfolgten manche Übertreibungen, die die Grenze des Verantwortbaren zweifellos überschritten haben. Die Unzufriedenheit der Ärzte war eine allgemeine, sie erfaßte in gleichem Maße die an den Kliniken des Bundes tätigen Ärzte wie die Spitalsärzte in den Bundesländern.

Aber gestreikt sollte offenkundig nur in den Spitälern der Gemeinde Wien werden. Es streikten jedoch auch Spitalsärzte in den Bundesländern und vor allem die Ärzte an den Wiener Universitätskliniken. Demgemäß wurden die Verhandlungen über die Forderungen der Ärzte auf Bundesebene und unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers geführt. Am 12. Mai erfolgte der gemeinsame Abschluß im Bundeskanzleramt, durch den der Streik in den Spitälern beigelegt wurde. Nach diesem Abschluß erfolgten dann noch Verhandlungen auf Wiener Ebene zur Bereinigung jener Verhandlungsgegenstände, die ausschließlich Probleme der Wiener Gemeindespitäler und Wohlfahrtsanstalten betrafen.

Die Bezüge der Ausbildungsärzte erfuhren eine teilweise Neuregelung durch Schaffung einer 3. Gehaltsstufe für Sekundärärzte ab dem 5. Dienstjahr; auch die Bezüge der Assistenzärzte erfuhren durch Schaffung einer 3. Gehaltsstufe eine Erhöhung. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit einer Dienstzeitverlängerung für Ausbildungsärzte vereinbart, und zwar für Sekundärärzte um ein 5. und 6. Dienstjahr, für Assistenzärzte bis zu einem Ausmaß von insgesamt 14 Dienstjahren. Die Verlängerung der Dienstzeit soll bei dienstlicher Notwendigkeit und in Ausnahmefällen auch erfolgen können, wenn besondere soziale Rücksichtnahmen dies erfordern.

Für Ärzte, die dauernd an Stationen mit besonderer gesundheitlicher Gefährdung Dienst leisten, wurde ein erhöhter Urlaubsanspruch vereinbart. Als Neuerung sollen Assistenzärzte, wenn sie nach vollen 10 Dienstjahren aus dem Gemeindedienst ausscheiden, Anspruch auf Abfertigung im Ausmaß von 2 Monatsbezügen haben. Alle diese Verbesserungen sind mit 1. Juli 1958 in Kraft getreten.

Schon mit 1. Mai 1958 wurden auf Grund der gleichen Vereinbarung die neuen und erhöhten Nebengebühren wirksam. Es wurde die allgemeine Erschwerniszulage der Ärzte, durch die vor allem auch Mehrdienstleistungen abgegolten werden, von 200 Schilling monatlich auf 250 Schilling für Sekundärärzte bis zum 4. Dienstjahr; und von bisher 300 auf 400 Schilling monatlich für Sekundärärzte ab dem 5. Dienstjahr, sowie für Assistenzärzte erhöht. Die Nachtdienstzulage, die bisher 30 Schilling an Wochentagen, 40 Schilling an Sonn- und Feiertagen betragen hat, wurde auf 55 Schilling je Dienst für die ersten acht Nachtdienste und auf 75 Schilling für jeden weiteren Nachtdienst im gleichen Monat erhöht. ./.

Neu eingeführt wurde eine Sonn- und Feiertagszulage von 55 Schilling je Dienst, eine Infektionszulage für den Dienst auf Tbc- und Infektionsabteilungen von 150 Schilling monatlich und eine besondere Infektionszulage für den Dienst in Prosekturen und Radium-, Röntgen- und Isotopen-Stationen von 180 Schilling monatlich. Auch für die Anstaltsärzte wurden neue Zulagen geschaffen, so eine allgemeine Erschwerniszulage von 150 Schilling und eine Gefahrenzulage für Irrenärzte in der gleichen Höhe.

Im Gefolge dieser Bewegung der Spitalsärzte wurden Verhandlungen auch über Forderungen der Primärärzte eingeleitet, in deren Mittelpunkt der Wunsch nach teilweiser Höherbewertung der Dienstposten der Anstaltsdirektoren und Primärärzte steht. Diese Verhandlungen werden noch diese Woche fortgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit muß den Primärärzten der Wiener Krankenanstalten, aber auch einer Reihe anderer Ärzte und dem gesamten Pflegepersonal unserer Spitäler für die Aufopferung gedankt werden, mit der sie während des Ärztestreiks ihren Dienst versehen haben! (Beifall bei der SPÖ).

Nach Beendigung der Ärztebewegung forderte auch das Pflegepersonal eine Neuregelung und Erhöhung seiner Nebengebühren und Zulagen. Vor allen Dingen die Erhöhung der Nachtdienstzulage. Sie wurde von acht auf sechzehn Schilling erhöht und eine Nachtpflegezulage von acht Schilling neugeschaffen, die für die Zeit der durch den Schwesternmangel entstandenen besonderen Erschwernisse im Pflegedienst zugestanden wurde. Es wurden auch alle anderen Nebengebühren überprüft und zum Teil ausgiebig erhöht. So wurde in der Gruppe der Gefahrenzulagen die Infektionszulage für die Dienstleistung an Tbc- und Infektionsabteilungen von monatlich 47 Schilling auf 150 Schilling erhöht. Die besondere Gefahrenzulage für Dienstleistungen in Prosekturen und Laboratorien sowie in Abteilungen für Strahlentherapie wurde von 47 auf 180 Schilling und die Bereitschaftszulage des Irrenpflegepersonals von 4.70 auf 16 Schilling je Bereitschaftsdienst erhöht. Gleichfalls erhöht wurden die allgemeine Erschwerniszulage sowie Erschwerniszulage und Nachtdienstzulage der Erzieher der Erziehungsheime der Stadt Wien. Eine Erleichterung wurde für das Pflegepersonal durch die Einstellung von Stationsgehilfinnen geschaffen.

Die Probedienstleistung hat sich sehr bewährt, sodaß ab Jänner 1959 weitere Stationen der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit Stationshilfen besetzt werden. Großes Augenmerk wurde auch der Verbesserung der Wohnverhältnisse der Krankenschwestern zugewendet. Im Budget des Jahres 1958 waren für diesen Zweck 2,9 Millionen Schilling vorgesehen, die auch verbraucht wurden. Erfreulich sind die verstärkten Anmeldungen zu den neuen Jahrgängen der Pflegerinnenschulen. Eine neue Institution soll diese Entwicklung noch fördern, nämlich die Einrichtung einer Vorschule für soziale Frauenberufe. Diese Schule soll die schulentlassenen Mädchen bis zur Erreichung des Eintrittsalters in Pflegerinnen- oder Fürsorgerinnenschulen erfassen und auf ihren künftigen Beruf vorbereiten. Mit der Eröffnung dieser Schule ist 1959 zu rechnen. Günstig wird sich auch die in Entwurf für ein neues Krankenpflegegesetz vorgesehene Bestimmung auswirken, nach der das Eintrittsalter in die Pflegeschulen auf das 17. Lebensjahr herabgesetzt werden soll. Als besonders erfreulich bezeichnet der Referent das Ergebnis der zweijährigen Nachschulungsjahrgänge für Hilfspflegerinnen. Den Absolventinnen dieser Lehrgänge, die neben ihrem Dienst und ihrer Hauswirtschaft zwei Jahre lang die Belastung durch die Schule auf sich genommen und bei den Prüfungen gut abgeschnitten haben, muß für das bekundete Berufsinteresse herzlichst gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Der Voranschlag sieht beim Magistrat einen Personalaufwand von 1.496,9 Millionen gegenüber 1.457,6 Millionen im Jahre 1958 vor. Die Gemeinde Wien ist mit einem Anteil von 30,4 Prozent Personalaufwand am Gesamtaufwand wahrscheinlich die billigste Personalverwaltung unter den Gebietskörperschaften. Beim Personalaufwand der Stadtwerke ist es noch günstiger. Er wird 1959 981 Millionen gegenüber 1.032,5 Millionen im Jahre 1958 betragen. Es ist also das Kuriosum eingetreten, daß ohne Personalabbau bei eher höheren Leistungen der Personalaufwand sinkt. Dementsprechend günstig ist auch das Bild des Personalaufwandes beim Magistrat und Stadtwerken zusammen. Das ist das Ergebnis einer Sparsamkeit, vor allen bei der Anstellung neuen Personals. Interessant ist, daß die Zahl der Pensionisten bei den Stadtwerken heuer zum ersten Male geringer ist als die der Aktiven.

Bedauerlich ist das Steigen der Zahl der Disziplinarfälle. In den ersten elf Monaten des Jahres wurden 404 Disziplinarverfahren durchgeführt, gegenüber 311 im Jahre 1957. 146 Disziplinarverfahren sind auf Verkehrsdelikte zurückzuführen, 35 auf Trunkenheit.

An 36 Sportler wurden Sonderurlaube mit vollen Bezügen im Ausmaß von 416 Arbeitstagen gegeben, an 9 Sportler Karenzurlaube im Ausmaße von 117 Tagen. Sonderurlaube wurden auch für gewerkschaftliche Schulungskurse sowie an städtische Ärzte, insbesondere Primar- und Fachärzte, gegeben. Großes Gewicht wurde auf die Weiterbildung und fachliche Ausbildung des Personals gelegt und Kurse für Akademiker und für Verwaltungs- und Kanzlei-beamte abgehalten. In der Verwaltungsakademie wurde wieder eine Reihe von Vortragsstücken abgehalten, und die Vorgesetztenschulung wurde planmäßig fortgesetzt.

Während andere Gebietskörperschaften mit dem Problem der Verwaltungsvereinfachung ringen, kann die Gemeinde Wien auf beachtliche Erfolge hinweisen. So ist es der Revisionstätigkeit der Amtsinnspektion zuzuschreiben, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres 140 Dienstposten eingespart werden konnten. Von 1947 bis 1957 wurden 1600 Dienstposten aufgelassen. Der Personalstand des Magistrates konnte von 1947 bis 1957 um 4090 Bedienstete gesenkt werden. Die gleiche erfreuliche Entwicklung ist bei den Stadtwerken zu verzeichnen. Im gesamten Gemeindebereich ist innerhalb von zehn Jahren eine Ersparnis von insgesamt 7.943 Bediensteten eingetreten. Die Reorganisation des Inkassos bei Strom und Gas hat allein 200 Bedienstete erspart. Demgegenüber weist der Bund eine Vermehrung des Personalstandes in den gleichen zehn Jahren um 35.000 Bedienstete auf. Man ist dort jetzt erst zur Überzeugung gekommen, man müßte den Personalaufwand reduzieren, um das nötige Geld für die Forderung des Personals nach dem 14. Monatsgehalt bewilligen zu können. Wir stehen seit jeher auf dem Standpunkt, unser Bestreben kann nicht sein, möglichst viele Menschen zu beschäftigen, sondern nur so viele, als zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind, diesen aber möglichst gute Bezüge und Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Bei der Ergänzung des Personals haben wir infolge des Mangels guter Nachwuchskräfte Sorgen. Wir sind gezwungen, neue Mitarbeiter für die Verkehrsbetriebe im Wege des Zeitungsinserates zu suchen. Dabei ergibt sich, daß die meisten Bewerber in ungekündigter, oftmals sehr guter Stellung sind. Wahrscheinlich trauen sie der Konjunktur doch nicht so.

Abschließend sprach der Referent allen seinen Mitarbeitern den herzlichsten Dank aus. In diesen Dank schloß er namentlich Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Generaldirektor Dr. Ing. Horak, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, Obersenatsrat Dr. Parville und Senatsrat Dr. Wolschansky ein. Er dankte auch allen Bediensteten der Stadt und ihren Unternehmungen herzlichst für ihre Arbeit und ihre Dienstleistungen. (Allgemeiner Beifall).

#### Personaldebatte

GR. Maller (VO) kritisierte, daß den Bediensteten kein Einblick in die Dienstbeschreibung gewährt wird, und erklärte, zur Vermenschlichung der Verwaltung gehöre auch ein gutes Verhältnis zwischen den Bediensteten und der Verwaltung, wozu ein erster Schritt sein könnte, offen mit den Bediensteten über die begangenen Fehler, aber auch über ihre positiven Seiten zu sprechen.

Leider, so sagte er weiter, wird die Treue der Bediensteten von der Gemeinde nicht immer richtig entlohnt. Vieles, was vor dem Jahre 1934 eine Selbstverständlichkeit war, wird heute nicht mehr gewährt. So wäre es höchste Zeit, daß 14 Jahre nach Kriegsende eine zumindest auf der Basis von vor 1934 fußende Dienstkleiderordnung erstellt wird. Auch wäre es eine moralische Verpflichtung der Gemeinde, die bindende Zusage zu geben, daß zumindest 1959 der volle 14. Monatsbezug ausbezahlt wird. Die Gemeindebediensteten haben mit Recht erhofft, heuer den Vierzehnten zu bekommen.

Ein anderer Fragenkomplex: Die Arbeitszeitverkürzung. Sie wurde vor einem Jahr eingeführt. Das war eine gute Maßnahme, aber es gibt dabei Ungerechtigkeiten. So zählt der dienstfreie Sonntag als Urlaubstag, wenn ein Urlaubstag vorangeht. Als berstunden gelten erst jene, bei denen in 14 Tagen 96 Stunden Arbeitszeit überschritten werden.

Das sind kleinliche Maßnahmen, durch die der Gedanke der Arbeitszeitverkürzung herabgesetzt wird.

Für das Krankenpflegepersonal wurden zwar Erleichterungen geschaffen; sie reichen jedoch nicht aus, um zu einer Lösung des Problems zu kommen. Die Gemeinde Wien verlangt sehr viel, will aber die Leistungen des Personals mit einer unbefriedigenden Bezahlung und schlechter Aufstiegsmöglichkeit lohnen. Der Redner stellte einen Resolutionsantrag, jene Frauen durch Stipendien zu unterstützen, die sich als Krankenschwestern, Assistentinnen usw. ausbilden lassen wollen.

Der Redner fragt ferner, ob es nicht möglich wäre, die Anfangsbezüge bei bestimmten Bedienstetengruppen zu erhöhen. Er tritt weiter für eine Verbesserung der sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten ein und ersucht den Referenten, Gefahrenzulagen auch für die Bediensteten der Straßenpflege zu gewähren. Besonders hebt er den schweren Dienst des Personals der Verkehrsbetriebe hervor, das bei Unfällen vom Dienstnehmer nicht in Schutz genommen wird.

Es heiße immer, die Gemeinde Wien sei ein sozialer Dienstgeber. Aber die weiblichen Bediensteten werden vielfach schlechter behandelt als die männlichen; Schaffnerinnen werden nicht pragmatisiert u.a.

GR. Haller beschäftigt sich dann mit einigen konkreten Fällen. So berichtete er von einer Krankenschwester, die zwei Jahre vor Erreichung des Rentenalters gekündigt wurde, und von einem Vertragsbediensteten der Verkehrsbetriebe, der wegen seines Gesundheitszustandes entlassen wurde. Ein Gewerkschaftsfunktionär wurde versetzt, weil er nicht der SPÖ angehörte. In einem anderen Fall wurde die Vorrückung verhindert, weil der Mann einer Partei angehörte, die dem Stadtrat nicht genhm ist. Es gibt Dutzende Fälle dieser Art, versicherte GR. Haller abschließend. Seine Fraktion könne eine solche Personalpolitik nicht gutheißen und stimme daher den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I nicht zu.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) führt aus, das Kapitel I unterscheide sich von allen anderen dadurch, daß es sich hier nicht um Steine, Brücken und Ähnliches handelt, sondern um Menschen. Es geht gerade um jene Menschen, denen gegenüber die Gemeinde eine er-

höhte Verpflichtung hat, da sie ihre Arbeitskraft dem Dienst der Stadt Wien widmen. Die nüchternen Ziffern des Voranschlages können nicht das menschliche Moment in den Vordergrund rücken. Der Redner erneuert seine alte Forderung nach einem Stellenplan.

Der Redner spricht sodann über den 14. Monatsgehalt und nennt das Ergebnis das Optimum dessen, was zu erreichen war. Er erwähnt in diesem Zusammenhang einige historische Daten, so daß zum Beispiel im Jahre 1931 zum ersten Male die bis dahin 14 Monatsgehälter der Gemeindebediensteten mit Gemeinderatsbeschluß geschnürt wurden und es 1933 mit allen Vorteilen gegenüber den Bundesbediensteten vorbei war. Der Redner bemängelt, warum die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses I nicht zu den Angelobungsfeiern eingeladen werden. Es gehe auch nicht an, daß man einen neu aufgenommenen Bediensteten in Ante für die SPÖ werbe oder Sammlungen für politische Zwecke während der Dienststunden in den Büros durchführe und auch Bedienstete, von denen man weiß, daß sie einer anderen Partei angehören, nicht ungeschoren lasse.

Zur viel besprochenen Verwaltungsreform gehöre auch das Thema der Stellenausschreibungen. Mit den Ausschreibungen allein sei nichts gemacht, wenn nicht ein bestimmtes Forum, zum Beispiel die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses, über die Anstellung der einzelnen Bewerber entscheiden kann. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner verweist dann auf einige Einzelfälle, die nach politischen Gesichtspunkten behandelt wurden. Eine derartige Personalpolitik müsse seine Fraktion zurückweisen. Er verlangt auch eine Besserstellung der Bediensteten der Bezirksämter und Außenstellen, die nicht als Bedienstete zweiten Ranges behandelt werden dürfen. Eine weitere Forderung ist die Angleichung der Urlaube für Akademiker an die des Bundes. Ebenso sollte die Gemeinde bei Gewährung von Vorschüssen an ihre Bediensteten wie der Bund keine Zinsen verlangen. Einem Wunsch der Pensionisten, wenigstens jährlich einmal eine Abrechnung zu bekommen, müßte ebenfalls Rechnung getragen werden.

Die Bemühungen, das Betriebsklima zu verbessern, werden nur dann Erfolg haben, wenn man bestrebt ist, diese Gedankengänge über den bloßen wirtschaftlichen Rahmen hinauszuhoben und zu

einer wirklichen Humanisierung der Arbeit auf echter sozialer und ethischer Ebene zu kommen. So lange man den einzelnen Bediensteten nicht das Gefühl der wirklichen persönlichen Freiheit und der Freiheit von Angst gibt, werden Bestrebungen dieser Art immer fehlschlagen. Im Namen seiner Fraktion dankt der Redner allen Bediensteten der Stadt Wien für ihren wörtvollen und aufopferungsvollen Dienst im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Opravil (SPÖ) stellt fest, daß es im Jahre 1958 in Zusammenarbeit zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer gelungen ist, verschiedene Wünsche, mit denen die Gewerkschaft schon vor längerer Zeit herantreten ist, zu erfüllen. Dadurch konnte ein wirklich gutes Betriebsklima geschaffen werden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hat die Gemeinde Wien den Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen. Die Schwierigkeiten waren gerade auf diesem Gebiet sehr groß. Es gibt auch jetzt noch Bedienstetengruppen, für die eine Arbeitszeitverkürzung nicht möglich war, weil ja die Gemeindeverwaltung auch auf die Wahrung der Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen muß. In weiterer Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaft wurde die Anrechnung der Vordienstzeiten verbessert, die Gewährung von Jubiläumsgaben und schließlich auch die erhöhte Sonderzahlung beschlossen. Ein großer Teil der Gemeindeangestellten weiß die Erfüllung all dieser Wünsche zu schätzen. Als besonders begrüßenswert bezeichnet der Redner die Abhaltung von Seminaren zur Fortbildung der Angestellten. Er bittet den Personalstadtrat dafür zu sorgen, daß diese ausgezeichneten Seminare auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Als sehr erfreulich bezeichnet er auch die Feiern anlässlich der Verabschiedung von Bediensteten. Diese Veranstaltungen sind für die Jubilare ein Erlebnis. Mit ebenso großer Freude werden die alljährlichen Ausflüge des Personalreferenten von den jungen Angestellten der Gemeindeverwaltung begrüßt. Der rein menschliche Kontakt wird sich nur zum Besten für unsere Bevölkerung auswirken.

Die Stadtwerke haben die Möglichkeit, Ferialpraktikanten unterzubringen. Leider werden die zur Verfügung stehenden Plätze nicht ausgenützt. Besonders schwierig ist es aber, Nachwuchs für die höherrn Gruppen, für die A-Beamtenstellen, zu bekommen. Ein Weg, aus dieser schwierigen Situation zu kommen, wäre die Verleihung von höheren Stipendien, die dann mit einer gewissen Verpflichtung gegenüber der Gemeinde Wien verbunden sein müßten.

Als GR. Opravil den VO-GR. Haller auf Grund dessen Kritik die Verhältnisse in jenen Staaten entgegenhalten wollte, wo dessen Parteifreunde verwalten, kam es zu lebhaften Zwischenrufen bei der VO und Gegenrufen bei den Sozialisten. Wir weisen es zurück, fuhr der Redner fort, als unsozial hingestellt zu werden.

Zu dem Vorhalt des ÖVP-Gemeinderates Dr. Freytag wegen den Neuaufnahmen erklärte der Redner: Wir könnten in Ausschuß darüber reden. Die Tatsache, daß GR. Freytag immer zur Budgetdebatte damit kommt, führt beinahe zu der Annahme, daß er die Budgetdebatte deswegen benützt, um zum Fenster hinaus zu sprechen. Wenn er weiter darauf hinwies, daß das 14. Gehalt bereits im Jahre 1931 gefallen ist, muß ihm entgegengehalten werden, daß damals schon begonnen wurde, auf der Dollfuß-Straße zu marschieren. Der Kritik wegen politischer Beeinflussung von Bediensteten hielt er entgegen, daß auch von Seiten des ÖMB in Zusammenhang mit der Definitivstellung eines Bundesbediensteten geraten wurde, dieser Organisation beizutreten. Es kann einmal in der Masse ein Fehler geschehen. Aber gerade in der Gemeinde Wien wird darauf gesehen, daß nach den Grundsätzen des Rechtes vorgegangen wird.

Schließlich wandte sich der Redner gegen die Darstellung einer Zeitung, wonach die Pragmatisierung Schuld am Defizit der Verkehrsbetriebe wäre, und verwahrt sich dagegen, auf Grund unrichtiger Annahmen zu versuchen, zwischen die Bevölkerung und die Angestellten dieser Stadt einen Keil zu treiben. Die Verwaltung hat jederzeit ihr Bestes getan, um im beiderseitigen Interesse, im Interesse der Bediensteten wie im Interesse der Bevölkerung, zu wirken. (Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Riemer, daß er sich, da GR. Haller zum Teil die Ausführungen des Dr. Soswinski aus dem vorigen Jahr wiederholt hat, auf sein vorjähriges Schlußwort be-

rufen könne. Wenn GR. Maller verlangte, man solle mit den Dienstbeschreibungen hinter den Rücken der Bediensteten aufhören, dann muß auf jene Länder verwiesen werden, wo die Kommunisten regieren. Dort wird hinter den Rücken mit dem Genickschuß vorgegangen, wenn man mit irgend etwas nicht einverstanden ist. Bei uns werden die Dienstbeschreibungen nur eingeholt, wenn man sie aus irgendeinem Anlaß braucht. Regelmäßige Dienstbeschreibungen lehnen wir grundsätzlich ab, weil sie überflüssig sind. Niemand hat auch gesagt, daß der Einmann-Betrieb auf der Stadtbahn ohne die technischen Voraussetzungen und Sicherungen eingeführt werden soll. Über die Tragdauer der Dienstkleider wird in jedem Einzelfall mit der Gewerkschaft verhandelt und darüber ein Vertrag abgeschlossen.

Dem GR. Dr. Freytag hält er entgegen, daß seinerzeit das 14. Gehalt nicht aus Bosheit der sozialdemokratischen Mehrheit, die das 14. Monatsgehalt erst geschaffen hat, reduziert wurde, sondern diese Beschlüsse unter dem Zwang der Verhältnisse gefaßt wurden, die damals durch die Reaktion in Österreich entstanden sind.

Bei Schaffung des Gehaltgesetzes 1956 wurde die Forderung nach dem 14. Gehalt zurückgestellt, weil man die Erhöhung der Bezüge der öffentlich Angestellten um 28 Prozent nicht in Gefahr bringen wollte.

GR. Maller ist überhaupt nicht besonders sachlich gewesen. So hat er von Luxus einer Generaldirektion der Wiener Stadtwerke gesprochen. Gerade die Zusammenfassung der vier Unternehmungen zu den Wiener Stadtwerken hat auch eine Zusammenfassung vieler Agenden mit sich gebracht, und diese Zentralverwaltung hat heute viel weniger Personal als seinerzeit die vier Unternehmungen für die gleichen Agenden gebraucht haben.

Gegen die Versuche mancher Bediensteter, sich einzelne Urlaubstage so zu nehmen, daß sie dann drei, vier oder fünf freie Tage haben, muß man sich selbstverständlich wehren, weil das ja ein Unrecht bedeutet gegenüber jenen Kollegen, die sich das nicht so einrichten können.

Die Zeit von der 46. bis zur 48. Arbeitsstunde gilt natürlich nach wie vor als Arbeitszeitverpflichtung, und wenn in einzelnen Fällen eine Mehrdienstleistung bis zur 48. Arbeitsstunde notwendig wird, kann dafür keine Entschädigung geleistet, höchstens eine Arbeitszeitvergütung gegeben werden. GR. Maller hat auch prophezeit, daß die Erleichterungen im Pflegedienst ungenügend sein werden. Man kann sich natürlich immer mehr vorstellen. Wenn man aber vernünftig und verantwortungsbewußt ist, wird man auch als Bediensteter einsehen, daß die Gemeindeverwaltung eben nicht mehr leisten kann. Was die Kritik der Anfangsgehälter betrifft, so ist das Schema des öffentlichen Dienstes mit der Gewerkschaft vereinbart worden. Es wurde genau abgestimmt auf die verschiedenen Zweige des öffentlichen Dienstes und ist so konstruiert, daß der Angestellte nach Beendigung der Dienstzeit mit einem sehr schönen Gehalt in den Ruhestand tritt. Natürlich kann der Anfangsbezug bei einem solchen Schema nicht so hoch sein.

Was die Sicherung der Existenz der Vertragsbediensteten anlangt, so wurden mehr als zwei Drittel der Kündigungen wegen Erreichung der Altersgrenze ausgesprochen..

Der Referent weist ferner den Vorwurf zurück, daß das Personal vor allem das der Straßenbahn, von der Gemeinde nicht geschützt wird. Es ist noch keinem Straßenbahner vom Dienstgeber aus etwas geschehen, wenn es nach einem Verkehrsunfall noch möglich war, seine Existenz als Gemeindebediensteter zu retten.

Was die vom GR. Maller zitierten Einzelfälle betrifft, so wirken sie immer sehr dramatisch. Man kann aber damit nichts anfangen, weil die Akten nicht gleich zur Verfügung stehen. In dem einen Fall der Krankenschwester könne er sagen, daß sie 148 Krankentage in einem Jahr hatte. In dem anderen Fall einer Versetzung wurde der Mann von der Disziplinarkommission schuldig gesprochen. Er wurde aber vor allem deswegen versetzt, weil er nichts gearbeitet hat.

GR. Dr. Freytag hat lobende Anerkennung für die Personalpolitik der Stadt Wien gefunden. Der Referent meint, er messe dem mehr Bedeutung zu als seinen anderen Ausführungen. Was den Stellenplan betrifft, so müsse er immer wieder sagen, daß er Bestandteil des Voranschlages ist. Stadtrat Riemer betont auch nachdrücklich, daß von jedem Bewerber in den Gemeindedienst der polizeiliche Leumund überprüft wird. Nur bei untadeligem Vorleben wird der Betreffende aufgenommen. ./.

Stadtrat Riemer beantwortet dann in einzelnen verschiedenen Beschwerden und Bemängelungen des ÖVP-Redners. Die Vorschläge von GR. Opravil halte er für gut. Den Antrag von GR. Maller ersuchte er, den Magistrat zuzuweisen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag von GR. Maller (VO) wird einstimmig dem Magistrat zugewiesen.

Bürgermeister Jonas unterbricht um 18.45 Uhr die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Mendl.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 17./Dezember 1958

Blatt 2587

## Wiener Schüler helfen den Besuchern der Tagesheimstätten

=====

17. Dezember (RK) Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien hat für den heurigen Winter abermals einen weiteren Ausbau der Tagesheimstätten für alte Leute durchgeführt. Es sind jetzt 71 solcher Heime für Gemeinde- und Sozialrentner täglich, mit Ausnahme von Sonntag, von 13 bis 19 Uhr geöffnet. Sie werden von rund 6.000 Personen besucht. Nun haben Schüler der höheren Klassen für die Tagesheimstätten verschiedene Spiele und Gebrauchsgegenstände angefertigt und den Tagesheimstätten zur Verfügung gestellt. Nicht weniger als 514 Schach-, Halma- und andere Gesellschaftsspiele sowie 123 Tischkegelspiele, 85 Dominospiele wurden nunmehr den Tagesheimstätten von den Schülern übermittelt, ebenso Zeitungsstände, Tischlampen, Aschenbecher, Zeitungshälter und verschiedene Weihnachtsdekorationen.

Vizebürgermeister Honay, der in einer Reihe von Tagesheimstätten an der Überreichung dieser Geschenke teilgenommen hat, würdigte diese soziale Einstellung der Schuljugend und sprach allen, die mitgewirkt haben den alten Leuten zu helfen, den Dank der Stadtverwaltung aus.

- - -

Wieder ein neues Stadtviertel in Floridsdorf  
=====Zwei neue Wohnhausanlagen mit 425 Wohnungen - Baukosten 50 Mill.

17. Dezember (RK) Wieder wird von der Gemeinde Wien eine neue moderne kleine Stadt gebaut. Auf dem 37.700 Quadratmeter großen Gelände zwischen Prager Straße - Dunantgasse und Tetmajergasse, wo sich jetzt mehrere hässliche Holzlagerplätze befinden, sollen 19 Häuser errichtet werden. Um zwei neunstöckige Punkthäuser werden sich 13 freistehende dreistöckige Häuser und vier ebenerdige, als "Heimstätten für alte Leute" bestimmte Häuser lose gruppieren. Dazu kommen noch ein ins Grün gebettetes ebenerdiges Gebäude für die Unterbringung eines Kinderhortes, und, an der Einmündung der Tetmajergasse in die Prager Straße, ein Ladenhaus und ein Gemeinschaftshaus.

336 Wohnungen aller Größen mit besserer Ausstattung wird dieses neue Stadtviertel in sich bergen. Stadtrat Heller hat dem Wiener Stadtsenat die Entwürfe und die Kosten vorgelegt. Stadtrat Lakowitsch referierte über die dazugehörige Baubewilligung. Die Architekten der neuen großen städtischen Wohnhausanlage in Floridsdorf sind: Otto Frank, Elisabeth Gottwald, Dr. Fritz Kastner, Edith Matzalik, Friedrich Pangratz, Willi Reichl, Hans Riedl und Norbert Schlesinger.

Die Kosten werden mit 40,775.000 Schilling angenommen. Der Wiener Gemeinderat wird sich noch vor den Feiertagen mit diesem Projekt beschäftigen. Wenn er zustimmt, wird sofort mit den Arbeiten begonnen werden.

Eine zweite Wohnhausanlage mit 89 Wohnungen und einem Geschäftslokal wird im 3. Bezirk, Eslarngasse - Marilaungasse, gebaut. Einige alte Häuser, die dort standen, sind bereits abgebrochen worden. Architekt Hanns Hilscher hat unter der Mitarbeit von Dr. Ing. H. Leitner die Pläne für fünf fünfstöckige Häuser ausgearbeitet. Auch hier ist hinsichtlich Fußböden, Wandverfliesung, Baderaumeinrichtungen etc. die bessere Ausstattung vorgesehen. Die Kosten werden mit zehn Millionen Schilling angenommen.

Beide Projekte zusammen umfassen 425 Wohnungen, einen Kinderhort und diverse Geschäftslokale. Die Gesamtbaukosten betragen mehr als 50 Millionen Schilling.

88 Vorschläge beim Wettbewerb Per Albin Hansson-Siedlung-Nord  
=====

Massenbeteiligung der Architektenschaft bei einer interessanten  
städtebaulichen Aufgabe

17. Dezember (RK) Die Gemeinde Wien hat bekanntlich einen Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen über die Bebauung des Gebietes nördlich der Per Albin Hansson-Siedlung in Favoriten ausgeschrieben. Dort soll einmal ein Wohnviertel für etwa 1.500 Menschen mit einem eigenen gesellschaftlichen Zentrum entstehen.

Letzten Samstag war Abgabetermin. Wie die "Rathaus-Korrespondenz" von Stadtrat Heller erfährt, haben sich an dem Wettbewerb außergewöhnlich viele österreichische Architekten beteiligt. Nicht weniger als 88 Bebauungsvorschläge und Modelle sind eingereicht worden, die in nächster Zeit von der Jury begutachtet werden müssen.

Es ist dies in Wien seit vielen Jahren die größte Beteiligung an einem Wettbewerb dieser Art und zeugt von der erfreulich starken Anteilnahme der Architektenschaft für neue, bessere Wege im sozialen Städtebau.

Mit der Bekanntgabe der Wettbewerbsergebnisse kann Mitte Jänner gerechnet werden.

- - -

Musik vom Rathausurm zu Weihnachten und zu Silvester  
=====

17. Dezember (RK) Am 24. Dezember um 18 Uhr werden auf dem Carillon des Wiener Rathauses durch etwa zehn Minuten Weihnachtslieder, gespielt von Kapellmeister Angerer, zu hören sein.

Am 31. Dezember von 18 Uhr bis 18.30 Uhr findet das traditionelle Turmblasen, ausgeführt vom Trompeterchor der Stadt Wien, statt. Während der letzten zehn Minuten des alten Jahres wird wiederum Musik auf dem Carillon erklingen, das auch die zwölf Glockenschläge um Mitternacht vermitteln wird.

- - -

Personalnachrichten  
=====

17. Dezember (RK) Anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand hat der Wiener Stadtsenat den Senatsräten Dr. Arthur Breymann, Dr. Johann Scharnagl und Dr. Ernst Schönbauer, dem ärztlichen Abteilungsvorstand Dr. Arwed Berg und dem Oberamtsrat Franz Stiegelbauer Dank und volle Anerkennung ausgesprochen.

Aus dem gleichen Anlaß wurde den Senatsräten Karl Ruhm und Dr. Dipl.-Ing. Leopold Sulke der Titel Vizedirektor der Elektrizitätswerke verliehen.

Ebenfalls wegen Versetzung in den dauernden Ruhestand hat der Wiener Stadtsenat dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Otto Scholz, dem Oberamtsrat Adolf Hejduk, dem Amtsrat Josef Lokvenc und dem Technischen Amtsrat Ing. Rudolf Schaffer Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Dem Oberstadtbaurat i.R. Dipl.-Ing. Martin Waditschatka wurde der Titel Senatsrat verliehen. Der Magistratsrat Dr. Franz Zechmayer wurde zum Obermagistratsrat ernannt.

Den Amtsräten Otto Bergmann und Ferdinand Feigl wurde der Titel Oberamtsrat verliehen.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus  
=====Geschäftsgruppe III: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

17. Dezember (RK) Heute früh, um 9 Uhr, setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Verhandlungen über den Voranschlag der Stadt Wien für 1959 fort.

Stadtrat Mandl (SPÖ), referierte über die Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. Einleitend sprach der Redner seine Freude darüber aus, daß er zum zehnten Mal in diesem Hause den Voranschlag seiner Geschäftsgruppe referieren darf. Diese Tatsache verleite ihn dazu, auf die Entwicklung der letzten Jahre Rückschau zu halten und zu prüfen, ob sie eine fruchtbare war. Schon aus dem Vergleich einiger Zahlen sehe man die immer größere Bedeutung, die die Stadtverwaltung neben der Sorge um das materielle Wohl ihrer Bürger, auch dem geistigen, kulturellen und künstlerischen Sektor beimißt. So hat das Kulturbudget des Jahres 1950 die runde Summe von 12,9 Millionen Schilling ausgemacht. Die Beträge, die für das kommende Jahr veranschlagt wurden, machen 153,5 Millionen Schilling aus. Für das Schulwesen wurden 1950 51 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, im nächsten Jahr werden für den gleichen Zweck 181,5 Millionen vorhanden sein. Das Gesamtbudget der Geschäftsgruppe III hat also für das Jahr 1959 die beträchtliche Summe von 334,876.100 Schilling erreicht und liegt damit um rund 28,5 Millionen höher als der Voranschlag für das Jahr 1958.

Bei der Behandlung dieses Bereiches ist aber nie das Geld allein ausschlaggebend, wenn es auch die Basis einer fruchtbaren, kulturellen Tätigkeit ist. Es gehört dazu außerdem viel Einfühlungsvermögen, viel behutsame Pflege des Vorhandenen, das Beachten und Betreuen aller geistigen Strömungen, eine mitunter auch kompromißlose Haltung im Streit um den Fortschritt. Dem Arbeitsteam des Kulturamtes der Stadt Wien ist aber bei dieser gewiß nicht leichten Aufgabe manches gelungen.

Auch im kommenden Jahr wird weiter für das Erhalten und Bewahren der großen, uns von der Vergangenheit übermittelten Kulturwerte gearbeitet werden. Gefördert soll alles werden, was an wertvoller geistiger Potenz in unserer Gegenwart wirkt, strebt und sich zu entwickeln sucht und das uns alle für die großen Aufgaben unserer Stadt in der Zukunft reif machen soll. Denn Wien ist nicht nur eine Stadt mit einer großen Vergangenheit. Vor Wien liegt eine ganz große Zukunft im Spiel der Nationen des europäischen Reiches.

Zur Erhaltung der historischen Bauwerke sind im Voranschlag 1,370.000 Schilling veranschlagt. Es ist die sechste Bau-rate für die Renovierung des Stephansdomes mit 300.000 Schilling enthalten, ferner 500.000 Schilling als erste Rate zur Errichtung einer Dombauhütte für St. Stephan, 300.000 Schilling für die evangelische Kirche und die Fertigstellung der evangelischen Schule auf dem Karlsplatz. Die Umfriedungsmauer und die Instandsetzung des Gräberhaines auf dem St. Marxer Friedhof wird 250.000 Schilling erfordern, die Renovierung des Wehrturmes auf dem Leopoldsberg 200.000 Schilling. Dieser Wehrturm wurde gemeinsam mit dem Nasenweg in diesem Jahre gekauft und in das öffentliche Gut übernommen. Zur Instandsetzung der Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof wurden als dritte Rate 50.000 Schilling eingesetzt, für die Instandsetzung des Donner-Brunnens und die Wiederherstellung des Otto Wagner-Denkmales 165.000 Schilling.

Die Stadtbibliothek, die drittgrößte Bibliothek Wiens, wird im kommenden Jahr ihren letzten Depotraum modernisieren können.

Der Umbau des aufgelassenen Schulhauses 7, Kandlgasse, zum Zentraldepot des Archives der Stadt Wien schreitet gut fort. Die zur Verfügung gestellten 3,5 Millionen Schilling werden die Fertigstellung im Jahre 1959 ermöglichen.

Der Bau des Museums der Stadt Wien ist abgeschlossen. Das Museum wird am 24. April kommenden Jahres anlässlich des Geburtstages unseres verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner eröffnet werden, zu dessen 80. Geburtstag es der Wiener Gemeinderat widmete. Stadtrat Mandl stellt fest, daß das Museum eine derart vollkommene technische Ausstattung hat, wie keines auf der Welt. Diese Tatsache konnte er anlässlich seiner Studienfahrt durch die USA feststellen.

Bedeutende Mittel werden auch für Zwecke der Förderung von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung zur Verfügung gestellt.

Einige Zahlen sollen eine Übersicht geben, welche Mittel die Stadt Wien im Jahre 1958 aus dem Budget, aus der Vergnügungssteuer und aus den Mitteln des Kulturroschens an einige Sparten ausgeworfen hat. So wurden u.a. 5,5 Millionen der Bildenden Kunst zur Verfügung gestellt, 440.000 Schilling für die Förderung der Literatur aufgewendet, 6,2 Millionen für Musik, 6,3 Millionen für Theater, 2 Millionen für die Volksbildung, 780.000 Schilling für Wissenschaftspflege und 1,1 Millionen für den Film. Für die Wiener Festwochen wurden 3,5 Millionen Schilling aufgewendet, für das Jugendabonnement eine Million und für das Jugendfilmabonnement 250.000 Schilling. Darüber hinaus waren bedeutende Mittel für die eigenen Institute wie Bibliotheken, Musiklehranstalten usw. erforderlich. Große Zuwendungen erhalten auch die beiden Konzerthäuser. Mit erheblichen Beträgen werden die Wiener Symphoniker unterstützt. Dieses Orchester könnte ohne die Hilfe der Stadt Wien nicht existieren. Auch die Arkadenhofkonzerte, die Palaiskonzerte, die Serenaden an historischen Stätten, die musikalischen Darbietungen in den öffentlichen Parkanlagen erfreuen sich steigender Beliebtheit.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien, für die im Budget 1959 rund 9 Millionen ausgeworfen sind, führen in diesem Schuljahr neben dem Konservatorium mit 701 Schülern 13 Musikschulen mit 1.638 Schülern und die Kindersingschule mit 5.601 Kindern. Dem verdienstvollen Leiter und seinen Lehrern muß für die geleistete Arbeit herzlichst gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Auch den Theatern wurde materiell und ideell geholfen. Erstmals wurde heuer die neu geschaffene Josef Kainz-Medaille vergeben. Großes Augenmerk hat die Stadt Wien auch der Förderung der Bildenden Kunst zugewendet. Der Redner stellt mit Freude fest, daß in unserer Stadt eine Künstlergeneration heranwächst, deren beste Exponenten sich mit viel Erfolg auch in internationalen Bewerben bewähren. Zu begrüßen ist, daß Wien im Zusammenwirken von Bund und Stadt endlich eine moderne Galerie erhalten soll. Sehr groß war der Erfolg der Van Gogh-Ausstellung, die von 132.000 zahlenden Besuchern gesehen wurde und einen Reingewinn von 41.600 Schilling erzielte.

Diese Summe wird für die im kommenden Jahr stattfindende große Edvard Munch-Ausstellung verwendet werden.

Die Stadtverwaltung ist auch bemüht den Lyrikern zu helfen, denn gerade diese Sparte der Dichtkunst ist für die Pflege des Wortes von wesentlichster Bedeutung. Der Preis der Stadt Wien für das beste Jugendbuch des Jahres ist ein wertvoller Helfer im Kampf gegen die Schundliteratur. Einen sehr wesentlichen Anteil an der Propagierung des guten Buches haben die städtischen Büchereien, für die im Budget 1959 9,6 Millionen Schilling veranschlagt sind. Sehr bewährt hat sich der städtische Bücherei-Autobus. Er hat bereits über 1.300 eingeschriebene Leser. Die städtischen Büchereien versorgen derzeit 50.599 Leser, das bedeutet gegenüber 1950 eine Verdoppelung bei gleichem Personalstand. Zu erwähnen sind auch noch die Verleihung der Stipendien, die Vergebung der außerordentlichen Zuwendungen, die Würdigungs- und Förderungspreise der Stadt Wien, die Ehrungen verdienter Mitbürger, die Auszeichnung durch die Renner-Preise, die Subventionierung des Notringes und der Akademie der Wissenschaften, der Plakatwettbewerb, die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die Dichterlesungen usw.

Über die Förderung des Sportes sagte Stadtrat Mandl, daß 71 Sportplätze mit einem Gesamtflächenausmaß von rund 2,1 Millionen Quadratmeter den Wiener Sportvereinen gegen Entrichtung einer Anerkennungsgebühr zur Verfügung stehen. Mit dem Ertragnis des Sportgroschens von 1,5 Millionen konnten in diesem Jahr Subventionsansuchen positiv erledigt werden. Unserer Jugend stehen 52 Jugendspielplätze in Gesamtausmaß von 300.000 Quadratmeter zur kostenlosen Verfügung. Der Zeitplan für den Ausbau des Stadions wird genau eingehalten. Der 3. Ring ist zu 72 Prozent fertig und wird 1959 programmgemäß geschlossen.

Die Wiener Stadthalle konnte programmgemäß am 21. Juni eröffnet werden. Ich glaube, es gibt heute keinen Wiener mehr, der nicht auf dieses grandiose Bauwerk stolz ist. Die Stadthalle hat in der kurzen Zeit ihres Bestandes die in sie gesetzten Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllt. In der Zeit von 1. Oktober 1957 bis 30. November 1958 fanden dort 379 öffentliche Veranstaltungen statt, und zwar: 261 Sportveranstaltungen, 32 Kongresse und Tagungen,

30 Kulturveranstaltungen, 25 Unterhaltungsveranstaltungen und Bälle, 16 religiöse Veranstaltungen, 6 lokale Veranstaltungen, 5 Ausstellungen und 4 politische Kundgebungen. Im gleichen Zeitraum wurden 8.657 Trainingsstunden abgehalten, an denen sich 78.059 Aktive aus 22 Sportzweigen beteiligten. Die Halle wurde bis 30. November 1958 von insgesamt 704.254 Personen frequentiert. An 1.801 Führungen haben 94.365 Gäste aus dem In- und Ausland teilgenommen. Im Februar kann die Stadthalle den millionsten Besucher erwarten.

Auf der Rubrik "Körpersport" findet man erstmalig eine Post "Olympiade". An Mitbewerbern sind die Städte Tokio, Detroit und im letzten Moment noch Brüssel aufgetreten. Samstag ist in Wien Herr Mohammed Taher als Experte des Internationalen Komitees eingetroffen, um sich über die Situation in Wien zu orientieren und die Möglichkeiten der Abhaltung der Olympiade zu überprüfen.

Herr Taher war Montag beim Bürgermeister, und ich werde Freitag Gelegenheit haben, alle Probleme mit ihm zu besprechen. Wir begrüßen ihn sehr herzlich in den Mauern unserer Stadt! (Beifall.)

Ich glaube, dem geschätzten Vertreter des Internationalen Olympischen Komitees auch im Namen des Wiener Gemeinderates versprechen zu können, daß wir, falls die Entscheidung im Jahr 1959 zu unseren Gunsten ausfallen sollte, alles tun werden, um die großartige Veranstaltung klaglos ablaufen zu lassen und ihr einen würdigen, glanzvollen Rahmen geben werden. (Beifall.)

Hierauf gab Stadtrat Mandl einen Überblick über die Situation bei den Pflichtschulen. 335 Volks-, Haupt- und Sonderschulen sind in 270 Schulgebäuden untergebracht. 14 städtische Schulgebäude und 58 Klassenzimmer sind außerdem dem Bund für Mittelschulen überlassen. Im Schuljahr 1957/58 hatten wir 3.409 Klassen mit 102.195 Schülern. In diesem Schuljahr sind es 3.974 Klassen mit 92.926 Schülern. Die rückläufige Entwicklung hält leider an.

Wir beobachten die Entwicklung der Geburtenzahlen sehr genau und hoffen, daß eine Stabilisierung bei einer Schülerzahl von etwa 80.000 Kindern eintreten wird.

In der Zwischenzeit bemühen wir uns, das Bau- und Renovierungsprogramm fortzusetzen. Wir haben in diesem Jahr dafür 54,9 Millionen ausgegeben und werden 1959 68,1 Millionen zur Verfügung haben. Mit Berechtigung könne man sagen, daß noch nie so viel für Schul-erneuerung und Ausstattung der Schulen geschehen ist wie in den letzten Jahren seit dem Kriege.

Die Berufsschulen haben den Kulminationspunkt in der Entwicklung des Schulbesuches überschritten. Wir zählen in diesem Schuljahr 1.262 Klassen mit 42.987 Schülern, das sind um 1.946 Schüler weniger als im Vorjahr. Eine Stabilisierung dürfte sich nach Schätzung der Fachleute bei einer Schülerzahl von etwa 30.000 ergeben. Damit ist aber der Zeitpunkt gekommen, auch in dieser Sparte des Wiener Schulwesens eine Planung auf längere Sicht vorzunehmen. Viele Berufssparten sind in vollkommen unzulänglichen Schulgebäuden untergebracht.

Eine besondere Stellung im Schulwesen der Stadt Wien nimmt die Modeschule ein. Die 35 Lehrkräfte betreuen 273 Schülerinnen, von denen rund zwei Drittel aus Wien und ein Drittel aus den Bundesländern und dem Ausland kommen. Den ausgezeichneten Ruf der Schule beweist die Tatsache, daß 24 österreichische Textilfirmen und 18 Mode-Industriefirmen der Schule das gesamte Material für 213 Modelle kostenlos zur Verfügung stellten. Daß unsere Mädels in diesem Jahr wieder bei einem internationalen Wettbewerb um die Goldene Bayer-Schere einen ersten Preis erringen konnten, scheint schon fast selbstverständlich zu sein.

181,5 Millionen Schilling gibt die Stadt Wien für ihre Schulen aus. Dabei wurde aber noch gar nicht erwähnt, was rund um den eigentlichen Unterrichtsbetrieb an Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet wird. Jede Schule ist mit einem Schmalfilmgerät und einem Bildwerfer ausgestattet, jedes Wiener Kind besucht einmal im Jahr die Jugendkonzerte, und die Schulgalerien haben sich ausgezeichnet bewährt. Das Jugendabonnement absolviert heuer seine vierte Spielzeit. 21.000 junge Menschen haben Abonnements bezogen. 524.000 Besuche, darunter 363.000 Besuche von Theatervorstellungen, wurden absolviert. Es kann nun da oder dort einmal vorkommen, daß sich einige Burschen oder Mädels noch nicht so benehmen, wie wir dies wünschen.

Man darf aber deshalb nicht die Jugend in Bausch und Bogen verdammen (GR. Dr. Fiedler (ÖVP): Warum dann der Brief von Zechner?) StR. Mandl antwortet dem Zwischenrufer, daß der Stadtschulratspräsident selbstverständlich das Recht habe, sich um diese Dinge zu kümmern. Im übrigen aber möchte er darauf hinweisen, daß es auch in diesem Saale schon Szenen gegeben habe, die nicht gerade als vorbildlich bezeichnet werden können (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ). Es wird vielleicht auch interessieren, daß die Schulgemeinde der Berufsschulen eine Schule für gutes Benehmen gegründet hat, die im ersten Kurs 800 Teilnehmer zählt. Der Kursbeitrag beträgt 40 Schilling. Das Interesse ist so groß, daß ein zweiter Kurs eingerichtet werden muß, für den sich jetzt schon 1.100 Jugendliche gemeldet haben. Dies zeigt, daß im Großteil unserer Jugend ein starker Drang nach Bildung und Kultur vorhanden ist.

Wir fördern daher auch in immer stärkerem Maße die Arbeit unseres Landesjugendreferates. Ich habe Frau Dr. Rauser und ihre Mitarbeiter aufgefordert, sich einmal mit den jetzt in Wien an allen Ecken und Enden entstehenden, hunderten unkontrollierten Jugendklubs zu beschäftigen, vor allen mit jenen, die in diversen Beiseln noch immer entstehen. Da wird an die Jugendlichen ein neues Getränk serviert "Coca M" und es gehört in diesen Kreisen langsam zum guten Ton "Coca M"-Trinker zu werden. Coca M ist offen serviertes Coca-Cola, in das je nach Trinkfestigkeit des Jugendlichen mehr oder weniger Schnaps gegossen wird. Alkohol-exzesse sind in diesen Jugendklubs an der Tagesordnung. Was hier geschieht ist ein Verbrechen und ich hoffe, daß es den gemeinsamen Bemühungen aller zuständigen Stellen bald gelingen wird, mit den Verderbern unserer Jugend gründlich aufzuräumen. Es wäre sehr gut, wenn gerade jene, die am lautesten über die Verderbtheit unserer Jugend klagen, sich vor Augen halten wollten, daß ein Jugendlicher sich nicht selbst verderben kann, sondern von anderen verdorben wird und das sind meist die Erwachsenen!

Vor wenigen Tagen hat der Bürgermeister den Verband der Wiener Volksbildung den Renner-Preis verliehen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, wie sehr wir die Arbeit der Volksbildung schätzen. 3.363 Kurse, die von 72.993 Teilnehmern absolviert wurden, und 8.982 Einzelveranstaltungen, die 1,1 Millionen Besucher fanden, zeigen den außerordentlichen Reichtum volksbildender Darbietungen.

Wir haben für die Unterstützung der Wiener Volksbildungsvereine in diesem Jahr einen Betrag von zwei Millionen ausgegeben und werden auch im kommenden Jahr, wie bisher, unsere Hilfe nicht versagen. Wir sind in Zusammenarbeit mit den Volksbildnern dabei, ein Volksheim-Bauprogramm zu erstellen, dessen Realisierung im Laufe der nächsten Jahre erfolgen soll.

Es ist ein vielfarbiges Bild, das ich ausbreiten konnte und das die ungeheure Vielfältigkeit des geistigen Lebens dieser alten Kulturstadt an der Donau zeigt. Es wäre aber nicht vollständig, wenn es nicht auch die festliche Repräsentanz enthielt, mit der sich Wien alljährlich im Juni in seinen Festwochen darstellt. Wir veranstalten sie im kommenden Jahr zum neunten Male und haben das Programm im Rohentwurf fertig und mit dem Vorprospekt in aller Welt bekanntgegeben. Im Mittelpunkt steht das 9. Internationale Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft, das eine Fülle glanzvoller, musikalischer Veranstaltungen - es sind insgesamt 41 Konzerte - umfaßt. Das Eröffnungskonzert ist Joseph Haydn gewidmet, dessen 150. Todestag im kommenden Jahr begangen wird.

Es ist in den letzten Tagen verschiedentlich über die Wiener Festwochen, ihren Termin usw. diskutiert worden und erst Sonntag hat sich der bekannte Wiener Kritiker Otto Basil sehr ausführlich und kritisch mit der Programmierung der Festwochen 1959 beschäftigt. Ich danke ihm aufrichtig für seine offene, aber durchaus positive Kritik.

Auch mir paßt manches an der Programmgestaltung nicht und auch ich wünsche mir mehr Interesse und Anteilnahme, mehr Originalität und echte Bereitschaft mancher Institute, die eigentlich durch die

Statuten zu größeren Leistungen und entgegenkommenderer Planung verpflichtet wären. Aber, Patriotismus für Wien erfüllt nicht jedermanns Herz und so bleiben so lange manche Wünsche offen, solange die Organisationsform der Festwochen auf das Zusammenwirken aller vorhandenen Kräfte aufgebaut ist. Kann sein, daß wir eines Tages - wenn unser Bemühen vergebens bleibt - zu einer anderen Konstruktion der Festwochen-Organisation kommen.

Prof. Basil verlangt auch die starke große Persönlichkeit, die auf die Dauer für die Gestaltung des Programmes notwendig ist. Er weiß, daß ich seine Auffassung teile - darf ich ihn aber in aller Öffentlichkeit um Vorschläge bitten, Ich werde sie gerne aufgreifen.

Was nun die Vorschläge über Verschiebung des Termines der Wiener Festwochen betrifft, so muß man sich sehr gut überlegen, den nun seit neun Jahren eingeführten Junitermin zu verlegen. Die Festspieltermine sind international so verschachtelt, daß es schwer fallen würde, eine festspielfreie Zeit zu finden, die es auch ermöglicht, neben den Veranstaltungen in Sälen, solche im Freien durchzuführen.

Ich möchte Prof. Basil rechtgeben, wenn er meint, daß gerade die Wiener Festwochen keine Routine-Angelegenheit werden dürfen, und gerade ich war es, der immer wieder versuchte, sie abwechslungsreich und lebendig zu halten. So haben die Wiener Festwochen gerade in diesem Jahr eine neue Facette erhalten durch den Einbau des ersten Europagespräches in den Rahmen unseres festlichen Geschehens. Wenn die Stadt Wien in diesem Jahr den Europapreis des Straßburger Parlaments erhielt und Österreich vor wenigen Tagen den Erasmus-Preis zugesprochen wurde, so ist das sicherlich auch indirekt eine Anerkennung unserer sehr intensiven Aktivität um die europäische Integration, deren Höhepunkt eben dieses Europagespräch während der Wiener Festwochen war. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Wir haben nun für die Festwochen des Jahres 1959 das 2. Europagespräch vorgesehen und werden für diese Zeit zu einem "Rendezvous der jungen europäischen Parlamentarier" einladen. Es werden wieder die besten Namen der europäischen Parlamente vertreten sein, die Jungen von heute - die Minister von morgen.

In Jahre 1960 werden wir das Zehn-Jahr-Jubiläum der Wiener Festwochen in besonders feierlicher Form begehen.

1960 werden es auch fünf Jahre sein, daß die Außenminister der vier alliierten Mächte hier in Wien den Staatsvertrag unterzeichneten und die Truppen dieser Mächte nach 10jähriger Anwesenheit das nun frei gewordene Land verließen.

Ich glaube, diese Häufung von Gedenktagen könnte Anlaß sein, einen schon einmal zurückgestellten Programm-Wunsch wieder aufleben zu lassen und ich möchte diese Gelegenheit benützen, um als zuständiger Stadtrat und als Vorsitzender des Festwochenkuratoriums die Vertretungen der vier Mächte in aller Form und Höflichkeit einzuladen, nun als liebe Gäste an der Gestaltung unserer Jubiläumsfestwochen 1960 mitzuwirken (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Wir planen für das Jahr 1960 auch die erste große Stagione in der Wiener Stadthalle, die vor allem für unsere Wiener gestaltet werden und der Dank an unsere Bezirke sein soll für die Treue und die Opferbereitschaft, die sie unserer Idee von den "Festspielen des armen Jedermann" entgegenbrachten.

Zum Abschluß seines Berichtes dankte Stadtrat Mandl allen seinen Mitarbeitern. Jeder einzelne hat getan, was in seinen Kräften stand, um den Geist dieser Stadt zu erhalten und zu pflegen. Ich weiß, daß jeder von uns stolz auf den Weg ist, den er vom Trümmerhaufen gehen konnte, der diese Stadt 1945 noch war, zur Weltstadt, die sie heute geworden ist! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

#### Die Kulturdebatte

Ga. Lauscher (VO) befaßte sich einleitend mit dem Thema Schmutz und Schund und sagte im wesentlichen: Unsere Jugend ist nun schon seit zehn Jahren dem verderblichen Einfluß der Schundfilme und Schundhefte preisgegeben. Die aus dem Ausland importierten Filme wurden eher schlechter, es handelt sich vielfach um verfilmte Mordpropaganda. Die Jugendkriminalität ist angestiegen, namhafte Persönlichkeiten haben zu diesem Thema gesprochen, trotzdem ist nichts wesentliches geschehen; das Übel wurde nicht an der Wurzel gefaßt. Die sogenannte freiwillige Film-Selbstkontrolle hat sich als Totgeburt erweisen. Leider habe der Referent zu diesem Thema kein Wort gefunden. Es wäre Aufgabe dieser Geschäftsgruppe, an der Spitze des Kampfes gegen Schmutz und Schund zu

stehen.

Mit einem Einfuhrverbot wäre es nicht getan, wenn das auch die entscheidendste Maßnahme darstellt. Hand in Hand damit müßten alle bestehenden Einrichtungen gefördert werden, die der Jugend die Möglichkeit geben, die Freizeit sinnvoll zu gestalten. Solche Einrichtungen sind u.a. das Abonnement für das Theater der Jugend, die Jugendkonzerte, der Buchklub der Jugend und vor allem kulturelle Jugendzentren.

Es müßte alles geschehen, um der Jugend mehr Sportmöglichkeiten zu schaffen. Der Bau der Stadthalle war eine große Leistung, wir begrüßen die Aufstockung des Stadions. Für die Jüngeren wird eine Reihe von eingezäunten Spielplätzen geschaffen, aber das kann nicht die Tatsache wettmachen, daß die Zahl der Wiener Sportplätze ständig abnimmt. Zu fordern ist der gesetzliche Schutz bestehender Sportplätze, der Bau neuer Sportplätze vor allem für die junge Generation, stärkere Förderung der Sportvereine aus dem ordentlichen Budget, Herabsetzung der Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen und gänzliche Befreiung aller Jugendsportveranstaltungen, rascheste Novellierung des Spiel- und Sportplatz-Schutzgesetzes und des Spiel- und Sportplatz-Anforderungsgesetzes.

Wissenschaft und Technik haben eine gewaltige Entwicklung genommen. Diesen neuen Erfordernissen trägt aber der Unterricht in unseren Pflichtschulen nur ungenügend Rechnung. Eine zweite großzügige Schulreform, zu der u.a. auch die Verstärkung des technischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtes gehört, wäre dringend notwendig. Die Zeit verlangt eine intensivere Beschäftigung des Lehrers mit dem Schüler, weshalb eine Herabsetzung des Schülerschlüssels notwendig ist. Auch die Ausstattung der Lehrmittelzimmer entspricht nicht immer den Notwendigkeiten. Die Lehrkräfte werden zu viel mit "Greißlerarbeiten" belastet. Wie manches andere ist bisher auch die Schulreform ein Opfer der Koalition geworden.

Es ist bedauerlich, daß die Gemeindeverwaltung gegen die Vernachlässigung der Mittelschulen durch den Bund in Wien nicht energisch ankämpft.

Es scheint uns dringend notwendig, daß die Gemeindeverwaltung beim Bund energische Schritte unternimmt, um eine beschleunigte Verbesserung der Lage an den Wiener Mittelschulen durchzusetzen. Auf dem Gebiet der Berufsschulen ist die Lage nicht viel besser. Auch hier herrscht starke Raumnot, und die Erneuerung der technischen Ausrüstung der Lehrwerkstätten geht nur sehr langsam vorwärts. Auch über die Durchschnittszahl der Schüler an den Berufsschulen wird geklagt.

Das Europabuch, das den Schülertklassen gegeben wird, zeichne das Bild Europas ebenso verzerrt und einseitig wie das von Österreich. Europa wird am Eisernen Vorhang auseinandergeschnitten, man findet das Schlagwort vom kriegerischen und ausdehnungslustigen Sowjetkommunismus, das Buch macht offen Propaganda für NATO, Montanunion und die anderen Organisationen des Kalten Krieges. Dieses Buch sei nicht würdig, an unsere Jugend verteilt zu werden.

GR. Lauscher stellt abschließend fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen werde, da auf dem kulturellen Sektor viel geschehen ist. Sie hofft, daß ihre offenen Worte zu diesem Kapital auch verschiedene Anregungen gegeben haben, durch die noch manches verbessert werden könnte.

GR. Bittner (ÖVP) bezeichnet die Leistungen auf dem kulturellen Sektor während der letzten zehn Jahre als sehr erfreulich. Er möchte aber trotzdem noch einige Anregungen geben und, wo es notwendig ist, Kritik üben. So bezeichnet er den Prozentsatz des Kulturbudgets im Verhältnis zu dem, was für andere Zwecke ausgegeben wird, als zu gering. Der Redner wendet sich dann allgemeinen kulturellen Fragen zu. Er bezeichnet es als ein Gebot der Stunde, die Kulturpolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Kulturpolitik anzupassen. (Beifall bei der ÖVP.) Es müßten auch die religiösen Kräfte in der Kultur genügend berücksichtigt werden. Die Stadt Wien sei Erbe und Verwalter einer reichen Vergangenheit wie kaum eine andere Großstadt. Es gilt das unsterbliche Antlitz Wiens zu erhalten und der heutigen Generation zu erschließen. Das setzt allerdings ein eindeutiges Bekenntnis zur Vergangenheit voraus. Ebenso wichtig, wie das Vergangene zu erhalten, ist die Förderung des gegenwärtigen Schaffens. Es sei manchmal nicht möglich, das Förderungswürdige klar zu erkennen. Die Aufgabe der öffentlichen Kunstförderung wird es sein, zwischen Künstler und

Volk Kontakte herzustellen. Ein schönes Beispiel dieser Kunstförderung war die Van Gogh-Ausstellung. Hier gelang es, Menschen zur Kunst zu bringen, die bisher vielleicht niemals Gelegenheit hatten, Werke des 19. Jahrhunderts zu betrachten. Bei Ausstellungen der Gegenwartskunst sollte darauf geachtet werden, daß umstrittene Werke nicht öffentlich preisgegeben werden, sondern in Ausstellungen nur einem ausgesprochen kunstverständigen Publikum gezeigt werden.

Der Redner fordert neben der Förderung der städtischen Musikschulen auch die der privaten Lehranstalten, so vor allem des Konservatoriums Prayner. Zur glanzvolleren Gestaltung der Wiener Festwochen müßten neue Wege gefunden werden. Vielleicht könnte man musikalische und literarische Wettbewerbe veranstalten und mehr Freilichtaufführungen abhalten. Gefördert müßte vor allen Dingen das spezifisch Wienerische werden.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Ansätze für die Denkmalpflege. Er richtet die Anfrage an den Stadtrat, warum das Denkmal von Urban Loritz trotz der Fertigstellung des Platzes noch nicht aufgestellt worden ist. Begrüßenswert ist der Ausbau einer nicht mehr benützten Schule für das Archiv. Hier dürfte bei der Einrichtung nicht am falschen Platze gespart werden, damit die bedeutenden Bestände der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Der Redner ersucht sodann, bei der zeitmäßigen Vergebung der Sportplätze, Turnsäle und Schwimmhallen nicht nach politischen Gesichtspunkten vorzugehen. Es müßten auch neue Plätze angekauft werden. Im Zusammenhang mit dem sehr erfreulichen Stadionausbau wäre auch für die Instandsetzung des alten Teiles des Stadions zu sorgen, schon aus dem Grunde, weil sich die Stadt Wien um die Abhaltung der Olympischen Spiele beworben hat.

Der Redner stellt fest, daß sich die Berufsschulgebäude, im Gegensatz zur laufenden Instandsetzung der Pflichtschulen, in einem sehr schlechten Zustand befinden. Er beantragt die Schaffung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes.

Das von der Jugend sehr begrüßte Jugendabonnement der Stadt Wien bezeichnet der Redner als eine der positivsten Erscheinungen der Kulturförderung der letzten Jahre. Die Jugend sei heute zu ihrem überwiegenden Teil nicht besser oder schlechter als es frühere Generationen waren. (Allgemeiner Beifall.) Die Tätigkeit des Landesjugendreferates sei an sich sehr zu begrüßen. Doch dürfte die Gebarung dieses Referates anscheinend eine recht sorglose und selbstherrliche sein. Diesbezügliche Mängel habe das Kontrollamt der Stadt Wien aufgezeigt.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Verlag für Jugend und Volk, der der Gemeinde Wien gehört. Er meinte in diesem Zusammenhang, er könne trotz allem nicht verstehen, warum das Europa-Buch unbedingt im Ausland gedruckt werden mußte. Er war auch überrascht davon, wie schnell die erforderlichen 1,8 Millionen Schilling bewilligt wurden. Der Redner bemängelt die manchmal fühlende Koordinierung zwischen dem Verlag und der städtischen Schulverwaltung. Er hebt jedoch positiv hervor, daß der Verlag eine umsichtige und ordentliche Führung besitzt und ein gutes Betriebsklima aufzuweisen hat. Die Jugendbücher seiner Produktion sind vorbildlich und werden immer wieder mit Preisen ausgezeichnet.

Die Vergebung der Ehrenmedaille sei eine schwierige Frage. Der Redner regt eine eigene Medaille für Künstler und Wissenschaftler an. Bei den Ehrenpensionen müßte man die Ansätze erhöhen, aber auch eine rigorosere Auswahl treffen.

Leider gibt es noch immer eine ungleiche Behandlung der privaten und öffentlichen Kindergärten und Schulen. Es sei nicht einzusehen, daß sich eine demokratische Verwaltung dem auch in der UNO anerkannten Elternrecht verschließt.

Abschließend sagt GR. Bittner, er könne feststellen, daß im Kulturausschuß gute Zusammenarbeit besteht. Seine Partei werde sich auch in Zukunft bemühen, alles zu tun, was dem Ansehen dieser Stadt auf kulturellem Gebiet nützt und den Menschen zugute kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Konir (SPÖ) dankt zunächst GR. Bittner für seine Debattenrede. In dieser Art kann man, auch wenn man auf dem anderen Ufer steht, miteinander sprechen und sich auseinandersetzen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Redner beschäftigt sich dann mit grundsätzlichen Problemen und bemüht sich um eine Definierung des Begriffes Kultur. Man könne sagen, alles was unser Herrgott geschaffen hat ist Natur und alle Leistungen des Menschen seien dem Begriff Kultur zuzuordnen. Man könne aber auch unter Kultur die Pflege dessen verstehen, was der Mensch in irgendeiner Zeit Besonders auf geistigem, materiellem und künstlerischem Gebiet geschaffen hat. In diesem Fall sei es bemerkenswert, daß man nie von einer Kultur der Menschheit gesprochen habe. Es gibt die ägyptische Kultur mit den Pyramiden; wo aber sind die Zehntausende, die Steine geschleppt und gelitten haben? Wir reden vom Barock (Wien ist die Stadt des Barocks); er aber sehe manchmal nur die Kulturfassade. Dahinter sehe er jedoch die Dürftigkeit der Städte und das Elend der Millionen, die in dieser Zeit gelebt haben. Oder das Biedermeier: Er sehe aus der behaglichen Wohnung des Biedermeier hinaus in die Vorstädte, wie man damals draußen an der Peripherie gelebt hat.

Wenn wir jedoch heute von Kultur sprechen, so ist es erstmalig in der Geschichte der Menschheit, daß wir von der Kultur des Menschen reden können (Beifall bei der SPÖ). Es ist die Voraussetzung der Kultur, Zeit zu haben! Diese Zeit haben wir arbeitenden Menschen eigentlich nie gehabt. Die Sozialisten sind es gewesen, die gemeinsam mit den Gewerkschaftern den Menschen die Zeit erkämpft haben. Heute verfügt der Mensch über die Zeit, aber leider wissen viele oft nicht, was sie damit anfangen sollen. Hier hat nun die Gemeinde Wien unendlich viel geleistet. Es wird nicht viel Städte in Österreich oder in der Welt geben, die mehr für kulturelle Zwecke ausgeben als Wien. Immerhin könnte es noch mehr sein! Doch reden wir auch von der Unkultur, die uns hindert mehr zu tun. Zehn Prozent unseres Gesamteinkommens sind für Alkohol und Nikotin ausgegeben worden.

Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit dem Jugendproblem und meint, wenn unsere Jugend über die Stränge schlägt, so liegt das wohl in der Zeit, in der sie hineingewachsen ist, eine Zeit voll Lug, und Trug, und Verbrechen. Wir tun so, als ob unsere Erwachsenen in Ordnung wären. Wenn man aber über die Jugend klagt, dann muß man über die Erwachsenen genauso klagen. Sie sind dieser Jugend würdig. GR. Konir spricht dann über das schlechte Vorbild der Erwachsenen, wobei er besonders die ÖVP apostrophiert..

Er hält unter anderem der Gemeinderätin Hiltl vor, daß sie in der monarchistischen Bewegung gesprochen habe, obwohl sie den Eid auf die Republik leistete, und meint, hier trennten sich die Auffassungen über Kultur. Ihr Denken geht immer in die Vergangenheit, wir wollen in die Zukunft, in eine Welt, die Millionen Frieden, Freiheit und Wohlstand bringt!

Es ist etwas beschämend, daß alle über die Stadthalle gejubelt haben, deutsche und sogar amerikanische Zeitungen haben darüber geschrieben, lediglich eine Zeitung hat nur geschrieben: Arena ohne Parkplatz. Sie heißt: Neue Österreichische Tageszeitung. Kein Wort der Würdigung. Das ist auch nicht Koalitions gesinnung. So kann man auch nicht an der Verwaltung einer Stadt mitwirken.

Bei seiner Kritik an Schmutz und Schundfilmen verwechselt GR. Lauscher Ursache und Wirkung. Daß solche Filme überhaupt möglich sind, daß sie angesehen werden, ist nicht nur Schuld der Filmproduzenten, denn wenn die Menschen ein kulturelles Bewußtsein hätten, dann wären diese Kinos, in denen diese Filme aufgeführt werden, leer. Es geht nicht so sehr darum, ob man in einem Film einen Cowboy als positive Figur hinstellt. (Ruf bei der VO: Es geht um die Verbrecherfilme!) Es geht auch darum, ob man in einem Staat die Menschen zum Frieden erzieht, ob man ein menschliches Klima schafft, oder ob man 16jährigen Mädchen und Buben schon das Gewehr in die Hand drückt wie in Ungarn und Ostdeutschland.

In Europabuch ist eine ganze Reihe Fehler gemacht worden. Aber es war für uns einmal eine Möglichkeit, Europa an unsere Jugend heranzubringen. Wenn Herr GR. Lauscher sagt, daß darin vom Stacheldraht steht, dann steht er nicht allein in diesem Buch, sondern an der österreichischen Grenze. Freilich soll es ganz Europa sein. Aber die europäischen Staaten im Westen haben die Möglichkeit, über ihr Schicksal zu entscheiden, im Osten haben sie es nicht. Die Ungarn kämen zu Europa. Aber sie können es nicht, weil man es ihnen verbietet. Spricht nicht die Tatsache des Stacheldrahtes schon dafür, daß die Menschen dort keine Freiheit haben, daß sie unglücklich sind?

Sind hunderttausende Flüchtlinge aus Ungarn kein Beweis dafür?  
(Anhaltende lebhaftes Zwischenrufe bei der VO.)

Der Redner setzte sich hierauf für die europäische Integration ein und erklärte: Europa abzulehnen, heißt, unsere Menschen zu zwingen, bei dem jetzigen Lebensstandard zu bleiben. Der Widerstand ist begreiflich, denn je besser wir leben, umso gefährlicher wird unser Leben für den Osten; umso aufreizender wird es, wenn an der Grenze der zwei-, drei- und vierfache Lebensstandard von drüben erreicht wird.

GR. Konir schloß mit einem Dank an Stadtrat Mandl und seine Mitarbeiter im Kulturreferat, das dazu beigetragen hat, daß Wien zu einem Erlebnis für jeden Fremden wird! (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Mandl aus: Wir haben nie geleugnet, welche erzieherischen und Bildungswerte im Religiösen sind. Es ist immer nur die Frage, wie weit dieses Religiöse den einzelnen und die Allgemeinheit erfassen muß. Es ist nur zu begrüßen, daß sich in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Toleranz breit gemacht hat, die zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt.

Zu der Ansicht des GR. Bittner, man müsse die Kulturpolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Kulturpolitik anpassen, erklärte der Referent: Gerade darauf bin ich am meisten stolz. Niemand in diesem Hause kann behaupten, daß wir für unsere Subventionstätigkeit eine Gegenrechnung präsentieren. Aber man muß auch eine gewisse Konsequenz haben. Wenn kritisiert wird, daß die öffentliche Hand zu wenig Hilfe leistet, muß dem entgegengehalten werden, daß das etwas Gefährliches ist. Denn man muß sich klar sein, daß man für alles, was man genießt, auch zu zahlen hat, nicht immer in barer Münze, auch in Gegenleistung.

Dem Wunsch des GR. Leuscher nach stärkerer Förderung des Sports hielt er entgegen, daß Sportvereinigungen Grund überlassen wurde oder ihnen Plätze ohne eine nennenswerte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, was man alles berücksichtigen muß. Dem GR. Bittner hielt er vor, daß der ASKÖ 209 Turntage, die Union 161, die Allgemeinen Turnvereine 82 und sonstige Vereine 218 Turntage erhielten.

Die Kritik des Kontrollamtes in bezug auf das Landesjugendreferat hat sich nicht darauf bezogen, daß dort unordentliche Verhältnisse bestehen, sondern damit sollte aufgezeigt werden, daß es nicht in das normale Gefüge des Magistrates paßt. Wir sind dabei, Formen zu finden, die den Bedürfnissen sowohl des Referates als auch des Magistrates entsprechen. Die Jugendarbeit soll nicht bürokratisiert werden, und nichts wäre gefährlicher, als eine einheitliche Staatsjugend zu schaffen.

Projekte für die Neuschaffung von Sportplätzen werden vom Stadtplaner bereits ausgearbeitet.

Zur Kritik am Europabuch ist zu sagen, daß man auf keinen Fall sagen könne, daß dieses Buch unbrauchbar wäre. Die Kulturkommission des Europaparlamentes hat die Autoren ausgewählt und man muß annehmen, daß diese Menschen etwas von den Dingen wissen. Ein Wiener oder Österreicher sieht seine Stadt, bzw. sein Land eben anders als ein Engländer oder Franzose. Das wäre im umgekehrten Fall aber ebenso. Bei einer Neuauflage des Buches werden aber verschiedene Wünsche, es haben auch andere Länder solche, berücksichtigt werden.

Zur Forderung nach einer zweckentsprechenden Ausgestaltung des Archivs ist zu sagen, daß es eines der modernsten Bauwerke Österreichs auf diesem Gebiet sein wird. Die Schule wurde innen vollkommen ausgeräumt. Sie wird mit einer Stahlkonstruktion ausgestattet sein.

Auf dem Gebiete der Ehrungen kündigt Stadtrat Mandl die Schaffung einer Fürsorgemedaille an. Auf dem Sektor der Schulbücher mußte man 1945 ganz plötzlich neue Bücher herstellen. Man konnte erst später endgültiges und ordentliches Buchmaterial herstellen. Es ging den Ländern in dieser Beziehung genauso wie Wien.

Eine Planung bei den Berufsschulen ist sehr schwer. Vor neun Jahren gab es zum Beispiel 23.000 Berufsschüler, vor zwei Jahren waren es 45.000. Heute haben wir 42.000 Berufsschüler, wissen aber, daß künftig mit einem Stand von zirka 30.000 zu rechnen ist. Durch diese Schwankungen kam es dazu, daß für eine gewisse Zeit andere Schulgebäude für Zwecke der Berufsschulen herangezogen werden mußten. Es werden jedoch bereits Pläne für eine eventuelle Errichtung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes ausgearbeitet.

Auch der Ausstattung der Berufsschulen in technischer Hinsicht wurde großes Augenmerk zugewendet. Es ist jedoch nicht immer gut und wird auch nicht gewünscht, daß den Schülern bereits die modernsten, vollautomatischen Maschinen zur Verfügung stehen. In den Betrieben werden vielfach noch nicht die modernsten Maschinen verwendet, sodaß sich die jungen Menschen dann nur schwer an die einfachere Art der Arbeit gewöhnen könnten. Bezüglich des Essens werden Verhandlungen mit der WÖK geführt.

Zur Forderung des GR. Bittner, das Urban Loritz-Denkmal wieder aufzustellen, ist zu sagen, daß es sich hier um ein Denkmal handelt, das keine kulturelle Bedeutung hat. Es würde dem Stadtbild Wiens überhaupt gut tun, würde man noch verschiedene andere künstlerisch wertlose Denkmäler beseitigen.

Zur Kritik am perzentuellen Verhältnis des Kulturbudgets am Gesamtbudget der Stadtverwaltung, das mit 6.15 Prozent als zu gering bezeichnet wurde, muß man darauf verweisen, daß es beim Bund nur 4.2 Prozent sind. Sicher könnte man für die Kultur unserer Stadt bedeutend höhere Mittel brauchen, aber es müssen die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen aufeinander abgestimmt werden, damit eine gleichmäßige, gute und sichere Aufwärtsentwicklung in allen Zweigen unserer Stadt vor sich gehen kann. Schließlich wollen ja alle in diesem Hause die Bevölkerung unserer Stadt zu einer frohen und glücklichen Zukunft führen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung einstimmig angenommen. Der Antrag des GR. Bittner wurde einstimmig dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Bürgermeister Jonas in Rom  
=====

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas ist heute nach Rom geflogen, um an dem offiziellen Konsistorium anlässlich der Ernennung des Wiener Erzbischofs Dr. König zum Kardinal teilzunehmen.

- - -

Beileidschreiben des Bürgermeisters an Frau Moralt  
=====

17. Dezember (RK) Anlässlich des Ablebens von Prof. Rudolf Moralt richtete heute Bürgermeister Jonas an die Witwe des bekannten Dirigenten ein Beileidschreiben, in dem es unter anderem heißt:

"Professor Rudolf Moralt zählte zu den glänzendsten Erscheinungen im kulturellen Leben unserer Stadt. Er vereinigte in sich das reinste Künstlertum mit unbändiger Arbeitsfreude und tiefer Menschlichkeit zu einer Gestalt von seltener Größe. Die Stadt Wien hat mit Rudolf Moralt einen ihrer besten Bürger verloren."

- - -

Pferdemarkt vom 16. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 270 Pferde, davon 20 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 261 verkauft, unverkauft blieben 9 Stück.

Preise Fohlen 9.50 bis 13.20 S, Extremware 7.90 bis 9.50 S, 1. Qualität 6.60 bis 7.70 S, 2. Qualität 6.20 bis 6.50 S, 3. Qualität 5.90 bis 6.10 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 107, Oberösterreich 55, Burgenland 36, Steiermark 37, Kärnten 24, Tirol 1, Salzburg 9. Auslandsschlächthof: 22 Stück aus Bulgarien, Preis 6.- S, 41 Stück aus Rumänien, Preis 6.- bis 7.- S, 8 Stück aus Polen, Preis 6.20 bis 6.60 S, 10 Stück aus Ungarn, Preis 6.- S, 20 Stück aus CSR, Preis 6.20 bis 6.50 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Pferde um 7 g und ermäßigte sich für Fohlen um 64 g je Kilogramm. Er beträgt: Pferde 6.50 S, Fohlen 11.62 S.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen  
=====

17. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Er stellt fest, daß unsere Republik seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zu den Staaten zählt, die sich rühmen dürfen, die fortschrittlichsten sozialpolitischen Gesetze zu haben. Vor allem sind zu erwähnen die Gesetze über die Arbeitslosenversicherung, über den Arbeiterurlaub, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und die erst kürzlich wirksam gewordenen Gesetze über die Altersversicherung der Gewerbetreibenden und der Land- und Forstarbeiter. Diese Gesetze schützen den unverschuldet seiner Arbeitsstelle verlustig gewordenen Angestellten und Arbeiter vor der Verelendung und sichern den Frauen nach erreichtem 60. und den Männern nach erreichtem 65. Lebensjahr das Existenzminimum, wobei je nach der Höhe der Beitragsleistung die Altersrente ansteigt.

Auch das Gesetz über die Kinder- und Geburtsbeihilfen muß als ein wirksamer sozialer Fortschritt bezeichnet werden. Die Krankenversicherung, insbesondere die Familienversicherung, wurde ausgebaut, sodaß die Gesunderhaltung der arbeitenden Menschen einen beachtlichen und höchst erfreulichen Stand erreicht hat. Den Sozialversicherungsanstalten und auch der Pensionsanstalt für Arbeiter werden dadurch aber große finanzielle Verpflichtungen auferlegt, die durch die Beiträge der Versicherten längst nicht mehr gedeckt werden können. Die Forderungen dieser Anstalten nach Gewährung von Staatszuschüssen stehen seit geraumer Zeit im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion.

Diese sozialpolitischen Gesetze, die mit wenigen Ausnahmen die gesamte Bevölkerung erfassen, üben auch auf die Sozialfürsorge der Gemeinde, vor allem aber auf die der Bundeshauptstadt, einen wesentlichen Einfluß aus. Es hat sich die Struktur der zu Befürsorgenden grundlegend geändert. Solange es für den Arbeiter keine Altersversicherung gab, war es die Gemeinde, die für seinen Lebensabend zu sorgen hatte. Die kluge, vorausschauende Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und auch der Städte läßt heute nennenswerte Arbeitslosenzahlen nicht aufkommen, wozu vor allem

die großzügige Investitionstätigkeit der öffentlichen Körperschaften hervorragend beigetragen hat. Es soll auch weiter für alle Verantwortlichen in unserer Republik oberstes Gebot sein alles zu tun, um Arbeit für alle zu beschaffen. Die soziale Sicherheit ist bekanntlich der beste Garant für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens und einer ungestörten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung.

Die Elendsfiguren in unserer Stadt sind erfreulicherweise zu einer Seltenheit geworden. Eine Millionenstadt wie Wien wird leider immer gewisse Existenzen beherbergen, an die auch eine gut arbeitende öffentliche Fürsorge nicht herankommt.

In diesem Zusammenhang muß auf gewisse Erscheinungen aufmerksam gemacht werden, die dem Ansehen unserer Fürsorge und unserer Stadt in In- und Ausland schaden. In Zeitungen und Zeitschriften wird immer wieder auf einzelne Notstandsfälle hingewiesen und die Öffentlichkeit um Hilfe gebeten. Der Leser muß dadurch zu dem Schluß kommen, daß hier die Gemeindefürsorge versagt hat. Die angestrebte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet konnte wohl beim Rundfunk aber nicht bei den Zeitungen erreicht werden. Sicher ist es gut und zweckmäßig, wenn auch private Institutionen den Notleidenden nach besten Kräften helfen. Hier gebührt vor allem der Volkshilfe, der Caritas und dem Kinderrettungswerk Dank. Im Voranschlag für 1959 ist auch wieder die beträchtliche Subvention von 2,5 Millionen Schilling für die Hortarbeit der "Kinderfreunde", des "Kinderrettungswerkes", des "Caritas-Verbandes" und der "Evangelischen Kirche", enthalten. Das sind sichtbare Beweise dafür, daß der Gemeinde Wien auch finanziell die Tätigkeit von gut arbeitenden Einrichtungen auf dem weiten Gebiet der sozialen Fürsorge unterstützt. Der Vizebürgermeister betont mit allem Nachdruck, daß die Stadt Wien auf eine gewisse Zusammenarbeit nicht verzichten könne. Es wird dadurch die Selbständigkeit dieser Organisation nicht im geringsten angetastet werden. Es liegen viele Beispiele von Mißbräuchen vor, diese können nur verhindert werden, wenn in Einzelfällen die private mit der öffentlichen Fürsorge Kontakt hält.

Die Auswirkungen der sozialen Gesetzgebung sind vor allem durch den großen Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten am deutlichsten sichtbar. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges erreichten wir den Höchststand an Dauerbefürsorgten mit 46.000 Personen. Ende September waren es nur mehr 11.958; davon nur 1.581 Männer!

Der Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten verleitet vielfach zu der Annahme, daß damit auch eine namhafte Minderausgabe auf diesem sozialen Sektor der Wiener Stadtverwaltung eingetreten ist. Dies wäre richtig, wenn nicht durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz der Gemeinde eine bedeutende finanzielle Verpflichtung auferlegt worden wäre. Dieses Gesetz bestimmt bekanntlich, daß alle Rentner, die durch ihre Beitragsleistung die Mindestrente nicht erreicht haben, von der Gemeinde den fehlenden Betrag erhalten müssen. Es handelt sich dabei um 35.580 Arbeiter-Rentner, 8.196 Angestellten-Rentner und 1.417 Landwirtschafts-, Eisenbahn- und Gewerberentner. Im Jahre 1958 hat Wien rund 53 Millionen Schilling für solche Ausgleichs-Zulagen leisten müssen. Für die eigenen Fürsorgerentner waren 75.4 Millionen Schilling erforderlich. Der Aufwand für diese 57.508 Rentner erreichte demnach im Jahre 1958 rund 128.4 Millionen Schilling; Man sieht also, wie irrig die Annahme ist, wonach die Gemeinde auf diesem sozialen Gebiet weniger zu leisten hatte. Im Voranschlag für 1959 sind für die beiden Arten von Rentenempfängern 123.7 Millionen Schilling enthalten.

Nun wird vom April 1959 an eine weitere Steigerung dieser Sozialausgabe wirksam werden. Im Budget des Bundes für das Jahr 1959 ist bereits die finanzielle Bedeckung für eine Erhöhung der Mindestrenten gesichert. Es werden vom April 1959 an diese Mindestrenten für den Einzelverbraucher von 550 auf 600 Schilling und für das Ehepaar von 750 auf 825 Schilling erhöht.

./.

Nach Bekanntgabe dieser begrüßenswerten Verbesserung, von der in Österreich rund 200.000 Rentner erfaßt werden, wurden die Fürsorgereferenten aus den Bundesländern zu einer Tagung nach Wien einberufen. Es wurde dabei einstimmig beschlossen, daß ebenfalls von April 1959 an die Richtsätze für die offene Fürsorge um rund zehn Prozent erhöht werden sollen. Diese Mehrausgabe, deren Höhe noch nicht feststeht, ist in diesem Voranschlag nicht enthalten, sodaß für das letzte Drittel des Jahres 1959 hierfür ein Zuschußkredit angefordert werden wird.

Bei den Dauerunterstützungen, den Aushilfen, der Wohlfahrtskrankenpflege und den Ausgleichszulagen handelt es sich um gesetzlich fundierte Ausgaben. Seit Jahren gehen wir über diese Pflichtbestimmungen weit hinaus. Der Referent verweist auf die im Jahre 1952 erstmalig erfolgte Entsendung von Dauerbefürsorgten in gemietete Pensionen. Seit der Einführung dieser von den alten Leuten so segensreich empfundenen Aktion wurden rund 16.000 Dauerbefürsorgte, meist Frauen, in landschaftlich schön gelegene Hotels eingewiesen. Für das Jahr 1959 werden wieder 3.000 Dauerbefürsorgte auf 14 Tage in fünf Pensionen, die sich in Saxen bei Grein, Ysper, Tauchen, Weyer und Weissenbach an der Triesting befinden, entsendet. Jene Dauerbefürsorgten, die aus triftigen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen können, erhalten ein zehn Kilogramm schweres Lebensmittelpaket. Im Voranschlag wurden für beide Leistungen 1,625.000 Schilling eingesetzt.

Für die fünf Wintermonate November 1958 bis März 1959 wurde die Zahl der Tagesheimstätten um fünf vermehrt, sodaß den alten Leuten, es sind zu 70 Prozent Sozialrentner mit Mindestrenten, 71 Heime bereitstehen. Sie sind - Sonntag ausgenommen - täglich von 13 bis 19 Uhr geöffnet. Sie zählen bereits 6.000 Besucher. Die Ausgaben betragen 1,550.000 Schilling, davon entfallen auf die Kosten des Kaffees 367.000 S, auf die Beheizung, Miete und Beleuchtung 349.000 S, auf das Personal 312.000 S, auf den "Sorgenfreien Tag" 286.000 S und auf die Kosten der Mehlspeise 129.000 S. Die Vorführung der Filme und verschiedene sonstige Ausgaben sind mit 107.000 S präliminiert.

Einige Tagesheimstätten werden besonders schön ausgestaltet, aber das Ziel nur Musterheime zu schaffen scheitert an der Unzulänglichkeit der Lokale, meist sind es leider Gasthausräume. Es war bisher nicht möglich 71 Heimstätten, die allen Wünschen entsprechen, zu finden. Bei dieser Gelegenheit muß der Leitung der Zentralsparkasse für die anlässlich des Weltspartages den Tagesheimstätten gespendeten modernen Radioapparaten gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Erstmalig werden im kommenden Frühjahr alle Besucher unserer Tagesheimstätten zu einem Ausflug eingeladen. Es soll ein Tagesausflug mit Autobussen und voller Verpflegung sein. Die Kosten sind mit 320.000 Schilling veranschlagt.

Zusätzliche Fürsorge-Aktionen, die nur den Dauerbefürsorgten zugute kommen, sind die Muttertagsfeiern, die Theatervorstellungen, wir haben auch im Dezember eine Vorführung der Eisrevue in der Stadthalle gemietet, die Weihnachts- und Abschlußfeiern in den Tagesheimstätten und vor allem das Beheizungsgeld für die Monate November bis März, das von 90 Schilling monatlich auf hundert Schilling erhöht wurde. Allein diese Aktion erfordert einen Betrag von 4.4 Millionen Schilling. Alle die aufgezählten zusätzlichen Fürsorgeleistungen erfordern rund neun Millionen Schilling. Diese Leistungen bringen aber unseren Dauerbefürsorgten, die oft harte Schicksalsschläge ertragen mußten, ein wenig Freude und Glück in ihr meist einsames Dasein und sind wahrhafte Lichtblicke in ihren alten Tagen. Mit der Durchführung dieser vielen Aktionen wird den Vorständen der Fürsorgeämter, den Fürsorgeräten und auch den Beamten eine Fülle von zusätzlicher Arbeit übertragen. Vizebürgermeister Honay stellt mit besonderer Genugtuung fest, daß Funktionäre und Beamte diese oft sehr heikle Arbeit mit wahrhafter Hingebung leisten, wofür er ihnen herzlichst dankt. (Allgemeiner Beifall.)

Im Voranschlag für das Jahr 1958 waren für Blindenbeihilfen 7.6 Millionen Schilling vorgesehen. Für 1959 mußte eine Erhöhung auf 7.8 Millionen Schilling vorgenommen werden.

Unsere Fürsorge für die Körperbehinderten wird weiter ausgebaut werden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Körperbeschädigten selbsterhaltungsfähig zu machen. Unsere Kursleiterinnen und Leiter und die Meister in den Werkstätten können auf beachtliche Erfolge verweisen, die in vielen Fällen aus diesen Behinderten eine vollwertige Arbeitskraft machen konnten, was die Herausnahme aus der so bedrückenden Fürsorge zur Folge hatte. Für das Jahr 1959 wurden die Kosten für die hundert Teilnehmer an den arbeitstherapeutischen Kursen für Körperbehinderte mit 350.000 Schilling berechnet. 100.000 Schilling entfallen davon auf die Verpflegung und das Taschengeld, 45.000 Schilling auf die Straßenbahnfahrten und der Rest zur Anschaffung von Maschinen, Werkzeugen und Rohmaterialien.

So wie in jedem Jahr ist auch für 1959 eine Zuwendung von 100.000 Schilling für das Krebsforschungsinstitut prälininiert.

Bereits in diesem Jahre waren die Ansätze für die Aktion "Jugend am Werk" im Voranschlag nicht enthalten, weil für diese Arbeit ein eigener Verein gegründet werden mußte. Die Gemeinde subventioniert nun den Verein. Für 1959 beträgt die Subvention 1,5 Millionen Schilling. Außerdem subventionieren den Verein das Sozialministerium, der Gewerkschaftsbund und die beiden Kammern. Mit Hilfe der Gemeinde, die rund fünf Millionen beisteuert, wird nun endlich auch die im Gemeinderat oft besprochene Musterlehrwerkstätte gebaut werden können. Der im Spätherbst stattgefundenen Grundsteinlegung wird im Frühjahr der Baubeginn folgen.

Nun zur Jugendfürsorge. Unser Kindergarten- und Hortwesen ist noch immer im Ausbau begriffen. Wir haben einerseits in Bezirken, in denen keine Wohnbauten errichtet werden, manche Kindergärten unterbelegt, dagegen in den Bezirken mit roger Wohnbautätigkeit einen starken Bedarf. Im Budget sind für den Neubau von zehn Kindergärten, zwei Tageserholungsstätten und für verschiedene bauliche Arbeiten 12 Millionen Schilling eingesetzt worden. Die Ausgaben sind mit 81,7 Millionen Schilling veranschlagt. In den Kindergärten und Horten sind 1.449 Personen beschäftigt. Der Personalaufwand stellt sich auf 34,8 Millionen, wozu noch 12,6 Millionen Schilling für Pensionen zu rechnen sind.

Im Oktober zählten wir 15.189 eingeschriebene Kinder in unseren Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen, Krabbelstuben, Kindergärten, Sonderkindergärten und Horten.

Das Pflegekinderwesen erfordert einen Aufwand von 60.8 Millionen Schilling. Ende Oktober befanden sich 5.303 Kinder in Gemeindepflege. In eigenen Anstalten wurden 2.329 Kinder, in fremden Heimen 1.930, davon werden rund 1.100 debile Kleinkinder in Caritasheimen betreut. Bei Wiener Pflegeparteien waren 665 bei auswärtigen 379 Kinder. Die Versuche sogenannte Großfamilien mit 5 bis 10 Pflegekindern zu bilden, werden durch die fehlenden Unterkunftsmöglichkeiten sehr erschwert. Bedrückend ist die Tatsache, daß trotz der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Zahl der Fälle, in denen den Eltern die Kinder wegen Verwahrlosung abgenommen werden müssen, ständig steigt. In den vergangenen Monaten waren es im Durchschnitt 39. Wegen Schwererziehbarkeit wurden im Oktober 91 Kinder überstellt. In vier Fällen mußten die Kinder wegen Trunksucht der Eltern, in 13 Fällen wegen sittlicher Gefährdung, in 51 Fällen wegen Spital- oder Gefängnisaufenthalt eines Elternteiles, dem Jugendamt übergeben werden. In keinem einzigen Fall war, wie früher, wirtschaftlicher Notstand als Überstellungsursache entscheidend. Für die Adoption sind 137 Kinder vorgemerkt. 142 Eltern wollen Kinder adoptieren. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 661 Adoptionen durchgeführt.

Erfreulich ist das stete Ansteigen der Geburtenzahlen. Im Oktober wurden in Wien 1.506 Kinder geboren. Im Voranschlag wurden 3.2 Millionen Schilling für 16.000 Säuglingswäschepakete eingesetzt, um 2.000 mehr gegenüber 1958.

Die Mutterberatungsstellen der Stadt Wien dienen unentgeltlich der gesundheitlichen Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren.

Jeder in Wien geborene Säugling wird von einer Fürsorgerin des Jugendamtes oft schon einige Stunden nach seiner Geburt besucht, der Wöchnerin, wenn sie die vom Gemeinderat beschlossenen Bedingungen erfüllt hat, das Säuglingswäschepaket mit den Wünschen der Stadt Wien überreicht und sie eingeladen, die Mutterberatungsstelle aufzusuchen. Für die im Vorjahre geborenen 14.500 Säuglinge standen außer den Privat- und Kassenärzten 54 Mutterberatungsstellen der Stadt Wien zur Verfügung, in denen 84.922 Kinder von Fachärzten im Beisein von Fürsorgerinnen untersucht, geimpft, bestrahlt und deren Mütter beraten wurden.

Gleichzeitig wurden in neun Mutterberatungsstellen Mütterschulen für 5.385 Mütter abgehalten. In diesen Mütterschulen werden die werdenden Mütter auf medizinischem und psychologischem Gebiet mit der modernen und praktischen Säuglingspflege vertraut gemacht.

Unsere Eheberatungsstelle wird immer mehr in Anspruch genommen. Sie arbeitet ohne viel in der Öffentlichkeit aufzuschneiden, was bei der so überaus heiklen Materie wohl selbstverständlich ist. Ich kann nur berichten, daß dort durch die Beratung ausgezeichnete Erfolge erzielt werden und ein weiterer Ausbau geplant ist.

Der Gemeinderat hat die Umwandlung des Schlosses Tribuswinkel in ein Kindererholungsheim mit einem Aufwand von fünf Millionen Schilling genehmigt. Dort wird mit Hochdruck gearbeitet, um im Frühjahr dieses Musterheim unseren Kindern übergeben zu können.

Vorbildlich arbeitet das Wiener Jugendhilfswerk, in dem alle namhaften Organisationen, die Kinderfürsorge betreiben, vertreten sind. Es werden im kommenden Sommer wieder ungefähr 30.000 Wiener Kinder einen vierwöchigen Ferienaufenthalt in landschaftlich schön gelegenen Heimen erhalten.

Die Stipendien für Lehrlinge bis zu den Hochschülern bleiben unverändert. Sie erfordern im Jahre 1959 rund 1,5 Millionen Schilling. Wir planen eine Reform des Stipendienwesens. Sie soll vor allem eine Koordinierung der verschiedenen Körperschaften, die Stipendien verleihen, herbeiführen.

Die Zahl der Gastärzte wurde mit 221 systemisiert, für die 140 Stipendien vorgesehen sind. Der Aufwand hierfür beträgt 1,224.000 Schilling. Einen ebenso hohen Betrag zahlt auch der Bund.

Mit besonderer Freude stellte Vizebürgermeister Honey fest, daß endlich der Ansatz für die Kriegsgefangenen- und Heimkehrerfürsorge gestrichen werden konnte. Viel zu lange haben wir uns gedulden müssen. Nun ist es so weit. Nun müssen Mütter nicht mehr um ihre Söhne oder Männer, die in der Fremde gewaltsam so viele Jahre festgehalten worden sind, bangen. Möge in den zukünftigen Budgets nie mehr wieder eine solche Rubrik notwendig werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Das gleiche gilt auch für die Flüchtlingsfürsorge. Wir führen noch vier Lager mit 1.272 Insassen und werden in Kürze das Lager in der Bergmillergasse auflassen können. Die Kosten für 1959 werden auf 1.9 Millionen Schilling geschätzt, davon ersetzt der Bund 1.5 Millionen.

Wir werden im Fürsorgewesen im kommenden Jahr auch einen Beitrag zur Verwaltungsreform leisten. So wie seit Jahren einige Bezirksämter zusammengelegt worden sind, wird dies auch bei einzelnen Fürsorgeämtern geschehen. Dabei wird selbstverständlich auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht genommen werden müssen.

Die Verwaltungsgruppe IV ist in diesem Budget mit einem Aufwand von rund 389.3 Millionen Schilling vertreten, führte der Referent abschließend aus. Wir werden diese Summe, es sind Steuergelder, zweckmäßig und im Interesse der Jugend und der Alten verwenden. Dafür bürgt die demokratische Zusammensetzung der Verwaltung dieser Gruppe. In ihr arbeiten 3.000 ehrenamtliche Fürsorgeräte mit ihren Vorständen in engster Verbindung mit der Bevölkerung, in ihr wirken unsere Fürsorgerinnen, das Personal in den Kindergärten und Horten und die vielen Angestellten in den anderen Ämtern der Wohlfahrtsgruppe. Ihnen danke ich für diese oft sehr schwierige Arbeit. Gemeinsam werden wir auch im kommenden Jahr nach besten Kräften unser Bestes geben, zum Wohle aller Hilfesuchenden. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Debatte über Wohlfahrtswesen

GR. Stefanie Hofmann (VO) bezeichnet es als erfreulich, daß der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen eine Erhöhung der Ausgaben aufweist. Im kommenden Jahr sind viele Verbesserungen sowohl bei der Jugendfürsorge, als auch bei der Erwachsenenfürsorge zu erwarten. Ihre Fraktion werde daher den Ansätzen zu diesem Hauptstück zustimmen.

Kritisch nimmt die Rednerin dazu Stellung, daß die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen nicht schon jetzt in Kraft tritt. Die Preise seien in der letzten Zeit so gestiegen, daß die Befürsorgten das Geld sofort brauchen könnten.

Die Rednerin spricht dann über die Alterskrankheit Nummer Eins, die Vereinsamung der alten Menschen. Sie bezeichnet in diesem Zusammenhang die Tagesheimstätten als überaus begrüßenswert. Es wäre jedoch erfreulich, wenn man das Netz der Heimstätten erweitern könnte, damit die alten Leute nicht so weit gehen müssen. Auch ist die Einrichtung mancher Lokale unbefriedigend. Da die Heimstätten vor allem der Geselligkeit dienen, sollten sie länger im Jahr geöffnet sein. Vielleicht ist eine ähnliche Einrichtung auch im Sommer möglich.

Die Sprecherin der VO regt ferner die Einstellung von mehr Heimhelferinnen und Heimpflegerinnen an, die alleinstehende Leute betreuen sollen. An der unzulänglichen und oft unpraktischen Einrichtung der Heimstätten für alte Menschen übt die Rednerin verschiedene Kritik. Eingehend beschäftigt sie sich mit dem Altersheim St. Andrä, das in einer entlegenen Gegend und in einem mehr als 250 Jahre alten Gebäude unzulänglich untergebracht ist. Sie stellt den Antrag, dieses Altersheim aufzulassen, sobald ein Ersatz auf Wiener Boden geschaffen ist. Auch sollen keine Neuaufnahmen in das Altersheim mehr stattfinden.

Nach einem weiteren Antrag sollen in die Landaufenthaltsaktionen für Dauerbefürsorgte auch die gehfähigen Pfloglinge in den städtischen Altersheimen einbezogen werden, soweit es sich um Dauerbefürsorgte der Stadt Wien und um Rentner mit Ausgleichszulagen handelt.

Was die Jugendfürsorge betrifft, fuhr die Rednerin fort, läßt der Voranschlag noch etliche Wünsche offen. Es wäre unbedingt notwendig, in jedem Bezirk genügend Abteilungen für die Kleinsten, also Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen und Krabbelstuben zu führen. Jeder Bezirk sollte wenigstens eine Heimschule haben. Wir brauchen mehr Kindergärtnerinnen, mehr Hortlerinnen und für die Größeren mehr Jugendfürsorgerinnen. Unter diesen Umständen wäre es nicht zu verstehen, wenn man daran denken sollte, die Fürsorgerinnenschule im nächsten Jahr einige Zeit zu sperren.

Das Pflegegeld müßte endlich wieder erhöht werden. Wenn man dem Kind etwas bieten will, kann man mit einem Betrag von 350 Schilling nicht das Auskommen finden.

Auf den Kindergarten der Stadt Wien für körperbehinderte Kinder können wir stolz sein. Aber es sollte möglich sein, einen Autobus zu diesem Kindergarten zu führen.

Das vor zwei Jahren beschlossene Blindenbeihilfengesetz war sicherlich ein Fortschritt, es hat jedoch etliche Mängel. Wenn es einem Blinden gelingt, eine entsprechende Position zu erreichen, so wird er mit teilweisem oder vollem Entzug der Blindenbeihilfe bestraft und muß die durch die Blindheit bedingten Mehrausgaben ganz allein tragen. Eine offensichtliche Benachteiligung der Zivilblinden ergibt sich bei der Benützung der Verkehrsmittel, da sie mit ihrem Fahrausweis die Autobuslinien der Wiener Verkehrsbetriebe nicht benützen können. Die Fahrtbegünstigungen aller Blinden sollten ohne Unterschied des Einkommens gewährt oder die Einkommensgrenze für die Gewährung der Begünstigung wesentlich erhöht werden.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) erinnerte an die Leistungen der privaten Fürsorgeorganisationen und regte an, zusammenzustellen, was sich hierbei ergibt. Wir müssen die Arbeit der privaten Fürsorge anerkennen und diese Organisationen unterstützen. Ich glaube aber, die öffentliche und private Fürsorge arbeiten zu sehr nebeneinander; sie müßten mehr miteinander arbeiten.

./.

Die Summen, die jetzt durch die Zwei- oder Mehrgeleisigkeit ausgegeben werden, könnten dann besser verwendet werden.

Durch die Gründung des Komitees für Sozialarbeit ist die Grundlage für diese Koordinierung gegeben. Wir hoffen, daß man nun auch von den Beratungen zu Taten schreiten wird.

Es müßte alles getan werden, um unsere Jugend vor einer weiteren Gefährdung zu schützen. Man sollte wenigstens die Aushängbilder vor den Kinos besser auswählen.

Besonders traurig ist es, daß trotz des gehobenen Lebensstandards die Zahl der Pflegekinder steigt. Wir wissen, daß es Schwierigkeiten bei der Unterbringung deshalb gibt, weil ein Teil unserer Pflegekinder zu krank ist, sodaß es große Opfer einer Pflegemutter verlangt, ein solches Kind in ihre Familie aufzunehmen, aber unmöglich ist es nicht. Wäre es nicht möglich, einen Werbefilm herzustellen, der zusätzliche Eltern für unsere Pflegekinder bringt? Dem Dank des Wohlfahrtsreferenten an alle Pflegemütter können wir uns natürlich nur anschließen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wissen es zu schätzen, welch großes Opfer es für sie bedeuten mag. Aber es ist ihnen sicherlich eine Befriedigung zu wissen, daß sie ein armes Kind reich gemacht haben, indem sie ihm Heim und Familie gegeben haben.

Es ginge nicht an, daß die Gemeinde Wien die gesamte Kinderbeihilfe für Pflegekinder, die seitens des Bundes geleistet wird, auf ihr Konto bucht und in Fällen, wo mehr Kinder in einer Familie sind, letzten Endes oft nur mehr fünf Schilling für den Richtsatz beisteuert, sodaß der Gemeinde Wien ein solches Kind fast keinerlei Lastenmehr verursacht. Es muß auch Abhilfe geschaffen werden, damit nicht immer die Kinderbeihilfe in die Berechnungsgrundlage bei Regressen einbezogen wird. Die Kinderbeihilfe ist zweckgebunden, sie soll für die Erziehung und Erhaltung des Kindes selbst verwendet werden, sie darf nicht dem Gehalt zugezählt werden.

Vizebürgermeister Honay hat gesagt, das ASVG erspare uns nichts, es kostet uns nur. Wären nicht so viele Befürsorgte in die Berachtung des Bundes überführt worden, dann müßten wir nicht nur die Ausgleichszulage, sondern den gesamten Betrag bezahlen.

Die Ausgleichszulage ist sozusagen ein Ausgleich des Landes dafür, daß es zum Beispiel nicht mehr die Gesamtrente zu tragen hat. Ersparungen haben wir durch das ASVG natürlich keine, aber ich glaube kaum, daß das die Absicht des Bundesgesetzgebers war.

Bei dauerbefürsorgten Familien sollten die Mütter in unsere Erholungsaktion einbezogen werden, wenn die Kinder durch das Jugendamt in Urlaub geschickt werden.

Die Rednerin fordert sodann eine Erhöhung des Entgeltes für die Helferinnen in den Tagesheimstätten. Wenn es sich auch nur um einen kleinen Anerkennungsbetrag handelt, so seien 350 Schilling monatlich doch ein zu geringer Betrag. Sie fordert eine Erhöhung auf 520 Schilling. Eine solche Erhöhung würde die Kosten für die Tagesheimstätten nur um 120.000 Schilling steigern. Sie regt auch eine Auswahl der Filme an, die den alten Leuten gezeigt werden, da diese für Wild-West-Filme, wie sie wiederholt gezeigt wurden, kein Interesse haben.

GR. Dr. Helene Stürzer kommt sodann auf die Vergebung der Lieferung der Weihnachtspakete zu sprechen. Sie sagt, daß eine Firma "Union, Österreichischer Fachleute" im Gemischtwarenhandel Pakete mit gleichwertigem Inhalt und in besserer Verpackung als die der Firma Kogross es sind, offeriert hätte, die pro Paket außerdem um 90 Groschen billiger sind. Trotzdem habe auch heuer die Firma Kogross wieder den Auftrag erhalten.

Es dürfe auch nicht vorkommen, daß es noch immer Fürsorgeämter gibt, wo dem Stellvertreter die Einsicht in die Akten verweigert wird.

Auch die Frage der Bestattungszuwendungen bedürfe einer Änderung. Die Zuwendung von 400 Schilling werde nur dann bewilligt, wenn das Begräbnis noch nicht bezahlt ist und die Begräbniskosten nicht höher als 800 Schilling sind. Die Bestattung führe aber ein Begräbnis erst nach Bezahlung der Kosten durch. Sicherlich gibt es das sogenannte Armenbegräbnis, aber gerade die alten Leute wollen ihren Angehörigen begreiflicherweise eine sogenannte "schöne Leich'" machen. Die Ärmsten der Armen bringen dafür oft die größten Opfer. Man müßte daher auch, wenn die Kosten höher als 800 Schilling sind, den Zuschuß gewähren.

Auch der Frage der Obdachlosenbefürsorgung müßte viel menschliches Gefühl entgegengebracht werden. Wenn ein Befürsorger obdachlos wird, müßte sich sein bisheriges Fürsorgeamt mit dem Fürsorgeamt für Obdachlose ins Einvernehmen setzen, damit der Befürsorgte, wenn er dort vorspricht, kein Fremder mehr ist. Auch bei der Fahrscheinausgabe an die Obdachlosen sollte man nicht zu streng sein.

Eine Bitte der Fürsorgeräte sei es, anlässlich der Haus-sammlungen über das Ergebnis und die Verwendung dieser Gelder über die "Rathaus-Korrespondenz" zu berichten. Ihre Arbeit würde dadurch sehr unterstützt werden.

Die Rednerin schließt ihre Ausführungen mit dem Dank ihrer Fraktion an alle Mitarbeiter, die auf Fürsorgerischem Gebiet so viel geleistet haben.

GR. Dinstl (SPÖ) stellt fest, daß man bei Behandlung des Fürsorgebudgets zu der Überzeugung kommt, daß die Menschen dieser Stadt von der Wiege bis zum Grabe von der Stadtverwaltung betreut werden. Dies war nicht immer so. Nach dem Annonrat der vergangenen Jahrzehnte steht heute dem Bedürftigen der Fürsorgerat zur Seite. Erst nach dem ersten Weltkrieg, als die Sozialdemokraten ins Rathaus eingezogen waren, begann die Zeit der sozialen Gesetzgebung. Es wurde damals dem Wohnungsbau und der Fürsorgetätigkeit das größte Augenmerk zugewendet. Der Faschismus und der Krieg haben diese gute Entwicklung unterbrochen. Der Aufbau des Fürsorge-wesens seit 1945 kann als ein gewaltiges Werk bezeichnet werden, das sich in der ganzen Welt sehen lassen kann.

Zu den einzelnen Rednern stellt er fest, daß auch die Sozialisten auf dem Fürsorgesektor noch viele Wünsche hätten, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse unserer Bevölkerung beitragen könnten. Es geht aber doch immer ein Stück vorwärts. So sollen noch zehn Kindergärten und Krabbelstuben errichtet werden. Auch die Leistungen für die alten Leute, wie die Urlaubereaktionen usw., müssen anerkannt werden. Im Jahre 1959 sollen wieder 3.000 Menschen von der Gemeinde auf Urlaub geschickt werden.

Zu den Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer über die Weihnachts-

pakete bemerkt der Redner, daß es für eine Firma, die die Ausstattung und den Preis der von einer anderen Firma hergestellten Pakete kennt, nicht schwer ist, ihren Preis dann um eine Kleinigkeit niedriger zu halten. Aus diesem Grunde habe man die Union nicht berücksichtigt.

Der Redner spricht allen Mitarbeitern dieser Geschäftsgruppe den Dank aus. Sie alle, egal ob in Ämtern, Kindergärten usw. haben ihr Bestes geleistet. Man darf auch nicht vergessen Vizebürgermeister Honay zu danken, der heute zum zehnten Mal den Vorschlag seiner Gruppe referierte. (Allgemeiner Beifall.) Er hat diese Gruppe durch zehn Jahre als echter Wiener mit Herz und Gemüt geführt. Seine Herzengüte hat sich auch auf seine Mitarbeiter übertragen und darum herrscht gerade in dieser Geschäftsgruppe eine so gute Zusammenarbeit. Der Redner richtet abschließend die Bitte an Vizebürgermeister Honay, der baldigen Vollen- dung der Lehrwerkstätte sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Er dankt abschließend dem Vizebürgermeister und wünscht ihm ein weiteres gutes Zusammenwirken mit seinen Mitarbeitern zum Wohle der Bewohner unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Honay stellt im Schlußwort fest, daß eine Reihe von Wünschen und auch Anträge gestellt wurden. Zur Forderung auf Erhöhung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge ist zu sagen, daß diese nicht erst im April 1959 sondern schon jetzt erhöht werden sollen. Wir können stolz darauf sein, daß die Gemeindebefürsorgten heute bereits wesentlich besser behandelt werden als die meisten Rentner in der Sozialversicherung, und dies nicht nur auf dem Gebiete der Urlaubsaktionen. Es gibt keinen Sozialrentner in Österreich, der einen Heizzuschuß bekommt. Die Gemeinde Wien gibt einen solchen. Die Gemeindebefürsorgten haben ferner Anspruch auf Kleider, Schuhe usw., was den Rentnern nur im Falle äußerster Not gewährt wird. Außerdem geben wir Geldaushilfen in besonderen Notstandsfällen.

Das Problem der Altenfürsorge ist sehr schwierig. Wir haben Arbeitskreise gebildet, die bereits einige Tagungen abgehalten haben. Aber das Problem kann nicht auf kommunaler Ebene allein gelöst werden. Auch bei der weiteren Ausgestaltung der Tages-

heimstätten, die eine freiwillige Leistung der Gemeinde darstellen, kann die Bundeshilfe nicht versagt werden, umso mehr, als, wie schon erwähnt, zwei Drittel der Besucher Sozialrentner sind.

Vizebürgermeister Honay bespricht sodann der Reihe nach die verschiedenen Anregungen und Ausführungen der Rednerinnen der VO und der ÖVP. Abschließend ersucht er um die Annahme der Ansätze seiner Geschäftsgruppe. Er habe versucht, die Anfragen zu beantworten und er freue sich darüber, daß so wie jedes Jahr die Führung seiner Geschäftsgruppe von allen Mitgliedern des Gemeinderates anerkannt wurde. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der VO über das Altersheim wird einstimmig der Gruppe V zugewiesen, der Antrag der VO betreffend Landaufenthaltsaktion ebenfalls einstimmig der Gruppe IV.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Für die, die nicht abgeholt werden...

=====

17. Dezember (RK) Für 120 Wiener Buben und Mädeln haben heute früh auf dem Westbahnhof vorzeitig die Weihnachtsferien begonnen. Es handelt sich um Kinder aus den städtischen Heimen, die Vollwaisen sind, oder um solche, von denen man weiß, daß sie am Heiligen Abend von ihren Eltern nicht nach Hause genommen werden. Die Stadtverwaltung bringt sie für drei Wochen in ihr Ferienheim nach Ischl, wo sich Fürsorgerinnen alle Mühe geben werden, ihnen das Familienfest zu ersetzen. Jedes Kind wird unter dem Weihnachtsbaum ein Geschenk nach eigener Wahl finden. Für die Erfüllung dieser Wünsche hat das Wiener Jugendhilfswerk 25.000 Schilling bereitgestellt.

Eine zweite Gruppe mit 60 städtischen Heimkindern wird die Weihnachtsferien in Heim Stollbach an der Hohen Land verbringen.

- - -

Eine Lichtkönigin brachte uns Weihnachtsgrüße  
=====

Wiener "Rosenkavalier" für die schwedische "Lucia"

17. Dezember (RK) Umgeben von einem großen Aufgebot der Wiener Fotografen, Filmleute und Reporter erlebte heute früh die schwedische Lichtkönigin aus Lulea einen festlichen Einzug ins Wiener Rathaus, dem Ziel ihrer langen Weihnachtsreise. Mona Klint, die 18jährige Mittelschülerin, wurde von ihren Landsleuten auserwählt, sich zum ersten Mal den Wienern als eine waschechte schwedische "Lucia" vorzustellen und ihnen die Weihnachtsgrüße ihrer Heimatstadt zu übermitteln.

Im Wiener Rathaus, wo sie ihren Auftrag zu erledigen hatte, wurde sie in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger empfangen. Nach altem schwedischen Brauch betrat sie den Empfangsraum mit dem Lichterkranz auf dem Kopf und servierte den beiden Stadtvätern den Frühstückskaffee samt Weihnachtskuchen. In ihrem Gefolge befanden sich Botschaftssekretär Edelstam, der Direktor der skandinavischen Fluggesellschaft, und Redakteur Söderholm von der Tageszeitung "Norrbottnens Kurieren" aus Lulea.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die reizende "Lucia" als lieben Gast aus dem hohen europäischen Norden und dankte ihr für die dem Wiener Bürgermeister überbrachte Botschaft des Stadtoberhauptes von Lulea Bürgermeister Vincent Ekholm sowie für das von ihm geschickte Geschenk - ein Service mit silbernen Punschschalen. Vizebürgermeister Honay gedachte dabei der schon traditionell gewordenen guten Beziehungen zwischen Sveden und der österreichischen Bundeshauptstadt und der großen materiellen Hilfeleistungen des gesamten schwedischen Volkes für die Wiener Bevölkerung in den Jahren nach den beiden Weltkriegen. Er bat dann die Lichtkönigin dem Bürgermeister von Lulea von seinem Wiener Amtskollegen als Gegengeschenk eine Kristallschale zu überbringen. Sie selbst erhielt von der Wiener Stadtverwaltung zur Erinnerung an ihren Besuch im Wiener Rathaus einen prächtigen "Rosenkavalier" aus Augarten-Porzellan.

Anschließend an den offiziellen Gratulationsakt im Wiener

Rathaus begab sich "Lucia" in den Stadtpark, wo sie in den städtischen Kindergarten unter die Kinder aus Schweden mitgebrachte Spielsachen als Grüße der Jugend von Lulea verteilte. Im Namen der Kinder und ihrer Eltern bedankte sich der Zentralinspektor der städtischen Kindergärten Dr. Kothbauer für die überaus reichliche Bescherung.

Der liebe Gast aus Schweden wird während seines viertägigen Aufenthaltes in der Bundeshauptstadt von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien betreut.

- - -

### 11.000 Jubelpaare in 13 Jahren

=====

17. Dezember (RK) Unter den drei Diamantenen und 52 Goldenen Hochzeitspaaren, die heute nachmittag gemeinsam mit den Vertretern der Stadtverwaltung im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses ihren Ehrentag feierten, befand sich das 11.000. Paar, das seit 1945 im Rathaus zum Ehejubiläum beglückwünscht worden ist. Das Jubiläumspaar Josef und Anna Salcher aus der Franz ~~Petter~~-Gasse in Hietzing und die anderen Hochzeiter wurden von Vizebürgermeister Weinberger im Beisein der Stadträte Lakowitsch, Mandl, Riemer und Slavik sowie der Bezirksvorsteher begrüßt. Vizebürgermeister Weinberger übermittelte ihnen die Grüße des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung. Er überreichte jedem Paar ein Diplom der Stadt Wien und wünschte allen zusammen viel Gesundheit und Glück im Kreise ihrer Familien sowie ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Für morgen, Donnerstag, sind ins Rathaus Ehejubilare aus den Bezirken 16 bis 22 eingeladen.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen  
=====

17. Dezember (RK) Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) berichtet über die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen. Vorher führt der Referent aus, er bedauere es sehr, daß die Verhandlungen im Wiener Rathaus neben den Beratungen des Nationalrates, des niederösterreichischen und des burgenländischen Landtages abgehalten werden. Er würde es begrüßen, wenn man gemeinsam überlegen könnte, ob man nicht - da der Finanzausgleich nun für fünf Jahre abgeschlossen wird - einen anderen Termin für die Budgetberatungen finden könnte. Es wäre der Bedeutung der Stadt Wien würdiger, wenn man viel eingehender über alle Probleme der Stadtverwaltung diskutieren könnte.

Vizebürgermeister Weinberger begann die Besprechung seiner Geschäftsgruppe sodann mit dem Anstaltenamt. Diese große Abteilung ist in eine Reihe von Referaten aufgegliedert. Im Bereich des Anstaltenamtes werden 14.373 Personen beschäftigt, darunter 1.016 Ärzte. Dazu kommen noch 500 Personen im Allgemeinen Krankenhaus, die dem Bund unterstehen.

Der Bettenstand in den Spitälern und Anstalten beträgt für das kommende Jahr 12.498. Die Einnahmen werden mit 321 Millionen angenommen, die Ausgaben mit 640 Millionen, sodaß sich allein auf diesem Sektor ein Abgang von 320 Millionen ergibt. Von den Ausgaben entfällt der Hauptanteil auf den Personalaufwand, nämlich 55 Prozent. 21 Prozent entfallen auf Verbrauchsmaterialien, 7 Prozent auf Lebensmittel, 5 Prozent auf Gas, Strom und Beheizung. Für die Erhaltung der baulichen Anlagen sind 20,5 Millionen Schilling vorgesehen. Investiert werden sollen auf dem Bausektor 61,5 Millionen. Somit werden nahezu 82 Millionen allein auf dem Bausektor der Geschäftsgruppe V aufgewendet.

Der Referent schilderte dann die umfangreiche Investitionstätigkeit in den Anstalten der Gemeinde Wien, den Krankenanstalten, den Altersheimen, Heil- und Pflegeanstalten, den Erziehungsheimen usw. und kam eingehend auf die Vorhaben zur weiteren Ausgestaltung dieser Anstalten zu sprechen.

Obwohl im Voranschlag der Stadt Wien ebenso wie im Bundesbudget zu dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses 30 Millionen Schilling eingesetzt sind, ist leider noch immer nichts Entscheidendes geschehen. Die letzte Verzögerung hat sich durch die unerklärlich lange Dauer der Aufstellung des sogenannten Raum- und Funktionsprogrammes,

welche einem Tübinger Professor übertragen worden ist, ergeben. Diese 500 Seiten umfassende Grundlage muß nun wieder von vielen Gesichtspunkten aus überprüft werden. Trotzdem sei zu hoffen, daß es nun endlich ernst wird.

Die Bettensituation in den Krankenanstalten war auch im Sommer 1958 wegen der Um- und Zubauten sehr angespannt. Für die Zeit des größeren Bettenbedarfes in den ausklingenden Wintermonaten und im Frühjahr stehen bis auf weiteres noch zwei Pavillone des ehemaligen Infektionskrankenhauses "Am Steinhof" zur Verfügung, die mit insgesamt 250 Betten als medizinische Abteilung geführt werden.

Die Zahl der Ansuchen um Aufnahme in ein Altersheim der Stadt Wien zeigte 1958 ein leichtes Absinken. In den ersten neun Monaten des Jahres 1957 lagen 3.977, im gleichen Zeitraum 1958 hingegen 3.806 genehmigte Anträge vor. Die Zahl der effektiv aufgenommenen Pfleglinge sank jedoch von 3.326 Aufnahmen in diesem Zeitraum des Jahres 1957 lediglich auf 3.319 im Jahre 1958. Trotzdem ist der Bettenmangel im Altersheim weiterhin gestiegen, da die Abgänge in den ersten neun Monaten des Jahres 1957 3.410 Pfleglinge, 1958 aber nur 3.230 Pfleglinge betragen. Eine Gegenüberstellung seit 1950 zeigt, daß sich die Zahl der Aufnahmen ständig erhöht, dagegen die Zahl der Entlassungen und Austritte, aber auch die der Todesfälle, verhältnismäßig zurückbleibt. Die Not an Spitalsbetten wird nicht zuletzt durch den Mangel an Alters- und Alterskrankenbetten ständig vergrößert. Nur wenn es möglich sein wird, die notwendigen Betten für Pflegefälle zu schaffen, dürfte für längere Zeit auch dem chronischen Bettenmangel in den Krankenanstalten wirksam abgeholfen werden können. Wie in den vergangenen Jahren wurde auch im Jahre 1958 die Ausgestaltung der Krankenabteilungen der Altersheime mit beträchtlichem finanziellen Aufwand fortgeführt.

Der Redner sprach sich für eine Kooperation der öffentlichen und der freien Fürsorge und die verstärkte Führung von Altersheimen durch private Organisationen aus, wozu auch die Stadt dann ihren Beitrag leisten sollte. Es komme nicht darauf an, wer etwas tut, so sagte er, sondern daß etwas geschieht. Alle unsere Mitbürger sollen das Gefühl haben, daß sie auch als kranke, alte und müde

gewordene Mitmenschen noch als Persönlichkeiten gewertet worden und nicht auf den Aussterbeetat gesetzt worden sind. (Beifall bei der OVP.)

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke sind gleichfalls beträchtliche Mittel investiert worden, um den Aufenthalt angenehmer und menschlicher zu gestalten und auch den meist sehr langwierigen Heilungsprozeß günstig zu beeinflussen. Im Jahre 1957 war ein leichtes Ansteigen der Einweisung von Geisteskranken zu verzeichnen, das auch im Jahre 1958 weiter anhielt, wobei die Einweisung von 50 Prozent der nach Steinhof gekommenen Männer auf Alkoholmißbrauch zurückzuführen ist. Im Jahre 1958 erreichten die Aufnahmen in den Heil- und Pflegeanstalten in den ersten neun Monaten 3.457 Pfleglinge, davon 1.096 Männer und 1.361 Frauen gegen 3.342 Aufnahmen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Steigerung fällt hauptsächlich auf die Gruppe der Altersdementia. Im Jahre 1957 wurden 1.043 männliche und 130 weibliche Alkoholiker eingewiesen. Entlassungen waren 3.105, Todesfälle 797 zu verzeichnen.

Seit längerer Zeit bemüht sich bereits die Direktion der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" um die Wiedereinrichtung einer Beratungsstelle für "Gemüts- und Nervenkranken" in Form einer "Psychohygienischen Beratungsstelle". Die Beratungsstelle soll sich als wirkungsvolle Einrichtung in der Behandlung und Betreuung unserer psychisch Kranken einschalten und dazu beitragen, daß es nicht wieder zu einem Höchststand von 4.200 Patienten wie vor 1938 kommt.

In den Herbergen für Obdachlose ist infolge der Rückkehr von Österreichern, die aus den Oststaaten abgeschoben wurden oder denen die Ausreise nahegelegt wurde, eine neuerliche Verschärfung eingetreten.

./.

Wie schon seit einigen Jahren wurden auch 1958 die für Neuanschaffungen bewilligten Geldmittel dazu verwendet, das Inventar in den Anstalten zu verbessern und den Ärzten jene Einrichtungen und Apparate zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung einer dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Diagnostik und Therapie notwendig sind.

Auch die Verköstigungsquote in den Spitälern wurde mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1958 reguliert, um sie auf einen noch besseren Stand zu bringen.

Dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst stehen in fünf Rettungsstationen 23 Sanitätswagen und in fünf Sanitätsstationen 46 Sanitätswagen zur Verfügung. Die 1956 in Betrieb genommenen Funksprechanlagen haben sich sehr bewährt. Für 1959 ist die Anschaffung von sechs neuen Ambulanzwagen beabsichtigt, die die im Jahre 1950/51 eingestellten Opel-Blitzwagen ersetzen sollen.

Große Bedeutung kommt der Arbeit des Gesundheitsamtes zu, vor allem auch dem Referat zur Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Neben den gesetzlichen Impfungen gegen Pocken und den freiwilligen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten sowie Schutzimpfungen gegen Typhus, wurde heuer erstmals eine öffentliche Impfung gegen Kinderlähmung durchgeführt, welche die erste in Österreich war. Zur Impfung aufgerufen waren die Kinder der Geburtsjahrgänge 1947-1955. Im Rahmen dieser Aktion wurden bis Ende Mai 77.983, bis Ende November 96.676 Einzelimpfungen vorgenommen, davon waren 39.940 erste, 38.023 zweite und 18.713 dritte Teilimpfungen. Die Aktion für die dritte Teilimpfung ist noch im Gange und läßt eine gute Beteiligung erwarten. Bis auf vereinzelte leichte Reaktionen an der Impfstelle sind im Zusammenhang mit den Impfungen keinerlei Erkrankungen aufgetreten. Bei diesen Jahrgängen sind nach Abschluß der beiden ersten Impfungen 17 Erkrankungen an Kinderlähmung aufgetreten, davon 13 bei Ungeimpften, 2 bei einmal Geimpften, 1 bei einem im Gesundheitsamt zweimal und 1 bei einem privat zweimal Geimpften. Da ein wirksamer Schutz erst nach der zweiten Teilimpfung zu erwarten ist, sind die nur einmal Geimpften den Ungeimpften zuzurechnen. Daraus ergibt sich, daß in den Geburtsjahrgängen 1947 - 1955 die Krankheitshäufigkeit unter den zweimal Geimpften um rund 75 Prozent geringer

war als bei den Ungeimpften oder nur einmal Geimpften.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird für das Jahr 1959 die Fortsetzung der Impfungen mit einer Erweiterung auf die Geburtsjahrgänge 1956 - 1939 vorgeschlagen, wobei die Beteiligung auf etwa 74.000 Impflinge geschätzt wird. An Ausgaben erwachsen hierfür 2,962.000 Schilling, denen an Einnahmen 2,420.000 Schilling gegenüberstehen.

Über die Verwendung der verschiedenen Impfstoffe kann jetzt schon gesagt werden, daß sich der amerikanische oder kanadische ebenso gut bewährt hat wie der österreichische oder umgekehrt. Es haben sich bei keinem irgendwelche Komplikationen ergeben und ebenso war bei jedem die gleiche Wirkung gegeben, soweit dies aus den Auswertungen des heurigen Jahres überhaupt zu ersehen ist. Es könnte daher die nächste größere Impfkation ohneweiteres nur mit dem österreichischen Impfstoff durchgeführt werden. In dieser Frage aber sollen und werden ebenso wie in allen damit zusammenhängenden Belangen ausschließlich die zuständigen Fachleute und nicht zuletzt wenn nötig der Landessanitätsrat selbst ihre Meinung äußern und ihr Gutachten abgeben.

Auf dem Gebiete der Tuberkulose sind im abgelaufenen Jahre keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Von einem weiteren Rückgang der Tuberkulose kann nur insofern gesprochen werden, als die Zahl der Neuaufnahmen von Fällen mit ansteckender Tuberkulose in Wien auch im Jahre 1957 und im ersten Halbjahr 1958 gegenüber den Vorjahren etwas abgenommen hat. Im 1. Halbjahr 1958 ist nur eine Person unter 14 Jahren an Tuberkulose gestorben. Die Gesamtzahl der Todesfälle an Tuberkulose ist im Jahre 1957 gegenüber dem Vorjahr nicht gesunken und im 1. Halbjahr 1958 gegenüber dem 1. Halbjahr 1957 nur um weniges geringer. Die Tuberkulose muß daher nach wie vor als ein ernstes Problem bezeichnet werden.

Im 1. Halbjahr 1958 wurden die Tuberkulose-Fürsorgestellen von 61.500 Personen besucht. Die Zahl der Neuaufnahmen von ansteckender Tuberkulose betrug in diesem Zeitraum 367, davon 247 Männer.

Rund 54.000 Personen wurden in den Tuberkulosefürsorgestellen und in der Röntgenstelle der Zentrale mit Röntgenstrahlen untersucht. Die geringe Zahl der Neuaufnahmen und Todesfälle bei Kindern und Jugendlichen hängt mit der ständig in Wien erfolgreich durchgeführten Schutzimpfung gegen Tuberkulose zusammen.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Veröffentlichungen über Strahleneinwirkung bei der diagnostischen Röntgenuntersuchung wurden Maßnahmen für besseren Strahlenschutz ausgearbeitet und teilweise schon eingeführt. Im Zusammenhang damit wird die Anschaffung von Bleigummischutzröcken für Frauen und Kinder, die sich einer Röntgenuntersuchung unterziehen müssen, notwendig und wurden für den Ankauf von 40 solcher Bleigummischürzen zirka 8.000 Schilling vorgesehen.

Zur Verbesserung der diagnostischen Möglichkeiten wurde im Jahre 1958 in der Röntgenstelle des Gesundheitsamtes ein Schichtaufnahmeapparat für Lungenaufnahmen angeschafft und in Verwendung genommen.

Dem Tbc-Referat unterstehen derzeit 12 Tbc-Fürsorgestellen. Anfangs 1959 wird für den 14. Bezirk die neu erbaute Tbc-Fürsorgestelle in der Heinrich Collin-Gasse eröffnet werden, ebenso soll 1959 der Rohbau für eine neue Tbc-Fürsorgestelle in der Lazarettgasse 13 für die Bezirke 1, 8, 9 und 17 und eine im 19. Bezirk, Nußdorfer Gürtel, für die Bezirke 18 und 19 fertiggestellt werden.

Die systematische Schulzahnpflege wurde im Schuljahr 1957/58 wie in den vorhergegangenen Jahren durchgeführt. Rund 5.500 Kinder haben an der Aktion teilgenommen. Von den 102.195 Schulkindern waren 92.955 erfaßt, von denen 89.097 untersucht und von diesen 20.952 behandelt wurden. Dringend erforderlich erscheint für die Zentralschulzahnklinik die Anschaffung eines Zahnröntgenapparates, der auch zur Durchführung von Röntgenaufnahmen während der Operationen, die in der Zentralschulzahnklinik durchgeführt werden, notwendig ist. Die Anschaffung einer fahrbaren Schulzahnklinik für die Randgebiete ist dringend erforderlich. Es wären hierzu 620.000 Schilling notwendig. Nach dieser Anschaffung könnten zwei der jetzt betriebenen Exposituren aufgelassen werden.

Die Einrichtung der Gesundenuntersuchungsstellen hat sich nun seit 8 Jahren bewährt und ist auch als vorbildlich im Ausland anerkannt. Seit dem Bestehen der Gesundenuntersuchungsstellen der Stadt Wien (das ist seit Oktober 1950) wurden 41.929 Personen, darunter 11.886 (oder 29 Prozent) Männer und 30.043 (oder 71 Prozent) Frauen untersucht. Bei 2.221 Personen, das sind 5.2 Prozent, wurde ein Tumorverdacht geäußert.

Der Schwerpunkt der Vorsichtsuntersuchungen aber liegt in der Aufdeckung der großen Zahl von sogenannten Präkanzerosen und jener Gesundheitsstörungen, die den Boden für eine spätere Krebserkrankung bilden können.

So wurden bei 23.366 Personen, die ungefähr 55 Prozent der Gesamtuntersuchungen darstellen, weitere Untersuchungen veranlaßt, die in den weitaus meisten Fällen unmittelbar eine weitere Behandlung erforderten. Durch die große Zahl der Anmeldungen bei den Gesundenuntersuchungsstellen ergaben sich oft monatelange Wartezeiten. Es soll zur Abhilfe in der Zentrale des Gesundheitsamtes, wo alle notwendigen Behelfe vorhanden sind ein zweites Untersuchungsteam eingeschaltet werden.

Die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt wird im Jahre 1959 noch zahlreiche Untersuchungen zur Kontrolle der Funktion des Großraumspiechers Neusiedl durchführen. Außerdem soll die Grundwassererschließung in der Schwarzlackenu und in der Freudenau untersucht werden sowie der Ausbau des Pumpwerkes Nußdorf. Eine Neuerung des kommenden Jahres wird die Einrichtung eines Laboratoriums für die Prüfung unseres Trinkwassers auf den jeweiligen Gehalt an radioaktiven Stoffen sein. Der praktische Wert der Meßstelle liegt darin, daß durch diese sobald als möglich ein gefährlicher Gehalt an radioaktiven Substanzen in unserem Trinkwasser festgestellt werden kann und das verseuchte Pumpwerk oder eine der beiden Hochquellenleitungen eine Zeit lang von der Versorgung ausgeschaltet werden kann. In anderen Großstädten sind ähnliche Einrichtungen bereits in Betrieb.

Die Säuglingssterblichkeit in Wien, bezeichnet der Referent als noch immer verhältnismäßig hoch. Sie beträgt auch in diesem Jahre in Wien 4.7 Prozent, wogegen zum Vergleich z.B. die Säuglingssterblichkeit von Oslo mit 1.4 Prozent von London mit 2.1 Prozent und Hamburg von 2.9 Prozent angeführt wird.

Diese hohe Säuglingssterblichkeitsziffer ist vor allem auf die große Zahl der auftretenden Frühgeburten zurückzuführen. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, die derzeit in Wien bestehende Schwangerenfürsorge besonders auszubauen und zu intensivieren. Denn nur durch eine auf einer breiten Basis aufgebauten Schwangerenfürsorge ist es möglich, die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge herabzudrücken. Es wurde vorerst beschlossen, fünf Untersuchungsstellen für werdende Mütter in verschiedenen Bezirken Wiens mit einer Zentralstelle im Hauptgesundheitsamt zu errichten. Werdende Mütter sollen am Beginn ihrer Schwangerschaft ein "Schwangerenbuch" erhalten, in welchem die erforderlichen Untersuchungen von den Ärzten bestätigt werden sollen. Auftretende Erkrankungen sollen dadurch rechtzeitig erkannt und behandelt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Situation im Nachwuchs an diplomierten Pflegekräften hat sich etwas gebessert. Diese erfreuliche Entwicklung wird vielleicht noch durch die Einführung eines zweijährigen Lehrganges für Vorschülerinnen verstärkt werden. Es müßte daran gedacht werden, eine weitere Pflegerinnenschule eventuell im Franz Josefs-Spital zur Heranbildung von diplomierten Krankenschwestern zu errichten.

Vizebürgermeister Weinberger spricht abschließend die Hoffnung aus, daß es ihm gelungen ist nachzuweisen, wie viel im ablaufenden Jahr im Wiener Gesundheitswesen geleistet wurde. Die Ansätze des kommenden Jahres seien ebenfalls bedeutungsvoll und erfreulich. Er dankt allen Beamten, Angestellten und Arbeitern seiner Gruppe, den Mitgliedern seines Ausschusses, besonders aber Obersenatsrat Dr. Schwarzl. (Allgemeiner Beifall.) Dank und Anerkennung gilt in besonderer Weise auch der aufopfernden Tätigkeit der Ärzte und Schwestern. Für das kommende Jahr erhofft er sich die gleiche sachliche und loyale Mitarbeit aller. (Beifall bei der ÖVP.)

./.

Debatte über Gesundheitswesen

GR. Maller (VO) stellt fest, daß es in dieser Geschäftsgruppe um das höchste Gut des Menschen, nämlich um seine Gesundheit geht. Er erachte es daher als notwendig, einige Mängel, die bereits als chronische Krankheiten bezeichnet werden können, auch heuer wieder aufzuzeigen. In erster Linie besteht noch immer das Problem der Bettennot in den Spitälern. Auf diesem Gebiete hat sich während der letzten Jahre keine entscheidende Verbesserung ergeben. Menschen mit lebensgefährlichen Erkrankungen können nicht rechtzeitig in die Spitäler aufgenommen werden. Der Redner verweist auf den Fall eines Familienvaters, der sterben mußte, weil nicht rechtzeitig ein Spitalbett zur Verfügung stand. Sicherlich wird es auch bei ausreichender Bettenzahl Engpässe geben. Der Stand von 16 Betten auf 1.000 Einwohner sei aber unzureichend. Außerdem sind hier die Betten in den Irrenanstalten usw. mitgezählt. Selbst die Rettung hat bei der Unterbringung von chirurgischen Fällen große Schwierigkeiten. Baldige Abhilfe wäre dringend nötig.

Der Redner spricht dann über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und fragt Vizebürgermeister Weinberger, wann er die Baupläne vorlegen werde. Die größten Optimisten rechnen mit einer Bauzeit von zehn Jahren. Dabei wird die Bettennot durch den Neubau nicht gemildert werden können.

Ein noch größeres Problem sei der Mangel an qualifiziertem Personal in den Spitälern, an Schwestern, technischen Assistentinnen, Röntgenassistentinnen, Fürsorgerinnen usw. Der Redner verlangt eine großzügige Reform der Ausbildung, der Arbeitszeitregelung und der Bezahlung. Er stellt einen analogen Antrag wie in der Personaldebatte, allen jungen Frauen, die sich zu Krankenschwestern ausbilden lassen wollen, durch großzügige Stipendien zu unterstützen.

GR. Maller nimmt dann zu verschiedenen Sparten des städtischen Gesundheitsdienstes kritisch Stellung, verlangt eine bessere Koordinierung im Gesundheitswesen, eine Vermehrung der Gesundheitsuntersuchungsstellen, eine bessere psychologische Vorbereitung für die nächste Kinderlähmungsimpfaktion und einen verstärkten Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit.

Bei den Altersheimen erneuert der Redner den Appell seiner Fraktionskollegin, das Heim in St. Andrä aufzulösen. Er stellt ferner einen Antrag auf Erhöhung des Taschengeldes für die Pfleglinge der städtischen Altersheime.

Abschließend bemerkt GR. Maller, seine Fraktion sei der Meinung, daß der Gesundheitsdienst in Wien nicht klaglos funktioniert. Diese Politik könne er nicht gutheißen, und seine Fraktion werde nicht für die Ansätze dieses Hauptstückes stimmen. (StR. Lakowitsch (ÖVP): Das ist aber schade!)

GR. Dr. Eberle (ÖVP) wies zunächst die Auffassung des GR. Maller zurück, daß die Rettungsärzte unter Druck gestellt würden, möglichst wenig Patienten in Spitäler einzuweisen, und erklärte, daß sich dies kein einziger Arzt gefallen ließe, weil es mit seinem Gewissen unvereinbar ist.

Er erinnerte weiter daran, daß Vizobürgermeister Weinberger seit 13 Jahren Amtsführender Stadtrat für das Wiener Gesundheitswesen ist und damit am längsten dieses Amt verwaltet. Wir dürfen stolz sein, sagte er, daß es ihm nach den fürchterlichen Zerstörungen gelungen ist, so vieles zu schaffen. Wir können ihm zu diesem Erfolg gratulieren.

Der Redner begrüßte dann den Ausbau des Krankenhauses in Floridsdorf und des Franz Josef-Spitals, das jeden Vergleich mit Krankenhäusern in Westeuropa oder in Deutschland aushält, und sprach die Hoffnung aus, daß es im nächsten Jahr möglich sein werde, den ersten Spatenstich zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses zu tun. Die Ärzteschaft würde wegen der starken Zunahme der Verkehrsunfälle die Errichtung einer dritten Unfallstation im Franz Josef-Spital wünschen. Ein weiterer Wunsch geht dahin, den Wiener Tuberkulosen-Heilstätten, die sonst führend sind, die gleiche Verköstigungstangente wie den übrigen Tuberkuloseheilstätten zu geben.

Das Arztproblem könnte man bei gutem Willen lösen. Man mache die Gastärzte zu Sekundärärzten, dann bestünde wieder unsere alte berühmte Ordnung, und wir könnten damit die Frage der Ärztenot lösen. Zur Lösung dieses Problems würde auch die Pragmatisierung mehrerer Ärzte und die Schaffung von mehr Posten für Anstaltsärzte beitragen.

Er dankt dafür, daß die Verhandlungen wegen der Spitalsärzte in diesem Jahr einen positiven Erfolg hatten. Bedauern müsse er nur, daß es vorher immer irgend welcher Drohungen bedarf. (Stadtrat Riemer: Wir haben es bedauert, daß es zu einem Streik kommen mußte!) Das war kein Streik! Es war eine gewisse passive Resistenz. Wir wissen, daß wir in unserem Gewissen verpflichtet sind, keinem Patienten zu Schaden kommen zu lassen, und das ist auch in diesem Fall nicht geschehen.

Die Schwesternfrage sei noch immer nicht gelöst. Wir befinden uns da in einem richtigen Circulus vitiosus, aus dem wir nicht herauskommen, bevor wir nicht die materiellen Fragen lösen. Dazu gehören mehr Gehalt, bessere Wohnmöglichkeiten und vor allem mehr Bedienungspersonal.

Die Medizin hat es ermöglicht, daß die Menschen länger leben. Man kann sie aber nicht einfach nur in Altersheime sperren. Hier wird der Ruf laut nach dem Facharzt für Alterskrankheiten oder nach eigenen Alterskrankenhäusern, Alterskrankheitsabteilungen in den einzelnen Krankenhäusern.

Die Säuglingssterblichkeit ist bei uns nicht mehr schlimm. Dagegen ist die Frühgeburtensterblichkeit sehr groß. Im nächsten Jahr werden fünf neue Schwangerenberatungsstellen eröffnet. Wir dürfen aber nicht ruhen, bevor wir nicht in jedem Wiener Bezirk eine eigene Schwangerenberatungsstelle besitzen. Weiter könnte durch ein Team, bestehend aus Frauenarzt, Internist, Kinderarzt und Fürsorgerin, Großartiges geleistet werden, damit wir nicht nur alte Leute, sondern auch sehr viele junge Menschen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Durch die Zusammenarbeit des Teams könnten der werdenden Mutter sehr viele Sorgen abgenommen werden, die mitunter zu Frühgeburten führen. Sehr stark nimmt die angeborene Hüftverrenkung zu, die aber durch eine einfache Methode, durch das Anlegen einer Spreiztasche, behandelt werden kann. Es wäre daher angezeigt, wenn diese Hüftgelenksverrenkung festgestellt ist, dem Säuglingspaket eine solche Spreiztasche beizulegen. Leider huldigen auch die Frauen viel mehr dem Laster Alkohol. Die Heilung von Tuberkulosekranken wird oftmals durch den Alkohol vereitelt.

Man sollte daher die Schnapsbuden vor den Krankenhäusern und vor Tuberkuloseheilstätten sperren. Einen schwer Berauschten sollte man nicht in die Wachtube führen, sondern in das Krankenhaus, weil er vergiftet ist. Wenn man den Betroffenen nach dem ersten Rausch ärztlich behandelt, könnte man wahrscheinlich auch verhindern, daß er chronischer Alkoholiker wird. Um den Trinkerheilstätten das Odium zu nehmen, sollte man sie als Krankenhäuser bezeichnen.

Der Redner kommt sodann auf die große Wichtigkeit der verschiedenen Schutzimpfungen zu sprechen. Neben allen bereits bestehenden Impfungen müßte besonderes Augenmerk der Impfung gegen die Kinderlähmung zugewendet werden. Die Einführung dieser Impfung ist den Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger zu danken. (Beifall bei der ÖVP.) Verschiedene Gemeinden, die diese Impfungen nicht durchführten, haben es bitter bereut. Es müßten alle dazu beitragen, diese Impfung populär zu machen. Zu einer vollständigen Durchimpfung sind drei Einspritzungen notwendig. Die zweite soll ein Monat nach der ersten vorgenommen werden, die dritte nach einem halben Jahr. Sind diese drei Einspritzungen durchgeführt, ist ein vollständiger Schutz gewährleistet. Nach drei Jahren muß eine weitere Spritze verabreicht werden, die wiederum auf drei Jahre reicht. Die Kinderlähmungsimpfung ist die segensreichste, die es bisher überhaupt gab. Die verschiedenen Impfstoffe sind alle gleich gut, der österreichische ebenso wie die ausländischen. Der Redner ersucht daher, auch diesen österreichischen Impfstoff bei uns zu verwenden. Ins Ausland wird er bereits exportiert. In erster Linie sollen Kinder zwischen zwei und sieben Jahren geimpft werden, dann die Sieben- bis Elfjährigen. Wenn alle Kinder geimpft sind, wird auch die Ansteckungsgefahr für die Erwachsenen geringer sein. Die Millionen, die man im Kampfe gegen die Kinderlähmung aufwendet, werden vielen Menschen das Leben erhalten oder sie vor Krüppeltum bewahren. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Pfoch (SPÖ) stellt fest, daß die hohe Summe, die im Budget für den Sektor des Gesundheitswesens eingesetzt ist, dazu beitragen wird, die Leiden der Bevölkerung mildern zu helfen. Die Stadtverwaltung kann sich nicht damit begnügen, bei besonders

festlichen Anlässen Glück und Gesundheit zu wünschen. Sie muß vielmehr bemüht sein, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung, wenn sie von Krankheit bedroht ist, raschest und bestens Hilfe bekommt. Diese Milliarde, die die Stadtverwaltung für das Gesundheitswesen aufwendet, könnte ohne die Hilfe der Wissenschaftler, Ärzte und Schwestern überhaupt nicht wirksam werden.

Der Redner kommt sodann auf die Bettennot zu sprechen. Er stellt fest, daß von den 74.000 Anstaltsbetten in Österreich, 26.000 in Wien sind. Das heißt, daß Wien, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, über ungleich mehr Betten verfügt, als die anderen Bundesländer. Das soll aber nicht heißen, daß man sich mit dieser Bettenzahl zufrieden geben wird. Es ist zu hoffen, daß mit den 500 Betten, die im Wilhelminenspital neu dazu kommen, wenigstens vorübergehend eine Besserung eintreten wird. Wien besitzt derzeit zwanzig Spitäler aller Größenordnungen. Es wäre vielleicht zweckmäßig eine Bettenzentrale einzurichten, die nach einer Warteliste eine gerechte Einweisung in die Spitäler ermöglichen soll. Der Redner verweist darauf, daß 15 bis 20 Prozent der in Wiener Spitäler liegenden Patienten Nichtwiener sind. Wien könnte gar nicht so viele Betten herstellen, daß sie nicht aus den anderen Bundesländern belegt werden würden. Man anerkenne selbstverständlich die Notwendigkeit hier zu helfen, wo es geht, das Problem des Bettenmangels wird durch den Belag von außen aber nie hundertprozentig gelöst werden können. Eine Statistik weist nach, daß jeder achte Wiener drei Wochen jährlich Spitalspatient ist, bzw. jeder Wiener zweieinhalb Tage jährlich im Spital verbringt.

Der Redner kommt sodann auf das Problem des Schwesternnachwuchses zu sprechen. Derzeit stehen 600 Pflegeschülerinnen in Ausbildung. Nach längeren Vorarbeiten ist nun ein ziemlich ausgereifter Vorschlag vorhanden, nach dem die Pflegeschülerinnen bereits mit dem 15. Lebensjahr zur Vorschulung aufgenommen werden können. Es ist dies sehr zu begrüßen, da die Mädchen, die jetzt bis zum 18. Lebensjahr auf die Aufnahme in die Schwesternschulen warten mußten, in der Zwischenzeit meist einen anderen Beruf ergriffen haben.

Erfreulich seien eine Reihe von baulichen Maßnahmen des kommenden Jahres, die ausschließlich dem Pflegepersonal zugute kommen sollen. In Hand einer Statistik verweist der Redner auf den ständig steigenden Aufwand der Spitäler. Burden 1952 auf dem Spitalssektor für den Personalaufwand 190 Millionen ausgegeben, werden es 1959 bereits 360 Millionen sein. Während der Bund bis zum Jahre 1938 für die Fondskrankenanstalten nahezu zur Gänze aufgekommen ist, sind seit der Kriegszeit die Fondskrankenanstalten der Gemeinde aufgelastet worden. Früher hat der Bund drei Achtel der Kosten getragen, weitere drei Achtel das Land und zwei Achtel die Gemeinde. Heute zahlt der Bund jedoch nur mehr eineinhalb Achtel. Der Abgang für unsere Verwaltung ist dadurch erheblich.

Alarmierend ist der Anstieg der Kosten für Medikamente. Burden 1952 hierfür 34,5 Millionen ausgegeben, werden es 1959 57 Millionen Schilling sein. Für die Verpflegung eines Spitalspatienten werden täglich 12 Schilling ausgegeben.

Zur Frage der Tbc-Kranken ist zu sagen, daß hier die Volkspartei, abgesehen vom Gesundheitssektor, viel leisten könnte. Kommt zum Beispiel ein Tbc-Kranker, der mit seiner Frau eine Zimmer-Küche-Wohnung im dritten Stock bewohnt und dessen Frau einen doppelseitigen Pneu hat und keine Stiegen steigen kann, zur Stadtverwaltung und ersucht um Zuweisung einer Gemeindefwohnung, kann man ihm diese Bitte oft nicht erfüllen. Seine Privatwohnung, die ihm vollkommen genügen würde, wenn er gesund wäre, ginge dann nämlich verloren, weil die Gemeindeverwaltung über diese Wohnungen nicht verfügen kann. Was sie jedoch auf dem Sektor der Berücksichtigung der Tbc-Kranken tun kann, mache sie ohne dies. Ein Appell der Frau Gemeinderätin Hiltl an die Hausbesitzer hat hier leider absolut nichts geholfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Redner richtet die Frage an Vizebürgermeister Weinberger, wie sich die Fluorbehandlung der Kinder in den Zahnkassen bewährt hat.

In Hand von Zahlen weist der Redner nach, daß die Forderung des GR. Dr. Fiedler, daß die Krankenkassen mehr für die Spitalsaufenthalte beitragen müßten, unerfüllbar sei. Den Krankenkassen sind während des Krieges und in der Nachkriegszeit Lasten über-

tragen worden, die weit über ihre Möglichkeiten hinausgehen. Sie haben 245.000 krankenversicherte Rentner zu versorgen und 15.000 Kriegshinterbliebene.

Der Redner stellt eine Anfrage an Vizebürgermeister Weinberger, wieviele zur Benützung durch die Patienten bestimmte Bücherreien in den städtischen Krankenanstalten vorhanden sind und in welchen Anstalten. In der Anfrage wird ferner gefragt, durch wen die Bücherreien betreut werden und welches Verhältnis zwischen Bettenzahl und Bücherbestand besteht. Eine zweite Anfrage an den Referenten will wissen, ob man die Anschaffung von Mikrofilmgeräten und Geräten zum Umblättern von Büchern erwägt, die den völlig hilflosen Patienten zur Verfügung gestellt werden können.

In der Frage der Gastärzte darf angenommen werden, daß ein rasches Vorrücken der Ärzte auf die systemisierten Posten erfolgen wird und damit dieses Problem in Kürze nicht mehr besteht.

Wenn beim Allgemeinen Krankenhaus Kritik daran geübt wurde, daß ein Ausländer das Funktionsprogramm aufgestellt hat, so entgegnete der Redner, daß es sich hier um einen hervorragenden Fachmann handle.

Er sei nicht der Meinung, daß man von einem Alkoholismus der Jugend sprechen könne. In den breitesten Kreisen der Jugendlichen kann man vielmehr ein Fernhalten vom Alkohol konstatieren. Wenn Verlockungen erfolgen, dann durch die ältere Generation. Der Redner wendet sich auch gegen die Alkoholreklame, besonders im Rundfunk. (GR. Schwaiger(ÖVP): In Stadion hängt man Stadtbräu-Reklamen auf!)

Bei der Besprechung der Lehrlingsheime fragt der Redner, ob die zwei Heime in Jugoslawien, die die Stadt Wien dort besitzt, zurückgegeben werden und wenn nicht, ob die Stadt eine Entschädigung bekommen wird.

Für die Lehrlinge wäre die Schaffung eines Gesellenheimes notwendig, das die jungen Leute nach Verlassen der Lehrlingsheime aufnehmen kann. (GR. Schwaiger (ÖVP): Warum hat es ihre Fraktion abgelehnt, das Brigittaspital in ein Gesellenheim umzubauen?) GR. Pfoch antwortet dem Zwischenrufer, daß man nicht eine Notwendigkeit mit der anderen erschlagen dürfe. Er sei froh, daß dort die Einrichtung einer Tagesheimschule geschaffen wird.

Abschließend meint GR. Pfoch, wenn in der Generaldebatte der ÖVP-Redner von "New look" gesprochen habe und vom "Über Bord werfen von Grundsätzen", so könne er darauf sagen, daß die Sozialisten wenigstens Grundsätze haben, die sie über Bord werfen können. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. Gegenrufe bei der ÖVP.)

Der Vorsitzende GR. Marek ersucht den Gemeinderat - es ist inzwischen 19.50 Uhr geworden - um die Zustimmung, die Debatte über die Gruppe V abschließen zu dürfen.

Als nächster Redner ergreift hierauf GR. Schmied (ÖVP) das Wort. Er spricht zunächst über die Erziehungsheime und begrüßt die Wiederherstellungsarbeiten in Eggenburg. Er kritisiert jedoch den Bau des Schweinestalls, der als "Schweinesanatorium" bezeichnet wird. Es wäre wichtiger, die Räume für die Zöglinge zu verbessern.

Das Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun habe eine große Bedeutung bekommen und ist ständig überbelegt. Umso wichtiger wäre es, die bereits geplanten Zubauten im kommenden Jahr in Angriff zu nehmen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Wenn GR. Pfoch von der notwendigen Schaffung eines Gesellenheimes gesprochen habe, so sei dies eine schon seit Jahren bestehende Forderung der ÖVP-Fraktion. Vizebürgermeister Honay habe auch einmal zugesagt, daß eine Schule in ein Gesellenheim umgewandelt werden würde. Leider wurde dieser Plan bis heute nicht verwirklicht.

Beim Erziehungspersonal bestehe ein ähnlicher Mangel wie bei den Krankenschwestern. Auch hier wird es notwendig sein, einen größeren Anreiz für diesen Beruf zu schaffen. Die Einstellung von Hausarbeitern als Hilfsaufseher müsse er jedoch aus pädagogischen Gründen ablehnen.

Zu den Obdachlosenheimen bemerkt der Redner, man sollte doch wenigstens darnach trachten, die Familien mit Kindern sobald wie möglich in Gemeindewohnungen einzuweisen.

Abschließend erklärt der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe Gesundheitswesen.

In seinem Schlußwort behandelte Vizebürgermeister Weinberger eine Reihe der in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Anregungen. Er hob hervor, daß es um die Gesundheitsverwaltung in Wien viel besser steht als in anderen Städten. Die von GR. Haller geforderte allgemeine Krebsuntersuchung der Spitalspatienten konnte wegen der ablehnenden Haltung der Ärzte nicht eingeführt werden. Die Kinderlähmungs-Impfaktion wird in verstärktem Maße fortgeführt werden.

Viele neue Medikamente sind ein Glück für die Menschheit. Sicherlich wäre aber dieser starke Medikamentenverbrauch nicht nötig. Freilich ist es sehr schwer, in Wien einem Patienten etwas zu verweigern, wovon er gehört hat, daß es wirksam ist.

GR. Pfoch soll doch nicht glauben, daß ich ernstlich etwas dagegen hätte, die Tbc auch auf den Wohnungssektor zu bekämpfen. Da nun im Parlament auf dem Gebiet des Wohnungswesens von beiden Seiten Anträge eingebracht wurden, ist zu hoffen, daß es bald gelingt, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Zu dem Problem Krankenkasse - Spital sind die Meinungen in beiden Lagern sehr geteilt. Auch die Krankenkassen sollten einiges zu verbessern, einiges zu ersparen versuchen. Darüber, daß die Krankenkassen zu wenig zahlen, sei er mit Stadtrat Slavik durchaus einer Meinung. Wir werden uns gemeinsam bemühen, von den Krankenkassen etwas mehr für die Spitalsbehandlung zu bekommen.

Vizebürgermeister Weinberger stellt fest, daß er die Ausführungen des GR. Dr. Eberle voll unterstreiche. Er hat als Arzt auch viele wertvolle Ergänzungen zum Hauptreferat geben können. Der Referent könne so wie Dr. Eberle nur bedauern, daß die Ausarbeitung der Raum- und Funktionspläne für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses so lange gedauert habe. Er hoffe, daß es nun endlich mit dem Bau ernst wird. Was Primarius Eberle bezüglich der Unfallstation sagte, kann man gleichfalls nur bestätigen. Es ist zu hoffen, daß die Lösung dieses Problems im kommenden Jahr wenigstens in Angriff genommen werden kann. Die Einstellung der Stationshilfen werde sich erst in einiger Zeit bemerkbar machen. Bedauerlicherweise wollen verschiedentlich bereits Schwestern als Stationshilfen arbeiten, weil sie dann keinen Sonntags- und Nachtdienst machen müssen.

Den Vorschlag, Alkoholiker in den Krankenhäusern unterzubringen, könne er schon aus Gründen des Bettenmangels nicht begrüßen. Zur Popularisierung der Kinderlähmungsimpfung werden bessere und wirkungsvollere Plakate ausgearbeitet werden.

Die Ausführungen des GR. Schmied könne man gleichfalls nur begrüßen. Es ist richtig, daß unsere Heime vielfach veraltet und nur beschränkt verwendbar sind.

Vizebürgermeister Weinberger dankt abschließend allen, die auch dieses Jahr objektiv, sachlich und positiv zu dieser Geschäftsgruppe Stellung genommen haben. Daß unser Gesundheitswesen einen guten Ruf hat, beweist die Tatsache, daß immer mehr ausländische Ärzte nach Wien kommen, um hier zu lernen und daß auch Patienten aus allen Ländern der Welt nach Wien kommen, um hier behandelt und geheilt zu werden. Der Vizebürgermeister ersucht zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt dem Kapitel Gesundheitswesen die Zustimmung zu geben.

Die Ansätze des V. Hauptstückes werden bei der Abstimmung gegen die Stimmen der VO angenommen. Die beiden Beschlußanträge der VO wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

Der Beschlußantrag des GR. Schmied (ÖVP) wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß V zugewiesen.

Die beiden Anfragen des GR. Fföch (SPÖ) wurden einstimmig dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe V übermittelt.

Präsident Marek unterbricht um 20.45 Uhr die Sitzung. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien werden morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, mit der Geschäftsgruppe VI, fortgesetzt. Referent Stadtrat Heller.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 18. Dezember 1958

Blatt 2647

Geehrte Redaktion!

=====

18. Dezember (RK) Vor wenigen Wochen hat der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller anlässlich einer Presseführung auf dem Südtiroler Platz versprochen, daß noch vor Weihnachten der Fahrzeugverkehr von Favoriten in Richtung zur Stadt möglich sein wird. Dieser knapp gesetzte Termin für die Fertigstellung des Daches des großen Verkehrsbauwerkes kann nun tatsächlich eingehalten werden. Montag, den 22. Dezember, um 10.30 Uhr, wird Stadtrat Heller Ecke Landgutgasse und Favoritenstraße und hierauf auch Ecke Landgutgasse und Laxenburger Straße die Sperrkreuze von der Fahrbahn wegräumen und damit symbolisch das "Kreuz im Süden" in der Richtung zur Stadt freigeben.

Treffpunkt: Montag, 22. Dezember, 10.30 Uhr, Ecke Landgutgasse und Favoritenstraße (das ist, vom Südtiroler Platz gesehen, ein kleines Stück außerhalb des Bahndurchlasses, also auf der Favoritner Seite).

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Ein reich gedeckter Weihnachtstisch  
=====

18. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist auch heuer der Lebensmittelmarkt für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage reichlich beschickt.

So werden über 320 Tonnen inländische Süßwasserfische (zumeist Karpfen, aber auch Schleien) und 20 Tonnen Hechte, Welse und Zander aus Jugoslawien, Polen und der CSR zur Verfügung stehen. Ferner ist der Markt mit rund 650 Tonnen Seefischen (Kabeljau, Rotbarsch, Kabeljaufilet, Rotbarschfilet sowie Seelachsfilet) beliefert. Daneben gibt es noch 10 Tonnen Sortenfische, wie Angler, Schollen, Steinbutt, Makrelen usw.

Auch der Geflügel-Markt weist eine reichliche Beschickung auf. Es sind für die Feiertage noch 32 Waggons Gänse, 20 Waggons Enten und 15 Waggons Truthühner lagernd. Hiezu kommt ein überreichliches Angebot an inländischen Junghühnern.

Dem zu den Feiertagen zweifellos erhöhten Eierbedarf steht eine stabile Marktlage, ergänzt durch holländische und israelische Eier-Importe, bedarfdeckend gegenüber, so daß auch die bisher notierten Preise keine wesentliche Veränderung erfahren dürften.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine gute Anlieferung zu verzeichnen.

Mit Äpfeln und Birnen ist Wien heuer ebenfalls reichlich beschickt. Auch die reichlichen Importe von Orangen und Mandarinen aus Italien, Spanien und Griechenland stellen bei verhältnismäßig günstigen Preisen eine wertvolle Ergänzung des heimischen Obstmarktes dar. Mit den vorhandenen Quantitäten an Bananen kann man ebenfalls zufrieden sein.

Auch die Gemüseaufbringung ist voll gesichert. Alle zeitbedingten Gemüsesorten sind in bedarfdeckenden Mengen vorhanden. Dem zu den Feiertagen erfahrungsgemäß gesteigerten Bedarf an Salatgemüsen wie Häuptelsalat usw. tragen Importe aus Italien, Frankreich und Spanien Rechnung, so daß auch auf diesem Sektor kein Mangel herrschen wird.

Das Hauptgeschäft auf dem Lebensmittelmarkt ist wohl erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu erwarten, doch kann heute schon gesagt werden, daß alle Vorkehrungen getroffen wurden, um den Wünschen der Wiener Hausfrauen vollauf gerecht zu werden.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß es nicht zu Preiserhöhungen gekommen ist, und daß im Gegenteil leichte Verbilligungen vor allem auf dem Geflügel- und Obstsektor eingetreten sind.

- - -

#### Friedrich Ohmann zum Gedenken

=====

18. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Architekten Friedrich Ohmann. In Wien geboren, absolvierte er die Studien an der Technischen Hochschule bei Heinrich Ferstel und Otto König, an der Akademie bei Friedrich Schmidt und wirkte dann als Professor an der Wiener Staatsgewerbeschule sowie an der Prager Kunstgewerbeschule. 1899 wurde er als Leiter des Hofburgbaues nach Wien berufen, 1904 erhielt er neben Otto Wagner eine zweite Meisterschule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste. In Wien leitete Ohmann bis 1907 den Ausbau der neuen Hofburg und die Bauten der Wienflußregulierung im Stadtpark. Andere Arbeiten von ihm sind u.a. der Umbau des Palais Kranz in der Prinz Eugen Straße und des Geschäftshauses Zwieback in der Kärntner Straße, das Elisabeth-Denkmal im Volksgarten (gemeinsam mit dem Bildhauer Hans Bitterlich). Im Ausland schuf er das Museum für Kunst und Gewerbe in Magdeburg, die Schloßbrunnen-Kollonade in Karlsbad, das Kurhaus in Meran und das Museum in Spalato. Weiters stammen städtebauliche Entwürfe für Prag, Salzburg und Wien von ihm.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener RathausGeschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten

18. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Sigmund (SPÖ) setzte heute früh der Wiener Gemeinderat die Beratungen über den Voranschlag 1959 der Bundeshauptstadt Wien mit der Behandlung der Gruppe VI, Bauangelegenheiten, fort. Vorher wurden ohne Debatte einige restliche Punkte der Tagesordnung genehmigt.

Stadtrat Heller (SPÖ) erstattete dann sein Referat. Zu Beginn seiner Ausführungen gedachte der Referent seines Vorgängers Stadtrat Thaller. (Allgemeiner Beifall.) Seine positiven Leistungen, die er gemeinsam mit einem Stab von ausgezeichneten Mitarbeitern im Stadtbauamt zum Wohle unserer Stadt erbracht hat, sind in allen Teilen Wiens spürbar und sprechen für sich selbst. Stadtrat Heller betonte, er sage das nicht, wie in der Presse behauptet wurde, mit der ergebenen Begeisterung des Jungen seinen älteren Vorgänger gegenüber, sondern aus ehrlicher Überzeugung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Wiederaufbau unserer Stadt im wesentlichen abgeschlossen ist und daß sich schon in den vergangenen Jahren in baulicher Hinsicht eine Entwicklung anbahnte, die unserer Wiener Stadt neuen Glanz und neues Ansehen verliehen hat.

Im abgelaufenen Verwaltungsjahr haben wir wieder einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die entgegen anderslautenden Berichten bedauerlicherweise noch immer besteht, geleistet. Mehr als 5.000 Wohnungen wird das Wiener Stadtbauamt bis zum Jahresende fertigstellen und dem Wohnungsamt zur Besiedlung übergeben.

Erfreulicherweise war es im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1958 möglich, einige bedeutende Verbesserungen vorzunehmen. So wurde vor allem die Durchschnittswohnungsgröße von rund 49 auf ungefähr 54 Quadratmetern hinaufgesetzt. Die neuen Wohnungstypen haben größere Wohnräume; auch das Badezimmer und der Vorraum wurden vergrößert. Ebenso sind in den Wohnungen wieder Abstellräume vorgesehen. Die Badezimmer haben eine direkte Belüftung er-

halten. Durch die Verbreiterung des Vorraumes wird die Unterbringung von Garderobeschränken ermöglicht.

Die Wohnungen werden außerdem besser ausgestattet, und zwar erhalten nunmehr die Wohn- und Schlafräume Parkettböden, die Küche, der Baderaum und das Klosett einen Terrazzo- und das Vorzimmer einen Linol- oder Kunststoffbelag. Das Badezimmer, das in Hinkunft bis zu einer Höhe von 1.65 Metern verfliesst wird, erhält eine Einbauwanne und in der Küche werden die Wände im Bereiche der sogenannten Naßeinheit ebenfalls mit wasserabweisenden Materialien verkleidet. Der Aufzug, der bisher in einem gemauerten Schacht gegenüber der Stiege untergebracht war, wird in Hinkunft in den Spindelraum der entsprechend verbreiterten Stiege verlegt werden.

160 freischaffende Architekten und vier Architekten der Magistratsabteilung 19 waren im Jahre 1958 mit der Planung von insgesamt 78 Projekten befaßt.

Neben dem kommunalen Wohnungsbau haben wir auch im abgelaufenen Jahre mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einige kriegszerstörte Objekte mit insgesamt 405 Wohnungen wiederhergestellt. Derzeit liegen beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds noch 1.632 Darlehensanträge für eine Darlehenssumme von 3.4 Milliarden Schilling, davon sind 19 Darlehensanträge für eine Darlehenssumme von rund 100 Millionen für gemeindeeigene Objekte. Insgesamt sind derzeit für ganz Österreich noch Darlehensanträge für 4.7 Milliarden Schilling unerledigt beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, davon werden rund drei Milliarden Schilling allein für Wien benötigt. Obwohl der Anteil Wiens an den vorhandenen Totalschäden rund 65.6 Prozent, bei den Teilschäden sogar 78 Prozent beträgt, werden nach den Richtlinien des Fonds derzeit nur 58 Prozent der vorhandenen Mittel für die Bundeshauptstadt verwendet. Er glaube daher, daß eine Änderung des seinerzeit festgelegten Aufteilungsschlüssels unbedingt notwendig ist.

Außerdem hat das Stadtbauamt in abgelaufenen Jahr mit Hilfe der Wohnbauförderung 1.080 Wohnungen hergestellt, 661 Wohnungen sind derzeit noch im Bau.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Stadt Wien auch in diesem Jahre auf eine Finanzierungshilfe auf dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zu Gunsten der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen verzichtet.

Auch im Jahre 1959 werden wir den kommunalen sozialen Wohnungsbau fortsetzen. Rund 493 Millionen Schilling sind für diesen Zweck im Voranschlag für das nächste Jahr vorgesehen. Damit werden wir rund 4.000 Wohnungen fertigstellen und ungefähr 4.000 Wohnungen neu zu bauen beginnen.

Das nächstjährige Wohnbauprogramm soll in struktureller Hinsicht insofern eine Veränderung erfahren als wir versuchen wollen, die Bautätigkeit auf größere zusammenhängende Flächen zu konzentrieren. Ich hoffe, daß wir dadurch noch wirtschaftlicher, noch zweckmäßiger und noch schöner bauen können.

Um dem immer wieder geäußerten Wunsche, den Architekten mehr Freizügigkeit zu gewähren entgegenzukommen, habe ich die Absicht, im kommenden Bauprogramm einige Wohnbauten ohne Bindung an irgendwelche Normen planen und bauen zu lassen. (Allgemeiner Beifall). Den Architekten sollen nur die Wohnungsanzahl und die maximalen Baukosten vorgeschrieben werden.

Es besteht natürlich auch die Absicht, die begonnenen Assanierungsvorhaben weiterzuführen und durch verschiedene Maßnahmen weitere Gebiete für die Assanierung vorzubereiten. Eines muß allerdings mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Der Raum für die Durchführung unserer baulichen Absichten wird immer kleiner. Mit den noch zur Verfügung stehenden Liegenschaften wird eine unverschämte Spekulation getrieben. Jedes Bekanntwerden von Bauabsichten in irgendwelchen Gebieten unserer Stadt, jede weitere Förderungsmaßnahme führt zu sofortigen Spekulationskäufen, die eine schwere Schädigung für die gesamte Stadt bedeuten. Wir werden daher auf die Dauer nicht ohne ein geeignetes Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetz das Auslangen finden können. Es wäre eine wichtige Aufgabe des hohen Gemeinderates, mit aller Energie für die endliche Verabschiedung dieser beiden im Entwurf bereits seit langem fertigen Bundesgesetze einzutreten. (Beifall bei der SPÖ).

Ebenso würde eine Vereinheitlichung der Darlehensbestimmungen der einzelnen Wohnaufonds sehr wesentlich zu einer Leistungssteigerung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues führen. Im Interesse einer gleichen Behandlung aller Staatsbürger wäre es richtig, endlich gleiche Bedingungen für alle Wohnauförderungsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln zu schaffen und die besonders günstigen Bedingungen des Wohnhaus-Wiederaufaufonds nur den tatsächlich Ausgebombten zu gewähren. (Beifall bei der SPÖ). ./.

Die Vereinheitlichung der Darlehensbedingungen, die von allen Fachleuten immer wieder gefordert wird, darf allerdings nicht dazu führen, daß dabei die wirtschaftlich Schwachen unter die Räder kommen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Bauen immer teurer wird. Die Früchte der in den letzten Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen kommen bedauerlicherweise nicht den Bauwilligen zu Gute. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn bei einem der größten Wiener Bauunternehmen der Umsatz seit dem Jahre 1948 um 420 Prozent, und zwar bei annähernd gleichbleibender Beschäftigtenzahl, gestiegen ist und daß, obwohl die beträchtlichen Kosten für die Rationalisierung bereits amortisiert sind, die Preise nicht sinken, sondern weiter steigen.

Unsere Bauwirtschaft wird sich nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse mehr als bisher mit der Frage beschäftigen müssen, wie man zu einer Verkürzung der unerhört langen Bauzeiten kommt.

Wir werden unsere Bestrebungen nach einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Bautätigkeit auf das ganze Jahr noch weiter verstärken müssen. Deshalb haben wir auch die Absicht, im kommenden Winter wieder 50 ölgefeuerte und 30 gasbeheizte Warmluftgeräte auf unseren Baustellen einzusetzen. Außerdem werden wir auf sieben Baustellen die bewährten Winterbauhallen, die uns schon im vergangenen Winter gute Dienste erwiesen haben, verwenden.

Mit dem Wohnungsneubau muß natürlich auch die Erhaltung des vorhandenen Wohnraumbestandes Hand in Hand gehen. Wir müssen leider mit Bedauern feststellen, daß auf diesem Gebiete viel zu wenig geschieht. Diese Tatsache ist aber nicht durch eine ungerechtfertigte allgemeine Mietzinserhöhung aus der Welt zu schaffen, sondern nur durch eine Regelung, die jene Beträge, die von den Mietern für die Instandsetzung bezahlt werden, auch tatsächlich der Instandsetzung zuführt. Der Referent denkt dabei an einen Reparatur- und Ausgleichsfonds.

Neben dem Wohnungsbau werden auch im kommenden Jahre die Verkehrsprobleme unserer Stadt besondere Leistungen des Stadtbauamtes verlangen.

Für den Straßenbau stehen im Jahre 1959 mehr als 142 Millionen Schilling zur Verfügung. Wie in den Jahren vorher wurden auch in

diesem Jahre einige bedeutende Verkehrsbauvorhaben in Angriff genommen, bzw. durchgeführt. 1,380.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen und 282.000 m<sup>2</sup> Gehsteige wurden instandgesetzt und verbreitert, 530.000 m<sup>2</sup> Verkehrsfläche wurden einer Oberflächenbehandlung unterzogen, 120.000 m<sup>2</sup> Fahrbahndecken und 80.000 m<sup>2</sup> Gehwege haben neue Teppichbeläge erhalten, 250.000 m<sup>2</sup> Siedlungsstraßen wurden instandgesetzt und 8.000 m<sup>2</sup> Holzstöckelpflaster wurde durch gleitsichere Beläge ersetzt.

In Großbauvorhaben sind die bereits in August fertiggestellte Ringturmkreuzung, der noch in Bau befindliche Südtiroler Platz und einige bedeutende Hauptverkehrsstraßen in verschiedenen Bezirken zu nennen.

Entgegen immer wieder auftauchender Mitteilungen hat die Straßenbauabteilung auch im abgelaufenen Jahr wieder einige Parkplätze geschaffen, allerdings nicht in der Inneren Stadt. Dort ist nämlich die Schaffung von Parkplätzen nicht so ohne weiteres möglich.

Es wird nicht zu umgehen sein, an bestimmten Punkten der Innenstadt Parkmöglichkeiten in der Form von Parkgaragen zu schaffen. Diese Parkgaragen können allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der konservativen Art wie normale Garagen verglast und beheizt gebaut werden, sondern müßten einfache, mehrgeschossige Abstellflächen sein, wie man sie auch in anderen Ländern mit Erfolg errichtet. Der Bau solcher Parkgaragen kann allerdings nicht Aufgabe der Stadtverwaltung allein sein. Hier müßte sich einmal die Privatinitiative bewähren.

Eine der ersten Arbeiten des neu bestellten Stadtplaners und seiner Mitarbeiter bestand in der Ausarbeitung eines Autobahn- und Expreßstraßensystems, das inzwischen die grundsätzliche Zustimmung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, von dem wir ja die Bezahlung vor allen der Autobahnen erwarten, gefunden hat. Obwohl bisher noch keine Verhandlungen über die Finanzierung der beiden Autobahnen in Wien geführt wurden, glauben wir doch mit einer gewissen Berechtigung verlangen zu können, daß die Autobahn auch im Land Wien zur Gänze durch den Bund finanziert wird, der ja auch in allen übrigen Bundesländern, durch welche die Autobahn führt, die Finanzierung des Baues zur Gänze trägt.

Die Autobahn wird in der Gegend des Auhofes an der Tiergartenmauer das Wiener Stadtgebiet erreichen und entgegen den früheren Planungen das Erholungsgebiet des Tiergartens nicht durchschneiden. Die erste Ausfahrt von St. Pölten bis Wien wird beim Auhof sein, wo eine Verknotung mit dem Wiener Nahverkehrsstraßensystem vor allem mit der Bundesstraße I, der Wientalstraße, erfolgt. Wir sind bei unserer Planung grundsätzlich von dem Gedanken ausgegangen, daß die bereits vorhandenen Ausfallstraßen nach dem Westen durch die Autobahn nicht zerstört werden sollen. Es wird sowohl die Wientalstraße als auch die Linzer Straße in ihrer derzeitigen Form bestehen bleiben, sodaß wir dann gemeinsam mit der Autobahn drei leistungsfähige Ausfallstraßen nach dem Westen haben werden. Die Autobahn selbst wird vom Knotenpunkt Auhof weg die Rückhaltebecken des Wienflusses überqueren und bei dem bekannten Gasthof "Zum Wolfen in der Au" die nördliche Wienflußseite erreichen. Von dort wird die Trasse entlang des Westbahndammes zuerst durch völlig freies Gelände bis in die Nähe des derzeitigen Bundesbahnhofes Hütteldorf führen, wo eine zweite Abfahrt geplant ist.

An diese Abfahrt schließt auch eine innerstädtische Expreßstraße an, die über den Flötzersteig einen Teil des Verkehrs bis an den Gürtel heranbringen soll. Die Autobahn selbst wird von dieser Ausfahrt weg weiterhin durch unverbautes Gebiet an die Hadikgasse heran und dann neben der Hadikgasse und teilweise auf dem eingewölbten Wienflußbett bis Hietzing hereingeführt. Die Hietzinger Brücke und auch der Vorplatz des Schlosses Schönbrunn sollen unterfahren werden.

Bei Schönbrunn ist eine weitere Ausfahrt geplant. Von hier soll eine Expreßstraße über den Grünen Berg eine Verbindung zu den südlichen Gebieten der Stadt und zur Südautobahn herstellen. Die Trasse der Westautobahn folgt von dort weiter dem Flußlauf der Wien bis zum Gürtel, wo die Auflösung der Autobahn in den Gürtel vorgesehen ist.

Die Weiterführung bis in die Gegend der Sezession wird sodann nicht mehr als kreuzungsfreie Autobahn, sondern als Expreßstraße mit geregelten Kreuzungen erfolgen.

Ähnliche Überlegungen wie für die Einführung der Autobahn aus dem Westen gelten auch für die Einführung der Südautobahn, die von Siebenbrunn Kleeblatt weg nicht die Triester Straße benutzen soll, sondern östlich parallel zu dieser das Stadtgebiet erreichen wird. Nach einer Überquerung der Donauländebahn wird die Trasse am Fuße des Wienerberges und Laaer Berges über Simmering die vor kurzem fertiggestellte Hafnbrücke über den Donaukanal und den Freudenaue-Hafen erreichen und über die geplante Donaustufe Wien und die Industriegebiete Donaustadt und Floridsdorfs vorläufig bis zur Magraner Straße führen.

Ein Expresstraßenzug soll auch durch den südlichen Teil der Favoritenstraße, die Absberggasse und Arsenalstraße zum Süd- und Ostbahnhof und von dort weiter durch die einseitig anbaufreie Prinz Eugen-Straße bis zum Schwarzenbergplatz führen, so daß man in Zukunft die Stadtmitte auch aus dem Süden rasch, sicher und ohne jeden Aufenthalt erreichen kann.

Im Zusammenhang mit der bereits in Bau befindlichen Schnellbahn von Floridsdorf nach Meidling werden auch dem Stadtbauamt eine Reihe wichtiger Aufgaben zufallen.

Selbstverständlich müssen die bereits bisher in Angriff genommenen Arbeiten fortgesetzt und weiter ergänzt werden. Ich denke dabei vor allem an den weiteren Umbau von Verkehrsknotenpunkten. Das Verkehrsbauwerk am Südtiroler Platz hoffen wir bereits im Frühsommer des nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben zu können. Obwohl der Umbau der Kreuzung am Schottentor im Voranschlag nicht vorgesehen ist, hoffen wir doch auch mit diesem Bau im Jahre 1959 beginnen zu können.

Einige weitere Großbauvorhaben sind im Voranschlag enthalten, so zum Beispiel die Fertigstellung der Umgebung des Südtiroler Platzes, der Zimmermannsplatz, der innere und äußere Hernals-Gürtel, Teile der Triester Straße, der Gumpendorfer Straße, der Linzer Straße, der Thaliastraße, der Heiligenstädter Straße und der Floridsdorfer Hauptstraße.

Wir werden auch mit besonderem Nachdruck darauf dringen müssen, daß die Verkehrsverhältnisse bei den 312 in Wien vorhandenen niveaugleichen Kreuzungen mit der Eisenbahn saniert werden.

Ein seit Jahren geplantes Bauvorhaben konnte bisher bedauerlicherweise noch nicht begonnen werden: der Bau der Wiener Universitätsklinik, der, wenn es nach uns gegangen wäre, schon weit fortgeschritten sein könnte. Bedauerlicherweise haben die Vorarbeiten, die nicht auf Gemeindeebene zu leisten waren, über die Gebühr lange gedauert. Ich wage aber nicht zu hoffen, daß wir in der Lage sein werden, die im Voranschlag für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingesetzten 30 Millionen Schilling - der Bund hat ebenfalls 30 Millionen in seinen Voranschlag eingesetzt - tatsächlich zu verbauen.

Im abgelaufenen Jahr konnten einige bedeutende Bauwerke fertiggestellt werden, so vor allem das Museum der Stadt Wien am Karlsplatz und die Wiener Stadthalle, eine Pionierleistung moderner Architektur in Österreich; einige Schulen wurden ebenfalls fertiggestellt oder stehen knapp vor ihrer Vollendung. Der Wiederaufbau der Hauptfeuerwache in Döbling ist sehr weit gediehen.

Für die Weiterführung der Arbeiten am Stadion-Aufbau sollen wieder zehn Millionen Schilling ausgegeben werden. Mit diesem Betrag kann der Rohbau bis Ende des nächsten Jahres fertiggestellt werden. Wir hoffen im Frühjahr des Jahres 1960 den Stadion-Aufbau und auch die Sanierung der Umgebung des Stadions beenden zu können. In der Wiener Stadthalle ist noch eine Reihe von Ergänzungsarbeiten durchzuführen.

Natürlich werden wir wieder Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten an Kindergärten, Schulen, Spitälern, Märkten, Amts- und Feuerwehrgebäuden vornehmen.

Bei den Erhaltungsarbeiten scheint es mir vor allem wichtig, eine Konzentration der vorhandenen Mittel anzustreben, damit die Arbeiten nicht zu sehr verzettelt werden.

Die Fachabteilung für Installationen von Elektro-, Gas- und Wassereinrichtungen wird im kommenden Jahr zirka 150 Millionen Schilling für ihre Arbeiten ausgeben. Sie war selbstverständlich auch im vergangenen Jahr maßgeblich an allen Bauvorhaben des Stadtbauamtes beteiligt.

Unsere Brückenbauabteilung hat im abgelaufenen Jahr an der großen Straßenbrücke im Hafengebiet, an der Umfahrungsbrücke im Zuge der Ringturnkreuzung, an den Parkbachbrücken in Neuwaldegg und am Rosenbachdurchlaß im Rosental sehr fleißig gearbeitet.

Daneben hat sie die Arbeiten an der Liesingbachregulierung fortgesetzt, die nunmehr schon sehr weit gediehen sind. Bisher wurden für die Liesingbachregulierung 70,6 Millionen Schilling ausgegeben. Mit diesem Betrag konnten rund 18 km des Liesingbaches reguliert werden. Mehr als 5 km mit einem annähernden Kostenaufwand von 40 bis 50 Millionen Schilling sind noch zu regulieren. Die Gesamtkosten werden rund 130 Millionen Schilling betragen; mit der endgültigen Fertigstellung ist im Jahre 1964 zu rechnen.

Natürlich wurde auch am weiteren Ausbau unserer Hafenanlagen fleißig gearbeitet. Immer dringender wird es, sobald als möglich zur Gründung einer Hafenbetriebsgesellschaft zu kommen, die sich mit den wirtschaftlichen Problemen des Wiener Hafens und mit dem weiteren Ausbau der Hafenanlagen zu beschäftigen haben wird.

Die Entrümpelung der Donaulände und ihre planmäßige Ausgestaltung ist ein wichtiges städtebauliches Anliegen, dessen Verwirklichung nicht länger hinausgeschoben werden darf.

Im kommenden Jahre sind auf dem Sektor Brücken- und Wasserbau wieder eine Reihe wichtiger Arbeiten vorgesehen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang in erster Linie den Neubau der Stadionbrücke, für den bereits Projekte und Kostenberechnungen vorliegen. Wahrscheinlich wird es diesmal zum Bau einer sehr schönen Stahlbrücke kommen. Außerdem sollen die Arbeiten am Gehsteig der Nordbahnbrücke abgeschlossen werden.

An größeren Schutzwasserbauten ist die Fortsetzung der Liesingbachregulierung zu erwähnen.

Außerdem sind Ufersicherungsarbeiten an der Dürren Liesing, am Mauerbach und kleinere Arbeiten zur Verbesserung der Hochwasserschutzverhältnisse geplant.

Im Hafen Freudenau werden die Arbeiten an den Kaianlagen weitergeführt, die Gleisenlagen und die Strom- und Trinkwasserversorgung verbessert.

Im Hafen Albern sollen Parkplätze geschaffen werden und im Hafen Lobau sind Niveauregulierungen, Verbesserungen der Gleisanlagen und Straßenbauarbeiten vorgesehen.

Auch im Hafen Kuchelau sollen kleinere bauliche  
Herstellungen durchgeführt werden.

Darf ich in diesem Zusammenhang auch auf ein  
Problem zu sprechen kommen, das uns alle in der näch-  
sten Zeit beschäftigen wird. Es handelt sich um die  
Errichtung der im Rahmen des Donauraumplanes vorge-  
sehenen Staustufe Wien. Im Hinblick auf die Erklärungen  
einiger niederösterreichischer Dienststellen, daß mit  
der Errichtung der Staustufe Klosterneuburg schon in  
Kürze begonnen werden soll, hat sich das Wiener Stadt-  
bauamt etwas näher mit den durch die Errichtung der  
beiden Staustufen auftauchenden Problemen beschäftigt.  
Dabei hat sich herausgestellt, daß sowohl die Staustufe  
Klosterneuburg als auch die weiter stromabwärts in der  
Nähe von Petronell zu errichtende Staustufe sehr  
wesentliche Auswirkungen auf das Gebiet der Stadt Wien  
haben werden.

./.

Die Klosterneuburger Staustufe wird in erster Linie die Probleme des Hochwasserschutzes erneut aktuell werden lassen. Eine entscheidende Verbesserung der Hochwasserschutzmaßnahmen für Wien wäre unbedingt erforderlich. Es steht auch eindeutig fest, daß die notwendigen Maßnahmen unbedingt im Zusammenhang mit der Errichtung dieser Staustufe Klosterneuburg getroffen werden müssen. Derzeit liegen drei Projekte für den Wiener Hochwasserschutz vor. Das derzeit als das am geeignetsten angeschene sieht den Bau eines Kanales im Innundationsgebiet am Fuße des derzeitigen Hochwasserschutzdammes vor. Durch diesen Kanal, der bei normalen Wasserstand dem Wassersport zur Verfügung stehen könnte, sollen etwaige Hochwässer abgeleitet werden, wobei der größte Teil des bisherigen Innundationsgebietes für andere Zwecke verwendet werden könnte. Die voraussichtlichen Kosten für die Anlage dieses Kanales würden allerdings 1.5 Milliarden Schilling betragen. Die Staustufe Wien würde aber darüber hinaus noch Probleme aufwerfen, die wir derzeit noch gar nicht überschauen können.

Eines unserer Glanzstücke ist das Wiener Stadtgartenamt, dem der Neubau und die Pflege unserer Gartenanlagen obliegt. Derzeit hat das Stadtgartenamt rund 13 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu betreuen. Im Jahre 1958 hatten wir einen Zuwachs von 255.000 Quadratmetern zu verzeichnen.

In diesem Jahre hat das Stadtgartenamt 12 öffentliche Gartenanlagen umgestaltet, 15 Ballspielplätze für die Jugend und 12 Kleinkinderspielplätze neu errichtet. Außerdem wurden 450 Allee-bäume neu gepflanzt.

Im nächsten Jahr stehen für die gärtnerische Ausgestaltung und für die Erhaltung unserer Gartenanlagen 83 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind um rund 14 Millionen mehr als im Jahre 1958. Gedacht ist vor allem an die weitere gärtnerische Ausgestaltung des linken und rechten Donaukanaluferes im 2., 3., 9. und 20. Bezirk, an eine Neugestaltung des Volksparkes am Laaer Berg, an die Fertigstellung der Gartenanlage in der Lidlgasse in Hernals und an eine Reihe weiterer kleinerer Arbeiten.

Auch mit der gärtnerischen Ausgestaltung des Kaisergartens im Prater wird begonnen werden. (Allgemeiner Beifall.) Für diesen Zweck steht vorläufig eine Million Schilling zur Verfügung.

Das Wiener Stadtgartenamt wird sich bemühen, an seine bisherigen Leistungen anzuknüpfen und unsere Stadt mit noch mehr Blumen und noch mehr Grün zu schmücken.

Für alle diese Arbeiten sind eine Unmenge von Baustoffen erforderlich. Das Stadtbauamt hat wieder, wie in den vergangenen Jahren, versucht, durch Großabnahmen vorteilhaftere Abschlüsse zu tätigen. Bedauerlicherweise zeigten sich auch im Jahre 1958 in einzelnen Branchen Tendenzen, durch Preisabsprachen ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu erzielen. Herr Stadtrat Thaller und auch ich haben in allen uns bekannt gewordenen Fällen den beteiligten Firmen in unmißverständlicher Weise zu verstehen gegeben, daß wir die Tätigkeit solcher "schwarzer" Kartelle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterbinden werden. Ich habe bereits Auftrag erteilt, Firmen, die an derartigen ungesetzlichen Preisabsprachen teilnehmen, von jeder weiteren Auftragserteilung auszuschalten. (Allgemeiner Beifall.)

Insgesamt sieht der Voranschlagsentwurf 1959 für die Verwaltungsgruppe VI Ausgaben in der Höhe von 893,7 Millionen Schilling vor, denen Einnahmen von 144,3 Millionen gegenüberstehen. Die Ausgaben sind um 43,4 Millionen Schilling höher als im Vorjahr. Sie haben einen noch nie dagewesenen Rekord erreicht.

Die für den Wohnungsbau im Gesamtbudget zur Verfügung stehenden Beträge ermöglichen im nächsten Jahre, ohne Berücksichtigung der "Neuen Wiener Wohnbauaktion", den Bau von ungefähr 8.500 Wohnungen.

All diese zahlreichen Aufgaben müssen innerhalb der Stadtgrenze, in einem verhältnismäßig kleinen Stadtraum erfüllt werden. Die Beschaffung von Grundstücken hat in den letzten Jahren immer größere Schwierigkeiten gemacht. Da für die abgedelten Objekte an anderer Stelle Ersatz geschaffen werden muß, wiederholen sich die Unkosten, Verzögerungen und Schwierigkeiten manchmal. Darum ist eine vorausschauende Planung, eine Stadtplanung, besonders nötig. Ihre Aufgabe ist es, durch sinnvolle räumliche Ordnung im ganzen Stadtgebiet die Gesundung und Verjüngung der Stadt vorzubereiten.

In einer Stadt, die unter zu dichten Wohngebieten und überlasteten Straßen leidet, gehört dazu vor allem die Sanierung der alten Baugebiete, die bauliche Auflockerung der Mietkasernen-Viertel, die Entlastung der Straßen, die Schonung, Erhaltung und Neuanlage von Grünflächen, die verantwortungsbewußte Pflege des landschaftlichen und des kulturellen Erbes, das uns allen kostbar ist und um das wir von der ganzen Welt beneidet werden.

Wir haben uns daher zum Programm einer grundsätzlichen, umfassenden städtebaulichen Ordnung, zum Programm der städtebaulichen Auflockerung und einer Stadterweiterung nach modernsten Gesichtspunkten bekannt und daher die Aufgabe der Stadtplanung einem Fachmann anvertraut, der ein den Wesen Wiens entsprechendes großzügiges Konzept der Gesundung und Verjüngung der Stadt vorgelegt hat. (Allgemeiner Beifall.) Ihm zur Seite steht die Gemeinderätliche Planungskommission, die bereits seinen ersten Arbeiten zugestimmt hat.

Nach unserem Konzept müssen die zu dicht bebauten Gebiete schrittweise aufgelockert werden. Die Voraussetzung für eine großzügige Sanierung muß dadurch geschaffen werden, daß neue, zusammenhängende Wohngebiete dort gebaut werden, wo noch unbebaute Flächen in möglichst ebener Lage vorhanden sind. Wien besitzt zum Glück noch Gebiete dieser Art in guter Verkehrslage zur Stadt. In diesen Gebieten können auch Industrien angesiedelt werden, sodaß der Abwanderung der Industrien vorgebeugt werden kann und neuen Wohnstätten immer auch neue Arbeitsstätten zugeordnet werden können.

In solchen Anlagen wird die Wohnkultur und der Baustil unserer Zeit verkörpert sein, so wie das auch bei den großen Wohnhausanlagen der Ersten Republik geschehen ist. Wir haben den Ehrgeiz, dieser Zeit nicht nachzustehen. Wir werden den Können und der Begabung der Wiener Architekten Gelegenheit geben, die für heute und morgen passenden Lösungen dieser Aufgaben zu suchen und zu finden. Dabei werden auch gemeinnützige Bauvereinigungen mitwirken müssen, deren Tätigkeit die Stadt Wien nach Möglichkeit durch Beistellung von Bauland und durch Mithilfe bei der Erschließung fördern und unterstützen wird.

In vielen Bezirken wollen wir Verbesserungen für die Bewohner schaffen, sei es durch Anlage von neuen Grünflächen, von Parks mit Spielplätzen und Spazierwegen für alte Leute, sei es durch neue Einkaufszentren mit Parkplätzen und geschützten Fußwegen für die Frauen, sei es durch die Sanierung alter Baublocks, wobei die kulturell wertvollen alten Häuser geschont und wieder hergestellt werden sollen: denn jeder Wiener Bezirk hat seine ganz bestimmte Eigenart, die wir als einen Wesenszug unserer Stadt erhalten und entfalten wollen.

Zu dieser Eigenart gehören nicht zuletzt auch die landschaftlichen Schönheiten, mit denen unsere Stadt so reich gesegnet ist. Diese Wiener Landschaft darf nicht weiter von der Bebauung angegriffen werden. Sie muß im Gegenteil geschont und an verschiedenen Stellen ergänzt und erneuert werden. (Beifall) Die Wiederaufforstung charakteristischer Höhenzüge wird nicht nur das Stadtbild verschönern, sondern auch durch Windschutz und Klimaverbesserung die Lebensverhältnisse angenehmer und gesünder machen. Landschaftsparks sollen der Bevölkerung freie Erholungsräume bieten, in denen sie sich ungehindert wie im Wienerwald bewegen kann. Die Kleingartengebiete sollen durch Kleingartenparks der Allgemeinheit besser als bisher zugänglich gemacht werden.

Die Voraussetzung der Neuordnung des Stadtraumes ist schließlich ein gut funktionierendes Verkehrssystem. Besonders dringend brauchen wir einen Generalverkehrsplan. Damit ist nicht nur ein Generalstraßenplan gemeint, sondern auch ein genereller Plan aller Massenverkehrsmittel und ihres Zusammenspiels. Schnellbahnstationen und sonstige Verkehrsknotenpunkte sind natürliche Ansätze für die Entwicklung von Geschäfts- und Gewerbezentren, deren planmäßige Förderung in den Bezirken auch zur Entlastung der Innenstadt beitragen kann.

Es muß uns auch gelingen, dem Fußgänger wieder seinen eigenen und ungefährdeten Raum zu geben. (Beifall) Eine klare Trennung von Fußgängerbereich und Verkehrsbereich charakterisiert auch die Planungen aller neuen Baugebiete und der Sanierungsprojekte, damit auch die Großstadt das menschliche Maß behält und alle unsere Maßnahmen in erster Linie dem Menschen und seinen Bedürfnissen dienen.

Ich kann meine Ausführungen nicht abschließen, ohne all derer zu gedenken, die mit hohem Wissen und unermüdlichen Fleiße aufopferungsvoll an der baulichen Gestaltung Wiens mitwirken, besonders Herrn Stadtbaudirektor Prof. Dr. Pocht. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke den Arbeitern, Angestellten und Inhabern der bauausführenden Firmen und ganz besonders den Mitarbeitern in meinem Sekretariat. (Beifall)

Mein aufrichtiger Dank gilt auch der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen. Für ihre Unterstützung, die ohne weiteres auch in positiver Kritik bestehen kann, sei herzlichst gedacht. (Beifall)

Nicht zuletzt aber danke ich der gesamten Wiener Bevölkerung, deren Fleiß und deren Opferbereitschaft die Basis für unsere Arbeit ist.

Wir bitten auch alle Wiener mitzudenken, mitzusprechen und mitzuarbeiten. Wir werden alles tun, um der Bevölkerung diese Mitarbeit, die wir unbedingt brauchen, zu ermöglichen, damit wir in gemeinsamer Arbeit unser Ziel erreichen:

Wo Wien schön ist, soll es noch schöner werden, wo aber unsere Stadt den Bedürfnissen der heutigen Zeit und der Zukunft nicht mehr entspricht, dort wollen wir sie zum Wohle aller besser gestalten. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

./.

Debatte über Bauangelegenheiten

GR. Hausnor (VO) begrüßt, daß der Referent den Wohnungsbau an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat. Sind doch die Wohnungsnot und das Wohnungsloch in unserer Stadt noch immer sehr groß. Viele andere Länder stehen jedoch gleichfalls vor diesen Problemen, besonders jene, in denen der Krieg gewütet hat. Bei der Lösung der Wohnungsnot dürfe man sich jedoch nicht auf die Privatinitiative verlassen. Es sei völlig unverständlich, daß man den sozialen Wohnhausbau immer mehr einschränke. Sprach man im letzten Voranschlag noch von der Schaffung von 9.500 Wohnungen im sozialen Wohnhausbau, so ist für 1959 der Bau von nur mehr 8.500 Wohnungen vorgesehen. Daß diese Zahl viel zu gering ist, ist eine unleugbare Tatsache, besonders wenn man bedenkt, daß jährlich 1.500 bis 2.000 Wohnungen unbewohnbar werden. Der genossenschaftliche Wohnungsbau dürfe nur zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau gefördert werden. Die neue Art der Wohnbauförderung durch Annuitätenzuschüsse käme für einen Arbeiter oder Angestellten kaum in Frage, da er weder die rund 30.000 Schilling Baukostenbeitrag aufbringen könne, noch einen Grund zur Verfügung hat und auch später nicht 400 bis 500 Schilling monatlich Zins bezahlen kann. Es erscheint seiner Fraktion wichtiger, daß die Gemeinde und auch der Bund vorerst den schon bestehenden Baugenossenschaften jene Mittel, die sie dringend benötigen, zur Verfügung stellen. Als unmöglich erachtet es der Redner, daß man im sozialen Wohnhausbau errichtete Wohnungen nur mehr den Linderbedürftigen zuweisen will. Man würde sie auf diese Art mit sogenannten Asylbauten identifizieren, da sie ja auch nicht so gut ausgestattet wären, wie Wohnungen mit teurem Zins. Der Redner bezeichnet es als bedauerlich, daß die Sozialisten immer mehr zum Prinzip der Volkspartei, nämlich den Eigentumsbau zu fördern, übergehen. Er erachte es als ganz und gar ungerechtfertigt, daß man mit öffentlichen Mitteln derartige Häuser, wie den Heinrichshof usw., errichtet. Der Wiederaufbaufonds war ja geschaffen worden, um jenen Menschen, die durch Kriegseinwirkungen ihre Wohnungen verloren haben, neue zur Verfügung stellen zu können.

Der Redner kommt sodann darauf zu sprechen, daß bei den

Hausreparaturen vielfach nicht notwendige Arbeiten durchgeführt und den Mietern angelastet werden. Die zuständige Magistratsabteilung müßte hier viel genauere Prüfungen vornehmen.

Daß man auf dem Bausektor jetzt von der sogenannten Lückenverbauung abgehen will, müsse man begrüßen. Auch die Feststellung, daß die Durchschnittswohnflächen erhöht wurden, ist zu begrüßen, ebenso wie der Bau von Gesellschaftsräumen in großen Baukomplexen. Die Schaffung solcher Kulturzentren wird sich bestimmt günstig auswirken, besonders auf die Jugend, die vielfach unter dem Mangel an persönlichen Kontakt leidet.

Der Redner tritt sodann für die endliche Zusammenlegung von Wohnungen ein, die in Schnellbauprogramm errichtet wurden. Diese Wohnungstypen haben sich nicht bewährt, da sie in keiner Weise familiengerecht sind. Es sei ferner fraglich, ob es zweckmäßig ist, bei größeren Baukomplexen - sozusagen als Krönung - ein Hochhaus, Stern- oder Punkthaus zu errichten. Die Baukosten für solche Häuser liegen um rund 60 Prozent höher als bei anderen. Der Redner begrüßt das Projekt der Errichtung von Wohnhäusern nächst der Per Albin Hansson-Siedlung. Diese Tendenz sollte weiter verfolgt werden, jedoch unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse. Es sei unmöglich, irgendwo Wohnsiedlungen am Rande der Stadt anzulegen, aber keine ausreichenden Verkehrsverbindungen zu schaffen. So sind die Verkehrsverbindungen für die Siedlungen des 22. Bezirkes völlig unzureichend. Wenn man schon keine Straßenbahn hinführen kann oder will, sollte man wenigstens Autobusse einsetzen.

GR. Hausner kommt sodann auf die sogenannten Altenwohnungen zu sprechen. Er stellt fest, daß es kranke alte Leute vielfach als sehr bedrückend empfinden, ebenfalls unter alten und kranken Menschen zu leben, wo einer nach dem anderen wegstirbt. Sie versuchen oft aus diesen Grunde wieder aus den Wohnungen hinauszukommen. Man müßte hier über andere Möglichkeiten nachdenken. Bei neugeplanten Anlagen müßte man auch die offenen Gänge durch Glasveranden ersetzen. Es wäre dies für die alten Leute, besonders während der schlechten Jahreszeit, viel zweckmäßiger und angenehmer.

Bei den Neubauten müßte auch auf einen genügenden Wärmeschutz und ausreichende Schalldichte Rücksicht genommen werden. Entsprechende Möglichkeiten sind heute bereits vorhanden.

Auf dem Gebiete des Verkehrs dürfte nicht auf die Fußgänger vergessen werden. Der umgebaute Praterstern sei für die Fußgänger keine ideale Lösung. Man müßte Straßen überqueren und die Straßenbahnhaltestellen liegen viel zu weit auseinander.

Wenn man gezwungen ist, die Projekte Karlsplatz und Schottentorkreuzung zurückzustellen, dann wäre es notwendig, dafür andere Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Auch außerhalb des Gürtels gibt es Probleme, die einer Lösung harren, wie die Philadelphia-Brücke und die Hietzinger Brücke. Der Redner verlangt ferner die Unterführung der Ostbahn in Stadlau auch für den Fahrzeugverkehr und regt einen Fußgehersteg über die Ostbahnbrücke an. Er hoffe, daß die dritte Donaubrücke bald realisiert werden könne. Gr. Hausner urgiert die Errichtung einer Brücke über das Schillerwasser im 22. Bezirk. Auch die Sanierung der Alten Donau sollte schneller vorangetrieben werden. In Bretteldorf sollte man die Müllablagerungsstätte endlich beseitigen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit Planungsfragen. Viele Fehler hätten vermieden werden und man hätte sich viel Geld ersparen können, wenn man schon früher einen Stadtplaner gehabt hätte. Er hoffe, daß der neue Stadtplaner gute Arbeit leisten wird. Scharf nimmt Gr. Hausner gegen den Bodenwucher Stellung und verlangt wirksame Maßnahmen.

Abschließend sagt er, er sei sich bewußt, daß die Baubedürfnisse und die Wünsche von uns allen größer als die vorhandenen Geldmittel sind. Man könne jedoch feststellen, daß hier das ehrliche Bestreben vorherrscht, neue Wege zu gehen. Nur mit dem Wohnungsbau sei seine Fraktion nicht einverstanden. Da jedoch das Positive überwiege, werde sie die Zustimmung zu den Ansätzen geben.

GR. Ing. Arch. Lust (ÖVP) meint, das Zeitalter "Moderne Ideen im Rathaus nicht gefragt" scheint endlich abgeschlossen zu sein. Er könne mit Genugtuung feststellen, daß im Arbeitsprogramm von Stadtrat Heller viele Forderungen der ÖVP zum Teil in Erfüllung gehen und damit eine günstige Perspektive für die Zukunft geschaffen ist. Es wäre hoch an der Zeit, alle politischen Sphären von der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten fernzuhalten.

Nach einigen grundsätzlichen Betrachtungen geht der Redner auf die Planungsaufgaben der Stadt Wien näher ein. Die Aufstellung des Generalstadtplanes wird nunmehr Wirklichkeit. Prof. Rainer und die Stadtplanungskommission, beide werden, wenn sie gut abgestimmt sind, gute Lösungen finden. Dabei ist allerdings die kollegiale Zusammenarbeit der Beamten mit der Stadtplanung notwendig. Der Redner tritt auch für eine Koordinierung mit der niederösterreichischen Landesplanung ein. Unter verschiedenen Einzelfragen hebt er besonders hervor, daß bei der Festlegung von Kulturzentren nicht auf Kirchenbauplätze vergessen werden dürfte. (Beifall bei der ÖVP.)

Im folgenden spricht der Redner über Verkehrsfragen. Das Parkproblem sei schon sehr dringend geworden, ebenso die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene. Man sollte endlich mit der Trassierung der U-Bahn beginnen.

Eine ebenso dringende Arbeit erscheint mir auch die Trassierung des Stadtbahnanschlusses Gumpendorfer Straße - Meidling, Südbahnhof.

Es ist klar, daß wir von neuen Stadtplaner keine Wunder erwarten können, obwohl Zeit und Motorisierung außerordentlich drängen. Die ständige Heranziehung von Ziviltechnikern, Architekten und Zivilingenieuren, und die zusätzliche Ausschreibung von Wettbewerben wird für den Stadtplaner eine fühlbare Entlastung bringen und ihm wertvolle fachliche Anregungen geben. Wir sind bereit, ihm jede Unterstützung zu gewähren. Dabei darf der Gemeinderat nicht mit eng dotierten Budgetposten arbeiten, sondern er muß sich, da die Erfüllung des Verkehrsplanes Generationen zugute kommen wird, zu einer großen Kreditoperation entschließen. Die Zeit dürfte vorüber sein, wo nur Pläne für das Archiv oder für die Bibliotheken gemacht wurden. Bei dieser Gelegenheit muß ich neuerdings die Vorlage eines Kommissierungsgesetzes fordern.

Die Architekturabteilung darf sich nicht zu einer Normenanstalt oder zu einem Uniformierungsladen herabdrücken lassen. Sie soll das geistige Schaffen unserer Architekten unterstützen und darauf bedacht sein, daß sich das Moderne in das Alte, das sicherlich noch eine lange Lebensdauer hat, harmonisch einfügt.

./.

Bei großen Aufschließungen muß alles darangesetzt werden, Kasernenbauten zu vermeiden. Auf diesem Gebiet wurde leider auch im kommunalen Wohnhausbau viel gesündigt. Die Uniformierung des Stadtbildes muß unter allen Umständen vermieden werden.

Ein ernstes Problem bilden die Hochhäuser. Sie dürfen nur an Stellen errichtet werden, die solche Dominanten vertragen. Keinesfalls dürfen im Stadtzentrum, an neuralgischen Verkehrspunkten oder in Konkurrenz mit Monumental- und Kirchenbauten solche Hochhäuser gestellt werden (Beifall bei der ÖVP).

Die Förderung einer City-Bildung am linksseitigen Donaukanalufer wäre bei einer rechtzeitigen Einschaltung der Gemeindeverwaltung eine große städtebauliche Chance gewesen. Es könnte aber noch manches gerettet werden, wenn die Stadtplanung rasch eingreift.

Der Wohnhausbau soll sowohl auf dem kommunalen wie auch auf dem genossenschaftlichen und privaten Sektor reiche Förderung finden, wobei die Eigentumsbildung an Wohnraum besondere Beachtung finden soll. Nur durch die Erschließung aller Baumöglichkeiten und Vermeidung der Monopolisierung wird in absehbarer Zeit die Wohnungsnot behoben werden können.

Der Redner begrüßte die "Neue Wiener Wohnbauaktion" als teilweise Erfüllung der von der Volkspartei vorgebrachten Wünsche, brachte aber gleichzeitig einige Vorschläge hiezu vor. Weiter forderte er einen familiengerechten Zuschnitt bei der künftigen Wohnungsplanung sowie Beachtung der Wärme- und Schalldämmung. Auch wäre begrüßenswert, bei der äußeren Gestaltung der Wohnhäuser nicht so sehr die grellen Farbenstriche, sondern den heimischen Naturstein, der sich in vielen schönen Farbnuancierungen präsentiert, zu verwenden. Um die Qualität der Bauausführung zu heben, wäre es hoch an der Zeit, sich von der bisherigen Vergabep Praxis zu trennen und die Ö-Norm 2050 als verbindlich zu erklären, wonach jenes Angebot auszuwählen ist, welches bei Wertung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte am besten entspricht.

Die wirtschaftlichen Erfordernisse und die Probleme der innerstädtischen Verkehrsabwicklung machen **dringend** den Bau von Expresstraßen notwendig. Als Sofortmaßnahme müßten alle Verkehrsengen beseitigt und die Trottoirs in den wenig frequentierten Straßen zur Aufnahme des ruhenden Verkehrs verschmälert werden.

Bei allen Straßenbauarbeiten sollten die Maßnahmen aller Beteiligten koordiniert werden.

Abschließend bat der Redner im Interesse einer guten Zusammenarbeit, keine Projekte ohne entsprechende Kontaktnahme vorzulegen und die politische Tangente möglichst auszuschalten, um so die Entwicklung unserer altehrwürdigen Stadt zu einer modernen Weltstadt im Herzen Europas weiterzubringen. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Planek (SPÖ) würdigte einleitend die Tätigkeit der Vorgänger des jetzigen Stadtrates Novy, Jonas und Thaller, und sagte, daß die Taten der Sozialistischen Partei gezeigt haben, daß sie eine dynamische Partei ist.

Natürlich, so sagte er, zahlt alles die Wiener Bevölkerung. Aber ein erheblicher Teil fließt der gesamten Wirtschaft wieder zu und außerdem werden Werte geschaffen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen.

Er stellt sodann fest, daß die Sozialisten die Wohnung nicht als Ware, sondern als ein der Menschenwürde untrennbar verbundenes Kulturgut betrachten. Sie wenden deshalb diesem Kapitel größtes Augenmerk zu. Zu den Ausführungen seiner Vorredner will er nur in einigen Details Stellung nehmen, so zu der Art der Verbauung. Die Sozialisten waren Schrittmacher des Gedankens, größere Wohnsiedlungen in Grünflächen zu stellen und überhaupt so viel Grün als möglich in die Stadt zu bringen. Ständige Bemühungen gelten auch der Auflockerung in der Wohnungsdichte. Augenblicklich versuche man die Grenze von 500 Menschen auf einen Hektar einzuhalten. Zur Kritik an der Architektur der Gemeindehäuser ist zu sagen, daß man sich bereits entschlossen hat, einige Wiener Architekten einzuladen verbesserte Vorschläge auszuarbeiten. Diesem Problem wird in Hinkunft sicherlich großes Augenmerk zugewendet werden. In den ersten Jahren nach dem Kriege mußte man in erster Linie an die Schaffung des Wohnraumes denken. Das gelte auch für die Frage der Grundrisse. Es sei nicht richtig, daß die Gemeinde nicht familiengerecht baut. Man könne aber zum Beispiel bei der Zuweisung von Wohnungen an junge Ehepaare nicht wissen, ob diese einmal Kinder wollen und wieviel.

Augenblicklich werden von den kleinen Wohnungstypen A und B 20 Prozent, Wohnungen mit einer Größe ab 51 Quadratmeter 80 Prozent gebaut. Es gibt in Wien aber nicht nur überbelegte Wohnungen, sondern nicht weniger als fünf Prozent, die unterbelegt sind. Vielfach sind in großen Wohnungen alleinstehende Menschen zurückgeblieben.

Auf dem Gebiete des Lärm- und Kälteschutzes müsse auch er an Stadtrat Heller die Bitte richten, dieser Frage größtes Augenmerk zuzuwenden. Zur Grundrißfrage ist zu sagen, daß in der ganzen Welt heute kleinere Räume gebaut werden. Ein Wunsch wäre jedoch, die Vorzimmer so zu bauen, daß man in ihnen entsprechende Kasten unterbringen könnte.

Die Gemeinschaftseinrichtungen wurden in größeren Siedlungen, wie an Schöpfwerk oder in der Per Albin Hansson-Siedlung schon damals geschaffen. Durch die Anlegung des Windschutzgürtels in der Per Albin Hansson-Siedlung ist zusätzlich ein Gebiet entstanden, in dem die Kinder auf den Rasenflächen herumtollen können.

GR: Lust habe das Fehlen eines Generalverkehrsplanes bemängelt und von Planlosigkeit auf den Verkehrssektor gesprochen. Seine Äußerungen führen zu außerordentlichen Konsequenzen rechtlicher Art in Hinsicht auf Eingriffe in das Privatrecht. Verkehrsenge können nur beseitigt werden, wenn man in der Lage ist, über die entsprechenden Grundstücke zu verfügen. Es sei hier aber nicht immer leicht zu einer Einigung zu kommen und vor allem Gewerbebetriebe entsprechend unterzubringen. Im übrigen sei die Stadtverwaltung auch auf den Verkehrssektor nicht planlos vorgegangen. Es sei zweifellos sehr leicht, zu sagen, wir verändern die Struktur der Stadt. Der Praktiker aber wird sagen, er habe eine gegebene Struktur, die er verbessern kann und wo genügend große Flächen vorhanden sind, nach einem gewissen Leitfaden der Planung eine andere Struktur festzusetzen. Die Stadtverwaltung habe nichts anderes gemacht, als die gegebene Verkehrsstruktur systematisch verbessert. Es wurden Radialstraßen ausgebaut, Querstraßen wie Ring und Gürtel, Binnmündungen und Kreuzungen geschaffen usw. Ein Expressstraßennetz könne man einfach nicht in bestehende Verkehrsstraßen mit einem Geschäftsviertel einbauen. Es müssen ja schließlich die Interessen der Bevölkerung, der Industrie, der gewerblichen Wirtschaft und des

Handels gewahrt werden.

Wenn GR. Hausner von Wohnungsnot und Wohnungselend gesprochen hat, dann gehöre dies nicht in diese Geschäftsgruppe. Es sei unrichtig, daß die Gemeinde 1959 weniger Wohnungen bauen wird als in den Jahren vorher. Man war nur in der Einschätzung wieviele Wohnungen gebaut werden, sehr vorsichtig. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau wurden jedoch nicht eingeschränkt. Man hat nur der Möglichkeit von Baukostensteigerungen Rechnung getragen. Man müsse außerdem unterscheiden, was neu zu bauen begonnen wird und was an Überhängen aus dem vergangenen Jahr noch fertiggestellt werden muß. Am Jahresende wird sich dann erweisen, wieviele Wohnungen neu gebaut und wieviele fertiggestellt wurden. Derzeit sind 9.000 Wohnungen in Bau.

GR. Flanek stellt abschließend fest, daß seine Fraktion den vorliegenden Ansätzen die Zustimmung gibt und damit das Motto verbinde, alles für Wien, alles für die Wiener! (Allgemeiner Beifall.)

Stadtrat Heller stellt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der GRs. Hausner und Lust fest, daß die Auffassungen, die er hier vertreten hat, die Auffassungen der Sozialisten dieses Hauses sind und weder aus den Parteiprogrammen der Kommunisten - ein solches könne er überhaupt nicht ausfindig machen - noch aus dem der ÖVP abgeschrieben habe. Mit Freude habe er jedoch feststellen können, daß einige Auffassungen der Sozialisten in Parteiprogramm der ÖVP zu finden sind.

Zu den Ausführungen des GR. Hausner über eine Verringerung des kommunalen Wohnungsbaues ist zu sagen, daß die Sozialisten den kommunalen Wohnungsbau selbstverständlich mit aller Intensität weiterführen werden. Man war nur bei der Angabe der Zahlen sehr vorsichtig, weil man heute noch nicht weiß, wie sich die Preise in der Bauwirtschaft entwickeln werden. Die im Wahlprogramm 1954 versprochenen 20.000 Wohnungen innerhalb der Legislaturperiode, die bekanntlich bis 1959 läuft, sind bereits erfüllt. Es wurden bis heute bereits mehr als 30.000 Wohnungen errichtet. (Beifall bei der SPÖ.) Seit 1945 wurden im Rahmen der Wiener Stadtverwaltung 60.209 Wohnungen gebaut. Davon sind 51.405 bereits fertiggestellt und bezogen.

Neben diesen 8500 Wohnungen des Voranschlages 1959 soll noch die "Neue Wiener Wohnbauaktion" wirksam werden. Sicherlich bedeutet diese eine gewisse Belastung für den Wohnungswerber. Viele junge Menschen leisten aber gerne einen Beitrag, um zu einer Wohnung zu kommen. Man geht auch in anderen Ländern - auch in den Oststaaten will man es tun - langsam dazu über, den Mieter einen Beitrag für den Wohnungsbau leisten zu lassen. Neben den finanziellen Grenzen, die dem Wohnungsbau gesetzt sind, sind natürlich auch Grenzen durch die geringe Anzahl der Bauarbeiter vorhanden, wenn nicht weitere Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen werden können, daß man rascher und noch zweckmäßiger als bisher wird bauen können.

Die Kritik des GR. Hausner sei gerade bei Wien nicht am Platze. Zu den Mitteln, die der Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds zur Verfügung stellt und die 60 Prozent der Baukosten betragen, gibt das Land Wien weitere 30 Prozent aus Gemeindemitteln dazu, sodaß jeder, der sich mit dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eine Wohnung errichtet, praktisch nur 10 Prozent der Baukosten bezahlen muß.

Durch die neue Wiener Wohnbauaktion können zehntausend Wohnungen in zehn Jahren errichtet werden. Würde die Gemeinde die Wohnungen ausschließlich aus eigenen Mitteln bauen müssen, wären 25 Jahre erforderlich.

Bei den Duplexwohnungen ist es sicher an der Zeit, diese Wohnungen zusammenzulegen, die seinerzeit zur Milderung der größten Wohnungsnot errichtet worden sind. Doch ergeben sich Schwierigkeiten, weil die Mieter in vielen Fällen die Wohnung nicht verlassen wollen.

Auch wir sind keine Anhänger der Hochhausbauten; doch sind Hochhäuser bei schlechtem Baugrund rationeller.

Die Verbesserungen bei den Heimstätten für alte Menschen werden bereits durchgeführt.

Der Referent teilte auch mit, daß vor einigen Tagen ein eigener "Lärmausschuß" gegründet worden ist. Die Gemeinde Wien nimmt übrigens schon seit Jahren über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus bei ihren Bauwerken auf den Schallschutz Rücksicht.

Der Referent beantwortete dann die verschiedenen anderen Anregungen und Beschwerden von GR. Hausner.

GR. Ing. Arch. Lust dankte er für seine konstruktiven Gedanken zur Wiener Stadtplanung. Auch der Referent begrüße die Zusammenarbeit mit Niederösterreich. Leider sind die Äußerungen der Vertreter Niederösterreichs nicht dazu angetan, die Zusammenarbeit zu fördern. So hat Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kargl erklärt, daß die Autobahn nicht bis Wien hereingehen müsse. Es würde genügen, wenn sie in St. Christophen haltmacht. Dann könnten die Autofahrer ja über die staubigen Bezirksstraßen versuchen, Wien zu erreichen (Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten).

In der Frage der Kirchenbauplätze ist die Gemeinde bei dem Wettbewerb für die Siedlung in Favoriten bereits entgegengekommen.

In der Behandlung der weiteren Ausführungen des ÖVP-Redners kommt Stadtrat Heller auch auf die heikle Frage der "billigsten Angebote" zu sprechen. Auch er sei nicht der Meinung, daß das billigste Angebot immer das preiswerteste ist. So lang es aber Absprachen gibt und Kartelle, bleibt kein anderer Weg. So haben zum Beispiel die meisten Firmen für die Verglasungsarbeiten der Körperbehindertenschule in der Währinger Straße 500.000 Schilling verlangt. Nur eine einzige Firma stellte ein Angebot auf 200.000. Als man die Firmeninhabung befragte, sagte sie, man solle sie nicht verraten; sie sei aus dem Kartell ausgetreten. Ihr Gewinn bei ihrem Angebot betrage aber noch immer 20 Prozent (Stadtrat Afritsch (SPÖ): Beim Flughafenbau war es noch viel ärger, da hat es sich um Millionen gehandelt!) Eine andere gut renommierte Firma hat schließlich sogar ein Angebot um nur 120.000 Schilling gestellt. Dieser Firma werden wir die Arbeiten geben. Der Stadtrat ersuchte die ÖVP-Fraktion, auf die Firmen einzuwirken, daß sie ehrliche Preise mit einem bürgerlichen Gewinn erstellen.

Der Referent versicherte auch, daß das Bauamt nicht die Absicht habe, bei seinen Planungen Geheimniskrämerei aufkommen zu lassen. Das Planen und Bauen in Wien könne keine partipolitische Frage sein, sondern eine Frage der Vernunft, der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit (Allgemeiner Beifall).

Stadtrat Heller dankte dem Redner der SPÖ für seine klugen und tieferschürfenden Betrachtungen, die wertvolle Anregungen gegeben haben. Er werde diese Anregungen gerne aufnehmen. Abschließend versicherte der Referent, daß sich das Stadtbauamt auch im kommenden Jahr bemühen werde, Wien in beulicher Hinsicht zu verbessern.

(Allgemeiner Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VI. Hauptstückes einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

## Musikveranstaltungen in der Zeit vom 22. Dezember bis 11. Jänner

18. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 22. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Kammermusikabend; Convivium Musicum Vindobonense, Leitung Gerhard Kramer (Dufay: Messe; Schütz: Weihnachts- historie)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 16.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Adventstunde
Samstag 27. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 6. Abonnement- konzertes des n.ö. Tonkünstlerorchesters Dirigent Hans Swarowsky
Sonntag 28. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; Christa Ludwig (Alt), Robert Charlebois (Tenor), Dirigent Hans Swarowsky (Mozart: Linzer-Symphonie; Mahler: Das Lied von der Erde)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Kammermusikabend; Friedrich Gulda (Klavier), Bläservereinigung der Wr. Philharmoniker (Haydn, Mozart, Beethoven, Brahms)
Montag 29. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Konzert blinder Künstler
Dienstag 30. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: Weihnachtliche Musik; Orchester und Solisten der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (Schütz: Weihnachts-Historie)
Mittwoch 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)
Donnerstag 1. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Wiederholung vom 31. Dezember)

Datum:	Saal	Veranstaltung:
Samstag 3. Jänner	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Liederabend Oskar Czerwenka, am Flügel Gustav Cerny (Schubert: Die Winterreise)
Sonntag 4. Jänner	Gr.M.V.Saal 16.00	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Sonntagsakademie; Philharmonia Hungarica, Janos Starker (Cello), Dirigent Massimo Freccia (Rossini: Ouverture "Le Cenerentola"; Dvorak: Cellokonzert h-moll; Tschaikowsky: 4. Symphonie)
Dienstag 6. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Öffentl. Generalprobe zu "Das Buch mit sieben Siegeln", Dirigent Heinz Wallberg)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzert- hausquartett (Haydn, Mozart, Beet- hoven)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien Chor-Orchesterkonzert; Gr. Wr. Rund- funkorchester, Chor von Radio Wien, Mimi Coertse (Sopran), Theresa Stich- Randall (Sopran), Christa Ludwig (Alt), Fritz Uhl (Tenor), Walter Berry (Baß), Dirigent Miltiades Ceridis (Haydn: "Die Rückkehr des Tobias", Oratorium)
Mittwoch 7. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Chor-Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Singverein, Wilma Lipp, Christa Ludwig, Julius Patzak, Walter Berry, Stephan Kosso, Fritz Wunderlich (Gesang), Dirigent Heinz Wallberg (Schmidt: Das Buch mit sieben Siegeln)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Aufführung des Tanzspiels "Christine und der Wanderzirkus" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
Mittwoch 7. Jänn.r	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Orchester der Musikalischen Jugend, Dirigent Gerhard Kramer (Mozart: Symphonie KV 318; Bartok: Bratschenkonzert; Dvorak: 5. Symphonie)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 7. Jänner	Schubertsaal (KH) 19.30	Österr. Kulturvereinigung: Vortrag Ernst Krenek
Donnerstag 8. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Schmidt: Das Buch mit sieben Siegeln (Wiederholung vom 7. Jänner)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Celloabend Janos Starker, am Flügel Günter Ludwig (Locatelli, Bach, Beethoven, Hindemith)
Samstag 10. Jänner	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Rafael Kubelik (Dvorak: Sympho- nische Variationen; Bruckner: 6. Symphonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 7. Abonnement- konzertes des n.ö. Tonkünstler- orchesters, Dirigent Gustav Koslik
	Kammersaal (MV) 19.30	Hugo Wolf Gesellschaft: Liederabend Hans Duhan
Sonntag 11. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Rafael Kubelik (Wiederholung vom 10. Jänner)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 7. Sonntag-Nachmittagskonzert; Elaine Weldon (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Smetana: Die Moldau; Bruch: Violinkonzert; Reger: Hiller-Variationen)
	Kammersaal (MV) 19.30	Klavierabend R. Bilson
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus III; Kammer- orchester der KHG, Wr. Kammerchor, Ilona Steingruber (Sopran), Helmut Krebs (Tenor), Dirigenten Michael Gielen und Ernst Krenek (Krenek, Britten, Blecher)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Ruslana Antonowicz (Klavier), Diri- gent Hans Swarowsky (Mortari: Arioso und Toccata; Rachmaninoff: 3. Klavier- konzert; Blecher: Orchestervariationen)

Hermann Meynert zum Gedenken  
=====

18. Dezember (RK) Auf den 20. Dezember fällt der 150. Geburtstag des Schriftstellers, Journalisten und Historikers Hermann Meynert. In Dresden geboren, war er schon als Student literarisch tätig und machte sich als Lyriker, Novellist, Satiriker und Kritiker einen Namen. In der Folge befaßte er sich mit der populären Geschichtsdarstellung und übersiedelte 1836 nach Wien, wo er Hauptmitarbeiter von Bäuerles Theaterzeitung wurde. Weiters lieferte er verschiedene Beiträge für den Verlag Hartleben und veröffentlichte auch eigene Werke, von denen einige für Unterrichtszwecke bestimmt waren. Später schrieb Hermann Meynert für die Wiener Zeitung, deren Redaktion er mehrere Jahre hindurch angehörte. Nach seinem Ausscheiden führte er das Leben eines eifrigen Privatgelehrten und starb am 10. März 1895 in Wien. Sein Sohn Theodor Meynert war einer der bedeutenden Vertreter der Wiener Medizinischen Schule.

- - -

Rindernachmarkt vom 18. Dezember  
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Ochsen, 1 Kuh, 1 Kalbin, Summe 7. Neuzufuhren: Inland 6 Ochsen, 8 Stiere, 40 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 58. Gesantauftrieb: 11 Ochsen, 8 Stiere, 41 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 65. Verkauft wurden: 6 Ochsen, 8 Stiere, 12 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 30. Unverkauft 5 Ochsen, 29 Kühe, 1 Kalbin, Summe 35.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 18. Dezember  
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche 0. Neuzufuhren: Inland 207, Bulgarien 310, Polen 239. Gesantauftrieb: 756. Verkauft: 713, unverkauft Inland 43. Marktverkehr ruhig. Inländische Schweine notierten von 13.50 bis 14 S, bulgarische von 13 bis 13.30 und polnische von 13 bis 13.60 S.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische  
Angelegenheiten

18. Dezember (RK) Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) referierte nun über die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Der Referent besprach die einzelnen Abteilungen, die seiner Gruppe unterstehen. Die Plan- und Schriftenkammer habe ständig steigende Aufgaben. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden bereits mehr Pläne und Karten abgegeben als 1957.

Die öffentliche Beleuchtung hat in diesem Jahr 4.800 neue Lichtstellen geschaffen. Ende 1958 werden ungefähr 77.300 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, davon noch 4.650 Gaslaternen. Von den wichtigsten Neubauten nannte der Referent die Ringturnkreuzung, die Weißgärber Lände, den neuen Teil der Siedlung Wienerfeld-West, den Hohenfelsplatz u.a. 190 Gaslaternen konnten eliminiert werden, 1.400 Lichtstellen wurden umgebaut. Hier sind zu nennen: Kärntner Straße, Stephansplatz, Gürtel, Laxenburger Straße, Columbusplatz, Wallensteinstraße und Triester Straße. In den Randgebieten wurden 1.000 neue Lichtstellen installiert. 2.500 Straßenleuchten wurden auf Drehstrom umgebaut.

Am 29. September konnte die 75.000ste Wiener Straßenlampe an der Gürtelkreuzung im 9. Bezirk feierlich eingeschaltet werden. Die neuen Gasentladungslampen seien im Vordringen.

Ferner hat die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung die Installation für vier neue Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt sowie zwei Anlagen umgebaut. Im kommenden Jahr soll das Natriumdampflicht für die Wiener Ausfallstraßen stärker verwendet werden. Die äußere Simmeringer Hauptstraße und die äußere Triester Straße sollen eine solche Beleuchtung bekommen. Für später wird auch ein Umbau der Dientalstraße erwogen.

Bei Baustofflagerungen im Zuge von Bauarbeiten wird der Verkehrsraumnot entsprechend schärfster Maßstab hinsichtlich der Fläche und der Zeit angelegt. Es muß aber gleichzeitig verlangt werden, daß auch diesen provisorischen Verkehrszeichen die gleiche

Rechtswirkung zukommt wie den stabilen.

Bei den Grundabteilungen wurde die Beobachtung gemacht, daß der Auflösungsprozeß ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen, zum Beispiel von Weinbaugründen, in den Außenbezirken ständig fortschreitet.

Es wäre wünschenswert, das bestehende Verbot zur Errichtung von Kiosken jeder Art streng einzuhalten. Die noch vorhandenen Kioske wären auf den Aussterbeetat zu stellen. Desgleichen wären Zeitungsstände fester Art, Automaten, Ankündigungstafeln und ähnliches von öffentlichen Verkehrsflächen zu verbannen. Der steigende Verkehr und ein angemessenes Straßenbild erfordern alle Maßnahmen zur Sichtverbesserung.

In den Bezirken 1 bis 9 und 20 wurden in den Berichtsjahr für die Errichtung von 1.968 Wohnungen die Baubewilligungen und für 2.172 Wohnungen die Benützungsbewilligungen erteilt. In den Bezirken 10 bis 19 und 21 bis 23 wurden im Jahre 1958 Baubewilligungen für zirka 6.400 Wohnungen erteilt und zirka 3.900 der Benützung übergeben. Die Zahl der bewilligten Wohnungen liegt hier um acht Prozent über der des Vorjahres, während die Zahl der Benützungen um nahezu 8.5 Prozent gesunken ist. Daraus ist zu folgern, daß sich das Fertigstellungstempo der Wohnhausbauten verlangsamt hat. Gleichzeitig läßt die Diskrepanz zwischen bewilligten und benützbargemachten Wohnungen erkennen, daß der Bedarf an Neubauwohnungen in Privat- und Genossenschaftshäusern unvermindert anhält, aber mangels an Arbeitskräften und Material noch immer nicht in vollen gewünschten Ausmaß durchgeführt werden kann. In diesen 13 Außenbezirken liegt die Zahl der zu räumenden Wohnungen um sieben Prozent über der des Vorjahres, woraus das Tempo des Verfalles der Althäuser zu entnehmen ist.

Es muß angenommen werden, daß in diesen 13 Außenbezirken zirka 6.600 unbefugt errichtete Baulichkeiten bestehen. Ihre Zahl wäre um ein bedeutendes höher, wenn nicht ein kleiner Teil durch nachträgliche Baubewilligungen konsensfähig gemacht werden könnte. Das Bemühen der Baupolizei geht natürlich dahin, diese ganze unbefugte Bautätigkeit zu unterbinden. Die Zahl der aufgegriffenen Fälle beläuft sich im Jahre 1958 auf 650. Das zähe Bemühen der Baupolizei blieb nicht ohne Erfolg, und es kann angenommen werden, daß diese unerwünschte Bautätigkeit gegenüber früheren Jahren um

20 Prozent zurückgegangen ist. Der Baupolizei käme auch dadurch mehr Erfolg zu, wenn von seiten der Siedlerverbände dahingehend aufklärend gewirkt würde, daß der Aufwand an Geld und Arbeitszeit nur dann gesichert ist, wenn das Objekt mit Bewilligung der Baubehörde errichtet wird.

Beim Erwerb von den für die Stadt Wien erforderlichen Grundflächen im Tauschweg waren keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Anders verhält es sich jedoch beim Ankauf der Liegenschaften durch die Gemeinde, da hier eine vielfach vorhandene Diskrepanz in der Schätzung der Werte oft nicht leicht zu beseitigen ist. Im Berichtszeitraum wurden einschließlich von Gebieten außerhalb Wiens rund 3,4 Millionen Quadratmeter Grundflächen erworben und rund 259.000 Quadratmeter abgegeben.

Bei der Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe wurde das von der Betriebsleitung schon seit Jahren angestrebte Ziel der wirtschaftlichen Selbständigkeit im laufenden Jahr erreicht. Die erwarteten Einnahmen und die notwendigen Ausgaben werden sich heuer mit rund 45 Millionen Schilling die Waage halten. Damit ist gleichzeitig das Volumen der jährlichen Gesamteinnahmen gegenüber dem Jahre 1937 auf das Achtfache gestiegen, das heißt, der Friedhofsbetrieb konnte die wirtschaftliche Kapazität der Vorkriegszeit erlangen. Die Gebühren sind jedoch keinesfalls achtmal, sondern durchschnittlich nur dreieinhalbmal so hoch wie vor dem Kriege. Die öfters geäußerte Meinung aus **Bevölkerungskreisen**, die Friedhofsgebühren seien unverhältnismäßig hoch, wird damit eindeutig widerlegt, denn eine Valorisierung um das Dreieinhalbfache gegenüber 1937 ist sicherlich bescheiden. Die höheren Gesamteinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß seinerzeit noch 25 Prozent aller Verstorbenen, heute aber nur mehr sechs Prozent in billigen Schachtgräbern beerdigt werden. Der Ausfall bei dieser Gräbertype hatte einen Mehrbedarf an eigenen Gräbern, für die seit Jahren wesentlich höhere Gebühren festgesetzt sind, zur Folge. Weiters ist die Nachfrage nach teureren Grabstätten wohl als Folge der wirtschaftlichen Situation dauernd im Ansteigen begriffen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die durch die höheren Einnahmen bedingten vermehrten Arbeitsleistungen mit dem seit drei Jahren gleich geliebten Personalstand von 400 ständigen Bediensteten erbracht werden konnten.

Vor etlichen Jahren waren es noch über 600. Die Verminderung erfolgte allmählich, ohne daß für die Ausscheidenden Härten aufschienen.

Die Widmung der für Friedhofserweiterungen vorgeschlagenen Flächen wurde abgeschlossen und der Ankauf der notwendigen Privatgründe ist im Gange. Damit kann der Platzbedarf für einige Jahrzehnte gesichert werden. Einige Erweiterungen wurden zum Anlaß genommen, um eine neue Ausgestaltungsform einzuführen, die mehr Grün und weniger Stein bevorzugt. Es konnten heuer auch verschiedene Ordnungsprinzipien, wie die Benützung der Straßen in den Friedhöfen, die Lagerung von Materialien, Geräten usw. festgelegt werden. Großes Augenmerk wurde auch der Instandsetzung der Friedhöfe, besonders der Besserung der sanitären Verhältnisse zugewendet. Auch die Urnenhaine wurden vergrößert und im Ober St. Veiter Friedhof ein neuer angelegt.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, hat im Zusammenhang mit dem wachsenden Verkehr immer mehr zu leisten.

In Eisenbahnangelegenheiten hat der Magistrat als Landesbehörde an zahlreichen eisenbahnbehördlichen Verfahren im Zusammenhang mit dem Ausbau der Schnellbahn, dem Neubau zahlreicher Brücken im Zuge der Nordbahn und der Verbindungsbahn, dem Neubau des Bahnhofes Hauptzollamt mit dem Autobuszentralbahnhof, dem Neubau des Bahnhofes Floridsdorf und der Schnellbahntrasse in Floridsdorf, dem Simmeringer Verschiebebahnhof, dem Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz und der Verbesserung der Sicherung zahlreicher schienengleicher Eisenbahnübergänge teilgenommen.

Auf dem Arbeitssektor Flugwesen war die M.Abt.46 ressortmäßig betreffend die Schaffung von Außenstart- und Landeplätzen für Hubschrauber und Durchführung von Flugveranstaltungen in Aspern, beteiligt, wobei grundsätzliche Fragen erstmalig behandelt wurde. Als technische Straßenaufsichtsbehörde war die Dienststelle bei der Projektierung für die Regulierung des Bereiches Hernalser Gürtel, Währinger Gürtel - Lazarettgasse - Zimmermannplatz - Hebragasse - Kinderspitalgasse, Alserbachstraße - Liechtensteinstraße - Nußdorfer Straße usw. beschäftigt.

Sie hat auch die Verkehrsmaßnahmen für die Großbaustellen Gürtel, Hauptzollamt usw. festgelegt. Es mußten auch Gutachten bei allen Bauvorhaben von Verkehrsstandpunkt abgegeben werden.

Als Straßenverwaltung hat die Dienststelle in den abgelaufenen neun Monaten 4.054 Verkehrszeichen und 1.251 Kettenständer neu aufgestellt, zahlreiche Fußgängerübergänge angelegt, bzw. erneuert und Bodenzeichen angebracht. Im Zusammenhang mit dem in nächsten Jahr in Kraft tretenden neuen Straßenpolizeigesetz ist die Durchführung solcher Arbeiten in erhöhtem Ausmaße zu erwarten. Dazu kommt die durch die geplante Einführung einer "Blauen Zone" notwendige Kennzeichnung und Aufstellung diesbezüglicher Verkehrszeichen.

Für Verkehrslichtsignalanlagen wurden größere Umbauarbeiten durchgeführt, so unter anderem an Urban Loritz-Platz, an der Kreuzung Gürtel - Lommsengasse, bei der Ringturnkreuzung, um einige der größten zu nennen. Auch für 1959 ist der Neubau von Verkehrslichtsignalanlagen in großer Zahl geplant.

Im Berichtszeitraum wurden 6.156 Kraftfahrzeuge einzelgenehmigt und 687 sonstige Überprüfungen vorgenommen. In erhöhtem Ausmaße mußten zahlreiche Eignungsprüfungen für Kraftfahrzeuge körperbehinderter Personen durchgeführt und für Rekursstelle des Magistrates und die Bundespolizeidirektion Wien zahlreiche gutachtliche Äußerungen über Kraftfahrzeuge, Verkehrsunfälle und Straffälle abgegeben werden.

Vor 1.977 Prüfungskommissionen legten 30.458 Kandidaten die Lenkerprüfung ab, von denen 13.511 Kandidaten reprobiert werden mußten.

Aus diesem Bericht geht zweifelsohne hervor, daß die Magistratsabteilung 46 nicht nur eine große Arbeitsleistung vollbracht, sondern auch namhafte Beträge aufgewendet hat, um die Wiener Verkehrsverhältnisse zu verbessern und trotzdem ist der Zustand nicht befriedigend. Auf die Frage nach dem Warum kann es nur eine Antwort geben: Weil es einen Großteil der Verkehrsteilnehmer an der nötigen Disziplin mangelt und die hierfür zuständigen Behörden, insbesondere die Polizei, nicht mit dem nötigen Nachdruck auf die Einhaltung der Verkehrszeichen, insbesondere der Verkehrsbeschränkungen achtet. So lange das nicht geschieht, werden alle Maßnahmen kaum einen spürbaren Erfolg zeigen. Selbst das Wirksam-

werden des neuen Straßenpolizeigesetzes wird uns nicht viel weiter bringen, wenn seine Durchsetzung in Frage gestellt ist.

Durch das Garagengesetz wurde zweifellos keine Verringerung der Parkraumnot erreicht, da die auf Grund dieses Gesetzes geschaffenen Stellplätze in wesentlichen nur in der Nacht, aber kaum bei Tag benützt werden. Durch das Aus- und Einfahren in diese Garagen kommt es aber trotz aller Vorsicht oft zu Verkehrsunfällen. Es wird daher die Errichtung von Parkgaragen, gleichgültig, ob sie über oder unter der Erde angeordnet sind, immer notwendiger. Wenn Stadtrat Slavik bemerkte, er vermisse bei Errichtung der Parkgaragen die Privatinitiative, muß gesagt werden, daß für ein derartiges Bauwerk große Mittel erforderlich sind, die sich wieder in verhältnismäßig hohen Benützungsgebühren äußern würden. Ein Großteil der Kraftwagenbesitzer könne derart hohe Gebühren aber kaum aufbringen. Der Referent schlägt eine Förderung der Errichtung der Parkgaragen in der Form vor, daß man die Vorschriften für die Errichtung einer Garage einerseits erleichtert ohne die Sicherheit zu gefährden, und darüber hinaus für die ersten fünf Jahre Grund- und Gewerbesteuerbefreiungen oder zumindest Ermäßigungen gibt.

Hinsichtlich der Parkzeitbeschränkung in einem Teil des 1. Bezirkes ist in der damit befaßten Kommission eine Lösung bereits gefunden worden. Wenn auch hier noch geringfügige Differenzen zwischen den verantwortlichen Stellen und den Vertretern der Kraftfahrerschaft bestehen, werden diese kaum mehr nennenswerte Schwierigkeiten bilden und es ist mit den Wirksamwerden dieser Maßnahmen hoffentlich in kürzester Zeit zu rechnen. Es soll ein Versuch sein, der bei Bewährung auch noch in anderen Teilen unserer Stadt Anwendung finden soll. Man muß aber auch den Mut aufbringen, das, was sich nicht bewährt, zu beseitigen und durch besseres zu ersetzen. Dieser Mut wird zweifellos ein gutes Echo bei der Wiener Bevölkerung finden.

Die Registratsabteilung 49, Stadtforstamt, konnte im Bereiche der Quellschutzforste verschiedene Grundstücke erwerben. Zur pfleglichen Bestandesnutzung der Quellschutzforste wurden Forststraßen instandgesetzt und Brücken erneuert. Die Forstverwaltung Haßwald hat eine rund 1.5 Kilometer lange Seilbahn für den Holztransport errichtet.

Die Planung und Ausführung erfolgte ausschließlich mit eigenen Kräften, wodurch ein Betrag von etwa 25.000 Schilling eingespart wurde.

Durch die verschiedenen Grundkäufe ist auch eine Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte und forstlichen Aufgaben eingetreten, trotzdem aber von einer Personalvermehrung beim Stadtforstamt Abstand genommen worden.

Das Sägewerk der Stadt Wien in Hirschwang stellt nach wie vor einen der größten Aktivposten des Stadtforstamtes dar und schreitet seine Modernisierung - wenn auch nur kleinweise - weiter vor.

Der derzeitigen Lage am Holzmarkt entsprechend und auf Grund des aus Walderhaltungspflichten wesentlich herabgesetzten Holzeinschlages im Lainzer Tiergarten, betragen die Einnahmen der Wienerwaldforste 3,605.800 Schilling, das sind um rund 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Dem gegenüber sind die Ausgaben durch die neu hinzugekommenen, ertraglosen Verwaltungsflächen und der eingetretenen Lohnerhöhungen um rund 9 Prozent gestiegen.

Im Zuge der Bestrebungen, den Wald- und Wiesengürtel zu erhalten, bzw. diesen zu vergrößern, wurde von den Brüdern Parnegg der ehemalige Laudonbesitz in Wien 14, Hadersdorf, im Ausmaße von rund 173 Hektar erworben. So wertvoll dieser Besitz für die Bevölkerung Wiens zur Erhaltung und Verbesserung des Ausflugs- und Erholungsgebietes ist, so sind doch durch eine Reihe von Jahren weitere Aufwendungen erforderlich, um diesen durch seine Vorbesitzer stark vernechlässigten Besitz wieder zu normalisieren.

Abgegeben wurden an Grundflächen 2.05 Hektar im Lainzer Tiergarten über Beschluß des Gemeinderates vom 27.6.1958 für das Umspannwerk der Österreichischen Bundesbahnen. Die Gesamtfläche der Wienerwaldforste erfuhr sohin eine Vergrößerung von rund 5.925 Hektar auf rund 6.100 Hektar.

Von der Erweiterung des Ölhafens Lobau werden nur kleine Flächen betroffen, so daß der Verlust dieser nur spärlich und mit krüppelhaften Hölzern bestockten Waldfläche im Verhältnis zu den im Bereich der Stadt Wien liegenden Stadtforste nicht ins Gewicht fällt. Die Abholzung des städtischen Teiles des Inundationsgebietes erfolgt im Zuge eines Projektes der Donauregulierungskommission, welches eine Abgrabung zum Zwecke eines besseren Abflusses bei Hochwasser vorsieht.

Die aus verkehrstechnischen Gründen notwendige Verbreiterung der Neuwaldegger Straße und die Errichtung eines Fußgängerdurchganges erfordert auch eine Verlegung des Baches in Schwarzenbergpark.

Entlang der Höhen- und Exelbergstraße wurden neue Parkplätze angelegt, um den heutigen Stand der Motorisierung der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Der Lainzer Tiergarten wies in der heurigen Saison eine Besucherzahl von 173.790 auf. Am Hirschgstein wurde an Stelle des abgebrochenen, baufälligen Gasthauses ein schönes, in die Landschaft passendes Rasthaus errichtet. Dieses ist bis auf die Inneneinrichtung fertig und kann im kommenden Jahr mit ersten Besuchstag für die Besucher geöffnet werden.

Stadtrat Lakowitsch kommt sodann auf die Autobahneinfahrt Wien-Ost zu sprechen. Er spricht die Hoffnung aus, daß sie nicht vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen oder aber um höhere Durchschnittsgeschwindigkeiten zu erzielen, durch den Lainzer Tiergarten geführt wird. Solchen Absichten müßte man energischen Widerstand entgegensetzen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Wohlfahrtsaufforstung am Lecker Berg, die schwierigste forstliche Aufgabe, die dem Stadtforstamt je gestellt wurde, kann als gelungen und beendet angesehen werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 600.000 Schilling. Eine wesentliche Erweiterung dieser Wohlfahrtsaufforstung ist im Rahmen der neuen Stadtplanung vorgesehen.

Die Wünsche des Stadtforstamtes auf Freimachung des Wald- und Wiesengürtels von wilden Siedlungen, wie zum Beispiel Exelberg und die Erhaltung der städtischen Lobau als Erholungs- und Ausflugsgebiet der Wiener Bevölkerung, besonders aber der Bewohner der Bezirke Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf und Donaustadt, die in der Mehrzahl ihr Leben in einer industriellen oder stark verbauten Umwelt verbringen müssen, können vom Stadtforstamt allein nicht erfüllt werden. Deshalb wird im Hinblick auf die Wohlfahrtsaufgaben der Wälder im Allgemeinen und auf die Aufgaben, die den Wäldern um Wien im Rahmen der Stadtplanung in Besonderen zugeordnet sind, um Verständnis und Mithilfe aller beteiligten Stellen gebeten.

Stadtrat Lakowitsch dankt abschließend allen Mitgliedern

seines Ausschusses für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit sowie allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe. Er richtet an alle die Bitte, auch im Jahre 1959 alle Kräfte in dem jeden einzelnen zugewiesenen Arbeitsgebiet im Dienste unserer Vaterstadt einzusetzen. (Allgemeiner Beifall.)

#### Debatte über Geschäftsgruppe VII

GR. Kronberger (VO) meint, daß gerade die Arbeit dieser Geschäftsgruppe von großem Interesse für die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt ist, geht es doch in dieser Gruppe um die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels, die Bekämpfung der Lärmpolage, die Regelung des Verkehrs im Sinne des Fußgängers usw.

Zun Kapitel Autobahn stellt er fest, daß man hier über die Einfahrt nach Wien verschiedene Versionen in den Zeitungen gelesen hat. Im Gemeinderat selber sei bedauerlicherweise darüber nicht berichtet worden. Er könne hier nur die Ausführungen des Stadtrates Lakowitsch unterstreichen, daß man diese Einfahrt keineswegs durch den Lainzer Tiergarten führen dürfe.

Er kommt dann auf den Kauf der Schwarzenberggründe durch die Gemeinde Wien zu sprechen. Beim Ankauf dieser Gründe wurde eine Ausgestaltung des Gebietes versprochen, das Schlagen der alten, morschen Bäume usw. Leider hat man bisher außer der Reinigung der drei Teiche nichts unternommen. Man hat nicht die alten, morschen Bäume gefällt, sondern Nutzholzschlägerungen durchgeführt. Von einer Aufforstung kann überhaupt keine Rede sein. Leider habe die Gemeinde Wien auch einige Wiesen verpachtet, die nun mit Draht eingezäunt sind. Man trägt sich also anscheinend nicht mit der Absicht, hier ein Erholungsgebiet zu schaffen.

Wenn es Stadtrat Lakowitsch ernst ist mit seinem Kampf gegen die Lärmpolage, dann solle er dies durch Taten beweisen, aber nicht nur den Mopeds die Schuld geben. Der Redner schlägt auch eine Studienkommission vor, die sich mit den Fragen der Luftverpestung in der Großstadt beschäftigen soll. Er kritisiert ferner, daß ein echter gesetzlicher Schutz für die Fußgänger nicht Wirklichkeit geworden ist.

Der Redner behandelt dann einige Verkehrsprobleme und urgiert die Schaffung von Verkehrssignalanlagen. Er verlangt Auskunft, wie es nun um das Parkverbot in Straßen mit Straßenbahngleisen und um die "Blaue Zone" steht.

Die Baupolizei müsse im Interesse der Wiener klaglos funktionieren. Dies war leider auch im Laufe dieses Jahres nicht immer der Fall.

Bei der Besprechung der öffentlichen Beleuchtung, wendet sich der Redner gegen die Vernachlässigung der Außenbezirke. Er verlangt ferner, daß man die teuren Gaslaternen durch die im Betrieb billigeren elektrischen Lampen ersetzt.

Bei dieser Geschäftsgruppe könne man nur den braven Angestellten danken. Angesichts der vielen negativen Seiten bei der Amtsführung, gebe die VO-Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe nicht die Zustimmung.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) spricht zuerst über die öffentliche Beleuchtung und meint, es sei bei den herrschenden Sicherheitsverhältnissen in unserer Stadt erfreulich, daß für das nächste Jahr größere Mittel für die Straßenbeleuchtung bewilligt wurden. In den USA wurde der Satz geprägt, daß zwei Lampen einen Polizisten ersetzen.

Bei der Baupolizei gehe es um die Norm des richtigen Bauens. Gute und qualifizierte Kräfte sind hier von grundlegender Bedeutung. Leider herrsche bei der Baupolizei ein empfindlicher Personalmangel. Gerade bei dieser Abteilung wäre es jedoch wichtig, rasch und zielbewußt zu handeln. Er spricht dann auch über den Lärm. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, daß ein Drittel der Wiener Bevölkerung durch den Lärm gestört ist. Die gesetzlichen Möglichkeiten reichen leider zum Teil nicht aus oder werden nicht streng genug gehandhabt. Man dürfe aber nicht nur von Amts wegen den Lärm verbieten, sondern auch sagen, wie man den Lärm zum Beispiel in einem Gewerbebetrieb ausschalten kann.

Die Friedhöfe unserer Stadt könne man nicht nur als finanzielles Problem sehen. Wenn die Friedhöfe die allgemein erwünschte Form und Gestaltung erhalten sollen, so kann das nicht nur aus der laufenden Gebarung der Friedhöfe allein geschehen. Die Erhaltung der Friedhöfe ist eine Gemeinschaftsleistung. Als Grundlage für ihre Gestaltung gilt: Ordnung und nicht Willkür, Kunst und nicht Kitsch, eine christliche Grundhaltung und nicht Nihilismus. Wie man die Toten ehrt, so regiert man die Lebenden. Auch die Friedhöfe gehören zum sozialen Grün.

Der Wald- und Wiesengürtel mußte schon große Verluste auf sich nehmen. Die wilden Siedler haben der Stadt große Bestände des Luftreservoirs gekostet. Es müßten Möglichkeiten geschaffen werden, um diesen Bauwillen in die richtigen Bahnen zu lenken. Jeder Bauwillige muß auch die wirtschaftliche Baumöglichkeit erfüllen können. Daher ist eine grundsätzliche Voraussetzung eines Bodenbeschaffungsgesetzes - das aber nicht zu einem Enteignungsgesetz nur für den Kapitalstarken, zum Beispiel die öffentliche Hand, werden darf -, daß jeder Bauwillige öffentliche Mittel in Anspruch nehmen kann. Aber sogar die Gemeinde Wien hat noch vor wenigen Jahren im Wald- und Wiesengürtel bei Heuwaldegg gebaut.

Eine unserer größeren Sorgen muß es sein, daß die Westeinfahrt der Autobahn uns nicht neuerliche Bestände des Wald- und Wiesengürtels kostet. Sollte dies der Fall sein, dann muß auch dieses kleine Opfer ersetzt werden. Die Möglichkeit ist ohne weiteres dazu gegeben, denn der sogenannte Deutsch-Ordenswald wäre um einen verhältnismäßig geringen Betrag zu erwerben.

In Verkehrsproblemen wird ein besonderes Anliegen unserer Stadt sichtbar. Voraussetzung der Verkehrsplanung ist aber die Strukturplanung. Ein Großteil der Verkehrsprobleme unserer Stadt ist durch eine falsche, bzw. versäunte Strukturplanung entstanden. Man hat bisher meist nur die Entflechtung gesehen. Eine Grundvoraussetzung einer richtigen Verkehrsplanung ist aber die Strukturplanung einer zweckmäßigen und sinnvollen Verflechtung. Es ist zweckmäßiger, Wohnviertel und Arbeitsstätten nebeneinander zu legen. Auch die Assenierung gibt uns die Möglichkeit, unnötige Verkehrserreger auszuschalten. Klarheit in der Durchführung ist eine weitere Voraussetzung jeder vernünftigen Verkehrsregelung. Das Fehlen von Plänen auf lange Frist hat den Bau der Opernkreuzung unnötig verteuert und am Ringturn einen zusätzlichen Verkehrserreger geschaffen. Auch die Lösung der zweiten Verkehrsebene ist hier von grundlegender Bedeutung. Man hat sich vorläufig mit einer zweiten Auflage der Stadtbahn geholfen, die sicherlich einen Teil der Fahrgäste von den neuralgischen Punkten im Stadtkern abziehen wird. Aber auch die bestehenden wirtschaftlichen Zentren der Stadt fordern ihr Recht.

Die Einführung der "Blauen Zone" ist ein glücklicher Gedanke. Vor fünf und zehn Jahren hätte man beim Parkproblem noch manches richten können, was heute schwierig ist. Damals wurde auf unsere Vorstellungen erklärt, der Höhepunkt der Motorisierungswelle ist überschritten. Auf diesem Standpunkt ist die Gemeindeverwaltung noch vor zwei Jahren gestanden. Heute spricht die Öffentlichkeit von einem Chaos auf der Straße. Wenn jemand in diesem Haus etwas vom Verkehrschaos sagt, herrscht große Aufregung. Aber nunmehr ist auch die "Arbeiter-Zeitung" daraufgekommen. Wir hoffen, daß sich ihre Ausführungen herumsprechen.

Überall geht es darum, nicht bloß Augenblicksfragen zu lösen. Nur wenn wir voraus denken und voraus planen, haben wir unsere Pflicht unserer schönen Wienerstadt gegenüber getan. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Sailer (SPÖ) führt manche Schwierigkeiten bei der Tätigkeit der beupolizeilichen Abteilungen auf den Personalmangel, aber auch auf mangelhafte Einreichungen der Bauwerber oder darauf zurück, daß die Bestrebungen der Beupolizei, ein technisches Gutachten zu bekommen, nicht unterstützt werden oder ihnen sogar Widerstand entgegengesetzt wird.

Es ist erfreulich, daß in Wien heute viel gebaut wird, doch haben sich die Grundpreise in den letzten Jahren mindestens verdoppelt. Abhilfe kann da nur durch ein vom Nationalrat zu beschließendes Bodenbeschaffungs- sowie Assanierungsgesetz geschaffen werden. Es ist unverständlich, daß dieses von allen Gebietskörperschaften dringend verlangte Bodenbeschaffungsgesetz mit einem anderen Gesetz gekoppelt werden soll, mit dem es praktisch nicht zu tun hat. Das Bodenbeschaffungsgesetz kann nur dann wirksam werden, wenn es Bestimmungen enthält, nach denen einem Grundbesitzer, der Baugrund nicht widmungsnäßig verwendet, dieser gegen Entgelt enteignet werden kann.

Auf dem Verkehrssektor bemängelt der Redner das Fehlen eines ausreichenden Fußgerschutzes, besonders auf den Zebrastreifen. Man müsse GR. Dr. Fiedler darauf aufmerksam machen, daß die Mittel für die von ihm genannten U-Bahn-, bzw. Hochstraßenbauten, in Berlin vom Bund und in Brüssel vom dortigen Handelsministerium bereitgestellt wurden.

Viel wurde auch über die Mariahilfer Straße gesprochen und ihr Umbau als unzureichend bezeichnet. Die Mariahilfer Straße würde, abgesehen von den Fußgängerübergängen, auch heute noch den Verkehr voll genügen, erließe man ein Halte- und Parkverbot. Die Kapazität könnte dadurch um rund 50 Prozent erhöht werden.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Prutscher über die Verzögerung des Baues der Opernpassage verweist der Redner darauf, daß die Mandatare der ÖVP im zuständigen Gemeinderatsausschuß gegen den Bau waren, weil Bezirksvorsteher Friesinger eine Unterführung, ähnlich der an Matzleinsdorfer Platz, als zweckmäßiger erachtete.

Als sehr erfreulich bezeichnet der Redner die Aufforstung auf dem Laaer Berg, die nach einem Mißerfolg nun doch gelungen ist. Der Favoritner Bevölkerung wird damit ein neues Erholungsgebiet erschlossen.

Zur Einfahrt der Autobahn nach Wien verweist GR. Sailer darauf, daß es keine Stelle in der Wiener Gemeindeverwaltung gibt, die sich mit der Absicht trägt, die Autobahn durch den Lainzer Tiergarten zu führen.

GR. Sailer meint, daß es zweckmäßig wäre, die städtische Bestattung der Friedhofsverwaltung anzugliedern. Es würde dadurch ein einheitlicher Organisationskörper geschaffen werden. Bezüglich der von Referenten erwähnten 1,2 Millionen Schilling Wertabschreibungen und daß diese in den Gemeindegeldsäckel fließen, wirft der Redner die Frage auf, ob die Grundankäufe für die Friedhofserweiterungen von der Friedhofsverwaltung oder einer anderen Abteilung getätigt werden. Geschieht es nicht durch die Friedhofsverwaltung, so könne man diese 1,2 Millionen Schilling kaum als eine Subvention an den Finanzreferenten bezeichnen.

Sehr erfreulich seien die niedrigen Friedhofsgebühren, ebenso das Bestreben der Friedhofsverwaltung, die Friedhöfe zweckmäßiger und schöner zu gestalten. Die Handhabe hierzu liefert die vor kurzem beschlossene Friedhofsordnung.

Es ist zu begrüßen, daß die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung im Jahre 1959 radikal daran gehen wird, die vorhandene Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Wohl geht damit ein Stück alte Wiener Romantik verloren. Beim Umbau wird jedoch weitgehend darauf Rücksicht genommen werden, das alte Stadtbild zu wahren. Die Umstellung bringt Einsparungen bis zu 75 Prozent mit sich. Eine Benachteiligung der Außenbezirke auf diesem Sektor, die GR. Kronberger feststellen zu können meinte, sei nicht gegeben. Von den 4800 Leuchtstellen sind 1000 in den Randbezirken. Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen werde. (Beifall bei der SPÖ).

StR. Lakowitsch stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Aufforstung des Gebiets des Oder-Donau-Kanales durchgeführt wird, ebenso sollen die Schwarzenberggründe eine Zierde unserer Stadt werden. Leider sei es so, daß nicht immer alles auf einmal getan werden kann.

Die Autobahn soll nach vorläufigen Plänen am nördlichen Rand der Tiergartenmauer geführt werden, wobei einige Stücke des alten Tiergartens, die der Öffentlichkeit auch jetzt nicht zugänglich sind und auf denen sich einige alte Baulichkeiten befinden, herangezogen werden müßten. Seinen Warnruf habe er nur für alle Fälle als vorbeugende Maßnahme ausgestoßen, damit die Techniker nicht in Versuchung kommen, den Tiergarten in ihre Pläne einzubauen.

Zur Lärmbekämpfung ist zu sagen, daß die Gemeindeverwaltung hierbei keinerlei Handhabe besitzt. Das sei allein Aufgabe der Polizei. Das gleiche gelte für den Schutz der Fußgänger. Auch hier sei die Gemeinde nicht befugt, Gesetze zu erlassen.

Stadtrat Lakowitsch bezeichnet es als richtig, daß man die Aufstellung einer Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Felberstraße - Johnstraße hätte bereits im heurigen Jahr durchführen wollen. Leider war dies nicht möglich, da dort auch die Straße umgebaut werden soll und eine Koordinierung beider Projekte zweckmäßig ist.

Auch die "Blaue Zone" falle nicht in die Kompetenz seiner Geschäftsgruppe.

Der Vorwurf gegen die Baupolizei, betreffend das Haus Linke Wienzeile 47, müsse zurückgewiesen werden. Der Redner weist an Hand von genauen Daten nach, daß die Baupolizei ihre Erhebungen sehr rasch gepflogen und Befunde ausgearbeitet hat, sodaß es schließlich zur Räumung kam.

Zum Vorwurf des GR. Kronberger, daß die Friedhofsverwaltung die Preistreiberei besonders vor Tagen, an denen viele Blumen für die Grabstätten gekauft werden, unterstütze, müsse man zurückweisen. Die Friedhofsverwaltung verfüge selbst über keine Blumenstände und könne daher auch nicht auf den Preis einwirken.

Zur Kritik, daß die Außenbezirke bei der Beleuchtung benachteiligt werden, hat GR. Sailer bereits Aufklärung gegeben. Außerdem gibt es in den Randgebieten vielfach Wege, die den Siedlungsgenossenschaften gehören und wo daher die Gemeinde keine Veranlassung und kein Recht hat, Beleuchtungskörper zu errichten.

Zu den Ausführungen des ÖVP-Redners bemerkt der Referent, daß er wegen des Parkverbotes in Straßen mit Gleisen einen Kompromißvorschlag gemacht habe. Das Parkverbot solle nur in der Nacht gelten und bei Tag nur in Falle eines "Schneenotstandes". Dagegen bestehen zwar juristische Bedenken, er glaube aber, man könne es trotzdem probieren. Wenn sich die Autobesitzer nicht daran halten, dann könne man noch immer die volle Strenge des Gesetzes anwenden.

Er freue sich, daß der SPÖ-Redner die Tätigkeit der Baupolizei anerkannt hat und den Personalmangel einsieht. Es sei richtig, daß die Grundpreise steigen, sodaß gesetzliche Maßnahmen notwendig erscheinen. Doch müsse sich gerade die Gemeinde Wien an die amtlichen Schätzungen halten. Wenn die Grundverkäufer wissen, daß sie bei der Gemeinde Wien nicht ankommen, würden sie die amtlichen Preise akzeptieren.

Was die Zebrastrifen betrifft, so müssen wir trachten, den Fußgänger zu schützen. Wir müssen uns den Kopf darüber zerbrechen, um alles nach bestem Wissen und Gewissen zu ordnen. Wir müssen überhaupt auch in Verkehrsfragen noch immer den Menschen in den Mittelpunkt aller Erwägungen und Überlegungen stellen. In diesem Jahr wurde der Christkindmarkt vor dem Messepalast verlegt und prompt schrieb eine Wiener Zeitung abfällig darüber, weil der Parkraum geschmälert werde. Ja, nur mehr das Auto? ruft der Referent aus. Hüten wir uns, einer solchen Entwicklung Raum zu geben! Gott sei

Dank haben wir noch ein Herz im Leib und keinen Zylinder mit auf- und abgehenden Kolben.

Der Referent schließt sich auch der Meinung von GR. Sailer an, daß es zweckmäßiger wäre, wenn die Bestattung zur Friedhofsverwaltung gehörte. (GR. Bock (SPÖ): Wenn Sie sich mit Nathschläger einigen, bitte!)

Abschließend ersucht Stadtrat Lakowitsch den Gemeinderat nochmals, den Ansätzen seiner Gruppe zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

#### 46 Puppenmütter im Stadtpark

18. Dezember (RK) 23 Wiener Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren erhielten heute nachmittag im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" aus der Hand des Vizebürgermeisters Honay "Adoptionsurkunden" für ihre Puppenkinder, die sie jetzt vor einem Jahr im Auftrag des Wiener Jugendamtes in Pflege übernommen haben. Der Ehrgeiz der kleinen Pflegenütter, ihre Puppen sauber zu halten, wurde belohnt: die Puppen durften sie als Weihnachtsgeschenk behalten.

Zugleich wurden an 23 neue "Pflegenütter" Puppen in Pflege gegeben mit dem Auftrag, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe betreut werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Der kleinen Feier im Stadtpark wohnten mehrere Gemeinderäte bei.

- - -

Mehr Verkaufsstände auf dem Christbaummarkt  
=====

18. Dezember (RK) Bis zum 16. Dezember haben insgesamt 435 Wiener Christbaumhändler ihre Standplätze bezogen. Die Zahl der angemeldeten Detailverkäufer ist somit heuer etwa um zehn Prozent höher als im Vorjahr. Wie alle Jahre wird sich in den letzten Tagen vor Weihnachten die Zahl der Verkaufsplätze noch um einige Dutzend erhöhen.

Nach den Wahrnehmungen des Marktamtes war bis jetzt die Nachfrage sehr mäßig. Der Großteil der angebotenen Bäume ist mittelguter Qualität. Auffallend ist das große Angebot von über zwei Meter hohen Tannen, obwohl meistens nur Tannen bis zu ein-einhalb Meter gewünscht werden. Bei den kleineren Bäumen, sowie bei Tannen über zwei Meter sind gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Preiserhöhungen zu beobachten. Auch die Preisspannen bei Fichten bis zu zwei Meter blieben fast unverändert. Die Preisentwicklung in den letzten Tagen vor Weihnachten wird sich auch heuer nach der Kauflust und der noch zu erwartenden Anlieferungen des Großhandels richten. Mengenmäßig dürfte auch heuer die Anlieferung - rund 90.000 Tannen und 260.000 Fichten - ausreichen.

- - -

Polnische Gäste im Wiener Rathaus  
=====

18. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay empfing heute im Wiener Rathaus eine offizielle Abordnung aus Polen, die anlässlich der Inbetriebnahme der neuen AUA-Fluglinie Wien - Warschau zu einem zweitägigem Aufenthalt nach Wien gekommen ist. Mit den Gästen aus Warschau hatten sich die Geschäftsträgerin der polnischen Botschaft in Wien Jurys und der österreichische Botschafter in Warschau Dr. Verosta sowie leitende Beamte der AUA im Rathaus eingefunden. Die Stadt Wien war durch Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger und die Stadträte Mandl und Dkfm. Nathschläger vertreten.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung. Der österreichischen Fluggesellschaft, sagte er, ist es in kurzer Zeit gelungen, ein ansehnliches Flugliniennetz herzustellen, das Österreich rasch und sicher mit der Umwelt verbindet. Dadurch wird erreicht, daß sich die Völker näher kommen, was von österreichischer Seite besonders begrüßt wird. Abschließend wünschte er den Polen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

Im Namen der Warschauer Gäste dankte der Generaldirektor der polnischen Fluggesellschaft LOT Andrzej Skala für den herzlichen Empfang in Wien.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Verwaltungsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen  
=====

18. Dezember (RK) Über die Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, referierte Stadtrat Koci (SPÖ). Der Voranschlag zeigt für das Jahr 1959 deutlich, wieviel aus den allgemein aufgebrachtten Steuermitteln diesen betriebsmäßig geführten, bzw. als Betrieb organisierten Abteilungen dieser Geschäftsgruppe zugewendet werden muß, um allein nur die Selbstkosten der Betriebe decken zu können.

Wenn der Voranschlag für die Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, Stadtreinigung und den Fuhrpark mit Einnahmen von 233,956.800 Schilling und mit Ausgaben von 515,335.700 Schilling rechnet, so bedeutet dies einen Gebarungsabgang von 281,378.900 Schilling.

Dieser Gebarungsabgang ist selbstverständlich nicht der reine Betriebsabgang, nachdem die einmaligen Investitionen - die in Jahre 1959 104,5 Millionen betragen werden - nicht zum Betriebsaufwand gehören. Der größte Teil der Personalkosten sowie der laufende Sachaufwand sind wesentliche Posten, welche die Wirtschaftlichkeit dieser einzelnen Betriebe beeinflussen.

Die Wirtschaftlichkeitsrechnung für das Budget 1959 ergibt folgendes Bild für die Abteilung Kanalisation: Einnahmen (ohne Kanaleinmündungsgebühren) 14,864.400 S, Betriebsausgaben (ohne Kanalneubauten) 25,939.800 S, daher unbedeckte Selbstkosten 9,075.400 S.

Wie in ganz Österreich, so besteht auch in Wien auf dem Gebiete der Kanalisation - einen wichtigen Faktor für die Volksgesundheit - ein großer Nachholbedarf. Die Stadt Wien hält für diese Zwecke allein für den Sachaufwand einschließlich der Investitionen 33 Millionen Schilling bereit.

Besonders zu erwähnen ist der Unbau des Donaufelder Sammelkanales mit zwei Millionen Schilling, da der um die Jahrhundertwende hergestellte Sammelkanal in steigenden Maße Verfallserscheinungen zeigt, die die Fortsetzung des Unbaues dringend erfordern. 17 Millionen Schilling sind für Kanalneubauten budgetiert.

Hervorgehoben sei noch die in diesem Jahre abgeschlossene Knotenbacheinwölbung. Die Arbeiten wurden in heurigen Jahr nach neunjähriger Bauzeit beendet. Die Länge der eingewölbten Strecke beträgt 3.164 Meter. Die Kosten der insgesamt neun Bau Lose belaufen sich auf 9,293.475 Schilling.

Die Wasserwerke zeigen das weitaus schlechteste Ergebnis in der Wirtschaftsgebarung. Jeder Bewohner dieser Stadt erhält pro Tag 50 Liter Wasser zu dem niedrigen Kubikmeterpreis von 40 Groschen; für die über dieses vorgesehene Ausmaß hinaus verbrauchte Wassermenge werden 60 Groschen pro Kubikmeter eingehoben. Für sonstige besondere Zwecke, zum Beispiel für alle gewerblichen Betriebe, Industrien, Schrebergärten, beträgt die Wassergebühr 35 Groschen pro Kubikmeter.

Auf Grund dieser Gebühren und sonstiger Einnahmen erwarten die städtischen Wasserwerke 80 Millionen Schilling. Dem stehen Betriebsausgaben ohne Investitionen und Inventaranschaffungen von 132 Millionen gegenüber. Das ist ein Betriebsabgang von 52 Millionen Schilling.

Dazu muß gesagt werden, daß die Wassergebühren im Jahre 1937 pro Kubikmeter 30 Groschen für den Haushaltsbezug und 12 Groschen für gewerbliche Betriebe betragen, wobei es allerdings bis 1933 einen Freiwasserbezug von 35 Litern pro Kopf und Tag und bis 1944 eine Freiwassermenge von 15 Litern pro Kopf und Tag gegeben hat.

Die heutigen Gebühren betragen also nur das Doppelte, bzw. für den besonderen Wasserbezug nur das Dreifache von damals.

Die Folge davon ist, daß die den Wasserwerken in den letzten Jahren zur Verfügung gestandenen Mittel für eine ordnungsgemäße Erhaltung der Anlagen völlig unzureichend waren und der Nachholbedarf immer größer wurde. Dies ist besonders beunruhigend, weil das Trinkwasser zu den notwendigen Erfordernissen der Bevölkerung zählt.

Die städtischen Wasserwerke haben aber darüber hinaus die verantwortungsvolle Aufgabe der Wasserversorgung unserer Stadt.

Gerade im heurigen Sommer war die Lage sehr ernst und die Wasserversorgung aufs äußerste gefährdet. Zweimal mußte die Kundmachung über Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches erlassen werden. Dank der verständnisvollen Einsicht und der Disziplin der Wiener Bevölkerung gelang es, den täglichen Wasserverbrauch von 335 Liter auf 274 Liter pro Kopf herabzudrängen. Solche Einschränkungen empfindet jeder als unangenehm, vor allem deshalb, weil sie in einer Zeit erlassen werden müssen, in der am meisten Wasser benötigt wird. Aber gerade zu derselben Zeit lassen auch die Quellzuflüsse nach, besonders wenn die Trockenperiode bereits Mitte Mai begonnen hat.

Wien hat bis Oktober 1958 119,946.930 Kubikmeter Wasser verbraucht. Das ergibt ein Tagesmittel von 394.473 Kubikmeter, das sind um 11.000 Kubikmeter mehr als 1957. Die täglich verbrauchte Wassermenge pro Kopf betrug durchschnittlich 254 Liter gegenüber 247 Liter im Jahre 1957. Der Tageshöchstverbrauch wurde am 2. Juni 1958 mit 342 Liter gemessen. Das dem Verbrauch zugeführte Wasser wird, wie in den vergangenen Jahren mit 0,2 mg pro Liter gechlort.

Mit dem Erwerb der Wientalwasserleitung und dem Wientalwasserbehälter, sowie dem Großbehälter in Neusiedl hat sich die Speicherungsmöglichkeit auf 1,100.000 Kubikmeter Wasser erhöht.

Die finanzielle Lage der Stadt machte es bisher nicht möglich alle laufenden notwendigen Erhaltungsarbeiten an den Versorgungsanlagen durchzuführen. Das veraltete Rohrnetz bedarf großer Rohrauswechslungen, die bedeutenden Bauschäden an Fernleitungen, Aquädukten, Behältern und sonstigen Baulichkeiten erfordern ungeheure Geldsummen. Nur langsam kann daran gedacht werden, die immer wieder zurückgestellten Erhaltungsarbeiten teilweise nachzuholen. Für diese notwendigen Erfordernisse stellt die Stadt Wien 30 Millionen bereit und für neue bauliche Herstellungen sieht das Budget 35 Millionen vor.

Der im Jahre 1953 begonnene Bau des Großbehälters in Neusiedl mit 600.000 Kubikmeter Inhalt ist beendet und die Dichtungsproben der einzelnen Kammern sind abgeschlossen.

Die Ergebnisse der chemischen, bakteriologischen und biologischen Untersuchungen wurden bereits dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als oberste Wasserrechtsbehörde übermittelt. Die provisorische und vorläufige Benützungsbewilligung für den betriebsbereiten Behälter wurde im November 1958 erteilt. Durch diesen Probetrieb des Großbehälters im heurigen Jahr erscheint der Vollbetrieb im Jahre 1959 gesichert.

Für den Neubau eines Grundwasserwerkes in Schwarzlackenau, mit einer voraussichtlichen Leistungsfähigkeit von 20.000 Kubikmetern pro Tag oder für den Neubau eines Grundwasserwerkes in Freudenaucr Hafengebiet werden als erste Baurate 6,9 Millionen Schilling sichergestellt. Für welches Projekt das Wasserrecht zuerst erteilt wird, dessen Ausführung wird begonnen.

Die Übernahme des Betriebes der Mientalwasserleitung durch die städtischen Wasserwerke erfolgte am 1. Mai. Zur Aufrechterhaltung, bezw. Weiterführung des Betriebes wurden Arbeiter und Angestellte in den städtischen Dienst übernommen.

Die Laudonwasserleitung, die im Vorjahr in das Eigentum der Stadt Wien übergegangen ist, muß saniert und umgestaltet werden. 1,950.000 Schilling werden als erste Baurate angesetzt.

Als Maßnahmen für zusätzliche Wassergewinnung wurden in den Gebieten Moosbrunn und Ebreichsdorf für die Erstellung des Projektes einer dritten Wasserleitung Pumpversuche ausgeführt.

Auf Grund der herrschenden Wasserknappheit in den Spitzenverbrauchszeiten, besonders in den Sommermonaten werden die Forschungen nach neuen Entnahmegebieten im Wiener Bereich und außerhalb fortgesetzt. Die Verwaltung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu neuen Wasserrechten und damit zu zusätzlichen Wassergewinnungen zu kommen. Fast zwei Millionen Schilling sind dafür festgelegt.

Zum Schutze dieser neu erworbenen Quellfassungsgebiete sind immer wieder Grunderwerbungen dringend erforderlich. Die Wasserwerke haben bereits Grundstücke im Ausmaß von 22.253 Hektar als Quellschutzgebiet erworben.

Die städtischen Bäder erwarten Einnahmen von 18,4 Millionen und verausgaben 63,5 Millionen. Bei ihrer Preisgestaltung muß man von einer Sozialeinrichtung sprechen. Mit der Inbetriebnahme des neuen Sommerbades in Favoriten ist noch in der Badesaison 1959 zu rechnen. Mit dem Bau von drei Kinderfreibädern im 13., 22. und 23. Bezirk wird begonnen, und der Versuch, die überalteten Volksbäder zu modernisieren, fortgesetzt werden.

In Betrieb waren heuer 64 Bäder; 22 Warm- und Volksbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 29 Kinderfreibäder. Die Besucherzahl wies mit 1,2 Millionen gegenüber 1957 einen Zuwachs von 63.000 Badegästen auf. Der Besuch der Kinderfreibäder war um 12.700 größer als im Vorjahr. Die städtischen Warmbäder zeigen gegenüber demselben Zeitabschnitt des Jahres 1957 einen Frequenzrückgang von 242.649 Besuchern, wobei der Ausbau der sanitären Einrichtungen in Betrieben und Wohnungen eine wesentliche Rolle spielt.

Die zu reinigende Straßenfläche umfaßt 19 Millionen Quadratmeter. Durch den stärkeren Verkehr wird die Reinigung immer schwieriger. Für den Wintereinsatz stehen - außer den Spezialfahrzeugen und Maschinen - für Fremdschneearbeiter 2,5 Millionen Schilling und als Beitrag an die Wiener Verkehrsbetriebe für die winterliche Straßenbetreuung drei Millionen Schilling zur Verfügung.

Für die Instandhaltung und Beschaffung von Straßentafeln sind 700.000 Schilling vorgesehen. Für den Versuch, in Alleestraßen beleuchtete Straßentafeln anzubringen, sind 100.000 Schilling veranschlagt.

Für die Erneuerung und Modernisierung des Fahrparkes sowohl für die Straßenreinigung als auch für die Müllabfuhr sind Anschaffungen von 8,5 Millionen Schilling nötig.

Die Gebühren der einzelnen Betriebe sind wirtschaftlich kaum mehr vertretbar und verursachen immer größere Betriebsabgänge. Aus allgemeinen Steuergeldern müssen für hygienische und soziale Einrichtungen unserer Stadt 282 Millionen Schilling gedeckt werden.

Abschließend dankte der Referent allen Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Verwaltungsgruppe für ihre Pflichterfüllung. (Beifall).

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

GR. Heller (VO) vertrat die Ansicht, daß es möglich sein müsse, die Wiener Bevölkerung in einem genügenden Ausmaß mit Wasser zu versorgen. Er erkundigte sich nach der Ansicht des Stadtrates über die dritte Wasserleitung und fragte, ob an eine Erhöhung der Wassergebühren gedacht ist, wobei er die höhere Wassergebühr in 23. Bezirk kritisierte, die nicht zum Anlaß für eine allgemeine Erhöhung genommen werden dürfe. Er verwies weiter auf die Behelligung der Siedler am Laaer Berg in Zusammenhang mit der Müllabfuhr durch die Biomüll und forderte Abhilfe. Ebenso forderte er, daß die durch die Müllabfuhr hervorgerufene Belästigung der Bewohner in der Freihofsiedlung und in Bretteldorf in 22. Bezirk abgestellt wird. Schließlich forderte er eine klaglose und rasche Schneesäuberung und kürzere Intervalle bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr in den äußeren Bezirken.

GR. Dr. Dkfn. Ebert (ÖVP) verwies auf die Bedeutung einer gut funktionierenden Wasserversorgung, Kanalisation, Schmutz- und Schneeräumung für eine Stadt. Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß der Berichterstatter sich überirdischer Hilfe versichern und die himmlische Petrus-Ges.m.b.H. der Gesellschafter Sonne, Regen und Wärme als fleißige Helfer der Gemeinde Wien benützen möchte. Sicherlich wäre aber den Wienern ein besseres irdisches Wirken bei Schnee und Eis lieber.

In Anbetracht der sich immer stärker ausweitenden Stadt, des Baues neuer Wohnhausanlagen und Olympic-Dörfer wäre eine rechtzeitige Planung der Kanalanlagen dringend nötig. Es wäre an der Zeit, neue Firmen zur Anbotsleistung heranzuziehen. Auch der 1. Bezirk ist noch nicht genügend kanalisiert. Die Kanaleinmündungsgebühr sollte neu reguliert werden.

Der Redner kommt sodann auf die Wasserwerke zu sprechen und in diesem Zusammenhang auf die alljährlichen Sparmaßnahmen in Sommer. Er bedauert es, daß durch die Zeitungsmeldungen eine Stimmung geschaffen wird, die der Lage kaum zuträglich ist. Jeder füllt zu Hause alle vorhandenen Gefäße an, um zur ja genügend Wasser zu haben. Dieses Wasser wird aber dann nicht verwendet und muß ungenützt abgelassen werden. Die Presse müßte dahingehend

unterrichtet werden, keine Katastrophemeldungen zu veröffentlichen. Sie dienen der Sache in keiner Weise. Bemühen müsse man sich, den Wasserdruk, besonders in einigen höher gelegenen Bezirken, zu verstärken. Der Redner spricht den Wunsch aus, daß bei einer eventuell gedachten Erhöhung der Wassergebühren die gewerblichen Betriebe in Anbetracht einer gewünschten Preisstabilität keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet erhalten.

Er begrüßt den Neubau des Bades am Laaer Berg und die Errichtung von neuen Kinderfreibädern. Wünschenswert wäre die Errichtung eines Hallenbades im 21. Bezirk. Die Schulkinder hätten dann die Möglichkeit, ohne besonderen Zeitverlust schwimmen zu lernen. Auch für die Bevölkerung der angrenzenden Bezirke wäre die Errichtung eines Hallenbades von großen gesundheitlichen Vorteil. Auch im 15. Bezirk wäre die Errichtung eines Bades notwendig.

Die städtischen Wäschereien erfüllen ihre Aufgabe voll und ganz trotz der starken Zunahme an Anstaltswäsche.

Der Redner fordert, in Anbetracht des immer schwieriger werdenden Antransportes und der Lagerung des Mülls, die neue Müllverbrennungsanlage ehestens zu planen. Auf dem Gebiete der Müllabfuhr stellt er das Ersuchen, an den Müllgefäßen und den Einhängavorrichtungen Geräuschdämpfer aus Kunststoff oder Gummi anzubringen. Die Müllabfuhr erfolgt meistens in den frühen Morgenstunden und vor allem die Nachtarbeiter werden in ihren Schlaf gestört.

Ein Problem, das der Lösung bedarf, ist die Straßenreinigung, Schneeräumung und Streuung. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Dezentralisierung der Einsatzstellen ein. Vielleicht könnte das Personal auch näher den Arbeitsstätten wohnen, um rechtzeitig einsatzbereit zu sein. Alljährlich ereignen sich durch nicht bestreute Straßen bei Schneefall und Eisglätte viele Unfälle. Der gestreute Sand sollte nach dem Auftauen auch wieder weggeschafft werden, da er erstens wieder verwendet werden könnte und beim Verbleib auf der Straße zu Staub wird. Weitere Wünsche des Redners sind verstärkte Anbringung von Straßentafeln und Verlegung der Bedürfnisanstalten unter die Erde oder daß zumindest die Geruchsbelästigung beseitigt wird.

Er dankt abschließend allen Mitgliedern des Ausschusses VIII für die angenehme, fruchtbringende und fördernde Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Wien. Er wünscht im Namen seiner Fraktion, daß dies auch im nächsten Jahr so bleiben möge. (Beifall).

GR. Heigelmayr (SPÖ) verweist darauf, daß alle Beträge, die in dieser Geschäftsgruppe aufgewendet werden, der Gesundheit der Bevölkerung auf sanitärem und hygienischem Gebiet dienen. Gleichgültig ist dabei, ob es sich um die Straßenreinigung, die Kanalisation, Wasserwerke oder die Bäder handelt. Wenn während der heurigen Budgetberatungen davon gesprochen wurde, daß die Bevölkerung auf das Budget mehr Einfluß haben sollte, muß darauf verwiesen werden, daß der Vorschlag öffentlich zur Einsicht aufgelegt wird und jeder Einsicht nehmen und Einwendungen erheben kann. Außerdem wird der Vorschlag in öffentlicher Sitzung verhandelt.

Die 33 Millionen Schilling, die für Kanalbauten aufgewendet werden können, findet der Redner in Anbetracht der vielen schlechten baufälligen Kanäle als zu gering. Sicherlich wird man im Laufe des Jahres Nachtragskredite anfordern müssen.

Die Ansätze für den Fuhrpark tragen zur Arbeitsbeschaffung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei. Mit dem Bau des Bades auf dem Laaer Berg hat die Wiener Stadtverwaltung wieder eine neue Kulturtat gesetzt. Das Bad wird im heurigen Sommer noch der Benützung übergeben werden können. Es kann 6.000 Personen aufnehmen, und verfügt über ein Sportbecken, Wellenbad, Kinderbad, Sonnenbäder, Spiel- und Sportplätze usw. Auch die Errichtung von drei neuen Kinderfreibädern müsse man mit Freude begrüßen.

Von Seiten der Bevölkerung kamen, wie GR. Heigelmayr feststellt, keine Klagen über die Chlorierung des Trinkwassers. Er nimmt an, daß die Wiener durch verschiedene Auslandsurlaube erst daraufgekommen sind, wie gut unser Wiener Wasser ist. Auch der Wasserpreis ist bei uns in Wien niedriger als überall anderswo, egal ob im In- oder Ausland. Die Fachmänner unserer Wasserwerke sind auch ständig bemüht, neue Wassernutzungsstellen aufzutreiben. Das gelingt ihnen auch. In den letzten Jahren war der Wasserverbrauch im Winter höher als der Sommerverbrauch früherer Jahre, in denen Wien noch mehr Einwohner hatte. ./.

Der Redner stellt fest, daß es ihm in diesem Zusammenhang dazu drängt, unseren ehemaligen Bürgermeister und späteren Bundespräsidenten Theodor Körner dafür zu danken, daß er den Bau des Großwasserspeichers Neusiedl angeregt hat. Über seine Initiative wurde dieses Bauwerk geplant und geschaffen. Wenn es auch nicht mehr Wasser zubringen wird, wird es doch dazu beitragen, in Not- und Spitzenzeiten einen Ausgleich zu schaffen. Ein größerer Betrag wird dazu notwendig sein, die Wasserrohrleitungen zu erneuern.

Zur Forderung, den Wasserpreis Liesings an Wien anzugleichen, ist zu sagen, daß Verhandlungen darüber mit Niederösterreich gescheitert sind.

Die derzeitige Müllbeseitigung entspricht nicht mehr den modernen Grundsätzen. Deswegen wurden heuer schon zwei Millionen und für 1959 sind 1,5 Millionen Schilling für Vorarbeiten zu einer modernen Müllverbrennungsanlage eingesetzt. Der Redner betont, daß die Anlage staub- und ungeziéferfrei und geruchlos sein werde.

Bei der Straßenreinigung spricht der Redner ebenfalls über das beabsichtigte Parkverbot in Straßen mit Gleisen. Wenn davon 50.000 Kraftfahrer betroffen sind, wie der Touring-Club sagt, so könne er dem entgegenhalten, daß 1,3 Millionen Wiener täglich die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Er halte deshalb das Verbot für begrüßenswert. Trotzdem müsse man selbstverständlich damit rechnen, daß der Schnee nicht an einem Tag zum Verschwinden gebracht werden kann. Der Redner meint auch, er habe den Eindruck, daß eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadtreinigung und den Verkehrsbetrieben notwendig wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Koci dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihren Beitrag und die Unterstützung, die sie seiner Geschäftsgruppe gewährt haben. Er danke auch dem ÖVP-Redner für die Erklärung, daß die Zusammenarbeit im Ausschuß gut gewesen ist. Er werde sich bemühen, diese Zusammenarbeit auch im nächsten Jahr aufrechtzuerhalten.

Der Referent beantwortet dann zusammenfassend die verschiedenen Anfragen, die von den Debattenrednern gestellt worden sind. Wegen der Triestingtal-Wasserleitung habe man ein großzügiges Angebot gemacht, die Wasserleitung zu übernehmen und die Abnehmer mit dem gleichen Tarif wie in Wien zu versorgen. Dies wurde jedoch von Niederösterreich abgelehnt. Es sind nun Verhandlungen im Gange.

Was die Chlorierung des Trinkwassers betrifft, müsse er immer das gleiche sagen: die Beamten des Gesundheitsamtes sind unter keinen Umständen bereit, die Chlorierung aufzugeben, weil sie die Verantwortung nicht übernehmen können.

Die "Biomüll" fällt nicht in seine Geschäftsgruppe, sondern ist ein Betrieb, der der Finanzabteilung untersteht. Die Stadtreinigung liefert nur den Müll dafür. Dem ÖVP-Redner möchte er jedoch sagen, daß die Landwirtschaftskammer an der Erzeugung der Biomüll beteiligt und interessiert ist. Er gebe zu, daß jede Anlage, in der Müll in Kompost umgewandelt wird, für die Umgebung unangenehm ist. Er müsse jedoch fragen: wohin damit? Denn jeder wird das gleiche sagen! Stadtrat Koci versichert jedoch, daß alles getan wurde, um die Belästigung auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Zur Müllverbrennungsanlage bemerkt der Referent, er hoffe im kommenden Jahr mit dem Bau der Anlage beginnen zu können. Er habe die Zustimmung des Finanzreferenten, die notwendigen Mittel erforderlichenfalls durch einen Sonderkredit zugewiesen zu erhalten.

Eine Erhöhung der Wassergebühren und der Gebühr für die Hauskehrtafuhre wäre dringend notwendig.

Die Bemühungen um die Schneeräumung könnte man mit etwas gutem Willen betrachten und, wenn man dazu keinen Beitrag leisten kann, zumindest anerkennen, daß alles geschieht. Man müsse in diesem Zusammenhang den Versuch machen, in den schienenführenden Straßen ein Parkverbot vom 1. Jänner bis 15. März bei Tag und Nacht einzuführen.

Wegen der Lärmbekämpfung bei der Müllabfuhr sind schon seit 1 1/2 Jahren Bemühungen im Gange.

Damit war die Aussprache über das VIII. Hauptstück des Voranschlages beendet.

Bei der Abstimmung wurde den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe einhellig die Zustimmung erteilt.

Vorsitzender GR. Sigmund schließt die Sitzung nach mehr als zehnstündiger Dauer um 19.20 Uhr.

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus werden morgen, Freitag, um 9 Uhr, mit dem Referat des Wohnungsreferenten, Stadtrat Glaserer, über die Ansätze der Geschäftsgruppe IX fortgesetzt.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 19. Dezember 1958

Blatt 2708

Geehrte Redaktion!

=====

19. Dezember (RK) Für Montag, den 22. Dezember, hat der Presseclub Concordia zu einer Pressekonferenz eingeladen, die sehr interessant zu werden verspricht. Die in- und ausländischen Journalisten werden von maßgebenden Persönlichkeiten von Bund und Stadt zum ersten Male grundlegende und eingehende Informationen über die Planung eines Wiener Autobahn- und Expresstraßennetzes erhalten.

Bei dieser Pressekonferenz werden auch die bereits ausgearbeiteten Pläne zu sehen sein und im einzelnen erläutert werden. Unterlagen für jeden Besucher der Pressekonferenz werden von der Wiener Stadtbauamtsdirektion vorbereitet sein.

Treffpunkt: Montag, den 22. Dezember, um 14.30 Uhr, im Presseclub Concordia, 1, Bankgasse 8, Telefon 63-85-73.

- - -

Wohnungstausch auch im Winter  
=====

19. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, beschäftigt sich in einem einleitenden Absatz mit der Frage, ob ein Wohnungstausch im Winter günstig ist. Erfahrungsgemäß bietet gerade die kalte Jahreszeit die beste Gelegenheit zur Auffindung eines Tauschpartners.

Der Tauschanzeiger enthält auf 28 Seiten wie immer Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, ferner in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen sowie Angebote aus den Bundesländern und aus dem Ausland. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 4. Februar erscheint, kann bis spätestens 22. Jänner im Tauschreferat der Gemeinde Wien, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

Der Tauschanzeiger ist in den Wiener Trafiken, in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes und im Tauschreferat um 1.50 Schilling erhältlich.

- - -

In Gleistrog tödlich verunglückt  
=====

19. Dezember (RK) Gestern abend wurde in der Schüttelstraße, nächst dem Gassteg, eine im Gleistrog der Linie 80 liegende Frau von einem Sonderzug überfahren. Es handelt sich um die 76jährige Ottilie Szepak, 3, Apostelgasse 24. Die Verunglückte wurde von der Feuerwehr durch Heben des Triebwagens befreit, doch konnte der Arzt des Rettungsdienstes nur mehr den Tod feststellen. Die Greisin erlitt schwere Kopf- und Oberkörperverletzungen.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

=====

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

19. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Gemeinderat heute früh zusammen, um die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien fortzusetzen.

Über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er stellt einleitend fest, daß sich im Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 50 durch das Außerkrafttreten des sogenannten Neuvermietungsgesetzes, eine wesentliche Änderung ergeben hat. Der Wirkungsbereich dieser Abteilung wurde stark eingeengt, da freiwerdende Wohnungen vom Hauseigentümer ohne jede Beschränkung vergeben werden können. Bis zum 30. Juni wurde die Vermietung von 5.286 Wohnungen an vorgezeichnete Bewerber angezeigt. Vielfach wurde der Anzeigeverpflichtung freistehender Wohnungen jedoch nur sehr zögernd nachgekommen. Aus diesem Grunde mußten 414 Strafanzeigen erstattet werden. Die Zahl der auf dem privaten Wohnungssektor freiwerdenden Klein- und Mittelwohnungen beträgt jährlich 8.000 bis 10.000. Für die Vergebung dieser Wohnungen gibt es derzeit keinen sozialen Beweggrund und keinen Bedürftigkeitsgrad. Diese Wohnungen werden nurmehr nach rein merkantilen Gesichtspunkten vergeben. Das heißt: verfügt der noch so bedürftige Wohnungssuchende nicht über entsprechende Mittel, kann er keine Wohnung bekommen. Eher bleibt die Wohnung leer stehen, als daß auf eine entsprechend hohe Ablösesumme verzichtet wird. Eher werden die Wohnräume in Büros, Werkstätten, Lagerräume oder dergleichen umgewandelt. Eine gesetzliche Regelung, die mindestens den Wohnraumbestand sichert, ist daher eine dringende Notwendigkeit geworden.

./.

Die Befürchtungen der Kenner der Verhältnisse, daß nunmehr die Wohnungsablösen gewaltig steigen werden, sind leider pünktlich eingetroffen. Daran konnte auch der Aufruf der Hausbesitzervereinigung an seine Mitglieder nichts ändern.

Der Referent beschäftigte sich dann mit der Erfassung und Vermerkung der Wohnungssuchenden in diesem Jahr: So haben sich auf Grund des Neuvermietungsgesetzes nicht weniger als 73.852 Personen um eine Vermerkung als wohnungsbedürftig beworben.

Davon konnten 48.037 Ansuchen in Vermerkung genommen werden, während die anderen Fälle, da sie den Bestimmungen des Gesetzes nicht entsprachen, abgelehnt werden mußten.

Der Referent kommt sodann auf die Vermerkungen nach dem Stand vom 30. November zu sprechen. Es waren folgende Fälle vermerkt: wegen Einsturzgefahr 717, bestehender Obdachlosigkeit 3.612, bevorstehender Obdachlosigkeit 5.809, schwerer Gesundheitsgefährdung für die Familiemitglieder bei Schlafen in gemeinsamen Räumen 191, Überbelag 14.730, gesundheitsschädliche Wohnungen, die zum Teil bereits gesperrt sind, 7.231, getrennte Haushalte 1.428, insgesamt also 33.718 Fälle, von denen 10.329 als sehr dringend gelten. Bei einem Vergleich mit Statistiken der vergangenen Jahre zeigt sich, daß die Zahl der Notstandsfälle mit rund 10.000 in all diesen Jahren vollkommen gleich geblieben ist. Der Überbelag ist in Wirklichkeit weitaus größer, da sich viele gar nicht erst beim Wohnungsamt angemeldet haben.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1958 wurden 7.086 Wohnungen zugewiesen. Darunter waren: 484 Familien aus ein-sturzgefährdeten Wohnungen, 188 obdachlose Familien aus den städtischen Herbergen, 719 obdachlose Familien aus Baracken, Schrebergärten usw., 708 von Obdachlosigkeit bedrohte Familien, 644 Mieter aus freizumachenden Objekten, 86 Fälle wegen Tbc, 1.896 aus überbelegten Wohnungen, 632 aus gesundheitsschädlichen und zum Teil bereits gesperrten Wohnungen, 122 Ehepaare, die keinen gemeinsamen Haushalt führen konnten, 1.533 Fälle wegen sozialen Notstand, 52 alte Leute und alleinstehende Personen, die eine große Wohnung gegen eine kleine wechselten, 22 Ordinationswohnungen.

Der Redner verweist darauf, daß in einer Zeitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes der Wunsch geäußert wurde, die Stadtverwaltung möge jährlich wenigstens 30 bis 40 alte Hausbesorger in Gemeindewohnungen unterbringen. Dazu muß er sagen, daß die Stadtverwaltung auf diesem Gebiet rund das Zehnfache geleistet hat. Aus dem privaten Sektor hat sie 273 Hausbesorger herausgenommen und aus den Gemeindebauten 118 Hausbesorger, die infolge Krankheit ihre Arbeit nicht mehr leisten konnten.

Die soziale Stellung der Wohnungswerber, die eine Wohnung erhielten, ist folgende: 706 Bundesangestellte, 700 Gemeindeangestellte, 106 Krankenpflegerinnen, 1.131 Pensionisten und Rentner, die hauptsächlich aus den Assanierungsgebieten herausgenommen werden mußten, 3.082 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 927 Angestellte in der Privatwirtschaft, 412 Freiberufliche und Selbständige, 22 Ärzte. Bei den Freiberuflichen und Selbständigen ist zu sagen, daß diese zum größten Teil in mit Wohnbauförderung gebaute Wohnungen eingewiesen wurden. Stadtrat Glaserer kommt dann auf einen Fragebogen der Stadtverwaltung zu sprechen, den diese an ihre Mieter ausgegeben hatte. Zu bemerken ist, daß 8  $\frac{1}{2}$  Prozent der jetzt in Gemeindehäusern Wohnenden diesen Fragebogen nicht ausgefüllt haben. Nach den eigenen Angaben der Mieter haben sie nach dem Jahre 1945 aus folgenden Gründen Wohnungen erhalten: Ausgebombt 9.505, einsturzgefährdete Wohnung 5.066, obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht 11.750, gesundheitsschädliche Wohnung 7.416, Überbelag 10.917, Neugründung eines Haushaltes 3.668, Krankheit, Alter 1.991, Opferausweis 497, Kriegsinvalide 364, Zivilinvalide 99, Untermieter 2.506. Insgesamt sind dies 53.779 erledigte Wohnungsfälle.

Die Zahl der 9.505 Ausgebombtenfälle sei tatsächlich viel höher, da viele Ausgebombte 1945 provisorisch in freistehende aber mietrechtlich nicht freigewordene Wohnungen eingewiesen wurden. Diese Familien mußten dann vielfach die Wohnungen räumen und scheinen in der Zahl der obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedrohten auf. Viele Ausgebombte wurden außerdem auch in freie Privatwohnungen eingewiesen. In Gemeindebauten selbst sind jährlich rund 1.500 Wohnungen zum Wiederbezug freigeworden. Auch in diesen Wohnungen wurden Ausgebombte untergebracht und wenn man nur  $\frac{1}{3}$  davon dafür in Rechnung stellt, so sind das weitere 6.500

ausgebombte Familien.

Das bedeutet praktisch, daß in den gemeindeeigenen Häusern rund 20.000 ausgebombte Familien bisher untergebracht wurden.

Die zweite Abteilung dieser Geschäftsgruppe besteht aus der Wohnhäuser- und Amtshäuserverwaltung, der Möbelgruppe und der Gruppe für Siedlungs- und Kleingartenwesen. Die städtische Wohnhäuserverwaltung ist die größte und ständig noch größer werdende Gruppe dieser Abteilung. Mit Ende November 1958 werden von dieser Gruppe 128.808 Mietobjekte verwaltet. Durch den Wohnhausbau der Gemeinde sind im Berichtsjahr 3.582 Mietobjekte hinzugekommen, 608 dieser Mietobjekte wurden mit Mittel der Wohnbauförderung errichtet.

Durch das Abgehen von der kopfzahlmäßigen Zuweisung haben wir, bei diesen aus Mitteln der Wohnbauförderung errichteten Bauten, vielen Wissenschaftlern und Künstlern, Journalisten und anderen freien, akademischen Berufen, den für diesen Kreis so notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen können. Damit haben wir die Voraussetzung geschaffen, um diesem Kreis ihre schöpferische und künstlerische Tätigkeit zu ermöglichen.

Im kommenden Jahr wird erstmalig eine völlig neue Type des kommunalen Wohnungsbaues besiedelt. Die Wohnungen werden nach einem wesentlich besseren Grundriß gebaut und mit einer noch besseren Ausstattung versehen sein. Für diese neue Wohnungstypen hat der hiefür zuständige Gemeinderatsausschuß den Jahresmietzins mit zwei Prozent des Bauaufwandes festgesetzt. Für Geschäftslokale beträgt der Zins vier Prozent.

Mit allem Nachdruck möchte ich feststellen, daß diese Regelung keine Mietzinserhöhung für die Mieter unserer bestehenden Gemeindewohnungen bedeutet. Diese Regelung bedeutet lediglich, daß für eine neue Wohnungstypen ein neuer Mietzins festgelegt wurde. Diese Regelung bedeutet auch kein Abweichen von den bereits in der Ersten Republik aufgestellten Grundsätzen einer Mietzinsbildung. Der Mietzins für diese neue Typen soll lediglich neben den Instandhaltungs- und Verwaltungskosten eine einprozentige Wertabschreibung sichern.

Auch im kommenden Jahr wird unsere Aktion, noch nicht mechanisch eingerichtete Waschküchen mit modernen Waschmaschinen auszustatten, fortgesetzt werden. Im Voranschlag sind hiefür wieder

./.

fünf Millionen Schilling vorgesehen. Wir glauben, damit vor allem den Bedürfnissen der immer größer werdenden Zahl der berufstätigen Frauen zu entsprechen.

Von der Wohnhäuserverwaltung werden auch 680 Althäuser erfaßt. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Zahl der städtischen Althäuser in absehbarer Zeit geringer wird, da die Stadt Wien laufend Althäuser für Assanierungszwecke ankauft.

Der Voranschlag der Häuserverwaltung weist Gesamteinnahmen von 149 Millionen auf, denen Gesamtausgaben von 199 Millionen gegenüberstehen. Das bedeutet, daß wir diesmal ein ausgeglichenes Budget vorlegen können. Dies ist möglich geworden, da im großen und ganzen der durch Kriegs- und Nachkriegszeit entstandene enorme Nachholbedarf als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

Für die nächsten Jahre steht uns allerdings noch eine andere Aufgabe bevor. Durch die stark gesteigerte Verwendung von elektrischen Geräten verschiedenster Art entsprechen in vielen Zwischenkriegsbauten die Steigleitungen nicht mehr den gewaltig erhöhten Erfordernissen. Diese Tatsache wird zweifellos das Budget der Häuserverwaltung in den nächsten Jahren stark belasten.

Die Gruppe Amtshäuser verwaltet derzeit 122 gemeindeeigene Objekte. Die Siedlungsgruppe betreut und verwaltet 120 Anlagen mit rund 8.700 Wohnungen.

Durch das Wohnbauförderungsgesetz sind die Bemühungen, von der Stadt Grundflächen im Baurecht zu erhalten, gewaltig gestiegen. Dies gilt sowohl für baurechtswerbende Genossenschaften, wie für Einzelbaurechtswerber. Zeit über 100 solcher Baurechtswerbungen konnten in diesem Jahr positiv erledigt werden.

Zu Beginn des Verwaltungsjahres standen für Kleingärten 6,124.674 Quadratmeter gemeindeeigene Gründe zur Verfügung. Trotz Freimachung namhafter Flächen für das gemeindeeigene Wohnbauprogramm sowie für genossenschaftliche Baurechtsbestellungen, ist die kleingärtnerisch genutzte Fläche nicht kleiner, sondern größer geworden und beträgt derzeit 6,260.574 Quadratmeter.

Mehr als 100.000 Quadratmeter Ernteland wurde widerrufen und für Bauzwecke frei gemacht, sodaß derzeit noch rund 1 Million Quadratmeter städtischer und privater Grund für Erntelandzwecke genützt wird.

Der Entwurf für das Wiener Kleingartengesetz, das in Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen ausgearbeitet worden ist, wurde bereits bei der Landesregierung eingereicht. Es ist zu hoffen, daß es demnächst dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Die sogenannte Möbelgruppe in der Magistratsabteilung 52 existiert nicht mehr. Sie ist Ende November liquidiert worden. Diese Verwaltungsaufgabe war der Stadt Wien nach dem Einmarsch der Roten Armee aufgezwungen worden, zunächst durch den Auftrag der Russen, die Unterkünfte des Militärs mit NS-Möbel auszustatten und schließlich durch den Befehl Blagodatow's, die Möbel aus den Wohnungen abwesender Nationalsozialisten zu beschlagnehmen und diese den Bombengeschädigten und KZ-ler zu zuweisen.

Dann kam die verhängnisvolle Schenkungserklärung, bekannt als "Lebedenko-Schenkungen", ein Danaergeschenk, durch welches der Stadt Wien eine äußerst undankbare und recht unpopuläre Rolle übertragen worden ist. Schließlich wurde Anfang 1947 im Parlament das Nationalsozialistengesetz beschlossen und damit die Angelegenheit durch ein Verfassungsgesetz geregelt.

Bei einiger Objektivität muß zugegeben werden, daß gerade durch die Einschaltung des Verwaltungsapparates der Stadt Wien und dessen straffer Führung eine Verschleppung der Möbel verhindert wurde, und nur die Aufzeichnungen des Magistrates ermöglichten, daß nach dem Inkrafttreten des NS-Amnestiegesetzes alle ehemaligen Eigentümer, sofern sie darum angesucht haben, ihre Möbel zurückerhalten konnten.

Es gab ungefähr 29.000 Möbelzuweisungen an Bombengeschädigte und KZ-ler. In der Schlußphase der Liquidation verblieben nicht ganz 5.000 Möbelbenützer, deren Möbel von den ehemaligen Eigentümern nicht zurückgefordert wurden. Diese Möbel wurden gemäß dem Beschluß des Gemeinderates vom 30. Mai 1958 den derzeitigen Benützern verkauft. Als Verkaufspreis, der der Fürsorge zufließt, wurde ein Betrag festgesetzt, der der Hälfte des beim Abschluß des Mietvertrages ermittelten Schätzwertes der Möbel entsprach.

Dieser Betrag war unter Bedachtnahme auf langjährige Benützung der Möbel als gerechtfertigt und angemessen anzusehen.

Für die Möbelbenützer, die die Möbel auf Grund der gesetzlichen Regelung zurückstellen mußten, wurde in der Form Vorsorge getroffen, daß die Stadt Wien einen Betrag von 50 Millionen Schilling für die Gewährung von unverzinslichen Darlehen, im Einzelfalle bis zum Betrage von 15.000 Schilling bereitgestellt hat. Das Darlehen ermöglichte es den Möbelbenützern, neue Möbel käuflich zu erwerben. Die Rückzahlung dieser Darlehen erfolgt in gleichen Ratenzahlungen in der Dauer bis zu 10 Jahren.

Von den seinerzeitigen 29.000 Möbelbenützern waren im Zeitpunkt des Inkrafttretens des NS-Amnestiegesetzes nur mehr 18.000 Benützer verblieben. Es haben also 11.000 Benützer ihre Möbel vor der gesetzlichen Regelung zurückgestellt. Dies beweist, daß die Möbelgruppe hauptsächlich auf Grund der wiederholten Aufforderungen durch den Bürgermeister, lange vor der gesetzlichen Regelung, um eine Liquidierung erfolgreich bemüht war.

Abschließend dankte Stadtrat Glaserer den Mitgliedern seines Ausschusses für die loyale Zusammenarbeit sowie allen seinen Mitarbeitern. (Beifall bei der SPÖ.)

#### Debatte über das Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) erklärte, es sei undenkbar, daß die Gemeinden in der Lage wären, den Obdachlosen und Wohnungsbedürftigen Wohnungen zu geben, wenn keine Möglichkeit besteht, freiwerdenden Wohnraum zu erfassen und der wohnungssuchenden Bevölkerung zuzuteilen. Schuld seien die beiden Regierungsparteien, in deren Händen es gelegen wäre, die notwendige Vorsorge zu treffen, daß endlich wieder gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, damit die Gemeinden das Recht haben, den vorhandenen Wohnraum gerecht zu verteilen. Die sozialistischen Minister und Abgeordneten und die sozialistischen Zeitungen fordern, daß Schluß gemacht wird mit dem Wohnungswucher. Aber keiner von ihnen rührt einen Finger um Hilfe für unsere Obdachlosen zu leisten. Rücksichtslos werden Ablösesummen gefordert, ohne daß sich ein Minister findet, der verpflichtet wäre, diese strafbare Handlung zu ahnden.

./.

Man möge doch endlich einmal ein Wohnungsanforderungsgesetz beschließen, das es den Hauseigentümern gegen Strafe verbietet, solche Unsummen für Wohnungsablösen zu fordern.

Die beiden Koalitionsparteien haben nun Gesetzesanträge eingebracht. Aber man wisse aus Erfahrung, daß das wieder nur ein Wahlmanöver ist. Die Volkspartei ist die Fahnenträgerin der privatkapitalistischen Interessen, und die Sozialistische Partei unternimmt auf diesem Gebiet nichts, um ihr Widerstand zu leisten. Im Gegenteil. Dazu kommt noch, daß eine Verschärfung für die Ärmsten dadurch eintritt, daß die Gemeinde Wien nun darangeht, die Mietzinse in den Gemeindefhäusern zu erhöhen. (GR. Windisch (SPÖ): Sie sprechen wider besseres Wissen!) Der Herr Amtsführende Stadtrat hat es mitgeteilt. (GR. Windisch: Gerade das Gegenteil hat er gesagt!) Es ist überhaupt ein sonderbarer Zustand, daß solche weitreichende Entscheidungen von einem Ausschuß besprochen und dem Gemeinderat gar nicht zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Volkspartei wird sich nicht abhalten lassen, diese Zinserhöhung als Anlaß zu nehmen, eine allgemeine Zinserhöhung zu fordern.

Der Redner macht die Gemeinde für die Unterbringung der Obdachlosen verantwortlich, kritisierte, daß Hauseigentümer Ausgebombte vom Wiederaufbau des Hauses nicht verständigten, während man solchen, die es sich leisten können, aus Steuergeldern Paläste baue, und forderte bei der Vergabe der Wohnungen eine bessere Qualifizierung, um so eine gerechtere Verteilung zu erreichen. Als Musterbeispiel führt er Prag an, wo gleichfalls Wohnungsnot herrscht, wo aber jeder Bewohner die Möglichkeit hat festzustellen, wer in eine Wohnung eingewiesen wird, um im Falle einer vermuteten Bevorzugung Einspruch zu erheben. Man soll auch hier versuchen, dem Prinzip der Gerechtigkeit nahezukommen. (GR. Ployl (SPÖ): Man kann auch Wohnungen vergeben, indem man Menschen von der Stadt in die Provinz schickt, wie zum Beispiel in Budapest!)

Schließlich forderte der Redner Ersatz für das Obdachlosenheim in Mauerbach, sprach sich für die Erlassung einer Kleingartenordnung und eine bessere Subventionierung der Kleingärtner zur Schädlingsbekämpfung aus und verteidigte die Möbelaktion von 1945, da diese kein Danaer-Geschenk, sondern eine glückliche Lösung für die aus den Konzentrationslagern Entlassenen war. Mit der Ablehnung dieses Kapitels wolle seine Fraktion zum Ausdruck bringen, daß sie gegen die derzeitige Wohnungspolitik ist.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) hob die Bedeutung der Wohnung hervor und vertrat die Ansicht, daß der gehobene Lebensstandard nichts nützt, wenn der Mensch keine menschenwürdige Behausung hat, und viele Probleme unserer Zeit, Nervosität, Flucht aus der Familie, entwurzelte Jugend, ihren Ursprung im Mangel an entsprechenden Wohnraum haben.

Auch auf diesem Gebiet muß Menschen zu Eigentum verholfen werden, denn Eigentum ist eines der kostbarsten Güter, das wir zu verteidigen haben. Der Zug zur Bildung von Eigentum und damit einer Unabhängigkeit erfaßt immer weitere Kreise; Arbeiter und Beamte, Künstler und Wissenschaftler, Angestellte und Gewerbetreibende. Sie alle trachten auch auf dem Gebiet der Wohnung zu Eigentum zu kommen, sei es nun in der Form von Eigentumswohnungen oder durch den Bau von Eigenheimen. Wir bekennen uns zum Wohnungseigentum und hoffen, daß möglichst viel auch in Zukunft dazu getan wird (Beifall bei der ÖVP).

Die Rednerin nimmt sodann zu der Vergebung der Baurechtsgründe Stellung und erklärt, daß diese nach rein politischen Gesichtspunkten vorgenommen werde. Für die auf Baurechtsgründen errichteten Wohnungen müssen die Bauwerber einen weitaus geringeren Beitrag leisten als auf anderen Gründen, bei denen die Grundkosten ebenfalls aufzubringen sind. Da nur ein geringer Teil der Wohnungswerber zu solchen Wohnungen kommen kann, müßten diese wenigstens gerecht verteilt werden.

Das ganze Kapitel der Wohnraumbeschaffung sei überaus kompliziert. Alle verantwortlichen Kräfte müßten sich aus diesem Grunde zusammentun, um endlich gemeinsame Lösungen in dieser Frage zu finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Bürgermeister Jonas bei der Eröffnung der Wohnhausanlage, in der sich die 50.000. gebaute Gemeindefohnung befindet, erklärte, daß dieser Tag einen Ehrenplatz einnehmen werden, könne ihre Fraktion dem nur zustimmen. Einen Ehrenplatz in Bezug darauf, was von der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung an Mitteln aufgebracht wurde, um so viele Wohnungen zu bauen. Ihre Fraktion habe sich immer zum sozialen Wohnhausbau bekannt. Sie tritt darüber hinaus jedoch auch dafür ein, daß neben Steuergeldern noch andere Mittel zum Wohnungsbau herangezogen werden. Es soll auch allen jenen geholfen werden, die aus eigenen Mitteln einen Teil zum Wohnungsbau beitragen wollen. Sie bezeichnet die "Neue Wiener Wohnbauaktion" als eine sehr späte Erfüllung der Forderung, den Bauwilligen zu unterstützen, der selbst einen Beitrag zum Bau seiner Wohnung leisten will. Es gibt heute bereits viele, die auf eine nicht lebensnotwendige Ausgabe zugunsten einer besseren Wohnkultur gerne verzichten. Man muß ihnen nur die Möglichkeit zur Mitleistung geben.

Die Rednerin nimmt dann zu den Wohnungsvergaben Stellung und bezeichnet sie als nicht ganz gerecht und politisch beeinflusst. Es gäbe Fälle, die lange nicht so bedürftig sind als andere, die aber früher eine Wohnung bekommen. (Zwischenruf GR. Mayr (SPÖ): Soll man jedem Tbc-Kranken der eine Wohnung bekommt, einen Zettel um den Hals hängen, auf dem Tbc steht?) Als begrüßenswert bezeichnet sie die Ausführungen des Stadtrates, die genaue Zahlen, welche Fälle in die Wohnungen eingewiesen wurden, enthielten. Sie wirft die Frage auf, warum es nicht möglich ist, eine Kommission zu bilden, die die Einweisungen nach Gründen der Dringlichkeit vornimmt. Der zuständige Gemeinderatsausschuß müßte hier ein Mitspracherecht haben. Sie bezeichnet es vielleicht als einen Anfang auf diesem Weg, daß für die Vergabe der Annuitätenzuschüsse eine Kommission für die Vergabe eingesetzt wird. Sie stellt die Frage an den Stadtrat, ob es richtig ist, daß man ein Punktesystem, nach dem die Wohnungsvergaben vorgenommen werden sollen, ausarbeiten will. Etwas ähnliches gibt es schon in Graz. Es könnte dadurch jede Art von Protektion ausgeschaltet werden.

GR. Hiltl stellt fest, daß es außer dem quantitativen auch ein qualitatives Wohnungsproblem gibt. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang die Kreditaktion der Gemeinde zur besseren Ausgestaltung von Altwohnungen. Durch diese Kreditaktionen können ja nun auch Küchenmöbel und Kühlschränke angeschafft werden. Sie richtet einen Appell an die Hausbesitzer, bei Modernisierungen in Altwohnungen ihre Einwilligung nicht zu versagen.

Als erfreulich bezeichnet sie es, daß bereits eine größere Zahl von jungen Ehepaaren bei den Wohnungsvergebungen berücksichtigt wurde. Trotzdem ist dies nur ein sehr geringer Teil. Größeres Augenmerk müßte der Zusammenlegung der Kleinwohnungen in der Siemensstraße zugewendet werden. Sollten jedoch Zusammenlegungen Schwierigkeiten machen, müßte man in Notstandsfällen die Leute herausnehmen und in die kleinen Wohnungen alleinstehende Personen einweisen. Unwillen erzeuge es bei der Bevölkerung, daß die Gemeindebauten nach ihrer Fertigstellung oft längere Zeit leer stehen. Auf dem Gebiete der Möbeleinlagerungen tritt die Rednerin für eine Verlängerung der Lagerzeit ein. Sie fragt Stadtrat Glaserer, warum der Konsumverein im 9. Bezirk vergrößert wurde. Zu dieser Vergrößerung mußte eine Wohnung herangezogen und die Mieterin anderweitig untergebracht werden. Als erfreulich bezeichnet sie es, daß bereits 118 Hausbesorger aus Gemeindewohnungen, bzw. 273 aus privaten Wohnungen untergebracht wurden, die ihre Arbeit infolge Alter oder Krankheit nicht mehr leisten konnten. Sie bedauert es, daß sich auf ihren Appell im vorigen Jahr an die Hausbesitzer, ihre alten Hausbesorger in freiwerdende Wohnungen unterzubringen, nur einer gemeldet hat. Sie richtet trotzdem heuer wieder diesen Appell an alle Hausbesitzer in der Hoffnung, daß sich vielleicht doch mehr melden werden.

Bedauerlich sei, daß Delogierte vielfach nicht einmal in den Obdachlosenheimen Platz finden können. Hier könnte vielleicht durch die Vorsorge von Reservewohnungen für solche Zwecke Abhilfe geschaffen werden. Sie tritt dafür ein, daß man bei Ehepaaren mit bereits einigen Kindern die Wohnungsgröße nicht zu genau begrenzen soll.

GR. Hiltl betont abschließend, daß eine ordentliche Wohnung zu den elementarsten Bedürfnissen des Menschen zählt. Alle Kräfte müßten sich für den Bau von Wohnungen einsetzen sowie für die Verbesserung des alten Wohnraumes. Die Besserenmittelten sollen durch Eigenleistungen herangezogen werden, Beiträge für den Bau ihrer Wohnungen zu leisten. Es muß das Streben aller Parteien sein, auf dem Wohnungssektor eine menschliche Lösung zu finden und alle noch offenen Fragen zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) führt aus, die Gruppe IX gehöre nicht zu den Budgetriesen. Trotzdem entfachen sich an der Tätigkeit dieser Gruppen die Leidenschaften. Das ist nicht verwunderlich, denn es geht um die Verteilung des Wohnraumes, den die Stadt Wien zur Verfügung hat. Nach den Ausführungen des Referenten könne man annehmen, daß in Wien jede siebente Familie ihre Wohnverhältnisse ändern möchte. Das ist der Beweis dafür, daß sich in Wien ein unerhörter Prozeß einganggesetzt hat. Was sich durch Jahrhunderte an Wohnkultur angehäuft hat, ringt nun nach einer Lösung. GR. Hiltl hat gesagt, die Lösung des Wohnproblems ist eine Frage, die alle angeht. Diese Worte möchte er dreifach und rot unterstreichen! Aber die ÖVP hinkt leider um Jahrzehnte nach.

Dr. Bohmann hebt aus dem Bericht des Referenten die Zahl der Einweisungen von Bombenbeschädigten hervor. 20.000 Bombenbeschädigte wurden in Gemeindewohnungen eingewiesen. Das heißt, daß 30 Prozent des Wohnraumes der Gemeinde dafür zur Verfügung gestellt wurden; eine soziale Tat, die in der Wiener Bevölkerung wirklich gewürdigt werden soll! Waren aber auch alle anderen Körperschaften, die mit öffentlichen Mitteln Wohnraum beschaffen, sich der gleichen Verpflichtung bewußt? fragt der Redner. Er kritisiert in diesem Zusammenhang vor allem die Verteilung des Wohnraumes, der aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds geschaffen wurde. (Beifall bei der SPÖ. - GR. Schwaiger (ÖVP): Der Prinke geht Euch halt nicht unter die Nase!) 7,3 Milliarden wurden bisher aus diesem Fonds zum Bau von Wohnungen verwendet. Fünf Milliarden werden noch aufgewendet werden. Bei der Schaffung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes war es jedoch die Absicht, dieses Mittel dazu zu verwenden, um Wohnraum zu schaffen, der den Opfern des Krieges, also den Bombenbeschädigten, zugutekommen soll.

Was ist aber aus der Absicht des Gesetzgebers geworden? Besonders im Wege über das Wohnungseigentum ereignen sich täglich Exzesse, die der Absicht des Gesetzgebers ins Gesicht schlagen, wobei Wucherverdienste erzielt werden. (Zustimmung bei der SPÖ!)

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Anforderungsrecht der Gemeinde und weist nach, daß dieses Recht zu einer Farce geworden ist. Im Falle des Wohnungseigentums ist eine Anforderung überhaupt nicht möglich. In anderen Fällen sind Prozesse nötig, die drei Jahre und länger dauern würden. Es wäre höchste Zeit, so ruft der Redner aus, eine Änderung herbeizuführen!

Das Wohnungsproblem ist ja längst in die Sphäre des öffentlichen Rechts hineingedrängt worden. Zwei Aufgaben gibt es hier: in Notstandsfällen zu helfen und der Wohnkultur den Weg zu weisen! Die Gemeinde Wien hat 50 Prozent des ihr zur Verfügung stehenden Wohnraumes für Notstandsfälle verwendet, die Ausgebombten nicht eingerechnet. Aber die Gemeinde allein kann diese Funktion nicht voll erfüllen. Wir verlangen, daß der ganze verfügbare Wohnraum einschließlich des Privathausbesitzes zur Linderung der Wohnungsnot verwendet wird.

Auf dem Gebiet der Wohnkultur waren es gleichfalls die Sozialisten, die in dieser Stadt den Weg dazu auch für die arbeitende Bevölkerung gebahnt haben. Allein aber sind sie ebenfalls nicht imstande, eine bessere Art des Wohnens allgemein zu verwirklichen.

Wenn die ÖVP die Meinung vertritt, daß das freie Spiel von Angebot und Nachfrage der beste regulierende Faktor auf dem Gebiet des Wohnungswesens sei, so müsse er wieder sagen, daß die Volkspartei um Jahrzehnte zurück ist. Die Wohnung ist doch längst nicht mehr eine Ware, sie kann nicht nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen umgesetzt werden, sondern nur nach öffentlich-rechtlichen Aspekten. Heute haben wir wieder den Zustand, daß tausende Notstandsfälle nicht gelöst werden können, während auf der anderen Seite schamloser Wucher getrieben wird. Der Redner begrüßt daher, daß Bürgermeister Jonas im Nationalrat neuerlich Anträge eingebracht hat, um den 1. erstehenden Wohnraum zu schützen.

GR. Dr. Bohmann beschäftigt sich im folgenden mit dem von Nationalrat Prinke eingebrachten sogenannten Obdachlosenschutzgesetz. Dieses müsse als ein Ausnahmegesetz gegen die Gemeinde Wien bezeichnet werden.

In Wien ist bereits jede sechste Wohnung eine Gemeindewohnung. Ich glaube, daß die Wiener Bevölkerung diese Feststellung mit einer wirklichen Zuversicht erfüllt und sie daraus die Hoffnung schöpfen wird, daß die große Wohnungsmisère bald überwunden sein wird.

Wir alle sind verpflichtet, Stadtrat Glaserer für seine Mühe und die objektive Führung seines Amtes zu danken. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Stadtrat Glaserer kam in seinem Schlußwort auf die Forderung zu sprechen, für die Wohnungsvergabe eine Kommission einzusetzen, und erklärte: Ich habe nichts gegen Kommissionen, aber diese müßte in Permanenz tagen. Und es müßte dann für alles, was gebaut wird, eine solche Kommission bestehen. (Beifall bei der SPÖ). Auch der Wohnbauförderungsbeirat entscheidet durchaus nicht, wer in eine Wohnung hineinkommt, sondern wie die Mittel verwendet werden. Dasselbe soll auch der Beirat für die "Neue Wiener Wohnbauaktion" tun.

Weiter wies der Redner die Ansicht des GR. Hausner über eine Mietzinserhöhung bei den städtischen Wohnungen zurück und sagte: Bei dieser neuen Mietzingsbildung handelt es sich nur um die neue Type, die nach neuen Grundrissen errichtet und mit besserer Ausstattung versehen sein soll. Sie kommt noch immer weit billiger, als wenn wir die Mietzinse aus der Ersten Republik mit dem Faktor sieben valorisieren würden. Es ist die Zeit gekommen, wo wir einen Wohnraum schaffen müssen, der der heutigen Gesinnung entspricht. Wir sind auch verpflichtet, Wohnungen herzustellen, die auch die nächste Generation noch gerne benützt.

Auch den Vorwurf der GR. Hiltl wegen der Vergabe von Gemeindewohnungen nach dem Parteibuch wies der Referent zurück. Nehmen wir an, sagte er, daß in den 120.000 Gemeindewohnungen 300.000 Menschen wohnen. Das entspricht der Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei von Wien. Ich hätte also, nach Ihrer Meinung, gar keine Mitglieder mehr unterzubringen (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ).

Wir sind keine Anhänger von Zwangsbewirtschaftungsgesetzen. Aber eine Bewirtschaftung ist auf allen Gebieten dann gerechtfertigt, wenn Mangel herrscht. Wir haben nie behauptet, daß durch eine Bewirtschaftung mehr Wohnraum entsteht. Die Volkspartei hat behauptet, daß, wenn man die Bewirtschaftung aufhebt, mehr Wohnraum zur Verfügung stehen wird. Die Figura zeigt, ist das völlig falsch. Aber durch eine Bewirtschaftung kann Wohnraum gerechter verteilt werden, und darauf kommt es an. Wir wollen kein Monopol für die Unterbringung der Notstandsfälle. Aber wir können sie nicht unterbringen, wenn uns nicht der gesamte Wiener Wohnraum zur Verfügung steht. (Beifall bei der SPÖ.) Glauben Sie nicht, daß es unbedingt notwendig ist, den bestehenden Wohnraum als Wohnraum sicherzustellen und die Zweckentfremdung zu verhindern?

Dem GR. Hausner, der davon sprach, daß in Prag die Namen der in Wohnungen Eingewiesenen veröffentlicht werden und dagegen Einspruch erhoben werden kann, entgegnete der Berichterstatter. Den Prager möchte ich kennen, der das tut! (Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Würden wir die Namen der Eingewiesenen publizieren, dann würden alle gleichgelagerten Fälle, die nicht berücksichtigt werden konnten, das als Protektion bezeichnen. Auch können wir nicht die Namen der Menschen publizieren, die aus gesundheitlichen Gründen eingewiesen werden, weil sie sonst gemieden würden.

Das Amt in der Bartensteingasse ist nicht beleidigt, wenn sich ein Abgewiesener an den Bundespräsidenten, an einen Minister oder Abgeordneten wendet, denn das tun ja alle, und da kämen wir aus dem Beleidigtsein gar nicht heraus. Aber es wäre Protektion in höchstem Maße, wenn ein Mandatar einen Brief schreibt und wir den Fall dann sofort erledigen würden.

Bei aller Liebe zum Konsumverein würde ich nie eine Wohnung für ihn freimachen. Manchmal ist leider wegen des Anwachsens der Wohnungsanzahl der Konsum so überlastet, daß er im Interesse der einkaufenden Bevölkerung vergrößert werden muß.

Es soll versucht werden, die Obdachlosenheime nach und nach freizumachen. Wenn man wissen möchte, wer am würdigsten ist, in eine Wohnung eingewiesen zu werden, muß man nur durch vier oder fünf Wohnungen gehen, und man braucht nicht mehr zu fragen, wer

dort wohnt. In einer Wohnung, die blitzblank ist und tagsüber bestenfalls ein altes Mutterl zu Hause ist, wohnen Volksdeutsche. Sie sollen gleich behandelt werden wie die Wiener Bevölkerung, aber man kann sie gegenüber der bodenständigen Bevölkerung nicht bevorzugt behandeln.

Seinerzeit hat Stadtrat Slavik bei der russischen Besatzungsmacht interveniert und erreicht, daß die NS-Möbel im Lande bleiben. Wir haben aber auch in der Folgezeit keine große Freude mit ihnen gehabt und stellen mit Befriedigung fest, daß es heute keine NS-Möbelgruppe mehr gibt.

Abschließend gab der Referent der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Wohnungsnot in nicht allzu ferner Zeit zu überwinden, meinte aber, daß es noch Jahre dauern wird, bis man auch die Last aus dem vorigen Jahrhundert, die typischen Mietzinswohnungen zu den Elendsquartieren unserer Stadt wird zählen können! (Beifall bei SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurden dann die Ansätze der Verwaltungsgruppe IX mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Dank an einen hervorragenden Wiener Arzt

=====

19. Dezember (RK) Zum Jahresende wird der weit über die Grenzen Österreichs bekannte Röntgenologe Prof. Dr. Konrad Weiss die Leitung der Allgemeinen Poliklinik seinem Nachfolger Dozent Dr. Thurnherr übergeben. Vizebürgermeister Weinberger sprach heute in der Direktion der Poliklinik anlässlich der Amtseinführung des neuen Leiters Prof. Weiss den Dank und die Anerkennung der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters für seine 40jährige Tätigkeit in diesem Institut aus. Er würdigte seine hervorragende Arbeit, die er, stets im Bewußtsein der großen Tradition der Poliklinik für die Wissenschaft und für die Kranken geleistet hat. Seinem Nachfolger Dozent Dr. Thurnherr, dem langjährigen Assistenten Prof. Fellingens, wünschte er auf seinem neuen Posten die besten Erfolge.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten  
=====

19. Dezember (RK) über die Ansätze der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, referierte Stadtrat Bauer (ÖVP). Dieser Gruppe unterstehen die Magistratsabteilung 54, 57, 58, 59 und 60. Die Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe werden im Jahre 1959 133,001.700 S gegenüber 115,743.600 S im Jahre 1958 betragen. Die Steigerung von 17,258.100 S in den Ausgaben ist nicht ganz richtig, da im Voranschlag 1959 16 Millionen Schilling für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohstoffen und Halbfabrikaten in durchlaufender Verrechnung im Voranschlag 1959 aufgenommen wurden. Im Voranschlag 1958 war diese Post mit 20 Millionen Schilling vorgesehen, jedoch nicht im Budget unter Ausgaben aufgenommen. Es ergibt sich daher eine effektive Ausgabensteigerung von 1,258.100 S.

Der Personalstand 1958 wird sich 1959 um fünf Bedienstete auf 837 erhöhen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß besonders bei der Magistratsabteilung 57 großer Personalmangel herrscht, was insbesondere auf verschiedene Mehrarbeiten, so zum Beispiel Neufestsetzung der Einheitswerte, Überprüfung der Pachtzinse, Freinachung von Liegenschaften usw. zurückzuführen ist.

Für bauliche Herstellungen wurden 1959 nur 8,945.000 S präliminiert. Es ist dies ein Zeichen, daß die Kriegsschäden behoben sind und nur mehr solche bauliche Herstellungen durchgeführt werden, die früher zurückgestellt werden mußten.

Im Budget 1959 wurden keine Mittel für die Verlegung des Naschmarktes oder Schaffung von neuen Detailmärkten aufgenommen. Falls es zu einer Verlegung kommen sollte, werden aber entsprechende Beträge bereitgestellt.

Dem Beschaffungsamt obliegt der Einkauf und die Verteilung der für die städtischen Dienststellen und Schulen notwendigen Sacherfordernisse. Derzeit werden rund 4.000 Verbrauchsstellen beliefert. Es sind ihm das Zentrallager, das Brennstoffhauptlager, der Druckereibetrieb und die Bäckerei angeschlossen.

Am 1. November 1958 waren im Beschaffungsamt 218 Bedienstete beschäftigt. Es wurden 5.006 Bestellungen durchgeführt.

Die Warengruppe 1, die die Lebensmittel zu beschaffen hat, besorgt für die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten alle

Lebensmitteln, mit Ausnahme der leicht verderblichen Waren, wie Frischfleisch, Frischgemüse, Obst, Milch und Molkereiprodukte. Die Preise der Lebensmitteln waren in allgemeinen stabil.

Die Warengruppe 2 hat Textilien und Lederwaren für die städtischen Ämter und Anstalten in Werte von 20,351.000 S bestellt. An Lohnarbeiten wurden Aufträge um zirka 2,4 Millionen Schilling vergeben.

Der Gesamtumsatz der Warengruppe 2 bis inklusive 31. Oktober 1958 beträgt zirka 22,763.000 Schilling.

In der Warengruppe 3 werden Wirtschafts-, Eisen-, Chemie-, Elektrowaren und Bereifung beschafft und für die Durchführung der Transporte vorgesorgt.

Die Belieferung der Bedarfsstellen konnte wie im Vorjahr ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden. Die Lieferfristen waren wesentlich kürzer, in den meisten Fällen konnte sogar der Bedarf prompt befriedigt werden. Die Preise sind auf dem Sektor der Wirtschaftswaren, bei den Elektrowaren, bei den technischen Gummiwaren, bei der Bereifung, bei den meisten Grobchemikalien, technischen Ölen, Fetten, den chemisch-technischen Fertigprodukten, wie Boden- und Schuhpaste, Kern- und Schmierseife, bei den meisten pharmazeutischen Artikeln, den Verbandstoffen und auf dem Schraubensektor stabil geblieben. Eine Preisherabsetzung gab es nur bei Antichlor, und zwar um 12 Prozent. Es konnten auch günstigere Rabatte erzielt werden. Seit 1. September dieses Jahres wirken sich die neuen, in der Regel höheren Zölle bei den Preisen für ausländische Erzeugnisse aus. Solche ausländische Waren werden jedoch nur in unzugänglichen Fällen angekauft.

Die Warengruppe 4 hat Papier und Kanzleinaterialien zu beschaffen. In der Zeit vom 1. Jänner bis 13. Oktober 1958 wurden 436 Tonnen Papier um rund 3,050.000 Schilling angekauft. Weiters wurden 7.885 Druckaufträge im Gesamtbetrage von 3,758.915 Schilling vergeben. Für die Buchbinderarbeiten wurden für 1.481 Aufträge insgesamt 937.875 Schilling aufgewendet.

Für Bücher und Zeitschriften wurden insgesamt 596.465 Schilling ausgegeben, für sonstige Kanzleimaterialien wurden 801.000 Schilling verbraucht. Im Zuge der Modernisierung und der fortgesetzten Mechanisierung der städtischen Dienststellen wurden 113 Stück Schreibmaschinen, 32 Rechenmaschinen, 2 Buchungsmaschinen, 15 Vervielfältigungsmaschinen, 7 Diktiergeräte, 3 Registrierkassen etc. um den Gesamtbetrag von 1,120.965 Schilling angekauft.

Die Warengruppe 5 beschafft die Brennstoffe. In der Berichtszeit vom 1.1. bis 31.10.1958 wurden insgesamt 76.091 Tonnen Brennstoff abgegeben. Im Laufe des Jahres 1958 sind auf dem Brennstoffsektor Preisrückgänge zu verzeichnen gewesen. Lediglich Heizöl wurde um etwa fünf Prozent erhöht.

Die Möbel und sonstigen Einrichtungsgegenstände sowie die Sachgüterverwertung besorgt die Warengruppe 6. Die Geschäftstätigkeit in der Berichtszeit ist vor allem durch erhöhte Neuanschaffung von Neueinrichtungsgegenständen gekennzeichnet.

Außer den Anschaffungen für die städtischen Anstalten und der Neueinrichtung der Wiener Stadthalle werden wie in den vergangenen Jahren wieder größere Aufwendungen für die Einrichtung von Dienststellen der Hoheitsverwaltung gemacht. Die Kosten der laufenden Instandsetzung von Möbeln beliefen sich auf rund 770.000 Schilling. Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 10,300.000 Schilling verausgabt.

Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial betrug 2,580.000 Schilling.

Die Warengruppe 7 als letzte Warengruppe der Magistratsabteilung 54 hat für den Schulbedarf vorzusorgen. Im ablaufenden Berichtsjahr wurden wieder beträchtliche Mittel für die Erneuerung und Verbesserung von Schulen aufgewendet. Es wurden weitere Lehrerzimmer eingerichtet, Tafeln erneuert und zusätzlich sogenannte Streifentafeln und Dämmplatten angebracht, Kanzleien, Physiksäle aber auch Lehrmittelzimmer neu eingerichtet. Wo es zweckmäßig erscheint, gelangen Einbaumöbel zur Verwendung. Diese Erneuerungen wurden auch in steigendem Maße in Berufsschulen durchgeführt.

Bei den Lernbüchern ist vor allem zu erwähnen, daß nun das Geschichtsbuch 4. Teil erschienen ist. Auch die Erneuerung von Klassenlesestoffen wurde fortgesetzt und verschiedene neue Lehrmittel beschafft. Die Anschaffungspreise sind im wesentlichen stabil geblieben, obwohl viele Lieferfirmen über Preiserhöhungen bei den Rohmaterialien klagen.

Im Zentrallager in der Hasnerstraße konnte das neue Magazin- und Werkstättengebäude unter Dach gebracht werden und es wird voraussichtlich bis Mitte des nächsten Jahres fertiggestellt sein. Damit wird eine Voraussetzung erfüllt, die notwendig war, um alle Lagerwaren fachgemäß lagern zu können.

Die städtische Bäckerei hat wie immer ein fast ausgeglichenes Budget. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß im Gegensatz zu den Privatbetrieben die Kapazität der städtischen Bäckerei voll ausgenützt werden kann. Die städtische Bäckerei hat über eine Million Kilogramm Weiß- und Schwarzbrot innerhalb der ersten zehn Monate an die Verbrauchsstellen geliefert.

Die Magistratsabteilung 57, Liegenschaftsamt, wird im Jahre 1959 um etwa vier Millionen Schilling mehr einnehmen müssen, als ausgegeben werden kann. In den Ausgaben ist auch der Gebarungsabgang der Treuhandverwaltung von Laxenburg mit 443.000 Schilling enthalten. Sie hat den Verkauf städtischer Grundstücke zu besorgen. Hauptsächlich handelt es sich um Verkäufe von Grundstücken und Grundstücksteilflächen, die von privaten Grundeigentümern, sei es zur Baureifgestaltung der ihnen gehörigen Grundstücke als Baugrund oder zum Zwecke der Übertragung in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes nach den zwingenden Bestimmungen der Bauordnung erworben werden müssen. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen werden, wenn dies die Interessen der Stadt Wien zulassen, Grundstücke für andere Zwecke veräußert, zum Beispiel im Zuge einer Absiedlung eines Industrieunternehmens aus dem Wohngebiet in Industriegebiete, wenn damit die Freimachung eines städtischen Grundstückes für Wohnbauzwecke erreicht wird oder für die Errichtung von Siedlerstellen. Die Verwaltungstätigkeit der Magistratsabteilung 57 erstreckt sich auf alle städtischen Liegenschaften in Wien und außerhalb Wiens, soweit sie unverbaut sind und nicht in Verwaltung anderer Magistratsabteilungen stehen.

Ihr obliegt auch der Abschluß von Bestandverträgen und die Erteilung von Benützungsbewilligungen hinsichtlich der von ihr verwalteten Grundstücke.

Außerdem obliegt ihr die administrative Praterverwaltung, die Verwaltung des Volkspaters, der städtischen Gartenanlagen, schließlich der städtischen Gast- und Schankgewerbeberechtigungen, soweit deren Verwaltung nicht infolge des Standortes in Bädern, auf Märkten und in Schlachthöfen anderen Magistratsabteilungen obliegt.

Im Lagebuch hat die Magistratsabteilung 57 den gesamten städtischen Grundbesitz in und außerhalb Wiens ohne Rücksicht auf die verwaltende Dienststelle in Evidenz zu halten und kann dieses Lagebuch als eine Art Grundbuch der Stadt Wien angesehen werden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 15. November 1958 hat sich der Gemeindebesitz folgendermaßen verändert: Gekauft wurden 1.215.116.06 Quadratmeter, getauscht wurden 91.003.85 Quadratmeter, enteignet wurden nur 824.-- Quadratmeter für Friedhofserweiterung und von Mitbesitz wurde umgewandelt in Alleinbesitz 75.319.72 Quadratmeter.

Außerhalb Wiens wurden 2.610.021 Quadratmeter Boden gekauft.

Ferner erfuhr der städtische Grundbesitz eine Vermehrung durch Kauf, im Mitbesitz von 92.054.32 Quadratmeter und durch Erbanfall von 396 Quadratmeter. Das ergibt zusammen 92.450.32 Quadratmeter.

Verkauft wurden 64.059.03 Quadratmeter um den Preis von 2.352.591.50 Schilling. Getauscht wurden 69.103.78 Quadratmeter und in das Sondervermögen der Wiener Stadtwerke wurden 7.406.64 Quadratmeter übertragen. Hiefür wurden 677.600 Schilling bezahlt. Die Verminderung des Grundbesitzes an diesen Transaktionen beträgt 140.569.45 Quadratmeter. Der Erlös betrug 3.030.191.50 Schilling. Außerdem hatte die Stadt Wien 413.337 Schilling an Private zu bezahlen, für in das öffentliche Gut gelegte Flächen.

An die Stadt Wien wurden Entschädigungen für die Übertragung von Teilen des öffentlichen Gutes anlässlich von Baureifmachungen von 131.313 Schilling bezahlt.

Der Grundbesitz der Stadt Wien umfaßte daher am 15. November 1958 in Wien: 1,727.433,85 ar Alleinbesitz, 66.704,18 ar Mitbesitz und 2.425,23 ar Besitz der Vereinigten Wiener Fürsorge-stiftung; außerhalb Wiens: 2,054.410,12 ar Alleinbesitz und 4.482 ar Mitbesitz.

Die in großer Zahl eingelangten Einheitswertbescheide über die von der Magistratsabteilung 57 verwalteten Grundstücke mußten insbesondere hinsichtlich der Bewertung überprüft werden, um die Stadt Wien vor Schaden zu bewahren.

Außerdem wurde mit der Überprüfung und Neuanlage der infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit bereits veralteten Grundstück- und Bestandnehmerkartei begonnen und diese zum größten Teil durchgeführt.

Am 31. Dezember 1957 standen 37 gastgewerbliche Konzessionen in der Verwaltung der Magistratsabteilung 57. Hievon werden derzeit sieben Konzessionen nicht betrieben.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Verkehrsproblemen (zum Beispiel Schnellbahn, Autobahn) dürfte es zu Grundtransaktionen in größerem Ausmaß kommen.

In der ertragbringenden Verwaltung werden die Bestandzinse nach Möglichkeit weiterhin erhöht werden, soweit sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies, da es sich um zweiseitige Verträge handelt, nur in Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich ist.

Die Magistratsabteilung 58 beschäftigt sich mit rechtlichen Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens. Sie mußte zu einer Reihe von Entwürfen von Bundesgesetzen und Durchführungsverordnungen Stellung nehmen. Auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft waren die Errichtung der Wiener Landwirtschaftskammer und Schaffung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes bedeutende Ereignisse. Damit hat nun auch das Land Wien erfreulicherweise eine eigene gesetzliche Interessenvertretung des land- und forstwirtschaftlichen Berufsstandes erhalten.

Mit der Errichtung der Wiener Landwirtschaftskammer wurde gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, daß eines der wichtigsten die land- und forstwirtschaftlichen Belange betreffenden Gesetze, nämlich die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung, vom Wiener Landtag beschlossen werden konnte. Von der Stadt Wien wurde zur Deckung der Kosten für die Einrichtung des Kammeramtes ein unverzinsliches Darlehen in der Höhe von 1.000.000 Schilling gewährt, welches in Teilbeträgen innerhalb von 10 Jahren zurückzuzahlen ist. Weiters wurde der Wiener Landwirtschaftskammer für die Durchführung verschiedener Förderungsmaßnahmen als Beitrag des Landes Wien ein Betrag in halber Höhe der unter dieser Bedingung gewährten Bundesmitteln von insgesamt 350.700 Schilling zur Verfügung gestellt.

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft ist die beschlossene Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1958 eine bedeutsame Maßnahme. Mit dieser Novelle wurden die bisherigen unzureichenden Mutterschutzbestimmungen verbessert. Es wurde auch der Referentenentwurf zu einem Tierzuchtförderungs-gesetz fertiggestellt und das Begutachtungsverfahren eingeleitet. Ebenso ist das Buschenschankgesetz in Vorbereitung.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion wird bis Ende 1958 insgesamt 1269 Betriebe einer Betriebskontrolle unterzogen haben. Das Schwergewicht der hierbei von ihren Organen ausgeübten Tätigkeit liegt entsprechend der gesetzlichen Anweisung auf der Beratung der Dienstgeber und Dienstnehmer in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen und in Angelegenheiten der Unfallverhütung. In den überprüften Betrieben waren zum Zeitpunkt der Kontrollen insgesamt 3603 Arbeitskräfte ständig und 285 vorübergehend (saisonmäßig) beschäftigt.

Die Magistratsabteilung 59, das Marktamt der Stadt Wien, besorgt neben der Verwaltung der Märkte, der Markthallen und der städtischen Brückenwaagen auch die Marktpolizei, die Lebensmittel- und Eichpolizei und weist Straßenstände (mit Ausnahme der Straßenstände für periodisch erscheinende Druckschriften) zu.

Ferner obliegt ihm die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Lebensmittelversorgung, die Importkontrolle, die Preisbeobachtung und damit im Zusammenhang Preisbildung und Preiskontrolle. Schließlich fällt in den Aufgabenbereich des Marktantes die Ausübung der Gewerbepolizei, die Erstellung von Werttarifen für Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz, die Statistik und die Überwachung der Einhaltung der Naturschutzbestimmungen. In Verwaltung des Marktantes stehen derzeit 39 Märkte. Die Anlagen umfassen neun Hallen, drei Magazinsgebäude, 41 Verwaltungs-, Betriebs- und Stallgebäude, zehn Wirtschaftsgebäude, 14 Straßenbrückenwaagen, 944 Marktstände, die der Stadt Wien zu eigen sind, und sieben Bedürfnisanstalten. Die unverbauten Flächen umfassen rund 310.000 Quadratmeter. Kriegsschäden sind zur Gänze behoben. Die zur Verfügung stehenden Mittel können daher in vollen Ausmaß der Behebung von Zeitschäden, der Modernisierung, zweckmäßiger Umgestaltung und Verbesserung der Anlagen und Verkehrsflächen zugeführt werden.

Auf dem Zentralviehmarkt wurden im Kochendurchschnitt des Jahres 1957 verkauft: 1.450 Rinder, 39 Kälber, 7.450 Schweine und 339 Pferde. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren: Fleisch und Fleischwaren 847.600 kg und auf Obst- und Gemüsemärkten: Obst 931.000 kg, Gemüse 1,260.000 kg, Südfrüchte 320.000 kg, Kartoffeln 940.000 kg, Zwiebeln 126.000 kg.

Die für die Versorgung Wiens bedeutendsten Marktanlagen, der Haschmarkt als Gemüse- und Obstmarkt, und die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, als Zentrum der Fleischversorgung, können die Spitzen der Anlieferungen nur schwer bewältigen. Da einer räumlichen Erweiterung Grenzen durch die Umgebung gesetzt werden, sind erfolgversprechende Änderungen nicht möglich. Trotz des Unstandes, daß diese beiden, für die Versorgung Wiens bedeutenden Märkte eine Lageänderung erfahren werden, müssen die derzeitigen Anlagen durch umfassende Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten auf höchstmöglicher Leistungsstufe gehalten werden.

Der Voranschlag für das Jahr 1959 sieht für die Märkte vor: Einnahmen 18,285.000 Schilling im ordentlichen Haushalt (gegenüber 18,110.000 Schilling im Jahre 1958); Ausgaben 39,200.000 Schilling (gegenüber 39,763.500 Schilling im Jahre 1958).

Weitere Agenden, die das Marktamt zu besorgen hat, sind: Marktbeobachtung, Versorgungsangelegenheiten und Statistik.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei dem hierfür zuständigen Bundesministerium rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen, sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktamtes sind rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahre wurden hierbei rund 35.900 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und zum Teil im eigenen Wirkungsbereich einer Begutachtung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zugeführt. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Übervorteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Klein Händler vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahre die Brotqualität sowie die Güte der Wurstwaren ständig kontrolliert. Hiedurch wurde bisher eine Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht, die nicht nur im Interesse einer berechtigten Verbrauchererwartung, sondern auch in der des Erzeugers selbst gelegen ist.

Zu erwähnen wäre ferner, daß auch die Verpflegsstätten des Bundesheeres der Lebensmittelkontrolle durch das Marktamt unterliegen. Die in Einvernehmen mit den in Frage kommenden Kommandostellen durchzuführenden Revisionen tragen dazu bei, daß an unsere Soldaten nur einwandfreie Lebensmittel verabreicht werden.

Das Bestreben der Aufsichtsorgane ist es, überall beratend einzugreifen. Wenn trotzdem 783 Anzeigen erstattet werden mußten, so ist diese Zahl relativ gering in Vergleich zu den überprüften Betrieben.

Neben den lebensmittelpolizeilichen Anzeigen erfolgten in Ausübung der Gewerbepolizei bis 31. Oktober 1958 2.202 und anlässlich der eichpolizeilichen Revision 960 Anzeigen. Wegen Zuwiderhandlungen gegen preis- und marktpolizeiliche Vorschriften sowie gegen andere wirtschaftliche und sonstige Bestimmungen wurden insgesamt 1.675 Anzeigen erstattet.

Weiters mußten in Ausübung der Lebensmittelkontrolle im Berichtsjahr insgesamt 238.927 kg Lebensmittel außer Verkehr gesetzt werden.

Um die prekäre Verkehrssituation, die infolge der zunehmenden Verkehrsdichte immer angespannter wird, zu entlasten, wird von den zuständigen Stellen gegenwärtig geprüft, ob unter anderen eine Verlegung jener Märkte, die an besonders neuralgischen Verkehrspunkten gelegen sind und durch ihre örtliche Lage die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, an einen andern Standort möglich ist. Im Zuge dieser Bestrebungen ist zum Beispiel beabsichtigt, den Markt Vorgartenstraße im 2. Bezirk im Zusammenhang mit der Auffassung des benachbarten Reservegartens und der damit verbundenen Errichtung einer Wohnhausanlage in den Bereich der Wohlmutstraße zu verlegen. Weiters wird derzeit eine Lösung des Verkehrsproblems in der Umgebung der Detailmarkthalle Haßdorfer Straße im 9. Bezirk angestrebt und die Situierung dieser Marktanlage in den zu assanierenden Gebiet im Lichtental ernstlich in Erwägung gezogen. Ebenso drängt auch die Verlegung des Naschmarktes und damit im Zusammenhang die Errichtung eines Zentralgroßmarktes zu einer Entscheidung und zwar auch vor allem deswegen, weil damit zu rechnen ist, daß die Autoeinfahrt von Westen nach Wien nun doch entlang des Wienflusses gebaut werden dürfte.

Das Veterinäramt, die Magistratsabteilung 60, hat mit seinen Abteilungen, in den Vieh- und Schlachthofanlagen von St. Marx und in der Großmarkthalle, sowie den 19 Veterinärabteilungen in den Bezirken, eine Reihe für die Bevölkerung wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Die Überwachung dieser eingangs erwähnten Anlagen nach den allgemeinen sanitäts- und veterinärpolizeilichen Vorschriften, die Verhinderung der Übertragung gefährlicher Tierseuchen auf den Menschen ist ebenso die Aufgabe des Veterinäramtes wie die Verhinderung der Ausbreitung gefährlicher Seuchen unter den Tieren. Dazu kommen noch die Vorbeugungsmaßnahmen gegen Invasionskrankheiten beim Menschen wie Trichinose und der Befall mit Bandwürmern verschiedenster Art. Eine weitere gesundheitspolizeilich wichtige Tätigkeit ist die Durchführung der Vieh- und Fleischbeschau - also die Untersuchung der Tiere vor und nach der Schlachtung. Dadurch wird die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch gewährleistet.

Der amtstierärztliche Dienst in den Bezirken umfaßt neben der Vieh- und Fleischbeschau in den Privatschlachtstätten die Überwachung der Lebensmittelbetriebe, der Geflügelmästereien, der Wildbrethandlungen, Milchmeiereien, Tierhaltungen und Tier-schauen, die Wiener Tiermessen - im Frühjahr und Herbst, des Schönbrunner Tiergartens, die Bekämpfung der Tierseuchen, die Kontrolle der Hausapotheken der Tierärzte, die Überprüfung der Gebarung mit Suchtgiften und die Tierimpfung. Der amtstierärztliche Bezirksdienst erstreckt sich ferner auf die Tierzucht- und Tierschutzangelegenheiten, die Angelegenheiten der Tierleichenbeseitigung, der Tierkörperverwertungsanstalt, der Hautübernahmestellen, des Handels mit tierischen Rohprodukten, der Gerbereien, der Lederfabriken, der Impfstoffgewinnungsanstalten, der fachlichen Beratung des Marktamtes in der Lebensmittelpolizei mit Beziehung auf Lebensmittel tierischer Herkunft.

Die städtischen Schlachthofanlagen wurden teils in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und teils zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet. Entsprechend der Entwicklung des Fleischverkehrs und der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Tierheilkunde erfolgten bis zum Beginn der Dreißigerjahre verschiedene Ergänzungsbauten.

Seit dieser Zeit wurden außer einzelnen technischen Verbesserungen praktisch nur solche Arbeiten durchgeführt, die zur Erhaltung der Betriebe nach althergebrachter Weise unbedingt notwendig waren. Und doch wäre während dieser Zeit, mit Rücksicht auf die Überalterung der Anlage - der Rinderschlachthof ist über 100 Jahre alt - und im Hinblick auf den derzeit sich wegen der ungeheuren räumlichen Ausdehnung, rund 180.000 Quadratmeter, äußerst unrentabel abwickelnden Viehhof- und Schlachthofbetriebes ein grundlegender Umbau, bezw. Neubau der ganzen Anlage erforderlich geworden.

Zur Erhaltung der Betriebsfähigkeit mußte in den vergangenen Jahren ein Betrag von mehr als zwei Millionen Schilling jährlich allein nur für laufende Erhaltungsarbeiten aufgewendet werden. Für Investitionen, durch die eine gewisse Verbesserung in der Betriebsführung erreicht werden konnte, wurde 1957 ein Betrag von 3.598.941,88 S ausgegeben, für das Jahr 1958 wurden hierfür 2.415.000 S zur Verfügung gestellt und in den Voranschlag 1959 mußte wieder ein Betrag von 2.415.000 aufgenommen werden.

Den Erhaltungs- und Investitionskosten stehen auf der Einnahmenseite ungenügende Gebühren gegenüber. Es ist bekannt, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Viehhof- und Schlachthofgebühren arbeitet. Diese betragen für ein Rind 24 S, für ein Pferd 20 S, für ein Schwein 15 S und für ein Kalb 7 S. In den übrigen rund 40 Schlachthöfen in Österreich sind für ein Rind, bezw. für ein Pferd bis 150 S, für ein Schwein bis 40 S und für ein Kalb bis 30 S an Schlacht- und Viehhofgebühren zu entrichten. Es kann daher nicht wundernehmen, daß auf der für die Schlachthöfe zuständigen Rubrik ein Defizit von mehr als 13 Millionen Schilling aufscheint.

Zum Abschluß führte der Referent aus, er versucht ein möglichst umfassendes Bild der von ihm verwalteten Geschäftsgruppe zu entwerfen. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wollte er nicht noch einige abschließende Bemerkungen machen. Seinen Bericht war nicht zu entnehmen, der gewaltige Unterschied zwischen den Jahren 1945 und 1958. Haben wir vor 13 Jahren auf unseren Märkten beinahe nur Spuren von lebensmittelähnlichen Dingen vorgefunden, so stehen heute unsere Märkte dank den Bemühungen unserer Bauern und Händler in Zeichen eines überwältigenden Warenangebotes.

Es gibt Fleisch, Obst und Gemüse in Hülle und Fülle, in ausgezeichneter Qualität und zu Preisen, die es jedermann ermöglichen, sich hierzulande ordentlich sattzuessen.

Erfreulicherweise sind die Preise in allgemeinen durchaus stabil, wenn auch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von kommunistischer Seite heuer wieder, wie übrigens schon in all den Jahren vorher, angebliche Preisexzesse vorgehalten werden dürften. Vielleicht sind die Herren von der Volksopposition oben gewöhnt in Budapest oder Sofia in Bonzengeschäften einzukaufen. Es wird den Herren nicht leicht fallen, über Wiener Verhältnissen zu reden. Hier bei uns kann der Arbeiter und Angestellte, der Beamte und der Geschäftsmann sonntags seinen Schweinsbraten in Ruhe essen, ob es der Volksopposition paßt oder nicht.

Bei uns existiert auch eine wirtschaftliche Freiheit, die es in den Staaten so genannter sozialistischer Prägung nicht gibt. Diese Freiheit darf allerdings nicht mit Zügellosigkeit verwechselt werden. Sie gründet sich vielmehr auf die freie Persönlichkeit, die in einem System, das man mit einem Schlagwort soziale Marktwirtschaft nennt, am besten gesichert scheint. Die Wirtschaft Wiens kann man nicht losgelöst von der des Bundes betrachten, man kann sie nicht isolieren von den Leistungen der Bundesregierung und des Parlaments.

Daß Wien auch im letzten Jahr den Weg der Vollbeschäftigung, der klaglosen Versorgung der Märkte, der Zufriedenheit seiner Bürger gehen konnte, hängt sehr stark von dem erfolgreichen Kurs der Regierungspolitik ab, für den in so hohem Maße Kanzler Raab und Finanzminister Kanitz verantwortlich zeichnen. Der Raab-Kanitz-Kurs ist für weite Kreise unserer Bevölkerung ein Begriff geworden. Dieser Wirtschaftskurs steht im Zeichen der Stabilität, im Zeichen der gesicherten Währung, im Zeichen des sozialen Friedens.

Uns allen, die wir uns um die Stadt verantwortlich wissen, freut es von Herzen, feststellen zu können, daß gemeinsame Arbeit so schöne Erfolge erreichen half.

./.

Ihn freue es ganz besonders die Bürger unserer Stadt so wohlversorgt zu wissen mit dem, was sie zum Leben brauchen, aber auch mit dem, was man nicht unbedingt zum Leben braucht. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) anerkennt die Tätigkeit des Marktamtes im Dienste der Wiener Bevölkerung. Leider sind im vergangenen Jahr bei Weinkontrollen zahlreiche Pantschereien zu Tage getreten. Es müßte möglich sein, hier energischer einzugreifen. Auch die hygienischen Zustände auf einigen Märkten der Außenbezirke sind unzureichend. Manche Märkte leiden unter Platzmangel. Er hoffe ferner, daß die Verlegung des Naschmarktes im Jahre 1959 Wirklichkeit werden wird. Der Redner fragt den Referenten, welches Gebiet in die engere Wahl kommen soll.

Mit der Preisentwicklung konnte man auch in diesem Jahr nicht zufrieden sein. Stadtrat Bauer sollte doch einmal nach Prag fahren, um zu sehen, ob sich dort der Arbeiter am Sonntag keinen Schweinsbraten leisten kann. In Prag sind aber außerdem viele Gebrauchsgegenstände billiger. In Wien gab es jedoch heuer wieder einen Salatskandal, viele Tonnen Obst mußten verderben, weil die Händler die Preise halten wollten und im Sommer kostete ein Kilo Kalbsschnitzel bis zu 56 Schilling. Es wäre notwendig, daß sich Stadtrat Bauer im Interesse der Konsumenten dafür einsetzt, daß die Handelsspannen nicht zu hoch werden.

Der Redner fragt dann, ob für die im Zusammenhang mit dem Umbau des Südtiroler Platzes abgerissene Freibank, eine neue Verkaufsstelle errichtet werden wird. Er möchte ferner wissen, welcher Ersatz für die Markthalle im neunten Bezirk geboten werden soll, falls sie abgerissen wird.

Weiter ersuchte der Redner den Stadtrat um die Zusicherung, daß auch nach Verlegung des Naschmarktes am derzeitigen Platz ein kleiner Markt für die Versorgung der Bevölkerung bestehen bleibt. Er erinnerte an die Forderung seiner Fraktion wegen der Preisregelung für Butter und die anderen Milchprodukte und vertrat die Ansicht, daß es bei einer beträchtlichen Verbilligung zu keiner Milchschwemme mehr kommen würde.

Da die Wirtschaftspolitik, zu der sich auch der Referent bekennt, vor allem den Interessen der Großverdiener dient, könne die VO diesem Kapitel die Zustimmung nicht geben.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) hob hervor, daß von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Raab-Kamitz die Gemeinde Wien besonderen Nutzen zieht. Die Gemeinde Wien sollte auch durch Revision der Getränkesteuer einen Beitrag in dieser Wirtschaftspolitik leisten, wobei alkoholfreie Fruchtsäfte von dieser Abgabe überhaupt ausgenommen werden sollten.

Weiter verwies der Redner darauf, daß Importe nicht immer billiger sein müßten. Er hob die Qualität des inländischen Obstes und Gemüses hervor und sprach sich dafür aus, die Hausfrauen durch eine fachmännisch gelenkte Konsumentenberatung darüber zu unterrichten, was jeweils am billigsten und preiswertesten zu bekommen ist. Denn es sei bestimmt nicht notwendig, Schweine zu importieren, wenn Rind- und Kalbfleisch zu angemessenen Preisen auf dem Markt ist.

Die Kriegs- und Nachkriegsschäden an städtischen Einrichtungen sind zum großen Teil behoben. Es ist nur zu hoffen, daß auch für das Schloß Kobenzl, das derzeit einen Schandfleck im Wienerwald bildet, und das Schloß Bellevue bald eine Verwendungsmöglichkeit gefunden wird.

Auch im vergangenen Jahr hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion die Landwirtschaftsbetriebe in Wien ohne besondere Anstände kontrolliert; ein Zeichen dafür, daß sich die Wiener Landwirtschaft ihrer Pflicht voll bewußt ist und alles tut, um für die Gesundheit der Arbeitnehmer vorzusorgen, und es keiner Strafen bedarf, sondern in vielen Fällen die Beratung genügt.

Der Redner dankte für die Unterstützung der im vergangenen Jahr geschaffenen Wiener Landwirtschaftskammer und bat, den Nachholbedarf der Wiener Landwirtschaft im kommenden Jahr durch entsprechende Beiträge zu decken und die für die Landwirtschaft notwendigen Gesetze zu erlassen.

./.

Er bedauerte, daß das Landarbeiterkammergesetz noch immer nicht beschlossen wurde, was offenbar damit zusammenhängt, daß von sozialistischer Seite für das Landarbeitsrecht die Bundeskompetenz verlangt werde.

Weiter verwies er auf die Notwendigkeit, die Frage der Buschenschenken durch ein Landesgesetz zu regeln und die Wiener Landwirtschaft in jenen Gebieten zu erhalten, wo sie noch geschlossen vorhanden ist. Die Flurberreinigung erscheine gerade in Hinblick auf die Technisierung besonders geboten. Auch die Bestellung von Flurhütern ist ein alter, leider noch nicht erfüllter Wunsch. Die Zuschußleistung zur Hagelversicherung hat sich bewährt.

Der Blunengroßmarkt auf den Phorusplatz sollte eine Galerie erhalten. Zu erwägen wäre auch die Schaffung von Parkplätzen während der Marktzeit, damit die kälteempfindlichen Blumen nicht zu lange den niedrigen Temperaturen ausgesetzt sind. Für die Verlegung des Naschmarktes sollte ein endgültiger Termin bekanntgegeben werden, damit die dortigen Gewerbetreibenden wissen, inwieweit sie noch Investitionen vornehmen können. Durch seine Verlegung wird die Existenz vieler Gewerbetreibender in Mitleidenschaft gezogen werden, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollten, um ihnen eine neue Existenz an anderer Stelle zu ermöglichen. Beim Wegfall des Naschmarktes müßte für die Bewohner ein Detailmarkt geschaffen werden.

Weiter forderte der Redner eine geregelte Wasserversorgung der in der Banneile der Stadt gelegenen Gebiete, wie Albern etc. Schließlich dankte er den Veterinärrent und den Marktamt für ihre Tätigkeit, wobei er insbesondere das Einfühlungsvermögen der Kontrollorgane des Marktantes hervorhob. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Traxler (SPÖ) stellt fest, daß Stadtrat Bauer nach einer ausführlichen Erläuterung der Ansätze auch über die gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuß gesprochen hat. Auch die Sozialisten konnten diese gute Zusammenarbeit feststellen. Sie werden mit der ÖVP überall dort gut zusammenarbeiten, wo nicht verantwortungsloser Geschäftsgeist vorherrscht, wo nicht das Vordringen des Wirtschaftsegoismus die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich machen. Die Sozialisten vertreten auch im Gemeinderat die Interessen der arbeitenden Menschen.

Sie machen keinen Unterschied zwischen Unselbständigen und Selbständigen. Sie vertreten den Grundsatz, daß jeder arbeitende Mensch seinen gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Volkseinkommen haben soll. Mit den im Voranschlag eingesetzten 133 Millionen Schilling für diese Geschäftsgruppe, werden wieder viele Aufgaben verwirklicht werden können. Der Redner verweist auf den Jahresumsatz des Beschaffungsamtes, der eine Höhe von ca 170 Millionen erreichte. Diese Millionen kommen der Wiener Wirtschaft zugute. Es sei auch in einer Verwaltung so, je besser man wirtschaftet, umso schöner, besser und billiger könne man leben. Je besser und geräuschloser die großen Aufgaben von der Verwaltung geleistet werden, desto weniger kommen sie der Öffentlichkeit.

Der Redner kommt sodann auf Mittel, die für den Schulsektor aufgewendet werden, zu sprechen. Es sind auch im Jahre 1959 Umbauten an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen vorgesehen, die rund 40 Millionen Schilling erfordern werden. Für die Ausstattung der Schulen sind fünf Millionen veranschlagt, für bauliche Umgestaltungen an Berufsschulen 1,5 Millionen, für Möbel, Werkzeuge, Lehrmittel und Bücher rund 1,3 Millionen Schilling. Für die Sozialisten sei es eine Selbstverständlichkeit, daß man überall sparen kann, aber an den Kindern und Schulen nicht und niemals. Selbst katholische Zeitungen haben die Leistungen auf dem Schulsektor anerkannt. "Die Furche" hat dabei jedoch die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Erfüllung der Forderung der Gemeindeangestellten nach einem 14. Monatsbezug Einsparungen auf dem Schulsektor notwendig würden. Stadtrat Slavik habe bereits darauf verwiesen, daß dies keineswegs notwendig sei. Die Gemeindeverwaltung unterscheide sich hier wohltuend vom Bund, der die Mittelschulen sehr stiefmütterlich behandelt.

Auf dem Gebiete der Verpachtung von Gastwirtschaften regt der Redner an, diese Belange aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung in einer Gruppe zu behandeln. Augenblicklich sind verschiedene Abteilungen damit betraut.

Beim Marktwesen geht es im wesentlichen um die Verlegung des Naschmarktes und der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, und um die Funktion der Märkte. Die Lösung eines so schwierigen Problems, wie es die Standortverlegung von Großmärkten ist, bedürfe einer gutdurchdachten Vorarbeit. Es darf nicht wieder zu einer Notlösung, bzw. zu einem Provisorium kommen. Es müssen außerdem die Wünsche der verschiedenen Interessentengruppen, also der Konsumenten, der Produzenten und Händler gut aufeinander abgestimmt werden. Großes Augenmerk ist auf diesen Gebiete auch der Verkehrsfrage zuzuwenden. Die Planung von Märkten könne nur in Einvernehmen mit dem Stadtplaner gelöst werden. Im Stadttinneren ist keine Fläche vorhanden, die für Marktzwecke herangezogen werden könnte. Zur Zeit wird untersucht, ob sich in Süden Wiens eine geeignete Fläche findet, die sowohl im Hinblick auf die Zufuhren wie auch auf den Bevölkerungsschwerpunkt verkehrsgünstig liegt. Zeitlich müsse die Naschmarktverlegung mit dem Bau der Wientalstraße abgestimmt werden. Für den mit dem Naschmarkt verbundenen Detailmarkt sei noch keine Ersatzfläche endgültig festgelegt worden. Vielleicht könnte jedoch der Blumenmarkthalle am Phorusplatz ein Obst- und Gemüsedetailmarkt angegliedert werden. In Bereiche der Freihausgründe und ihrer Umgebung wurden Untersuchungen vorgenommen, ob hier die Schaffung eines Detailmarktes des Naschmarktes möglich sei. Die Verlegung der Großmarkthalle für Fleischwaren wäre vielleicht auf das Gelände des Zentralviehmarktes möglich.

Der Redner kommt sodann auf die schwierige finanzielle Situation der Märkte zu sprechen. Es sei aus diesen Grunde sehr befremdend, daß beachtliche Käufe außerhalb des Marktes getätigt werden. Auf diese Weise werden jährlich mehr als 100.000 Stück Schweine und rund 9.000 Rinder, ohne den zuständigen Großmarkt zu berühren, direkt in die Privatschlachtstätten gebracht und dort geschlachtet. Und dies obwohl in Wien die niedrigsten Schlachtgebühren eingehoben werden. Für dieses Vorgehen seien rein materielle, hauptsächlich steuerliche Gründe maßgeblich. Es wäre eine Verpflichtung, Marktvieh über den zuständigen Großmarkt zu führen.

Man sollte glauben, daß die für die freie Marktwirtschaft Schwärmenden an einer geregelten Beschickung des Großmarktes erhöhtes Interesse hätten. Bedeutet doch der Nichtauftrieb von wöchentlich mehr als 2.000 Schweinen ein großes Unsicherheitsmoment für eine geregelte Preisbildung und erschwert unnötigerweise die Frage der notwendigen Importe. Die Folge davon sind ständige unliebsame Preisschwankungen. Auch auf dem Gebiete der Erklärung des Wiener Zentralviehmarktes zum Exportviehmarkt ist man keinen Schritt vorwärts gekommen. Es sei unverständlich, daß sozusagen an dem vorbildlich eingerichteten Großmarkt das Exportvieh buchstäblich vorbeigeführt wird, um auf den weniger gut ausgestatteten Märkten in Linz und Graz vermarktet zu werden. Diese mehr als unliebsamen Zustände konnten nur eintreten, weil das Landwirtschaftsministerium den ablehnenden Standpunkt der fleischverarbeitenden Betriebe auch in der Frage des Exportmarktes zur Kenntnis nimmt und für den Wiener Zentralviehmarkt keine Exportlizenzen ausstellt. Der Redner erklärt, das Parteiprogramm der Sozialisten werde bewußt falsch ausgelegt, um die Sozialisten als Bauernfeinde hinzustellen. Die Sozialisten verfolgen alle vernünftigen Handlungen in der Landwirtschaft mit großer Genugtuung. Sie sind nur gegen alle Diktaturbestrebungen, auch in der Wirtschaft, da sie der Auffassung sind, daß auch die Arbeiter, Angestellten, die kleinen und mittleren Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe ein Mitspracherecht haben sollen. Die Sozialisten haben aber auch die Interessen der Konsumenten zu wahren.

Abschließend dankt GR. Traxler allen leitenden Beamten der Geschäftsgruppe X und ihren Mitarbeitern für die sachliche und vorbildliche Arbeit. Selbst das Kontrollamt und der Rechnungshof konnten in dieser Gruppe keine nennenswerten Beanstandungen vornehmen. Sie hatten nur einige kleine Verbesserungswünsche.

Für die Sozialisten dieser Verwaltung könne er die Erklärung abgeben, daß sie auch weiterhin zu einer gedeihlichen sachlichen Zusammenarbeit bereit sind. Sie wollen das Bestmögliche für die Bevölkerung Wiens. Seine Fraktion werde daher den Ansätzen zustimmen.

Stadtrat Bauer führt in seinem Schlußwort unter anderem aus, daß die Stadtplanung bereits Untersuchungen über zweckmäßige

Verlegungen von Märkten anstellt. Natürlich wird die Verlegung des Naschnarktes ein Problem sein. Er könne aber keine Erklärung darüber abgeben, denn wenn er den Platz nenne und dort die Grundstücke nicht in Besitz der Gemeinde sind, würden die Grundpreise sofort in die Höhe klettern.

Was die Beanstandungen bei Weinproben betrifft, so gab es vor allen Schwierigkeiten bei den Importen aus Jugoslawien.

Der Referent beantwortete dann im Zusammenhang mit der Preisentwicklung auf den Wiener Märkten gestellte Fragen. Ein Kalb, so meinte er, müßte vier Schlögel und vier Nierenbraten haben, dann wäre alles leichter. Die Bevölkerung müsse einmal zur Kenntnis nehmen, daß man auch billiges Fleisch kaufen kann und muß. Er habe auch schon im Vorjahr betont, wer die ersten Kirschen und den ersten Salat essen will, muß dafür eben mehr bezahlen. Die Kartoffeln können oft nicht auf den Markt gebracht werden, weil die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen. Für eine zweite Freibank ist dank der guten Arbeit der Tierärzte kein Fleisch mehr vorhanden. GR. Traxler hat unter anderem über das Problem des Exportmarktes gesprochen. Bisher haben wir in die Verhandlungen noch nicht direkt eingegriffen. Wenn wir aber eine Entscheidung zu treffen haben werden, dann wird sie so sein, daß sie dem Konsumenten dient, aber auch unsere Wirtschaft nicht schädigt.

GR. Dr. Hengl habe verschiedene Fragen berührt, die er leider nicht lösen könne. Er könne den Finanzreferenten nicht bewegen, auf gewisse Einnahmen der Getränkesteuer zu verzichten. Die Anregungen des ÖVP-Debatteredners, sagte der Referent, werde er jedoch aufgreifen. Er freue sich vor allen darüber, daß sich die Wiener Landwirtschaftskammer auf den Volkshochschulen der Information der Hausfrauen mehr als bisher widmen wird.

Abschließend dankte der Referent den Debatterednern für ihre Beiträge und ersuchte um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Gruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen.

Verwaltungsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten  
=====

19. Dezember (RK) Stadtrat Afritsch (SPÖ) referierte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Er führte u.a. aus: Für das XI. Hauptstück sind im Voranschlag für das Jahr 1958 187,466.600 Schilling vorgesehen. Im Jahre 1958 waren 162,261.300 Schilling eingesetzt. Das bedeutet eine Erhöhung von mehr als 25 Millionen.

Für die Grunderwerbungen wurden in den Jahren 1957 und 1958 je 50 Millionen vorgesehen, aber pro Jahr 70 Millionen Schilling ausgegeben, sodaß der höhere Ansatz von 70,400.000 für das Jahr 1959 sich den tatsächlichen Ausgaben in den letzten Jahren anpaßt.

In der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, ist die Heimatrolle wie in den letzten Jahren durch die Ausstellung von förmlichen Staatsbürgerschaftsnachweisen, Heimatrollenauszügen und sonstigen Bescheinigungen noch immer überlastet.

Vom 1. Jänner bis 30. November 1958 wurden insgesamt 133.643 solche Bescheinigungen ausgestellt. Benötigt werden diese Bescheinigungen für verschiedene Zwecke, am meisten noch immer für Reisepässe. Es wird wohl kaum ein Referat im öffentlichen Dienst geben, in dem in 11 Monaten 141.640 Parteien vorsprechen.

Die Zahl der Einbürgerungen in den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug nur mehr 1.165 und ist im Vergleich zu 1957 leicht gesunken.

In der Zweiten Republik wurden von 1945 bis 30. November dieses Jahres 91.953 Ansuchen um Verleihung der Staatsbürgerschaft und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt. Mit Hinzurechnung der Frauen und Kinder haben seit 1945 mehr als 152.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Die Eheschließungen sind im Vergleich zu 1957 in den ersten 11 Monaten des Jahres von 12.756 auf 12.306 zurückgegangen.

Die Sterbefälle sind in dem gleichen Zeitraum von 24.319 auf 23.216 gesunken.

Erfreulicherweise ist die Anzahl der Geburten von 15.869 auf 16.414 gestiegen. Es handelt sich um eine von Jahr zu Jahr

steigende Tendenz, die zuerst im Jahre 1953 auftrat. Die Geburtenzahlen dieses Jahres sind die höchsten seit zehn Jahren.

In der Magistratsabteilung 62, Polizeiwesen, Wahlen, Verschiedenes, sind für die Führung der Stimmlisten im Vorschlag 1,800.000 Schilling und für die Durchführung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen drei Millionen vorgesehen. Falls die Nationalratswahlen gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen durchgeführt werden, verringern sich die Kosten.

Die Haupttätigkeit der Magistratsabteilung 62 bildet die Führung der Stimmliste, die derzeit noch zentral erfolgt und die damit verbundene Wahlvorbereitung.

Von den 102 in der Abteilung 62 ständig beschäftigten Beamten und für das Jahr aufgerechneten Aushilfskräften sind 82 bei den Wahlarbeiten tätig.

Die Führung der Stimmliste ist deshalb umfangreich und schwierig, weil in einem Monat 25.000 Veränderungen zu verarbeiten sind. Es entfallen daher auf einen Werktag mehr als 1.000 Veränderungen.

Obwohl noch nicht endgültig entschieden ist, ob der Gemeinderat und die Bezirksvertretung gemeinsam mit dem Nationalrat gewählt werden und außerdem noch nicht der Wahltag feststeht, müssen legislative und organisatorische Maßnahmen und Vorbereitungen für eine gemeinsame Wahl getroffen werden.

Die Gemeindewahlordnung muß auf jeden Fall novelliert werden, da die Bestimmungen des Stimmlistengesetzes in ihr eingebaut werden müssen. Ebenso muß die Frage des gemeinsamen amtlichen Stimmzettels eingehend erwogen werden. Gleichfalls muß in der Gemeindewahlordnung bestimmt sein, wie der amtliche Stimmzettel auszusehen hat, wie die Parteien gereiht werden und wie der Wähler ihn auszufüllen hat.

Die Frage des Kostenbeitrages der wahlwerbenden Parteien und Gruppen und noch andere Fragen werden ebenfalls bei der Novellierung behandelt werden müssen.

Die öffentlichen Verwaltungen und Aufsichten sind von 169 auf 139 zurückgegangen.

Der Magistrat führt auch die vereinspolizeilichen Angelegenheiten durch. 373 Vereine wurden gegründet. 291 Vereine

stellten ihre Tätigkeit ein.

Allgemein interessant auf dem Gebiete des Gewerberechtes ist das in Juli 1958 nach langjähriger Behandlung zustandegekommene Ladenschlußgesetz.

Dieses Gesetz, welches dem Landeshauptmann weitgehende Ermächtigungen einräumt, tritt am 1. Februar 1959 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch die Wiener Ladenschlußverordnung zu erlassen.

Die Verhandlungen mit den beteiligten Interessenvertretungen sind in wesentlichen abgeschlossen. Es kann heute schon gesagt werden, daß in Grunde genommen die bisherige Regelung mit geringfügigen Änderungen beibehalten werden wird.

Der Hauptbestandteil des Gewerberechtes ist die nunmehr in nächsten Jahr ihren 100jährigen Bestand feiernde Gewerbeordnung, die während dieser Zeit hundertmal novelliert wurde. Es ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Materie des Gewerberechtes in ihrer Gesamtheit neu zu regeln. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes einer neuen Gewerbeordnung eingesetzt. Es wäre zweckmäßig, diese Kommission durch Einbeziehung von Fachleuten, die große Erfahrung auf diesem Gebiet haben, zu erweitern. In der Zeit von 1. Dezember 1957 bis 30. November 1958 wurden insgesamt 6.728 neue Gewerbe begründet. Dem stehen 6.480 Neubegründungen im Vorjahr gegenüber.

In dem gleichen Zeitraum sind insgesamt 9.278 Berechtigungen, davon 6.952 durch Rücklegung, erloschen. Dem stehen 7.100 Gewerbebeendigungen im Vorjahr gegenüber.

Auch im Jahre 1958 hat die Magistratsabteilung 64, Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftschiffahrtsangelegenheiten, umfangreiche logistische Aufgaben zu erfüllen gehabt.

In Voranschlag der Magistratsabteilung 65, Zivilrechtsangelegenheiten und Grundtransaktionen, für das Jahr 1959 sind für Grunderwerbungen 70 Millionen Schilling vorgesehen.

Bis zum 9. Dezember wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaße von 3,540.811 Quadratmetern erworben.

Fast in allen Bezirken Wiens konnten Grundflächen erheblichen Ausmaßes erworben werden.

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen des Jahres 1958 können folgende große Transaktionen hervorgehoben werden:

Die Erwerbung eines ca. 2 Millionen Quadratmeter großer Grundbesitzes in Wegscheid bei Gußwerk in Steiermark zur Vergrößerung des städteigenen Quellenschutzgebietes in Wildalpen und zur Sicherung der ergiebigen Pfannbauernquelle für einen späteren Anschluß an das System der II. Wiener Hochquellenwasserleitung. Der Kaufpreis betrug 2,5 Millionen.

Der Kauf einer 167.000 Quadratmeter großen Grundfläche an der Perfektastraße in Erlaa im 23. Bezirk um den Kaufpreis von 5,7 Millionen. Diese im Industriegebiet liegende Grundfläche ist für die Absiedlung von Industriegebieten bereitgestellt.

Der Erwerb einer ca. 13.000 Quadratmeter großen Grundfläche in zentraler Lage Floridsdorf an der Brünner Straße gegenüber der städtischen Wohnhausanlage Schlingerhof aus dem Besitz des Stiftes Klosterneuburg um den Kaufpreis von 2,5 Millionen. Diese Fläche ist zur Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage sehr gut geeignet.

Die Erwerbung der restlichen Anteile am sogenannten Kaisergarten im Prater (ca. 38.000 Quadratmeter) um den Preis von 2,9 Millionen zum Zwecke der gärtnerischen Ausgestaltung dieses Gebietes.

Der Kauf des 17.000 Quadratmeter großen Grundkomplexes an der Vorgartenstraße im 2. Bezirk für Bauzwecke um 1,2 Millionen.

Die Erwerbung einer Grundfläche von 56.000 Quadratmetern in Stammersdorf um den Betrag von 1,7 Millionen zum Zwecke der Erweiterung des Stammersdorfer Zentralfriedhofes.

Die Zahl der Zivilrechtsfälle geht von Jahr zu Jahr zurück. Dieser Rückgang ist mit dem Auslauf der Prozesse zu erklären, die in Zusammenhang mit den Nachwuchsverhältnissen stehen, und zeigt die Konsolidierung des Wirtschaftslebens.

Der Bevölkerungsstand betrug am 1. Jänner 1958 1,639.513, am 31. Oktober 1,649.311, was eine Zunahme von 9.798 ergibt. Gestorben sind in den letzten zehn Monaten 19.900 Personen, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 12.766. Bei Zu- und Abwanderung ergibt sich ein Gewinn von 16.932. Von der derzeitigen Wiener Gesamtbevölkerung hat ein Fünftel das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet, doch ist andererseits ein Fünftel bereits mindestens 65 Jahre alt, ein Verteilungsverhältnis, das sich aller Voraussicht nach in Verlaufe des nächsten Dezenniums noch weiter zu Ungunsten unserer Jugend verschoben wird.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1958 174.749, wozu noch 31.940 Mopeds kommen, deren Zahl in letzten Jahr um 36 Prozent zugenommen hat. Insgesamt sind 206.689 Motorfahrzeuge in Wien registriert, was gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um 23.698 bedeutet.

Von Jänner bis Oktober 1958 ereigneten sich in Wien 19.164 Verkehrsunfälle, bei denen 11.201 Personen verletzt wurden. Im Vorjahr wurden im gleichen Zeitraum bei 16.684 Unfällen 11.030 Personen verletzt. Die Verkehrsunfälle haben absolut zugenommen, aber bezogen auf den Stand der Motorfahrzeuge relativ abgenommen.

Durch 32 Kundmachungen wurden umfangreiche Verkehrsregelungen erlassen. Von 1. Jänner bis 25. November wurden 51 Straßen und Plätze oder Teilstrecken zu Einbahnstraßen erklärt.

Für die Feuerwehr sind für 1959 einschließlich der baulichen Investitionen 74,3 Millionen Schilling vorgesehen. Die Hauptfeuerwache Döbling wird im Sommer 1959 fertiggestellt sein. Ebenso ist die Feuerwache Meidlingau knapp vor der Fertigstellung und wird bei gleichzeitiger Auflösung der Feuerwache St. Veit am Beginn des neuen Jahres bezogen werden. Als erste Rate für die neue Hauptfeuerwache in der Vorgartenstraße ist ein vorläufiger Betrag von einer Million Schilling eingesetzt.

Für die technische Ausgestaltung und Modernisierung der Feuerwehr sind 2,1 Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand der Feuerwehrfahrzeuge hat sich von 146 Ende 1957 auf 151 erhöht. In der Zeit vom 1.11.1957 bis 31.10.1958 ist die Feuerwehr zu sechs Großbränden, 50 Mittelbränden, 1.269 Kleinbränden und 3.872 technischen Hilfeleistungen ausgerückt. Die Ausrückungen zu Bränden sind um fast 200 zurückgegangen, während die Ausrückungen zu technischen Hilfeleistungen um über 600 zugenommen haben. Der Personalstand beträgt derzeit 1.244.

Über die Pressestelle gab der Referent u.a. bekannt:

Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint täglich dreimal. Die Meldungen werden um 11 Uhr, um 15 Uhr und am Abend nach Bedarf dem Verteilerbüro in der Börse zugestellt. Das "Amtsblatt der Stadt Wien", erscheint wöchentlich zweimal, das "Landesgesetzblatt für Wien" nach Bedarf. Die Auflage des "Ämtlichen Wohnungstauschanzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.860 Stück angenommen. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen.

In Wien werden von Jahr zu Jahr mehr Kongresse und internationale Tagungen abgehalten. Während im Jahre 1957 anlässlich von 89 Kongressen und Tagungen 12.000 Teilnehmer von der Stadt Wien empfangen wurden, waren es im Jahre 1958 107 Kongresse mit einer Teilnehmerzahl von 17.403. Der Anteil der Ausländer unter den Gästen ist rund 70 Prozent. Außerdem wurden vom Präsidialdienst 59 Gruppen in- und ausländischer Sportler, Studenten und Wissenschaftler betreut.

Die Ehrung von Goldenen Hochzeitem erreichte im Jahre 1958 mit 959 Jubelpaaren eine Rekordhöhe. Unter diesen befand sich das elftausendste seit dem Jahre 1945.

Unter dem Beifall des Hauses dankte Stadtrat Afritsch allen Beamten und besonders den Angehörigen der Feuerwehr.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) forderte eine Koordinierung der Tätigkeit der Bezirksvertretungen und der Stadtverwaltung und die Novellierung der Wahlordnung in der Weise, daß jeder Stimme das gleiche Gewicht zukommt. Weiter befürwortete er eine statistische Darstellung darüber, wie viele Kündigungen zu Delogierungen geführt haben.

Der Redner anerkannte die für die Feuerwehrmannschaft erreichten Verbesserungen, brachte aber einige weitere Wünsche vor, so nach besserer Einstufung.

Der Redner erinnert sodann an ein Versprechen, das während der vorjährigen Budgetdebatte bereits gegeben wurde, nämlich die Rückgliederung verschiedener ausgemeindeter Orte. Viele dieser Gebiete haben wiederholt den Wunsch geäußert, zu Wien zurückzukommen.

Auf dem Gebiete der Bodenbeschaffung sei sehr viel geschehen. Je mehr Boden die Gemeinde erwirbt, umso besser wird es für die Bevölkerung sein. Besondere Bedeutung komme auch der Schaffung von Baurecht in größerem Maße zu.

Der Redner erklärt namens seiner Fraktion, daß diese den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Walzer (ÖVP) will sich kurz fassen, weil Stadtrat Afritsch bereits die wesentlichen Verdienste dieser Gruppe aufgezeigt hat. Er will nur einige Anregungen geben. So wiederholt er die von seiner Fraktion bereits im Vorjahr erhobene Forderung nach Anlegung einer Familienstatistik. Durch eine derartige Statistik hätte die Stadtverwaltung Einblick in die Familie und könnte dadurch verschiedene Anregungen erhalten, die sich familienfördernd auswerten ließen.

Die Grundankäufe werden von seiner Fraktion begrüßt. Man dürfe hierbei nicht vergessen, auch Grundflächen für die Anlage von Sportplätzen zu bekommen.

Zum Kapitel der Feuerwehr stellt der Redner fest, daß sie die einzige Abteilung ist, in der noch immer ein kommunistisch-sozialistischer Proporz herrsche. Jemand, der nicht einer diesen beiden Parteien angehört, habe kaum Aussicht bei der Feuerwehr

aufgenommen zu werden. Er bittet, hier einmal nach den Rechten zu sehen. Auch um den Offiziersnachwuchs bei der Feuerwehr sei es schlecht bestellt. Ein junger Mensch, der an der Offizierslaufbahn interessiert ist, muß jahrelang warten, um in einen höheren Rang eingestuft zu werden. Eine Änderung der Dienstordnung wäre zweckmäßig, um ein rascheres Aufrücken zu gewährleisten. Man könnte sonst leicht eines Tages vor der Tatsache stehen, daß durch Überalterung und Ausscheiden der Offiziere kein entsprechender Qualitätsnachwuchs vorhanden wäre.

Positiv nimmt der Redner zur Pressestelle Stellung.

Zum Unterschied zu den vergangenen Jahren sind heuer bei der Bilderherstellung auch der sonst "vernachlässigte" SPÖ-Stadtrat Glaserer und die ÖVP-Mandatäre häufiger vor das Objektiv gebracht worden.

Eine Bitte der Wiener Kleingewerbetreibenden sei es, daß die Stadtverwaltung etwas gegen das Pfuschartum unternehme. Gemeint ist hier nicht der kleine Pfuscher, der vielleicht gerade seinen Nachbarn etwas hilft, sondern der notorische, chronische Pfuscher. Die Gewerbetreibenden, die Geschäftsleute dieser Stadt haben durch ihre Steuerleistungen entscheidenden Anteil an den Wiederaufbau unserer Stadt. Sie haben schwer zu kämpfen, um die Steuern und in besonderen die Gewerbesteuer aufzubringen. Sie haben ein Recht darauf, daß die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Pfuschartums nach den Rechten sieht. Stadtrat **Afritsch** hat diesem Problem Verständnis entgegengebracht. Die Durchschnittsstrafe wurde auch von 100 auf 180 Schilling erhöht. Vielleicht wäre durch eine Beschlagnahme des Pfuscherwerkzeuges hier eher Abhilfe zu schaffen. Es wird schließlich nicht nur die Frequenz in den Betrieben geschädigt, sondern es wirkt sich dies auch auf die Arbeiter und Angestellten der Betriebe aus. (Beifall bei der ÖVP.) Das Problem der Arbeitszeitverkürzung wird leider noch weiter dazu beitragen, das Pfuschartum zu steigern. Er bittet Stadtrat **Afritsch**, raschest klare, deutliche Weisungen an die Magistratischen Bezirksämter auszugeben, damit die Beamten gegen Pfuscher entsprechend vorgehen können.

Der Redner kommt sodann auf den Beitrag der Stadt Wien in der Höhe von 33 Millionen an die Bundespolizei zu sprechen. Wenn die Polizei auch Sache des Bundes sei, könne man doch verlangen, daß die Gemeinde Wien auf Grund ihrer Beitragsleistung ein gewisses Mitspracherecht hat. Der Redner ersucht, nicht mißverstanden zu werden, aber das Recht der Bevölkerung auf Ruhe, Ordnung und Sicherheit kann von der Polizei in der letzten Zeit anscheinend nicht mehr gewahrt werden. Sicherlich kommen in einer Großstadt immer wieder Verbrechen vor, aber die der letzten Zeit haben diesen Rahmen weit gesprengt. Es geht aber hier nicht nur um Kapitalverbrechen. Es gibt in unserer Stadt Menschen, die mit Absicht andere auf der Straße anpöbeln, mit ihren Fahrzeugen ungeheuren Lärm machen, die öffentlichen Anlagen beschädigen usw. Diese Menschen stellen sich bewußt gegen die Ordnung. Die Persönlichkeit des einzelnen ist allen heilig, doch ist es in Einzelfällen notwendig, gegen betonte Gangster allerschärfstens durchzugreifen. (Allgemeiner Beifall.) Sicherlich kann der einzelne Wachebeamte nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil er nicht genügend auf Ordnung achtet. Die Beamten müßten von ihren vorgesetzten Stellen klar angewiesen werden, wie sie in solchen Fällen zu entscheiden haben. Der Redner stellt fest, daß sicherlich alle in diesem Hause mit ihm einer Meinung sind, wenn er an den Bürgermeister und an die zuständigen Stadträte das höfliche Ersuchen richtet, dem Polizeipräsidenten ruhig und sachlich zu sagen, daß wir mit den Sicherheitsverhältnissen in unserer Stadt nicht mehr zufrieden sind.

Verlangen muß man auch, daß bei der Polizei fachliche Eignung, Bildung und persönliches Ansehen ausschlaggebend sind, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Partei. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Glinz (SPÖ) bezeichnet die erhöhten Präsidialausgaben als sehr begrüßenswert; stehen doch die repräsentativen Verpflichtungen unserer Stadt im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr. Nahmen 1957 12.000 Personen an in Wien abgehaltenen Kongressen teil, so waren es 1958 bereits 17.000 Teilnehmer.

Es wurden 59 Gruppen in- und ausländischer Jugend- und Sportverbände, Studenten und Wissenschaftler in unserer Stadt begrüßt. Enthalten sind in den Präsidialausgaben auch die Kosten für die Ehrung der Goldenen, Eisernen und Diamantenen Hochzeiter.

Auf den Sektor der Feuerwehr ist es erfreulich festzustellen, daß in kommenden Jahr die Neubauten vollendet werden und auch die notwendigen Umbauten erfolgreich fortgesetzt werden. Besonderes Augenmerk muß der Ausrüstung der Feuerwehr mit modernen technischen Geräten zugewendet werden. Der Redner dankt den Feuerwehrmännern, die immer größere Leistungen vollbringen müssen, für ihre vorbildliche Arbeit im ablaufenden Jahr. Große Leistungen haben sie auch bei der Abhaltung des großen Internationalen Feuerwehrkongresses erbracht. Bei der öffentlichen Vorführung auf dem Rathausplatz haben sie der Bevölkerung ein anschauliches Bild von ihrem technischen Können und den technischen Leistungen gegeben. (Allgemeiner Beifall.) Der Wiederaufbau der Feuerwehr nach dem trostlosen Zustand im Jahre 1945 war eine gewaltige Leistung der Feuerwehrangestellten, der Bediensteten und ihren Offizieren. Ein großes Verdienst hat sich auf diesem Gebiet jedoch auch Stadtrat Afritsch erworben. Ihm gebühre gleichfalls herzlicher Dank. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Hausner könne er nur erwidern, falls die Feuerwehrleute mit ihrer Besoldungsordnung nicht einverstanden sind, werden sie sicher den Weg zu ihren Vertrauensleuten finden. Im Gemeinderat sei wohl kaum der richtige Platz über dieses Thema zu verhandeln.

Die Grundtransaktionen bezeichnet GR. Glinz als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung. Wenn im Voranschlag für 1959 für Grundkäufe um fünf Millionen weniger veranschlagt sind, als im Jahre 1958 für diesen Zweck verwendet wurden, wird der Gemeinderat nötigenfalls bestimmt Nachtragskrediten zustimmen. Der Stadtverwaltung ist es im Jahre 1957 gelungen, 2,7 Millionen Quadratmeter Grund zu kaufen. Im Jahre 1958 waren es in den elf Monaten 3,5 Millionen Quadratmeter. Diese Grunderwerbungen sind nicht nur für den bedeutenden Wohnungsbau, sondern für Bäder, Friedhofserweiterungen und vieles andere

notwendig. Die Wiener Stadtverwaltung ist in unserer Gemeinde der größte Bauherr. Im Rahmen der Gesetzgebung müßten ihr jedoch weitaus größere Möglichkeiten gegeben werden, ihr Assanierungsprogramm durchzuführen. Solange wir kein Assanierungs- oder Grundbeschaffungsgesetz haben, ist seine Durchführung nur mit großen Hindernissen möglich. Viele Hausbesitzer in den Assanierungsgebieten weigern sich, ihre alten verfallenen Häuser herzugeben, obwohl sie die Gemeinde ja ablöst und ihnen auch eine Wohnung zur Verfügung stellt.

Die Frage des Gebietsänderungsgesetzes ist sehr schwierig. Verschiedene Gemeinden haben bereits durch Volksabstimmungen ihren Willen, wieder zu Wien zu kommen, gezeigt. Es ist dies jedoch letzten Endes eine Sache, die Niederösterreich betrifft und über die daher im Gemeinderat nicht verhandelt werden kann.

Abschließend richtet der Redner den Appell an die Vertreter der ÖVP, alles dazu beizutragen, daß im Rahmen des österreichischen Parlamentarismus, im Rahmen der Gesetzgebung so rasch wie möglich das Assanierungsgesetz und ein modernes Grundbeschaffungsgesetz geschaffen wird. Namens seiner Fraktion könne er die Zusicherung geben, daß sie dem XI. Hauptstück zustimmen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch führt in seinem Schlußwort u.a. aus, er höre im allgemeinen, daß in den Bezirksvertretungen gut und demokratisch gearbeitet wird. Wenn Beschwerden bekannt werden, versuchen wir diesen Mangel so weit wie möglich abzustellen.

Was die gerechte Auswertung der Stimmen beim Ermittlungsverfahren anlangt, so habe er schon darauf hingewiesen, daß die Gemeindewahlordnung novelliert werden muß. Bei dieser Gelegenheit wird man auch darüber sprechen.

Der Wiener Raum muß nach dem Süden erweitert werden, wenn nicht die ganze Planung in der Entwicklung gehemmt werden soll. Er hoffe, daß sich alle Parteien dafür einsetzen werden, damit Wien jenen Raum bekommt, den es zu seiner Entwicklung braucht.

Bei den Grundkäufen halte sich seine Abteilung meist an die Schätzpreise der Magistratsabteilung 40. Viele Grundstücke kann die Gemeinde nicht kaufen, weil das Angebot zu teuer ist.

Wir stellen jedoch fest, daß dann oft gemeinwirtschaftliche Genossenschaften und Vereine die Grundstücke doch kaufen, und zwar zu einem viel höheren Preis als dem Schätzpreis. Dieses gegenseitige Lizitieren ist keineswegs von Vorteil.

Wegen der Wünsche an das Statistische Amt der Stadt Wien werde er untersuchen, ob es möglich ist, eine Familienstatistik zusammenzustellen. Ebenso versicherte der Referent, daß man auch das Pflückerwesen in Zukunft bekämpfen werde.

Die Wiener Feuerwehrleute gehören zu den bestausgerüsteten. Wir brauchen hier keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen. Jeder Feuerwehrmann im Branddienst besitzt vier Blusen, drei Hemdblusen, vier Tuchhosen, drei Zwilchhosen, zwei Paar Stiefel, einen Regentmantel, einen Tuchmantel, ein Paar gefütterte Lederhandschuhe, eine Dienstkappe und eine Arbeitskappe. Leider besteht tatsächlich ein Mangel beim Offiziersnachwuchs.

Abschließend stellte Stadtrat Afritsch fest, er sei seit 1945 bei jedem Großfeuer dabeigewesen und hätte Gelegenheit gehabt, den Einsatz der Feuerwehrleute zu verfolgen. (GR. Schwaiger (ÖVP): Das hat auch nichts genützt!) Die Ursache der Großbrände war hauptsächlich in der Art der Objekte gelegen. Meist sind es Lagerplätze, chemische Fabriken und ähnliches gewesen. Aber das erfreuliche ist, daß wir keinen Großbrand in einem Miethaus gehabt haben. Das Verdienst daran hat die gute Wiener Feuerwehr, haben aber auch die guten Bauvorschriften unserer Stadt. Wir mußten in der letzten Zeit von großen Brandkatastrophen lesen. Er habe die feste Überzeugung, daß solche Feuer in Wien nicht vorkommen können. (Allgemeiner Beifall. Rufe von der ÖVP: Nur nix verschreien!)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des XI. Hauptstückes einstimmig angenommen.

#### Wiener Budget vom Gemeinderat genehmigt

Der Vorsitzende GR. Dr. Hongl teilt zur letzten Beratungsgruppe des Voranschlags der Stadt Wien, Bilanz und Bedeckung, mit, daß Stadtrat Slavik bereits in seinem Bericht zur General- und Spezialdebatte der Gruppe II die entsprechenden Anträge gestellt hat. Wortmeldungen liegen nicht vor, er bringe daher die Anträge des Referenten zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen  
=====

19. Dezember (RK) Über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1959 referiert nun Stadtrat Dkfr. Nathschläger (ÖVP). Er erinnere sich, so führt der Referent aus, in diesem Augenblick an die Zeit vor einem Jahr als das Budget für das Jahr 1958 förmlich erst im letzten Moment nach Abschluß der Sanierungsverhandlungen fertiggestellt und den in Betracht kommenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Eine solche nervenbeanspruchende Situation haben wir heuer nicht vorgefunden und die Voranschläge der städtischen Unternehmungen konnten daher in normaler Weise und zeitgerecht bereits im Ausschuß und im Stadtsenat verabschiedet werden. Bei Abschluß der Sanierungsverhandlungen war den beiden Koalitionsparteien vollkommen klar, da sie nur ein Teilergebnis erreicht haben, dem andere Lösungen zu einer Verbesserung der Gebarung der Wiener Stadtwerke noch folgen müßten. Sie haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Wiener Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten. Zu den Tarifumgestaltungen ist es dann auch nach längeren Verhandlungen einerseits auf Gemeindeebene, andererseits was die Stromtarife anbelangt auf der Bundesebene gekommen und die Tarife der Gaswerke wurden mit Wirksamkeit ab 1. April, die der Verkehrsbetriebe ab 19. Mai und die der Elektrizitätswerke ab 1. August neu geregelt. Auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen konnte erfreulicherweise konstatiert werden, daß die Auswirkungen der Tarifumgestaltungen wesentlich günstiger ausfielen als ursprünglich angenommen.

./.

Rechneten die Gaswerke ursprünglich mit einer Mehreinnahme aus dem Gasabsatz von 15 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe mit einem Mehrerlös von 25 Millionen und die Elektrizitätswerke mit zusätzlichen Einnahmen von 105 Millionen, so konnten die Gaswerke und Elektrizitätswerke einen Mehrerlös für Gas von 33,3 Millionen und einen solchen für Strom von 166 Millionen Schilling in den Voranschlag einsetzen, während die Verkehrsbetriebe ein Plus von 84,7 Millionen in das Budget 1959 einbauten. Bei den Gaswerken war allerdings noch zu berücksichtigen, daß infolge einer Änderung der Betriebsweise der Koksverkauf sinkt und daraus ein Mindererlös von 64 Millionen resultiert. In Summe konnte demnach bei diesen vier Hauptpositionen ein Mehrerlös von 220 Millionen angesetzt werden. Leider aber standen den Mehrerträgen von insgesamt 277,6 Millionen Schilling Mehraufwendungen in der Höhe von 170 Millionen gegenüber. Das Gesamtergebnis der Wiener Stadtwerke konnte sich demnach nur um 107,6 Millionen günstiger gestalten als für 1958 und es resultierte demnach letzten Endes ein Abgang von 206,7 Millionen Schilling.

Es war nun naheliegend, die Bewegung bei den einzelnen Aufwandsposten näher zu analysieren. Dabei stellte sich heraus, daß von dem Mehraufwand von 170 Millionen Schilling nicht weniger als 115,6 Millionen auf Veränderungen bei der Zuführung von Bruttoprämien zu der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen, bei der Verzinsung des Deckungskapitals und bei den Pensionsauszahlungen selbst entfallen. Insgesamt stehen im Erfolgsplan 1959 635 Millionen für Löhne und Gehälter einen Gesamtaufwand für Pensionsverpflichtungen in der Höhe von 522 Millionen Schilling gegenüber. Die Pensionslast spielt also bei den Wiener Stadtwerken eine ganz eminente Rolle. Daß sie gerade jetzt so drückend geworden ist geht auf mehrere Gründe zurück: einerseits konnten für Altpensionisten, das sind jene, die vor dem 1. Jänner 1955 in den Ruhestand traten, in der Schilling-eröffnungsbilanz keine Rückstellungen reserviert werden und andererseits war die gebildete Rückstellung für das aktive Personal zu gering. Es muß daher in Form von Nachholraten aufgefüllt werden.

Die diesbezüglichen Berechnungen wurden im Herbst 1957 angestellt und das Ergebnis wurde im Rechnungsabschluß 1957 bereits eingesetzt. Der Voranschlag 1958 war in dieser Beziehung zu niedrig erstellt worden, während der Ansatz für die in Betracht kommenden Positionen im Budget 1959 nunmehr ungefähr die Höhe der im Abschluß 1957 aufscheinenden Posten erreicht.

Wenn die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke für sich allein bestünden, dann hätten sich nunmehr folgende Einzelergebnisse im Erfolgsplan ergeben:

Die Elektrizitätswerke hätten mit einem Überschuß von 59,5 Millionen, die Gaswerke mit einem Überschuß von 9,5 Millionen, die Bestattung mit einem Überschuß von 311.000 Schilling und die Wiener Verkehrsbetriebe dagegen mit einem Abgang von 276,1 Millionen gerechnet. Unter diesen Umständen wären aber die Investitionen bei den Verkehrsbetrieben viel zu gering ausgefallen. Es mußten daher sogar mehr als in den vorangegangenen Jahren bedeutende Mittel von den Elektrizitäts- und Gaswerken an die Verkehrsbetriebe abgegeben werden. Denn die Verkehrsbetriebe haben nicht nur für den normalen Bedarf vorzusorgen, sondern auch dafür, daß das große Erneuerungsprogramm, das uns durch die Straßenbahnverordnung 1957 terminisiert auferlegt worden ist, erfüllt wird. In Berücksichtigung dieser Notwendigkeiten wurden daher die Subventionen der Elektrizitätswerke mit 135 Millionen Schilling (Vorjahr 65 Millionen Schilling) und die der Gaswerke mit 42,5 Millionen Schilling (Vorjahr 35 Millionen Schilling) festgelegt. Die Bestattung gibt den Verkehrsbetrieben ein Darlehen in der Höhe von 3 Millionen Schilling.

Aus der zweiten Jahresrate des 5-Jahresinvestitionsplanes werden für die vorgesehenen Investitionen insgesamt 229 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um 40 Millionen mehr als ursprünglich angenommen. Das 5-Jahresprogramm macht sich besonders bei den Lieferfirmen vorteilhaft bemerkbar, da nunmehr auf längere Frist geplant werden kann und die Bestellungen so zeitgerecht erteilt werden können, daß auch die Lieferungen in den vorgesehenen Zeitraum tatsächlich erfolgen können.

Bei der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb wird infolge einer kleinen Verzögerung in der Anlieferung der Autobusse die Linie 63 voraussichtlich erst in Jänner, Anfang Februar 1959, auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Die Linien 61, 40 und 57 sind für die Umstellung vorgesehen, doch hängt das von der rechtzeitigen Anlieferung der bereits bestellten Autobusse und von der zeitgerechten Fertigstellung einer neuen Garage ab. Auf Grund von Versuchsfahrten haben sich die Verkehrsbetriebe entschlossen, sich auf Doppeldeckautobusse mit selbstschließenden Türen festzulegen, die auf stark frequentierten Linien eingesetzt und nach einer Lizenz in Österreich erzeugt werden sollen. Es werden immer neue Wünsche auf Umstellung geäußert, und in der letzten Zeit hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Ersatz der Linien E<sup>2</sup>, G<sup>2</sup> und H<sup>2</sup> durch Autobusse ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Die erforderliche Umstellung muß in Einklang mit der Durchführung der neuen Verkehrsplanung stehen. Für die Verlängerung der Gürtellinie, der Verbindung mit der Schnellbahn, wurde der Auftrag erteilt, zwei Projekte zu erstellen, eines in schienenbahnmäßiger Form und eines in Form der Alwegbahn.

Es kann nunmehr angenommen werden, daß der Generalverkehrsplan in verhältnismäßig kurzer Zeit vorliegen wird. Eine Ergänzung muß er in einen sogenannten Verkehrsstromplan finden, der ebenfalls in Arbeit ist. Ich bin allerdings der Meinung, daß in einem Generalverkehrsplan unter allen Umständen auch ein künftiges U-Bahnnetz enthalten sein muß.

Die bisher vorgelegten U-Bahnpläne haben zugegebenermaßen den Nachteil, daß sie von vornherein ein Netz von über 40 Kilometern vorschlagen, was zirka sechs Milliarden Schilling verschlingen würde. Zunächst wäre Wien aber schon mit einem "kleinen U-Bahnnetz" geholfen, wodurch der Massenverkehr im Raum zwischen Gürtel und Donaukanal abgewickelt werden könnte.

Natürlich müßte dieses kleine U-Bahnnetz der Wiener Innenstadt an mehreren Punkten mit dem bestehenden Stadtbahnsystem in eine direkte Verbindung gebracht werden, was am Westbahnhof, zwischen Kettenbrückengasse und Karlsplatz, bei der Station Alser Straße und bei der Volksoper möglich wäre. Ein solches etwa sieben Kilometer langes zusätzliches U-Bahnnetz könnte mit etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Schilling gebaut werden.

Um zu verhindern, daß bisher ausgeführte Projekte durch spätere Planungen im Rahmen des Generalverkehrsplanes illusorisch oder überholt werden, sollten künftighin nur solche Projekte in Angriff genommen werden, von denen einwandfrei feststeht, daß auch im künftigen Generalverkehrsplan keine andere Lösung vorgesehen ist. Es sollen auch nicht Zwischenlösungen angestrebt werden, von denen von vornherein feststeht, daß sie nur während einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine gewisse Erleichterung schaffen, sondern es sollen womöglich ganze und dauerhafte Lösungen angestrebt werden. Es mag sicher richtig sein, daß z.B. die Projektierung der Schottentor-Kreuzung eine gewisse Erleichterung im Oberflächenverkehr bringen wird. Vernünftiger wäre es aber auf alle Fälle, schon jetzt den Straßenbahnverkehr in der Währinger Straße und in der Alser Straße überhaupt zu entfernen und den Massenverkehr in den Untergrund zu verlegen.

Wenn der Voranschlag gehalten und der mühselig zustande gebrachte Teilerfolg der Sanierung nicht neuerlich gefährdet werden soll, muß versucht werden, neue Belastungen, wie z.B. die Auswirkungen des 14. Monatsgehaltes und der 45-Stundenwoche durch Einsparungen und andere Rationalisierungsmaßnahmen aufzufangen. Ich richte daher den eindringlichen Appell an die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, bei allen Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen aktiv mitzuarbeiten. Nur dann können Investitionskürzungen einerseits oder gar Tariferhöhungen andererseits, die beide dem arbeitenden Volk abträglich sind, vermieden werden.

Die Elektrizitätswerke haben im Jahre 1957 1.330 Millionen kWh an elektrischer Energie abgegeben, im heurigen Jahr wird der Stromverkauf voraussichtlich 1.420 Millionen kWh betragen, für das nächste Jahr wird der Stromverkauf schätzungsweise mit 1.521 Millionen kWh angenommen, das ist um rund 7 Prozent höher als der

Ansatz im Erfolgsplan 1958. Beim Wirkungsgrad wird neuerlich eine Verbesserung von 83,5 Prozent auf 84,5 Prozent angenommen.

Bei den Gaswerken war bei den Produktionsannahmen von vornherein die Änderung des Heizwertes zu berücksichtigen. Bezogen auf einen Heizwert von 4.600 Kalorien, werden pro 1959 512 Millionen Kubikmeter an verkauftem Gas präliminiert gegen 474 Millionen Kubikmeter im Voranschlag 1958 und 433 Millionen Kubikmeter laut Ergebnis pro 1957. Es wird demnach eine Steigerung der Verkaufsmenge um rund 38 Millionen Kubikmeter, das sind acht Prozent, angenommen. Die eingesetzte Erdgasmenge erfährt eine neuerliche Steigerung von 220 Millionen Nm<sup>3</sup> auf 265 Millionen Nm<sup>3</sup>.

Die Wiener Verkehrsbetriebe kalkulieren pro 1959 auf Strassenbahn, Stadtbahn, im Kraftfahrverkehrsbetrieb und auf der Linie 22 mit 505,8 Millionen Fahrgästen; das ist die gleiche Fahrgastfrequenz wie sie den Erfolgsplan 1958 zugrunde gelegt worden ist. 1957 wurden effektiv 503,3 Millionen Fahrgäste erreicht. Nach wie vor muß es unsere Aufgabe sein, durch geeignete Maßnahmen zu versuchen, abgewanderte Fahrgäste wieder den öffentlichen Verkehrsmitteln zuzuführen.

Bei der Städtischen Bestattung wird die gleiche Anzahl von 25.000 Bestattungsfällen angenommen.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einem Bierverkauf von 160.000 hl gegen 150.000 hl im Wirtschaftsplan 1958 und erreichten nahezu 170.000 hl im Jahre 1957.

Bei der Gewista werden die veranschlagten Einnahmen aus dem Reklamegeschäft um rund 3,1 Millionen Schilling oder 22 Prozent höher angenommen als 1958. Die Mehreinnahmen werden aus der Auswertung neuer Reklamearten erzielt, wobei die Straßenbahn-Bordwandtafeln von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke beziffert sich pro 1959 auf 3.137,8 Millionen Schilling gegen 2.893,7 Millionen Schilling im Erfolgsplan 1958. Es ist demnach beim Aufwand eine Steigerung um 8,44 Prozent zu verzeichnen. Die Erträge der Wiener Stadtwerke erhöhen sich von 2.579,3 Millionen Schilling auf 2.931,1 Millionen Schilling, was einer Steigerung um 13,64 Prozent gleichkommt. Einschließlich des Brauhauses und der Gewista ergibt sich ein präliminierter Gesamtaufwand für 1959 von 3.215 Millionen Schilling und ein Gesamtertrag von 3.009 Millionen Schilling, wobei der Aufwand um 8,31 Prozent und der Ertrag um 13,34 Prozent gegenüber 1958 gestiegen ist.

Stiegen die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke von 1957 auf 1958 um 2.65 Prozent und die Erträge um rund drei Prozent, so sind die Prozentsätze, die zwischen den Erfolgsplänen 1958 und 1959 aufscheinen, wesentlich erfreulicher, da die Erträge infolge der Tarifregulierungen weitaus stärker ansteigen als die Aufwendungen und damit zu einer Verringerung des Defizits beitragen.

Sämtliche sechs Unternehmungen erreichen im Jahre 1959 zusammen 66 Prozent der Ausgaben des Budgets der Hoheitsverwaltung und 63 Prozent der Einnahmen. Im Jahre 1958 waren die entsprechenden Ziffern 67.47 Prozent der Ausgaben und 62.96 Prozent der Einnahmen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich somit die Verhältnisziffer des Aufwandes geringfügig erniedrigt, während infolge einer besseren Ertragslage der Unternehmungen im Jahre 1959 die Verhältnisziffer für die Einnahmen sich zugunsten der Unternehmungen verschoben hat.

Was die Personalstände der Wiener Stadtwerke anbelangt, so ist festzustellen, daß unter Einbeziehung der Verschiebung bei den Jugendlichen für das Jahr 1959 um insgesamt 525 aktive Bedienstete weniger angenommen werden als in Wirtschaftsplan 1958. Die Gesamtziffern sind pro 1959 bei den Stadtwerken 19.052 aktive Bedienstete, für 1958 waren es 19.577 Bedienstete. Bei den Pensionisten ist mit einer Erhöhung der Zahl der Pensionsparteien bei den Wiener Stadtwerken um 56 zu rechnen. Es steht somit für alle sechs Unternehmungen einer Personalreduktion um 528 Bediensteten eine Erhöhung des Standes der Pensionsparteien um 52 gegenüber, sodaß sich der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten gegenüber dem heurigen Jahr um 476 vermindert. Von Bedeutung ist hierbei, daß die Steigerung des Standes der Pensionsparteien in einem wesentlich geringeren Ausmaß als 1958 erfolgt, wo wir eine Steigerung von 177 bei den Pensionisten zu verzeichnen hatten. In der Verminderung des Personalstandes der aktiven Bediensteten kommen unter anderen die erfolgreichen Bemühungen der einzelnen Direktionen und der Generaldirektion zum Ausdruck, um die Gesamtsituation durch eine wirtschaftlichere Gebarung und Rationalisierung zu verbessern. Gerade aber der Umstand, daß sich der Stand der aktiven

Bediensteten Jahr für Jahr nicht unwesentlich vermindert, bringt es mit sich, daß das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionsparteien sich ständig zu Ungunsten der Pensionsparteien verschiebt, wozu noch die Tatsache kommt, daß infolge der Fortschritte der Medizin die Lebensdauer wesentlich angestiegen ist. Sind im Jahre 1951 auf 100 Aktive bei den E-Werken 69, bei den Gaswerken 73 und bei den Verkehrsbetrieben 94 Pensionsparteien entfallen, so sind es im Jahre 1958 bei den E-Werken bereits 74, bei den Gaswerken 102 und bei den Verkehrsbetrieben 114 Pensionsparteien auf 100 Aktive.

Insgesamt sind bei den Städtischen Unternehmungen 68 Jugendliche beschäftigt. Im Veranschlag 1958 waren es noch 345, von denen der größte Teil nach Erreichung des Lehrzieles in ein fixes Dienstverhältnis übernommen werden konnte. Der gesamte Personalaufwand einschließlich des Aufwandes für die Pensionisten (inklusive gesetzlicher und freiwilliger sozialer Aufwendungen) steigt für die Wiener Stadtwerke von 1.085 Millionen Schilling im Jahre 1958 auf 1.216,4 Millionen im Jahre 1959, das ist somit eine Steigerung um 12,11 Prozent, die sich im Detail bei den E-Werken mit 5,04 Prozent, bei den Gaswerken mit 13,72 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben mit 14,53 Prozent und bei der Bestattung mit 4,07 Prozent auswirkt.

Die Berechnung der Lohtangente auf Grund der ausbezahlten Aktiv- und Pensionsbezüge (inklusive gesetzlicher und freiwilliger sozialer Aufwendungen) ergibt bei den E-Werken 17,85 Prozent, bei den Gaswerken 16,80 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben 61,38 Prozent und bei der Bestattung 27,10 Prozent und im Durchschnitt für die Wiener Stadtwerke 33,13 Prozent von den gesamten Aufwendungen. Die Lohtangente ist besonders bei den Verkehrsbetrieben nicht unwesentlich zurückgegangen, da sie im Veranschlag 1957 noch 66,53 Prozent, gegen 1959: 61,38 Prozent, beträgt.

Die freien Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im kommenden Jahr auf insgesamt 701,198.000 Schilling. Sie erreichen damit ein Ausmaß, das in dieser Höhe bei den vier Unternehmungen bisher noch niemals zu verzeichnen war und das umso mehr zu begrüßen ist, als es die Möglichkeit schafft, den noch immer großen Nachholbedarf, speziell der Monopolbetriebe, in einem forcierten Tempo abzubauen.

Die Investitionen für das Jahr 1958 wurden ursprünglich mit 304,9 Millionen Schilling angesetzt, die sich aber dann durch Sperraufhebungen und durch neue Anträge, deren Deckung bereits aus der ersten Rate des 5-Jahres-Investitionsplanes erfolgte, um 250 Millionen auf 554,9 Millionen Schilling erhöhten. Im Vergleich zum Jahre 1957 können aber im kommenden Jahr noch um 146,3 Millionen mehr investiert werden als im heurigen Jahr.

An Investitionen entfallen auf die einzelnen Werke: Elektrizitätswerke 263,7 Millionen (1957: 277,5 Millionen), Gaswerke 110,4 Millionen (1957: 121,9 Millionen), Verkehrsbetriebe 322,9 Millionen (151,5 Millionen), Bestattung 4,1 Millionen (3,9 Millionen), Brauhaus 3,8 Millionen (3,99 Millionen). Bei der Gewista sind keine Investitionen vorgesehen. Insgesamt betragen die freien Investitionen 704,9 Millionen Schilling gegenüber 559 Millionen im Jahre 1957. Das bedeutet ein Plus von 145,8 Millionen.

Von den 263,7 Millionen, die die E-Werke investieren können, entfallen auf Unspan- und Unterwerke (ohne Bahnwerke) 80,189.000 Schilling, auf Unterwerke für Straßenbahn und Stadtbahn 5,500.000 Schilling, auf Leitungsnetze ohne Bahnversorgung 66,6 Millionen Schilling, auf Leitungsnetze für die Bahnversorgung 5,5 Millionen Schilling, auf Zähler- und Meßeinrichtungen 13 Millionen Schilling und auf die Fortsetzung der Arbeiten an der 60-MV-Anlage im Kraftwerk Simmering 58 Millionen Schilling.

Der Bau von Unspan- und Unterwerken wird in besonderer Weise forciert. So entfallen auf die Fortsetzung der Arbeiten am Unspannwerk Heiligenstadt 7,500.000 Schilling, am Unspannwerk Leopoldau 11,410.000 Schilling, auf die Erweiterung des Unspannwerkes Leopoldstadt drei Millionen Schilling und auf die Fortsetzung der Arbeiten am Unspannwerk Traiskirchen zehn Millionen Schilling. Ferner werden drei neue große Unspannwerke begonnen, und zwar in der Kendlerstraße mit einem Aufwand pro 1959 von 14 Millionen, in Penzing mit fünf Millionen und in Stadlau mit ebenfalls fünf Millionen.

Für die Erweiterung und Verbesserung der Kabelnetze werden 25 Millionen Schilling vorgesehen, für Netzunspanneranlagen 27 Millionen, für Ortsnetze 7,670.000 Schilling und für Umschaltungen 5,460.000 Schilling.

Von den Investitionen der Gaswerke per 110,400.000 Schilling entfallen auf Simmering 5,695.000 Schilling, auf das Gaswerk Leopoldau 5,390.000 Schilling, auf das Straßenrohrnetz 41,8 Millionen und auf Gasmesser 14,5 Millionen Schilling. Außerdem werden im Rahmen des 5-Jahresinvestitionsplanes für das Gaswerk Simmering 25 Millionen, für Leopoldau 9 Millionen Schilling und für das Straßenrohrnetz 6 Millionen Schilling aufgewendet. Von besonderer Bedeutung erscheinen die weiteren Aufwendungen in den beiden Gaswerken für Methan- und Wasserdampfpaltanlagen, ferner die Arbeiten an dem Anschluß für die dritte Rohrleitung über die Donau, die Fortsetzungsarbeiten für die Errichtung des 300.000 Kubikmeter Gasbehälters am Wienerberg und die Aufwendungen für die Erdgasversorgung von Industriebetrieben.

Auf die Wiener Verkehrsbetriebe entfällt im Jahre 1959 der größte Teil der für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel. Es sind insgesamt 322,9 Millionen vorgesehen. Unter der Voraussetzung, daß die österreichische Waggonbauindustrie leistungsfähig genug ist, könnten im Jahre 1959 169 Trieb- und Beiwagen der Großraumtypen, bzw. in Form von Gelenkwagen, 72 Trieb- und Beiwagen für die Stadtbahn neu gebaut und 20 Trieb- und Beiwagen generalinstandgesetzt werden. Für den Autobusbetrieb ist der Umbau von 16 Autobussen mit Mitteleinstieg auf moderne Großraumautobusse vorgesehen. Ferner ist die Anschaffung von 34 neuen Autobussen geplant. Für den Bau einer neuen Groß-Garage im 10. Bezirk mit einem Fassungsraum von 100 Autobussen sind zunächst 8 Millionen vorgesehen. Mit den Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für eine neue Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe in der verlängerten Favoritenstraße kann begonnen werden. Von Interesse für die Bevölkerung erscheint auch, daß man von der Anfertigung von Großraumgarnituren, wie sie auf den Linien 46 und 49 verkehren, abgekommen ist und in Hinkunft einerseits Garnituren verwenden wird, wie sie auf den Linien 0, 66 und 67 verkehren mit einem zweiachsigen modernen Triebwagen und einem vierachsigen Großraum-Beiwagen. Ferner wird der Gelenkwagen, der auf der Linie 71 verkehrt, nunmehr in Serie angefertigt und schließlich werden in Wien neue 6-achsige Gelenkwagen in Auftrag gegeben, für die im Ausland bereits beste Erfahrungen vorliegen.

Das Programm für den Ersatz von Straßenbahnwagen, in denen Schienenbremsen nicht mehr eingebaut werden können, umfaßt den Ersatz von 43.650 Fahrgastplätzen durch Anschaffung von Straßenbahnwagen und Autobussen. Hiefür ist ein Betrag von 446 Millionen erforderlich, von dem eine erste Rate in der Höhe von 124 Millionen im Jahre 1959 untergebracht werden konnte.

Die Städtische Bestattung verwendet die im Investitionsplan vorgesehenen 4,1 Millionen Schilling für eine Reihe von baulichen Arbeiten u.a. für die Errichtung einer Betriebsstelle in Wien 21., für die Erneuerung des Fuhrparkes, für Aufbahrungsgegenstände, Trägeruniformen, Möbelausstattung und diverse Geräte.

Das Brauhaus der Stadt Wien verwendet die in seinem Investitionsplan vorgesehenen 3,7 Millionen in der Hauptsache für eine Niederspannungsschaltanlage in Rannersdorf für einen Lastenaufzug in der Mälzerei, für Kühlanlagen in verschiedenen Depots, für die Anschaffung von fünf Lastkraftwagen und eines Personenkraftwagens, für Transportgebäude und für Ausstattungsgegenstände in eigenen Geschäften und Gaststätten.

Die Gewista hat zunächst für das Jahr 1959 keine Investitionen vor.

Von den aus dem 5-Jahresinvestitionsplan stammenden Mittel in der Höhe von 229 Millionen Schilling entfallen 58 Millionen auf die Elektrizitätswerke, 40 Millionen auf die Gaswerke und 131 Millionen auf die Verkehrsbetriebe.

Außer den freien Investitionen von 704,900.000 Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von mehr als 1.5 Milliarden zu verzeichnen, sodaß für die Investitionen und den Sachaufwand zusammengenommen ein Betrag von 2.3 Milliarden resultiert. Dem gegenüber weisen Sachaufwand und Investitionen der Hoheitsverwaltung pro 1959 eine Summe von 3 Milliarden aus.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führte weiter aus, er habe am Abschluß seiner Budgetrede im vergangenen Jahr mit Befriedigung feststellen können, daß sich die Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien besonders im Zusammenhang mit der von beiden Seiten gewünschten dauerhaften Sanierung der Wiener Stadtwerke gut entwickelt hat.

Es bestehe für die Zukunft berechtigte Hoffnung, daß die sicherlich nicht leichte Arbeit zu einem gedeihlichen und auch für die Bevölkerung befriedigenden Ergebnis führt. Die Verabschiedung des Fünfjahresplanes war eine historische Tat, die im Gemeinderat bereits die entsprechende Würdigung gefunden hat. Die gemeinsam verantworteten Tarifregulierungen brachten den Unternehmungen nicht unwesentliche Mehrerträge und damit auch die Möglichkeit, den Voranschlag für 1959 günstiger erstellen zu können als für 1958.

Gemeinsam habe man sich schließlich in Zusammenhang mit der beabsichtigten Verbesserung des Verkehrswesens in Wien darauf geeinigt, eine Reihe von Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb umzustellen. Sicherlich wird es in gemeinsamer Anstrengung auch künftighin gelingen, das Notwendige in Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung vorzunehmen. Wenn ich dabei in besonderer Weise auch an die Realisierung des von mir heute angeregten kleinen U-Bahn Programmes denke, so fassen Sie das als eine unabdingbare Notwendigkeit der Großstadt Wien auf, die ebenso realisiert werden muß wie etwas das neue Allgemeine Krankenhaus oder die Einbindung der Autobahn oder das Expressstraßennetz, das der Stadt zweifellos ein weltstädtisches Gepräge geben wird.

Abschließend dankte der Referent allen Mitarbeitern in den Unternehmungen sowie auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses XII und seines Büros für die Arbeit, die sie im Laufe des Jahres für die Unternehmungen und damit für die Stadt Wien geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.) Wir sind um ein gutes Stück vorwärts gekommen und die Investitionen, die die Unternehmungen im Jahre 1959 im Interesse einer guten Versorgung und Bedienung der Bevölkerung erbringen werden, können sich in jeder Weise sehen lassen und bilden einen namhaften Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung. Möge das neue Jahr nicht nur ein gutes für die Unternehmungen, sondern auch für die Stadt Wien und für unser Österreich werden. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Hierauf stellte Stadtrat Dkfm. Mathschlager die formellen Anträge.

Der Vorsitzende GR. Sigmund unterbricht um 18.50 Uhr die Sitzung. Die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Statlichen Unternehmungen werden morgen, Samstag, um 8 Uhr früh, mit der Debatte fortgesetzt werden.

- - -

#### Josef Maria Pernter zum Gedenken

=====

19. Dezember (RK) Am 20. Dezember sind es 50 Jahre her, daß der Meteorologe Hofrat Prof. Dr. Josef Maria Pernter in Arco gestorben ist.

Am 15. März 1848 zu Neumarkt in Tirol geboren, studierte er in Innsbruck und Wien und wurde Assistent an der Zentralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus. Von 1884 bis 1897 wirkte er als Professor für kosmische Physik in Innsbruck, anschließend wurde er als Direktor der Zentralanstalt und als Ordinarius für Physik der Erde an die Universität Wien berufen. Pernter veröffentlichte zahlreiche Schriften mit bemerkenswerten Forschungsergebnissen über die Hhenerscheinungen, über die Verhältnisse in den höheren Luftschichten und über die meteorologische Optik. Indem er die Bedeutung der Lichtbeugung hervorhob, konnte er die Theorie des Regenbogens wesentlich vervollkommen. Sehr verdienstvoll waren seine Bemühungen um die Verbreitung des praktischen Verständnisses der Wetterkunde. Auch der Auf- und Ausbau der Zentralanstalt für Meteorologie ist ihm zu danken. Prof. Pernter war Mitglied der Osterreichischen Akademie der Wissenschaften.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN. MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 20. Dezember 1958

Blatt 2771

Geehrte Redaktion!

=====

20. Dezember (RK) Wir erinnern daran, daß Montag, den 22. Dezember, zwei Ereignisse stattfinden, die für die Presse interessant sind.

Um 10.30 Uhr wird Stadtrat Heller die über den Südtiroler Platz führende Fahrbahn in der Richtung zur Stadt freigegeben.  
Treffpunkt: Ecke Landgutgasse - Favoritenstraße.

Um 14.30 Uhr findet in Presseclub Concordia eine Pressekonferenz statt, bei der maßgebende Persönlichkeiten von Bund und Stadt zum ersten Male grundlegende und eingehende Informationen über die Planung eines Autobahn- und Expresstraßen-  
netzes geben werden.

- - -

Fahrpreis zu Weihnachten und Neujahr

=====

20. Dezember (RK) Donnerstag, den 25. (Christtag) und Freitag, den 26. Dezember (Stephanitag) sowie am Donnerstag, den 1. Jänner (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 4.- Schilling in T.G. I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen in T.G. I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesen Tagen ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten

aber die Übergangsfahrscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20 Schilling, 3.60 Schilling und 4.- Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrschein (in Vorverkauf 2.- Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind Mittwoch, den 24. Dezember von 6.30 bis 14 Uhr, am Mittwoch, den 31. Dezember ganztägig und Donnerstag, den 1. Jänner von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Donnerstag, den 25., und Freitag, den 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, Wien VI, Rahlgasse 3, ist Mittwoch, den 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr und am Mittwoch, den 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, hingegen Donnerstag, den 25., Freitag, den 26., Samstag, den 27. Dezember, und Donnerstag, den 1. Jänner, geschlossen.

- - -

Erfassung der in Gebiete der Stadt Wien gehaltenen Hunde  
=====

20. Dezember (RK) Zur Erfassung der in Wien gehaltenen Hunde wurden Anmeldeblätter ausgegeben., die bis 10. Dezember 1958 beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt abzugeben waren. Soweit die Anmeldeblätter noch nicht abgegeben worden sind, muß dies unverzüglich nachgeholt werden. Das Anmeldeblatt ist auch dann abzugeben, wenn kein Hund gehalten wird.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen:Die Debatte zum Voranschlag der Städtischen Unternehmungen  
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurde heute früh die Debatte über den Voranschlag der Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, begonnen.

Als erster Redner sprach GR. Maller (VO). Er stellt fest, daß aus den vorgelegten Wirtschaftsplänen die Entwicklung der drei wichtigsten städtischen Unternehmen klar ersichtlich ist. Die Strom- und die Gaserzeugung haben eine Steigerung in der Erzeugung erfahren und auch in der abgegebenen Menge. Bei den Verkehrsbetrieben kann man mit der gleichen Zahl der beförderten Personen rechnen. Die Tarifierhöhungen haben den Verkehrsbetrieben in keiner Weise geholfen, da eine große Zahl vollzahlender Fahrgäste dadurch verloren wurde. Es haben sich auch die Annahmen als nicht richtig erwiesen, daß zum Beispiel bei den Kleinzonenfahrscheinen zu einem Schilling zirka 4,6 Millionen im Monatsdurchschnitt verkauft werden. Es waren in Wirklichkeit nur 929.000 verkaufte Fahrscheine. Die Erwartungen haben sich also auch hier keineswegs erfüllt. Dasselbe gilt für den Teilstreckentarif zu 1.80 Schilling. Der Redner richtet an Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Bitte, nachdem es hier Vergleichsmöglichkeiten gibt, mitzuteilen, wie viele Fahrkarten von Juni bis Oktober 1957, also vor der Tarifierhöhung, verkauft wurden und wieviel es im gleichen Zeitraum des heurigen Jahres waren. Ebenso bittet er um die Mitteilung, wieviel Ververkaufsfahrscheine, Sechs-Tage-Wochenkarten, Streckenkarten, Netzkarten und Schülerkarten in den gleichen Zeiträumen verkauft wurden. Er stellt fest, daß die Bevölkerung über die einzelnen Tarifmöglichkeiten viel zu wenig informiert wurde und regt die Anbringung von entsprechenden erläuternden Anschlägen in den Straßenbahnen an.

Der Redner stellt fest, daß man aus den diesjährigen Wirtschaftsplänen ersehen kann, daß die Strom- und Gasabnehmer sowie die Benützer der Straßenbahn den normalen Aufwand der Städtischen Unternehmungen decken. Es würde niemandem einfallen, zum

zum Beispiel von den Autofahrern zu verlangen, daß sie für die Instandsetzung oder den Neubau einer Straße einen Beitrag leisten sollen. Von den Benützern der Straßenbahn verlangt die Gemeinde Wien, daß sie mit dem Fahrschein auch für die Erhaltung und Erneuerung des Wagenparkes aufkommen sollen. Man könne das nur als ungerecht und unsozial bezeichnen. Darüber hinaus müssen sie auch noch für die Abschreibungen und, wie es bei den Tarifen für Gas und Strom der Fall ist, auch noch die Gebrauchsgebühr aufbringen. Er bittet um Bekanntgabe, welche Beträge in diesem Zusammenhang an den Finanzminister, bzw. an den Finanzstadtrat abgeführt werden müssen. GR. Maller schlägt eine Streichung der Gebrauchsgebühr für Strom und Gas vor.

Der Redner bemängelt sodann die Erläuterungen zum Voranschlag der Städtischen Unternehmungen, aus denen er vieles Wissenswerte nicht ersehen könne. Er ersucht, die kommenden Wirtschaftspläne-Erläuterungen so auszuarbeiten, daß man aus ihnen auch etwas entnehmen kann.

Auf dem Gebiete der Stromerzeugung rechnet man für das kommende Jahr mit einer Steigerung um 99 Millionen Kilowattstunden. Das Hauptproblem der E-Werke sei jedoch nicht die Frage, wie die Stromerzeugung zu steigern wäre, sondern wie dieser Strom an den Verbraucher gebracht wird. Von dem für den Ausbau des Kabelnetzes veranschlagten Betrag von 53 Millionen Schilling sind mehr als 50 Prozent gesperrt. Das heißt, daß im kommenden Jahr für den Ausbau des Kabelnetzes um fünf Millionen weniger ausgegeben werden können als heuer. Das selbe gelte auf den Sektor der Gaserzeugung, bzw. Gasabgabe. Auch hier sind die Steigleitungen vielfach zu schwach. Durch die erzielten Reingewinne bei E-Werk und Gaswerk hat sich nun auch erwiesen, daß die Tarifierhöhungen für die beiden Unternehmungen vollkommen ungerechtfertigt waren.

Der Redner kommt sodann auf die Absicht zu sprechen, das Brauhaus der Stadt Wien zu verkaufen. Seine Fraktion hat das Brauhaus besichtigt und konnte feststellen, daß es ein gepflegtes Unternehmen ist. Auch die Qualität des Bieres habe sich in letzter Zeit entscheidend gebessert.

Das Brauhaus der Stadt Wien sei ein aktives Unternehmen, das im kommenden Wirtschaftsjahr einen Gewinnüberschuß von rund 261.000 Schilling haben wird. Es erhält sich also selbst. Die Arbeiter und Angestellten des Brauhauses haben für ihr Unternehmen viel geleistet. Es dürfte daher jetzt nicht verschleudert werden. Der Redner stellt einen Beschlußantrag gegen den Verkauf des Brauhauses. Er verlangt auch, daß die Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse XII und II das Brauhaus besichtigen mögen. Das Brauhaus der Stadt Wien könne mit den anderen Erzeugnissen konkurrieren und die Wiener Gastwirte sollten dazu beitragen, daß sein Produkt an die Konsumenten kommt.

Warum will man das Brauhaus verkaufen und nicht z.B. die Grundstücke, die ihm gehören, die fünf bis sechs Millionen einbringen könnten? Der Redner ersucht um Mitteilung, welche Ertragnisse dem Brauhaus in den letzten zehn Jahren für betriebsfremde Aufwendungen entzogen wurden, und ferner eine bindende Erklärung abzugeben, daß das Brauhaus der Stadt Wien nicht verkauft wird.

Bei den Verkehrsbetrieben wurden die Tarife seit den letzten Wahlen im Jahre 1954 trotz gegenteiliger Versprechungen der ÖVP und SPÖ zweimal erhöht. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Tarifierhöhungen nicht zur Sanierung der Verkehrsbetriebe führen und die Zahl der Straßenbahnbenutzer sinkt. Der Ausweg ist, daß die städtischen Tarife nach sozialen Gesichtspunkten festgelegt werden. Unsere Stadt braucht einen einheitlichen Tarif für alle Verkehrsmittel. Man muß mit derselben Karte von der Straßenbahn in den Autobus umsteigen können, was besonders für die Randgebiete und neuen Siedlungen gilt. Auch sollte man die unsozialen Benützungsbestimmungen der Wochenkarten aufheben. Die jetzigen Kurzstreckentarife seien für die Menschen viel zu kompliziert. Man könne doch den Wienern so viel Vertrauen schenken, daß man sagt: bei einem Schilling kann man drei oder vier Stationen fahren. Sie werden freiwillig aussteigen. So eine Maßnahme würde den Verkehrsbetrieben neue Fahrgäste bringen.

Es ist an der Zeit, daß Schritte eingeleitet werden, um die Basis für ein einheitliches Tarifsystem der Straßenbahn-Stadtbahn mit der Schnellbahn zu schaffen, bei gleichzeitiger Einbeziehung der Autobusse in den städtischen Tarif. Dabei darf man aber nicht

damit spekulieren, die Tarife in ihrer Gesamtheit wieder zu erhöhen.

GR. Maller verlangte weiter eine Verlängerung der Schnellbahn nach Leopoldau, die Einbeziehung der Vorortelinie in das Wiener Verkehrsnetz sowie die Verlängerung mehrerer Straßenbahnlinien, so vor allem der Linien 25 und 117, 65, 16, C und 48, sowie die Führung eines städtischen Autobusses auf den Wienerberg. Weiter nahm er zu dem Vorschlag von Stadtrat Nathschläger auf Schaffung eines kleinen U-Bahnnetzes Stellung und sprach sich für eine Prüfung dieses Projektes und gegebenenfalls für dessen Realisierung aus.

Ferner bat der Redner um Bekanntgabe der Zugfolge der Linie 49 in den Stoßzeiten und eine Überprüfung der Situation an der Baumgartner-Schleife. Auch forderte er, die Linien 11 und 132 zweigleisig auszubauen, und urgierte den Ausbau der Heizungen in den Wagen und eine Herabsetzung der Fahrzeitenintervalle.

Abschließend berichtete der Redner als persönliches Erlebnis, welche Schwierigkeiten man ihm bereitet habe, als er den Wunsch äußerte, die Dienstvorschriften für die Verkehrsbetriebe kennenzulernen. Er habe sich die Dienstvorschriften schließlich auf anderem Wege besorgt und verstehe, warum man sie ihm nicht gegeben habe. Die Dienstvorschriften stammen aus dem Jahre 1912.

Zusammenfassend erklärte GR. Maller, auf Grund der Erstellung der Wirtschaftspläne und der Zustände in dieser Geschäftsgruppe, sei seine Fraktion nicht in der Lage, die Zustimmung zu den Ansätzen zu geben.

GR. Schwaiger (ÖVP) wies zunächst darauf hin, daß nicht nur Wien mit seinen kommunalen Unternehmungen Sorgen hat. Aus den Sitzungen des Städtebundes und aus den Zeitungen können wir immer wieder entnehmen, daß es auch anderen Städten in Österreich auf diesem Gebiet nicht anders geht. Die Bevölkerung ist teilweise nicht zufrieden mit den Tarifen, mit den zu langen Intervallen der öffentlichen Verkehrsmittel usw. Aber diese Dinge haben wir von den Wienern schon vor 20 Jahren gehört und er sei sicher, daß man sie auch in den nächsten 20 Jahren hören werde, selbst wenn man sich noch so bemühen wird. Wir alle wissen jedoch, daß vom Stadtrat angefangen bis zum kleinsten Schaffner sämtliche Bedienstete der Unternehmungen bestrebt sind, das beste an Leistung für die Wiener Bevölkerung zu geben.

Man erinnere sich doch nur an 1945, in welchem Zustand E-Werke, Gaswerke und Straßenbahn waren.

Wesentlich bedenklicher werden die Dinge, wenn sich ein Gemeinderat in gefährlichen Ausführungen mit den Zuständen bei den Städtischen Unternehmungen befaßt. GR. Sigmund hat am Montag beim Rechnungsabschluß 1957 erklärt, er habe noch selten einen wirtschaftlich schlechteren und in seinen Auswirkungen gefährlicheren Vortrag gehört, als den, den Stadtrat Dkfm. Nathschläger zum Jahresabschluß 1957 gegeben habe. GR. Schwaiger entgegnet dem, er müsse sagen, er habe in diesem Haus seit 1945 außer von den Kommunisten noch selten einen wirtschaftlich falscheren und vor allen in seinen Ausführungen gefährlicheren Vortrag gehört. GR. Sigmund hat dann weiter gesagt, daß systematisch die Grundlagen ungeheurer Werte der Wiener Bevölkerung vernichtet worden sind. Die SPÖ hat sich hier jedoch ein schweres Eigentor geschossen. Jeder Beschluß in diesem Haus, der laut GR. Sigmund die Vernichtung ungeheurer Werte zur Folge hatte, konnte nur durch das "Ja" der Sozialisten gefaßt werden. Auch in der Tarifpolitik haben sie sich nicht den Wünschen der ÖVP gefügt; sie waren der Meinung, daß die Haltung der Volkspartei im Jahre 1955 falsch gewesen ist und haben sich nicht abhalten lassen, die Tarifierhöhungen im Gemeinderat beschließen zu lassen.

GR. Sigmund hat uns allerdings nicht das Rezept gegeben, wie man es besser machen könnte. Nur im Ausschuß habe er vor kurzen einmal bei der Gewista die Forderung vertreten, diese Unternehmung möge doch versuchen, beim Finanzreferenten zu erreichen, die Gewinne nicht an die Hoheitsverwaltung abführen zu müssen. Die ÖVP hat schon immer darauf hingewiesen, daß der Finanzreferent zumindest vorübergehend auf die Gewinne der Unternehmungen verzichten sollte, die unter den Deckmantel verschiedener Gebühren an die Hoheitsverwaltung gezahlt werden. Die ÖVP hat ihr Rezept, wie man die Städtischen Unternehmungen sanieren könnte, schon vor Jahren geliefert. Bereits 1951 und dann jedes Jahr wieder, haben wir verlangt, daß endlich ein langjähriger Investitionsplan erstellt wird, der durch langfristige Anleihen gedeckt werden soll.

Zur SPÖ gewendet meint der Redner, hätten sie unsere Sanierungsvorschläge nicht wenigstens jetzt angenommen, dann wären wir nie zu einem Rechnungsabschluß 1957 gekommen. Heute könne man feststellen: wenn dieses Budget 1959 auch noch nicht schön ist, so weist es doch schon die Anzeichen einer kommenden Sanierung und Stabilisierung auf.

Der Redner spricht dann über die einzelnen Unternehmungen und bezeichnet es als erfreulich, daß, Gaswerke und E-Werke für sich allein betrachtet, die Krise überwunden ist. Der Umsatz dieser beiden Unternehmungen steigt weiter. Der Stromabsatz wird um sieben Prozent, der Gasabsatz um acht Prozent höher sein. Der Redner vertritt wieder die Meinung, daß die Grundlagen dazu der Raab-Kamitz-Kurs geliefert habe. Ohne die Verdienste des österreichischen Volkes bestreiten zu wollen, wies er darauf hin, daß im Jahre 1952 eine Deckung unserer Währung zu 6,9 Prozent bestand, während das Deckungsverhältnis 1958 79.19 Prozent beträgt. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist dies ein Verdienst des österreichischen Volkes. Den Kurs eines Schiffes bestimmen aber Kapitän und Steuermann und in Österreich sind dies Raab und Kamitz.

Als weniger erfreulich bezeichnet der Redner die Lage der Verkehrsbetriebe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in der "Arbeiter-Zeitung", in dem über das Defizit der Bundesbahnen geschrieben wurde, und dieses als kein echtes Defizit bezeichnet wird. Der Verfasser dieses Artikels klagt über die sozialen und Subventionstarife, die die Bahn der arbeitenden Bevölkerung geben muß und erklärt, daß Familienpolitik nicht Sache der Bundesbahnen, sondern Sache des Staates sei. GR. Schwaiger stellt fest, daß diese Ausführungen auf die Wiener Verkehrsbetriebe ebenso zutreffen. Obwohl sie ein Wirtschaftsunternehmen sind, sind sie gezwungen, der arbeitenden Bevölkerung Sozialtarife zu gewähren, die sie jährlich ca. 100 Millionen Schilling kosten. In diesem Artikel wurden auch die fremden unechten Personallasten angeführt, die die Bundesbahnen zu tragen haben. Dasselbe könne von den Städtischen Unternehmungen behauptet werden. Die Altpensionisten kosten die Städtischen Unternehmungen heute noch jährlich rund 268 Millionen Schilling. Dies bedeutet natürlich eine schwere Belastung für das Budget. Diesen Ausgaben steht

keine Einnahmepost gegenüber. (VBgm. Honay: Wer soll denn diese Pensionisten bezahlen?) Der Redner bezeichnet es als ein Kuriosum in Österreich, daß die Städtischen Unternehmungen wohl die Personallasten tragen müssen, daß aber bei Verhandlungen, wie sie in der letzten Zeit wegen Gewährung des 14. Monatsbezuges stattfanden, der Stadtrat für diese Unternehmungen nicht einmal beigezogen wird. Auch die 30prozentige Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Pensionisten bringt für die Unternehmungen eine jährliche Mehrausgabe von 115 Millionen Schilling.

Der Redner hofft, daß durch den vom Gemeinderat beschlossenen Investitionsplan und langfristigen Anleiheplan in absehbarer Zeit die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrsbetriebe gesichert wird. Es werden auch ständige Bemühungen notwendig sein, die Betriebe zu modernisieren und zu rationalisieren. Die Ausführungen des Stadtrates Riemer über Einsparungen durch längeres Tragen der Uniformen, Abstellung der Teilnahme der Musikkapelle bei Begräbnissen usw. haben ihn erschüttert. Es wäre zu überlegen, ob derartige Maßnahmen der richtige Weg sind.

GR. Schwaiger erklärt, er könne sich dem Appell des Stadtrates Dkfm. Nathschläger an die Gewerkschaft nur anschließen. Man müsse bedenken, daß es sich hier um kein privatwirtschaftliches Unternehmen handelt, sondern um ein Unternehmen, das im Besitz der gesamten Wiener Bevölkerung ist und das, je besser es arbeitet, umso besser die Ansprüche der Wiener Bevölkerung erfüllen kann.

Der Redner kommt sodann auf die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt zu sprechen. Er stellt fest, daß sich beim Massenverkehr immer größere Schwierigkeiten ergeben. Es muß daher eine zweite Verkehrsebene geschaffen werden, egal ob in der Form einer U-Bahn, Stadtbahn oder sonst einer Bahn. Stadtrat Nathschläger hat ein neues Projekt unterbreitet, ein sogenanntes kleines U-Bahnprojekt, das sich vom Gürtel bis zum Donaukanal erstrecken soll. Dadurch würde gerade der am stärksten frequentierte Teil unserer Stadt entlastet werden. Erfreulich ist der Beschluß, daß es endlich zum Bau der Schnellbahn Floridsdorf - Meidling kommt.

./.

Eine Entlastung für die Straßenbahn wird jedoch nur dann eintreten, wenn für Straßenbahn und Schnellbahn Tarifgleichheit gilt. Die Schnellbahn müßte während der Spitzenzeiten in kurzen Intervallen geführt werden und von dem sehr zeitraubenden Güterverkehr befreit sein. Auch das Projekt, die Gürtellinie nach Meidling zu verlängern, ist sehr zu begrüßen, egal ob diese Verlängerung in Form einer Stadtbahntrasse gebaut wird oder durch eine Alweg-Bahn. Der Redner verweist jedoch darauf, daß die technischen Gutachten der Fachleute über die Alweg-Bahn nicht gerade geeignet sind, dieses Experiment zu wagen. Darüber hinaus würde der Wagenpark der Verkehrsbetriebe um eine weitere Type vermehrt werden, was nicht immer günstig ist.

Abschließend schließt sich der Redner den Dankesworten Stadtrat Dkfm. Nathschlägers an alle Bediensteten seiner Gruppe an. Er und seine Fraktion danken jedoch auch Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der heuer zum zehnten Male den Voranschlag der Städtischen Unternehmungen referierte. Der Stadtrat hat immer nach bestem Wissen und Gewissen voll Verantwortungsbewußtsein für diese Geschäftsgruppe gearbeitet. Er hat großen Anteil an der langsamen, aber doch stets vorwärtsschreitenden Sanierung der Verkehrsbetriebe. Seine Fraktion werden den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der ÖVI.)

GR. Maria Hirschler (SPÖ) stellt zu den Ausführungen des GR. Maller über einen eventuellen Verkauf des Brauhauses fest, daß gerade die Sozialisten es sind, die immer rechtzeitig Vorsorge treffen, daß die Arbeiter ihren Arbeitsplatz haben. Die Sozialisten wollen jedoch nicht unbedingt den Konsum von alkoholischen Getränken steigern, sondern sie wollen, daß die Arbeiter dieser Stadt einen gesicherten Arbeitsplatz haben und ein gutes, glückliches Familienleben führen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem GR. Dr. Fiedler, der in einer früheren Rede die Vorzüge des Brüsseler Verkehrs geschildert hatte, hielt die Rednerin entgegen, daß dies jedenfalls in Zusammenhang mit der Weltausstellung stehe und dafür nicht nur die Stadt allein aufgekommen ist. Man möge nicht immer sagen, alles andere ist schön, nur in Wien geschieht nichts. Deshalb war es auch erfreulich, daß GR. Schwaiger nun sagte, daß es auch in Wien etwas Schönes gibt, und auch Stadtrat Dkfm. Nathschläger erklärte, er liebe seine Vaterstadt.

GR. Schwaiger habe auch wieder vom "Raab-Kamitz-Kurs" gesprochen. Auch wir könnten von einem "Jonas-Slavik-Kurs" sprechen, und es muß darauf hingewiesen werden, daß Wien die geringste Arbeitslosenzahl hat.

Auf Verkehrsprobleme übergehend, fordert die Rednerin eine Unterführung von Stadlau und einheitliche Tarife für die Wochenkarten auch jener Arbeitnehmer, die die Zubringerlinien benützen müssen.

Unter Hinweis darauf, daß für die Kreditaktion der E-Werke bereits 69 Millionen aufgebracht wurden, hob sie hervor, daß das E-Werk für die Hausfrauen unserer Stadt arbeitet.

Sie bat zu untersuchen, ob nicht das Stadtgas entgiftet werden könnte, um die Mütter von einer Sorge zu befreien und die Zahl der tödlichen Gasunfälle herabzusetzen.

Den GR. Schwaiger fragte sie, wie er sich, nachdem seine Fraktion immer gegen die Tarifierhöhung bei den Verkehrsmitteln Stellung genommen hat, ohne eine solche eine Sanierung dieser Verkehrsbetriebe vorgestellt hätte. Wenn man immer davon spricht, mit Steuergeldern müsse vorsichtig umgegangen werden, so wäre gerade der Bau einer U-Bahn eine Fehlinvestition. Man muß aber den Wagenpark unserer Verkehrsmittel modernisieren, um der Bevölkerung zu zeigen, daß wir ihr Leben so angenehm wie möglich gestalten wollen. Wenn auch noch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so ist es doch gewiß, daß die Sozialisten halten, was sie versprechen. Wir wollen den Armen helfen und dem Volk dienen! (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Liwanec (SPÖ) hielt dem GR. Schwaiger entgegen, daß GR. Sigmund bei der Ausschlußdebatte über den Rechnungsabschluß bezüglich der Gewista lediglich darauf hinwies, daß es notwendig ist, den Betrieb durch Investitionen zu verbessern und auf den heutigen Stand zu bringen. Alles andere, was vorgehalten wurde, hat er nicht gesagt. Angriffe auf Direktor Gerstenmayer konnte niemand heraushören. Wenn GR. Sigmund bezüglich der Städtischen Unternehmungen von zerstörten Werten sprach, so hat er auch erklärt, was er damit meint, und das müssen auch die Mitglieder des Ausschusses wissen.

Er meinte - und da steht er mit den Experten auf einer Linie -, daß es auf die Dauer nicht gut sein kann, wenn man E-Werk und Gas-Werk Mittel für die Verkehrsbetriebe wegnimmt und es ihnen so unmöglich macht, ihre Zuleitungen zu den Abnehmern zu modernisieren. Erfreulich ist, daß GR. Schwaiger nun auch die Auffassung vertritt, daß für die Städtischen Unternehmungen ausschließlich der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII verantwortlich ist.

Die ÖVP spricht immer von der Stabilität des Schillings. Aus den "Salzburger Nachrichten" vom 13. Dezember geht hervor, daß das ein Doppelspiel ist, denn einen Artikel ist zu entnehmen, daß der Bundesobmann des ÖVP-Arbeiter- und Angestelltenbundes und neue Landesobmann der Wiener ÖVP auf einer Tagung wörtlich gesagt hat: Es ist besser, wir verdünnen den Schilling und gewinnen die Wahl, als wir halten den Schilling und verlieren die Wahl. (GR. Leinkauf (ÖVP): Das hat er niemals gesagt! - GR. Mühlhauser (ÖVP): Die "Salzburger Nachrichten" sind bereits geklagt!) Ich glaube, das ist so eindeutig, daß sich jedes weitere Kommentar erübrigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führt in seinem Schlußwort aus, er wolle nach der zweieinhalbstündigen Debatte versuchen, auf einige Anregungen, Wünsche und vorgebrachte Kritiken zu antworten.

Gegen der Ausführungen des VO-Redners über die Abschreibungen bemerkt er, daß aus den Tarifeinnahmen die Regenerierung des Fahrparkes und der Anlagen durchgeführt werden müsse.

Was das Brauhaus betrifft, so sei er für den Verkauf nicht kompetent. Man könne aber verschiedener Meinung sein, ob ein Brauhaus eine kommunale Einrichtung sein muß oder nicht. Er könne natürlich auch keine bindende Erklärung abgeben, daß das Brauhaus nicht verkauft wird. Den Antrag von GR. Maller empfiehlt der Referent der Ablehnung.

Zu dem Wunsch nach einheitlichen Tarifen für alle Verkehrsmittel müsse er immer wieder sagen, daß es Differenzierungen gebe, weil die Kosten bei der Straßenbahn anders sind als beim Autobus. In übrigen werde jedoch in den nächsten Jahren überhaupt eine Tarifumgestaltung durchgeführt werden müssen.

Die Zonengrenzen sind im wesentlichen die gleichen, wie

vor 1938. Es werden außerdem an die Fahrgäste kleine Verzeichnisse ausgegeben und in der Straßenbahn selbst große Plakate angeschlagen. Über den Schnellbahntarif werden zeitgerecht Verhandlungen geführt werden.

Beim kleinen U-Bahn-Projekt geht es darum, daß es auf die Dauer kein Nebeneinander mehr zwischen öffentlichen und individuellen Verkehr geben wird. Es handelt sich nicht darum, daß man mit der U-Bahn früher zum Ziel kommt, sondern darum, daß der Massenverkehr in einer anderen Ebene ungestört und unbehindert funktionieren kann.

Der Referent ist mit dem VO-Redner einer Meinung, daß die Vorortelinie nach Schaffung der Schnellbahn von der Bundesbahn wieder eingerichtet werden sollte.

GR. Maller möge alle seine Wünsche schriftlich bekanntgeben, er werde sie wie immer raschest beantwortet bekommen. Zurückzuweisen sind die Ausführungen des GR. Maller, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen kann, weil die Zustände, die angeblich in dieser Geschäftsgruppe herrschen, nicht dazu angetan sind. Die Direktion und die Generaldirektion sowie alle anderen zuständigen Stellen haben eine ordentliche Gebarung und Führung dieser Gruppe festgestellt. Man könne mit Recht darauf stolz sein!

Zu den Ausführungen des GR. Sigmund habe bereits GR. Schwaiger Stellung genommen. Es muß jedoch nochmals darauf verwiesen werden, daß die Wiener Stadtwerke in den letzten zehn Jahren innerhin Investitionen in der Höhe von 3.5 Milliarden Schilling vorgenommen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Über die Sanierung der Stadtwerke wird noch weiter verhandelt werden müssen. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen in dem gleichen Geist geführt werden, der in der letzten Zeit herrschte. Wenn dies geschieht, wird man auch hier zu einer Besserung der Verhältnisse kommen. Es ist richtig, daß die Gebrauchsgebühr die E-Werke und Gaswerke sehr stark belastet. Sie beträgt jährlich mehr als 40 Millionen Schilling. Es ist bisher nicht gelungen, diese Gebrauchsgebühr von Finanzreferenten refundiert oder gestundet zu erhalten.

Auch an die Gewerkschaft müsse man appellieren. Augenblicklich steht die Forderung des Fahrpersonals der Verkehrsbetriebe nach der 45-Stunden-Woche auf dem Programm. Bei ihrer Durchführung müssen 520 Bedienstete zusätzlich aufgenommen werden, was jährlich ungefähr 20 Millionen Schilling erfordern würde. Man sah einen Weg durch Fahrzeitverkürzung Kosten zu ersparen. Diese Fahrzeitverkürzung wäre durch eine höhere Geschwindigkeit der Straßenbahn zu erreichen. Nun wurde aber bei einer erhöhten Geschwindigkeit von der Gewerkschaft eine Gefahrenzulage verlangt. Ein Mehraufwand durch die 45-Stunden-Woche ohne Einsparungen würde sich aber auf die Investitionen auswirken. Es ist zu hoffen, daß bei einigem guten Willen die Verhandlungen mit der Gewerkschaft doch zu einer Lösung führen.

Die von Gemeinderätin Hirschler geforderte Unterführung Stadlau wird zu dem Zeitpunkt errichtet werden, zu dem die Linie 16 verlängert wird. Es ist zu begrüßen, daß die Rednerin den Erfolg der Geräteaktion hervorgehoben hat. Durch dieses großzügige Finanzierungssystem wird die Anschaffung von Elektro-, bzw. Gasgeräten für rund 80 Millionen Schilling ermöglicht. Bei der Gasentgiftung, handelt es sich um eine rein finanzielle Frage. Die Gaswerke hätten die technischen Möglichkeiten die Entgiftung durchzuführen. In der Schweiz hat man die Bevölkerung durch Volksbefragung darüber entscheiden lassen, ob sie die Gasentgiftung, bei gleichzeitiger Erhöhung des Gaspreises um 10 Prozent, wünscht. Die Schweizer haben trotzdem dafür gestimmt. Es ist jedoch fraglich, ob die Wiener Bevölkerung bereit wäre, diese Kosten auf sich zu nehmen.

Die Erbauung der sogenannten kleinen U-Bahn sei kein Steckenpferd von ihm, stellt Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest. Er ist überzeugt, daß wir eine U-Bahn bekommen müssen. Er freue sich darüber, daß die Sozialisten im Prinzip auch nicht mehr dagegen sind. Es wird sich bestimmt noch die Möglichkeit finden, der Sache näherzutreten. Durch die Modernisierung des Wagenparkes, allein könne man dem Verkehrsproblem nicht mehr Herr werden.

Was seine Verantwortung für die Führung der Städtischen Unternehmungen betrifft, so könne er eine solche nur dort tragen, wo er selbst entscheiden kann. Er könne aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, wenn zum Beispiel der Personalreferent ganz überraschend in der Sitzung des Städtebundes erstmalig den Gedanken der erhöhten Sonderzahlung mitteilt. Er müsse auch dafür die Verantwortung ablehnen, wenn von Finanzreferenten inner wieder zum Teil unter Umgehung des Organisationsstatuts Angelegenheiten der Städtischen Unternehmungen beeinflusst werden.

Abschließend stellt Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest, daß das Jahr 1958 im großen gesehen wieder ein gutes Jahr war. Es wurde viel geleistet und manche Erfolge wurden erzielt. Viel haben dazu verschiedene Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen beigetragen. So wurden zum Beispiel im Jahre 1950 385 Millionen Kubikmeter Gas erzeugt, 1959 werden es 546 Millionen Kubikmeter sein. Das ist eine Steigerung um 41.5 Prozent. Durch eine Änderung in der Betriebsweise in der Gaserzeugung waren für die 1950 erzeugten 385 Millionen Kubikmeter rund 590.000 Tonnen ausländische Steinkohle notwendig, während für die 546 Millionen Kubikmeter im Jahre 1959 nur 370.000 Tonnen Steinkohle notwendig sein werden. Das ist eine Verringerung um 37 Prozent. Auch im Ausland finden die österreichischen und Wiener Aufbauleistungen große Anerkennung. Sicher sind sie nicht zum geringen Teil auf die Koalition zurückzuführen. Diese Koalition soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Wirtschaftspläne für die Wiener Stadtwerke und Gewista mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die Wirtschaftspläne des Brauhauses der Stadt Wien wurden einstimmig angenommen.

./.

### Die restliche Tagesordnung

Hierauf referierte GR. Ing.-Arch. Lust (ÖVP) über den Antrag auf Baubewilligung für die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 21. Bezirk, Tetmajergasse-Dunantgasse.

Stadtrat Lakowitsch nahm die Gelegenheit wahr, auf eine Kritik des GR. Windisch an den Beamten der Baupolizei zu antworten. Er besprach in detaillierter Weise die Tätigkeit und das Vorgehen der Baupolizei und der Baubehörde bei den von GR. Windisch zitierten Fällen und wies jede Pauschalverdächtigung der Beamtenschaft der Baupolizei, die mit einer ungeheuren Verantwortung belastet ist, entschieden zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

### Zu neuen Erfolgen!

#### Die Ansprache des Bürgermeisters

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, ergriff zum Abschluß der Budgetberatungen noch einmal das Wort und führte aus: "In ernsten, alle Verwaltungszweige sachkundig und sorgfältig erfassenden Beratungen haben Sie auch heuer wieder das vornehmste Recht freigewählter Volksvertreter im Bewußtsein Ihrer Verantwortung ausgeübt. Sie haben in gut demokratischer Art einen soliden Haushaltsplan unseres großen städtischen Gemeinwesens für das kommende Jahr erstellt. Er umfaßt alle unsere Vorhaben und Ausgaben, ob sie nun soziale und kulturelle, technische oder wirtschaftliche Fragen betreffen, und bringt sie in ein gesundes, sorgsam ausgewogenes Verhältnis zu den Einnahmen.

Nichts ist natürlicher, als wenn dort, wo die sozialen Schichtungen und Aspekte grundverschieden sind, auch die politischen Auffassungen der im Gemeinderat vertretenen Parteien verschieden sind. Eine echte Demokratie bestätigt sich aber darin, daß sich schließlich nach allem Widerstreit der Meinungen jene Auffassungen durchsetzen, die bei weitgehender Berücksichtigung der Minderheit den Wünschen und Notwendigkeiten der Mehrheit am nächsten kommen.

./.

In dieser Auffassung von organischer Demokratie ist der soeben verabschiedete Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1959 beschlossen worden. Es ist als das gültige Gesetz für unsere nächste kommunale Arbeit zu betrachten und bindet alle, die die Spielregeln der Demokratie respektieren.

Durch gegenseitiges Verständnis haben wir in all den schweren Jahren seit der Niedererrichtung Österreichs vieles vollbracht und zum Besseren gewendet. Aber gleichgroße Aufgaben liegen noch weiterhin vor uns.

In Verlaufe der stürmischen Entwicklung werden uns dauernd neue Aufgaben erwachsen, wie sie besonders auf den technischen Gebieten in Erscheinung treten. Wir haben dieser Entwicklung gerecht zu werden, wenn wir unseren Willen, Wien zu einer modernen Weltstadt zu machen, verwirklichen wollen. Darum haben wir mit vereinter Kraft alles darangesetzt, unsere Heimatstadt bei Wahrung ihres ererbten kulturellen Reichtums ständig zu erneuern und sie immer schöner, gesünder und moderner zu gestalten. Der soeben verabschiedete Voranschlag soll unser wirtschaftliches und kulturelles Leben befruchten und damit beitragen, allen unseren Mitbürgern Brot und Arbeit und das beruhigende Bewusstsein der sozialen Sicherheit zu geben. Es ist das eine Aufgabe, die wir uns Jahr für Jahr setzen und der wir unsere besten Kräfte widmen.

So will ich allen danken, die durch ihre Vorarbeiten an der Erstellung des Budgets mitgewirkt haben. Ich hebe dabei die Umsicht und das große Arbeitspensum des amtsführenden Stadtrates für das Finanzwesen Slavik und die wertvolle Mithilfe hervor, die ihm dabei die amtsführenden Stadträte der einzelnen Verwaltungsgruppen, der Magistratsdirektor, der Kontrollantsdirektor, der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke und die anderen leitenden Beamten des Magistrates und der Städtischen Unternehmungen geleistet haben. Ich danke auch allen sonstigen Beamten, die mit Vorarbeiten für den Gemeindehaushalt betraut gewesen sind. Ebenso auch den Stenographen, der Pressestelle, dem Präsidialbüro und den Zeitungsberichterstatlern, die ihren Teil zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen haben.

Niemals aber dürfen wir vergessen, daß es der Arbeitsfleiß,

./.

das Verständnis und die steuerlichen Leistungen unserer Mitbürger sind, welchen alle bisherigen kommunalen Fortschritte zu verdanken sind. Ich danke ihnen für den Fleiß und den Gemeinsinn, mit dem sie jahrein und jahraus die eigentlichen Voraussetzungen und Grundlagen des öffentlichen Wohles schaffen. Angesichts der bisherigen Leistungen der Gemeindeverwaltung bedarf es kaum noch einer besonderen Versicherung, daß wir mit den uns anvertrauten öffentlichen Mitteln stets überlegt und sorgsam so gebaren werden, daß mit ihnen ein Höchstmaß an Leistungen für die Allgemeinheit erzielt werden kann.

Der Voranschlag für das Jahr 1959 ist ordnungsgemäß und rechtzeitig beschlossen und damit die Fortsetzung der kommunalen Tätigkeit ohne jede Unterbrechung gesichert.

Ich wünsche Ihnen, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, und allen Wienerinnen und Wienern von dieser Stelle aus ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr! Möge es uns zu neuen Erfolgen auf dem Wege in eine bessere Zukunft führen!" (Allgemeiner Beifall. - Die Klubobmänner der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, Dr. Stenner (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP) und Lauscher (VO) begeben sich zu Bürgermeister Jonas, um in Namen ihrer Fraktionen die Festtagswünsche zu erwidern.) Um 12.05 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

- - -

### 39 Schwesterndiplome in Lainz

=====

20. Dezember (RK) Gestern abend wurden in der städtischen Krankenpflegeschule in Lainz an 39 Absolventinnen des dreijährigen Lehrganges die Schwesterndiplome überreicht.

Direktor Doz. Dr. Schneiderbauer konnte den anwesenden Vertretern der Stadtverwaltung Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer über ein erfreuliches Ergebnis der Abschlußprüfungen berichten. 12 Schülerinnen haben sie mit Auszeichnung bestanden.

Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer beglückwünschten die Schwestern zu ihren Diplomen und wünschten ihnen für ihren weiteren Lebensweg die besten Erfolge. Die Stadt Wien erwarte von ihnen, daß sie als Mitarbeiterinnen im städtischen Gesundheitswesen ihr erworbenes Wissen, Können und ihren jungen Idealismus in den Dienst der Patienten der städtischen Krankenhäuser stellen werden.

- - -

### Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

=====

20. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:
- 10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,  
Getränkesteuer für Dezember,  
Gefrorenessteuer für Dezember,  
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.
  - 14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,  
Ortstaxe für Dezember.
  - 15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
  - 25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

- - -

Stadtarchivdirektor i.R. Dr. Rudolf Geyer gestorben  
 =====

20. Dezember (RK) Gestern ist der frühere Direktor des Archivs der Stadt Wien, Univ.-Doz. Dr. Rudolf Geyer, gestorben. 1891 in Wien geboren, trat er 1921 in den Dienst der Stadt Wien. Nach Absolvierung seiner Fachstudien wurde er 1925 dem Archiv der Stadt Wien zugeteilt, zu dessen Direktor er nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bestellt wurde. Mit großer Sachkenntnis und rastloser Hingabe gelang es ihm, das ihm anvertraute Institut durch alle Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu lenken, in vorbildlicher Weise auszubauen und eine den Bedürfnissen moderner Forschung und Verwaltung entsprechende Neuordnung der Archivbestände durchzuführen. Er hat der Wiener Stadtgeschichtsschreibung durch eine Reihe äußerst wertvoller Publikationen neue Impulse gegeben und sich unter anderem auch als Schriftleiter des "Jahrbuchs des Vereins für Geschichte der Stadt Wien" sowie als Initiator und Betreuer einer unübersehbaren Zahl heimatkundlicher Arbeiten besondere Verdienste erworben. Geyer war Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien und Vorstandsmitglied mehrerer wissenschaftlicher Vereine. Nach seiner Ende 1956 erfolgten Pensionierung widmete er sich in besonderem Maße weitgreifenden Studien zur vergleichenden Stadtgeschichte, deren Vollendung ihm nicht mehr vergönnt sein sollte.

Die Beisetzung findet Dienstag, den 23. Dezember, um 14.30 Uhr auf dem Döblinger Friedhof statt.

- - -

Der neue Leiter der Röntgenabteilung in der Poliklinik  
 =====

20. Dezember (RK) Zu unserem gestrigen Bericht über die Amtseinführung in der Allgemeinen Poliklinik ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2725) bitten wir richtigzustellen, daß Doz. Dr. Bruno Thurnher zum Leiter der Röntgenabteilung der Poliklinik bestellt wurde.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 22. Dezember 1958

Blatt 2791

## Neues Landesgesetzblatt

=====

22. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die vom Wiener Landtag am 24. Oktober beschlossene Änderung der Bauordnung für Wien sowie eine Verordnung der Wiener Landesregierung über das Halten von Hunden für Wachtzwecke und das Schoppen von Geflügel.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

## Weihnachtswünsche für den Bürgermeister

=====

22. Dezember (RK) Eine Abordnung von "Jugend am Werk" stattete heute früh Bürgermeister Jonas einen Besuch ab, um ihm die Feiertags- und Neujahrswünsche zu übermitteln. Die Mädchen aus dem Schulungsheim Grundsteingasse brachten als Weihnachtsgabe Kostproben aus ihrer Heimbäckerei, die Burschen aus der Lehrwerkstätte für Metallbearbeitung in der Hellwagstraße eine verzierte Schale. Landesschulinspektor Ing. Herrmann und Vertreter der Wiener Berufsschulen übermittelten dann die Feiertagswünsche und die Geschenke des Schulgemeindereferates. Die Graphiker überreichten ein Schmuckblatt, die Tischler eine Holzkassette mit Einlegearbeiten und die Blumenbinderinnen einen Biedermeier-Blumenkorb.

- - -

## Josef Reitler zum Gedenken

=====

22. Dezember (RK) Am 25. Dezember wäre der Musikschriftsteller und Direktor des Konservatoriums Prof. Dr. Josef Reitler 75 Jahre alt geworden. Ein gebürtiger Wiener, erhielt er eine sorgfältige Erziehung und wirkte nach Absolvierung seiner Studien seit 1907 als Redakteur und Musikkritiker der Neuen Freien Presse. Er ebnete vielen aufstrebenden Künstlern den Weg und baute das Neue Wiener Konservatorium, dessen Leitung er im Jahre 1915 übernahm, zu einer beachtlichen Lehranstalt aus. Aus ihr sind prominente Instrumentalisten und Sänger hervorgegangen. Professor Reitler, der sich um das Wiener Musikleben große Verdienste erworben hatte, flüchtete vor dem Nationalsozialismus nach New York, wo er am Hunter College Theorie unterrichtete und am 13. März 1948 starb.

- - -

Seit heute 10.30 Uhr:

Fahrzeugverkehr über den Südtiroler Platz in Richtung Stadt  
=====

22. Dezember (RK) Weihnachtsbäume mit rot-weißen Fähnchen standen heute Ecke Landgutgasse - Favoritenstraße und Ecke Landgutgasse - Laxenburger Straße. Gegen 10.30 Uhr hatten sich bei den dortigen Straßensperren zahlreiche Favoritner eingefunden, die dabei sein wollten, wenn der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller den Verkehr über den Südtiroler Platz in Richtung zur Stadt freigibt. Mit Stadtrat Heller hatten sich Stadtrat Koci, mehrere Gemeinderäte und Bezirksfunktionäre sowie Stadtbaudirektor Prof. Dipl.Ing. Dr.techn. Pecht mit leitenden Ingenieuren der Stadtbauverwaltung eingefunden. Bezirksvorsteher Wrba dankte der Stadtverwaltung für dieses großartige Verkehrsbauwerk, das nun Stück für Stück in Betrieb genommen werden kann.

Stadtrat Heller wies darauf hin, daß er bei der letzten Presseführung auf dem Südtiroler Platz versprochen hat, daß noch vor Weihnachten die Fahrbahn in der Richtung zur Stadt frei sein wird. Dieses Versprechen konnte trotz unvorhergesehenen Schwierigkeiten gehalten werden. Die Fahrbahn in der entgegengesetzten Richtung wird Mitte Jänner befahren werden können. Die Fahrbahnen werden im Frühjahr noch mit einer 2.5 Zentimeter starken Walz-Asphaltdecke überzogen werden. Die neugebaute Fläche an Fahrbahnen und Gehsteigen beträgt nicht weniger als 50.000 Quadratmeter. Die Kosten des großen Verkehrsbauwerkes Südtiroler Platz belaufen sich auf 80,6 Millionen Schilling. Gegenwärtig wird das Bauwerk unter der Kreuzung winterfest abgeschlossen. Sodann werden Thermo-Blocs aufgestellt, mit denen die unterirdische Baustelle geheizt werden kann, sodaß die Fertigstellungsarbeiten keine Verzögerung erfahren.

Das gesamte Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz soll im Frühsommer des kommenden Jahres vollkommen fertig sein.

Sodann räumte Stadtrat Heller die Straßensperren weg, worauf sich nach einer Begehung der Kreuzung die erste Fahrzeugkolonne in der Richtung zum 4. Bezirk in Bewegung setzte.

### Weihnachtsfeiern in städtischen Anstalten

=====

22. Dezember (RK) Seit Mitte vergangener Woche finden in den städtischen Krankenhäusern, Heimen und Anstalten Weihnachtsfeiern statt, an denen wie alle Jahre Vertreter der Stadt Wien teilnehmen, um den Kranken und Pfléglingen, die zu Weihnachten nicht im Kreise ihrer Familie sein können, die Feiertags- und Neujahrswünsche der Stadtverwaltung zu übermitteln.

Bürgermeister Jonas wohnte heute nachmittag den Weihnachtsfeiern im Franz Josef-Spital, im Wilhelminenspital, im Krankenhaus Lainz und im Allgemeinen Krankenhaus bei. Vizebürgermeister Honay folgte einer Einladung zur Weihnachtsfeier in der Krankenpflegeschule im Wilhelminenspital und Vizebürgermeister Weinberger übermittelte die WeihnachtsgrüÙe den Patientinnen in der Semmelweis-Frauenklinik. Auch die Stadträte, die Mitglieder des Gemeinderates und die Bezirksvorsteher sind seit Tagen als Überbringer von Weihnachtswünschen der Stadtverwaltung an die Kranken und Pfléglinge ständig unterwegs.

Die größte Weihnachtsfeier, die Wien jemals gesehen hat, findet morgen nachmittag in der Wiener Stadthalle statt. Das städtische Wohlfahrtsamt veranstaltet dort für die Dauerbefürsorgten unserer Stadt die traditionelle Vorstellung der Wiener Eisrevue.

- - -

### Diplomaten-Besuche im Wiener Rathaus

=====

22. Dezember (RK) Der Gesandte Israels Yeheskel Sahar und der Gesandte der Südafrikanischen Union Donald B. Sole machten heute vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus ihre Antrittsbesuche. Als weiterer Diplomat stattete dem Wiener Stadtoberhaupt der japanische Botschafter Dr. Hiro Furuuchi einen Höflichkeitsbesuch ab.

- - -

Das Wiener Autobahn- und Expreßstraßensystem  
=====

22. Dezenber (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller legte heute im "Presseclub Concordia" die Pläne über das projektierte Wiener Autobahn- und Expreßstraßensystem dar.

Die bevorstehende Heranführung der Autobahn an Wien von Westen und Süden her hat der Stadt Wien Anlaß gegeben, nicht nur die Weiterführung und Verteilung der von der Autobahn kommenden Verkehrsströme über das Stadtgebiet vorzubereiten, sondern auch das Grundkonzept eines Generalplanes für den Wiener Straßenverkehr aufzustellen und damit eine der dringendsten Aufgaben der Stadtplanung zu lösen.

Der Autoverkehr wächst sprunghaft in der nächsten Umgebung der Städte, weil sich hier Fern- und Nahverkehr zu starken Strömen vereinigen. Durch die Autobahn wird außerhalb der Stadt der Fernverkehr vom Nahverkehr getrennt, und damit die vorhandenen Straßen- und Ortsdurchfahrten entlastet. Um auch im Wiener Stadtgebiet diese zweckmäßige Entlastung des vorhandenen Straßennetzes zu erreichen, soll die Autobahn mit demselben Profil wie außerhalb so weit wie möglich auch in das Wiener Stadtgebiet eingeführt werden. Die vorhandenen Hauptverkehrsstraßen bleiben so für den Nahverkehr erhalten, werden aber von Durchgangsverkehr entlastet. Zur Verteilung des Autobahnverkehrs auf das Stadtgebiet ist ein System von Expreßstraßen geplant, die als anbaufreie Schnellverkehrsstraßen mit geregelten Kreuzungen ausschließlich dem Autoverkehr dienen. Wo sie in Stadtinneren - im Bereich der Lastenstraße, die ebenfalls in eine Expreßstraße verwandelt werden soll - enden, dort soll der Verkehr von großen Parkplätzen und Parkgaragen aufgefangen werden.

Westeinfahrt der Autobahn

Die Westeinfahrt berührt das Wiener Stadtgebiet an der Westgrenze des Lainzer Tiergartens, der ungeschmälert erhalten bleibt, und hat beim Auhof eine Verbindung mit der

Bundesstraße 1, die nach wie vor für den gesamten Nahverkehr durch die Wientalstraße einerseits, die Linzer Straße andererseits fortgesetzt wird. Zwischen diesen beiden Lokalverkehrsstraßen führt in Zukunft als dritte starke Verkehrsader eine Autobahn vom Auhof bis zum Gürtel. Ihre Trasse führt vom Auhof über die Rückhaltebecken der Wien auf die Nordseite der Westbahn und dort bis Hütteldorf, wo man beim Hütteldorfer Bahnhof von der Bundesbahn, der Stadtbahn, der Straßenbahn und den Stadtautobussen auf die Fernautobusse umsteigen kann, die auf der Autobahn verkehren werden. Von hier zweigt die Expreßstraße Flötzersteig in Richtung der nordwestlichen Bezirke ab. Die Autobahn folgt weiter dem Wiental nach Hietzing - Schönbrunn, und zwar ganz kreuzungsfrei zwischen Bäumen und Grünflächen. Sie unterfährt die Hietzinger Brücke und den Vorplatz des Schlosses Schönbrunn, sodaß das Stadtbild und der örtliche Verkehr nicht beeinträchtigt werden. Hinter Schönbrunn zweigt eine Expreßstraße zum Grünen Berg ab, beim Gürtel verteilt sich der Autobahnverkehr über ein großzügiges Verkehrsbauwerk modernster Art auf die Einbahnen des Gürtels. Von hier führt eine Expreßstraße zum Karlsplatz, die die Mariahilfer Straße vom Durchgangsverkehr befreit und in jenen Expreßstraßenzug mündet, der durch Umbau und Modernisierung des Zuges der Lastenstraße als "neue Ringstraße" entstehen soll.

#### Die Südeinfahrt

Auch die aus dem Süden kommende Autobahn soll nicht in die Triester Straße einmünden, sondern als selbständige Autobahn in das Stadtgebiet weitergeführt werden, sodaß die Triester Straße dem Nahverkehr erhalten bleibt, aber vom Fernverkehr entlastet wird. Während aber die westlichen Ausfahrtstraßen an das Wiental gebunden sind, ist es im Süden möglich, die Autobahn am Fuße des Wienerberges und Laaer Berges nördlich der Donauländebahn in weiten Bogen um die Stadt herum durch die Simmeringer Haide zur Donau und von dort weiter durch Floridsdorf an die nördliche Stadtgrenze zu führen. Von dieser großen Tangente wird der Verkehr über alle südlichen und östlichen Ausfallstraßen gleichmäßig in das Stadtgebiet verteilt. Dabei sollen bestimmte Straßenzüge, zum Beispiel Favoritenstraße - Ibsberggasse -

Arsenalstraße - Frinz Eugen-Straße, in anbaufreie Expresstraßen verwandelt werden, die den von Süden kommenden Verkehr direkt auf den Schwarzenbergplatz bringen und so den Karlsplatz entlasten. Im Donaukanal und an der Donau entstehen neue Expresstraßenzüge, in die die Lastenstraße und die östlichen Ausfallstraßen münden. Die südliche Autobahn wird der Erschließung jener Gebiete dienen, die für eine bauliche Entwicklung Wiens in der Zukunft besonders geeignet sind: hier werden nicht nur neue Wohnsiedlungen auf dem Südhang des Wiener Laaer Berges und im 21. und 22. Bezirk entstehen können, sondern auch neue Industriesiedlungen in bester Verkehrslage.

Das vorliegende Konzept für ein Autobahn- und Expresstraßensystem ist von den zuständigen Kommissionen und Körperschaften, vor allem der gemeinderätlichen Planungskommission und vom Fachbeirat angenommen und vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau gut geheißen worden. Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau hat das Land Wien beauftragt, mit der Projektierung des ersten Teiles der beiden Autobahneinführungen nach den vorliegenden Plänen im Raume Wien zu beginnen. Auch die Detailprojektierung der Expresstraßen ist von der Stadt Wien bereits begonnen worden.

+

Einem Bericht über die Pressekonferenz bringen wir in unserer Abendausgabe.

- - -

Wien wird modern!Großzügiges Expresstraßennetz für die Bundeshauptstadt  
=====Stadtrat Heller berichtet im "Presseclub Concordia" - Autobahn  
beschleunigt Stadtentwicklung

22. Dezember (RK) Im "Presseclub Concordia" fand heute unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Kalmar und Regierungsrat Czerny eine Pressekonferenz statt, an der zahlreiche Journalisten des In- und Auslandes teilnahmen. Wiens Baustadtrat Heller, Sektionschef Dipl.-Ing. Seidl von der Bundesstraßenverwaltung und Stadtplaner Prof. Dr. Rainer informierten über das geplante Wiener Autobahn- und Expresstraßennetz. Niederösterreich war durch den Autobahn- und Expresstraßenbau-Referenten des Landes, Hofrat Dipl.-Ing. Mayer, vertreten.

Sektionschef Dipl.-Ing. Seidl führte aus, daß die Vorschläge des Landes Wien dem Ministerium für Handel und Wiederaufbau im Oktober bekanntgegeben wurden. Das Ministerium hat die Vorschläge betreffend die Autobahn geprüft und festgestellt, daß sie grundsätzlich geeignet erscheinen, die Basis für die Autobahnplanung zu bilden.

Hierauf gab Stadtrat Heller einen Überblick über das geplante Autobahn- und Expresstraßennetz (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2795 bis 2797). Der Stadtrat dankte dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau für die rasche und positive Stellungnahme zu den Wiener Projekten. Das Autobahn- und Expresstraßennetz wird eine wesentliche Verkehrsentslastung und -verbesserung in allen Stadtgebieten bedeuten.

Stadtplaner Prof. Dr. Rainer wies auf die städtebauliche Bedeutung des geplanten Straßennetzes hin. Für den Süden von Wien wird die Autobahn besonders wichtig sein, weil hier ein entwicklungsfähiges und heute noch unbebautes Gebiet liegt, das durch die Autobahn zu neuem Leben erwachen könnte. Auf diese Weise wird die Autobahn zur Beschleunigung der Entwicklung der Stadt beitragen. Wichtig ist auch, daß durch das neue Verkehrsnetz die Wiener Hauptgeschäftsstraßen von Durchzugsverkehr entlastet werden können. Die Expresstraßen werden selbstverständlich nur ohne Straßenbahn möglich sein. Einen wesentlichen Bestandteil der Planung bildet auch der Zug der Lastenstraße, der einen zweiten

Ring um die Innenstadt schließen wird.

In der Diskussion wurden vor allem Fragen darüber gestellt wie lange die Verwirklichung der Projekte dauern würde und welche Kosten sie verursachen werden. Es ist jedoch derzeit noch nicht möglich, endgültige Ziffern oder Termine zu nennen, wie die Vertreter der Stadt Wien und des Ministeriums einhellig ausführten. Rein technisch gäbe es keine Schwierigkeiten, die Planung in wenigen Jahren zu verwirklichen. Anfang dieses Jahres werden über die Kostenfrage entscheidende Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau stattfinden.

- - -

#### Eisrevue auch für ungarische Flüchtlinge

=====

22. Dezember (RK) An der morgen, Dienstag, stattfindenden Veranstaltung der Wiener Eisrevue für Wiens Dauerbefürsorgte in der Wiener Stadthalle werden auch 800 ungarische Flüchtlinge teilnehmen. Die Karten wurden vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien zur Verfügung gestellt.

- - -

#### Schweinehauptmarkt vom 22. Dezember

=====

22. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche 43. Neuzufuhren: Inland 4.728, Bulgarien 450, Jugoslawien 99, Polen 1.028. Gesamtauftrieb: 6.348. Verkauft wurden alle.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.70 bis 14 S, 2. Qualität 13.20 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.50 bis 13.20 S. Zuchten 12 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11 S. Ausländische Schweine notierten: Bulgarien 13 bis 13.30 S, Jugoslawien 13 bis 13.20 S, Polen 13 bis 13.70 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 12 Groschen und beträgt 13.42 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen und beträgt 13.23 S.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 23. Dezember 1958

Blatt 2800

Weitere Weihnachtswünsche für den Bürgermeister  
=====

## Die "Christbaumräuber" haben sich gebessert

23. Dezember (RK) Auch am heutigen Tag kamen eine Reihe von Gratulanten in das Rathaus, um Wiens Stadtoberhaupt Glückwünsche für Weihnachten und das Neue Jahr zu übermitteln. Schon um 7.30 Uhr kam der Jugendchor der Stadt Wien, der als akustisches Geschenk für Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl volkstümliche Weihnachtslieder darbot. Die nächsten waren drei Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf. Sie übergaben mit den besten Wünschen für die Feiertage einen Weihnachtsengel aus Goldfolie geschnitten. Darauf folgte eine Abordnung von kleinen Patienten der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe, die während der Arbeitstherapie selbst gebastelte Gegenstände überreichten. Als nächstes trippelten Abordnungen der Wiener Kindergärten herein. Die kleinen Buben und Mädels hatten die Auszeichnung, ihre mitgebrachten Geschenke, darunter einen großen eßbaren Weihnachtsmann, gleich wieder selbst verzehren zu dürfen.

Aus Hernals kamen der Kinderchor der Hauptschule Arzbergergasse, der beste Wiener Schulchor. Wie ein Sprecher der Kinder sagte, haben vor einem Jahr mehrere Hernalser Buben dem Bürgermeister viele Sorgen bereitet. Daß nicht alle Hernalser Kinder so sind, dies wolle der Chor mit seinen Darbietungen unter Beweis stellen. Im übrigen aber haben sich auch die Buben, die damals den Christbaum abräumten und als "Christbaumräuber" durch die Zeitungen gingen, durchaus gebessert.

Bürgermeister Jonas wollte sich jedoch davon selbst über-

./.

the

zeugen und so nahm er zwei der Übeltäter in seinem Arbeitszimmer nochmals ins Gebet. Die Buben versicherten, daß sie sich, wie sie dem Bürgermeister vor einem Jahr versprochen haben, sehr bemühten, Gutes zu tun. Sie sind einkaufen gegangen, haben alten Leuten tragen geholfen, Blinde über die Straßen geführt und auch ihre Aufgaben in der Schule immer brav gemacht. Der Direktor der Schule versicherte, daß sich beide ernstlich bemühen, wenn sie auch keineswegs Engel geworden sind. Nach einem Jahr konnte man wohl auch kein Happy End erwarten, aber immerhin sind die Anzeichen der Besserung erfreulich zu bewerten. Die zwei anderen "Christbaumräuber" sind inzwischen schon der Schule entwachsen.

Als letzte Vormittagsgratulanten überbrachten ein Bub und ein Mädels die Weihnachtswünsche des Wiener Jugendhilfswerkes.

- - -

Die "Wiener Spatzen" bei Vizebürgermeister Weinberger  
=====

23. Dezember (RK) Die singenden "Wiener Spatzen" von St. Karl übermittelten heute vormittag Vizebürgermeister Weinberger in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus die Weihnachts- und Neujahrsgrüße ihrer Pfarre. Der Vizebürgermeister bedankte sich für das ihm dargebrachte weihnachtliche Ständchen. Der Karlskirche wünschte er, sie möge mit Unterstützung der gesamten Bevölkerung bald ihrer Sorge um die bauliche Instandsetzung des ehrwürdigen Bauwerkes loswerden. Dem anwesenden Administrator von St. Karl, Josef Franzl, versprach der Vizebürgermeister seine volle Unterstützung.

- - -

Fahren ist wichtiger als Parken!

=====

Parkverbot in Straßen mit Gleisen beschlossen

23. Dezember (RK): Die Straßenzüge mit Straßenbahngleisen sind fast immer auch die wichtigsten Straßen für den Fahrzeugverkehr. Einen raschen Durchzug gerade dort zu ermöglichen, ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Verflüssigung des Verkehrs im gesamten Stadtgebiet. Um dahin zu kommen, muß verhindert werden, daß der Strom der durchfahrenden Fahrzeuge durch parkende Fahrzeuge im raschen Vorwärtskommen behindert wird. In den Wintermonaten kommt noch das Problem der Schneesäuberung hinzu. Auch sie wird durch die am Straßenrand abgestellten Fahrzeuge illusorisch.

Aus diesem Grund ist in der letzten Zeit in verschiedenen Körperschaften und in der Presse die Notwendigkeit eines Parkverbotes in Straßen mit Straßenbahngleisen diskutiert worden. In der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung beantragte Stadtrat Afritsch eine Verordnung, die ein Parkverbot für die Zeit vom 1. Jänner bis 15. März für solche Verkehrsflächen vorsieht. Davon sollen aber alle durch Gesetz festgelegten und behördlich verfügten Halte- und Parkverbote unberührt bleiben. Die Standplätze der Taxis und der Kraftfahrlinien sind von der Verordnung nicht betroffen. Auf die beschilderten Parkplätze findet sie ebenfalls keine Anwendung, und auch Straßenzüge, in denen die Straßenbahn auf einem eigenen Bahnkörper fährt, wie zum Beispiel auf dem Gürtel, bleiben von dem Parkverbot ausgenommen.

Die über den Antrag geführte Diskussion war sehr sachlich und eingehend. Einhellig herrschte die Meinung, daß das Parken in den Straßen mit Gleisen für den Durchzugsverkehr eine starke Behinderung bedeutet. Stadtrat Lakowitsch regte als Übergangslösung an, das Parkverbot auf die Nächte zu beschränken und es tagsüber nur dann in Kraft treten zu lassen, wenn sogenannter "Schneenotstand" herrscht. Dagegen sprechen aber rechtliche Bedenken, und auch für die Polizei, die schließlich die Befolgung

der Verordnung zu überwachen hat, würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Landesamtsdirektor Dr. Kinzl konnte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß sich die Vertreter der Wiener Polizeidirektion mit der vorliegenden Fassung der Verordnung einverstanden erklärt haben. Stadtrat Koci verwies im Hinblick auf die Schneeräumung darauf, daß er für jeden durchführbaren Vorschlag ist. Doch schein es ihm nicht gangbar, daß man bei fallweiser Erklärung eines Notstandes von den Autobesitzern verlangen kann, sie mögen sofort ihre Autos woanders hinstellen, während anderseits der Sache nicht gedient ist, wenn dies erst viele Stunden später geschieht. Stadtrat Dkfm. Nathschläger erläuterte, daß von den insgesamt 2.500 Kilometern Wiener Straßen nur auf etwas mehr als 250 Kilometern, also auf kaum zehn Prozent aller Straßen, Schienen liegen, wovon auch noch jene Straßenzüge wegfallen, in denen die Straßenbahn auf eigenem Bahnkörper fährt. Ansonsten schloß er sich der Meinung von Stadtrat Lakowitsch an. Stadtrat Slavik vertrat die Auffassung, daß es für den Verkehr in einer Großstadt in erster Linie wichtig ist, daß die Autos fahren können. So bedauerlich es für die Dauerparker selbst ist, von ihren gewohnten Plätzen auf den Hauptstraßen wegzumüssen, so sollten sie doch die wirklichen Notwendigkeiten des Verkehrs anerkennen. Die Autofahrer werden in kürzester Zeit daraufkommen, daß ihnen die neue Lösung das Leben wirklich erleichtert. Auch Stadtrat Afritsch verwies in seinem Schlußwort darauf, daß die Polizei die vorliegende Verordnung begrüßt, da sie klar und auch durchsetzbar ist.

Zu der Verordnung selbst ist noch zu sagen, daß sie natürlich nur das Parken in Straßen mit Straßenbahngleisen verbietet, nicht aber das Halten, wodurch also auch das Ladegeschäft nicht behindert ist. Bei den Straßenzügen, in denen Gleise liegen, die aber nicht ständig benützt werden, wird keine Ausnahme gemacht. Diese haben nämlich in ganz Wien zusammen nur eine Länge von sechs Kilometern. Eine Sonderregelung für diese seltenen Fälle würde nur verwirrend wirken.

Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Neue Einbahnen beim Südtiroler Platz  
=====

23. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Afritsch hat heute die Wiener Landesregierung beschlossen, die im 4. Bezirk gelegene Fahrbahn am Südtiroler Platz in Verlängerung der Graf Starhemberg-Gasse von Haus Nr. 3 bis Nr. 1 als Einbahn zu erklären. Dieses Stück darf in Hinkunft nur in Richtung Gürtel befahren werden.

Auch im 10. Bezirk sind die Favoritenstraße in dem Teil und in der Richtung vom Columbusplatz bis zum Südtiroler Platz und die Laxenburger Straße in dem Teil und in der Richtung zum Südtiroler Platz bis zum Columbusplatz Einbahnen geworden. Die Verbindungsfahrbahn südlich der Südbahnbrücke ist Einbahn in der Richtung von der Laxenburger Straße zur Favoritenstraße.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Die neuen Verkehrsregelungen treten mit dem Aufstellen der Verkehrszeichen in Kraft.

- - -

Personalnachricht  
=====

23. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Leiter der Magistratsabteilung 18, Oberstadtbaurat Arch. Ing. Robert Zeidner, in die Dienstklasse VIII ernannt und ihm den Titel Senatsrat verliehen.

Dem Oberamtsrat Eduard Weyand hat der Wiener Stadtsenat anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand Dank und Anerkennung ausgesprochen.

- - -

Pferdemarkt vom 22. Dezember  
=====

23. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 182 Pferde, davon 5 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 177, als Nutztiere 1 verkauft. Unverkauft blieben 4 Stück.

Preise: Fohlen 11.50 bis 12.80 S, Extremware 7.50 bis 9.-S, 1. Qualität 6.55 bis 7.20 S, 2. Qualität 6.15 bis 6.50 S, 3. Qualität 5.50 bis 6.- S.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 68, Oberösterreich 62, Salzburg 3, Steiermark 8, Burgenland 15, Kärnten 26.

Auslandsschlachthof: 47 Esel aus Bulgarien, Preis 4.50 bis 4.80 S, 8 Stück aus Polen, Preis 6.30 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Pferde um 10 Groschen und erhöhte sich für Fohlen um 82 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Fohlen 12.44 S, Pferde 6.40 S je Kilogramm.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 23. Dezember  
=====

23. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Ochsen, 29 Kühe, 1 Kalbin, Summe 35. Neuzufuhren Inland: 58 Ochsen, 76 Stiere, 381 Kühe, 45 Kalbinnen, Summe 560. Gesamtauftrieb: 63 Ochsen, 76 Stiere, 410 Kühe, 46 Kalbinnen, Summe 595. Es wurde alles verkauft.

Preise: Ochsen 9.- bis 11.70 S, extrem 11.90 bis 12.60 S (6 Stück), Stiere 10.80 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 12.70 S, (7 Stück), Kühe 7.50 bis 10.10 S, extrem 10.20 bis 10.40 S (6 Stück), Kalbinnen 10.70 bis 12.- S, extrem 10.50 S (1 Stück). Beinlvieh Kühe 6.20 bis 7.90 S, Ochsen, Stiere und Kalbinnen 9.60 bis 10.- S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Ochsen um 3 Groschen, Stiere um 26 Groschen, Kühe um 37 Groschen, Kalbinnen um 7 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 10.32 S, Stiere 11.76 S, Kühe 8.63 S, Kalbinnen 10.92 S, je Kilogramm. Beinlvieh notierte fest behauptet.

- - -

Die Eisrevue spielte für Wiens Dauerbefürsorgte  
=====

23. Dezember (RK) Wie alle Jahre leitete auch heuer die Wiener Eisrevue ihren festlichen Einzug in Wien mit einer Sondervorstellung für die Dauerbefürsorgten ein. Den glanzvollen Rahmen der heutigen Erstaufführung bildete zum ersten Mal die Wiener Stadthalle mit ihrer riesigen Eisbühne und den bis zum letzten Platz gefüllten Sektoren. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien hatte zu dieser Gratisvorstellung durch die Bezirksämter 6.100 Frauen und Männer eingeladen. Weitere 800 Eintrittskarten wurden von Vizebürgermeister Honay für ungarische Flüchtlinge bereitgestellt.

Vizebürgermeister Honay begrüßte das frohgelante Publikum, unter dem sich auch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen sowie die Fürsorgeamtsvorstände befanden, im Namen der Stadtverwaltung, wünschte ihnen viel Vergnügen bei der Wiener Eisrevue und allen zusammen ein glückliches, sorgenfreies Jahr 1959.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 24. Dezember 1958

Blatt 2807

## Vizebürgermeister Honay bei den ungarischen Flüchtlingskindern =====

24. Dezember (RK) In dem vom Wiener Jugendhilfswerk geführten Kindererholungsheim "Villa Kellermann" in Vorderhainbach veranstaltete die schwedische Hilfsaktion "Rädda Barnen" für die von ihr betreuten ungarischen Flüchtlingskinder eine schöne Weihnachtsfeier.

Die Kinder wurden von den Schweden mit Kleidungsstücken und vielen Spielsachen beschenkt. Vizebürgermeister Honay unterhielt sich lange mit den Kindern. Er wies in einer Ansprache auf die Verbundenheit Österreichs und Wiens mit den freiheitsliebenden ungarischen Flüchtlingen hin und würdigte die vorbildliche Arbeit der schwedischen Hilfsorganisation "Rädda Barnen".

- - -

## Auftakt zur Ballsaison =====

24. Dezember (RK) Die Wiener Ballsaison bietet bereits zum ersten Wochenende im neuen Jahr eine Reihe von größeren Ballveranstaltungen. Im Rathaus wurden bis jetzt insgesamt 194 Tanzveranstaltungen zur Vergnügungssteuer angemeldet, darunter 105 größere oder repräsentative Bälle. Im kommenden Fasching stehen zum ersten Mal auch die Festsäle der Wiener Hofburg für Veranstaltungen zur Verfügung.

In einem von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien herausgegebenen reichhaltigen Ballkalender werden Tanzveranstaltungen in 21 größeren Wiener Ballsälen aufgezählt.

./.

Samstag, den 3. Jänner finden in Wien folgende größere Bälle statt:

Sophiensäle (Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter),  
Schwechater Hof (Fachgruppe Installateure), Simmeringer Hof  
(Städtische Schulwarte), Grünes Tor (Katholische Burschenschaft  
"Ostgau"), Wimberger (Tschechische Tischlermeister).

- - -

429 gute Bilder um 152.104 Schilling  
=====

24. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die wie alljährlich auch heuer wieder vom Kulturamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit den Wiener Künstlerverbänden in der Secession veranstaltet wird, hat diesmal einen besonders großen Erfolg zu verzeichnen. Bis einschließlich 23. Dezember wurden 429 Kunstwerke um einen Gesamtbetrag von 152.104 Schilling verkauft. Das sind um rund 40.000 Schilling mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtbesucherzahl betrug 32.414. Jeder 50. Käufer durfte sich heuer bekanntlich von einem Wiener Maler porträtieren lassen. Von dieser Möglichkeit wurde gerne Gebrauch gemacht. Die meisten verkauften Kunstwerke stammen von Künstlern, die der Secession angehören.

Die Ausstellung ist noch bis 31. Dezember auch an allen Feiertagen bei freiem Eintritt täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

- - -

Neue Wartehäuschen bei der Bellaria  
=====

24. Dezember (RK) Ein lang gehegter Wunsch der Wiener Bevölkerung wird nun bald in Erfüllung gehen. An einer der stärksten frequentierten Umsteigestellen der Straßenbahn, an der Einmündung der Bellariastraße in die Ringstraße werden in kurzer Zeit zwei schmucke Bauwerke stehen, die den dort wartenden Fahrgästen Schutz vor den Unbilden der Witterung bieten sollen.

Auf der großen Haltestelleninsel vor dem Stadtschulratsgebäude wird ein fast 30 Meter langes, 7 Meter breites auf der dem Parlamentsgebäude zugewendeten Wetterseite durch eine halbkreisförmige Glaswand abgeschlossenes Flugdach errichtet. Eine Wartehalle würde den zur Zeit der Verkehrsspitzen außerordentlich stark flutenden Umsteigeverkehr allzusehr behindern. Die Decke des Flugdaches wird mit Dekorplatten verkleidet sein.

Gegenüber, auf der Seite des Volksgartens errichten die Verkehrsbetriebe ein kompaktes Objekt. Außer der Wartehalle wird es noch eine Vorverkaufsstelle, einen Zeitungskiosk und eine Tabaktrafik enthalten. Die Baukosten betragen 290.000 Schilling. Die beiden alten Holzhütten können dann abgerissen werden.

- - -

Geehrte Redaktion!  
=====

24. Dezember (RK) Am Samstag, dem 27. Dezember, wird beim Wiener Magistrat kein Dienst abgehalten. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint daher erst wieder Montag, den 29. Dezember.

Allen Kollegen und den Beziehern der "Rathaus-Korrespondenz" wünschen wir recht gute Feiertage.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 29. Dezember 1958

Blatt 2810

## Turmblasen am Silvesterabend

=====

29. Dezember (RK) Alljährlich am Silvesterabend lädt die Wiener Stadtverwaltung alle Wienerinnen und Wiener zum Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien ein und entbietet damit auf musikalischem Wege ihre Grüße zum Jahreswechsel.

Am 31. Dezember, von 18 bis 18.30 Uhr, wird der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Josef Hadraba auf der Loggia des Rathaussturmes konzertieren. Das Programm wird mit der "Fanfare der Stadt Wien" von Richard Strauss eingeleitet, daran schließen sich vier Tänze von Johann Heinrich Schmelzer und die Bruckner-Fanfare von Carl Fühlich. In der zweiten Programmhälfte wird ein Arrangement beliebter Weihnachtslieder zu hören sein, dann wird Josef Hadraba eine von ihm komponierte Fanfaren-Phantasie dirigieren und den Abschluß bilden bekannte Klänge von Johann Strauß.

Im Anschluß an das Konzert des Trompeterchores wird die Neujahrsansprache des Bürgermeisters auf den Rathausplatz übertragen.

Alle Wienerinnen und Wiener, aber auch alle Gäste von auswärts, sind herzlichst eingeladen, zu der frei zugänglichen Veranstaltung, auf den Rathausplatz zu kommen.

- - -

## Abschiedsbesuch des Schweizer Botschafters

=====

29. Dezember (RK) Der Schweizer Botschafter Hohl stattete Bürgermeister Jonas am Samstag im Wiener Rathaus seinen Abschiedsbesuch ab. Bürgermeister Jonas empfing seinen Gast im Arbeitszimmer und überreichte ihm als Abschiedsgeschenk eine Kassette aus Edelholz.

- - -

Rückblick auf das alte Jahr  
=====

29. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 28. Dezember einen Rückblick auf das alte Jahr.

Der Bürgermeister führte aus: "In der vergangenen Woche verhandelte der Wiener Gemeinderat über das Budget für das Jahr 1959. Die amtsführenden Stadträte gaben umfassende und sehr interessante Berichte über die Tätigkeit ihrer Geschäftsgruppen im abgelaufenen Jahre. Aber ebenso entwickelten sie in großen Zügen das Arbeitsprogramm für das Jahr 1959, woraus man schon die kommenden Aufgaben ersehen konnte, die die Gemeindeverwaltung im nächsten Jahre zu lösen haben wird. Viele Mitglieder des Gemeinderates brachten dazu in der Debatte eine Fülle von kritischen Bemerkungen und Anregungen vor. Die Vielseitigkeit und der ganze Umfang der Gemeindeprobleme kam während der Budgetberatungen besonders deutlich zum Ausdruck. Ich wäre froh, wenn ich heute wenigstens einen Bruchteil dessen berichten könnte, was für alle von Interesse ist, und persönlich angeht. Obwohl die Zeit knapp ist will ich aber versuchen, einen Rückblick über das alte Jahr zu geben, und dabei einen Vergleich mit früheren Jahren anstellen, um den Unterschied gegenüber der Vergangenheit deutlicher herauszuarbeiten.

Wir können vor allem die erfreuliche Feststellung machen, daß die günstige wirtschaftliche Lage weiter angehalten, ja sogar noch eine leichte Steigerung erfahren hat. Über den November des vergangenen Jahres berichtete ich Ihnen, daß die Gebietskrankenkasse Wien um 15.000 Versicherte mehr zählte als im Vorjahr und damit zu einer Gesamtmitgliederzahl von 616.000 kam. Da wir damals auf dem Arbeitsmarkt praktisch keine Reserven mehr hatten, war ich der Meinung, daß ein weiteres Steigen der Beschäftigtenzahl nicht mehr möglich wäre. Das hat sich neuerlich als unrichtig erwiesen. Im November 1958 meldet die Wiener Gebietskrankenkasse einen Versichertenstand von 619.000 erwerbstätigen Mitgliedern, so daß die Zahl der Beschäftigten gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres doch wieder um 3.000 gestiegen ist. Diese imponierende Zahl beweist, daß in unserer Stadt sehr fleißig und mit dem Aufgebot aller Kräfte

./.

gearbeitet wird. Die private Wirtschaft hat an diesen großen Leistungen ebenso Anteil wie die öffentliche; den Erfolg davon hat die gesamte Bevölkerung. Die Lebenshaltung ist weiterhin relativ gut geblieben, wofür ich als ein besonders auffallendes Zeichen die Tatsache vermerken kann, daß die Spareinlagen wieder zugenommen haben. Während zum Beispiel bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Jahre 1957 die Steigerung der Einlagen 439 Millionen betrug und damit den Betrag von 1 Milliarde 677 Millionen erreichte, stiegen sie heuer neuerlich um 438 Millionen auf eine Gesamtsumme von 2 Milliarden 115 Millionen Schilling. Es ist für mich besonders erfreulich, daß bei dem gleichen Institut die Zahl der jugendlichen Sparer weiterhin gestiegen ist, und zwar von 48.000 auf 68.000. Das ist der deutlichste Beweis, daß unsere Jugend die Nützlichkeit des Sparens und damit den Wert des Planens erkennt.

Ein weiteres Beispiel für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Zahl der Kraftfahrzeuge. Seit Oktober des Vorjahres vermehrten sie sich um 23.700 auf 206.700. In dieser Gesamtzahl befinden sich 32.000 Mopeds und 98.500 Personenkraftwagen. Leider ist auch die Zahl der Verkehrsunfälle gestiegen, wenngleich die der Verletzten und der Toten ungefähr gleich geblieben ist. Aber immerhin wurden von Jänner bis Oktober 11.200 Personen verletzt, wovon 186 ihr Leben lassen mußten. Diese Zahlen rühren an einem der wichtigsten aber auch schwierigsten Probleme. Es hat den Anschein, als ob die Wiener die sprunghafte Motorisierung des Verkehrs geistig nicht bewältigen könnten. Wenngleich die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen über den Straßenverkehr einige Mängel aufweisen, wären sie doch im großen und ganzen ausreichend, würden sich alle Verkehrsteilnehmer daran halten. Es ist Ihnen bekannt, daß ein neues Straßenpolizeigesetz in Vorbereitung ist, das manche Klarstellung und Verbesserung bringt. Aber das beste Gesetz könnte seinen Zweck nicht erfüllen, wenn die Verkehrsteilnehmer weiterhin zuwenig Disziplin und Verantwortungsgefühl zeigen. Auf der Straße kann und darf nicht das Recht des Stärkeren gelten, weil sonst die Fußgänger unweigerlich den kürzeren ziehen würden. Ich bitte bei dem heutigen Anlaß wieder alle unsere Mitbürger dafür zu sorgen, daß die Gefahren auf der Straße und damit die Opfer des Verkehrs vermindert werden. Vor allem aber muß auf die älteren Frauen und Männer noch mehr Rücksicht genommen werden.

Die Gemeinde hat im heurigen Jahr wieder den ansehnlichen Betrag von 140 Millionen Schilling für Verkehrs- und Straßenbauten ausgegeben, um die Verkehrsverhältnisse zu verbessern. Zu den ganz großen fertiggestellten Projekten zählen heuer die Ringturmkreuzung und die umfangreichen Umbauten rund um die Stadthalle und den Urban Loritz-Platz, wodurch der Gürtel auf seiner wichtigsten Strecke als Einbahnstraße geführt werden kann und seine Kapazität sprunghaft gestiegen ist. Die größte Verkehrsanlage, die wir jemals in Wien zu bauen hatten, ist der Südtiroler Platz. Dort wird mit einem Aufwand von mehr als 80 Millionen Schilling eine Straßenkreuzung geschaffen, die ein Höchstmaß von Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ermöglicht. Die neue Anlage wird zwei unterirdische Etagen umfassen und die bereits berühmt gewordene Opernpassage noch weit übertreffen. Wenn keine Hindernisse mehr auftreten, wird der Südtiroler Platz im Frühsommer des nächsten Jahres vollständig fertig sein. Aber auch ansonst wurden in vielen anderen Stadtteilen wichtige Straßenbauarbeiten durchgeführt. Gehsteige und Siedlungsstraßen wurden erneuert und altes Holzstöckelpflaster ausgewechselt.

Leider kann ich meinen vorjährigen Bericht über die Lage im Wiener Schulwesen, soweit er von der Stärke der Geburtsjahrgänge abhängt, für heuer auch nicht bessern. Es ist eine neuerliche Verminderung der Pflichtschüler eingetreten, und zwar um 9.500 auf 102.500. Auch die Klassen in den Pflichtschulen sind um 230 weniger geworden, so daß jetzt nur mehr 3.500 Klassen vorhanden sind. Allerdings kann ich meinen vorjährigen optimistischen Bericht über die Steigerung der Geburtenzahlen auch heuer wiederholen. Das langsame aber stetige Wachsen der Geburtenfreudigkeit hielt auch heuer unvermindert an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden heuer um 770 Kinder mehr geboren, das heißt, monatlich sind ungefähr 60 Kinder mehr zur Welt gekommen als im vergangenen Jahr. Besonders deutlich wird die Veränderung dann, wenn wir 1954 als Jahr der niedersten Geburtenzahl zum Vergleich heranziehen. Damals gab es in Wien nur 11.400 Geburten, während es heuer 15.250 sein werden. Über diese Entwicklung freue ich mich besonders, denn wenn der Wille zum Kind und die Freude am Kind immer noch stärker werden, so ist das ein Zeichen, daß eine echte Verbesserung der Lebens-

bedingungen vorhanden ist, die den Glauben an die Zukunft und den Lebensmut stärkt.

Der gleiche Glaube an die Zukunft war für die Gemeinde maßgebend, um auch heuer wieder die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen vielseitig wirken zu lassen. Die gesamte Bevölkerung ist daran interessiert, daß möglichst viele Menschen Brot und Arbeit finden. Unser ganzes Leben kann nur durch Arbeit in Gang gehalten werden; unsere Tagesbedürfnisse können nur durch Arbeit gedeckt werden, aber auch die Zukunft können wir nur mit der Arbeit vorbereiten. Die Gemeinde bevorzugt aus diesen Gründen die werteschaaffenden Investitionen, die vor allem auf dem Bausektor vorhanden sind. Heuer wurde von der Gemeinde der ansehnliche Betrag von 1,5 Milliarden Schilling in die Bauwirtschaft unserer Stadt gepumpt. Dadurch erhielten wieder viele große und kleine Unternehmungen und deren Arbeiter und Angestellte Tausende von Aufträgen. Die Bauwirtschaft unserer Stadt wurde von der Gemeinde in ihrer vollen Kapazität in Anspruch genommen. In manchen Sparten sind die Arbeitskräfte wieder sehr knapp gewesen. Wie groß die Bedeutung der städtischen Aufträge ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß in der Hochsaison auf 1.460 Baustellen durchschnittlich 14.500 Personen beschäftigt waren. Aber für die gleichen Aufträge waren in den Büros und Werkstätten noch einige weitere tausend Arbeiter und Angestellte tätig.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch heuer wieder die höchsten Ausgaben für den Bau von Wohnungen notwendig. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt genug und deshalb kann die Gemeinde den Bau von Wohnungen nicht einschränken. Zu meiner Freude kann ich berichten, daß wir heuer bis Jahresende wieder mehr als 5.000 Wohnungen fertiggestellt haben werden. Im Oktober war ich in der glücklichen Lage, eine Wohnhausanlage in Währing zu eröffnen, in der die 50.000. Wohnung enthalten ist, die die Gemeinde Wien nach dem zweiten Weltkrieg erbaut hat. Obwohl wir in Wien schon gewöhnt sind, von großen Arbeiten und Erfolgen berichten zu können, ist es doch gerechtfertigt, die Erbauung von 50.000 Wohnungen als eine besondere und außergewöhnliche Leistung zu bezeichnen. Vergessen wir nicht, daß wir damit eine Stadt hingestellt haben, die so groß ist wie Salzburg und St. Pölten zusammen.

. / .

Wenngleich also das Bauen von Wohnungen die wichtigste Arbeit der Stadtverwaltung darstellt, so gibt es doch daneben noch eine Reihe anderer bedeutender Aufgaben. Aus dem Programm von heuer darf ich in Erinnerung bringen, daß die große Stadthalle als eine der modernsten Bauschöpfungen Europas fertiggestellt wurde. Sie hat bei vielen Veranstaltungen den Beweis erbracht, daß sie allen Ansprüchen genügt. Das neue Historische Museum der Stadt Wien wurde heuer ebenfalls fertiggestellt. Gegenwärtig wird es eingerichtet und im April des nächsten Jahres feierlich eröffnet werden. An dem großen Wasserspeicher, von dem ich bereits einigemal berichtet habe, sind die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Inbetriebnahme kann aber erst erfolgen, wenn nach Abschluß der sehr zeitraubenden bakteriologischen Untersuchungen die Aufsichtsbehörde hierfür die Genehmigung erteilt. Aber sicher werden wir im nächsten Jahre, wenn Wasserknappheit eintreten sollte, den Zuschuß aus dem neuen Wasserspeicher schon in Anspruch nehmen können.

Erst vor wenigen Tagen konnten Sie lesen, daß die Brücke im Hafengebiet der Freudenau eröffnet wurde. Damit ist die Verkehrslage wesentlich verbessert, denn früher mußte man einen Umweg von 15 Kilometern machen, wenn man vom Freudenuer Hafen in den Hafen von Albern kommen wollte. Auch an anderen größeren Objekten wird fleißig weitergearbeitet, so am Sommerbad am Laaer Berg, das für den südlichen Teil von Wien besonders wichtig ist. Die Liesingbachregulierung, die schon seit vielen Jahren zum ständigen Bauprogramm der Gemeinde gehört, ist auch heuer wieder vorwärtsgetrieben worden. Bisher wurden rund 18 Kilometer reguliert und hierfür 70 Millionen Schilling ausgegeben.

Aber auch an den anderen Einrichtungen unserer Stadt wurde sehr intensiv gearbeitet. Ich erinnere nur an die Erneuerungsarbeiten in den Schulen und Spitälern, in Bädern und Kindergärten und Amtshäusern.

Einen besonders erfreulichen Teilbericht kann ich Ihnen von unseren befürsorgten alten Mitbürgern mitteilen. Sie erinnern sich, daß jedes Jahr eine beträchtliche Anzahl von ihnen von der Gemeinde auf einen zweiwöchigen Erholungsurlaub geschickt wird. Heuer waren es 3.000, wodurch sich ihre Zahl seit Beginn der Aktion auf 15.700 erhöht hat. Jahr für Jahr wird also vielen alten Frauen und Männern

eine wirklich große Freude und Erholung bereitet.

Wir sind in diesem Jahr wieder um ein großes Stück vorwärts gekommen. Und alle, die auf ihre Weise mitgeholfen haben diese großen Leistungen zu erreichen, dürfen darüber stolz sein. Ihnen allen danke ich im Namen der Stadt recht herzlich. Ich bin überzeugt, daß wir auch im kommenden Jahr große Erfolge erzielen können, wenn wir bereit sind, gemeinsam zu arbeiten, um unsere liebe Heimatstadt noch schöner und wohnlicher zu machen.

-- --

#### Die Feiertagsbilanz

=====

29. Dezember (RK) Die grünen Weihnachten 1958 mit etlichen Wärmegraden waren auch heuer wieder richtige Festtage, die der Großteil der Wiener beim häuslichen Herd verbrachte.

Die Frequenz auf der Straßenbahn war am 24. Dezember mäßig. Eine Ausnahme bildeten nur die zu den Wiener Friedhöfen führenden Linien. Eine Belebung setzte erst nach 22 Uhr ein. Zu diesem Zeitpunkt waren auch die Bahnhoflinien außerordentlich stark benützt. Am 25. Dezember war die Frequenz den ganzen Tag schwach, verstärkte sich aber nach 20 Uhr. Am Stefanitag war dagegen der Verkehr weitaus stärker und erreichte wie alle Jahre am Abend den Höhepunkt der Feiertagsfrequenz. Der folgende Samstag war durch den fast völligen Ausfall des Berufsverkehrs gekennzeichnet. Am gestrigen Sonntag wurde in den Vormittagsstunden der Tiefpunkt des Verkehrs in diesem Jahr registriert. Erst am Abend hatten die Bahnhoflinien wieder eine außerordentlich starke Frequenz der Rückfahrer zu bewältigen.

Die Feuerwehr der Stadt Wien ist am 24. Dezember insgesamt 30mal ausgerückt. Zum ersten Male seit Jahren gab es am Heiligen Abend einen Großeinsatz, und zwar im Zusammenhang mit dem Flugzeugunglück in Schwechat. Zum Katastrophenort waren die Hauptfeuerwache Favoriten und die Feuerwachen Simmering und Kaiser-Ebersdorf ausgerückt. Der "traditionelle" Christbaumbrand ereignete sich heuer in der Faschinggasse im 22. Bezirk.

./.

Die Feuerwehr griff auch hier rasch und mit Erfolg ein. Vom 24. bis 28. Dezember sind die Feuerwehrmannschaften insgesamt 68mal ausgefahren, meist zu kleineren Bränden und zur Behebung von Verkehrsstörungen. Der gestrige Sonntag mit nur vier Ausrückungen war der ruhigste Tag der Feuerwehr seit vielen Jahren.

Der Städtische Rettungsdienst mußte am 24., 25. und 26. Dezember 212mal ausrücken, der stärkste Tag war der 24. Dezember mit 98 Interventionen. Zum Flugzeugunglück wurden vom Städtischen Rettungsdienst drei Ambulanzwagen nach Schwechat dirigiert.

Die Bediensteten der Stadtreinigung verbrachten diesmal Weihnachtsfeiertage ohne Glatteisalarm. Selbst die Bereitschaften des Streudienstes brauchten dank der milden Witterung nicht eingesetzt werden.

- - -

Wiener Fremdenverkehr im November  
 =====

29. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im November. Demnach wurde von den Beherbergungsbetrieben der Aufenthalt von insgesamt 46.227 Fremden gemeldet, darunter 25.134 Besucher aus dem Ausland. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 125.665. Gegenüber dem November des Vorjahres sind um 5.336 ausländische Gäste mehr nach Wien gekommen.

Die meisten ausländischen Besucher kamen aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 5.205. Aus den Vereinigten Staaten sind 3.561, aus Italien 1.933, aus der Schweiz 1.320, und aus Großbritannien 1.075 Gäste nach Wien gekommen. Im Monatsbericht werden auch 2.597 in Wiener Hotels untergebrachte jüdische Auswanderer aus Rumänien registriert.

In den Jugendherbergen waren 1.268 Jugendliche einquartiert, darunter 299 Ausländer.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 29. Dezember  
 =====

29. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 4406, Bulgarien: 1236, Jugoslawien: 149, Polen: 3265. Gesamtauftrieb: 9056. Verkauft: 9045, unverkauft Inland: 11 Stück.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.70 bis 14.- S, 2. Qualität 13.20 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.20 bis 13.20 S, Zuchten 12.- bis 12.50 S, Altschneider 10.50 bis 11.- S. Ausländische Schweine notierten: Bulgarien 12.30 bis 12.70 S, Jugoslawien 12.50, Polen 12.60 bis 13.70 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 5 Groschen und beträgt 13.37 S, der Durchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 26 Groschen und beträgt 12.97 S.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 30. Dezember 1958

Blatt 2819

## Silvester-Nachtverkehr

=====

30. Dezember (RK) In der Silvesternacht wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachfahrpreis beträgt für jede Person 4.40 Schilling. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

- - -

## 335 Alarmfälle im November

=====

30. Dezember (RK) Im Bericht der Feuerwehr der Stadt Wien für den Monat November werden insgesamt 335 Alarmfälle ausgewiesen, um 31 weniger als im November des Vorjahres. Die Feuerwehr ist im November zu einem Großbrand, fünf Mittelbränden, 73 Kleinbränden und fünf Rauchfangbränden ausgerückt. Zur Behebung von Verkehrsstörungen ist sie 96mal, zur Behebung von sonstigen, nicht durch Feuer verursachten Gefahren und Sachschäden 113mal ausgefahren. Außerdem wurden 21 Untersuchungen durchgeführt. In 18 Fällen erwiesen sich die Anrufe bei der Feuerwehrzentrale als Fehlalarme, dreimal wurde sie mystifiziert.

- - -

Jakob Wassermann zum Gedenken  
=====

30. Dezember (RK) Auf den 1. Jänner fällt der 25. Todestag des Romanciers Jakob Wassermann. Am 17. März 1873 in Fürth bei Nürnberg geboren, verbrachte er eine schwere Jugend, konnte sich aber dann doch als freier Schriftsteller durchsetzen. 1898 zog er nach Wien, verbrachte aber einen Teil des Jahres stets in Altaussee, wo er auch starb. Jakob Wassermann gehört mit Thomas Mann, Stefan Zweig und Franz Werfel zu den am meisten übersetzten deutschen Romanautoren. Er war ein den großen Vorbildern Balzac, Dickens und Turgenjew nachstrebender echter Erzähler, dessen Bücher durch Stofffülle und Reichtum an Motiven, innere Spannung und psychologisch vertiefte Charakterisierungskunst gekennzeichnet sind. Seine Werke waren weit verbreitet und fanden ein internationales Leserpublikum. In ihrem Mittelpunkt steht immer der Mensch. Zum Erfolgsschriftsteller wurde Jakob Wassermann durch "Kaspar Hauser" und "Das Gäsemännchen". Das wertvollste Produkt seines ungemein fruchtbaren Schaffens ist der Roman "Der Fall Maurizius", Wassermann unternahm zahlreiche Vortragsreisen und war bis zuletzt unermüdetlich literarisch tätig.

- - -

Obermedizinalrattitel-Verleihung  
=====

30. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat dem Primararzt Dr. Marcell Schnardt den Titel Obermedizinalrat verliehen. Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus Dr. Schnardt das Dekret und beglückwünschte ihn zu seiner Auszeichnung.

- - -

Höchstes Lob für zwei Obersenatsräte  
=====

30. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag die vor kurzem in den Ruhestand getretenen Obersenatsräte Dr. Binder und Dr. Schwarzl, um sie von dem Gemeinderatsbeschuß in Kenntnis zu setzen, mit dem den beiden verdienten Beamten der Dank und volle Anerkennung der Stadt Wien für ihre erfolgreiche langjährige Tätigkeit ausgesprochen wurde. Zugleich überreichte der Bürgermeister beiden Obersenatsräten persönliche Dankschreiben.

- - -

Einstündige Verkehrsstörung auf der Wientallinie  
=====

30. Dezember (RK) Heute früh, um 6.20 Uhr, wurde durch einen komplizierten Drahtseilbruch in der Stadtbehnstation Hauptzollamt der Verkehr auf der Wientallinie lahmgelegt. Um 7.24 Uhr war das Gebrechen behoben und der Betrieb im gesamten Stadtbahnnetz konnte wieder aufgenommen werden.

- - -

## Gedenktage für Jänner

=====

30. Dezember (RK)

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Theodor Charlemont, akad. Bildhauer,   | 100.Geb.Tag |
| 1. Jakob Wassermann, Romanschriftsteller,   | 25.Tod.Tag  |
| 2. Anna Sacher, Hotelbesitzerin,  | 100.Geb.Tag |
| 3. Dora Stockert-Meynert, Schriftstellerin,   | 10.Tod.Tag  |
| 3. Dipl.Arch. Eugen Wörle,  | 50.Geb.Tag  |
| 5. Univ.Prof.Dr. Wilhelm Havers, Prof.f. indo-<br>germanische Sprachwissenschaft,         | 80.Geb.Tag  |
| 5. Hofrat Dr. phil. Theodor Reitterer, Landes-<br>schulinsp.,                             | 90.Geb.Tag  |
| 6. Prof. Erhard Buschbeck, Dramaturg,   | 70.Geb.Tag  |
| 7. Dr. Ernst Heinrich Buschbeck, Direktor d.<br>Gemäldegalerie im Kunsthist. Museum,      | 70.Geb.Tag  |
| 7. Anton Hanak, akad. Bildhauer,  | 25.Tod.Tag  |
| 8. Eduard Duller, Geschichtsschreiber,  | 150.Geb.Tag |
| 8. Paul Hartmann, Schauspieler,   | 70.Geb.Tag  |
| 13. Graf Friedrich Ferdinand Beust, österr.<br>Staatsmann,                                | 150.Geb.Tag |
| 14. Univ.Prof. Dr. Karl Fritsch, Prof.d. syste-<br>matischen Botanik an der Univ. Graz,   | 25.Tod.Tag  |
| 14. Dr. Josef Meder, Kunsthistoriker, Direktor der<br>Albertina,                          | 25.Tod.Tag  |
| 15. Prof. Riki Raab, ehem. Solotänzerin der Wiener<br>Staatsoper                          | 60.Geb.Tag  |
| 15. Hermann Bahr, Schriftsteller,   | 25.Tod.Tag  |
| 15. Oberstleutnant a.D. Alois Rudolf Fritsch,<br>Führer der Kneippbewegung in Österreich, | 25.Tod.Tag  |
| 16. Prof. Dr. Otto Überreiter, Tierarzt, Chirurg,   | 60.Geb.Tag  |
| 17. Franz Morelli, Komponist,   | 100.Tod.Tag |
| 17. Ing. Oskar Stoessel, akad. Maler und Graphiker,                                       | 80.Geb.Tag  |
| 18. Karl Dallargo, Lyriker,   | 10.Tod.Tag  |
| 18. Ottokar Sevcik, Violinvirtuose und Violin-<br>pädagoge,                               | 25.Tod.Tag  |
| 24. Hofrat Dr. Edwin Rollett, Schriftsteller, Chef-<br>redakteur der Wiener Zeitung,      | 70.Geb.Tag  |
| 25. Paul Hofhaimer, Komponist,  | 500.Geb.Tag |

./.

- |  |             |
|--|-------------|
| 26. Theodor Hämmerle, Textilindustrieller, Mitbegründer des Wiener Konzertvereins und des Konzerthauses, Förderer Anton Bruckners, (gestorben 15.2.1930) | 100.Geb.Tag |
| 28. Univ.Prof. Dr. Karl Swoboda, Kunsthistoriker,  | 70.Geb.Tag  |
| 29. Univ.Prof. Dr. Heinrich Schenkel, Prof.d. klassischen Philologie a.d. Univ. Wien (gestorben 3.12.1919)   | 100.Geb.Tag |
| 31. Hermine Cloeter, Schriftstellerin,   | 80.Geb.Tag  |

- - -

### Die besten Plakate des Jahres

=====

#### Die besten Dezember-Plakate

30. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien hat folgende drei Plakate als die besten des Jahres 1958 bezeichnet, für die die Entwerfer einen Geldpreis von je 5.000 Schilling erhalten: "Ihre Sonnenbrille vom Optiker" (Entwurf Walter Rauchberger), "Schönbrunn" (Entwurf Rita Dolezal) und "Architektur in Finnland" (Entwurf Georg Schmid).

Als beste Dezember-Plakate wurden prämiert: "Kattus Hochriegel Sekt" (Entwurf Atelier Hofmann) und "immer an der Spitze ... Shell ANTI-FROST" (Entwurf Ernst Insam). Als bestes Plakat des letzten Vierteljahres wurde "fischer ski austria" (Entwurf Rudolf Ferch) mit dem Preis der Gewista ausgezeichnet.

- - -

### Das "große Parkverbot" tritt in Kraft!

=====

30. Dezember (RK) Mit Ausgabedatum vom 30. Dezember ist das neue Landesgesetzblatt für Wien erschienen. Es enthält die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 23. Dezember über das Parken von Fahrzeugen auf Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen. Die Verordnung tritt somit am 1. Jänner des Neuen Jahres in Kraft.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Internationale Lehrerdelegation im Wiener Rathaus  
=====

30. Dezember (RK) Stadtrat Riemer empfing heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses junge Mittelschulprofessoren und Lehramtskandidaten aus Belgien, Frankreich, Holland und den Vereinigten Staaten. Die Delegation nimmt in Wien an Beratungen österreichischer Pädagogen teil, die sich mit Themen der internationalen Zusammenarbeit der Erzieher beschäftigen.

Stadtrat Riemer übermittelte den Gästen die Grüße des Bürgermeisters. Wien, sagte er, hat für den Gedanken der internationalen Beziehungen viel übrig und war seit jeher nach besten Kräften bemüht, sie zu fördern. Wien hat in dieser Richtung gerade in der letzten Zeit wiederholt die Initiative ergriffen, die erst vor kurzem durch die Verleihung des Erasmus-Preises für die Förderung des Europagedankens gewürdigt wurde. Im abgelaufenen Jahr haben auf Einladung unserer Stadtverwaltung in Wien zwei große, für die Zusammenarbeit in Europa bedeutende internationale Treffen, das Europagespräch der Journalisten und die Diskussion führender europäischer Politiker, stattgefunden. Für das kommende Jahr sind junge europäische Parlamentarier nach Wien eingeladen. Der erfolgreiche Verlauf dieser Begegnungen, sagte der Stadtrat, hat am besten bewiesen, daß der Gedanke der internationalen Verständigung in Wien schon lange Wurzeln gefaßt hatte.

- - -

Rathaus-Glockenspiel läutet Neujahr ein  
=====

30. Dezember (RK) In der Silvesternacht wird auch das Glockenspiel vom Wiener Rathausturm zu hören sein. Während der letzten zehn Minuten des alten Jahres erklingen Neujahrslieder, gespielt von Kapellmeister Paul Angerer. Zwölf feierliche Glockenschläge werden das Neue Jahr einleiten.

- - -

Ein Talent bewährte sich  
=====

30. Dezember (RK) Vor acht Jahren hatte Chefredakteur Dr. Rudolf Kalmar im "Neuen Österreich" Walter Groppenberger, den kleinen Meidlinger Buben, der Bach spielte, der Wiener Öffentlichkeit vorgestellt. Viele Mäzene haben daraufhin die Fortbildung des hochbegabten Jungen gefördert. Auch das Kulturamt der Stadt Wien und das Konservatorium unterstützten Groppenberger großzügig. Nun hat "der kleine Meidlinger", sechsfacher Preisträger der Musiklehranstalten der Stadt Wien, mit einstimmigem "ausgezeichnet" die Reifeprüfung bestanden.

- - -

1,650.000 Einwohner  
=====Die Bevölkerungsvorgänge in Wien im November

30. Dezember (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden im November in Wien 930 Eheschließungen, 1.183 Lebendgeburten und 2.080 Sterbefälle gezählt.

Beim Vergleich dieser Zahlen mit denen vom November 1957 ergibt sich - wieder wie im Vormonat und aus dem gleichen Grunde - der größte Unterschied bei den Sterbefällen. Ihre Zahl ist heuer um 494 niedriger als die vorjährige, die infolge der damaligen Grippewelle besonders hoch lag. Die Zahl der für den Berichtsmonat ausgewiesenen Eheschließungen (930) war fast genau so hoch wie die im vorjährigen Vergleichsmonat (935). Dagegen überstieg heuer die Zahl der Geborenen (1.183) die vom November 1957 um 95.

Bei 5.199 nach Wien zugewanderten und 3.221 von Wien abgewanderten Personen betrug der Wanderungsüberschuß im November 1.978 Personen, so daß sich nach Abzug der Zahl der Personen, die im November mehr gestorben sind, als geboren wurden, nämlich 897, ein tatsächlicher Zuwachs von 1.081 ergab und somit mit Ende November ein Bevölkerungsstand von 1,650.392 Personen. Davon waren 730.992 männlichen und 919.400 weiblichen Geschlechts.

- - -

Pferdemarkt vom 29. Dezember  
=====

30. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 211 Pferde, davon 13 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 203, als Nutztiere 7 verkauft, unverkauft blieb ein Stück.

Preise: Fohlen 11.- bis 13.- S, Extremware 7.40 bis 7.70 S, 1. Qualität 6.80 bis 7.30 S, 2. Qualität 6.30 bis 6.70 S, 3. Qualität 6.- bis 6.20 S.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 104, Oberösterreich 18, Burgenland 44, Steiermark 14, Kärnten 30, Salzburg 1.

Auslandsschlachthof: 11 Stück aus Bulgarien, Preis 6.20 bis 6.90 S, 11 Stück aus Rumänien, Preis 6.-, 24 Stück aus Polen, Preis 6.00 bis 6.40 S, 22 Stück aus der CSR, Preis 6.- bis 6.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Schlachtpferde um 12 Groschen je Kilogramm, und ermäßigte sich für Schlachtfohlen um 21 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.52 S, Schlachtfohlen 12.23, Nutzpferde 6.64 S je Kilogramm.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 30. Dezember  
=====

30. Dezember (RK) Unverkauft vom letzten Markt: 0.  
Inland: Ochsen 142, Stiere 177, Kühe 811, Kalbinnen 116, Summe 1246. Ausland: 0. Gesamtaufwand: 1246 Stück.

Unverkauft: Ochsen 9, Stiere 22, Kühe 88, Kalbinnen 0, Summe 119. Verkauft: 133 Ochsen, 155 Stiere, 723 Kühe, 116 Kalbinnen, Summe 1127 Stück.

Preise: Ochsen 10.- bis 11.80 S, Extrem 12.- bis 12.50 S, Stiere 10.50 - 12.40, Extrem 12.50 bis 13.- S, Kühe 7.20 bis 10.- S, Extrem 10.20 bis 10.50 S, Kalbinnen 10.50 bis 12.- S, Extrem 12.20 bis 12.40 S. Beinlvieh: Kühe 6.- bis 7.50 S, Ochsen und Kalbinnen 8.80 - 9.80 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 18 Groschen und ermäßigte sich für Stiere und Kühe um 26 Groschen und für Kalbinnen um 25 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 10.50, Stiere 11.50, Kühe 8.37, Kalbinnen 10.67.

- - -

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 31. Dezember 1958

Blatt 2827

Gesperrt bis 18.30 Uhr:

Zuversichtlich und hoffnungsfroh!

Silvesteransprache des Bürgermeisters

31. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute im Rundfunk und bei der Veranstaltung auf dem Wiener Rathausplatz folgende Silvesteransprache:

Das alte Jahr geht in wenigen Stunden zu Ende, und wir schauen vertrauensvoll in die Zukunft. Wir können nicht wissen, was sie uns bringen wird, aber wie immer hoffen wir, daß es das kommende Jahr mit uns gut meint und die Erfüllung mancher Wünsche bringen wird. Vor allem wünschen wir für uns und die ganze Menschheit, daß trotz allen weltpolitischen Spannungen der Friede erhalten bleibt. Gewiß sind wir ein kleines Land, das sich nicht anmaßen darf, auf der Bühne des Weltgeschehens im Vordergrund zu stehen. Aber das hindert nicht, daß wir unsere mahnende Stimme erheben, wenn es um Gerechtigkeit und Freiheit, um Frieden und Demokratie geht. Und so wollen wir auch in Zukunft in unserem bescheidenen Wirkungskreis den bestmöglichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Die Stadt Wien tut ihre Möglichstes, um den Gedanken des friedlichen Zusammenlebens der Völker in die Tat umzusetzen. Die gegenwärtig wieder so schwerwiegenden Hindernisse, die auf dem Wege zur Vereinigung Europas aufgetaucht sind, dürfen uns nicht verzagt machen. Weil wir wissen, daß die Vereinigung Europas kommen muß, lassen wir uns von Hindernissen und Rückschlägen nicht irre machen, sondern setzen auch in Zukunft unseren festen Willen ein, eine fruchtbare

./.

Vorarbeit für die Vereinigung Europas zu leisten. Die Verleihung des Europapreises an die Stadt Wien in diesem Jahre ist der Beweis dafür, daß unsere Bestrebungen nicht unbekannt geblieben sind und international gewürdigt werden.

Bei der Verleihung bezeichnete der Präsident des Europarates unsere Stadt als eine ehrwürdige Stätte der internationalen Kultur und der europäischen Zivilisation. Er anerkannte die Leistungen Wiens im Interesse der europäischen Demokratie und unsere Bestrebungen zur Förderung des Europagedankens und des europäischen Bewußtseins.

Vor zwei Wochen bekam Österreich eine neuerliche Anerkennung. Unser Bundespräsident erhielt als Repräsentant des österreichischen Volkes den zum erstenmal verliehenen Erasmus-Preis der europäischen Kulturstiftung. Prinz Bernhard der Niederlande, der Präsident dieser Stiftung, begründete die Verleihung des Preises damit, daß Österreich und Wien ein leuchtendes Beispiel für Mut, Energie und Vertrauen in das Schicksal des europäischen Kontinents gaben. Statt sich im begreiflichen Schmerz um eine verlorene Vergangenheit zu verzehren, statt sich - wie es verständlich wäre - auf den bloßen Wiederaufbau zu beschränken, hat Österreich kein Opfer gescheut, um seine glänzende, für Europa unersetzliche kulturelle Erbschaft nicht nur zu erhalten, sondern in europäischem Geist zu erneuern.

Wir dürfen uns über beide internationale Anerkennungen wirklich freuen. Wir wollen aber hinzufügen, daß uns diese Ehrungen in unserer bisherigen Haltung nur bestärken, weiterhin im Dienste der Humanität und des sozialen Fortschritts zu wirken.

Die letzten Stunden des alten Jahres wollen wir noch einmal dazu benützen, Rückschau auf die hinter uns liegenden zwölf Monate zu halten. Wir dürfen dabei sagen, daß wir ehrlich bemüht waren, alle Aufgaben zu erfüllen, die uns das Leben stellte. Dieses Bewußtsein gibt uns Mut und Zuversicht, daß wir auch im Jahre 1959 erfolgreiche Arbeit leisten können. Das vergangene Jahr war angefüllt mit Arbeit, die unserer Stadt und unserer Gemeinschaft viele Erfolge und weiteren Fortschritt brachten. Wir wollen diesen Weg auch im kommenden Jahr fortsetzen. Der Gemeinschaftssinn aller Wienerinnen und Wiener soll dafür sorgen, daß unsere Stadt alles

bekommt, was sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben braucht. Mit unerhörten Anstrengungen haben wir aus dem kranken, armen und häßlichen Nachkriegs-Wien eine starke, schöne und blühende Stadt gemacht. Unsere Heimatstadt soll auch weiterhin eine Stadt der Menschlichkeit und der Freiheit sein, getragen vom Verantwortungsbewußtsein und vom Gemeinschaftssinn aller Mitbürger.

So wollen wir das neue Jahr zuversichtlich und hoffnungsfroh beginnen. Wir werden es uns nicht leicht machen und unseren Aufgaben nicht ausweichen. Wenn aber die Gelegenheit für Feste ist, dann wollen wir auch fröhlich sein und uns freuen.

Ihnen allen, liebe Wienerinnen und Wiener, liebe Landsleute in allen Bundesländern, wünsche ich als Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien ein glückliches und erfolgreiches Jahr! Prosit 1959!

- - -

#### 10 Jahre Wiener Stadtwerke

=====

31. Dezember (RK) Vor zehn Jahren, am 1. Jänner 1949, wurden die "Wiener Stadtwerke" nach einem Beschluß des Wiener Gemeinderates ins Leben gerufen. Das heißt, daß man die drei großen Unternehmungen, E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe, zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenfaßte. Mit 1. Jänner 1953 wurde auch die Bestattung in die Stadtwerke eingegliedert. Damit war die organisatorische Zusammenlegung all jener städtischer Unternehmungen abgeschlossen, deren Kommunalisierung zur Jahrhundertwende begonnen wurde.

Anläßlich des zehnjährigen Jubiläums der Stadtwerke hat das "Amtsblatt der Stadt Wien" eine Festschrift herausgegeben, die reiches Material über die Tätigkeit der Stadtwerke seit ihrer Gründung enthält. In einem Vorwort weist Bürgermeister Jonas darauf hin, daß die Städtischen Unternehmungen nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft geführt werden. Dazu zählt eine sparsame Verwaltung, dazu gehört aber auch, daß Aufwendungen und Einnahmen einander die Waage halten. Ferner enthält das Heft Beiträge des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger, des Generaldirektors der Stadtwerke Dr. Ing. Horak sowie der Direktoren der einzelnen Unternehmungen.

- - -

Hermann Bahr-Ausstellung in der Stadtbibliothek  
=====

31. Dezember (RK) Anlässlich des 25. Todestages von Hermann Bahr am 15. Jänner veranstaltet die Wiener Stadtbibliothek in der Reihe ihrer Kleinausstellungen ab 2. Jänner eine Gedenkschau. Das außerordentlich umfangreiche Lebenswerk des Schriftstellers, Kritikers und Theatermannes ist in der Wiener Stadtbibliothek stark vertreten, so daß sich eine reiche Kollektion von Büchern, Aufsätzen, Theaterstücken, Theaterzetteln, Plakaten und persönlichen Erinnerungsstücken ergibt, die im Zusammenwirken einen Querschnitt durch Leben und Arbeit seiner Persönlichkeit darstellen.

Die Ausstellung ist bis 31. Jänner, montags bis freitags von 9 bis 18.30 Uhr, samstags von 8.30 bis 11.30 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet (Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek, 1, Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock).

- - -

Neujahrsglückwünsche der Rauchfangkehrer  
=====

31. Dezember (RK) Heute früh erschien eine Abordnung der Wiener Rauchfangkehrer-Innung unter der Führung von Innungsmeister Sikula im Wiener Rathaus, um Bürgermeister Jonas ihre Glückwünsche für das Neue Jahr zu übermitteln. Der Bürgermeister empfing die schwarzen Männer in seinem Arbeitszimmer und dankte ihnen für ihre Glückwünsche, die er im Namen der Wiener Bevölkerung gerne entgegennahm.

- - -

Jahresbilanz der Zentralsparkasse  
=====

Die Österreicher sind sparsamer geworden - Seit Ende 1956 fast 100.000 neue Sparkonten - In den letzten zwei Jahren das Sparkapital verdoppelt - Favoriten der beste Sparbezirk

31. Dezember (RK) Der Silvesterabschluß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zeigt, daß die Österreicher, im speziellen Fall die Wiener, sparsamer geworden sind. Noch vor drei Jahren betragen die Spareinlagen bei der Zentralsparkasse 900 Millionen Schilling, Ende 1956 1,2 Milliarden Schilling und 1957 1,6 Milliarden Schilling. Sie haben im Jahre 1958 um fast 600 Millionen Schilling zugenommen und betragen mit 31. Dezember 1958 nach den vorläufigen Bilanzziffern über 2,2 Milliarden Schilling.

Die Kontenanzahl hat in den letzten zwei Jahren um fast 100.000 zugenommen, sodaß die Zentralsparkasse mit Ende dieses Jahres rund 563.000 Sparkonten verwaltet. Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende zahlen ihre Ersparnisse ein, um jederzeit eine sichere Rücklage für die Wechselfälle des Lebens zu haben.

Auf Grund dieser Entwicklung sieht man bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auch dem neuen Jahr optimistisch entgegen. Diese Hoffnungen werden nicht zuletzt durch die besonders erfreuliche Entwicklung des Schul- und Jugendsparens bestärkt. Mehr als 16.000 Buben und Mädchen im Alter bis zu 15 Jahren haben in diesem Jahr ein eigenes Sparkonto angelegt. Mehr als 38.000 Kinder nehmen mit Jahresende am Buch-Sparen der Zentralsparkasse teil und haben die beachtliche Summe von 11 Millionen Schilling gespart. Mit dieser Sparform hat die Zentralsparkasse auch einen beachtlichen Beitrag im Kampf gegen Schmutz und Schund geleistet. Im Rahmen des Schulsparens beteiligen sich noch 940 Schulklassen, die für Schikurse, Schullandwochen und Schlußausflüge gemeinsam mit Jahresende einen Betrag von 1,5 Millionen Schilling sparten.

./.

Obwohl das Sparkassenbuch anonym ist, zeigt die Erfahrung, daß vor allem der sogenannte kleine Mann am fleißigsten spart. Dies geht auch aus der Statistik der Spareinlagen in den verschiedenen Wiener Gemeindebezirken hervor: Die fleißigsten Sparer waren die Favoritner, die bei der Zentralsparkasse 137,2 Millionen Schilling erlegten. An zweiter Stelle folgt Mariahilf, dann der 3., der 17., der 16. und der 12. Bezirk. Döbling steht mit Spareinlagen von über 50 Millionen Schilling an letzter Stelle.

Die Zentralsparkasse sorgt sich aber nicht nur allein um ihre Sparer und deren Spareinlagen, sondern macht sich auch Gedanken darüber, wie man im Haushalt sparen kann. So wurde in diesem Jahr die Haushaltsbudget-Beratung ins Leben gerufen, die vielen jungen Hausfrauen mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist.

Bereits den kleinsten Erdenburgern wird ein Baustein für eine bessere Zukunft, nämlich ein Spargeschenkgutschein, in die Wiege gelegt.

Von den anderen Leistungen der Zentralsparkasse sind 830 Millionen Schilling Kredite zu erwähnen, die im Jahre 1958 den Wohnungsbau förderten. Ein beachtlicher Teil dieses Geldes diente der Instandsetzung von Altwohnungen. 320 Millionen Schilling betragen die Kredite an Gemeinden und das Gewerbe, der Handel und die Industrie erhielten 800 Millionen Schilling.

Daß in der Zentralsparkasse aber nicht nur rechnende Menschen sitzen, zeigt auch die Bilanz der gemeinnützigen Leistungen. Bedeutende Spenden konnten den Wiener Künstlern, den Wissenschaftlern, der Volksbildung, den Altersheimstätten und vielen anderen zugeführt werden.

- - -

## Anna Sacher zum Gedenken

=====

31. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 100. Geburtstag der bekannten Hotelbesitzerin Anna Sacher. Sie entstammte einer alten Wiener Bürgerfamilie und heiratete den Gründer des Hotels Sacher, nach dessen Tod sie die Leitung des Hauses übernahm und es zu einer der berühmtesten Europas machte. Hier trafen sich die Angehörigen der höchsten Gesellschaft, aber auch die Politiker und die berühmtesten Künstler der ganzen Welt, so oft sie in Wien weilten. Frau Sacher galt als Original und war sehr populär. Sie konnte es sich leisten, öffentlich Zigarren zu rauchen, begnügte sich aber nicht mit Exzentrizitäten, sondern entwickelte ihre gastwirtschaftliche Begabung, so daß sie zu einer besonderen Spezialistin der Gastronomie wurde. Die Sachertorte, deren Geheimrezept nur im Familienbesitz war, ist heute noch ein Begriff. Anna Sacher wurde für ihre Verdienste um das Wiener Hotelwesen bereits in der Monarchie durch die Verleihung des Goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone ausgezeichnet. Aber auch die Republik verlieh ihr das Goldene Ehrenzeichen. Sie starb am 25. Februar 1930. An ihrem Ableben nahm die Wiener Bevölkerung größten Anteil.

- - -

Neujahrswünsche der leitenden Beamten  
=====

31. Dezember (RK) Heute mittag versammelten sich die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Rathauses, um Bürgermeister Jonas die Glückwünsche aller städtischen Bediensteten zum Jahreswechsel zu übermitteln.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl, als oberster Beamter der Stadt, verwies in einem Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr auf die Leistungen der Gemeinde Wien auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung. Ein umfassendes Budget als Grundlage und der eiserne Wille der städtischen Organe, sagte er, garantieren, daß die Versprechungen des Voranschlages auch im kommenden Jahr voll und ganz in die Tat umgesetzt und so den Wienern das Fortschreiten auf dem Wege der Verbesserung und Verschönerung unserer Stadt bringen werden. In einem Ausblick auf das kommende Jahr beschäftigte sich der Magistratsdirektor auch mit der Frage der Verwaltungsreform. Abschließend versicherte er dem Bürgermeister, daß die Beamtenschaft wieder ihre ganze Kraft in den Dienst der Stadt und ihrer Bevölkerung stellen will.

Bürgermeister Jonas erwiderte die Glückwünsche der Beamten und dankte ihnen für die Mühe und Arbeit, die sie zum Wohle der Bevölkerung zu leisten hatten. Dank dem Geist der Zusammenarbeit unter den städtischen Bediensteten konnte Wien auch 1958 eine gute Ernte erreichen.

Die Geschehnisse in der großen Weltpolitik haben uns in der letzten Zeit abermals mahnend vor Augen geführt, daß wir in Österreich auf keiner Insel der Glückseligen leben. Dennoch wollen wir für die Zukunft hoffen, daß die verantwortlichen großen Politiker sich vom guten Willen zum Weiterleben auch weiterhin leiten lassen werden.

Bürgermeister Jonas wünschte abschließend den Beamten viele berufliche Erfolge und möglichst wenig persönliche Sorgen.



Großbuchbinderei  
Gulda Boor  
Wien XXII

